Angelika Bator

USA-Politik gegen Asien

Strategische Grundzüge nach dem zweiten Weltkrieg



Militärverlag
der Deutschen Demokratischen
Republik

Bator, Angelika:
USA-Politik gegen Asien: Strategische Grundzüge nach dem zweiten Weltkrieg / von Angelika Bator. – 1. Aufl. – Berlin: Militärverlag der DDR, 1986. – 256 S.

ISBN 3-327-00004-2

1. Auflage

Lizenz-Nr. 5
Printed in the German Democratic Republic
Gesamtherstellung: IV/10/5 Druckhaus Freiheit Halle
Lektor: Ingrid Hantke
Typograf: Günter Molinski
Zeichnungen: Manfred Gneckow
Einbandgestaltung: Rosemarie Lebek
Redaktionsschluß: 20. 3. 1986
LSV: 0525
Bestellnummer: 7467505
01520

Inhalt

Vorbemerkungen

Asien umfaßt mit einer Ausdehnung von 44,4 Millionen km^2 als größter Erdteil etwa 30 Prozent des gesamten Festlandes der Erde. Die Aufgliederung des asiatischen Erdteils in die Regionen Vorderasien (Naher Osten), Mittel- oder Zentralasien, Süd- und Südostasien sowie Ostasien (Ferner Osten) ist im allgemeinen Sprachgebrauch nicht scharf umrissen.

Unter dem Nahen Osten werden üblicherweise die um das östliche Mittelmeer gruppierten Staaten Türkei, Libanon, Israel, Jordanien, Syrien, Zypern sowie Ägypten, das zum größten Teil auf dem afrikanischen Kontinent liegt, aber auch die Länder der arabischen Halbinsel sowie Irak und Iran verstanden, wobei letztere auch oft dem Mittleren Osten zugeordnet werden. Iran wird zusammen mit Afghanistan außerdem auch zu Südwestasien gerechnet, während das angrenzende Pakistan bereits in der Übergangszone zu Südasien liegt, zu der auch Indien, Sri-Lanka, Bangladesh, Nepal und die Malediven zählen. In der vorliegenden Arbeit wird zumeist der Begriff Region des Nahen und Mittleren Ostens verwendet, der alle diese genannten Länder einschließt.[1]

Der asiatische Teil der UdSSR, der zu Mittelasien bzw. zu Ostasien (Ferner Osten) gerechnet wird, war die erste Region des asiatischen Kontinents, in der sich eine sozialistische Gesellschaftsordnung entwickelte. Zu Ostasien zählen weiterhin die VR China, die Koreanische Demokratische Volksrepublik sowie Südkorea und Japan.

Zu der sich an Ostasien anschließenden Region Südostasien gehören sowohl der Subkontinent mit Burma, Thailand, Malaysia, Singapur und den sozialistischen Staaten Indochinas (Sozialistische Republik Vietnam, Volksdemokratische Republik Laos sowie die Volksrepublik Kampuchea[2]) als auch die Inselstaaten Indonesien, Brunei und die Philippinen.

Die Festlands- und Inselstaaten Ost- und Südostasiens werden auch unter dem Begriff asiatisch-pazifische Region zusammengefaßt. Die Pazifikregion insgesamt schließt wiederum auch den australischen Kontinent, die riesige Inselwelt und die Anliegerstaaten des Pazifischen Ozeans ein, darunter den asiatischen Teil der UdSSR sowie die Westküste der USA.

Aufgrund dieser geographischen Zuordnung nehmen die USA für sich in Anspruch,

[1] In der US-amerikanischen Literatur wird unter dem Begriff «Middle East» im weitesten Sinne das Gebiet verstanden, das im Osten mit Afghanistan beginnt, sich dann aber nicht nur über die nahöstlichen Länder, sondern über ganz Nordafrika erstreckt.

[2] Aufgrund der im Zeitraum von 1954 bis 1979 wechselnden Staatsbezeichnungen (wie Königreich Kambodscha, Republik Khmer) wird im folgenden durchgängig die Bezeichnung Kampuchea verwendet.

nicht nur eine atlantische, sondern auch eine pazifische Macht zu sein, und leiten nicht zuletzt daraus ihr Recht auf Einmischung in Asien ab.

In den vergangenen vier Jahrzehnten richtete der amerikanische Imperialismus seine Anstrengungen darauf, die im Gefolge des zweiten Weltkriegs eingeleiteten revolutionären Veränderungen auf dem asiatischen Kontinent aufzuhalten und rückgängig zu machen. Mit dem Einsatz militärischer und politischer Mittel, mit ökonomischem Druck, ideologischer Subversion, aber auch mit gezielt betriebener Partnerschaft zu konservativen und reaktionären Führungskräften in der asiatischen Region versuchte er, seine Weltherrschaftsansprüche durchzusetzen.

Die vorliegende Arbeit will die Herausbildung und Entwicklung der US-amerikanischen Asienstrategie als Teil der sich nach 1945 entwickelnden konterrevolutionären und antisozialistischen USA-Globalstrategie untersuchen.[3] In Anbetracht der Vielfalt und des Umfangs der eingesetzten außenpolitischen Mittel der Vereinigten Staaten kann verständlicherweise nicht der Anspruch erhoben werden, diese vollständig zu erfassen. Anhand der historischen Entwicklung wird nachgewiesen, daß die führenden US-amerikanischen Kreise bei der Ausarbeitung ihrer Strategie zur Stabilisierung des kapitalistischen Systems und zur Realisierung ihres Weltherrschaftsanspruchs sowohl den die internationale Entwicklung bestimmenden als auch die innenpolitische Lage der USA beeinflussenden Faktoren weitgehend Rechnung tragen mußten. In diesem Zusammenhang wird die Entwicklung ihres Wirtschaftspotentials in enger Beziehung zur außenpolitischen Wirksamkeit der USA gesehen, denn dieser Faktor bestimmte entscheidend die dominierende Position der Vereinigten Staaten im Rahmen der kapitalistischen Welt. Er erklärt zugleich die besondere Aggressivität des USA-Imperialismus in der Nachkriegsperiode. Ohne diese Fragen in ihrer gesamten Komplexität zu behandeln, wird in der Darstellung davon ausgegangen, daß die Konzipierung und Umsetzung der Asienstrategie des USA-Imperialismus die Herausbildung des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems voraussetzte. Unter den Bedingungen des relativ früh in Erscheinung tretenden militärisch-industriellen Komplexes, d. h. des aggressiven Kerns des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems, war die imperialistische Strategie der USA von Anfang an von den Interessen der eng miteinander verflochtenen Rüstungs- und Bankmonopole und der Militärhierarchie geprägt.[4] Das erklärt, weshalb die Anwendung militärischer Mittel sowohl

---

[3] Unter USA-Globalstrategie wird die Planung sowie der praktische Einsatz des gesamten außenpolitischen Instrumentariums verstanden, das den herrschenden Kreisen der USA zur Verfügung steht und mit dem sie ihre auf Erringung der Weltherrschaft gerichteten Ziele gegenüber den sozialistischen Staaten, den unabhängig gewordenen Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sowie gegenüber den imperialistischen Verbündeten durchsetzen wollen. Die Ziele der USA-Globalstrategie wurden entsprechend dem sich ändernden Gefüge der internationalen Beziehungen in den verschiedenen Perioden in Regierungsprogrammen (Doktrinen) als Absichtserklärungen jeweils neu formuliert.

[4] Der militärisch-industrielle Komplex, auch Militär-Industrie-Komplex (MIK) genannt, bildete sich in den USA bereits in den fünfziger Jahren heraus. Er trat mit dem außerordentlich starken Einfluß, den die Führungskreise der US-amerikanischen Rüstungsindustrie auf die USA-Regierungspolitik ausübten, in Erscheinung. Diese Kreise begannen in zunehmendem Maße, die Kaderpolitik und auch den «Lobbyismus» im Regierungsapparat zu bestimmen.

in der außenpolitischen Strategie der USA als auch bei ihrer praktisch-politischen Verwirklichung gegenüber Asien Priorität erhielt. Für die Vorbereitung und Auslösung von Aggressionskriegen unmittelbar an den Grenzen zur Sowjetunion als ein entscheidender Faktor für die Gestaltung der US-amerikanischen Asienpolitik nach dem zweiten Weltkrieg kam der Blockpolitik und der Stützpunktstrategie der USA in diesem Raum eine besondere Rolle zu.

Ohne die Bedeutung der ökonomischen Komponente der USA-Asienstrategie zu unterschätzen, beschränkt sich die vorliegende Arbeit vor allem auf die Untersuchung politisch-strategischer Aspekte – eine Eingrenzung, die in Anbetracht der Dimensionen des US-amerikanischen Machtapparats und seines breit gefächerten Instrumentariums im politischen, ökonomischen und militärischen Bereich gerechtfertigt erscheint.

Der Verfasser war allerdings bemüht, die Grundzüge der Außenpolitik der Vereinigten Staaten im behandelten Zeitraum insgesamt zu berücksichtigen, insofern sich dies für die Herausarbeitung der USA-Asienpolitik als notwendig erwies.

Das Schwergewicht der Arbeit wurde darauf gelegt, die Möglichkeiten und Grenzen der amerikanischen Regierung herauszuarbeiten, asiatische Verbündete zu gewinnen und sie in lokale Kriege einzubeziehen. Mittels lokaler Kriege wollte der USA-Imperialismus etappenweise seine globalstrategischen Ziele verwirklichen, wobei er diese Kriege vorwiegend mit fremder Hand führen ließ. In verschiedenen Regionen Asiens wurde dadurch in der Vergangenheit wiederholt eine brisante Lage geschaffen, die unter bestimmten Bedingungen zum Herd eines Weltkriegs hätte werden können. In einigen Fällen waren die USA nahe daran, Kernwaffen einzusetzen. Die enge Verbindung der lokalen Aggressionskriege mit der USA-Globalstrategie ist ein charakteristischer Zug der amerikanischen Asienpolitik nach 1945. Er trat in der asiatisch-pazifischen Region (Korea- und Vietnamkrieg) und im Nahen Osten (Israelaggressionen) besonders kraß in Erscheinung, weshalb auch diese beiden Regionen Asiens im Vordergrund der Betrachtung stehen.

Der südasiatische Subkontinent, der mit dem pakistanisch-indischen und dem chinesisch-indischen Konflikt ebenfalls ein ständiger potentieller Herd für lokale Kriege war, wird nur peripher in die Darstellung einbezogen. In Südasien war die Verknüpfung regionaler Konflikte mit der USA-Globalstrategie eingeschränkt, und zwar in erster Linie aufgrund der von Indien konsequent verfolgten außenpolitischen Linie der Freundschaft mit der Sowjetunion und der Nichtpaktgebundenheit. Aber auch deshalb, weil es den USA nicht gelang, in Südasien solch eine militärische Präsenz zu errichten wie im asiatisch-pazifischen Raum. So blieb die Erweiterung ihres Einflusses durch militärische Abkommen auf Pakistan beschränkt.

Anliegen dieser Arbeit ist es auch zu zeigen, daß der USA-Imperialismus trotz gleicher Zielstellung in den einzelnen Regionen zeitweilig mit differenzierten Mitteln und Methoden an die Durchsetzung seiner Pläne heranging. Die militärstrategischen Konzeptionen waren dabei in jeder Entwicklungsphase Hauptbestandteil der Politik, die er in der asiatisch-pazifischen Region und im Bereich des Nahen und Mittleren Ostens verfolgte. In den achtziger Jahren wurden diese beiden Regionen Asiens von den USA zum zweit- und drittwichtigsten Kriegsschauplatz nach Europa erklärt.

Teil I

Von Truman zu Eisenhower (1945–1960)

Einleitung

Am 12. April 1945 starb Franklin D. Roosevelt; das Präsidentenamt übernahm Vizepräsident Harry S. Truman. Roosevelt hatte während der Verhandlungen zwischen den Staaten der Antihitlerkoalition über die Gestaltung der Nachkriegsordnung in einer Reihe wichtiger, auch die Interessen der Sowjetunion berührender Fragen eine realistische Position bezogen. Nach seinem Tode begannen die in den USA herrschenden Kreise eine Politik zu praktizieren, die eine Abkehr von der loyalen, gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit mit der Sowjetunion während des gemeinsamen Kampfes gegen die faschistischen Aggressoren bedeutete.

Am 23. April, elf Tage nachdem er die Regierungsgeschäfte übernommen hatte, berief Truman seine erste große außenpolitische Konferenz ein. Die meisten Teilnehmer waren Vertreter eines harten Kurses gegen die Sowjetunion, unter ihnen Trumans engster Berater, James F. Byrnes, der dann im Juli zum Außenminister ernannt wurde, sowie Kriegsminister Henry L. Stimson, Marineminister James For-

restal, General George C. Marshall und der in Moskau akkreditierte amerikanische Botschafter Averell Harriman. Der Grundgedanke von Trumans Ausführungen war die Behauptung, daß mit dem Sieg der Antihitlerkoalition «dem amerikanischen Volk die ständige Verantwortung für die Führung der Welt» übertragen würde. Die bisherigen Übereinkünfte mit der Sowjetunion über die Nachkriegsordnung seien eine «Einbahnstraße» gewesen. Der neue US-amerikanische Präsident erklärte den Konferenzteilnehmern unumwunden, daß dies nicht so weitergehen könne.[1] General Marshall entgegnete, er sei dafür, weiterhin eine vorsichtige Politik zu betreiben und einen Bruch mit der Sowjetunion zum jetzigen Zeitpunkt zu vermeiden. Die entscheidende Frage bliebe für ihn die Eröffnung der sowjetischen Front im Krieg gegen Japan. Nur durch den Kriegseintritt der Sowjetunion in Asien könnten den USA hohe Verluste an Menschen und Material erspart bleiben.

Das Wort ergriff Kriegsminister Stimson, jener, der am besten über das Atomprogramm der USA und die Möglichkeiten des Kernwaffeneinsatzes informiert war und nun den Teilnehmern der Konferenz eine neue «Trumpfkarte» in die Hand geben konnte. Er sprach über den Wert der neuen, schrecklichen Waffe als Instrument der US-amerikanischen Diplomatie. Byrnes unterstützte ihn sofort. Er hatte bereits in den ersten Tagen der Präsidentschaft Trumans diesem gegenüber geäußert, daß «er glaube, die Bombe könne uns in die Lage versetzen, am Ende des Krieges unsere eigenen Bedingungen zu diktieren»[2]. Auch Harriman und Forrestal, die beide die These von der «drohenden sowjetischen Invasion» in Europa verbreiteten, schlossen sich Byrnes' Standpunkt an, die Bombe würde helfen, «Rußland in Europa gefügig zu machen»[3]. Der Stellvertreter des Kriegsministers, John J. McCloy, meinte sogar, die Atombombe ermögliche es, auf die Hilfe der Sowjetunion bei der Zerschlagung des japanischen Militarismus zu verzichten. Damit könne die sowjetische Teilnahme an der Lösung dieser und anderer Fernostprobleme entscheidend eingeschränkt werden. Truman stimmte McCloy zu. Weil aber der Atombombentest noch nicht durchgeführt und deshalb auch noch nicht sicher war, ob die Bombe detonieren würde, verwarf man diesen Vorschlag.

Am 25. April konferierte Truman noch einmal mit Stimson. Es ging darum, wie konkret der Einsatz der Atomwaffe von der USA-Regierung geplant werden könnte. Der Kriegsminister versicherte, daß das Atomprojekt erfolgversprechend sei, Anfang Juli die Versuchsdetonation durchgeführt werde und die Bombe einen Monat später zum Einsatz unter Gefechtsbedingungen bereit sein würde. Präsident Truman gelangte in diesem Gespräch zu der Überzeugung, daß mit dem Einsatz der Atombombe nicht nur eine gewaltige Veränderung in der Kriegführung verbunden sei, sondern auch, daß sie entscheidenden Einfluß auf die Beziehungen der USA zu anderen Staaten ausüben werde – sollte doch künftig der Anspruch der USA, die Führung in der Welt zu übernehmen, mit der Atombombendrohung durchgesetzt werden.

[1] H. S. Truman, The Memoirs, Bd. 1, Bungay-Suffolk 1956, S. 79 f.

[2] Ebenda, S. 90.

[3] W. Appleman Williams, The Tragedy of American Diplomacy, Cleveland – New York 1959, S. 169.

Aber am Ende des zweiten Weltkriegs stand nicht nur diese Drohung, die mit den Explosionen der ersten US-amerikanischen Atombomben am 6. und 9. August 1945 in Japan erfolgt war. Eines der wichtigsten politischen Ergebnisse des Sieges über den Faschismus war die gewaltige Zunahme des Einflusses der Sowjetunion auf die internationalen Angelegenheiten. Ungeachtet der Kompliziertheit der Nachkriegssituation gelang es ihr, diese Ergebnisse zu festigen und wichtige politische Fragen der Nachkriegsordnung in Europa und in Asien im Interesse der Herstellung eines dauerhaften Friedens und entgegen den Machtansprüchen des Imperialismus zu regeln.

Internationales Kräfteverhältnis nach Beendigung des zweiten Weltkriegs

Die vernichtende Niederlage des faschistisch-militaristischen Blocks trug auch entscheidend zur Schwächung des Imperialismus als System bei. Die allgemeine Krise des Kapitalismus vertiefte sich. Kennzeichnend für die Lage nach dem zweiten Weltkrieg war der grundlegende Wandel des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus. Die qualitativen Veränderungen in der Welt äußerten sich besonders deutlich in der zunehmenden internationalen Autorität der UdSSR, die den Hauptanteil an der Zerschlagung des Faschismus hatte. Es zeigte sich, daß ohne Beteiligung der Sowjetunion keine entscheidende Frage der Weltpolitik mehr gelöst werden konnte. Der Sieg der UdSSR im Großen Vaterländischen Krieg hatte die Stärke der sowjetischen Wirtschaft, die politisch-moralische Einheit der sowjetischen Völkergemeinschaft, die Fähigkeit zur Entwicklung eines modernen Militärwesens, die Weitsicht ihrer Außenpolitik und damit zugleich die unerschütterliche Kraft und die Vorzüge des Sozialismus bewiesen. Dem faschistischen deutschen Imperialismus und seinen Verbündeten war es nicht gelungen, den ersten sozialistischen Staat zu zerschlagen, ebensowenig, wie die reaktionären Kräfte der herrschenden Kreise in den anderen imperialistischen Ländern die geplante Schwächung der UdSSR erreicht hatten.

Darüber hinaus mußte der Imperialismus das Ausscheren weiterer Völker aus seinem Herrschaftsbereich hinnehmen. Im ersten Nachkriegsjahrzehnt gelang es der Arbeiterklasse, im engen Bündnis mit anderen fortschrittlichen Kräften und in harten Klassenauseinandersetzungen mit der inneren und äußeren Reaktion, in einer Reihe von Staaten sowohl auf dem europäischen als auch auf dem asiatischen Kontinent, den Weg revolutionärer Umwälzungen zu beschreiten. Es entstand das sozialistische Weltsystem. Diese Entwicklung beschleunigte zugleich den Zusammenbruch des imperialistischen Kolonialsystems, denn in den Kolonien und abhängigen Ländern entfalteten sich starke nationale Befreiungsbewegungen.

Für den asiatischen Kontinent erwies sich das von ganz besonderer Tragweite. Asien, bislang eine koloniale Domäne der imperialistischen Mächte, entwickelte sich zu einem Bollwerk des Kampfes gegen die koloniale Unterdrückung. Das bewiesen nicht nur die Siege der Volksrevolutionen in China, Korea und Vietnam und die beson-

ders gegen die Kolonialmächte England, Frankreich und Holland gerichteten Auseinandersetzungen der unterdrückten asiatischen Völker, die im weiteren Verlauf zum endgültigen Zerfall des Kolonialsystems auch in Asien führten.

Im Ergebnis des zweiten Weltkriegs kam es auch zu wichtigen Veränderungen der Kräftekonstellation innerhalb des kapitalistischen Systems; die alten Widersprüche verschärften sich und neue bildeten sich heraus. Der sich weiter zuspitzende Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit beschleunigte das Anwachsen der revolutionären Potenzen der Arbeiterbewegung in allen kapitalistischen Ländern unter Führung der kommunistischen Parteien.

Insgesamt wurden der ökonomische und der politische Einfluß des Imperialismus stark eingeengt und seine Vorherrschaft in den internationalen Beziehungen untergraben. Unter diesen Bedingungen vermochte es die sich in Europa formierende sozialistische Staatengemeinschaft, schrittweise günstigere Bedingungen zu schaffen, um die Politik der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen zu verwirklichen. Damit wurde die Möglichkeit einer mit der Gefahr eines neuen Weltkriegs verbundenen Aggression weiter eingegrenzt.

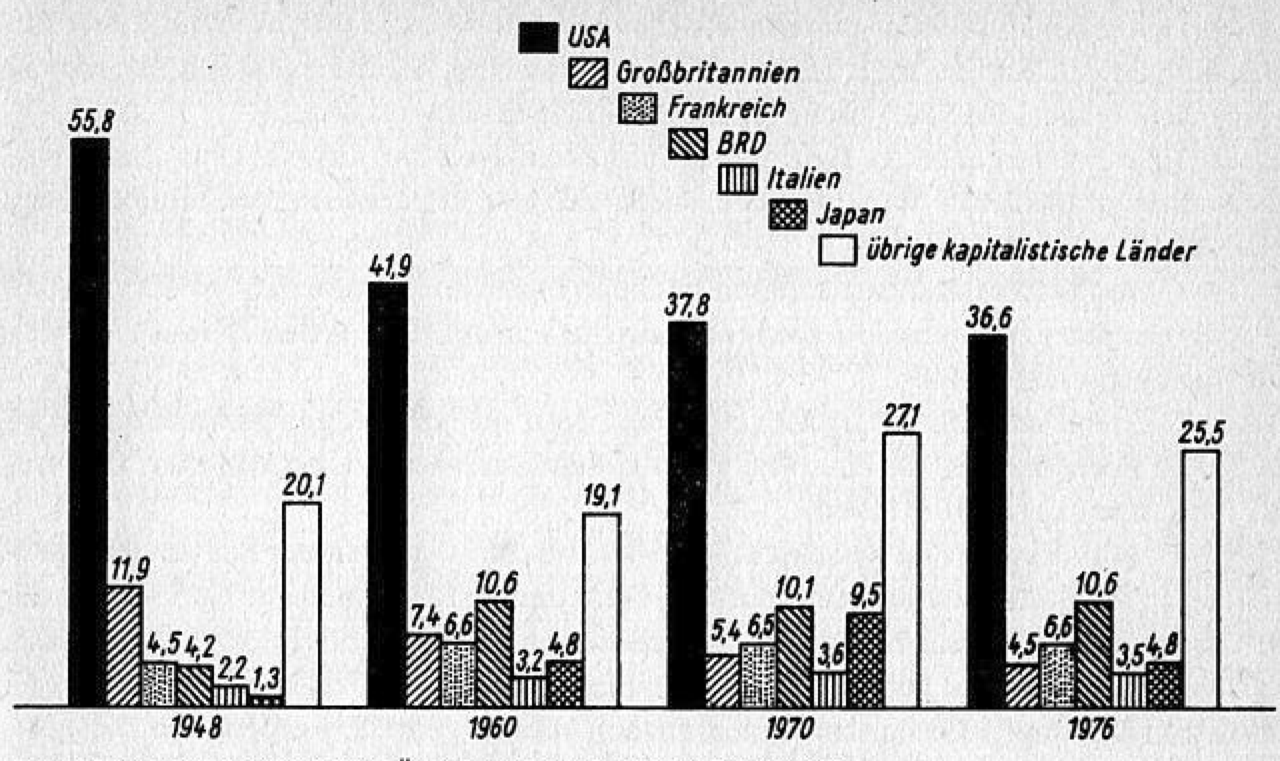
Auf die Entfaltung des revolutionären Weltprozesses reagierten die herrschenden imperialistischen Kreise mit dem Übergang zu einer globalen Strategie.

Einen wesentlichen Einfluß auf Inhalt, Form und Besonderheiten dieser antisozialistischen globalen Klassenstrategie des Imperialismus hatte die ungleichmäßige ökonomische und politische Entwicklung der kapitalistischen Länder. Von den sechs imperialistischen Mächten, die vor dem zweiten Weltkrieg die Hauptkräfte des Weltimperialismus bildeten, hatten drei – Deutschland, Italien, Japan – vernichtende militärische Niederlagen erlitten. Frankreich und Großbritannien waren außerordentlich geschwächt. Nur die USA gingen gestärkt aus dem Krieg hervor und rückten in der Nachkriegsperiode zur unangefochtenen Führungsmacht des Weltimperialismus auf. Die Kriegsmateriallieferungen an ihre Verbündeten hatten den amerikanischen Monopolen Milliardenprofite eingebracht. Als einzige imperialistische Macht konnten die USA in den Kriegsjahren eine Steigerung ihres Nationaleinkommens und ihres Kapitalexports verzeichnen. Am Ende des zweiten Weltkriegs verfügten sie über das bedeutendste konventionelle Militärpotential unter den imperialistischen Ländern. Ihre militärische Hegemonie in der kapitalistischen Welt gründete sich aber vor allem auf den Besitz von Kernwaffen, über die sie als erste und für eine kurze Periode als einzige verfügten.

Im ersten und teilweise auch noch während des zweiten Nachkriegsjahrzehnts stellten die USA fast die Hälfte aller vom Kapitalismus erzeugten Industriewaren her. Auf nahezu allen Gebieten der Wissenschaft und Technik besaßen sie einen gewaltigen Vorsprung vor Westeuropa und Japan. Der Dollar war seit 1945 die Basis des imperialistischen Währungssystems geworden. Die enorme Entwicklung seines Wirtschaftspotentials war die Grundlage der expansiven Außenpolitik des USA-Imperialismus und seiner besonderen Aggressivität in der Nachkriegsperiode.

Gefördert von den wirtschaftsregulierenden Maßnahmen der herrschenden Klasse, entwickelte sich ein riesiger Militärapparat. Der Anteil der direkten Aufwendungen für militärische Zwecke hatte am Ende des zweiten Weltkriegs zehn Prozent vom

Anteil der imperialistischen Hauptländer an der Industrieproduktion der kapitalistischen Welt (in %)



Quelle: O. Reinhold, K.H. Stiemerling, Politische Ökonomie, geschrieben für die Jugend, Berlin 1980, S. 63

Bruttosozialprodukt der USA erreicht; bis Anfang der fünfziger Jahre stieg er auf vierzehn Prozent. Es begann die Herausbildung des Militär-Industrie-Komplexes, die mit der institutionell und politisch-inhaltlichen Verflechtung von Staat, Rüstungsindustrie und Militärbürokratie sowie von Planung und Durchführung der Rüstungsforschung und -produktion verbunden war. Deren Entwicklung in großem Umfang wurde durch die wissenschaftlich-technische Revoulution gefördert, wobei das Pentagon zum Hauptauftraggeber für wissenschaftliche Forschungen avancierte.

Unter Nutzung all dieser Faktoren war der USA-Imperialismus in der Lage, der kapitalistischen Welt seine Politik zu diktieren. Die meisten kapitalistischen Länder gerieten in eine relative Abhängigkeit von den USA, denn die Reaktivierung des Kapitalismus in Westeuropa war nach den Zerstörungen des zweiten Weltkriegs nur mit amerikanischen Mitteln zu erreichen. Unter diesen Bedingungen waren die westeuropäischen Staaten gezwungen, sich mit dem Vorherrschaftsanspruch der Vereinigten Staaten abzufinden, wenn dies auch nicht ohne Widerstand erfolgte.

Unter Führung der USA sollten das ökonomische und das militärische Potential der imperialistischen Hauptmächte zusammengefaßt sowie ihre politischen und ideologischen Aktivitäten koordiniert werden, um sie möglichst wirksam gegen die drei revolutionären Hauptströme einsetzen zu können. Innerhalb der internationalen Reaktion bestand Übereinstimmung darin, die Ergebnisse des zweiten Weltkriegs zu verändern, den Sozialismus zu vernichten oder zumindest zu schwächen und das Voranschreiten des revolutionären Weltprozesses unter Einsatz aller Mittel aufzuhalten. Unter diesen Bedingungen wurden die Herstellung der «Klassensolidarität» und eines einheitlichen

strategischen Vorgehens der internationalen Monopolbourgeoisie, die Durchführung gemeinsamer militärischer, politischer und ökonomischer Aktionen für die Imperialisten zur systemerhaltenden Zentralfrage. An die Stelle der Militärblockstrategie sich gegenseitig bekämpfender imperialistischer Koalitionen, die die internationalen Beziehungen des Kapitalismus bis zum Ende des zweiten Weltkriegs bestimmt hatten, trat die globale antisozialistische Klassenstrategie des Imperialismus.[4]

Trotz weiterbestehender spezifischer Interessenlagen und sich verschärfender zwischenimperialistischer Widersprüche waren sich alle imperialistischen Kräfte in den folgenden Grundzielen einig:

- Als ihren Hauptfeind betrachteten sie die in ihrem internationalen Ansehen mächtig gestärkte Sowjetunion sowie die sich in Europa und Asien herausbildenden sozialistischen Staaten.
- Ausgehend von dem in den letzten Kriegstagen zur Anwendung gebrachten nuklearen Potential der USA, sollte eine militärstrategische Überlegenheit des Imperialismus erreicht werden.
- Der ökonomische und wissenschaftlich-technische Wettstreit der beiden entgegengesetzten Systeme sollte ausgenutzt werden, um die Positionen der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder zu schwächen. Als Hauptweg war vorgesehen, diesen Ländern ein langes und kostspieliges Wettrüsten aufzuzwingen.
- Diversion und ideologische Kriegführung sollten genutzt werden, um die Herstellung und Festigung der Einheit der sozialistischen Länder zu untergraben, ihre Zusammenarbeit zu stören, die Anziehungskraft des Marxismus-Leninismus durch Diskreditierung der sozialistischen Wirklichkeit zu erschüttern.
- Die politische und ökonomische Selbständigkeit der bereits vom Kolonialismus befreiten Länder sollte verhindert, tiefgreifende progressive Veränderungen sollten aufgehalten werden.
- Das sich anbahnende Bündnis zwischen der nationalen Befeiungsbewegung und den Kräften des Sozialismus sowie der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern wollte man mit allen Mitteln verhindern.

Es erfolgte eine qualitative Aufwertung der imperialistischen Militärblockpolitik. Nur wenige Jahre nachdem die Antihitlerkoalition, in der imperialistische Staaten mit der Sowjetunion verbündet waren, den Sieg über den Faschismus in Europa und in Asien errungen hatte, begann sich ein antikommunistischer Block unter Führung der Vereinigten Staaten von Amerika herauszubilden, der den kalten Krieg gegen die Sowjetunion und alle mit ihr verbündeten Kräfte betrieb.

«Europa zuerst»

Am 12. März 1947 wandte sich Präsident Truman in einer von allen Rundfunkstationen des Landes verbreiteten Rede an den Kongreß der Vereinigten Staaten. Er verkündete die offene, auch militärische Einmischung der USA in die inneren Angelegen-

---

[4] Siehe Imperialistische Militärblockpolitik, Berlin 1980, S. 156 ff.

heiten Griechenlands und der Türkei, denn die USA seien verpflichtet, «die Freiheit der Völker» zu sichern. Damit griff Truman die von Winston Churchill in Fulton (USA) am 5. März 1946 an die USA gestellte Forderung auf, den «östlichen Kommunismus» gemeinsam zu bekämpfen. Er verlangte das Einverständnis des USA-Kongresses für seine Entscheidung, dem bislang von Großbritannien an der Macht gehaltenen monarchistischen Regime in Griechenland militärische Hilfe zu leisten, und forderte Mittel zur Konsolidierung der angeblich von der Sowjetunion bedrohten türkischen Regierung. Als ein «weltweites Programm für die Freiheit» proklamierte Truman diese später nach ihm benannte Doktrin. Sie war der Ausgangspunkt für die globale Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Völker und für die Unterstützung aller reaktionären Regimes.

Vorangegangen war dieser Erklärung des US-amerikanischen Präsidenten der Entschluß der britischen Regierung, ihre Truppen aus Griechenland bis Ende März 1947 abzuziehen. In Anbetracht der großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in denen sich Großbritannien damals befand, mußte es seine Unterstützung für die griechische Regierung einstellen. Dies erfolgte aber zu einem Zeitpunkt, als die Machtpositionen der Monarchie ernstlich gefährdet waren. Die für ein freies, unabhängiges Griechenland kämpfende, aus den griechischen Partisaneneinheiten des zweiten Weltkriegs hervorgegangene Demokratische Armee drohte, das griechische Regime zu stürzen. Wenn dies einträte, so argumentierte die amerikanische Regierung, dann würde auch das destabilisierte türkische Regime nicht mehr zu halten sein.

Bereits zwei Jahre nachdem die faschistischen Regimes in Deutschland und in Italien auch unter Mitwirkung der USA vernichtend geschlagen worden waren, schickte sich die Regierung der USA an, das monarchistische Regime in Griechenland, welches faschistischen Kollaborateuren verantwortliche Funktionen übertragen hatte, mit allen Mitteln zu erhalten.

Um die amerikanische und die Weltöffentlichkeit für seine Interventionspläne zu gewinnen, hatte Präsident Truman schon am 6. März 1947 in einer Rede an der Baylor-Universität (Texas) erklärt, daß die Freiheit Griechenlands von kommunistischen Kräften bedroht sei. Dabei betonte er, «Freiheit sei wichtiger als Frieden», denn die Freiheit des Glaubens und der Rede sei abhängig von der Freiheit des Unternehmertums, wobei er die kapitalistischen Verhältnisse in den USA als das gültige Modell für die Garantie der Freiheit hinstellte.

Daraufhin bezichtigte die US-amerikanische Presse die UdSSR der Beteiligung an den Kämpfen in Griechenland. Da indes diese These nicht haltbar war, ging man dazu über, die Demokratische Armee Griechenlands als einen «Stellvertreter Moskaus» zu bezeichnen, der nach sowjetischen Plänen handle, die auf die Eroberung der Welt durch den Kommunismus abzielen würden. Die offene Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten Griechenlands wurde als «Eindämmung des Kommunismus» deklariert.

Ihren Anspruch auf weltweite Einmischung begründete die Trumanregierung mit der später als «Dominotheorie» bezeichneten These, derzufolge der Sieg der Demokratischen Armee Griechenlands den Verlust Europas und des Nahen Ostens unaufhaltbar nach sich ziehen würde. «Ein verfaulter Apfel im Korb verdirbt alle anderen»,

sagte dazu Dean Acheson, damals stellvertretender Außenminister der USA.[5] Dem Sturz des griechischen Regimes würde der der instabilen türkischen Regierung unmittelbar folgen, was zum Verlust des Nahen Ostens führen könnte. Das aber hätte wiederum verheerende Auswirkungen auf die Restauration des Kapitalismus in Westeuropa und käme dem Verlust Europas für die «freie Welt» gleich.

Mit dieser These war der Boden für die Neuauflage der Bedrohungslüge von der «sowjetischen Gefahr für die Freiheit des Westens» bereitet. Die Erklärung einer Regierung, daß sie sich von «Kommunisten bedroht fühle», genügte nunmehr, um die Bereitschaft der USA-Regierung zur Intervention gegen eine angebliche sowjetische Gefahr auszulösen. Es war dabei gleichgültig, ob diese «Bedrohung» aus dem eigenen Lande oder von außen kam. Die Trumanregierung erklärte damit vor aller Welt, daß sie bereit sei, die «weltweite Eindämmung des Kommunismus» mit militärischen, politischen und anderen Mitteln zu erreichen.

Die Hauptauseinandersetzung erfolgte in Europa. Die konstruktive, auf Sicherung des Friedens orientierende Politik der sowjetischen Regierung bei der Gestaltung der Nachkriegsbeziehungen war in Europa von maßgeblichem Einfluß. In den westeuropäischen Ländern existierten eine erfahrene, organisierte Arbeiterbewegung und starke kommunistische Parteien. Die Befürchtungen der herrschenden imperialistischen Kreise wuchsen in dem Maße, wie sich der Einfluß kommunistischer Parteien insbesondere in Frankreich und Italien auf die Volksmassen verstärkte. Dieser Entwicklung wollten die imperialistischen Kräfte durch eine beschleunigte Reaktivierung der kapitalistischen Verhältnisse in Europa entgegentreten.

Für die USA-Monopole war der Wiederaufbau kapitalistischer Produktionsstätten in Europa auch deshalb von besonderer Bedeutung, weil der Hauptstrom des amerikanischen Exports und der Kapitalinvestitionen damals in diese Region ging und sie dort mit günstigen Kapitalverwertungsbedingungen rechneten. Außerdem war der Trumanregierung klar, daß nur auf der Grundlage eines funktionierenden kapitalistischen Reproduktionsprozesses mit einem militärischen Beitrag Europas zur «Eindämmung des Kommunismus» gerechnet werden konnte. Die Reaktivierung der kapitalistischen Wirtschaft in Westeuropa war aber nur mit umfangreicher amerikanischer Hilfe möglich. Die Trumanregierung wollte die Bewilligung der erforderlichen Mittel im USA-Kongreß durchdrücken. Deshalb baute sie die These von der «wachsenden kommunistischen Gefahr» weiter aus und behauptete, daß ein «schwacher Kapitalismus» in Europa mehr Ansatzpunkte für den kommunistischen Vorstoß bieten würde. Diese These diente außerdem dazu, jene Kräfte im USA-Kongreß zum Schweigen zu bringen, die sich noch zu den gemeinsam von der Antihitlerkoalition in Potsdam gefaßten Beschlüssen bekannten. Nur so konnte man erreichen, daß die Bestrafung der Kriegs- und Naziverbrecher in den westlichen Besatzungszonen faktisch eingestellt und damit dort dem deutschen Monopolkapital die Rückkehr zur Macht ermöglicht wurde.

Die USA orientierten auf die Integration der Westzonen Deutschlands in das imperialistische Lager. Am 19. Dezember 1947 legte Präsident Truman dem Kongreß

[5] St. E. Ambrose, Rise to Globalism, Baltimore 1973, S. 147.

das Programm zur Reaktivierung der westeuropäischen Wirtschaft vor (European Recovery Program). Dieser auf Initiative des damaligen Außenministers, General George Marshall, ausgearbeitete und nach ihm benannte Plan sah für die erste Vierjahresphase eine Starthilfe von fünfzehn bis siebzehn Milliarden US-Dollar für Europa vor.

Präsident Truman bezeichnete den am 5. Juni 1947 verkündeten Marshallplan und die von ihm am 12. März 1947 formulierte Interventionsdoktrin als die «beiden Hälften ein und derselben Walnuß», ergänzte doch das Programm zur Reaktivierung der kapitalistischen Wirtschaft in Westeuropa die militärische Orientierung der Trumandoktrin. Beide zielten darauf ab, den außenpolitischen Kurs des kalten Krieges durchzusetzen.

Die Politik der USA-Regierungen war nunmehr für einen langen Zeitraum durch militanten Antikommunismus gekennzeichnet. Mit dem außenpolitischen Kurs des kalten Krieges erhöhten sich die internationalen Spannungen und die Kriegsgefahr. Er schloß die Schaffung aggressiver Militärkoalitionen und Stützpunktketten ein. Spionage- und Diversionstätigkeit, verbunden mit subversiven Aktionen, fanden im außenpolitischen Instrumentarium der USA vorrangige Verwendung. Alle ökonomischen und kulturellen Beziehungen wurden verstärkt der aggressiven Zielstellung der Politik des kalten Krieges untergeordnet.

Trotz der gezielten Porpaganda von der sogenannten kommunistischen Gefahr wurden die geforderten Mittel für die Politik des kalten Krieges vom Kongreß nur zögernd bewilligt. Nach damaligen Einschätzungen des USA-Außenministeriums würden jährlich etwa fünfunddreißig Milliarden US-Dollar benötigt, um die führende militärische Rolle der USA zu gewährleisten. Das aber hätte zu jener Zeit mindestens eine Verdoppelung, wenn nicht gar Verdreifachung des amerikanischen Militärbudgets bedeutet und eine erhebliche Anhebung der Steuern zur Folge gehabt. In der Nachkriegsperiode war in den USA aber die Forderung nach Einschränkung der Staatsausgaben und Senkung der Steuern populär geworden. Die Demobilisierung der acht Millionen Mann starken USA-Streitkräfte bis auf eine Million wurde in der amerikanischen Öffentlichkeit als Erfolg verbucht. So stieß denn die Forderung der Regierung Truman, die Streitkräfte durch Einführung der allgemeinen Wehrpflicht zu einem schlagkräftigen Instrument zu machen, vorerst auf Ablehnung. Um die generelle Zustimmung für die Politik des kalten Krieges zu erhalten, brauchte die Regierung einen glaubhaften Vorwand, mit dem sie eine massive Kriegsangst erzeugen konnte.

Am 17. März 1948 erklärte Präsident Truman, daß sich «schwerwiegende Ereignisse in Europa vollzögen», denen die USA entgegentreten müßten. Er berief sich dabei auf den Oberbefehlshaber in der amerikanischen Besatzungszone, General Lucius Clay, der die USA-Regierung von einer sich in «raschem Tempo verstärkenden Kriegsgefahr» in Europa unterrichtet habe. Die Niederlage der Konterrevolution in der Tschechoslowakei im Februar 1948, mit der die imperialistischen Hoffnungen gescheitert waren, dort ein Modell für die kapitalistische Restaurierung Osteuropas zu schaffen, war für die herrschenden Kreise der USA Grund genug, mit aller Macht die «Gefahr der Ausbreitung des Kommunismus» heraufzubeschwören. Der erfolgreiche Verlauf der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in der sowjetischen Besat-

zungszone Deutschlands, ihr Einfluß auf die Auseinandersetzungen zwischen Fortschritt und Reaktion in den Westzonen war für die imperialistischen Kreise ebenso Anlaß, die «kommunistische Gefahr» in drohenden Farben zu propagieren. Gleichzeitig diente ihnen diese Entwicklung als Vorwand, um die Abkehr der westlichen Besatzungsmächte von den in Potsdam gefaßten Beschlüssen der Antihitlerkoalition zu beschleunigen, die Spaltung Deutschlands vorzubereiten und die Reaktivierung kapitalistischer Verhältnisse in einem separaten, in Westeuropa integrierten deutschen Staat zu vollziehen.

Der am 31. März 1948 beschlossene Marshallplan sowie der kurz zuvor unterzeichnete Brüsseler Pakt bestätigten dann die Festlegung der amerikanischen Verbündeten auf die Politik des kalten Krieges in Westeuropa. Damit konnte der Aufbau der NATO unter späterer Einbeziehung Westdeutschlands eingeleitet werden. Präsident Truman erhielt die Zustimmung der Mehrheit des Kongresses für seinen militanten, antikommunistischen Kurs und nun auch die erforderlichen Mittel zur Durchsetzung der aggressiven Außenpolitik. Die Konzeption des kalten Krieges, der Eindämmung und Zurückdrängung des Sozialismus wurde jetzt als langfristiges Programm erarbeitet.[6]

Es wurde behauptet, daß es keine Alternative zum kalten Krieg gäbe; vielmehr sei dieser das einzige Mittel, um den Sieg über den Sozialismus zu erringen, der sowohl in der sozialistischen Staatsmacht als auch in der nationalen Befreiungsbewegung verkörpert sei. Die Umkehrung der gegenwärtigen Entwicklung könne nur durch Koordinierung der von den USA eingeleiteten politischen, wirtschaftlichen und militärischen Maßnahmen mit Westeuropa erreicht werden. Das Programm setzte deutlich Prioritäten. Die weltweit konzipierte Politik des kalten Krieges wurde vorläufig auf Europa beschränkt. Auf der Grundlage gemeinsamer Klasseninteressen konnten hier alle Potenzen der USA und des westeuropäischen Kapitalismus mit dem Ziel zusammengefaßt werden, die internationale Stellung der UdSSR zu untergraben, ihre gesellschaftliche Ordnung zu schwächen und den Sieg der sozialistischen Revolution in anderen europäischen Ländern zu verhindern. Die Forderung «Europa zuerst» setzte sich auch deshalb durch, weil auf dem europäischen Kontinent die militärisch-industriellen Voraussetzungen vorhanden waren, um das Hauptinstrument zur Verwirklichung der genannten Ziele zu schaffen: den unter Führung der USA stehenden imperialistischen Militärblock, die NATO. Der NATO-Pakt wurde am 4. April 1949 unterzeichnet und trat am 24. August 1949 in Kraft. In Europa verlief die Hauptfront im Kampf der beiden unterschiedlichen Gesellschaftssysteme.

Der den Frieden in Europa und in der ganzen Welt bedrohenden Politik des kalten Krieges setzte die Sowjetunion beharrlich eine auf internationale Entspannung gerichtete Politik entgegen. Im Interesse der gesamten Menschheit kämpfte die sowjetische Regierung entschlossen für den Abbau der Politik des kalten Krieges und für die friedliche Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung.

---

[6] Dieses Programm wurde unter der Bezeichnung «National Security Council 68 Series» (N.S.C. – 68) in den außenpolitischen Dokumenten der USA-Regierung veröffentlicht. Siehe: Foreign Relations of United States, Washington 1950, vol. 1.

«Asien zuerst»

Es gab unter den herrschenden Kreisen der USA aber auch Einwände gegen die Entscheidung «Europa zuerst». Diese Kräfte wollten den kalten Krieg von Anfang an auch auf Asien, einschließlich den Nahen Osten, ausdehnen. Sie beriefen sich dabei auf die strategische Bedeutung, die diese riesige Region für den Imperialismus in besonderem Maße seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution habe. Der asiatische Kontinent, die Region des Pazifiks und der Nahe Osten gehörten zu jenen Teilen der Welt, wo die internationale Systemauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus, wo im Kampf um nationale und soziale Befreiung das unerbittliche Ringen zwischen Fortschritt und Reaktion immer wieder zu internationalen Konflikten und anderen politischen und militärischen Auseinandersetzungen geführt hatte. Der Ferne und der Nahe Osten hatten 1918 bis 1922 zu den Ausgangsbasen für die imperialistischen Interventen gegen die jungen Sowjetrepubliken gehört.

Gewisse imperialistische Kreise beobachteten zugleich mit Unbehagen, wie sich die sowjetische Regierung beharrlich darum bemühte, gleichberechtigte, freundschaftliche Beziehungen zu ihren asiatischen und nahöstlichen Nachbarn zu entwickeln. Sie erkannten, daß die Ausstrahlungskraft des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion nicht nur dem antikolonialen Kampf einen Auftrieb geben würde, sondern in starkem Maße auch antiimperialistische Tendenzen und solche sozialökonomischen Veränderungen fördern könnte, die keineswegs in ihrem Interesse lagen.

Aufgrund der verschiedenen Faktoren, die die strategische Bedeutung dieses Raumes bestimmen, gaben deshalb Kräfte innerhalb der US-amerikanischen Führung Asien die Priorität vor Europa und wollten die Politik des kalten Krieges in erster Linie auf dem asiatischen Kontinent verwirklicht sehen. Repräsentanten der «asiatischen Fraktion» gab es im USA-Verteidigungsministerium, in den Reihen der konservativen Republikaner und der führenden Militärs. Verteidigungsminister James Forrestal übersandte Präsident Truman 1947 ein Memorandum mit der Forderung nach ausreichenden Mitteln, um das antikommunistische Konzept nicht nur auf Europa, sondern auch auf den lateinamerikanischen und asiatischen Kontinent auszudehnen. Als Verteidigungsminister stand für ihn die Sicherung der Ölversorgung der Luft- und Seestreitkräfte im Vordergrund; deshalb galt der Einbeziehung der erdölproduzierenden Nahoststaaten in die Trumandoktrin sein besonderes Interesse. Auch Dean Acheson, damals stellvertretender Außenminister, sprach sich bereits zu diesem Zeitpunkt für eine «weltweite» Ausdehnung der Politik der Stärke aus und ließ eine Studie über jene asiatischen Länder anfertigen, die vorrangig als Partner der USA aufgebaut werden sollten.

General Douglas MacArthur, der als Befehlshaber der USA-Streitkräfte im Pazifik und Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen (SCAP) in Japan sowie als USA-Oberkommandierender in Ostasien über außerordentliche Machtbefugnisse verfügte, lehnte die «Europa zuerst»-Politik Trumans ab. Später behauptete er sogar, die Ursache der Niederlage der Guomindang in China 1949 sei darin zu suchen. Während der Koreaaggression (1950–1953) versuchte MacArthur dann noch einmal, und dies in Überschreitung seiner Befugnisse als Oberkommandierender, die Regierung Tru-

man dazu zu zwingen, die Koreaaggression auszudehnen. Die «Europa zuerst»-Politik sollte seiner Auffassung nach aufgegeben und alle Mittel eingesetzt werden, um den «Kommunismus zuerst in Asien zu schlagen», d. h. auch in China.

Ausgehend von den außenpolitischen Möglichkeiten, über die die Vereinigten Staaten insgesamt verfügten, blieb Truman bei seiner Entscheidung, daß die Verwirklichung des kalten Krieges in Europa nicht durch eine Ausweitung des Krieges in Asien behindert werden dürfe. Das Bündnis der USA mit den imperialistischen Staaten in Westeuropa, ihr Zusammenschluß im NATO-Block behielten in den außenpolitischen Entscheidungen der Trumanregierung unbedingte Priorität. USA-Außenminister General Marshall beharrte damals ebenfalls darauf, die zur Verfügung stehenden Mittel auf die beschleunigte Reaktivierung des Kapitalismus in Westeuropa zu konzentrieren, um die dort bereits existierenden politisch-militärischen und ökonomischen Voraussetzungen für die Politik des kalten Krieges auszubauen. Er lehnte die Forderung «Asien zuerst» auch deshalb ab, weil er für die USA einen Landkrieg in Asien vermeiden wollte. In Anbetracht der gewaltigen territorialen Ausdehnung dieses Kontinents und seines Bevölkerungsreichtums, der enormen Entfernungen von den Versorgungszentren in den Vereinigten Staaten hätte ein solcher Krieg seiner Meinung nach die auf ihre technische Überlegenheit bauende US-amerikanische Kriegführung vor große Probleme gestellt.

Die Ausdehnung der Politik des kalten Krieges auf Asien hätte zu diesem Zeitpunkt außerdem vorausgesetzt, daß die USA und die traditionellen Kolonialmächte, die diesen Raum immer noch als ihre besondere Domäne betrachteten, ihr Vorgehen hätten koordinieren müssen. In den Nachkriegsjahren hatten sich aber die Rivalitätskämpfe zwischen den imperialistischen Mächten um die Erweiterung ihrer Einflußzonen in Asien und im Nahen Osten weiter verschärft. Die USA nutzten die kriegsbedingte allgemeine Schwächung Frankreichs und Großbritanniens in Asien und dem Nahen Osten und unterstützten die Forderungen nach politischer Unabhängigkeit, die in britischen und französischen Kolonien erhoben wurden, um so die amerikanischen Positionen auszubauen.

Die Zuspitzung imperialistischer Widersprüche in dieser Weltregion behinderte maßgeblich das Zustandekommen übereinstimmender Schritte im Rahmen der Politik des kalten Krieges. Als eine wesentliche Voraussetzung für die Politik des kalten Krieges fehlte aber auch die auf der Grundlage des gemeinsamen Klasseninteresses gesicherte Zusammenarbeit mit den in der «Eindämmungszone» befindlichen asiatischen Regierungen. Die Bereitschaft für den Kampf gegen den Kommunismus war hier nur in Ansätzen vorhanden, während sich immer breiter die Entschlossenheit herausbildete, den kolonialistischen Bestrebungen in allen Formen Widerstand zu leisten.

Die Entscheidung, den asiatischen Kontinent vorläufig aus der Eindämmungsstrategie herauszulassen, wurde nicht zuletzt auch von der Einschätzung der Entwicklung in China durch die Trumanregierung bestimmt. Die Möglichkeit eines Sieges der Kräfte um Mao Zedong wurde zwar als «nicht wünschenswert», aber doch als «tolerierbar» eingeschätzt, denn dieser Sieg müsse nicht notwendigerweise die regionalen Vorherrschaftsinteressen des USA-Imperialismus für einen vorausschaubaren Zeit-

raum «gefährden».[7] Die Trumanregierung spekulierte Ende der vierziger Jahre noch auf eine Verstärkung der nationalistischen Tendenzen in der Führung der Kommunistischen Partei Chinas. Sie glaubte, daß selbst die Machtergreifung der von der KP Chinas geführten Kräfte nicht unbedingt die Interessen der USA in Asien gefährden müßte. Vielmehr hoffte sie, einen Keil zwischen die VR China und die Sowjetunion treiben zu können. Das hätte den USA die Möglichkeit eröffnet, sich auf dem asiatischen Kontinent, in unmittelbarer Nähe der sowjetischen Grenze, Festlandspositionen von großer militärstrategischer Bedeutung zu verschaffen.

Die weltweit konzipierte Politik des kalten Krieges wurde infolgedessen in ihrer Anfangsphase nur in ersten Ansätzen auf das asiatische Festland ausgedehnt.

Die Asien- und Nahostpolitik der USA in der Anfangsphase des kalten Krieges

Reaktion des USA-Imperialismus auf den Aufschwung der nationalen Befreiungsbewegung in Asien nach 1945

Im Gefolge des zweiten Weltkrieges vollzogen sich auch auf dem asiatischen Kontinent tiefgreifende Veränderungen. Der Zusammenbruch des Kolonialsystems trat hier bereits in den ersten Nachkriegsjahren in aller Schärfe in Erscheinung. Die Befreiungsmission der Roten Armee hatte den Völkern Asiens reale Hoffnungen auf die Gewinnung der Unabhängigkeit gegeben. Die nationalen Befreiungsbewegungen in allen ehemaligen Kolonien und Halbkolonien Asiens und des Nahen Ostens nahmen einen großen Aufschwung. Zugleich trat die Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen den imperialistischen Mächten immer deutlicher in Erscheinung. Das japanische Imperium war zerschlagen. Damit waren die Pläne des japanischen Militarismus, eine «Neue Ordnung» unter Japans Herrschaft im asiatisch-pazifischen Raum zu errichten, gescheitert und zugleich das Haupthindernis für die Realisierung der US-amerikanischen Vorherrschaftspläne im Pazifik beseitigt worden.

Der während des zweiten Weltkriegs geführte japanische Vorstoß in die auf dem Festland und der Inselwelt Südostasiens bestehenden niederländischen, französischen und britischen Kolonialreiche hatte die Positionen dieser Kolonialmächte stark geschwächt. Großbritannien, Frankreich und die Niederlande, die zudem durch den Kriegsverlauf in Europa ökonomisch und militärisch große Verluste erlitten hatten, waren nicht mehr in der Lage, das Vordringen der nunmehr führenden kapitalistischen Macht, der USA, in ihre kolonialen Domänen abzuwehren. Sie konnten auch ihre

[7] Siehe B. Kaufmann, China – USA, Zur außenpolitischen Strategie und Taktik der chinesischen Führung, Berlin 1980, S. 40.

Kolonialherrschaft nicht mehr in der alten Form aufrechterhalten. In den vierziger Jahren errang die Mehrzahl der asiatischen Kolonien und Halbkolonien Großbritanniens, Frankreichs und der Niederlande die politische Unabhängigkeit und verteidigte diese entschlossen gegen die Versuche der Kolonialmächte, neue Abhängigkeitsverhältnisse herzustellen. Obwohl sich damit die meisten jungen Nationalstaaten noch nicht aus der kapitalistischen Weltwirtschaft losgerissen hatten, beseitigte doch das Aufkommen vieler selbständiger souveräner Staaten in Asien die territoriale Aufteilung dieser Weltregion unter die imperialistischen Mächte.

Unter diesen Bedingungen erfolgte der Vorstoß des USA-Imperialismus nach Asien und dem Nahen Osten. Da sich sein aggressives Wesen jetzt nicht mehr in einer territorialen Neuaufteilung des asiatischen Kontinents äußern konnte, versuchte der USA-Imperialismus von vornherein, mit neokolonialistischen Methoden eine Machtsphäre aufzubauen. Er war bestrebt, vielschichtige wirtschaftliche und militärische Abhängigkeitsverhältnisse herzustellen, ohne offen die politische Unabhängigkeit des jeweiligen Staates anzutasten. Das bedeutete allerdings keineswegs, daß er auf Versuche der bewaffneten Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Länder Asiens und des Nahen Ostens verzichtet hätte. Die Vorstellungen der US-amerikanischen Führung über die Entwicklung der internationalen Beziehungen in Asien basierten auf der «Politik der offenen Tür».

Bereits 1899 waren die USA mit dem Anspruch auf gleiche Handelsmöglichkeiten für alle imperialistischen Staaten, d. h. vor allem auf Öffnung Chinas, auch für die zu spät gekommenen US-amerikanischen Monopole, aufgetreten. Gleichzeitig aber sprachen sich die USA mit der Politik der «offenen Tür» dafür aus, die Forderung der asiatischen Staaten nach territorialer Unverletzlichkeit und Unabhängigkeit zu unterstützen. Ihre Konzeption der «offenen Tür» lehnte die Besetzung asiatischer Gebiete durch die westeuropäischen Mächte ab und forderte die Revision der aufgeteilten Interessensphären. Der USA-Imperialismus behauptete, keine Kolonien erwerben zu wollen. Vielmehr präsentierte er sich, anknüpfend an den nordamerikanischen Unabhängigkeitskampf gegen Großbritannien in den Jahren 1775 bis 1783, als eine antikoloniale Macht. Die USA lehnten die vom britischen, französischen und niederländischen Imperialismus praktizierte Form der Kolonialherrschaft in Asien ab. Sie waren bestrebt, sich durch Herstellung wirtschaftlicher und militärischer Abhängigkeiten ein «unsichtbares Reich» aufzubauen.[1] Die «Politik der offenen Tür» hatte von Anfang an das Expansionsstreben der Vereinigten Staaten von Amerika so geschickt verschleiert, daß die von Sun Yat-Sen geführten national-revolutionären Kräfte Chinas geneigt waren, die USA als antikoloniale Macht zu betrachten und die amerikanische bürgerliche Demokratie als politisches Vorbild für China anzusehen.

Auch während des zweiten Weltkriegs setzten die führenden Kreise der USA ihre Kampagne gegen den «klassischen Kolonialismus» Großbritanniens, Frankreichs und der Niederlande fort. Sie traten dabei vordergründig mit der Forderung auf, stärker die Interessen der zunehmend gewachsenen nationalen Befreiungsbewegung zu be-

---

[1] Siehe W. I. Lenin, Werke, Bd. 31, Berlin, S. 466.

rücksichtigen und dem «westlichen Imperialismus» in dieser Region ein Ende zu setzen.

Die generelle Schwäche des britischen und französischen Imperialismus im zweiten Weltkrieg ausnutzend, gingen sie sogar so weit, die Selbstbestimmung für die kolonial unterdrückten Länder zu fordern. Tatsächlich aber ging es den USA um die Verdrängung Großbritanniens, Frankreichs und der Niederlande aus ihren Positionen. Die Kontakte mit Repräsentanten der nationalen Befreiungsbewegungen Ost- und Südostasiens und die Lehren aus dem Kampf Indiens gegen den britischen Kolonialismus hatten den führenden Kreisen der USA bestätigt, daß die bisherigen kolonialen Methoden zur Sicherung der Vorherrschaft unbrauchbar geworden waren. Der sich immer heftiger zuspitzende Kampf um politische Unabhängigkeit konnte nach ihrer Ansicht nur durch das rechtzeitige Zugeständnis einer gewissen nationalen Autonomie bei Aufrechterhaltung vielfältiger, aber verschleierter Formen der Abhängigkeit vom Imperialismus entschärft werden. Von solchen Überlegungen ausgehend, hatte USA-Präsident Roosevelt 1943 auf der Konferenz von Casablanca die Errichtung einer «internationalen Vormundschaft des Völkerbundes» für die Kolonien und Halbkolonien vorgeschlagen. Die Aufgabe der «internationalen Vormundschaft» sollte darin bestehen, die in europäischem Kolonialbesitz befindlichen Länder in einem gewissen Zeitraum, der bezeichnenderweise nicht fixiert wurde, zur politischen Unabhängigkeit zu führen.

Damit wollte die Regierung Roosevelt ein der äußeren Form nach «neues Herangehen» an die Beziehungen zu den asiatischen und nahöstlichen Völkern einleiten. Ihrem Wesen nach sollten diese Beziehungen jedoch nichtgleichberechtigt und ausbeuterisch bleiben. Den asiatischen und nahöstlichen Völkern wurde zwar die Befreiung von der britischen, der französischen und niederländischen Kolonialherrschaft versprochen, gemeint war aber die Errichtung US-amerikanischer, neokolonialistischer Einflußsphären in Asien sowie im Nahen Osten.

Nach dem zweiten Weltkrieg dienten die Grundgedanken der «Politik der offenen Tür» weiterhin zur Verschleierung der großangelegten Expansion des USA-Kapitals. Die amerikanische Regierung knüpfte jetzt direkt an die in asiatischen und nahöstlichen Ländern erhobene Forderung nach Beseitigung der britischen und französischen Kolonialherrschaft an. Mit diplomatischen Mitteln begann sie, Druck auf ihre durch den Krieg geschwächten imperialistischen Rivalen auszuüben, damit diese ihren Kolonien die politische Unabhängigkeit gewährten und so den USA der Zugang zu diesen Gebieten erleichtert würde.

Eine Nachkriegsspezifik bestand auch darin, daß ein breit angelegtes System «ideologischer Märchen» den wahren Sinn des USA-Expansionismus verdunkelte. Darunter nahmen die verschiedenen «Hilfs»programme einen wichtigen Platz ein.[2] Diese amerikanische «Hilfe» wurde den jungen Nationalstaaten zur Überwindung der von der Kolonialherrschaft verursachten wirtschaftlichen Schwäche angeboten. Tatsächlich jedoch waren alle ideologisch verbrämten «Hilfs»programme vom Bestreben des

---

[2] Siehe A. A. Gromyko, Das Kapital im Dienst der imperialistischen Expansion, Moskau 1984, S. 46.

USA-Monopolkapitals getragen, den asiatischen und nahöstlichen Ländern mit möglichst minimalen Unkosten eine für die USA vorteilhafte innere Ordnung aufzuzwingen. Diese «Hilfe» sollte sie veranlassen, solche Normen des internationalen Verhaltens anzunehmen, die den Plänen der herrschenden Kreise der USA entsprachen. Jedes dieser Programme enthielt Hinweise auf die Notwendigkeit, die nationalen Interessen der USA und deren internationale Sicherheit zu schützen. Zugleich verlangten sie den teilweisen Verzicht auf souveräne Rechte, die Herstellung eines günstigen Klimas für ausländische Investitionen und die uneingeschränkte Priorität des Privatkapitals als Ausdruck «unverbrüchlicher Menschenrechte». Allein in der Periode von 1947 bis 1951 wurden in den USA fünf Gesetze über «Hilfs»programme angenommen, die sich neben Europa vor allem auf asiatische und nahöstliche Staaten bezogen. In ihrer konkreten Form war diese «Hilfe» stets aktiv mit der Verwirklichung politischer und militärstrategischer Pläne Washingtons in Europa, Asien und dem Nahen Osten verbunden.

US-amerikanischer Vorstoß in den britischen Einflußbereich des Nahen Ostens

Der Nahe Osten war vor dem zweiten Weltkrieg ein fast ausschließlich vom französischen und britischen Imperialismus beherrschter Bereich.[3] Vor allem Großbritannien verfügte hier über starke politische, militärische und ökonomische Positionen. Britische Monopole besaßen den Hauptanteil der Erdölkonzessionen in Iran, Irak, Kuweit und in den Golfstaaten. Britische Streitkräfte hatten ein Netz von Stützpunkten eingerichtet, um den Seeweg nach der britischen Kronkolonie Indien unter Kontrolle zu halten. In Anbetracht der sich wandelnden internationalen Beziehungen veränderten sich die Formen der britischen Herrschaft zwischen den beiden Weltkriegen. Britischen Mandatsgebieten im Nahen Osten mußte die Unabhängigkeit gewährt werden. Dennoch hatte sich die britische Regierung durch Schutz- und andere besondere Vereinbarungen weiterhin einen maßgeblichen Einfluß auf die Außenpolitik Iraks, Irans, der Golfstaaten und Transjordaniens gesichert. Ägypten nahm wegen der Kontrolle über den Suezkanal einen besonderen Platz in der britischen Nahostpolitik ein. Die Versuche anderer imperialistischer Mächte, in diese britische Einflußzone einzudringen, waren vor dem zweiten Weltkrieg weitgehend verhindert worden. Erst die allgemeine Schwächung Großbritanniens im zweiten Weltkrieg, der Verfall der britischen Seeherrschaft und der durch die faschistischen Armeen zeit-

[3] Nach Erteilung des Mandats durch den Völkerbund (1920) errichtete Frankreich seine Kolonialherrschaft über Syrien und Libanon. Die unter Kolonialherrschaft der Vichý-Regierung stehenden syrischen und libanesischen Gebiete wurden 1941 von britischen Einheiten und Truppen des «Freien Frankreich» (unter General de Gaulle) besetzt, zugleich endete formell Frankreichs Mandatsherrschaft. Die volle politische Unabhängigkeit erlangten Libanon (1943) und Syrien (1946) mit der Übernahme der Regierungsgeschäfte und dem erzwungenen Abzug der französischen Truppen. Frankreichs direkte Kolonialherrschaft im Nahen Osten war damit beendet.

weilig erzwungene Rückzug der britischen Afrika- und Nahoststreitkräfte schufen solche Bedingungen, die es den USA möglich machten, militärische Positionen an einigen strategisch wichtigen Punkten des Nahen Ostens aufzubauen. US-amerikanische Militärmissionen, die für den Nachschub der alliierten Streitkräfte verantwortlich waren, begannen in Iran und Saudi-Arabien wirksam zu werden.

Großbritannien war während und noch mehr nach dem zweiten Weltkrieg das Hauptangriffsziel des antikolonialen Kampfes in der Nahostregion. Mit ihrer «Politik der offenen Tür» unterstützten die führenden amerikanischen Kreise die Unabhängigkeitsforderungen der antibritischen Führungskräfte im Nahen Osten. Die USA präsentierten sich als antikoloniale Macht, die ihre technische Hilfe im zivilen und militärischen Bereich zur Überwindung der Rückständigkeit der nahöstlichen Länder anbot. Das Ziel der amerikanischen Regierung war dabei, eine Umorientierung der arabischen Führungskräfte auf die Vereinigten Staaten zu erreichen, welche in sogenannten Hilfsabkommen fixiert werden sollte. Damit wollten sie sich bei der Einbeziehung der Nahostregion in die Politik des kalten Krieges die Initiative sichern.

In den vierziger Jahren vermochten es die USA jedoch noch nicht, die britischen Positionen in Ägypten, Jordanien, Irak und in den Golfstaaten so weit zu schwächen, daß sie einen maßgeblichen Einfluß auf die Führungskräfte dieser Staaten ausüben konnten. Dagegen gelang es ihnen aber, entscheidende Positionen auf dem Territorium des ehemals britischen Mandatsgebietes von Palästina, im heutigen Israel, sowie in dem zum britischen Einflußbereich gehörenden Iran und in Saudi-Arabien zu gewinnen.

Bereits während des zweiten Weltkriegs war Saudi-Arabien in den Kreis der Länder einbezogen worden, die militärische Lieferungen aus den USA erhielten. Nicht zuletzt auch deshalb, weil es dort um den Schutz der Erdölfelder amerikanischer Monopole ging. Dies leitete den Aufbau militärischer Einrichtungen der USA in Saudi-Arabien ein. Die führenden Kreise der USA begannen, in diesem Zusammenhang von den «lebenswichtigen Interessen» der USA im Nahen Osten zu sprechen. Damit meinten sie nicht nur das Erdöl, das aufgrund des im Krieg enorm gestiegenen Brennstoffbedarfs eine noch größere Bedeutung erlangt hatte, sondern auch die Verkehrswege und die strategische Lage der Region insgesamt.

Während seines Treffens mit König Ibn Saud im Februar 1945 erläuterte Präsident Roosevelt, daß die Pläne der USA für die Nachkriegsordnung dahin gingen, die «Politik der offenen Tür» gegen die britische Vorherrschaft im Nahen Osten endgültig durchzusetzen.[4] Der Angriff auf die britischen Positionen in der Region kam auch deutlich in den zwischen Roosevelt und Ibn Saud getroffenen Vereinbarungen zum Ausdruck. In geschickter Weise trugen diese dem Souveränitätsanspruch Saudi-Arabiens gegenüber dem britischen Vormachtstreben in der Region Rechnung, indem die USA betonten, daß Saudi-Arabien niemals einer militärischen Besetzung unterworfen werden dürfe und sie demnach nur Nutznießer der von ihnen zu errichtenden militärischen Anlagen in Saudi-Arabien seien. Nach Ablauf der nur für einige Jahre vorgesehenen Pachtzeit sollten diese Einrichtungen Saudi-Arabien gehören.

---

[4] Siehe Foreign relations of the United States, Washington 1969, S. 8.

Das USA-Oberkommando begann daraufhin in dem Dreieck Dahran – Alkhobar – Alghesia den Bau eines Luft- und Seestreitkräfte-Stützpunktes, der als Drehscheibe für Operationen in Europa und Asien für die Nachkriegsperiode geplant war. Als Gegenleistung für die Verpachtung der Stützpunkte bei Dahran an die USA wurden die im Krieg eingeleiteten militärischen Lieferungen für Saudi-Arabien fortgesetzt.

Der wichtigste Teil der Vereinbarungen betraf die Konzession für die Erdölgewinnung, die auf nur sechzig Jahre vergeben wurde und sich auf ein genau begrenztes Gebiet beschränkte. Nach Ablauf der Pachtzeit sollten die Fördereinrichtungen Saudi-Arabien gehören. Im Gegensatz zu den Erdölvereinbarungen Großbritanniens war besonders bedeutsam, daß dem König feste Einkünfte pro Tonne geförderten Erdöls zugesichert wurden und er so von der Steigerung der Ölproduktion profitierte. Damit wurde der Grundstein für die exklusive Rolle, die Saudi-Arabien nicht nur politisch-militärisch, sondern auch ökonomisch in späteren Jahren für die USA spielen sollte, gelegt. Die US-amerikanische Regierung bediente sich in der Anfangsperiode der in Saudi-Arabien tätigen amerikanischen Erdölgesellschaft ARAMCO als Vermittler zum Königshaus. Damit sicherte sich Washington größeren Spielraum in seiner sowohl die jüdischen als auch die arabischen Interessen tangierenden Nahostpolitik.

Mit der Festigung ihrer Kontakte zum König von Saudi-Arabien zielten die USA aber auch darauf ab, ihre Kontrolle über die gesamte Golfregion auszudehnen. Im saudi-arabischen Herrschaftsbereich befinden sich die bedeutendsten Pilgerstätten der islamischen Welt. Nach den Plänen der USA-Regierung sollte der König von Saudi-Arabien als Mittler zu den islamischen Nahoststaaten, insbesondere zu Irak und den Golfstaaten dienen, die damals noch ausschließlich unter britischer Kontrolle standen.

Die führenden Kreise Irans hatten schon nach dem ersten Weltkrieg um Unterstützung der USA ersucht, weil sich diese mit ihrer «Politik der offenen Tür» gegen die traditionelle Kolonialpolitik Großbritanniens wandten.[5] Während Großbritannien vorrangig feudal-reaktionäre Gruppierungen in Südiran unterstützte und sich unverhohlen direkt in die Entscheidungen der iranischen Regierung einmischte, traten die USA für die Forderung der iranischen Bourgeoisie nach voller Wiederherstellung der Unabhängigkeit Irans ein. Deren Forderung nachkommend, sprachen sich führende Kreise der USA gegen eine Aufteilung Irans in Einflußsphären aus, wollten allerdings damit in erster Linie freien Zugang für amerikanisches Kapital sichern.

Für die herrschenden iranischen Kreise war die Unterstützung der USA auch insofern wichtig, weil sie in ihrer Auseinandersetzung mit den nichtprivilegierten iranischen Schichten dringend Hilfe benötigten. In Anbetracht der sich verschärfenden Unruhen brauchten sie einen Repressionsapparat gegen «subversive Elemente», der ihre Machtpositionen schützte. Die Schaffung eines solchen war eine erstrangige Frage geworden, bei deren Lösung die iranische Führung auf die USA rechnete. Die herrschenden Kreise der USA hatten ihrerseits schnell erkannt, daß ihnen die Beteiligung am Aufbau der iranischen Sicherheitsorgane zugleich die Kontrolle über die iranische

---

[5] Von 1922 – 1927 hatte bereits eine US-amerikanische Finanzmission unter Leitung von A. Millspaugh versucht, in Iran einzudringen. Sie hatte sich aktiv am britisch-amerikanischen Konkurrenzkampf um Eisenbahnen und Erdölkonzessionen beteiligt.

Armee und Gendarmerie sowie weitreichenden Einfluß im Lande ermöglichen würde. Schon während des zweiten Weltkriegs hatte Präsident Roosevelt die Mittel für den Aufbau des militärischen Apparats, der Polizei und des Geheimdienstes in Iran mit der Begründung gefordert, daß solche Maßnahmen «lebenswichtig für die Verteidigung der USA» seien, berührten doch diese Fragen strategische Interessen der Vereinigten Staaten in dieser Region. Tatsächlich ermöglichte die Reorganisation der iranischen Armee und Gendarmerie der USA-Militärmission, ihre Berater in Schlüsselpositionen Irans hineinzubringen. Damit gewannen sie zugleich Einblick in die Pläne der herrschenden Kreise Irans. So trug die Tätigkeit der amerikanischen Militärmission dazu bei, dauerhafte direkte Verbindungen zwischen den herrschenden Kreisen Irans und den USA herzustellen. Als es nach dem Krieg darum ging, die nationaldemokratische Bewegung im Norden Irans niederzuschlagen, verfügte die iranische Regierung bereits über einen einsatzfähigen Repressionsapparat.

Im Norden Irans, in unmittelbarer Nachbarschaft zur Sowjetunion, waren 1946 die Autonomen Republiken Iranisch-Aserbaidshan und Kurdistan geschaffen worden. Nicht nur die reaktionären Kreise in Teheran sahen darin eine Bedrohung ihrer Machtpositionen, auch die Regierung der USA befürchtete, daß sich dort an der Grenze zur Sowjetunion eine Entwicklung anbahnen könnte, die ihre Pläne, in den Iran einzudringen, behindern oder sogar unmöglich machen würde. Hinzu kam, daß die amerikanische Führung die beharrlichen Bemühungen der sowjetischen Regierung, freundschaftliche Beziehungen mit Iran zum beiderseitigen Nutzen herzustellen, mit um so größerem Unbehagen beobachtete, nachdem auch nationaldemokratisch gesinnte Kräfte der Führung in Teheran für eine bessere Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, z. B. bei der Erschließung von Erdöl, eintraten. In der sich zuspitzenden Auseinandersetzung wurden die beiden demokratischen Regierungen im Norden Irans mit Hilfe des von den USA aufgebauten Repressionsapparats gestürzt.

Der Aufschwung der nationaldemokratischen Bewegung in Iran, das wachsende Ansehen der marxistisch-leninistischen Tudeh-Partei, die sich anbahnenden gegenseitig vorteilhaften gutnachbarlichen Beziehungen zur Sowjetunion sowie die ausgedehnte gemeinsame Grenze Irans mit seinem sozialistischen Nachbarn waren für die USA Gründe genug, alle Mittel einzusetzen, um das ihrem Einfluß zugängliche iraniche Regime in die antikommunistische Politik des kalten Krieges einzubeziehen. Zu diesem Zweck wurde am 6. Oktober 1947 ein neues Abkommen über die Tätigkeit der amerikanischen Militärmission in Iran geschlossen: Die Aufgabenstellung dieser Militärmission, die ursprünglich nur auf die Stabilisierung des Regimes in Iran orientiert war, wurde auf globale, systemerhaltende Ziele ausgedehnt. Irans Grenzen zur Sowjetunion wurden als ein Abschnitt der den Balkan und den Nahen Osten durchziehenden «Verteidigungslinie der freien Welt» betrachtet.

Unter den militärtechnischen Bedingungen der vierziger Jahre war die Kontrolle des unmittelbar an die sowjetischen Unionsrepubliken Armenien, Aserbaidshan und Turkmenistan sowie die Autonome Sozialistische Sowjetrepublik Nachitschewan grenzenden iranischen «Frontabschnitts» für die «Eindämmungs»strategen von außerordentlicher Bedeutung. So wurde im Jahre 1949 in den USA ein «Gesetz über gegenseitige Hilfe zum Zweck der Verteidigung» angenommen, das nicht nur militä-

rische «Hilfe» für die Teilnehmerländer der NATO, sondern auch für Iran vorsah. Die auf dieser Grundlage vergebenen Regierungssubventionen und -kredite der USA dienten direkt auch der Verwirklichung der politischen und militärstrategischen Pläne Washingtons in der Nahostregion. Insbesondere zielten sie auf die Umgestaltung der Wirtschaft und der politischen Struktur Irans entsprechend den Bedürfnissen der geplanten Militärblöcke ab.

Bei der Festigung ihrer Positionen in Saudi-Arabien und Iran streckte die amerikanische Regierung auch ihre Fühler nach dem britischen Mandatsgebiet Palästina aus. Bereits während des zweiten Weltkriegs war Palästina in das Blickfeld der Regierung Roosevelt gerückt, nachdem sich der Schwerpunkt zionistischer Politik aufgrund der international geschwächten Positionen Großbritanniens nach den USA verlagert hatte. Die amerikanischen Zionisten und über sie die zionistische Weltorganisation begannen, einen maßgeblichen Einfluß auf die Haltung der USA zu Palästina, zur Schaffung eines jüdischen Staates, auszuüben. Die Rooseveltregierung verknüpfte dabei die Hilfe für die vom Faschismus der Vernichtung preisgegebenen Juden in Europa mit der Forderung nach Befreiung Palästinas vom britischen Kolonialismus. Sie ging davon aus, daß ein unter Mitwirkung der USA zu gründender jüdischer Staat im arabischen Nahen Osten von großem Vorteil für ihre neokolonialistische Politik sein würde. Einmal könnte auf diese Weise der britische Einfluß im Nahen Osten weiter geschwächt werden, andererseits aber schätzte die USA-Führung ein, daß die zionistische Führung bei Verwirklichung der amerikanischen Pläne für sie eine zuverlässigere Stütze sein würde als die herrschenden arabischen Kreise. Um möglichst keine antiamerikanischen Gefühle auf arabischer Seite aufkommen zu lassen, machte die amerikanische Regierung jedoch lange Zeit sehr verschleierte Aussagen zur Zukunft Palästinas. So erklärte Präsident Roosevelt am 15. Oktober 1944, daß die USA bereit seien, «Hilfe bei der Umwandlung Palästinas in ein freies, demokratisches Gemeinwesen zu leisten.»[6] Allerdings glaubte die amerikanische Regierung auch – und sie hielt noch in den fünfziger Jahren an dieser Konzeption fest –, daß sie mit ihrem Angebot für wirtschaftliche und andere «Hilfe» nicht nur für einem künftigen jüdischen Staat, sondern auch für arabische Staaten des Mittel zur «Versöhnung», d. h. zur Manipulierung beider Seiten in der Hand habe.

1947 unterstützte die USA-Regierung die von den Vereinten Nationen angenommene Teilungsresolution. Die arabischen Staaten, unter ihnen auch die palästinensische Führung, lehnten dagegen den Teilungsplan strikt ab. Auch Großbritannien setzte sich nicht dafür ein, in der Hoffnung, mit einer Politik der «Nichtbeteiligung» es weder mit der einen noch mit der anderen Seite zu verderben und auf diese Weise den britischen Einfluß im Nahen Osten aufrechterhalten zu können. In der UNO-Resolution Nr. 181 vom 29. November 1947 waren die Beendigung des britischen Mandats über Palästina sowie die Gründung zweier unabhängiger Staaten, eines jüdischen und eines arabischen, auf palästinensischem Territorium beschlossen worden. Der Teilungsplan, dem auch die UdSSR zugestimmt hatte, versuchte, sowohl die Rechte der

---

[6] R. Szold/S. Schwarz, American interests in Palestine. In: The Palestine Year Book, 5706, Review of events July 1944 to July 1945, vol. I, Ed. S. A. Udin, Washington 1945, S. 366.

jüdischen als auch die der arabischen Bevölkerung zu berücksichtigen. Palästina sollte entsprechend der Konzentration der jüdischen und der arabischen Bevölkerung in zwei Hauptgebiete aufgeteilt werden. Beiden Seiten wurde empfohlen, eine Wirtschaftsunion einzugehen. Für Jerusalem war eine Treuhandschaft vorgesehen.[7]

Seit Bekanntgabe des UNO-Beschlusses über die Aufteilung Palästinas verschärften sich die bewaffneten Kämpfe im britischen Mandatsgebiet. Die Realisierung einer demokratischen Lösung des Palästinaproblems wurde in dem Maße unmöglich, wie es einerseits der zionistischen Bewegung gelang, die jüdischen Massen vollständig unter ihren Einfluß zu bringen, und andererseits die feudalen und nationalbürgerlichen arabischen Kräfte, die damalige Schwäche der progressiven Bewegung unter der palästinensisch-arabischen Bevölkerung nutzend, die Entwicklung in ihrem Klasseninteresse zu lenken versuchten.

Am 14. Mai 1948, 24 Uhr lief das britische Mandat ab. Damit war eine neue politisch-militärische Lage entstanden. Die israelische Seite versuchte mit allen Mitteln durchzusetzen, daß die vorher vollzogenen militärischen Eroberungen politisch akzeptiert wurden. Noch am 14. Mai wurde der israelische Staat proklamiert.

Die zionistischen Kreise übten sofort einen heftigen Druck auf das Weiße Haus aus, um Präsident Truman zu einer raschen Anerkennung Israels zu veranlassen – und sie hatten Erfolg! Die selbst für enge Mitarbeiter des Präsidenten, so für John Foster Dulles, damals Chef der USA-Delegation bei den Vereinten Nationen, überraschend erfolgte De-facto-Anerkennung Israels durch die USA am 15. Mai 1948 war in erster Linie auf die weitgehende Übereinstimmung der außenpolitischen Konzeption der zionistischen Bourgeoisie mit der globalen antisowjetischen Zielstellung Trumans und seiner Politik des kalten Krieges zurückzuführen. Dennoch darf nicht übersehen werden, daß in Anbetracht der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen auch die Wählerstimmen der in den USA lebenden Juden ein nicht unmaßgeblicher Faktor für die Entscheidung Präsident Trumans gewesen sind.

Der Staat Israel war am 14. Mai mit dem Anspruch auf ganz Palästina gegründet worden. Und die zionistischen Truppen hielten zu diesem Zeitpunkt bereits Gebiete des von der UNO vorgesehenen arabisch-palästinensischen Staates besetzt. In dieser Situation begann am 15. Mai 1948 der Angriff arabischer Truppen – mit britischer Rückendeckung. Der bisherige Bürgerkrieg in Palästina wurde zu einem Krieg zwischen Staaten, zum ersten arabisch-israelischen Krieg. Die unter britischem Einfluß stehenden ägyptischen und irakischen Monarchien hatten ihre Streitkräfte an den Grenzen aufmarschieren lassen, Jordanien setzte seine unter britischem Kommando stehende Arabische Legion ein. Syrien und Libanon entsandten ihre Truppen. Der arabisch-israelische Konflikt war in eine neue Phase eingetreten und weitete sich aus. Die auf Vermittlung der UNO Anfang 1949 zustande gekommenen Waffenstillstandsabkommen zwischen Israel und den kriegführenden arabischen Staaten setzten schließlich den Kampfhandlungen ein Ende.

Die Vereinigten Staaten waren mit ihrer Nahostpolitik in ein Netz von Widersprüchen geraten. Ihre proisraelische Haltung hatte ihnen zwar einen neuen Verbündeten

---

[7] Zur Gründung Israels siehe M. Robbe, Scheidewege in Nahost, Berlin 1982, S. 108 ff.

in der Nahostregion gesichert, doch damit waren sie das Risiko eingegangen, die Sympathie der Araber zu verlieren. Das aber bedeutete wachsende Schwierigkeiten für die USA in ihrem Rivalitätskampf mit Großbritannien um den Vorrang in der Nahostregion.

Mit der im Januar 1949 – noch während des ersten israelisch-arabischen Krieges – gleichzeitig vollzogenen De-jure-Anerkennung Israels und Transjordaniens versuchte die USA-Regierung noch einmal, ein ausbalanciertes Verhältnis zur arabischen und zur jüdischen Seite herzustellen. Ein Versuch, den die amerikanische Nahostpolitik über Jahrzehnte wiederholte und der niemals zu einem wirklichen Erfolg führte.

Es lag vordergründig im Interesse der zionistischen Führung wie der regierenden US-amerikanischen Kreise, Israel als «Vorposten» der Weltreaktion in der Nahostregion auszubauen. Die Führung in Israel konnte auf längere Sicht damit rechnen, daß die Regierung der USA in keiner Weise Schritte unternehmen würde, um mit einem gerechten Friedensvertrag, der die Rechte des arabischen Volkes von Palästina berücksichtigte, eine demokratische Lösung des Palästinaproblems herbeizuführen. Deshalb sahen die führenden israelischen Kräfte die in den Waffenstillstandsabkommen festgelegten Demarkationslinien als ihre «rechtmäßigen» Staatsgrenzen an. Unter Mißachtung des UNO-Teilungsplanes vom November 1947 hatte der israelische Staat de facto sein Territorium auf den weitaus größten Teil Palästinas ausgedehnt. Die zionistischen Kreise waren sich dabei der stillschweigenden Duldung seitens der USA gewiß.

Die von Palästina noch übriggebliebenen Gebiete – Westjordanien und der Ghazastreifen – wurden von Jordanien (bis 1950 Königreich von Transjordanien) annektiert bzw. dem damaligen Königreich Ägypten zugeschlagen. In beiden arabischen Ländern spielte der britische Einfluß auch nach dem ersten Nahostkrieg noch eine maßgebliche Rolle.

In Jordanien spitzten sich zwar die britisch-amerikanischen Gegensätze zu, Großbritannien konnte aber das weitere amerikanische Vordringen noch für einen gewissen Zeitraum verhindern. Erst in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre gelang es den USA, in Übereinstimmung mit den 1951 und 1952 unterzeichneten amerikanisch-jordanischen Abkommen ihre Berater ins Land zu bringen und so nach und nach die Kontrolle über Staat und Wirtschaft des Haschemitischen Königreiches Jordanien zu erlangen.[8]

Großbritannien, das im ersten arabisch-israelischen Krieg die arabische Seite unterstützt hatte, war es nicht zuletzt deshalb gelungen, den weiteren amerikanischen Vorstoß in der Region vorerst zu verzögern. Die britische Regierung konnte vorläufig ihre starken Kolonialpositionen sowohl in Ägypten und Irak als auch in den arabischen Ländern am Persischen Golf behaupten.[9]

---

[8] Nach der Annexion eines Teiles jenes Gebietes, das für die Schaffung eines arabischen Staates von Palästina vorgesehen war, wurde Transjordanien am 23. April 1950 in Haschemitisches Königreich Jordanien umbenannt.

[9] Die britischen Versuche, eine probritische jordanisch-irakische Föderation zustande zu bringen, waren allerdings gescheitert.

Trotz der weiterbestehenden scharfen amerikanisch-britischen Rivalitäten in Nahost bestand zwischen den führenden Kreisen der beiden imperialistischen Staaten Übereinstimmung darin, daß der Nahe Osten ein Hauptabschnitt ihres globalen Kampfes gegen die Sowjetunion, die mit ihr befreundeten volksdemokratischen Staaten und gegen die nationale Befreiungsbewegung war. Ungeachtet taktischer Differenzen waren sie sich auch darin einig, den imperialistischen Einfluß mit allen Mitteln in jenen nahöstlichen Ländern, die eine gemeinsame Grenze zur Sowjetunion hatten, zu festigen. Und auch die Erdölfelder der Region, die damals als die reichsten der Erde galten, wollten beide ausschließlich unter ihrer Kontrolle halten und ihre militärischen Mittel in der Region so einsetzen, daß die wachsende nationale Befreiungsbewegung aufgehalten und das Kolonialsystem in Afrika gestützt werden konnte.

Die Türkei und die Trumandoktrin

Ende der vierziger Jahre hatten sich die USA nicht nur in Saudi-Arabien, Iran und Israel Ausgangspositionen geschaffen, um den Nahen Osten in ihre antisowjetische Strategie einbeziehen zu können; in noch viel stärkerem Maße galt dies für die Türkei. Die sich schnell und eng entwickelnde Zusammenarbeit zwischen den USA und der Türkei beruhte nicht auf langjährigen Traditionen. Vor dem zweiten Weltkrieg orientierte die türkische Außenpolitik in erster Linie auf Herstellung guter Beziehungen zu Großbritannien, Frankreich und insbesondere zu Hitlerdeutschland. Mit ihren Nachbarn auf dem Balkan und im Nahen Osten war die Türkei regionale Verteidigungsbündnisse eingegangen. Gegenüber der UdSSR schlug sie nach 1938 einen antisowjetischen Kurs ein.

In diesem außenpolitischen Konzept spielten die Vereinigten Staaten von Amerika zunächst eine sehr untergeordnete Rolle. Während des zweiten Weltkriegs versuchte die türkische Regierung dann, in das Militärhilfeprogramm der USA einbezogen zu werden. Als Preis für den von Winston Churchill 1943 geforderten Kriegseintritt der «neutralen» Türkei an der Seite der Alliierten stellte die türkische Regierung die damals unerfüllbare Forderung nach kompletter Modernisierung des türkischen Waffenarsenals. Damit trat eine Verschärfung in den britisch-türkischen Beziehungen ein. Zugleich spitzten sich die Beziehungen zwischen der Türkei und der Sowjetunion zu, denn die türkische Regierung gestattete deutschen Handelsschiffen auch während des Krieges das Passieren der Meerengen in das Schwarze Meer. Das war eine eindeutige Begünstigung der Hitleraggression gegen die Sowjetunion.

Gegen Ende des Krieges versuchten die regierenden Kreise der Türkei, sich mit allen Mitteln eine vorteilhafte Position zwischen den Mächtegruppierungen zu sichern. In der Erwartung, bei der Diskussion über die Nachkriegsordnung mitreden zu können, trat die türkische Regierung am 23. Februar 1945 schließlich doch noch an der Seite der Alliierten in den Krieg ein. Ihre Hauptaufmerksamkeit war in der Folgezeit darauf gerichtet, die Position der USA, die als die stärkste militärische und ökonomische Macht unter den kapitalistischen Staaten aus dem Krieg hervorgegangen war, in enge Übereinstimmung mit den türkischen Interessen zu bringen. Im Zu-

sammenhang mit der von den Alliierten auf der Potsdamer Konferenz behandelten Frage einer Revision der Durchfahrtsordnung für die Meerenge am Bosporus und an den Dardanellen begann die türkische Regierung, eine «Bedrohung» der souveränen Rechte der Türkei durch die Sowjetunion aufzutischen, und versuchte, dafür die Unterstützung der USA zu gewinnen. Am 7. August 1946 überreichte die Regierung der Sowjetunion der Türkei eine Note, in der sie, schlußfolgernd aus ihren im zweiten Weltkrieg gemachten Erfahrungen mit der Unterstützung Hitlerdeutschlands durch die Türkei, die gemeinsame Kontrolle der Meerengen vorschlug. Die regierenden Kreise der Türkei hatten aber bereits eine so weitgehende Übereinstimmung mit den USA erreicht, daß letztere in einer Note vom 19. August 1946 den Vorschlag einer gemeinsamen Kontrolle der Meerengen durch die Anliegerstaaten des Schwarzen Meeres, also auch durch die UdSSR, strikt zurückwiesen.[10] Die im September 1946 im Ägäischen Meer durchgeführten gemeinsamen britisch-amerikanischen Manöver signalisierten die Bereitschaft der USA, der Türkei auch militärische Unterstützung zu geben und sie eine besondere Rolle beim Übergang zur Politik des kalten Krieges spielen zu lassen.

Dafür hatten die USA vor allem zwei Gründe: zum einen die Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen nach dem zweiten Weltkrieg in der Türkei selbst, zum anderen die geostrategische Lage des Landes. Die Absicherung der Europa und den Balkan durchziehenden «Verteidigungslinie der freien Welt» konnte an der Südflanke nur von Griechenland und der benachbarten Türkei erfolgen. Die Türkei war zudem ein direkter Nachbar Bulgariens. Das im September 1944 verkündete Programm der volksdemokratischen Regierung Bulgariens orientierte bereits auf den Übergang zum Sozialismus und betonte die unverbrüderliche Freundschaft mit der Sowjetunion. Für die herrschenden Kreise der USA bestanden damit keine Aussichten mehr, einen Keil zwischen Bulgarien und die Sowjetunion treiben zu können. Der Machtbereich des Imperialismus endete an der Südflanke ihrer «europäischen Verteidigungslinie» an den türkisch-griechischen Grenzen zu Bulgarien. Im Nahen Osten verlief die sogenannte Verteidigungslinie gegen den Kommunismus dann längs der türkisch-sowjetischen Grenze und folgte schließlich der iranisch-sowjetischen Grenze. Angrenzend an das von sowjetischen Schiffen befahrene Schwarze Meer, an die Georgische und die Armenische SSR, konnte die Türkei einen Hauptabschnitt dieser «Verteidigungslinie der freien Welt» bilden.

Wesentlicher Anlaß für das besondere Interesse der USA an der Türkei war aber auch deren innenpolitische Entwicklung. Die USA waren in hohem Maße über die Instabilität der türkischen Regierung beunruhigt, vor allem über den zunehmenden Widerstand der türkischen Arbeiterklasse gegen die Politik der Regierung. Sie befürchteten, daß damit der «Ausbreitung des Kommunismus» in ähnlicher Weise wie in Griechenland Vorschub geleistet würde. Tatsächlich sahen sich die herrschenden Kreise der Türkei in den Nachkriegsjahren mit zunehmenden sozialen Unruhen konfrontiert. Die türkische Arbeiterklasse stellte mit Nachdruck die Forderung nach Lega-

---

[10] Siehe G. S. Harris, Troubled Alliance. Turkish-American problems in historical perspective, 1945 – 1971, Stanford (California) 1972, S. 21/22.

lisierung der türkischen Gewerkschaften. Im Februar 1947 wurde die türkische Regierung dazu gezwungen, ein Gesetz über die Zulassung gewerkschaftlicher Organisationen zu verabschieden. Damit hatte die türkische Arbeiterbewegung einen großen Erfolg errungen. Sie hatte sich eine organisatorische Plattform geschaffen. Dieser Erfolg war um so bedeutsamer, da die türkischen Gesetze die Bildung von politischen Organisationen der Arbeiterklasse nicht erlaubten.

In Anbetracht des gerade in den ersten Nachkriegsjahren zunehmenden Einflusses demokratischer und kommunistischer Kräfte in den westeuropäischen Staaten, insbesondere aber, weil im benachbarten Griechenland die Existenz des monarchistischen Regimes bedroht war, wollten die herrschenden Kreise der USA diesen Erfolg der türkischen Arbeiterklasse unter keinen Umständen zulassen.

Zum selben Zeitpunkt lieferte die britische Regierung den Anlaß zur Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten Griechenlands und der Türkei. Am 21. Februar 1947 teilte der britische Botschafter in Washington dem USA-Außenministerium mit, daß seine Regierung weder in der Lage sei, die militärische Unterstützung des monarchistischen Regimes in Griechenland fortzusetzen, obwohl dessen Sturz unmittelbar bevorstehe, noch die eingeleitete Aufrüstung der türkischen Streitkräfte weiterzuführen. Großbritannien wolle bis Ende März alle «Hilfeleistungen» einstellen und sich aus den bislang als britische «Einflußzone» betrachteten griechischen und türkischen Gebieten zurückziehen, um seine Kräfte auf die Rekonstruktion der kriegsgeschwächten britischen Wirtschaft zu konzentrieren. Die USA beantworteten den britischen Rückzug mit der Anwendung der Trumandoktrin auf Griechenland und die Türkei.

Präsident Truman konnte allerdings in seiner Rede vor dem Kongreß am 12. März 1947 nur sehr vorsichtig von einer «kommunistischen Gefahr» in der Türkei sprechen, denn dafür gab es überhaupt keine Begründung. Die US-amerikanische Regierung argumentierte deshalb in den Kongreßdebatten mit der «sowjetischen Bedrohung» und behauptete, die Türkei würde keine stabile Entwicklung nehmen, solange sie die Kosten der Aufrüstung allein zu tragen hätte. Im selben Jahr noch wurde im USA-Kongreß das Gesetz über die Militär- und Wirtschaftshilfe für Griechenland und die Türkei angenommen. Als Voraussetzung für die Gewährung dieser «Hilfe» forderte der Kongreß, daß offizielle Vertreter der USA von der türkischen Regierung zugelassen würden, die die Verwendung der «Hilfe» überwachen sollten. Ebenso sollte amerikanischen Journalisten die ungehinderte Berichterstattung über die Realisierung des «Hilfsprogramms» ermöglicht werden. Obwohl diese Forderungen eine heftige Auseinandersetzung in der Türkei auslösten und dabei die Frage aufgeworfen wurde, ob damit nicht die Souveränität der Türkei eingeschränkt würde, ging die türkische Regierung mit geringfügigen Veränderungen auf diese Bedingungen ein. Die Hauptzielsetzung der vorerst auf 150 Millionen US-Dollar festgelegten «Hilfe» für die Türkei bestand darin, durch Gewährung von Anleihen, Krediten und Subventionen Wirtschaft und Politik dieses Landes zu beeinflussen, ihm eine für die USA-Monopole vorteilhafte innere Ordnung und an Washingtons Bedürfnissen orientierte Normen des internationalen Verhaltens aufzuzwingen.

Der stellvertretende USA-Außenminister Dean Acheson begründete den Ent-

schluß seiner Regierung mit der Behauptung, die «Hilfe» sei notwendig, um den Sturz des türkischen Regimes und das dann folgende «Eindringen Rußlands» zu verhindern, da sonst die Dardanellen und der Bosporus unter «sowjetische Kontrolle» geraten würden.[11] Auch Präsident Truman rechtfertigte die Einmischung in der Türkei mit der These von einer angeblichen sowjetischen Bedrohung, sei es doch seiner Doktrin nach die Aufgabe der USA, die «freien Völker, die sich den Versuchen widersetzen, von bewaffneten Minderheiten oder durch Druck von außen unterjocht zu werden, zu unterstützen»[12]. Unter «Druck von außen» wollte die Trumanregierung insbesondere jene diplomatischen Schritte der sowjetischen Regierung verstanden wissen, die mit dem Vorschlag einer sowjetischen Beteiligung an der Kontrolle der Meerengen verbunden waren.[13] Gerade einer solchen Vereinbarung aber widersetzten sich die imperialistischen Kräfte.

Die Kontrolle über diese strategisch wichtigen Meerengen war schon immer Gegenstand heftigster imperialistischer Machtkämpfe gewesen. Für die Verwirklichung der Politik des kalten Krieges wurde ihre Kontrolle nun zu einem Faktor von außerordentlicher strategischer Bedeutung: In der Beherrschung der Meerengen sahen die imperialistischen Kräfte eine Möglichkeit, den sowjetischen Schiffen zu jedem beliebigen Zeitpunkt die einzige Verbindung vom Schwarzen zum Mittelmeer zu verschließen.

Die Einbeziehung der Türkei in die Trumandoktrin ermöglichte den führenden Kreisen der USA auch, stärker Einfluß auf die innenpolitische Entwicklung dieses nahöstlichen Staates zu nehmen. Die amerikanische «Hilfe» diente in erster Linie zur Festigung der Positionen der herrschenden Kreise in der Türkei. Militarismus und Reaktion wurden in der Türkei gestärkt und die demokratischen Freiheiten erdrosselt. Der Antikommunismus wurde nunmehr systematisch geschürt. Es setzte eine hemmungslose Verfolgung der seit 1923 illegal arbeitenden türkischen Kommunisten ein.[14] Mit massiver wirtschaftlicher und militärischer Unterstützung wurde die Macht der Kompradorenbourgeoisie[15] und der Großgrundbesitzer in der Türkei gesichert, dem Privatkapital bedingungslose Priorität eingeräumt. USA-Berater begannen sich

---

[11] Siehe St. E. Ambrose, Rise to Globalism, Baltimore 1973, S. 146/147.

[12] Zitiert nach ebenda, S. 150.

[13] Die Meerengen des Bosporus und der Dardanellen sind für die Schwarzmeerflotte der Sowjetunion der einzige Zugang zu offenen Meeren. Die Wahrung der diese Meerengen betreffenden völkerrechtlichen Vereinbarungen sind deshalb sowohl für die Sicherheitsinteressen der UdSSR als auch für die friedliche internationale Zusammenarbeit insgesamt von großer Bedeutung.
Im Vertrag von Montreux (20. Juli 1936) wurde der Türkei das ihr im Friedensdiktat von Sèvres (1920) entzogene Recht auf Kontrolle der Meerengen zurückgegeben. Der Vertrag garantierte den Handelsschiffen aller Länder freie Durchfahrt, ebenso in Friedenszeiten den Flotten der Schwarzmeerstaaten. Die Durchfahrtsrechte für die Kriegsschiffe der anderen Länder wurden begrenzt. Als NATO-Mitglied erlaubte die Türkei jedoch starken US-amerikanischen und britischen Flottenverbänden, die Meerengen zu passieren.

[14] 1951 führte die türkische Regierung per Gesetz die Todesstrafe für Kommunisten ein.

[15] Unter Kompradorenbourgeoisie versteht man die Oberschicht der Bourgeoisie in Kolonien, Halbkolonien und abhängigen Ländern, die eng mit den ausländischen Kapitalisten und den örtlichen Feudalherren sowie anderen reaktionären Kräften verbunden ist und mit diesen die soziale Hauptstütze des Imperialismus in den genannten Ländern bildet.

insbesondere für die Stärkung der politisch-ökonomischen Positionen des türkischen Privatkapitals bei gleichzeitiger Schwächung des öffentlichen Sektors einzusetzen und amerikanischem Kapital in größerem Umfang den Zugang zur Türkei zu verschaffen.

Mit der These von der «klassenlosen türkischen Gesellschaft» gelang es den herrschenden türkischen Kreisen, die stärker gewordene Arbeiterbewegung unter ihre Kontrolle zu bringen. Bei der Umwandlung der türkischen Gewerkschaften in ein Instrument der herrschenden Klasse leisteten reformistische amerikanische Gewerkschaftsführer eine nicht geringe Unterstützung. Die Konsolidierung der Macht der antikommunistisch und antisowjetisch orientierten Führungskräfte in der Türkei war eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Einbeziehung dieses Staates in die Politik des kalten Krieges. Aufgrund der Übereinstimmung mit den herrschenden türkischen Kreisen hatten sich die USA Ende der vierziger Jahre die Bedingungen gesichert, um Militärstützpunkte an den türkischen Grenzen zur Sowjetunion aufbauen und die Türkei als ihr Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion deklarieren zu können.

Als Mitte 1948 das Projekt des NATO-Paktes konkrete Formen annahm, beeilten sich die regierenden türkischen Kreise, um Mitgliedschaft nachzusuchen. Zu ihrer großen Enttäuschung wurde ihr Antrag unter Anführung geographischer Gründe und mit Hinweisen auf den sehr unterschiedlichen ökonomischen und militärischen Entwicklungsstand der Türkei im Vergleich zu den westeuropäischen Staaten wiederholt abgelehnt. Die Trumanregierung war zu diesem Zeitpunkt deshalb noch nicht an einem Eintritt der Türkei in die NATO interessiert, weil sie den Plan eines Regionalpaktes fördern wollte. Zusammen mit Großbritannien hegten die USA die Erwartung, daß die islamische Türkei zum Kristallisationspunkt eines neuen Paktes der sich zum Islam bekennenden Nah- und Mittelostländer werden könnte.

Vorstoß der USA in die asiatisch-pazifische Region

Die asiatisch-pazifische Region gehört zu den Hauptrichtungen der amerikanischen Expansionspolitik seit Mitte des 19. Jahrhunderts. Hier kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den dort bereits etablierten Kolonialmächten – vor allem Großbritannien – und den USA, aber auch zu erbitterten Machtkämpfen mit dem aufstrebenden japanischen Imperialismus. Das langfristige Interesse der USA an der asiatisch-pazifischen Region verstärkte sich in dem Maße, wie die Aktivitäten der Monopole an der Pazifikküste des nordamerikanischen Kontinents zunahmen. Mehr und mehr wurde nach dem zweiten Weltkrieg betont, daß die USA nicht nur eine atlantische, sondern auch eine pazifische Macht seien.

In der asiatisch-pazifischen Region hatten die USA im Verlaufe des zweiten Weltkriegs ihre Positionen am stärksten ausbauen können. Sie hatten nach dem Krieg die fast uneingeschränkte Kontrolle über Japan, den südlichen Teil Koreas, die Riukiu-Inseln, Taiwan und die ehemaligen japanischen Mandatsgebiete errichtet. Vor allem in dieser Region war es den USA gelungen, ihre militärische Präsenz zu festigen. Im Hinblick auf die ausgedehnten Land- und Seegrenzen der UdSSR in Ostasien war die militärische Präsenz der USA-Streitkräfte in diesem Raum ein Faktor, dem die herr-

schenden Kreise der USA für die Regelung und den Ausbau der Nachkriegsbeziehungen große Bedeutung beimaßen. Für die amerikanische Führung, die den Pazifik zu einem «amerikanischen Meer» machen wollte, hatte die Gestaltung der Beziehungen zur UdSSR als einer bedeutenden pazifischen Macht schon während des Krieges eine äußerst wichtige Rolle gespielt. In der Amtszeit Roosevelts schwankte die Auseinandersetzung darüber noch zwischen einer partiellen Anerkennung und der völligen Mißachtung der Interessen der UdSSR in der Region des Pazifiks nach dem Sieg über Japan.

Die Niederlage des japanischen Militarismus war dann jedoch mit dem wachsenden Ansehen der Sowjetunion verbunden. Besonders weitreichende Auswirkungen hatte die Befreiungsmission der UdSSR auf die Entwicklung in China, Korea und Vietnam, wo nach dem Krieg sozialistische Staaten entstanden. Aber auch in anderen Gebieten der asiatisch-pazifischen Region wandten sich die revolutionären Abteilungen der nationalen Befreiungsbewegungen, die sich im antijapanischen Kampf mächtig entfaltet hatten, der Sowjetunion zu.

Diese Entwicklung entsprach ganz und gar nicht dem expansionistischen Ziel der herrschenden Kreise der USA, die zwar die Beseitigung der traditionellen Kolonialherrschaft Großbritanniens, Frankreichs und der Niederlande verlangten und dabei auch die Forderung der nationalen Befreiungsbewegung nach politischer Unabhängigkeit unterstützten, aber zugleich einer «Ausweitung des Einflusses» der Sowjetunion in Ostasien entgegentreten wollten.

Zur Verdunkelung ihrer Ziele bauten sie eine Bedrohungslegende auf, indem sie behaupteten, die Sowjetunion wolle in das nach der Kapitulation Japans entstandene «politische Vakuum» vorstoßen. Sie begannen weitere, spezielle Programme zu entwickeln, um neue Formen der wirtschaftlichen und militärischen Abhängigkeit der Länder der aisatisch-pazifischen Region von den USA zu schaffen. Vor allem das nach dem Krieg gerade in diese Region Asiens in besonders großem Umfang investierte und als «Hilfe» deklarierte USA-Kapital diente der Verwirklichung der politischen und militärstrategischen Pläne Washingtons, so auch dem Aufbau regionaler Stützen für die Politik des kalten Krieges. Eine wesentliche Voraussetzung für diese Expansion der USA war, daß die anderen imperialistischen Rivalen nach der Niederlage Japans daran gehindert waren, ihre Kolonialherrschaft in der asiatisch-pazifischen Region zu restaurieren.

Bereits während des zweiten Weltkriegs hatte die USA-Führung die Forderung erhoben, sowohl den britischen und französischen als auch den niederländischen Kolonialbesitz nach seiner Befreiung von der japanischen Okkupation durch eine Treuhandschaft verwalten zu lassen. Das betraf Niederländisch-Indien (Indonesien), Malaya, Burma und Französisch-Indochina. Die USA wollten die Restaurierung des Kolonialismus in seiner alten Form auch deshalb nicht zulassen, weil sie erkannt hatten, daß dies zur weiteren Verschärfung des antikolonialen Kampfes und damit zu nicht absehbaren Veränderungen der inneren Ordnung der Kolonien führen konnte. Zugleich bot eine Treuhandschaft die günstigste Möglichkeit, dem amerikanischen Kapital ungehinderten Zugang zu den rohstoffreichen Gebieten dieser Region zu verschaffen.

Zwangsläufig stießen die US-amerikanischen Forderungen auf den erbitterten Widerstand der imperialistischen Kolonialmächte, die ihre Herrschaftsbereiche erhalten wollten, um eine weitere Schwächung ihrer im Krieg erschütterten internationalen Positionen zu verhindern. Die USA-Regierung sah sich deshalb 1947 veranlaßt, eine Erklärung abzugeben, in der sie ausdrücklich bestätigte, daß sie sich jeder Einmischung in die Angelegenheiten der britischen Kronkolonie Indien enthalten würde. Auch in die britischen Kolonien Burma und Malaya konnte der amerikanische Imperialismus in der unmittelbaren Nachkriegsperiode noch nicht eindringen.

Großbritannien, das eine Treuhandschaft über die britischen Kolonien unbedingt verhindern wollte, hatte auf den alliierten Konferenzen in Teheran und Jalta eine derartige Beschlußfassung hinsichtlich der französischen Kolonien in Indochina strikt abgelehnt. Gemeinsam mit der französischen Monopolbourgeoisie versuchte die britische Führung, die Kolonialherrschaft Frankreichs in Indochina wiederherzustellen. Die am 2. September 1945 ausgerufene Demokratische Republik Vietnam (DRV) sowie die im Oktober desselben Jahres verkündete Unabhängigkeit von Laos sollten beseitigt werden. Nachdem britische Truppen entsprechend den Beschlüssen von Potsdam noch im September 1945 den südlichen Teil Vietnams zur Entwaffnung der Japaner besetzt hatten (und Ende August die Truppen des Guomindangregimes den nördlichen Teil), erkannte Großbritannien die Souveränität Frankreichs in der britischen Besatzungszone in Vietnam an. Damit ermöglichte die britische Führung den Franzosen bereits im September 1945 die Rückkehr nach Saigon. Die DRV war gezwungen, einer zeitweisen Stationierung französischer Truppen in einigen Städten des Landes zuzustimmen. Im März 1946 wurde auch Laos wieder von französischen Truppen besetzt, und die kolonialen Verhältnisse wurden wiederhergestellt.

Indem die britische Besatzungsmacht den zurückkehrenden französischen Streitkräften beträchtliche Mengen von Kriegsmaterial überließ, schuf sie eine wesentliche Voraussetzung für den im Dezember 1946 beginnenden, acht Jahre andauernden französischen Kolonialkrieg in Indochina.

Die patriotischen Kräfte Indochinas widersetzten sich dem Überfall des französischen Imperialismus. In den Ostgebieten von Laos schufen sie eine befreite Zone, in der sie später die Widerstandsregierung unter Prinz Souphanouvong errichteten (1950). In Vietnam gelang es den französischen Truppen 1947, die Regierung der DRV in die Nordgebiete zu verdrängen. Von hier aus organisierte diese ihre militärischen Operationen und hielt die Verbindungen zu den anderen Widerstandsbasen in allen Landesteilen aufrecht. Die DRV verstärkte ihre außenpolitische Aktivität. Die Appelle der Demokratischen Republik Vietnam zur Anerkennung ihrer durch den Sieg der Revolution im August 1945 errungenen Unabhängigkeit blieben von den USA unbeantwortet, obwohl schon Präsident Roosevelt seinerzeit die Forderung nach Ablösung der französischen Kolonialherrschaft in Indochina erhoben hatte. Am Beispiel Vietnams zeigte sich deutlich, daß die «antikoloniale» Haltung der USA keineswegs so weit ging, die Etablierung einer Volksdemokratie in der asiatisch-pazifischen Region zu sanktionieren. Die volksdemokratische Ordnung in Vietnam und die Existenz einer auf internationalistischen Positionen stehenden kommunistischen Partei entsprachen nicht der von den herrschenden Kreisen der USA angestrebten «vor-

teilhaften inneren Ordnung» in Vietnam, durch die die Verwirklichung ihrer expansiven Pläne gesichert werden konnte.

Dennoch nutzte die demagogische Haltung der USA in nicht unwesentlichem Maße ihren weiteren Versuchen, die Positionen ihrer imperialistischen Rivalen einzunehmen. So wandte sich die amerikanische Regierung im Dezember 1945 gegen die Restaurationsbestrebungen der niederländischen Kolonialherrschaft in Indonesien, wo nach dem antijapanischen Aufstand am 17. August 1945 die Republik Indonesien ausgerufen worden war. Sie forderte die Anerkennung der Unabhängigkeit Indonesiens und unterstützte auch den Protest der Sowjetunion gegen die britische Intervention in Indonesien, mit der Großbritannien den Niederländern zu Hilfe kam. Den führenden amerikanischen Kreisen ging es dabei nicht nur darum, die Restauration der niederländischen Kolonialherrschaft in Indonesien zu verhindern, sondern auch darum, die konsequent demokratischen Kräfte in der indonesischen Unabhängigkeitsbewegung auszuschalten. Die Einmischung der USA verfolgte das Ziel, den Weg für die Entstehung solcher Machtverhältnisse zu ebnen, die für die Verwirklichung ihrer politisch-militärischen Pläne und für die Expansion des USA-Kapitals günstig sein würden. Nach Umbildung des föderativen Staates in die einheitliche Republik Indonesien im August 1950 schlossen die USA sofort ein Abkommen über amerikanische «Hilfe» beim Aufbau des indonesischen Polizeiapparats ab. Es gelang ihnen jedoch nicht, Indonesien die an Washingtons Bedürfnissen orientierten Normen des internationalen Verhaltens aufzuzwingen.

Nachdem die demokratische Entwicklung in Thailand im November 1947 durch den Staatsstreich reaktionärer Offiziere abgebrochen war, gelang es den USA, auch hier ihre Positionen zu festigen und den bislang dominierenden britischen Rivalen zu verdrängen. Das 1950 abgeschlossene thailändisch-amerikanische Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit sowie ein Vertrag über Militär«hilfe» waren die ersten Schritte dazu, Thailand in eine Aggressionsbasis gegen die Völker Südostasiens umzugestalten.

Eine besondere Rolle spielten die Philippinen für die USA. 1898 dem spanischen Kolonialbesitz entrissen und unter die Herrschaft der USA gestellt, wurden die Philippinen zum typischen Beispiel dafür, wie die USA die Forderung der Kolonien nach Unabhängigkeit in ihrem Sinne zu unterstützen gedachten. Erst 1934 wurden die Inseln von Präsident Roosevelt aus der kolonialen Herrschaft der USA entlassen. Nach der Befreiung von der japanischen Okkupation durch die philippinische Befreiungsarmee und USA-Streitkräfte (1945) gerieten die Philippinen erneut in Abhängigkeit von den USA. Auf der Grundlage eines Kompromisses, der zwischen den Interessenvertretern der herrschenden amerikanischen Kreise und einer sich aus philippinischen Großgrundbesitzern und Vertretern der Kompradorenbourgeoisie zusammensetzenden Gruppierung ausgehandelt worden war, erlangten die Philippinen schließlich im Juli 1946 die politische Unabhängigkeit. Der Spielraum ihrer ökonomischen Unabhängigkeit wurde durch das bereits im März 1946 von Präsident Truman unterzeichnete neue «Handelsgesetz» (Bell Act) zwischen den USA und den Philippinen bestimmt, demzufolge der philippinische Export und Import in direkter Abhängigkeit vom amerikanischen Markt verblieb. Von außerordentlicher Bedeutung für die ag-

gressive Asienpolitik der USA waren jedoch zwei militärische Abkommen, die von der USA-Regierung mit den Philippinen abgeschlossen wurden. Es handelte sich um das Militärbasenabkommen vom 14. März 1947, mit dem sich die USA für mindestens 99 Jahre das Recht sicherten, 23 Militärstützpunkte auf der Insel zu errichten, sowie um den Militärhilfepakt, der am 20. März 1947 unterzeichnet wurde und die Stationierung einer Militärberatergruppe der USA auf den Philippinen vorsah. Damit hatten die USA starke militärische Positionen auf dieser an strategisch bedeutsamen Punkten des Pazifiks gelegenen Inselwelt aufgebaut.

Während des zweiten Weltkriegs, als Großbritannien starke Verluste an der Pazifikfront erlitt, hatten die USA der Guomindangführung in China umfangreiche militärische Hilfe gegen den japanischen Aggressor gegeben. Die amerikanische Führung sah, daß nach einem Sieg über den japanischen Militarismus mit großer Wahrscheinlichkeit auch Großbritannien aus China verdrängt sein würde. Die Tatsache, daß sich die USA und China gemeinsam im Lager der Antihitlerkoalition befanden, hatte der amerikanischen Führung bedeutende Vorteile für die Erweiterung ihres Einflusses in China gebracht. USA-Kapital drang ungehindert als «Hilfe» für die durch den Krieg zerrüttete chinesische Wirtschaft in China ein. Die USA konnten zeitweilig eine politisch-militärische Präsenz auf chinesischen Territorien erreichen. USA-Generale hatten bei der damals an der Macht befindlichen Guomindangführung Beraterfunktionen inne. Es konnten aber auch Beziehungen zu den Führungskräften um Mao Zedong angebahnt werden.

Während des zweiten Weltkriegs begann auch Taiwan bereits eine Rolle in den Plänen der regierenden Kreise der USA zu spielen. Die militärstrategische Bedeutung dieser größten chinesischen, damals von Japan okkupierten Insel war sehr wohl erkannt worden, denn wer die 135 Kilometer vor der Südküste des Festlandes liegende Insel Taiwan beherrschte, hatte die in unmittelbarer Nähe vorbeiführenden wichtigen internationalen Seeverkehrsstraßen unter Kontrolle. In den Beschlüssen der britisch-amerikanischen Konferenz von Kairo, die im November 1943 stattfand und an der auch Jiang Jieshi teilnahm, sowie der Potsdamer Konferenz (1945) war übereinstimmend die Rückgabe Taiwans (ebenso der Pescadoren) an China nach Kriegsende festgelegt worden.

Indes ließ das USA-Außenministerium bereits nach der Kairoer Konferenz ein detailliertes Programm speziell für Taiwan ausarbeiten. Die amerikanische Planung ging davon aus, daß die USA-Streitkräfte Taiwan besetzen würden und dann eine sogenannte militärische Übergangsregierung bilden sollten. Erst zu einem späteren, nicht fixierten Zeitpunkt wollten die USA Taiwan an China zurückgeben. Aus diesen Plänen ging auch hervor, daß die USA-Regierung nicht gewillt war, einen strategisch so wichtigen Stützpunkt der Guomindangführung, die sich im zweiten Weltkrieg als militärisch unfähig erwiesen hatte, zu überlassen, ohne daß den USA dort ein entscheidender Einfluß gesichert blieb.

Am Ende des Krieges besetzten jedoch Guomindangtruppen die Insel und nahmen die Kapitulation der japanischen Einheiten entgegen. Die amerikanische Regierung mußte den legitimen Anspruch Chinas auf Taiwan anerkennen, um die Interessen der USA auf dem chinesischen Festland nicht zu gefährden.

Nach Beendigung des zweiten Weltkriegs wurden die letzten kolonialen Privilegien der europäischen imperialistischen Mächte in China beseitigt. Den USA dagegen war es gelungen, sich durch ihren großen militärischen und ökonomischen Einfluß auf das Guomindangregime eine Sonderstellung in China zu schaffen. Die USA-Regierung war mit aller Kraft bestrebt, diese Positionen in der Nachkriegsperiode weiter auszubauen.

Die USA mischten sich in den 1945 einsetzenden Bürgerkrieg in China ein. Sie gaben dem Guomindangregime weitere militärische und wirtschaftliche Unterstützung. Die amerikanische Regierung entsandte einen persönlichen Berater Präsident Trumans zu Jiang Jieshi und versuchte mit allen Mitteln, die Klassenauseinandersetzung zugunsten der Reaktion zu beeinflussen. In diese Richtung zielten auch die amerikanischen Versuche, einen Kompromiß zwischen der Führung um Mao Zedong und den herrschenden Kreisen der Guomindang auszuhandeln.

Die seit den Aufständen auf Taiwan 1947 kraß in Erscheinung tretende Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem korrupten Guomindangregime wurde von der amerikanischen Regierung genutzt, um ihre Pläne zur Unterstellung der Insel unter die Vormundschaft der Vereinigten Staaten wieder aufleben zu lassen. Aber diese Pläne wurden nur sehr vorsichtig betrieben, solange die USA-Regierung nicht sicher war, den unmittelbaren Nachbarn der UdSSR, also das chinesische Festland, in ihren antisowjetischen Kurs einbeziehen zu können.

Ziele des USA-Imperialismus in Japan und Korea

Mit der Niederlage des japanischen Militarismus Anfang September 1945 wurden günstige Voraussetzungen für eine solche Friedensregelung, die einen dauerhaften Frieden und die Unabhängigkeit der Völker und Länder des Fernen Ostens hätte gewährleisten können, geschaffen. Die Sowjetunion hatte ihre Stellung als pazifische Macht gestärkt. Die japanischen Eroberer waren aus China und von der chinesischen Insel Taiwan vertrieben worden. Das koreanische Volk, das von der Sowjetarmee im Zusammenwirken mit koreanischen Partisanen von der seit 1910 bestehenden japanischen Kolonialherrschaft endlich befreit worden war, hatte jetzt die Möglichkeit, seine nationale Unabhängigkeit und Souveränität wiederherzustellen.

Der USA-Imperialismus aber widersetzte sich einer gerechten Regelung der fernöstlichen Probleme. Die regierenden amerikanischen Kreise ignorierten die Sicherheitsinteressen des Sowjetstaates im Gebiet des Pazifiks und wirkten der Entwicklung seiner gutnachbarlichen Beziehungen zu den Ländern Ost-, Süd- und Südostasiens entgegen. Nach der Kapitulation des japanischen militärfaschistischen Regimes meinten die führenden Kreise der USA, ihre schon lange bestehende Konzeption – einen US-amerikanischen Herrschaftsbereich im asiatisch-pazifischen Raum zu errichten – unangefochten durchsetzen zu können.

Vor ihrem Eintritt in den zweiten Weltkrieg hatten die USA versucht, mit ihrer Politik der «Neutralität» und «Nichteinmischung» die Expansionsrichtung des japanischen Militarismus nach Norden, gegen die Sowjetunion zu lenken. Bestärkt wurden

diese diplomatischen Manöver damals durch die Tatsache, daß Japan seine militärischen Operationen vorerst auf Nordostchina konzentriert hatte. Die reaktionären Kräfte in der USA-Führung machten kein Hehl daraus, daß Japan für sie nicht nur günstige Investitionsmöglichkeiten bot, sondern daß aus der Zusammenarbeit mit der japanischen Rüstungsindustrie auch weit höhere Profite resultierten. Und die Regierung Roosevelt zögerte nicht, mit der Aufhebung des Embargos für den Export von Rüstungsmaterial aus den USA die Rüstungsgeschäfte mit Japan zu unterstützen. Als jedoch der japanische Militarismus begann, seinen strategischen Aufmarschplan im Pazifik zu verwirklichen, die japanischen Seestützpunkte immer näher an die zur Herrschaftssphäre der USA gehörenden Philippinen heranrückten und Japan das Ziel einer «Neuen Ordnung» in der Region des Pazifiks unter seiner Herrschaft verkündet hatte, schwenkten die USA auf Konfrontationskurs gegenüber Japan ein. Die führenden Kreise der USA glaubten nun nicht mehr an eine mögliche Verständigung mit Japan über die sie unmittelbar tangierenden Fragen in der Region des Pazifiks. Mit dem japanischen Überfall auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 mußten die USA schließlich direkt am zweiten Weltkrieg teilnehmen.

Der Krieg an der Pazifikfront endete mit der Vernichtung des in Ost- und Südostasien zusammengeraubten japanischen Imperiums. Zugleich war der Hauptrivale des USA-Imperialismus in der Region beseitigt worden. Gegenüber den anderen imperialistischen Mächten, die versuchten, ihre kolonialen Vormachtstellungen in dieser Region zu erhalten, waren die USA entschlossen, ihre durch den zweiten Weltkrieg gefestigte politisch-militärische und ökonomische Überlegenheit auszuspielen. Den sich ausweitenden Prozeß antikolonialer Kämpfe glaubten die führenden amerikanischen Kreise in ihrem Sinne steuern zu können. So forderten sie zwar die Beseitigung der Kolonialregime in ihrer alten Form, wollten aber über eine Reihe von Jahren die Verwaltung der vom Kolonialjoch befreiten Gebiete, so auch der koreanischen Halbinsel, durch eine unter ihrer Dominanz stehende sogenannte internationale Treuhandschaft geregelt wissen, ehe die Bildung unabhängiger Regierungen erfolgen sollte.

Die wichtigste Voraussetzung für eine gerechte, den Vereinbarungen der Alliierten Konferenzen von Jalta und Potsdam entsprechende Friedensregelung war die Entmilitarisierung und Demokratisierung Japans. Die sowjetische Regierung trat mit Nachdruck für die Realisierung dieser politischen Linie ein. Aber die regierenden Kreise der USA widersetzten sich der Durchführung der gemeinsam gefaßten Beschlüsse. Die amerikanische Regierung setzte alles daran, die Sowjetunion von Anfang an von der Durchführung und der Kontrolle der von den Alliierten gemeinsam festgelegten antifaschistisch-demokratischen Maßnahmen in Japan auszuschließen.

Obwohl sich die führenden Kreise der USA darüber einig waren, ein Wiederauferstehen Japans als Gegner der Vereinigten Staaten zu verhindern, wurde innerhalb der amerikanischen Führung, zwischen der sogenannten chinesischen Gruppe und der japanischen Gruppe ein heftiger Kampf um den dominierenden Einfluß auf die Besatzungspolitik in Japan ausgefochten. Zur Amtszeit Präsident Roosevelts überwog die Konzeption der «chinesischen Gruppe». Nach ihrer Auffassung sollte die Festlandmacht China zum Eckpfeiler der USA-Asienpolitik werden. China sollte unter Führung Jiang Jieshis zum Regionalhegemon und integrierten Bestandteil einer «pax

americana», d. h. einer auf Vorherrschaft der USA basierenden Weltpolitik, gemacht werden.[16] Für diese Kreise der USA-Führung galten die gewaltigen chinesischen Truppenmassen als ein bedeutender militärischer Faktor in Asien, der, ausgerüstet mit US-amerikanischem Material, im Kampf gegen den Vormarsch der antiimperialistischen Bewegung genutzt werden könnte. Japan dagegen sollte nach der Konzeption der «chinesischen Gruppe» entmachtet, verstümmelt und als wirtschaftlicher Konkurrent ausgeschaltet werden. Das Wiedererstehen des japanischen Militarismus, der in der Vergangenheit dem Herrschaftsanspruch der USA in dieser Region mehrmals gefährlich entgegengetreten war, sollte durch vollständige Entmilitarisierung verhindert werden. Der Ausbau bürgerlich-demokratischer Institutionen und einer entsprechenden politischen Ordnung sollte den Erfolg dieser Reformen garantieren.

Das Hauptziel der «japanischen Gruppe» war es, eine solche Okkupationspolitik in Japan durchzusetzen, die ebenfalls garantierte, daß der japanische Staat nie wieder ein politischer Gegner und ernst zu nehmender Konkurrent der USA-Monopole sein würde. Es sollten derartige ökonomische, soziale, politisch-militärische und ideologische Bedingungen geschaffen werden, unter denen die Macht der extrem antiamerikanisch-nationalistisch und feudal-militaristischen Kräfte in Japan niemals mehr reaktiviert werden könnte. Zugleich wollte diese Gruppe aber unbedingt auch verhindern, daß nach der Kapitulation der japanischen Führung ein «politisches Vakuum» entstünde, das den Vormarsch der Kräfte des Fortschritts begünstigen würde. Ihre Japanpolitik zielte auf den Wiederaufbau eines dem asiatischen Festland vorgelagerten, stabilen kapitalistischen, nach Vorbild der USA gestalteten Eckpfeilers am Westrand des Pazifiks ab. Die auf Stabilisierung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gerichtete Reformpolitik sollte zugleich dem Kampf der konsequent demokratischen und fortschrittliche Kräften Japans für eine sozialistische Alternative die Spitze nehmen.

Die Entwicklung in China dagegen wurde von der «japanischen Gruppe» als weniger günstig für die künftige Fernostpolitik der USA eingeschätzt: Sie sah die Schwäche des Jiang-Jieshi-Regimes und befürchtete, daß mit der von Mao Zedong geführten revolutionären Bewegung in China ein Gegner heranwachsen würde, der die militärstrategischen Ziele der USA gefährden könne. Als Präsident Truman die Nachfolge Roosevelts antrat, gewann die «japanische Gruppe» die Oberhand. Einer ihrer führenden Vertreter war General Douglas MacArthur, Befehlshaber der USA-Pazifikstreitkräfte. Ihm übertrug die Trumanregierung die uneingeschränkten Rechte eines Oberkommandierenden in Japan. Er leitete die Nachkriegsreformen der USA-Besatzungsmacht in Japan, die die Herausbildung eines modernen kapitalistischen Industriestaates ermöglichten. Er setzte dabei aber auch die Grenzen für die Einleitung der sowohl von den antifaschistisch-demokratischen Kräften in der Welt als auch vom japanischen Volk geforderten Reformen. Die Entflechtung der japanischen Monopole erfolgte deshalb nur so weit, daß die USA-Monopole ungehindert in die

---

[16] Siehe M. Geyer, Die wachsende Rolle Japans in der USA-Militärstrategie im asiatisch-pazifischen Raum. In: Militärgeschichte, H.1, Berlin 1983, S. 54.

japanische Wirtschaft eindringen konnten. Die von den kampfstarken japanischen Gewerkschaften angesetzten Streiks, die politische Forderungen enthielten, wurden verboten. Der japanische Staatsapparat blieb mit Ausnahme der militärischen Institutionen erhalten. Lediglich die am meisten diskreditierten faschistischen Elemente wurden ausgeschaltet. Da sich der Zusammenbruch des Staatsapparats in Deutschland als maßgebliches Hemmnis für die Realisierung der US-amerikanischen Nachkriegspläne erwiesen hatte, leitete MacArthur sofort entsprechende Maßnahmen ein, um die noch bestehende alte Regierung weitgehend in die Besatzungspolitik einzubeziehen.

Entscheidenden Einfluß auf die Veränderung der sozialen Struktur der japanischen Gesellschaft hatte die auf MacArthurs Befehl durchgeführte Bodenreform, mit der die japanische Landaristokratie als Klasse liquidiert wurde. Damit hatte diese halbfeudale Klasse, die bis 1945 der Träger des japanischen Militarismus gewesen war, ihre ökonomische Basis verloren, obwohl halbfeudale Überreste in der Landwirtschaft erhalten blieben. Diese Maßnahmen zielten gleichzeitig darauf ab, Japan als Militärmacht ein für allemal auszuschalten. Für die damals gültige USA-Militärstrategie genügte ein unter Führung der japanischen Bourgeoisie gefestigtes inneres Staatsgefüge, dessen bewaffnete innenpolitische Absicherung von der amerikanischen Besatzungsmacht übernommen wurde.

In den militärstrategischen Erwägungen der Jahre 1945/1946 spielte Japan als militärisch-machtpolitischer Faktor noch keine Rolle. Deutlicher Ausdruck dafür war der Artikel 9 des im Februar 1946 von General MacArthur der japanischen Regierung vorgelegten Verfassungsentwurfs. Mit der Annahme der neuen Verfassung sollte die staatsrechtliche Absicherung der eingeleiteten Entwicklung erfolgen. Im Artikel 9 dieser dann im Mai 1947 in Kraft getretenen japanischen Verfassung wurde der Verzicht Japans auf die Anwendung jeglicher militärischer Gewalt als Mittel zur Lösung internationaler Streitfragen erklärt. Japan verzichtete darin für alle Zeit auf die Schaffung eines größeren militärischen Potentials. Damit waren der Remilitarisierung Japans verfassungsrechtliche Grenzen gesetzt, die sich jedoch mit Beginn des kalten Krieges als ein Hemmnis für die Einbeziehung Japans in die «Eindämmungsstrategie» der USA erwiesen.

So erklärten Ende der vierziger Jahre führende Kreise der USA, die Besatzungspolitik in Japan sei ein «unbrauchbarer Aktivposten»[17]. Sie nahmen Kurs darauf, Japans Unabhängigkeit wiederherzustellen, und zwar auf der Grundlage eines Friedensvertrages, dessen Bedingungen die Festigung und Vertiefung der kapitalistischen Produktionsbasis und des bürgerlichen Machtapparats sicherten. Der Anschluß Japans an den kapitalistischen Weltmarkt wurde vorbereitet. Das bedeutete zunächst, daß die nach der Kapitulation Japan auferlegten politisch-ökonomischen Einschränkungen aufgehoben werden mußten. Formal sollte Japan seine Unabhängigkeit zurückerhalten, de facto aber ein halbbesetztes Land im unmittelbaren Einflußbereich der USA bleiben. Damit setzte die zweite Phase der amerikanischen Herrschaft über Japan ein. Mit offen antidemokratischer und gegen die nationalen Interessen Japans

---

[17] Siehe D. Acheson, Present at the Creation, New York 1967, S. 428.

gerichteter Zielstellung begannen die USA, Japan zu ihrem Juniorpartner zu machen, dessen politisch-ökonomische und militärische Orientierung einseitig auf die USA festgelegt war.

Die Pläne der amerikanischen Regierung zielten darauf ab, Japan im Rahmen eines «kollektiven Sicherheitssystems» einen maßgeblichen militärischen Beitrag zur Zurückdrängung des kommunistischen Einflusses in der Region leisten zu lassen. Kurz vor Ausbruch des Koreakrieges erklärte General MacArthur, daß Japan trotz des Artikels 9 der Verfassung das Recht auf Selbstverteidigung habe. Nachdem der größere Teil der in Japan stationierten USA-Truppen zur Teilnahme am Koreakrieg (seit Ende 1950) eingesetzt worden war, wurde unter Leitung MacArthurs begonnen, unverzüglich eine Reservepolizeistreitmacht aufzustellen. Der spätere USA-Außenminister J. F. Dulles kam als Sonderbotschafter Trumans nach Tokio, um die japanische Regierung zu einer allseitigen Aufrüstung zu veranlassen. Diese Pläne stießen damals in und außerhalb Japans jedoch auf großen Widerstand.

Die antisowjetische Stoßrichtung der «Eindämmungspolitik» und die geplante Einkreisung der VR China waren zu diesem Zeitpunkt noch viel zu unpopulär. Das japanische Volk hatte von Anfang an gegen das aggressive Bündnis mit dem USA-Imperialismus gekämpft. Kommunistische und demokratische Kräfte in Japan organisierten im Frühjahr 1950 Massendemonstrationen gegen die Einbeziehung ihres Landes in die militärischen Pläne der USA. Sie stützten sich dabei auf die japanische Verfassung, die Japans militärisches Potential auf Selbstschutzkräfte beschränkte. Obwohl die US-amerikanischen Forderungen den Klasseninteressen der führenden japanischen Kreise nicht widersprachen, konnte Premierminister Yoshida damals die antiamerikanischen Massenaktionen nicht ignorieren und die von den USA geforderte regionale Mitverantwortung nicht übernehmen. Die japanische Regierung bestand darauf, daß die USA die «äußere Sicherheit» Japans weiterhin garantierten. Sie war vorläufig nur bereit, eine Polizeitruppe aufzubauen, um der «kommunistischen Bedrohung» innerhalb Japans entgegenwirken zu können.

Auch andere Staaten der asiatisch-pazifischen Region, in denen der Vorstoß des japanischen Militarismus im zweiten Weltkrieg keineswegs schon in Vergessenheit geraten war, wandten sich gegen die Einbeziehung Japans in einen regionalen Block. In den unter Druck des Koreakriegs abgeschlossenen bilateralen Verträgen zwischen den USA einerseits und Australien, Neuseeland und den Philippinen andererseits, mit denen J. F. Dulles ein gegen den Kommunismus gerichtetes «Sicherheitssystem» einleitete, wurde deshalb auch noch die Formulierung aufgenommen, daß keine der Seiten die «Wiederentstehung des japanischen Militarismus» zulassen werde.[18] Die an der Wiederaufrüstung Japans interessierten Kräfte der USA mußten sich vorerst auf die Errichtung einer japanischen Polizeitruppe der sogenannten Selbstverteidigungskräfte beschränken.

Bereits im Januar 1950 hatte die amerikanische Regierung mit Zustimmung der japanischen Führung erklärt, daß sich ihre «Schutzverpflichtungen» in der Region Ost-

---

[18] Siehe M. E. Weinstein, Japan's Postwar, Defence Policy 1947 – 1968, New York 1971, S. 78.

asien auch auf die Inselkette von Japan, über die Riukiu-Inseln bis zu den Philippinen erstreckten.

Gegen den Einspruch der UdSSR, die konsequent für die Realisierung der Beschlüsse von Kairo (26. November 1943) und Jalta (12. Februar 1945) eintrat und den Abschluß eines gerechten Friedensvertrages mit Japan forderte, der sowohl den Abzug der Besatzungstruppen als auch die Entmilitarisierung und Demokratisierung Japans berücksichtigen sollte, schlossen die USA im September 1951 in San Francisco einen Separatfriedensvertrag mit Japan ab. Wenige Stunden danach wurde der «Sicherheitsvertrag» zwischen Japan und den USA unterzeichnet, der den USA das Recht gewährte, auf «unbestimmte Zeit in und um Japan Land-, Luft- und Seestreitkräfte der Vereinigten Staaten» zu stationieren.[19] Dieser unbegrenzt geltende Vertrag festigte die amerikanische Besetzung Japans und bereitete den Ausbau Japans als militärstrategischen Brückenkopf der USA im Fernen Osten vor: Im Verlaufe der fünfziger Jahre errichteten die USA ein Netz von 243 Stützpunkten auf japanischem Territorium und «garantierten den nuklearen Schutz Japans».

Der «Sicherheitsvertrag» widersprach der japanischen Verfassung, die den Verzicht des Landes auf Krieg und die Anwendung bewaffneter Gewalt als Mittel zur Lösung internationaler Streitigkeiten festlegte. Er sah den Einsatz der in Japan stationierten amerikanischen Truppen zur «Aufrechterhaltung der internationalen Sicherheit» im gesamten Gebiet des Fernen Ostens vor. Das bedeutete, daß auch Japan nach Gutdünken der USA in einen Krieg gegen andere Staaten hineingezogen werden konnte, wenn die Politik des kalten Krieges dies erforderte.

Das Vertragssystem von San Francisco, das für Japan benachteiligende Festlegungen enthielt, war Ausdruck der Abhängigkeit Japans von den USA. Die Vereinigten Staaten wollten in dieser Periode die einseitige Orientierung Japans auf den amerikanischen Partner vollends durchsetzen und versuchten deshalb auch, die Entwicklung weiterer außenpolitischer Beziehungen Japans zu hemmen.[20]

Mit der Einbeziehung Japans in den aggressiven Kurs der imperialistischen Mächte hatten sich die USA jedoch noch keinen Zugang zum asiatischen Festland verschafft. Deshalb waren sie mit allen Mitteln bestrebt, in unmittelbarer Nähe der asiatischen Grenzen der Sowjetunion kontinentale militärstrategische Positionen zu erlangen. Beim damaligen Stand der Militärtechnik war das Heranschieben von Festlandbasen an die sowjetische Grenze von außerordentlicher Bedeutung. Möglichkeiten dafür sahen die regierenden Kreise der USA auf der Halbinsel Korea und in China.

Nach der militärischen Niederlage des japanischen Imperialismus beeilten sich die regierenden US-amerikanischen Kreise, dessen Platz in Südkorea einzunehmen.

Die Rote Armee hatte Korea von den japanischen Okkupanten befreit (15. August 1945). Entsprechend der über die Kapitulation Japans getroffenen alliierten Vereinbarung landeten im September 1945 USA-Truppen im Süden der Halbinsel, um

---

[19] Siehe Handbuch der Verträge 1871 bis 1964, Berlin 1968, S. 525.

[20] Siehe W. Wallraf, Zur historischen Entwicklung des japanischen Imperialismus. Aktuelle Beiträge der Staats- und Rechtswissenschaft, Potsdam-Babelsberg, 1981, H. 246, S. 83/84.

das Gebiet südlich des als Demarkationslinie festgelegten 38. Breitengrades zu besetzen. Sie bemühten sich sofort, den Einfluß der USA auf das gesamte Land auszudehnen. Bereits auf der Moskauer Konferenz der Außenminister der UdSSR, der USA und Großbritanniens im Dezember 1945 sprach sich die US-amerikanische Delegation im Widerspruch zu den während des Krieges abgegebenen und in den Erklärungen von Kairo und Potsdam festgehaltenen Versprechungen der USA gegen die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Koreas aus. Die amerikanische Seite legte der Moskauer Konferenz den Entwurf eines Abkommens vor, demzufolge Korea vor Erlangung der Unabhängigkeit zwei Stadien ausländischer Verwaltung durchlaufen sollte. Im ersten Stadium sollten die Befehlshaber der Truppen der USA und der UdSSR in Korea die Kontrolle über das Land ausüben. Dann sollte eine bis zu zehn Jahre dauernde internationale Treuhandschaft der UNO einsetzen. Da die USA damals in der UNO und in ihren Treuhandschaftsorganen über eine ihr hörige Mehrheit verfügten, spekulierten sie darauf, in Korea die demokratischen Kräfte unterdrücken, die Positionen der Reaktion stärken und ein proamerikanisches Marionettenregime errichten zu können.

Die sowjetische Regierung gab diesem Projekt der USA ihre Zustimmung nicht. In harten Auseinandersetzungen gelang es ihr, eine Vereinbarung über Korea durchzusetzen, die die Bildung einer provisorischen gesamtkoreanischen Regierung vorsah, nachdem die gemeinsame sowjetisch-amerikanische Kommission in Korea ihre Konsultationen mit den koreanischen demokratischen Parteien und Organisationen abgeschlossen hatte.[21]

Im Juni 1946 stimmte die Trumanregierung dem Programm zur Festigung des Einflusses der USA in Korea und damit zur Ausweitung der Machtbefugnisse der amerikanischen Militärverwaltung im Süden zu.[22] Um die Bildung einer provisorischen gesamtkoreanischen Regierung zu verhindern, begann sie, die demokratischen Organisationen gewaltsam zu unterdrücken. Die Bemühungen der US-amerikanischen Militärregierung waren darauf gerichtet, im Süden Koreas Verwaltungs- und Staatsorgane aufzubauen, die auf der Grundlage einer kapitalistischen Entwicklung in beiden Teilen Koreas ein enges Bündnis mit den USA sichern würden. Die Militärverwaltung gab den Großgrundbesitzern und der koreanischen Bourgeoisie im Süden Koreas von Anfang an ihre politische und ökonomische Unterstützung. Damit wollten sich die USA nicht nur eine soziale Stütze im Lande sichern, sondern zugleich eine Kraft gegen die Demokratische Nationale Front Südkoreas und gegen die zunehmenden Vereinigungsbestrebungen formieren. Nachdem sich im Herbst 1946 in Südkorea eine starke Protestbewegung gegen die antidemokratische Besatzungspolitik der USA entwickelt hatte, leitete das Besatzungsregime im Mai 1947 den Aufbau einer Übergangsregierung ein.

Die Spaltungspolitik der USA mündete in Separatwahlen im Süden Koreas, und

---

[21] Zum Kampf um die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Koreas siehe Geschichte der sowjetischen Außenpolitik 1945 – 1976, Berlin 1978, S. 191 ff.

[22] Siehe Hearings before the Committee on Armed Services, on the Korean Situation, United States Senate, 81st U. S. Congress, 2nd Session, Washington 1950, S. 13 f.

am 15. August 1948 wurde die «1. Republik» mit Li Sing Man als Präsident der Marionettenregierung gebildet. Bereits am 24. August 1948 wurde ein geheimes amerikanisch-südkoreanisches Militärabkommen abgeschlossen. Damit gehörte das südkoreanische Regime zu den Verbündeten der USA, denen laut amerikanischem Gesetz «Hilfe» geleistet werden konnte. Im Herbst 1949 erhielt Söul Militär«hilfe» in Höhe von 75 Millionen US-Dollar, 1950 wurden bereits 110 Millionen bewilligt.

Das koreanische Volk beantwortete diese Spaltungspolitik mit gesamtkoreanischen Wahlen – obwohl die USA alles unternommen hatten, diese Wahlen im Süden zu verhindern –, aus denen die Oberste Volksversammlung mit nord- und südkoreanischen Deputierten hervorging. Am 9. September 1948 nahm diese die Verfassung der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik (KDVR) an und bildete die erste Regierung. Die Gründung eines volksdemokratischen Staates auf der Halbinsel Korea war von außerordentlicher Bedeutung für die Festigung der Bastionen des Sozialismus in Asien. Zugleich war sie eine wichtige Voraussetzung im Kampf um die Einheit Koreas.[23]

Die Entstehung der KDVR und die am 1. Oktober 1949 erfolgte Gründung der VR China leiteten eine neue Etappe in der Entwicklung der internationalen Beziehungen in dieser Region Asiens ein. Im März 1949 war der sowjetisch-koreanische Freundschaftsvertrag abgeschlossen worden.

Die sowjetischen Streitkräfte waren Ende 1948 abgezogen worden. Auch die USA-Streitkräfte sahen sich aufgrund der Festlegungen der Alliierten gezwungen, 1949 ihr Besatzungsregime in Korea zu beenden. Sie hinterließen eine südkoreanische Armee von 100000 Mann und 50000 Mann Polizei sowie Rüstungsmaterial im Werte von 53 Millionen US-Dollar. Die Stärkung der südkoreanischen Streitkräfte garantierte aber keineswegs die Stabilität des Regimes in Söul. Innerhalb der herrschenden Kreise der USA wurde daher die Frage aufgeworfen, ob Korea in die «Schutzverpflichtungen» der USA einzubeziehen sei. Eine solche Entscheidung wäre jedoch mit weitreichenden Auswirkungen auf die US-amerikanische Politik gegenüber China verbunden gewesen. Dem riesigen chinesischen Territorium mit den langen gemeinsamen Grenzen zur UdSSR galt nämlich in erster Linie das Interesse der USA. Hier vor allem wollten die Vereinigten Staaten ihre Positionen festigen. Und so entwickelten sich hinsichtlich der Einbeziehung Koreas in die «Schutzverpflichtungen» der USA und damit in die gegen die sozialistischen Staaten gerichtete «Eindämmungsstrategie» verschiedene Auffassungen.

Das Pentagon und andere extrem reaktionäre Kräfte, die sich insbesondere im USA-Kongreß konzentrierten, wollten die Politik des kalten Krieges gegen den Sozialismus unverzüglich offensiv von Europa auf Asien ausdehnen.

Das Weiße Haus und das Außenministerium dagegen, die auch nach Gründung der VR China noch auf einen Ausgleich mit der Führung um Mao Zedong hofften, wollten sowohl Taiwan als auch Korea aus der «Schutzverpflichtung» der USA ausklammern. Sie verzögerten die Ausdehnung der Strategie des kalten Krieges auf diese Region

---

[23] Zur Entstehung der KDVR siehe I. Göthel, Geschichte Koreas, Berlin 1978, S. 254 ff.

Asiens. Erst nach Beginn der USA-Aggression gegen Korea wurde in einer Erklärung des Weißen Hauses offiziell die Erweiterung der Trumandoktrin auf die Region des Pazifiks verkündet.

Zwei Richtungen in der US-amerikanischen Chinapolitik

Seit Beginn ihrer Expansion nach Asien im 19. Jahrhundert waren die USA entschlossen, von den riesigen chinesischen Ressourcen zu profitieren. Sie wollten mit der «Politik der offenen Tür» ihre imperialistischen Rivalen aus China verdrängen und den chinesischen Markt unter ihre Kontrolle bringen. Später begannen sie ihre Anstrengungen auch darauf zu richten, die politischen Potenzen des großen, menschenreichsten asiatischen Staates für ihre Ziele zu nutzen, vor allem aber, um die Ausstrahlungskraft der Sowjetunion auf die Völker des Fernen Ostens «einzudämmen». Während des zweiten Weltkriegs konnten die USA ihren Einfluß in China entscheidend festigen, insbesondere durch die Zusammenarbeit mit der Guomindangregierung auf militärischem Gebiet. Das Guomindangregime repräsentierte in China die Diktatur des sogenannten bürokratischen Kapitals, der Kompradorenbourgeoisie und der militaristisch-feudalen Kräfte. Die USA lieferten an dieses Regime Waffen für den Krieg gegen den japanischen Aggressor und bildeten dafür Streitkräfte aus, die zugleich zum Kampf gegen die kommunistischen Basen im Lande eingesetzt wurden. Sie hatten aber auch US-amerikanische Einheiten, insbesondere der Luftstreitkräfte, in China stationiert. Die regierenden Kreise der USA orientierten darauf, Guomindang-China zu ihrem Hauptverbündeten in Ostasien zu machen.

Neben der Guomindangregierung bestand in den befreiten Gebieten Chinas die revolutionär-demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern unter Führung der Kommunistischen Partei Chinas, die ebenso wie die Guomindang über eine staatliche und militärische Basis verfügte. Zwischen beiden Klassengruppierungen hatten sich bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen entwickelt. Infolge des Eingreifens der Sowjetunion in den Krieg gegen Japan am 9. August 1945 ergaben sich günstige Bedingungen für den nationalen und sozialen Befreiungskampf des chinesischen Volkes. Nachdem die Rote Armee im August 1945 die mehr als eine Million starke japanische Kwantungarmee (Guandongarmee) geschlagen und die Mandschurei (Nordostchina) befreit hatte, erhielt die KP Chinas die Möglichkeit, dieses Gebiet mit einer relativ entwickelten Industrie zur Basis für den weiteren Befreiungskampf auszubauen. Die chinesischen Volksstreitkräfte wurden mit den der Roten Armee übergebenen japanischen Beutewaffen ausgerüstet. Die sowjetische Hilfe, die auch die Ausbildung von Kommandeuren einschloß, förderte die Entwicklung einer regulären Armee in den befreiten Gebieten. Die Sowjetunion unterstützte dabei vor allem die Bestrebungen des chinesischen Volkes nach Sicherung einer friedlichen Entwicklung. So setzte sie auf der Moskauer Konferenz der Außenminister der Alliierten Mächte im Dezember 1945 die Annahme von drei grundlegenden Vereinbarungen hinsichtlich Chinas durch:

1. Einstellung der bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen:

2. Verpflichtung der Alliierten zur Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas;
3. Festlegung des baldmöglichsten Rückzugs der sowjetischen und US-amerikanischen Truppen[24].

Obwohl die USA nicht bereit waren, sich mit den zugunsten der revolutionären Kräfte vollzogenen Veränderungen in China abzufinden, mußten sie diese doch in gewisser Weise berücksichtigen. In Verhandlungen mit der KP-Führung Chinas, die von einem ihrer höchsten Militärs, General G. C. Marshall, geführt wurden, versuchten sie, den Anschein zu erwecken, daß die USA ebenfalls nach Sicherung einer friedlichen Entwicklung strebten. General Marshalls Verhandlungen führten sogar zum Abschluß eines Waffenstillstandsabkommens zwischen den chinesischen Bürgerkriegsparteien am 10. Januar 1946. Seine «Vermittlung» verhalf jedoch den Guomindangstreitkräften, die die Kampfhandlungen im März/April wieder begannen, zu einem beträchtlichen militärischen Vorteil. Faktisch waren damit die USA zur wichtigsten äußeren Stütze des Guomindangregimes geworden mit der Absicht, den hinter ihm stehenden Großgrundbesitzern und Großbourgeois wieder zur Herrschaft über ganz China zu verhelfen. Den regierenden Kreisen der USA ging es darum, die Positionen der Reaktion in China zu festigen und auszubauen. Das bedeutete die offene Einmischung des USA-Imperialismus in die inneren Angelegenheiten des chinesischen Volkes, was den von den Alliierten in Moskau vereinbarten Grundsätzen ihrer Chinapolitik widersprach.

Die Einmischung der USA in die Klassenauseinandersetzung in China erfolgte auf direkte und indirekte Weise.[25] In erster Linie sollte die Guomindangregierung durch ökonomische und militärische «Hilfe» der USA befähigt werden, die Eroberung der befreiten Gebiete ohne die direkte Teilnahme von Truppen der USA durchzuführen. Damit trat die Einmischung der USA in den Bürgerkrieg vor allem als «Hilfe» der USA an die Guomindang in Erscheinung. Während des Bürgerkriegs von 1945 bis 1949 erhielt Guomindang-China 781 Millionen US-Dollar Wirtschafts- und Militär«hilfe» aus den USA. US-amerikanische Truppen – Ende 1945 waren noch rund 113000 Mann in China stationiert – nahmen aber auch direkt an Kampfhandlungen gegen die Volksstreitkräfte teil.[26]

Gerade in dieser Frage – der direkten oder mehr indirekten Einmischung – bildeten sich in der unmittelbaren Nachkriegsperiode immer deutlicher zwei Richtungen der amerikanischen Chinapolitik heraus. Die erste Richtung wurde von der sogenannten China-Lobby repräsentiert. Zu ihr gehörten die vorrangig auf den asiatischen Markt ausgerichteten Monopole des Westens der USA, die auch im Kongreß vertreten waren; unter den führenden Militärs waren es vor allem General MacArthur, der

---

[24] Nur die UdSSR zog am 3. Mai 1946 ihre Streitkräfte ab.

[25] Zu den Etappen der USA-Einmischung in den Bürgerkrieg in China siehe B. Heimann, Zur Intervention der USA während des Bürgerkrieges in China 1945–1949. In: Militärgeschichte, H. 3, Berlin 1982, S. 284 ff.

[26] Siehe U. S. Relations with China. With Special Reference to the Period 1944 – 1949, Washington 1949, S. 311 ff., 338 ff., 354 ff., 969 ff.

Oberkommandierende der USA-Streitkräfte im Fernen Osten, und James V. Forrestal, Chef des Marine- und später des Verteidigungsministeriums. Sie meinten, die Asieninteressen des USA-Imperialismus am besten im Bündnis mit Jiang Jieshi wahren zu können, und forderten ein weitgehendes Engagement der USA in China, das den direkten Einsatz amerikanischer Truppen zur Zerschlagung der KP Chinas einschloß.

Die andere Richtung, zu der die Mehrheit der politischen und militärischen Vertreter der Trumanadministration gehörte, wollte dagegen nur eine begrenzte Einmischung der USA zulassen. Sie vertrat die «Europa zuerst»-Konzeption. In Anbetracht der vom amerikanischen Volk erhobenen Forderung nach Demobilisierung und nach Reduzierung der militärischen Ausgaben meinten diese Kreise, nicht genügend Streitkräfte zur Verfügung zu haben und auch die Bewilligung für die erforderlichen finanziellen Mittel vom Kongreß nicht zu bekommen, um ihren antikommunistischen und antisowjetischen Kurs in Europa und in Asien mit gleicher Intensität durchsetzen zu können. Die Hauptfront der internationalen Klassenauseinandersetzung lag sowohl aus politisch-militärischer als auch aus ökonomischer Sicht in Europa.

Die zweite Richtung wollte das Guomindangregime zwar auch unterstützen, forderte aber größere Flexibilität in der US-amerikanischen Chinapolitik. Unter gewissen Voraussetzungen betrachtete sie auch die KP Chinas unter Führung Mao Zedongs als einen potentiellen Bündnispartner.[27] Unterstützt wurde die letztgenannte Auffassung durch die Berichte der in China stationierten Militärs, für die es nicht mehr als gesichert galt, daß die korrupte Militärherrschaft der Guomindang noch feste soziale Stützen im chinesischen Volk besaß. Diese amerikanischen Kreise spekulierten auf eine stärkere Entwicklung des Nationalismus in der KP Chinas. Sie rechneten damit, daß eine Nichtübereinstimmung in wesentlichen außenpolitischen, auch die USA-Interessen tangierenden Fragen zwischen der chinesischen und sowjetischen Führung heranreifen würde.

Als sich 1947/1948 die militärische Lage des Guomindangregimes wesentlich verschlechterte, kam es zwischen den beiden Richtungen der USA-Chinapolitik erneut zu Debatten über die Frage des direkten militärischen Eingreifens der USA. Admiral Forrestal wollte «Freiwilligen»gruppen der USA-Streitkräfte einsetzen. Die China-Lobby forderte eine «volle Intervention» der USA in China, um das Guomindangregime zu retten.

Im März 1947 hatte aber Präsident Truman gerade die offene Einmischung der USA in Griechenland und die Militärhilfe für die Türkei verkündet. Der Marshallplan zur Reaktivierung des Kapitalismus in Westeuropa sollte realisiert werden, der Aufbau der NATO war gerade erst eingeleitet worden. Für die Durchsetzung der Politik des kalten Krieges in Europa benötigte die amerikanische Regierung bereits große Summen, die der USA-Kongreß nur zögernd bewilligte.

General Marshall, 1946 Sonderbotschafter des Präsidenten in China, dann Außenminister der USA, warnte vor einem Überengagement im Fernen Osten, insbesondere davor, die USA in einen Landkrieg in Asien zu verwickeln. Er lehnte die direkte

[27] Zur US-amerikanischen Chinapolitik nach Beendigung des zweiten Weltkrieges siehe B. Kaufmann, China – USA, Berlin 1980, S. 32 ff.

Teilnahme amerikanischer Streitkräfte an den Kampfhandlungen strikt ab, solange das «Bündnis der atlantischen Mächte» keine festen Formen angenommen habe. Die Mehrheit der Regierung überzeugten seine Argumente, daß China fünfundvierzigmal größer als Griechenland sei und fünfundachtzigmal mehr Einwohner habe. Um das gleiche Ergebnis wie in Griechenland zu erzielen, müßten die USA mindestens 10 000 Offiziere und Militärtechnik im Werte von vielen Milliarden US-Dollar bereitstellen. Solange diese Mittel nicht zur Verfügung ständen, müsse das Außenministerium jedoch «Prioritäten setzen und den Blick auf die Hauptfront der Auseinandersetzungen mit dem Sozialismus richten, und die lag in Europa»[28]. General Marshall befürwortete die Fortsetzung der «Hilfe» für China in den bisherigen Formen. Dieser «kleine Marshallplan» (China Aid Act of 1948) umfaßte 463 Millionen Dollar mit einer Laufzeit von zwölf Monaten, davon 125 Millionen Dollar für unmittelbar militärische Zwecke.

Die strategischen Angriffsoperationen der Volksbefreiungsarmee führten im Herbst 1948 zur Befreiung des größten Teils des Festlands Chinas. Die Hauptkräfte der Guomindangarmee waren im Oktober 1949 zerschlagen; die Reste mußten sich nach der chinesischen Insel Taiwan zurückziehen. Am 1. Oktober 1949 wurde die Volksrepublik China (VR China) gegründet.

In der Auseinandersetzung um die Schlußfolgerungen aus ihrer Niederlage in China forderten die von der China-Lobby beeinflußten extrem rechten Kräfte der USA, die Politik des kalten Krieges nunmehr offensiv auch auf Asien auszudehnen. Sie traten für eine Politik der «Eindämmung» der VR China ein und orientierten ausschließlich auf die nach Taiwan geflohene Clique um Jiang Jieshi. Diese Kräfte veranlaßten den Nationalen Sicherheitsrat der USA, daß er am 30. Dezember 1949 in einem geheimen Dokument festlegte, Südostasien, Japan und insbesondere Korea in den Kreis jener Gebiete aufzunehmen, die als «lebenswichtig» für die USA galten. Sie lehnten eine Anerkennung der VR China strikt ab und spekulierten darauf, daß die Isolierung Chinas zum Sturz der Volksmacht führen würde. Sie schürten die sich in den USA entzündende Kontroverse darüber, ob die Trumanadministration bewußt oder unbewußt an der Niederlage Jiang Jieshis schuld gewesen sei.

Die andere Konzeption, die vor allem von dem engeren Kreis um Präsident Truman, von Außenminister Acheson und General Marshall vertreten wurde, sah eine schrittweise Normalisierung der Beziehungen zur VR China in Abhängigkeit von der weiteren Entwicklung der chinesisch-sowjetischen Beziehungen vor. Dieser Standpunkt näherte sich dem der britischen Regierung an, die ihre Bereitschaft zur Anerkennung der VR China bereits signalisiert hatte. Außenminister Acheson erklärte in einer Rede vor dem Washingtoner Presseklub am 12. Januar 1950, daß es den amerikanischen Interessen am besten dienen würde, wenn die USA China nicht provozierten, sondern versuchen würden, den chinesischen Nationalismus gegen die Sowjetunion zu lenken.[29]

---

[28] St. E. Ambrose, Rise to Globalism, Baltimore 1973, S. 153.

[29] Siehe American Foreign Policy 1950 – 1955, Washington 1957, S. 2313 ff.

Gegen den Willen des Pentagon entschied die Trumanregierung, Jiang Jieshi nach Gründung der VR China keine weitere militärische Hilfe zu gewähren und ebensowenig zu intervenieren, wenn die Volksbefreiungsarmee Taiwan besetzen sollte. Korea und Taiwan wurden in den Erklärungen des Außenministeriums vorerst aus den «militärischen Schutzverpflichtungen der USA» ausgeklammert. Damit verstärkte sich der Eindruck, daß die USA ein militärisches Disengagement hinsichtlich Taiwans anstreben und versuchen würden, auf einen Kurs des Modus vivendi mit der Regierung der VR China einzuschwenken. Die Spekulation auf einen Differenzierungsprozeß innerhalb der Führung der chinesischen Kommunisten und auf die Herausbildung von Widersprüchen zur kommunistischen Weltbewegung, insbesondere zur KPdSU, spielte dabei immer eine wesentliche Rolle. Unter dem Aspekt, ein Bündnis zwischen der revolutionären Macht in China und der UdSSR zu verhindern, deutete die Regierung Truman-Acheson eine Zeitlang noch an, daß die Anerkennung der VR China und ihre Aufnahme in die UNO möglich seien. Auch nach der Unterzeichnung des Freundschafts- und Beistandsvertrages zwischen der UdSSR und der VR China am 14. Februar 1950 wurde diese Konzeption nicht aufgegeben. Dennoch wollte die Trumanregierung nicht offen gegen die Guomindang auftreten und zu diesem Zeitpunkt auch keine Annäherung an die fortschrittlichen Kräfte in China vollziehen.[30]

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und die Festigung der amerikanischen Kontakte zur Führung der KP Chinas im Sinne der Stärkung nationalistischer Positionen in China und zur Schürung des Mißtrauens zwischen China und der UdSSR erfolgten nicht. Die Trumanregierung zog es vor abzuwarten, welche Entwicklung die Beziehungen zwischen der VR China und der Sowjetunion nehmen würden. Die antikommunistische Hysterie des McCarthyismus sowie der Druck der China-Lobby im Kongreß wirkten sich hemmend auf den Entscheidungsprozeß der USA-Regierung aus. Diese mußte ihre Chinapolitik vorerst innerhalb der führenden Kreise im eigenen Land verteidigen.

In der Partei- und Staatsführung der VR China war die internationalistische Richtung erstarkt. Der zwischen der VR China und der Sowjetunion geschlossene Vertrag über Freundschaft, Beistand und gegenseitige Hilfe bildete in den folgenden Jahren das Fundament für die umfassende sowjetische Unterstützung Chinas auf wirtschaftlichem und militärischem Gebiet. In der Außenpolitik Chinas wurde an der Seite der anderen sozialistischen Staaten ein internationalistischer und antiimperialistischer Kurs durchgesetzt. Unter Beachtung der Bedingungen Chinas und der allgemeingültigen Erfahrungen der Sowjetunion begann die VR China, Anfang der fünfziger Jahre den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus zu vollziehen.

Der auslösende Faktor für die Wende im amerikanisch-chinesischen Verhältnis war erst die Entsendung der chinesischen Volksfreiwilligen unter Marshall Peng Dehuai während der Koreaaggression der USA im Oktober/November 1950. Der Eintritt Chinas in den Koreakrieg veranlaßte die amerikanische Regierung, ihre

[30] Bereits im August 1949 veröffentlichte das USA-Außenministerium das China White Paper zur Rechtfertigung der Chinapolitik der Trumanregierung.

Entscheidungen zur Chinapolitik ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der antikommunistischen Globalstrategie zu treffen. Die Chinapolitik der USA manifestierte sich fortan als eine Antichinapolitik, die auf eine militärische Einkreisung und eine diplomatische sowie wirtschaftliche Isolierung Chinas abzielte. Die USA versuchten, China auch dadurch zu schwächen, daß sie die Einbeziehung Tibets in den Staatsverband der VR China zu verhindern trachteten. Die USA wandten sich dagegen, daß die Volksrepublik China den Sitz Chinas im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einnahm; sie orientierten auf das chinesische Regime in Taiwan als den «rechtmäßigen Vertreter» Chinas. Die VR China hatte sich nicht jenen Normen des internationalen Verhaltens angepaßt, die von den Interessen Washingtons diktiert wurden, und galt deshalb als «Feind» der USA.

1951 und 1952 wurde das seit 1947 bestehende Militärabkommen mit Jiang Jieshi durch zwei weitere militärische Vereinbarungen ergänzt. Auf ihrer Grundlage entsandten die USA nicht nur Waffen, sondern auch Militärberater nach Taiwan. Der dann 1954 mit Taiwan abgeschlossene sogenannte Gegenseitige Verteidigungsvertrag bot den USA einmal die Möglichkeit, starke Verbände ihrer Luft- und Seestreitkräfte auf der Insel zu stationieren, zum anderen konnten sie maßgeblichen Einfluß auf den militärischen Ausbau Taiwans ausüben. In den speziellen Ergänzungen zu diesem «Gegenseitigen Verteidigungsvertrag» enthielten sich die USA zwar aller Verpflichtungen zur Unterstützung von Rückeroberungsplänen der Guomindangführung, zugleich aber sicherte sich die amerikanische Regierung jede Aktionsfreiheit gegen die VR China im Falle einer Krisensituation.

Ein spezielles «Hilfsprogramm» der ökonomischen Zusammenarbeit zur beschleunigten Entwicklung der Industrie und Landwirtschaft Taiwans wurde aufgestellt. Pro Kopf der Bevölkerung gerechnet, erhielt Taiwan in den fünfziger Jahren den größten Anteil der US-amerikanischen «Hilfe» für Asien. Sie floß in Form militärischer Subventionen und Kapitalinvestitionen nach der chinesischen Insel. Das Ziel war dabei, die Entwicklung Taiwans konsequent in eine kapitalistische, für die USA-Wirtschaftsinteressen vorteilhafte Richtung zu lenken und das militärische Potential des Regimes in Taibai so auszubauen, daß es einen wirksamen Faktor in der imperialistischen Globalstrategie der USA darstellen konnte. Taiwan, in den gemeinsamen Beschlüssen der Alliierten eindeutig als chinesische Provinz anerkannt, wurde zu einem gegen die VR China gerichteten antikommunistischen Vorposten ausgebaut.

Bedeutung der Aggression gegen Korea für die Politik des kalten Krieges

Nachdem die USA in Südkorea ein ihnen höriges Regime an die Macht gebracht hatten und die militärische Zusammenarbeit mit diesem vertraglich untermauert worden war, nahmen die Provokationen am 38. Breitengrad zu. Allein von 1949 bis April 1950 verübten die südkoreanische Armee und Polizei 1274 Überfälle auf

Gebiete der KDVR. Die Tätigkeit der US-amerikanischen Militärs und Spionagedienste in Südkorea wurde ausgebaut. Diese Maßnahmen ließen erkennen, daß die Pläne der USA darauf abzielten, die KDVR zu liquidieren und das Li-Sing-Man-Regime auf ganz Korea auszudehnen.

In den USA hatte sich in der ersten Hälfte des Jahres 1950 die Kritik an der Außenpolitik der Trumanregierung verschärft. Die republikanische Fraktion im Kongreß vertrat die Auffassung, daß die von Präsident Truman und General Marshall vertretene Linie, die Mittel zur Realisierung der Politik des kalten Krieges vorrangig auf Europa zu konzentrieren, wesentlich zur Niederlage des Guomindangregimes in China und damit zum Verlust der US-amerikanischen Positionen in diesem wichtigen asiatischen Land beigetragen habe. Diese Kritik machte auch vor der Japanpolitik der Trumanregierung nicht halt. Machtvolle Aktionen der demokratischen und kommunistischen Kräfte verzögerten die Reaktivierung des Kapitalismus und Militarismus in Japan. Selbst die zur Zusammenarbeit mit den USA bereiten Kreise in Japan taktierten vorerst noch sehr vorsichtig hinsichtlich langfristiger Garantien für Stützpunkte der USA auf japanischem Hoheitsgebiet. Zudem hatten sich in führenden Kreisen der Vereinigten Staaten die Zweifel an der Wirksamkeit des von der Trumanregierung verfolgten außenpolitischen Kurses insgesamt verstärkt, nachdem bekannt geworden war, daß die Sowjetunion ebenfalls über die Kernwaffe verfügte. Damit war die bislang für absolut gehaltene militärische Überlegenheit aufgehoben worden.

Diese außenpolitische Entwicklung gab der antikommunistischen Verfolgungswelle McCarthys in den USA einen großen Auftrieb. Die Trumanregierung und die sie unterstützenden Demokraten im USA-Kongreß sahen sich veranlaßt, den Anhängern McCarthys zu beweisen, daß sie einen außenpolitischen Kurs eingeschlagen hatten, mit dem sie imstande waren, den Sozialismus sowohl in Europa als auch in Asien zu bekämpfen. Dazu aber brauchte die Trumanregierung eine ähnliche Krisensituation wie im Jahr 1947, als die USA in Griechenland «zur Verteidigung der freien Welt» intervenierten. Nur dann konnte sie erneut und unmißverständlich beweisen, daß sie mit dem Programm des kalten Krieges vorbereitet war, «jede Herausforderung prompt und unzweideutig zu beantworten»[31].

Eine solche Situation war am 25. Juni 1950 entstanden. Ermutigt von den USA, fielen an diesem Tag die Streitkräfte des Söuler Regimes in die KDVR ein. Und die USA nahmen diese Kriegsprovokation sofort zum Anlaß für den Versuch, die sozialistische Revolution in diesem Land rückgängig zu machen. Sie hatten vor, die gesamte koreanische Halbinsel zu einem militärischen Aufmarschraum gegen die Sowjetunion und die VR China zu machen. Die Liquidierung der KDVR sollte die Stärke des Weltimperialismus unter Führung der USA demonstrieren und den Glauben der Völker Asiens an einen erfolgreichen Kampf gegen den Imperialismus untergraben. Zugleich beabsichtigten die USA, mit dem Krieg in Korea eine Verschärfung der internationalen Lage hervorzurufen, die ihnen günstigere Bedingungen

---

[31] Zitiert nach St. E. Ambrose, Rise to Globalism, Baltimore 1973, S. 191.

für die Festigung des Nordatlantikpaktes und für die Wiederherstellung des Militarismus in der BRD und in Japan bot.

Für die USA-Regierung war die Koreaaggression auch insofern von besonderer Bedeutung, als sie dazu diente, die Konzeption des kalten Krieges unter den Bedingungen der realen Kriegführung in einer Weltregion zu erproben, in der das Risiko einer direkten Konfrontation mit der Sowjetunion nicht so groß erschien wie in Europa. Mehrfach drohte die Trumanregierung mit dem Einsatz von Kernwaffen in Korea und einer Ausweitung des Krieges auf die VR China.

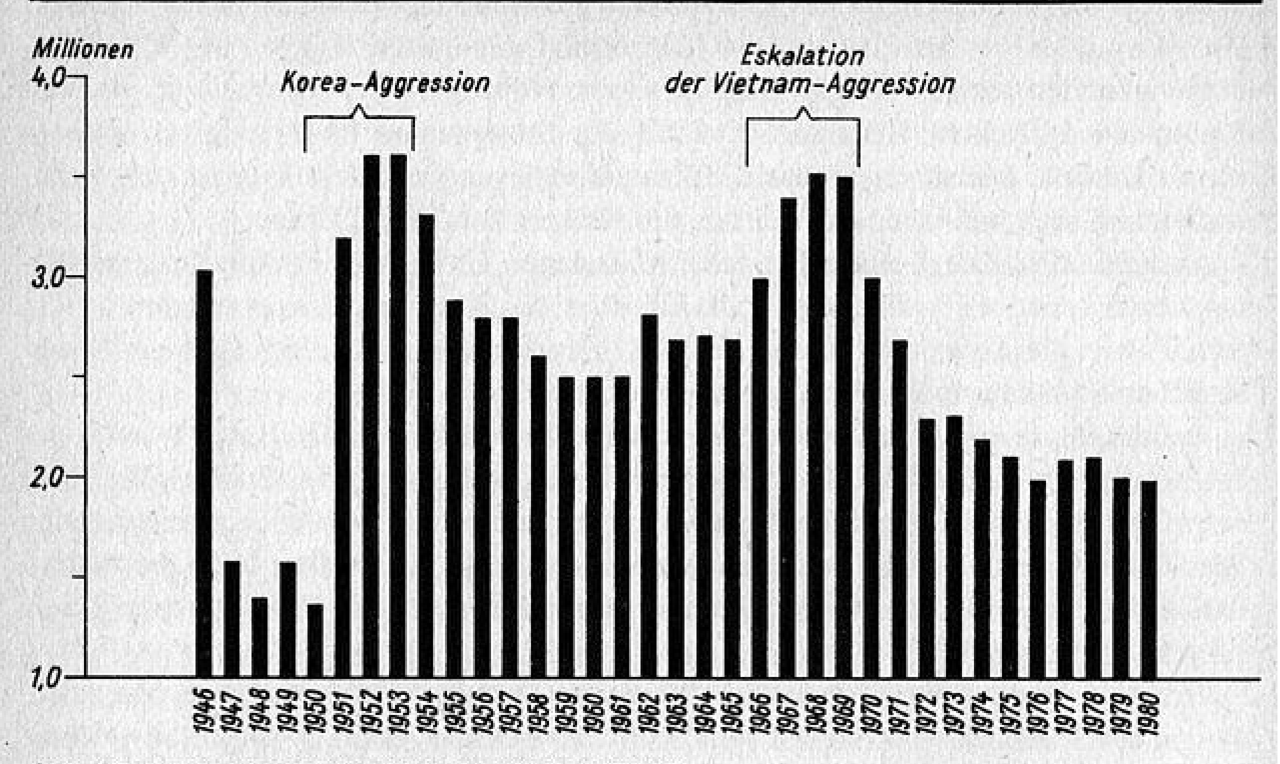
Ausgehend von der zeitweilig noch vorhandenen Unverwundbarkeit des amerikanischen Kontinents, wollte die USA-Führung die Koreaaggression nutzen, um zu testen, wie die Sowjetunion und die VR China auf die Beseitigung einer sozialistischen Staatsmacht in Asien reagieren würden.

Außerdem rechnete die USA-Regierung damit, daß ihr der Kongreß aufgrund des Krieges in Korea hohe Rüstungsausgaben bewilligen werde. Damit sollte eine neue Rüstungsspirale eingeleitet werden, um der sich immer deutlicher abzeichnenden Wirtschaftskrise in den USA entgegenzuwirken. Schließlich waren auch die bedeutenden Bodenschätze im Norden Koreas von nicht geringem ökonomischen Interesse für die USA.

Präsident Truman reagierte innerhalb weniger Stunden mit Maßnahmen und zeigte dem rechten Flügel im Kongreß seine Entschlossenheit, dem Li-Sing-Man-Regime jede Unterstützung zu geben. Der Oberbefehlshaber der USA-Besatzungstruppen in Japan und Chef der USA-Pazifikstreitmacht, General MacArthur, wurde unverzüglich bevollmächtigt, das Regime in Söul militärisch zu unterstützen. Die 7. USA-Flotte wurde in die Straße von Taiwan entsandt. In einer bereits am Nachmittag des 25. Juni veröffentlichten Erklärung gab Präsident Truman offiziell die Ausweitung seiner antikommunistischen und antisowjetischen Doktrin auf die Region des Pazifiks bekannt. Damit verpflichtete er die USA, «jede weitere Ausdehnung kommunistischer Macht in Asien» mit einer militärischen Intervention «zu beantworten». Dabei fiel auch die Entscheidung, die «Verteidigungslinie der USA» über Japan, Okinawa und die Philippinen hinaus auf Südkorea und Taiwan auszudehnen.

Die USA übernahmen die führende Rolle im Koreakrieg und setzten – entgegen ihrer bisher gültigen Auffassung, keinen Landkrieg in Asien führen zu wollen – auch Landstreitkräfte ein. Allen Einwänden mit Blick auf die Erfahrungen aus dem zweiten Weltkrieg hielt die Regierung entgegen, daß das «Verteidigungsperimeter» in der Region des Pazifiks «unmittelbar gefährdet» wäre, wenn Südkorea fiele. Unter diesem Aspekt billigte der Kongreß sämtliche seit Juni 1950 von der Regierung geforderten Mittel zum Ausbau der US-amerikanischen Streitkräfte. Das Rüstungsbudget, das 1950 noch 13 Milliarden US-Dollar betragen hatte, erreichte im Jahre 1952 schon 43,9 Milliarden.

Auf diplomatischer Ebene startete die Trumanregierung eine massive Attacke in den Vereinten Nationen. Der Bedrohungslüge von der «kommunistischen Gefahr» wurden dabei neue Dimensionen verliehen. Aufgrund des für die USA damals günstigen Kräfteverhältnisses in den Vereinten Nationen brachte die USA-Delegation einen Beschluß über die Aufstellung sogenannter UNO-Streitkräfte durch, der die



Quelle: A. Charisius, R. Lambrecht, K. Dorst, Weltgendarm USA, Berlin 1983, S. 57

Intervention in Korea legalisieren sollte. So wurden die Vereinten Nationen zeitweilig als Instrument der US-amerikanischen «Eindämmungspolitik» benutzt. Unter General MacArthur als Oberkommandierenden wurde ein Vereintes Oberkommando dieser sogenannten UNO-Streitkräfte für Korea gebildet. Truppen aus 16 Staaten beteiligten sich an dieser hinsichtlich ihrer Teilnehmerzahl größten Militärkoalition in einem Krieg nach 1945. Dennoch blieb die militärische Rolle der meisten Länder von geringer Bedeutung, denn tatsächlich bestanden neunzig Prozent aller Streitkräfte aus US-amerikanischen und südkoreanischen Einheiten.

Die herrschenden Kreise der USA waren zu diesem Zeitpunkt noch davon überzeugt, daß die Niederlage Nordkoreas aufgrund der amerikanischen militärtechnischen Überlegenheit unvermeidlich sei. Diese Auffassung erwies sich als eine erneute Fehleinschätzung der USA-Führung, die die Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis vor und nach der Aggression in Korea falsch beurteilte. Mitte September 1950 waren 95 Prozent des Territoriums und 97 Prozent der gesamten Bevölkerung Koreas befreit. Die herrschenden Kreise der USA hatten nicht damit gerechnet, daß das Li-Sing-Man-Regime trotz ihrer bisherigen Unterstützung so schwach sein werde. Die Verstärkung ihres Streitkräfteeinsatzes in allen militärischen Bereichen – selbst bei steigenden Verlusten an US-amerikanischen Soldaten – wurde für die USA auch deshalb erforderlich, um die These von einer unüberwindlichen Stärke der USA in der Öffentlichkeit aufrechterhalten zu können. Unter Ausnutzung seiner beherrschenden Stellung zur See leitete das USA-Oberkommando im Sep-

tember 1950 ein großes, von Kampfflugzeugen und Kriegsschiffen abgesichertes Landeunternehmen im Gebiet von Inchon (südwestlich von Söul) ein. Die USA-Truppen befanden sich damit im Rücken der Hauptkräfte der KDVR. Dadurch sowie unter Einsatz enormer militärischer Kräfte gelang es den Interventen, den 38. Breitengrad zu überschreiten und in Richtung Norden über Pjöngjang in die Nähe der chinesischen Grenze vorzustoßen. Die auf gewaltsame «Vereinigung» Koreas gerichtete Hauptzielstellung des USA-Imperialismus trat so immer unverhüllter in Erscheinung.

Gleichzeitig mit den Kampfhandlungen gegen die KDVR begannen die USA einen nichterklärten Krieg gegen die VR China: Die 7. USA-Flotte patrouillierte im gesamten Küstengebiet der VR China und behinderte die freie Schiffahrt; US-amerikanische Kampfflugzeuge begannen im November 1950 mit schweren Bombenangriffen auf Objekte am chinesisch-koreanischen Grenzfluß Amnokgang. General MacArthur, der bevollmächtigt war, gemäß seinen eigenen Entscheidungen Operationen durchzuführen, wollte die Kampfhandlungen der USA-Streitkräfte auf die chinesischen Stellungen jenseits des Grenzflusses ausdehnen. Anderenfalls, so behauptete er, könne die Niederlage Nordkoreas nicht erzwungen werden.

Die Entsendung der 7. USA-Flotte in die Straße von Taiwan hatte seitens der Washingtoner Regierung das Ziel, das Ausbrechen von Kampfhandlungen zwischen der Guomindang und der chinesischen Volksbefreiungsarmee zu verhindern. MacArthur dagegen plante, Jiang Jieshi bei einem Angriff auf das chinesische Festland zu unterstützen. Der Oberkommandierende der USA-Streitkräfte wollte nicht nur die KDVR liquidieren, sondern auch die alten, für die USA vorteilhaften Machtverhältnisse in China wiederherstellen. Dabei kalkulierte er selbst das Risiko eines Krieges gegen die UdSSR ein. MacArthurs Pläne wurden von extrem rechten Kräften der USA-Führung unterstützt. Dazu gehörten der rechtsextremistische Block im Kongreß der USA, aber auch Regierungsmitglieder bzw. Politiker, die der Trumanregierung angehört hatten, wie der ehemalige Verteidigungsminister Louis H. Johnson und Marineminister F. P. Matthews. Sie riefen das chinesische Volk auf, sich zu einem Guerillakrieg zu erheben, und versprachen die «Hilfe» der USA, wenn die chinesische Bevölkerung «selbst versuchen würde, sich der Kommunisten zu entledigen»[32]. Die extrem Rechten der führenden amerikanischen Kreise und insbesondere ihr exponierter Vertreter, MacArthur, beharrten darauf, daß der Kommunismus nicht, wie es die Trumanregierung vorhatte, in Europa, sondern zuerst in Asien geschlagen werden müsse.

Präsident Truman, Außenminister Acheson, der im September 1950 neuernannte Verteidigungsminister G. C. Marshall und der Vorsitzende des Komitees der Vereinigten Stabschefs (der US-amerikanischen Teilstreitkräfte), General O. Bradly, widersetzten sich den abenteuerlichen Plänen. Sie hatten erkannt, daß eine Ausweitung der Kampfhandlungen das Risiko eines dritten Weltkriegs in sich bergen würde, auf den sie und ihre imperialistischen Verbündeten noch nicht vorbereitet

---

[32] The New York Times, New York, 30. November 1950.

waren. In Westeuropa wuchs die Welle heftiger Proteste gegen den Koreakrieg immer stärker an. Außerdem wandten sich die britische und die französische Regierung mit Nachdruck gegen eine Eskalierung der militärischen Operationen in Ostasien. Sie vertraten die Meinung, daß ein Krieg mit China den Keil zwischen den asiatischen Völkern und den an der Aggression beteiligten Ländern nur noch tiefer treiben würde. Das aber wollten Großbritannien und Frankreich, die in Malaya bzw. in Indochina in verlustreiche Kämpfe gegen die nationale Befreiungsbewegung verwickelt waren, unbedingt vermeiden.

Truman erklärte zwar noch am 30. November 1950 seine Bereitschaft, alle den USA zur Verfügung stehenden Waffenarten, d. h. auch Kernwaffen, in Korea einzusetzen[33], dennoch wollten er und seine engeren Mitarbeiter die Kriegshandlungen auf die VR China nicht so weit ausdehnen, daß die Gefahr eines Eingreifens der UdSSR entstand.[34]

Schon am 24. November 1950 aber hatte General MacArthur den Beginn des «allgemeinen entschlossenen» Vormarsches in Korea sowie seine Bereitschaft verkündet, das Risiko der «allgemeinen Vergeltung» zu übernehmen.[35] Damit entstand in den USA eine lange, harte Auseinandersetzung, der sogenannte große Streit zwischen der von MacArthur geführten Kräftegruppierung, die den Krieg in Korea zur Entfesselung eines großen «Präventivschlages» gegen die VR China sowie die UdSSR ausnutzen wollte, und den realistischer denkenden Militärs und Politikern der USA.

Die UdSSR stand fest an der Seite der VR China und leistete in Verwirklichung des sowjetisch-chinesischen Vertrages über Freundschft, Beistand und gegenseitige Hilfe auch militärische Unterstützung, als die Sicherheit Chinas bedroht war. Gleichzeitig verstärkte die sowjetische Regierung ihre Aktivitäten in den Vereinten Nationen, um eine Einstellung der Kampfhandlungen und für das koreanische Volk zu erreichen, daß es selbst über die Lösung der koreanischen Frage entscheidet.

Gestützt auf die Hilfe der Sowjetunion, erwiderten die Verbände der Koreanischen Volksarmee und der chinesischen Volksfreiwilligen eine erneute Offensive der Truppen MacArthurs, die am 24. November 1950 begann, nach 24 Stunden mit einem Gegenangriff, dem die US-amerikanischen und südkoreanischen Streitkräfte nicht standhalten konnten. Es begann der längste Rückzug in der Geschichte der USA-Streitkräfte, der teilweise chaotische Formen annahm. Ende des Jahres 1950 war das Territorium der KDVR befreit. Die Interventen waren gezwungen, am 38. Breitengrad zur Verteidigung überzugehen. Sie hatten große Verluste erlitten. Vor allem aber hatte der Aggressor damit die Initiative in der Kampfführung verloren. Mitte des Jahres 1951 trat nach beiderseits verlustreichen Kämpfen ein ungefähres Kräftegleichgewicht ein, das den Übergang vom Bewegungs- zum Stellungskrieg zur Folge hatte.

Es war den USA nicht gelungen, die KDVR zu liquidieren. Die Pläne einer Eska-

---

[33] Siehe Military Situation in the Far East. Hearings before the Committee on Armed Services and the Committee on Foreign Relations, United States Senate 82nd Congress, First Session, Washington 1951, S. 397.

[34] Siehe H. S. Truman, Memoirs, Bd. II, New York 1956, S. 416.

[35] Siehe Military Situation in the Far East, S. 732.

lation des Krieges waren aufgegeben worden. In erster Linie war es die entschlossene Haltung der UdSSR, die Präsident Truman zwang, nicht zuzulassen, daß MacArthur und seine Anhänger sich mit diesen Plänen durchsetzten. Eine weitere Ausdehnung des Krieges wurde von General O. Bradly als der «falsche Krieg, an falscher Stelle, zur falschen Zeit und mit dem falschen Gegner» abgelehnt. MacArthur wurde als Oberkommandierender abberufen.

Immer offensichtlicher zeigte sich, daß die USA-Politik der Stärke und des kalten Krieges in eine Krise geraten war. Es entwickelte sich eine weltweite Empörung gegen die verbrecherische Kriegführung der Aggressoren. Auch die Haltung der NATO-Verbündeten der USA wurde in dem Maße ablehnender, wie sie erkennen mußten, daß sie weder auf die politischen noch die militärischen Entscheidungen der amerikanischen Regierung irgendwelchen Einfluß hatten. Die Aktivitäten der UdSSR zur friedlichen Lösung des Konfliktes unterstützten jetzt außer den sozialistischen Ländern auch zunehmend die Staaten Asiens und Afrikas. Insbesondere wurde die Regierung Indiens als Vermittler wirksam.

Infolge der gesamten Entwicklung der internationalen Beziehungen und des ihnen zugrunde liegenden Kräfteverhältnisses konnten die USA den Vorschlag des sowjetischen Vertreters in der UNO zur Aufnahme von Gesprächen über einen Waffenstillstand in Korea nicht mehr ablehnen. Am 10. Juli 1951 begannen die Verhandlungen. Die Obstruktionspolitik der US-amerikanischen und südkoreanischen Seite führte allerdings zu längeren Unterbrechungen der Gespräche. Erst nachdem alle militärischen Operationen, mit denen die USA und ihr koreanischer Verbündeter die Verhandlungspositionen zu verbessern trachteten, gescheitert und zwischen Mai und Juni 1953 von der Koreanischen Volksarmee und den chinesischen Freiwilligen erfolgreiche Gegenoffensiven unternommen worden waren, sahen sich die Aggressoren gezwungen, einem Waffenstillstandsabkommen zuzustimmen (27. Juli 1953).

Mit dem Abkommen wurde die völlige Einstellung der Kampfhandlungen erreicht, eine militärische Demarkationslinie mit einer entmilitarisierten Zone festgelegt und im wesentlichen die Situation wiederhergestellt, die vor Beginn des Krieges bestanden hatte.

Der USA-Imperialismus hatte eine Niederlage von strategischer Bedeutung hinnehmen müssen. Es erwies sich als unmöglich, den Sozialismus oder ein einzelnes Land dieses Weltsystems mit Waffengewalt zu vernichten. Das koreanische Volk, die es unterstützenden sozialistischen Staaten sowie alle friedliebenden Kräfte hatten einen entscheidenden Sieg errungen. Der Kampf um die Herstellung des Friedens in Korea war von vielen Staaten Asiens mit der Ablehnung neuer Formen der militärischen Abhängigkeit vom Imperialismus verbunden worden.

Allerdings wurden die Punkte des Abkommens, die eine friedliche Lösung der Koreafrage zum Ziel hatten und den Abzug aller fremden Truppen vorsahen, nicht realisiert. Nach dem Waffenstillstand verblieben die Truppen der USA im Süden Koreas. Auf der Grundlage des am 1. Oktober 1953 unterzeichneten «Sicherheitspaktes» zwischen den USA und dem Regime in Söul wurde der Ausbau amerikanischer Stützpunkte auf diesem Teil der Halbinsel fortgesetzt, ein riesiges Waffenarsenal angelegt und die Zusammenarbeit der militärischen Führungen beider Länder Schritt für

Schritt vertieft. Es begann der ökonomische und militärische Aufbau des Regimes in Südkorea zu einem wichtigen Bündnispartner des USA-Imperialismus in dieser Region. Die USA nutzten weiterhin dieses Gebiet als Aufmarschraum für ihre aggressiven Pläne.

Am Ende des Koreakrieges war die Politik der regierenden Kreise der USA gegenüber den unabhängigen Staaten Asiens von folgenden Hauptlinien und Ergebnissen bestimmt:

- Das im Rahmen der Politik des kalten Krieges angemaßte Interventions«recht» der USA (Trumandoktrin) war in Erklärungen des Präsidenten speziell auf Griechenland und die Türkei (12. März 1947) und global auf die pazifische Region (26. Juni 1950) ausgedehnt worden, wo zum Bündnis mit den USA bereite Regierungen diese Doktrin billigten.
  Die Ausweitung der Trumandoktrin auf den gesamten Nahen Osten und auf Südasien wurde vor allem von der sich dort entfaltenden Außenpolitik der Nichtpaktgebundenheit verhindert, die am Beispiel des Koreakrieges die Politik der USA als potentielle Gefahr für die Unabhängigkeit der Völker Asiens entlarvte. Hier engten auch die Bemühungen Großbritanniens um Aufrechterhaltung seines Einflusses in dieser ehemals ausschließlich britischen Einflußspäre den Spielraum der USA ein.
- Die militärische Präsenz der USA-Streitkräfte blieb in der asiatisch-pazifischen Region auf den Süden der Halbinsel Korea, auf Japan, Taiwan, die Philippinen und andere Inseln des Pazifiks beschränkt.
  Die USA hatten sich vom chinesischen Festland zurückziehen müssen. Annähernd zwei Jahrzehnte lang waren nunmehr die amerikanisch-chinesischen Beziehungen von militanter Feindschaft geprägt.
- Die USA-Aggression gegen Korea hatte nicht nur die Remilitarisierung Japans beschleunigt, sondern aufgrund der vom japanischen Monopolkapital geleisteten materiellen Unterstützung auch seine Bestätigung als Juniorpartner der USA gefördert.
- Im Nahen und Mittleren Osten hatten die USA den Ausbau wichtiger militärischer Positionen in Iran und Saudi-Arabien sowie den Aufbau Israels als künftigen Vorposten der Weltreaktion in dieser Region eingeleitet. Mit der Beteiligung türkischer Einheiten am Koreakrieg war die Rolle der Türkei als Verbündeter der USA im kalten Krieg aufgewertet worden.
- Die von den USA mit einer Reihe von Regierungen in der asiatisch-pazifischen Region sowie im Nahen und Mittleren Osten abgeschlossenen bilateralen Militärabkommen sollten den Aufbau regionaler Militärpakte vorbereiten.

Die Militärblockpolitik der USA in den Regionen des Pazifiks und des Nahen Ostens

Korrektur der US-amerikanischen Militärstrategie in den fünfziger Jahren

In der Periode von 1946/1947 bis 1953/1954 war die USA-Globalstrategie vor allem darauf ausgerichtet, die Sowjetunion zu schwächen und zurückzudrängen; die Herausbildung eines sozialistischen Weltsystems sollte verhindert werden (containment). In diesem Sinne hatte die Trumandoktrin auf Erhaltung der reaktionären Regime in Griechenland und in der Türkei orientiert. Zu den Hauptmethoden der Globalstrategie gehörten damals: die Bedrohung der Sowjetunion mit einem überraschenden Kernwaffenüberfall, konterrevolutionäre Subversion sowie militärische Intervention bzw. Hilfeleistung in lokalen Kriegen gegen die nationale Befreiungsbewegung. Vor dem Hintergrund einer noch als möglich kalkulierten nuklearen Überlegenheit hatte sich während der Aggression gegen Korea bereits gezeigt, daß ein Kernwaffenkrieg gegen die sozialistischen Länder vorbereitet war für den Fall, daß die USA den Zeitpunkt für gekommen hielten.

In den Jahren 1953/1954 gingen die USA zu einer modifizierten, antikommunistischen politischen Doktrin über, zu der des offensiven «Zurückrollens» («roll back») des Sozialismus, die von der zweiten Stufe der Militärstrategie des massierten Kernwaffenschlages ergänzt wurde – im NATO-Sprachgebrauch als «massive Vergeltung» (massive retaliation) verfälscht. Diese Militärstrategie ging von einem massierten Kernwaffenschlag der nuklearen Kräfte der USA aus. Ein solcher Angriff sollte von den Stützpunkten der in der Nähe der sozialistischen Staaten stationierten Verbände des strategischen Bomberkommandos der USA, aber auch mit den neuentwickelten operativ-taktischen und taktischen Kernwaffen überraschend geführt werden, wobei in erster Linie an den präventiven Angriff gedacht war. Seit 1953 kam es den herrschenden Kreisen der USA, damals repräsentiert von Präsident Dwight D. Eisenhower, Außenminister John F. Dulles und dem Vorsitzenden des Komitees der Vereinigten Stabschefs, Admiral Arthur W. Radford, insbesondere darauf an, ihre militärische Macht optimal als Mittel der Politik gegen die sozialistischen Staaten einzusetzen.[1]

Wie von Außenminister Dulles im Januar 1954 erklärt wurde, war die Eisenhoweradministration gewillt, einen allgemeinen, totalen Kernwaffenkrieg zu führen bzw. ihn zum Zwecke der Erpressung der sozialistischen Staaten anzudrohen. Sah die erste Stufe der Militärstrategie der «massiven Vergeltung» noch gewisse Kombinationen

[1] Siehe NATO-Strategie und Streitkräfte, Autorenkollektiv, Berlin 1980, S. 72 ff.

des Einsatzes von herkömmlichen und nuklearen Waffen in Kampfhandlungen vor, so orientierte die politische und militärische Führung der USA jetzt vorrangig auf den überraschenden Kernwaffenerstschlag als Hauptmethode einer militärischen Aggression gegen die UdSSR und ihre Verbündeten. Diese veränderte Strategie sah auch den Kernwaffeneinsatz in lokalen Konflikten vor.

Die entscheidenden Ursachen für die Ausarbeitung der neuen politischen und militärischen Strategie der USA lagen einmal in der Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus und zum anderen in der weiter fortschreitenden Militärtechnik. Mit der globalstrategischen Variante der «Eindämmung des Sozialismus» (containment) hatten die USA die Entstehung sozialistischer Staaten weder in Europa noch in Asien verhindern können, was nicht zuletzt mit dem Ausgang der Koreaaggression deutlich geworden war. Demgegenüber entfaltete die sowjetische Regierung eine Reihe politischer Initiativen zur Friedenssicherung. Dazu gehörten der am 10. Februar 1954 vorgelegte Vorschlag für einen Gesamteuropäischen Vertrag über kollektive Sicherheit in Europa ebenso wie der Vorschlag vom 13. November 1954, eine gesamteuropäische Konferenz zur Errichtung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa einzuberufen, wie auch der am 20. Juli 1955 veröffentlichte Entwurf für einen Gesamteuropäischen Vertrag über kollektive Sicherheit in Europa. Zudem war es der UdSSR gelungen, Kernwaffen verschiedener Art und verschiedenen Kalibers herzustellen, so daß die sowjetischen Streitkräfte 1954 in eine neue Etappe ihrer Entwicklung eintraten.[2]

Die führenden Kreise der USA glaubten aber, die militärtechnische Überlegenheit der USA für einen längeren Zeitraum aufrechterhalten zu können. Das Pentagon versuchte deshalb mit allen Mitteln, die Kernwaffen zu vervollkommnen. Zu einer realen Einschätzung der Lage und der Haupttendenzen des internationalen Kräfteverhältnisses gelangte die USA-Führung trotz des Scheiterns ihrer Politik des «containment« jedoch nicht. Außenminister Dulles erklärte im Zusammenhang mit der außenpolitischen Doktrin des «roll back»: «Unsere Politik des ‹new look› wird sich in erster Linie auf die verstärkte Fähigkeit richten, unverzüglich, und zwar mit den Mitteln und an den Orten unserer Wahl, zurückzuschlagen.»[3]

Diese abenteuerliche Politik, die die USA unter dem Schlagwort vom «new look» betrieben, zielte darauf ab, das sozialistische Weltsystem im Frontalangriff auf die Grenzen der UdSSR zurückzurollen, die Sowjetunion international zu isolieren und die sozialistische Gesellschaftsordnung letztendlich zu liquidieren. Für die USA-Führung trat die Bedeutung des begrenzten Krieges, obwohl dafür ebenfalls der Einsatz von Kernwaffen vorgesehen war, in dieser Periode hinter der Rolle des allgemeinen Kernwaffenkriegs zurück, nicht zuletzt auch aufgrund ihrer Niederlage in Korea. Präsident Eisenhower nannte den Koreakrieg einen «verlustreichen Kleinkrieg», in dem «sinnlos Soldaten verschwendet» wurden.[4]

---

[2] Siehe Die Streitkräfte der UdSSR, Abriß ihrer Entwicklung von 1918 bis 1968, Berlin 1974, S. 74.

[3] J. F. Dulles, The Evolution of Foreign Policy. In: The Department of State Bulletin, Washington, 25. Januar 1954.

[4] D. D. Eisenhower, Die Jahre im Weißen Haus, Düsseldorf–Wien 1964, S. 496 f.

Der Ausbau des für das strategische Bomberkommando benötigten Stützpunktnetzes sowie die Schaffung weiterer von den USA beherrschter Militärblöcke waren wesentliche Elemente der neuen Strategie. Nach den Vorstellungen der regierenden Kreise der USA sollten die sozialistischen Länder von Osten her mit einem Ring strategischer Stützpunkte umgeben werden. Deshalb wurde jetzt darauf gedrängt, den Aufbau des die sozialistischen Staaten in Europa und Asien umklammernden weltweiten Netzes von Militärstützpunkten zum Abschluß zu bringen. In Asien lagen die Schwerpunkte in Südkorea, Japan, Taiwan, Thailand und auf den Philippinen. Um einen Krieg möglichst von den ersten Tagen an auf den Territorien sozialistischer Staaten führen zu können, sollten die strategischen Ausgangsräume der USA-Streitkräfte soweit wie möglich an deren Grenzen vorgeschoben werden. Deshalb gewann sowohl die Schaffung eines Netzes vorgeschobener Basen als auch der Aufbau peripherer Militärblöcke in den an die Sowjetunion grenzenden Regionen Asiens besondere Bedeutung.

Von drei in ihrer Ausdehnung riesigen strategischen Fronten aus sollte der Angriff gegen die sozialistischen Staaten vorbereitet werden – der europäischen Front unter Einschluß der Arktis, der afrikanisch-vorderasiatischen Front und der fernöstlich-pazifischen Front. Die Front der direkten Konfrontation der militärischen Hauptkräfte des Imperialismus und des Sozialismus war Europa. Hier bestand seit 1949 die NATO. Im Dezember 1954 übernahm der NATO-Rat die USA-Militärstrategie der «massiven Vergeltung» als «Schwert-Schild-Strategie» und erklärte diese verbindlich für den Pakt. Wichtigstes Anliegen der USA und ihrer NATO-Hauptverbündeten war seit 1950 die Errichtung weiterer Militärblöcke im afrikanisch-vorderasiatischen und im fernöstlich-pazifischen Raum. In diesen Blöcken sollten die imperialistischen Hauptmächte dominieren, aber auch die unabhängigen asiatischen Staaten eine wichtige Rolle spielen.

Der Plan zur Schaffung aggressiver Militärblöcke in Asien war von den führenden Kreisen der USA mit dem Abschluß zahlreicher bilateraler Abkommen militärischen Charakters vorbereitet worden. Die Auflösung der herkömmlichen Beziehungen zwischen den kapitalistischen Hauptmächten einerseits und den Kolonien und abhängigen Ländern andererseits war von ihnen genutzt worden, um den nach Sicherung ihrer Unabhängigkeit strebenden Staaten in der Region des Pazifiks sowie im Nahen und Mittleren Osten «Hilfs»abkommen aufzudrängen, mit denen ihre «Verteidigungskraft» gestärkt, aber zugleich auch ihre Bereitschaft zur Beteiligung an den geplanten Militärblöcken erhöht werden sollte.[5]

1953 wurden 266 Millionen Dollar als Sondergelder bewilligt, gerade zu dem Zeitpunkt, als sich John Foster Dulles intensiv um die Einbeziehung dieser Regionen in Militärpakte bemühte. Die asiatisch-pazifische Region wurde von 1955 bis 1965, d. h.

---

[5] Am 20. Januar 1949 hatte Präsident Truman das erste Mal von der Notwendigkeit gesprochen, Mittel bereitzustellen, um den unabhängig gewordenen Staaten wirtschaftliche und technische «Hilfe» zu geben (als «Punkt-4-Programm» bezeichnet); 1951 wurden die wirtschaftliche und militärische «Hilfe» für diese Länder in einem «Programm der gegenseitigen Sicherheit» (mutual security program) zusammengefaßt. Dieses Programm legte die Partner der USA darauf fest, sich gemeinsam mit den imperialistischen Kräften auf einen angeblich drohenden Vorstoß des «internationalen Kommunismus» vorzubereiten.

genau zur Zeit des verstärkten Eindringens der USA in Indochina, zum Schwerpunkt der amerikanischen «Hilfs»programme.

Von seiten der meisten jungen Nationalstaaten, die auf diplomatischer Ebene von der Sowjetunion nachdrückliche Unterstützung erhielten, kam dennoch heftiger Widerstand. Sie wollten nicht in Blöcke einbezogen werden, an denen die alten Kolonialmächte, von denen sie sich gerade befreit hatten, beteiligt waren.

Nichtpaktgebundenheit gegen imperialistische Militärpaktpolitik

Ein wesentlicher Faktor, der die Eingliederung der meisten politisch unabhängig gewordenen asiatischen Staaten in das strategische Konzept des kalten Krieges verhinderte, war mit dem Entstehen neuer Wesenszüge in den internationalen Beziehungen verbunden. In dem Bestreben, den Frieden und die Selbständigkeit ihrer Außenpolitik zu erhalten, lehnte die Mehrzahl der asiatischen und nahöstlichen Staaten ihre Einbeziehung in die verschiedenen imperialistischen Militärpakte ab. Eine immer größere Anzahl dieser Länder wandte sich gegen die Kriegs- und Militärpolitik der imperialistischen Mächte.

Die vom Imperialismus ausgelösten oder indirekt unterstützten Konflikte – beispielsweise in Burma, Indonesien, Vietnam und vor allem die USA-Aggression gegen Korea – bewiesen den asiatischen Ländern, die ihre Staatlichkeit gerade erst erlangt hatten, daß die Grundeinstellung der imperialistischen Mächte ihnen gegenüber unverändert geblieben war. Auch die als «antikolonial» deklarierte Nachkriegspolitik der regierenden Kreise der USA stellte eine potentielle Gefahr für sie dar. Frieden und friedliche Koexistenz, Sicherung der staatlichen Unabhängigkeit gegen Kolonialismus und Neokolonialismus sowie gegen direkte oder indirekte Aggressionen wurden zum unveräußerlichen Inhalt der Außenpolitik der Mehrheit dieser asiatischen Staaten. Von einer solchen Position aus verurteilten sie die offene oder verdeckte US-amerikanische Unterstützung der Kolonialmächte in den Auseinandersetzungen mit den Kräften der nationalen Befreiungsbewegung in Ost- und Südostasien.

Im Zusammenhang mit diesen vom Imperialismus heraufbeschworenen Konflikten formte sich das außenpolitische Profil der Staaten Asiens und des Nahen Ostens. Die Distanzierung vom Imperialismus und die ideologischen Auffassungen ihrer Führungskreise schlugen sich im Versuch einer nichtpaktgebundenen Politik nieder. Die praktizierte Außenpolitik der Nichtpaktgebundenheit begann in Süd- und Südostasien und griff dann auf den Nahen Osten über. 1950 wurde im Rahmen der Arabischen Liga eine «Vereinbarung zur kollektiven Sicherheit» behandelt.[6]

Das Auftreten dieser neuen Erscheinung in der internationalen Politik wurde von der «Asian Relations Conference» im März 1947 und der Solidaritätskonferenz

---

[6] Diese Vereinbarung wurde bis 1952 von Jordanien, Syrien, Irak, Saudi-Arabien, Libanon, Ägypten und Jemen unterzeichnet.

im Januar 1949 für das um seine Freiheit kämpfende Indonesien markiert. Ihre Teilnehmer verurteilten den Kolonialismus und warnten vor dem Ersetzen der politischen Abhängigkeit durch neue Formen der ökonomisch-militärischen Abhängigkeit. Sie unterstrichen die untrennbare Verbindung zwischen dem Unabhängigkeitskampf der Völker Asiens und der Schaffung wirklicher Friedensverhältnisse auf diesem Kontinent. Diese Linie setzte sich dann insbesondere im Kampf Indiens, Indonesiens und Ceylons (seit 1972 Sri Lanka) zur Wiederherstellung des Friedens in Korea und Vietnam fort.

Indien spielte für die Entwicklung der Politik der Nichtpaktgebundenheit zum Grundprinzip der internationalen Beziehungen vieler national befreiter Länder eine entscheidende Rolle. Das war durchaus kein Zufall. Im Vergleich zu anderen kolonialen Gebieten war die nationale Bewegung Indiens am weitesten entwickelt, besaß sie große Traditionen des Befreiungskampfes, ein festes organisatorisches Gefüge sowie eine schon lange vor der Erringung der staatlichen Unabhängigkeit fixierte Ideologie. Die Grundformel der außenpolitischen Konzeption Indiens war nicht vereinbar mit der strategischen Zielstellung des Imperialismus, denn ihr zufolge orientierte Indien auf die

- Unterstützung aller progressiven Elemente in der internationalen Politik,
- Verurteilung des Imperialismus und des Kolonialismus,
- Vermeidung jeder militärischen Bindung an Staaten oder Gruppierungen außerhalb der kolonialen Welt.[7]

Die große Wirksamkeit Indiens in Asien und in der internationalen Arena überhaupt resultierte vor allem daraus, daß die Richtung und die Methoden der Außenpolitik der Indischen Union bereits seit 1947 in den wesentlichen Grundfragen den Interessen aller politisch selbständig gewordenen Staaten, aber auch denen der noch unterdrückten Völker entsprachen. Sicherung des Friedens, die Kernfrage der indischen Außenpolitik, und Nichtpaktgebundenheit wurden als organische Einheit betrachtet. Nichtpaktgebundenheit wurde von der indischen Führung als wesentliches Mittel zur Sicherung der staatlichen Unabhängigkeit und vor allem als Nichteinbeziehung in Militärpakte zur Wahrung der außenpolitischen Handlungsfreiheit aufgefaßt.

Im Gegensatz zur Konzeption der USA, die von der vorrangigen Stärkung der militärischen Macht ausging, vertrat die indische Führung die Auffassung, daß man Frieden nur durch friedliche Mittel erhalten könne. Während eines Aufenthaltes in den USA betonte Jawaharlal Nehru: «Das Hauptziel der indischen Politik ist die Erhaltung des Friedens. Im Hinblick auf diese Politik haben wir uns entschlossen, keinem militärischen oder sonstigen Pakt, keinem Bündnis beizutreten.»[8] Damit unterstrich Nehru in aller Schärfe den Widerspruch zur Konzeption der Eisenhower-Dulles-Administration, die den Zusammenschluß zur «Verteidigung der Freiheit» unter US-amerikanischer Führung forderte. Die indische Seite entlarvte, daß die in den Satzun-

---

[7] Zur Bedeutung der Nichtpaktgebundenheit in der Außenpolitik asiatischer Staaten siehe R. Wünsche, D. Weidemann, H. Westphal, Außenpolitik afro-asiatischer Staaten, Berlin 1967, S. 23.

[8] Jawaharlal Nehru's Speeches (March 1953 to August 1957), New Delhi 1958, S. 49.

gen der Pakte vorgesehene Stationierung von USA-Streitkräften nichts anderes als die Errichtung neuer Abhängigkeitsverhältnisse in den asiatischen Staaten bedeutete. Trotz dieser prinzipiellen Ablehnung, sich in das militärstrategische Konzept der USA einbinden zu lassen, verlor die amerikanische Führung die Bedeutung, die Indien für ihre Pläne hatte, nicht aus dem Blick. Insbesondere weil die USA befürchteten, daß sich Indien der UdSSR zuwenden könne, wurde es in den fünfziger Jahren einer der wichtigsten Empfänger amerikanischer Wirtschafts«hilfe». Diese «Hilfe» bestand darin, Bedingungen für eine systematische Ausbeutung Indiens zu schaffen. Sie diente nicht der Festigung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit Indiens, sondern setzte offen auf den Ausbau des eng mit den USA-Monopolen verbundenen indischen Privatsektors.

Am 29. April 1954 kamen der indische Ministerpräsident Nehru und der Ministerpräsident der VR China, Zhou Enlai, überein, ihre zwischenstaatlichen Beziehungen auf folgende fünf Prinzipien (Pancha Shila) zu gründen:

1. gegenseitige Achtung der territorialen Integrität und Souveränität,
2. Nichtangriff,
3. Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten,
4. Gleichberechtigung,
5. friedliche Koexistenz.

Eben weil diese fünf Prinzipien sowohl das Interesse der asiatischen Völker als auch das aller anderen friedliebenden Kräfte der Welt zum Ausdruck brachten, fanden sie in Asien[9] und in anderen Kontinenten einen außerordentlich starken Widerhall. Die sich zur Nichtpaktgebundenheit bekennenden asiatischen und nahöstlichen Staaten erhielten deshalb die nachdrückliche Unterstützung der sozialistischen Staaten, weil das Wesen der Politik der Nichtpaktgebundenheit im aktiven Kampf für den Frieden, für den Ausbau der internationalen Zusammenarbeit auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz bestand.

Die objektive Interessenübereinstimmung in Grundfragen der internationalen Beziehungen zwischen den sozialistischen und den national befreiten Staaten trat immer deutlicher hervor.

Mitte der fünfziger Jahre setzte eine neue Phase der Politik der Nichtpaktgebundenheit ein. Sie trat jetzt als eine Form friedlicher Koexistenz in Erscheinung – als Zusammenarbeit der Staaten im Kampf für die Wahrung des Friedens, unabhängig von der sozialen und politischen Struktur dieser Staaten. Diese enge Verbindung von friedlicher Koexistenz und Nichtpaktgebundenheit, die auf der Konferenz von Bandung (April 1955) besonders deutlich wurde, war der entscheidende Faktor für die internationale Anerkennung der Politik der Nichtpaktgebundenheit.

Die Regierungen der imperialistischen Staaten, allen voran die der USA, nahmen

[9] Die von Indien und China formulierten fünf Prinzipien (Pancha Shila) fanden die Zustimmung folgender asiatischer Länder: Burma (1954), Demokratische Republik Vietnam (1954), Nepal (1954), Kampuchea (1955), Afghanistan (1955), Syrien (1955), Laos (1955), Saudi-Arabien (1955); aber auch in jenen Ländern, die imperialistischen Militärpakten angehörten, wie Iran, Pakistan, Philippinen, wurde seit 1955/1956 die Forderung nach einer auf der Nichtpaktgebundenheit basierenden Politik immer stärker.

eine betont ablehnende Haltung zur Nichtpaktgebundenheit ein, weil diese als eine Form der Friedenssicherung ihre aggressiven Pläne zu durchkreuzen drohte. Die extrem rechten Kreise innerhalb der US-amerikanischen Führung, allen voran J. F. Dulles, bezeichneten die Neutralität und insbesondere die Nichtpaktgebundenheit als «amoralisch, selbstmörderisch und sinnlos». In der Weigerung Indiens und anderer Staaten, den Militärpakten beizutreten, sahen sie deren «Übergang ins kommunistische Lager».

Mit der Durchsetzung der Nichtpaktgebundenheit wurden die jungen asiatischen und nahöstlichen Staaten zu einer friedenfördernden Macht und zu einem echten Hindernis für die Ausdehnung der Politik des kalten Krieges auf den asiatischen Kontinent.

Britisch-amerikanische Rivalitäten bei der Schaffung eines Militärblocks im Nahen Osten

Die imperialistische Militärblockpolitik vollzog sich im Nahen Osten unter den Bedingungen schärfster Widersprüche zwischen den imperialistischen Mächten. Vor allem Großbritannien, einst die stärkste Kolonialmacht im Nahen Osten, kämpfte gegen die USA um die Vorherrschaft in den geplanten Militärpakten.

Mit dem Entstehen selbständiger Staaten auf dem südasiatischen Subkontinent hatte Großbritannien seine wichtigste koloniale Reserve auf militärischem Gebiet verloren: die britisch-indische Armee. Damit war es gezwungen, die ständige Präsenz britischer Streitkräftegruppierungen auf solche strategischen Schlüsselstellungen im Nahen Osten wie die Suezkanalzone und Aden einzuschränken. In dieser Lage war Großbritannien in besonderem Maße daran interessiert, sich die Initiative bei der Gründung eines regionalen Militärblocks zu sichern. Mittels eines solchen Paktes sollten die militärischen Kräfte der nahöstlichen Länder nicht nur in die Einkreisungspolitik gegen die sozialistischen Staaten integriert werden, unter Führung Großbritanniens hätten diese auch zur Unterdrückung der sich verschärfenden antibritischen Kampagne der nahöstlichen Völker eingesetzt werden können.

Großbritannien war aber das Hauptangriffsziel der arabischen nationalen Befreiungsbewegung geworden. Zur Realisierung ihrer Ziele orientierte die britische Regierung darauf, die vorhandenen zweiseitigen Militärverträge in der Region zu aktivieren sowie neue Abkommen abzuschließen. Dabei rivalisierte sie mehr oder minder offen mit den USA, die nicht nur aufgrund ihrer politisch-militärischen und ökonomischen Überlegenheit im kapitalistischen Lager auch im nahöstlichen Militärblock die Führung beanspruchten, sondern auch deshalb, weil sie bereits die militärische Zusammenarbeit mit Iran, Türkei, Irak und Saudi-Arabien vertraglich fixiert hatten.

Die ersten Versuche der britischen Diplomatie hatten bereits 1945/1946 darauf abgezielt, die im März 1945 gegründete Arabische Liga dem Saadabadpakt anzuschließen, der im Jahre 1937 auf Veranlassung Großbritanniens zwischen der Türkei, Irak, Iran und Afghanistan zustande gekommen war. Diese Versuche scheiterten jedoch, weil die Führung der Arabischen Liga keinen Grund zur Teilnahme an einem

antisowjetischen Block sah. Daraufhin versuchte Großbritannien, innerhalb der Arabischen Liga einen probritischen haschemitischen Block zu schaffen, indem sie die jordanische und irakische Regierung zur Bildung einer Föderation und zur Vereinigung ihrer Streitkräfte veranlassen wollte. Als auch das erfolglos blieb, traten im Oktober 1951 Großbritannien, die USA, Frankreich und die Türkei gemeinsam mit dem Projekt eines Vereinigten Mittel-Ost-Kommandos auf. Außer den arabischen Staaten sollte diesem Pakt auch Israel angehören. Außerdem war die Stationierung ausländischer Truppen in den dem Pakt angehörenden Ländern vorgesehen. Zwischen dem Mittel-Ost-Kommando und der NATO sollte eine enge Zusammenarbeit hergestellt werden. Als Gegenleistung war Großbritannien bereit, der seit 1944 immer wieder von Ägypten gestellten Forderung nach Rückzug der britischen Truppen aus der Suezkanalzone zu entsprechen. Die arabischen Länder lehnten jedoch die deutlich erkennbaren aggressiven Ziele dieses Blockes ebenso kategorisch ab wie die Variante, einen Militärblock ohne die Teilnahme der imperialistischen Mächte, aber mit Beteiligung der Türkei und Israels zu schaffen.

In Anbetracht der nicht gelösten israelisch-arabischen Konflikte versuchte Großbritannien 1952 noch einmal, einen Militärpakt im Nahen Osten zustande zu bringen, der in der ersten Phase noch keine Beteiligung Israels und der arabischen Staaten vorsah. Unter Großbritanniens Führung sollten die USA, die Türkei, Neuseeland, Australien und Südafrika an diesem Pakt – «Middle East Defense Organization» (MEDO) – teilnehmen. Frankreich hätte sich aufgrund seiner beginnenden Auseinandersetzung mit der arabischen nationalen Befreiungsbewegung in Nordafrika ohnehin nicht beteiligen können. Die arabischen Staaten, an ihrer Spitze die revolutionären ägyptischen Offiziere, die gerade den britannienhörigen König Faruk gestürzt hatten, entlarvten diesen Vorschlag als eine neue Form des Kolonialismus.

Im Mai 1953 unternahm USA-Außenminister J. F. Dulles eine Reise durch zwölf Staaten des Nahen Ostens und Südasiens. Eines seiner Hauptanliegen war dabei, die Türkei, Iran und Pakistan für einen «nördlichen Sperriegel» gegen die Sowjetunion und die Volksrepublik China zu gewinnen. Da der Imperialismus bereits die Erfahrung gemacht hatte, daß den nahöstlichen Staaten ein Militärpakt nicht ohne weiteres aufzuzwingen war, erklärte Dulles, er habe Hinweise erhalten, daß die an die Sowjetunion grenzenden Staaten Türkei, Iran und Pakistan unmittelbar vom «Sowjetkommunismus bedroht» seien. Der amerikanische Außenminister bot den Völkern des «nördlichen Sperriegels» die «Hilfe» der USA an, damit sie sich gegen diese «kommunistische Bedrohung» verteidigen könnten. J. F. Dulles, der in seiner Amtszeit als Außenminister maßgeblich zur Zuspitzung des aggressiven Kurses gegen die sozialistischen Länder beitrug, mußte während dieser Asienreise sehr schnell erkennen, daß die Mehrzahl der Völker des Nahen Ostens und Südasiens vor allem den Kolonialmächten mißtrauten und um ihre politische Unabhängigkeit besorgt waren. Für Dulles' Appelle, sich für den Kampf gegen den Kommunismus zusammenzuschließen, zeigten sie wenig Interesse.

Dulles erklärte daraufhin, daß das NATO-Bündnis mit Frankreich und Großbritannien die USA zwinge, die kolonialen Interessen ihrer Bündnispartner in gewissem Maße zu berücksichtigen. Ausgehend von dieser Schlußfolgerung, taktierten die re-

gierenden Kreise der USA vorsichtig im Hinblick auf die britischen Schritte, einen Nahostpakt zustande zu bringen. Sie orientierten in erster Linie auf den Zusammenschluß regionaler Kräfte, wobei sie bestrebt waren, die Beteiligung der USA zu verschleiern.

Mit der Türkei und Iran hatte die USA-Regierung bereits 1947 bzw. 1949 zweiseitige Militärabkommen geschlossen und damit ihren militärpolitischen Einfluß auf diese Länder festigen können. Pakistan erhielt seit 1951 amerikanische Wirtschafts-«hilfe» und konnte 1953 aufgrund des Dullesbesuchs mit dem baldigen Abschluß eines Militärabkommens rechnen. Als die US-amerikanische Regierung Anfang 1954 dem pakistanischen Antrag auf Waffenlieferungen zustimmte, schloß Pakistan im April des Jahres ein Militärbündnis mit der Türkei ab. Dieses Bündnis sollte nach Ansicht der führenden Kreise in Washington die Grundlage eines unter Führung der USA angestrebten Militärblocks bilden. In Artikel sechs des türkisch-pakistanischen Vertrages war ausdrücklich formuliert worden, daß der Beitritt auch anderen Ländern der Region offenstehe.

Nachdem die USA noch im April 1954 einen Vertrag über Militär«hilfe» mit Irak abgeschlossen hatten, erwarteten sie den Beitritt Iraks zu dem von ihnen angeregten türkisch-pakistanischen Pakt. Nun aber nutzte Großbritannien seinen Einfluß auf die herrschenden Kreise in Irak, um diese zur Unterzeichnung eines «Verteidigungsabkommens» nur mit der Türkei zu veranlassen. Der Rivalitätskampf zwischen den USA und Großbritannien um die Führung in dem geplanten Militärblock führte dazu, daß sich Irak dem von den USA initiierten türkisch-pakistanischen Bündnis nicht anschloß, sondern am 24. Februar 1955 das von Großbritannien vorgeschlagene Militärbündnis mit der Türkei einging. Am 5. April 1955 erklärte auch Großbritannien seinen Beitritt zu diesem als Bagdadpakt bekannt gewordenen Militärbündnis und konzentrierte alle Anstrengungen darauf, Irak als Hauptmacht im Nahen Osten aufzubauen. Damit versuchte London, einen Ausgleich für den Rückgang des britischen Einflusses in Jordanien zu schaffen sowie dafür, daß Großbritannien im Oktober 1954 zum Abschluß des Vertrages über die Räumung der Suezkanalzone gezwungen worden war. Die US-amerikanische Führung hatte die antibritische Haltung Ägyptens und die Forderung nach vollständiger Souveränität auch hinsichtlich der Kontrolle des Suezkanals damals nachdrücklich unterstützt. Anstelle der früheren britischen Kolonialbeziehungen hatte die USA-Führung, getreu ihrem Konzept, neue Formen der Abhängigkeit herzustellen, die «freiwillige Zusammenarbeit zwischen unabhängigen Nationen» gefordert.[10]

Nachdem die britischen Truppen die Suezkanalzone etappenweise hatten verlassen müssen und die britischen Verträge mit Irak sowie Jordanien über die Stationierung von Streitkräften und die Aufrechterhaltung von Militärbasen nicht erneuert werden konnten, wollte sich Großbritannien mit dem Bagdadpakt neue Rechte in arabischen Ländern sichern. Die USA aber hatten die Initiative bei der Bildung eines nahöstlichen Militärblocks vorläufig verloren.

---

[10] American Policy in the Middle East During 1953. In: The Department of State Bulletin, Washington, 8. Februar 1954, S. 214.

Eine zusätzliche Komplikation entstand für die amerikanische Führung dadurch, daß der von ihnen geplante Beitritt Israels zu diesem Pakt durch die Schlüsselstellung, die Irak darin nach britischen Vorstellungen einnehmen sollte, nun nicht mehr wahrscheinlich erschien. Die Analysen des Nationalen Sicherheitsrates der USA zur US-amerikanischen Politik im Nahen Osten gingen aber davon aus, daß unter der Voraussetzung eines sowohl auf arabischer als auch israelischer Seite gleich stark ausgebauten Einflusses der USA die Einbeziehung Israels in einen nahöstlichen Militärblock erreicht werden müßte. Zwischen den USA und Israel bestand ein politisch-militärisches Bündnis auf der Grundlage des am 23. Juli 1952 in Kraft getretenen gegenseitigen «Verteidigungspaktes».

Die herrschenden Kreise der USA maßen deshalb einer israelisch-arabischen Versöhnung, vor allem dem Abschluß eines separaten Abkommens zwischen Israel und Ägypten hohe Bedeutung zu und waren bereit, zur Erreichung dieses Zieles umfangreiche «Hilfs»mittel einzusetzen, die eine gleichwertige Aufrüstung beider Länder fördern sollten. Zur ägyptischen Regierung unter Führung Gamal Abdel Nassers unterhielten die USA damals gute Beziehungen. Dulles forderte aber zugleich die Einordnung Israels in die nahöstliche Gemeinschaft. Er wollte unbedingt, daß eine Militärallianz für die gesamte Region zustande käme.

Mitte der fünfziger Jahre aber erzielte Ägypten mit seiner antiimperialistischen Politik beachtliche Erfolge. Die Ausstrahlung, die davon auf die arabischen Länder des Nahen Ostens ausging, ließ die imperialistischen Mächte mehr und mehr um die Erhaltung ihrer dort noch bestehenden Positionen fürchten. Und für die regierenden Kreise Israels war diese Entwicklung Anlaß, aggressive Handlungen an der damaligen israelischen Grenze zu Ägypten auf der Halbinsel Sinai zu provozieren. Seit Februar 1955 kam es immer häufiger zu militärischen Auseinandersetzungen mit ägyptischen Einheiten im Gebiet von Ghaza. Die von den USA geplante Aufrüstung Ägyptens hätte jetzt bedeutet, daß diese Waffen nicht, wie im Konzept des kalten Krieges vorgesehen, in der antisozialistischen Stoßrichtung, sondern gegen Israel eingesetzt würden. Daraufhin zog die Regierung Eisenhower-Dulles ihr Angebot zurück, US-amerikanische Waffen an Ägypten zu liefern.[11] Mit dem Beginn der militärischen Auseinandersetzungen waren auch zwischen Israel und Ägypten die Möglichkeiten israelisch-arabischer Versöhnung in absehbarer Zeit unwahrscheinlich geworden. Damit war die US-amerikanische Variante der Militärblöcke, die die Einbeziehung Israels vorsah, nicht mehr realisierbar.

Auch in Iran, das im Konzept des «nördlichen Sperriegels» eine maßgebliche Rolle spielen sollte, übernahm Großbritannien die Initiative. In Anbetracht des seit über hundert Jahren systematisch aufgebauten britischen Einflusses in Iran, in jüngerer Zeit insbesondere im Erdölgebiet, konnte Großbritannien seine Positionen trotz des amerikanischen Vorstoßes hier noch eine Weile behaupten. Die USA hatten versucht, die auf den Abbau der Abhängigkeit Irans von Großbritannien gerichteten Maßnahmen der nationaldemokratischen Regierung Mossadegh zur Schwächung der britischen Positionen auszunutzen. So hatten die Erdölgesellschaften der USA nach

---

[11] Am 27. September 1955 schloß Ägypten ein Waffenlieferungsabkommen mit der ČSR ab.

der Nationalisierung der von Großbritannien beherrschten iranischen Erdölförderung (Mai 1951) durchblicken lassen, daß sie zu einer «fairen» Partnerschaft und einer höheren Beteiligung Irans an den Erdöleinnahmen bereit seien. Nachdem jedoch 1953 der antibritische Kampf in Iran in eine breite antiimperialistische Bewegung mündete, die auf die Beseitigung der Monarchie und auf eine Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion orientierte, arrangierten sich die USA sehr schnell mit Großbritannien.

Unter dem Vorwand, daß die iranische «Unabhängigkeit» gewahrt bleiben müsse – was soviel bedeutete wie die Festigung der iranisch-sowjetischen Beziehungen zu verhindern –, veranlaßten die führenden US-amerikanischen Kreise mit Hilfe der CIA den Sturz der ihnen zu progressiven Regierung Mossadegh. Um diese Einmischung in die Angelegenheiten Irans notdürftig zu rechtfertigen, wurde die Bedrohungslegende vom möglichen «Überfall der Sowjetunion auf die Ölfelder» erfunden. Der Nationale Sicherheitsrat der USA arbeitete Pläne aus, wie die amerikanischen Streitkräfte und die CIA auf den «drohenden Überfall» zu reagieren hätten. Diese Pläne gingen sogar so weit, die totale Vernichtung der Erdölfelder vorzusehen.[12] Der Vorschlag des Komitees der Vereinigten Stabschefs der USA-Streitkräfte, Iran die Schlüsselfunktion in dem von den USA geplanten Militärblock zu übertragen, sollte den Weg für umfangreiche amerikanische Waffenlieferungen an die iranische Armee ebnen.

Dennoch war der Einfluß Großbritanniens in Iran noch so groß geblieben, daß am 4. April 1955 ein britisch-iranisches Sonderabkommen zustande kam. Im Oktober 1955 schloß sich dann auch Iran dem von Großbritannien geschaffenen Bagdadpakt an, gefolgt von Pakistan. Den USA blieb nichts weiter übrig, als diese Variante des nahöstlichen Militärblocks unter Führung Großbritanniens zu akzeptieren und Beobachter in die Paktorganisation zu entsenden.

Großbritanniens Versuch, auch Jordanien einzubeziehen, hatte dort heftige antibritische Demonstrationen ausgelöst, so daß dieser Plan vorläufig aufgegeben werden mußte. Unter dem Eindruck der internationalen Anerkennung der Politik der Nichtpaktgebundenheit nach der Konferenz von Bandung (April 1955) war Ägypten bemüht, die arabischen Regierungen zu einer gemeinsamen Stellungnahme gegen den Militärpakt zu veranlassen. Aufgrund der sehr unterschiedlichen Zusammensetzung der führenden Kräfte in den einzelnen arabischen Staaten gelang dies aber nicht. Die große Mehrzahl der arabischen Regierungen lehnte jedoch die Teilnahme an diesem Militärblock ab.

Mit Irak, Iran, Pakistan, Türkei und Großbritannien als Mitgliedstaaten sowie den USA als Beobachter war Ende 1955 die Formierung des nahöstlichen Militärpaktes, der die offizielle Bezeichnung Middle East Treaty Organization (METO) erhielt, zumeist aber weiterhin Bagdadpakt genannt wurde, abgeschlossen.

Der Bagdadpakt hatte die Aufgabe, die Interessen der NATO im Nahen Osten zu wahren. In ihm waren NATO-Mitglieder wie Großbritannien, die USA und die

---

[12] Siehe Dokument NSC 5401 «Denial Of Petroleum Resources», zitiert nach W. Crane Eveland, Ropes of Sand, S. 84.

Türkei vertreten. Das Paktgebiet erstreckte sich entlang der Grenzen zur Sowjetunion. Eines der Hauptziele der METO war es, einen Ring von Luftbasen auf den Territorien der Mitgliedstaaten Türkei und Iran anzulegen. Der Pakt war aber auch gegen die sich in den nahöstlichen Ländern verschärfende antibritische und antiimperialistische Bewegung gerichtet. Schließlich wollten einzelne Mitglieder ihre spezifischen regionalen Probleme mit Hilfe der METO lösen. Dadurch wurde die Paktorganisation von blockinternen Gegensätzen belastet und destabilisiert. So hoffte die Türkei, den Zypernkonflikt[13] mit Hilfe des Paktes in ihrem Sinne und Iran seinen Streit mit Großbritannien um die Bahrein-Inseln[14] beilegen zu können. Pakistan aber wollte seine Differenzen mit Indien um Kaschmir[15] durch Vermittlung der METO lösen. Diese internen Gegensätze, vor allem aber die Nichtbeteiligung der arabischen Staaten, außer Irak, waren die Ursache für eine latente Krise dieses Militärblocks.[16]

---

[13] Zypern, dessen Gesamtbevölkerung (rund 620000) sich zu ungefähr 80 Prozent aus Griechen und etwa 18 Prozent aus Türken zusammensetzt, war bis 1878 Teil des Türkisch-Osmanischen Reiches. In diesem Jahr kam die Insel unter britische Verwaltung. 1914 annektierte Großbritannien Zypern, das 1925 britische Kronkolonie wurde. In den folgenden Jahren wurde die Insel zu einem Militärstützpunkt ausgebaut. In dem Maße, wie der antikoloniale Kampf auf Zypern nach dem zweiten Weltkrieg zunahm, verstärkten sich die Spannungen zwischen den drei an Zypern interessierten NATO-Staaten Großbritannien, Griechenland und Türkei: Die britische Regierung wollte Zypern nur eine begrenzte Selbstverwaltung geben, die griechische Regierung plädierte für Selbstbestimmung, während die Türkei die Beibehaltung des Status quo verlangte. 1959 unterzeichnete Großbritannien die mit Griechenland und der Türkei ausgehandelten sogenannten Londoner und Züricher Vereinbarungen. Zypern erhielt die Unabhängigkeit (31. Juli 1960). Teile der Insel (Dhekelia und Akroteri) blieben der NATO unterstellt, ebenso verblieben dort britische (10000), griechische (950) und türkische (650) Truppenkontingente (Stationierungsvertrag vom 1. Juli 1960). Das in den Zypernverträgen verankerte Stationierungs- und Interventionsrecht der drei Staaten erwies sich als Hemmnis bei der Durchsetzung der vollen Unabhängigkeit und verschärfte im weiteren den sogenannten Zypernkonflikt.

[14] Bahrein, eine an Erdöl und Erdgas reiche Gruppe von 33 Inseln im Persischen Golf, gehörte im 13. und 14. sowie im 17. Jahrhundert zum persischen Herrschaftsbereich. Das Oberhaupt der sich dann dort festsetzenden arabischen Stämme schloß 1892 «Schutz»verträge mit Großbritannien ab. 1935 wurde Muharraq zu einem der größten britischen Luft- und Seestützpunkte im Mittleren Osten ausgebaut. Seit 1951 entwickelte sich eine sowohl gegen die britische Kolonialherrschaft als auch gegen die feudal-arabische Dynastie gerichtete Bewegung auf den Inseln, die von der iranischen Schah-Regierung genutzt wurde, um aus ökonomischen und militärstrategischen Gründen alte Ansprüche gegenüber Großbritannien geltend zu machen. 1971 proklamierte der Emir die staatliche Unabhängigkeit. In dem Ende 1971 abgeschlossenen Militärvertrag «überließ» der Emir die Militärbasis Muharraq den USA.

[15] Die von der britischen Regierung betriebene Teilung des indischen Subkontinents in zwei Staaten, Indien und Pakistan, entsprach weder historischen noch ökonomischen Erfordernissen. Zu den daraus resultierenden territorialen Streitigkeiten gehörte auch der Anspruch Pakistans auf das Fürstentum Kaschmir, das sich der Indischen Union angeschlossen hatte. 1947 besetzte Pakistan einen Teil des Fürstentums, das sogenannte Freie Kaschmir. Seitdem verschärfte der Konflikt um Kaschmir wiederholt die indisch-pakistanischen Beziehungen.

[16] Zu Aufbau, Struktur und territorialem Einzugsbereich des Bagdad- und späteren CENTO-Paktes siehe Imperialistische Militärblockpolitik, Geschichte und Gegenwart, Berlin 1980, S. 244, 257–262.

Die Krise des Bagdadpaktes (METO) trat anläßlich der britisch-französisch-israelischen Aggression gegen Ägypten, die eine gefährliche Zuspitzung der internationalen Situation insgesamt auslöste, deutlich in Erscheinung. Mit dieser Aggression wollten die drei imperialistischen Staaten die von der Regierung Nasser vorgenommene Verstaatlichung der Suezkanalgesellschaft rückgängig machen und die Souveränität Ägyptens durch Einsetzung einer Kontrolle über den Suezkanal erneut einschränken.[17] Obwohl Großbritannien und Frankreich – Mitgliedstaaten in zwei imperialistischen Militärblöcken – führend an der Aggression beteiligt waren, zeigten weder der NATO- noch der METO-Pakt Bereitschaft, sich offen zu engagieren. Vielmehr erfolgte die militärische Invasion außerhalb des Rahmens beider Militärblöcke. Allerdings bildeten die NATO-Mächte einen gemeinsamen Planungsausschuß, zu dem die israelische Führung hinzugezogen wurde.

Die in Form eines Protokolls (Vertrag von Sèvres vom 24. Oktober 1956) festgehaltenen Vereinbarungen sahen vor, daß Israel den Krieg unter dem Vorwand einer «Bedrohung seiner Existenz beginnen» und schnellstens bis an den Suezkanal vorstoßen sollte. Danach würde von der britischen und der französischen Regierung ein Ultimatum an die kriegführenden Parteien gestellt werden, sich aus dem Gebiet des Suezkanals zurückzuziehen, anderenfalls müßten britisch-französische Streitkräfte intervenieren, um die Kanalzone zu «schützen». Damit glaubten die Aggressoren, eine Rechtfertigung für ihr Vorgehen gefunden zu haben. Am 29. Oktober begann die Dreieraggression gegen Ägypten.

Die Türkei, Mitglied in der NATO und im Bagdadpakt, unterstützte offen die Dreieraggression und war bestrebt, auch die anderen Mitgliedstaaten des Bagdadpaktes, insbesondere Iran und Irak, hineinzuziehen. Iran arbeitete eng mit Israel zusammen. Es lieferte Erdöl an Israel und bildete israelische Piloten aus. Unter dem Druck der gegen die Dreieraggression gerichteten Bewegung der nahöstlichen Völker, die von der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten unterstützt wurde, waren die herrschenden Kreise Irans und Iraks jedoch gezwungen, in Erklärungen die Invasion gegen Ägypten zu verurteilen.

Obwohl die US-amerikanische Regierung für die Schwächung der ägyptischen Befreiungsbewegung war, distanzierte sie sich offiziell von den Aggressoren. Die USA-Regierung hielt es für günstiger, mißliebige Regierungen mittels subversiver Aktionen zu beseitigen, als eine offene Aggression zu beginnen. Die «Opposition» der USA gegen die britisch-französisch-israelische Suezaggression zielte gleichzeitig darauf ab, die von der Unterstützung der UdSSR für Ägypten ausgehende Wirkung abzuschwächen. Es ging den führenden Kreisen der Vereinigten Staaten darum, das sich zwischen der nationalen arabischen Befreiungsbewegung und dem Sozialismus anbahnende Bündnis zu verhindern. Deshalb unterstützten sie nur in verschleierter Form das Vorgehen Großbritanniens und Frankreichs. Das wurde deutlich in der Duldung der britisch-französisch-israelischen Aggressionsvorbereitungen durch die

---

[17] Zu den Hintergründen der Suezaggression siehe M. Robbe, Scheidewege in Nahost, Berlin 1982, S. 181 ff.

USA und in ihrer Ablehnung des sowjetischen Vorschlages, im Rahmen der UNO gemeinsam gegen die Aggressoren vorzugehen.

Bereits am 31. Oktober 1956 hatte die Sowjetunion die israelische Aggression gebrandmarkt und am 5. November Botschaften an Großbritannien, Frankreich und Israel gerichtet, in denen sie vor einer Fortsetzung der Aggression warnte. Syrische Patrioten solidarisierten sich mit Ägypten und sprengten Erdölleitungen und Pumpanlagen imperialistischer Monopole. Die saudi-arabische Regierung untersagte Öllieferungen an Großbritannien sowie Frankreich und brach die diplomatischen Beziehungen zu ihnen ab. In Irak weiteten sich die Proteste gegen das reaktionäre probritische Regime auf Solidaritätsaktionen für Ägypten in seinem Kampf gegen die Suezaggression aus. Regierungen, die auf eine nichtpaktgebundene Außenpolitik orientierten – z. B. die Indiens –, verurteilten die Aggression. Jawaharlal Nehru erklärte in einer Rede am 2. November 1956, daß die unabhängigen Nationen Asiens und Afrikas ein solches Vorgehen nicht dulden werden. In den Ländern der Aggressoren selbst entfaltete sich eine Protestbewegung gegen den Krieg, die in Großbritannien schließlich eine Regierungskrise hervorrief. Die UNO-Vollversammlung beschloß die Entsendung einer UNO-Streitmacht (United Nations Emergency Force/UNEF) nach Ägypten, um die Feuereinstellung zu sichern. Die USA versuchten allerdings mit der von ihnen angewandten Verzögerungstaktik vor dem Forum der Vereinten Nationen, die Resolutionen über die Einstellung der Kampfhandlungen hinauszuzögern, nicht zuletzt in der Hoffnung, damit den Sturz Nassers doch noch zu bewirken.

Am 6. November 1956 sahen sich Großbritannien und Frankreich gezwungen, die Kampfhandlungen einzustellen und sich bis 22. Dezember vom ägyptischen Territorium zurückzuziehen. Die israelische Regierung versuchte zunächst noch, die besetzten Gebiete einzubehalten; aber auch die anschließenden Manöver auf diplomatischem Feld hatten keinen Erfolg. Israel mußte die Sinaihalbinsel verlassen. Die Dreieraggression endete mit einem völligen Mißerfolg der Interventen. Ägypten ging trotz großer militärischer Verluste außen- und innenpolitisch gestärkt aus der Aggression hervor. Die Autorität Präsident Nassers war sowohl in Ägypten als auch in der gesamten arabischen Welt außerordentlich gewachsen. Die Solidaritätsbewegung der afro-asiatischen Länder erfuhr einen bedeutenden Auftrieb.

Zugleich bewirkte die Aggression eine entscheidende Schwächung der französischen und britischen Positionen in der arabischen Welt, woraus die USA einen Gewinn für die eigenen Interessen zogen. Nachdem im Ergebnis der Suezaggression das Ansehen der ehemaligen Kolonialmächte im Nahen Osten auf den Tiefpunkt gelangt war, gaben die USA die Linie der imperialistischen Politik vor. Schritt für Schritt bauten sie dabei ihre eigenen Positionen weiter aus. Präsident Eisenhower zog vor allem das «Auslandshilfe»programm der USA heran, um in neuer und besser verschleierter Form Abhängigkeitsverhältnisse der nahöstlichen Staaten zu den USA herstellen zu können. Er bot ihnen US-amerikanische «Hilfe» sowohl auf ökonomischem als auch auf militärischem Gebiet an. Die amerikanische Führung wollte nicht nur dem deutlichen Rückgang des imperialistischen Einflusses in Nahost insgesamt entgegenwirken, sondern gleichzeitig die Rolle übernehmen, die die früheren

Rivalen der USA im Kampf um größeren Einfluß in dieser Region nun nicht mehr spielen konnten. Präsident Eisenhower verkündete im Januar 1957 seine strategischen Überlegungen in einer Botschaft an den USA-Kongreß, die als «Eisenhowerdoktrin» bekannt wurden. In dieser behauptete er, daß im Nahen Osten ein Machtvakuum entstanden sei und die dortigen Staaten vom internationalen Kommunismus bedroht würden. Von dieser Position aus leitete er für die USA das Recht ab, sich in die inneren Angelegenheiten der nahöstlichen Staaten einzumischen. Die Eisenhowerdoktrin enthielt drei Hauptpunkte:

Erstens sollte die ökonomische Entwicklung auf kapitalistischer Grundlage gefördert werden, denn wirtschaftliche Rückständigkeit erleichtere nach Auffassung der führenden US-amerikanischen Kreise den Einfluß des Kommunismus.

Zweitens sollte die Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet entwickelt werden.

Drittens war der direkte Einsatz US-amerikanischer Streitkräfte unter dem Vorwand vorgesehen, daß die territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit der nahöstlichen Staaten vor einer bewaffneten Aggression von seiten «irgendeiner durch den internationalen Kommunismus beherrschten Nation» geschützt werden müsse.[18]

Noch im selben Jahr wurde Syrien zum Hauptangriffsziel der imperialistischen Einmischung in die Angelegenheiten eines unabhängigen Staates. Im Zusammenhang mit den sich festigenden freundschaftlichen Beziehungen Syriens zur Sowjetunion (wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit) begann die türkische Regierung, Erklärungen über eine angebliche sowjetische Bedrohung in der Region zu verbreiten. Das USA-Außenministerium unterstützte diese und warnte vor der Bedrohung eines Mitgliedstaates des Bagdadpaktes, d. h. der Türkei. Die Bekanntgabe des Beitritts der USA zum Militärkomitee des Bagdadpaktes (März 1957) verschärfte die Lage. Als im Oktober 1957 ein Komplott zum Sturz der syrischen Regierung aufgedeckt wurde, das von Angehörigen der USA-Botschaft in Damaskus in Zusammenarbeit mit türkischen und irakischen Geheimdiensten inszeniert worden war, wiederholten die USA ihre Absicht, der Türkei unverzüglich «Hilfe» zu leisten, wenn Syrien militärische Operationen an der Grenze zur Türkei einleiten würde. Infolge weiterer provokatorischer Handlungen der USA und der Türkei entstand eine ähnliche Situation wie vor der Drei-Mächte-Aggression gegen Ägypten.

Geleitet vom Streben nach Erhaltung des Friedens und der Sicherheit, trat die sowjetische Regierung energisch für die Verteidigung der Unabhängigkeit Syriens ein. Sie schlug vor, daß die UNO-Staaten im Fall einer Verletzung des Friedens an der syrisch-türkischen Grenze unverzüglich Hilfe zur Beendigung der Aggression leisten sollten. Zugleich erklärte die sowjetische Regierung ihre Bereitschaft, sich mit ihren Streitkräften an der Abwehr einer Aggression zu beteiligen. Diese Entschlossenheit der Sowjetunion, Maßnahmen zum Schutz Syriens einzuleiten, wendeten eine im Sinne der Eisenhowerdoktrin geplante Aggression im Nahen Osten ab.

Obwohl die Eisenhowerdoktrin im Februar 1957 von Ägypten, gefolgt von Jordanien, Syrien und Saudi-Arabien, abgelehnt wurde, hielten die USA an ihrem aggressiven Anspruch in der Nahostregion fest. Sie unterließen es jedoch, Vollmitglied

---

[18] Siehe Documents on the Middle East, Ed. R. H. Magnus, Washington 1969, S. 86 ff.

in dem nahöstlichen Militärpakt (METO) zu werden, nicht zuletzt deshalb, weil die Israel-Lobby im USA-Kongreß im Falle der vollen Mitgliedschaft der USA im Bagdadpakt gefordert hätte, ein gleichwertiges Militärabkommen mit Israel abzuschließen. Das aber hätte der Position der USA in den arabischen Staaten, die bis auf das probritisch orientierte Regime in Irak eine Paktbindung mit den imperialistischen Mächten strikt ablehnten, außerordentlichen Schaden zugefügt. Selbst J. F. Dulles, der eifrigste Verfechter der Blockbildung, sah sich zu vorsichtigem Taktieren in der Nahostregion gezwungen.

Mit der Eisenhowerdoktrin maßten sich die USA an, in jeden Konflikt im Nahen Osten ihren Interessen entsprechend einzugreifen. Die Landung US-amerikanischer Streitkräfte in Libanon war die erste Anwendung dieser Doktrin.

Die inneren Auseinandersetzungen in Libanon, die im Mai 1958 die Form eines Bürgerkriegs annahmen, trugen stark ausgeprägte antiimperialistische Züge und wiesen die Tendenz auf, in eine soziale Revolution gegen die konservative Sozialstruktur in Libanon hinüberzuwachsen. Es ging um die Beseitigung der Überreste des Kolonialismus, der Vorherrschaft des Feudalismus, des Kompradorentums und des Klerikalismus. Ungeachtet der umfangreichen Unterstützung der Reaktion von außen kündigte sich ein Sieg der antiimperialistischen Kräfte an.

Diese Entwicklung veranlaßte die führenden Kräfte der USA und Großbritanniens, in Anwendung der Eisenhowerdoktrin den Bagdadpakt in Aktion zu setzen. Der Hauptpfeiler des Paktes war zu diesem Zeitpunkt noch Irak, das am 14. Februar 1958 auf Initiative Großbritanniens mit Jordanien eine Föderation eingegangen war. Irakische und jordanische Truppen bereiteten sich nach einem entsprechenden «Hilfeersuchen» der vom Imperialismus gestützten libanesischen Regierung Chamoun auf den Einmarsch in Libanon vor. Die USA und Großbritannien hatten die vollständige militärische und politische Absicherung der geplanten Operation zugesagt. Israel, das sich zu diesem Zeitpunkt nicht vordergründig für die imperialistischen Interessen engagieren sollte, hatte sein Einverständnis zur Nutzung seines Luftraumes gegeben. Dieses Komplott zwischen Imperialismus, arabischer Reaktion und Zionismus richtete sich nicht nur gegen die antiimperialistische Bewegung in Libanon, sondern zielte ebenso gegen Syrien und Ägypten. Diesem Vorhaben jedoch wurde die politische Grundlage dadurch entzogen, daß Präsident Chamoun für September seinen Rücktritt ankündigte.

Nachdem aber am 14. Juli 1958 in Irak eine antiimperialistisch-demokratische Revolution begonnen hatte, die die irakische Monarchie hinwegfegte, die Irakisch-Jordanische Arabische Föderation auflöste und aus dem mühevoll zusammengezimmerten Bagdadpakt das einzige arabische Kettenglied herausbrach, entschlossen sich die USA, assistiert von Großbritannien, zur direkten Intervention. Die von den USA und Großbritannien gemeinsam eingeleiteten militärischen Aktionen richteten sich gegen die Fortschrittskräfte sowohl in Libanon als auch in Irak und Syrien.

Als das reaktionäre Regime in Bagdad gestürzt war, landeten im Schutz der 6. USA-Flotte sofort USA-Marineinfanteristen bei Beirut. Kurz darauf wurden US-amerikanische Luftlandetruppen in Libanon abgesetzt, und britische Fallschirmjäger landeten in Jordanien. Insgesamt befanden sich schließlich 70000 britische und

US-amerikanische Soldaten in der Region. Auf den Luftwaffenstützpunkten und den Flugzeugträgern wurden über tausend Flugzeuge bereitgehalten. Damit befanden sich die Interessen des US-amerikanischen und britischen Imperialismus im Nahen Osten in Übereinstimmung. Das Ziel, die voranschreitende arabische nationale Befreiungsbewegung zu zerschlagen, war stärker als ihre Rivalität.

In Libanon unterstützten die USA offen die Reaktion. Der Sonderbeauftragte des State Department, Murphy, mischte sich direkt in die Wahl des neuen libanesischen Präsidenten ein. Trotzdem erreichte die USA-Intervention ihr Ziel nicht. Angesichts der entschlossenen Forderungen der libanesischen und jordanischen Volksmassen, die von der gesamten fortschrittlichen Weltöffentlichkeit unterstützt wurden, waren die USA und Großbritannien gezwungen, die mit der Landung anglo-amerikanischer Truppen verfolgten Pläne aufzugeben und die Beschlüsse der UNO-Vollversammlung über den Abzug dieser Truppen zu erfüllen.

Die Aggression konnte auch nicht auf Irak und Syrien ausgedehnt werden. Das Scheitern der Intervention im Nahen Osten zeigte, daß dem Anspruch des USA-Imperialismus, seine Macht- und Einflußsphäre unbeschränkt auszudehnen, Grenzen gesetzt wurden. Die als «Kanonenbootdiplomatie» in Erscheinung tretende US-amerikanische Nahostpolitik führte Ende der fünfziger Jahre zu einer allgemeinen Diskreditierung des Ansehens der Vereinigten Staaten von Amerika in dieser Region.

Im Ergebnis der USA-Intervention in Libanon und der britischen Landung in Jordanien trat eine Schwächung der imperialistischen Positionen, jetzt insbesondere auch der USA, in der Region insgesamt ein. Der Bagdadpakt war endgültig auf den nichtarabischen Raum reduziert worden, nachdem die revolutionär-demokratische Regierung des Irak auch offiziell am 24. März 1959 aus dem Bagdadpakt ausgetreten war. Die Eisenhowerdoktrin wurde von den arabischen Staaten abgelehnt. Sogar jene mit den USA liierten Regierungen wie die Saudi-Arabiens und Libanons waren angesichts der antiamerikanischen Stimmung der arabischen Völker gezwungen, offiziell ihre Ablehnung zu erklären. Das «Auslandshilfe»programm der USA wurde als Instrument zur Herstellung neuer Abhängigkeitsverhältnisse entlarvt. In einer Erklärung vom 2. Juni 1959 gab der Außenminister der Republik Irak den Beschluß über die Aufhebung von drei solcher Abkommen bekannt, die von der gestürzten Regierung Nuri al-Said mit den USA seinerzeit abgeschlossen worden waren. Er betonte, daß die US-amerikanische «Hilfe» unter Bedingungen gewährt worden war, die darauf abzielten, das Land dem Diktat der USA zu unterwerfen, was mit der nationalen Souveränität unvereinbar sei. Die von der Republik Irak eingenommene Haltung zur US-amerikanischen «Hilfe» beeinflußte andere arabische Staaten positiv.

Die Führung der USA stand der Tatsache gegenüber, daß ihre Pläne auf den Widerstand der Kräfte der arabischen nationalen Befreiungsbewegung stießen, die nach Zusammenschluß auf antiimperialistischer Grundlage drängten und die sich in die US-amerikanische Strategie der «Eindämmung» und der «massiven Vergeltung» nicht hatten einordnen lassen.

Das Scheitern der britisch-amerikanischen Intervention wirkte sich auch auf andere Mitglieder des nahöstlichen Militärblocks aus, insbesondere auf die Türkei. Die

regierenden türkischen Kreise sahen sich mit oppositionellen Kräften in den Reihen der eigenen Armee konfrontiert und befürchteten ein Übergreifen der revolutionären Bewegung aus Irak. Die Pläne eines türkischen Eingreifens in Irak mußten aber aufgrund ungenügender Vorbereitung der türkischen Truppen auf ein solches Unternehmen und wegen des schlechten Straßenzustandes an der türkisch-irakischen Grenze rasch aufgegeben werden. Der Bagdadpakt war wiederum nicht handlungsfähig.

Um den Militärblock vor dem völligen Zusammenbruch zu retten, schlossen die USA am 5. März 1959 mit der Türkei, mit Iran und Pakistan neue bilaterale Militärabkommen ab. Damit flossen neue Mittel aus den US-amerikanischen «Hilfs»programmen zur Stabilisierung der ökonomischen und militärischen Lage in diese Paktländer. Zugleich wurden den USA weitere Möglichkeiten gegeben, ihre Truppen in diesen Ländern zu stationieren und dort Militärbasen zu errichten.

Der Bagdadpakt wurde bald nach dem Austritt Iraks in die Central Treaty Organization (CENTO) umgewandelt. Die dominierende Position unter den asiatischen CENTO-Mitgliedstaaten übernahm im Laufe der Jahre die Türkei, mit der die USA ein Netz bilateraler Abkommen abschloß, so daß die türkischen Streitkräfte sich zu den zahlenmäßig stärksten und bestausgebildeten in der Region entwickelten. Eine wesentliche Rolle spielte auch die Mitgliedschaft der Türkei in der NATO, dort vertrat sie offiziell die Interessen der asiatischen Mitglieder des Paktes.

Während die Rolle Großbritanniens in der CENTO weiter zurückging, festigten die USA ihren Einfluß und entwickelten sich in den sechziger Jahren zur Führungsmacht in diesem Pakt.

Vorgeschichte und Gründung der «South-East Asia Treaty Organization» (SEATO)

Im Rahmen ihrer Militärblockpolitik entfalteten die imperialistischen Mächte, allen voran die USA, auch in Südostasien starke Aktivitäten. Südostasien ist eine Region von großer politischer und ökonomischer wie auch militärstrategischer Bedeutung. Die militärpolitischen Bedingungen dieses Raumes begünstigten die US-amerikanischen Pläne.

Diese Region gehört zu den bevölkerungsreichsten der Welt. Südostasien verfügt über wichtige Bodenschätze. Die Sicherung des ungehinderten Zugangs zu diesen Rohstoffen betrachteten Japan, Australien, die westeuropäischen Staaten und auch die Vereinigten Staaten von Amerika als entscheidenden Faktor für ihre wirtschaftliche Prosperität. Die geographische Lage der Region war deshalb von besonderer Bedeutung, weil durch die an den südostasiatischen Subkontinent grenzenden Ozeane wichtige Wasserstraßen führten, über die die imperialistischen Staaten die Kontrolle behalten wollten. In Singapur und Bangkok waren Luft- und Seefahrtsknotenpunkte für den kapitalistischen Warenumschlag entstanden.

Die USA hatten nach dem Sieg über Japan die Zahl ihrer Militärstützpunkte

in dieser Region bedeutend erweitern können. Aber auch Großbritannien und Frankreich verfügten hier noch über ein weitverzweigtes Netz von Militärbasen und Stützpunkten.

Nach dem Verlust seiner wichtigsten kolonialen Reserve auf militärischem Gebiet, der britisch-indischen Armee, war Großbritannien bestrebt, alle selbständigen militärischen Kräfte der Länder des Commonwealth zu koordinieren. Die Dominions[19] hatten sich zur «regionalen Verantwortlichkeit» verpflichtet, d. h. dazu, die militärische Sicherheit des eigenen Landes sowie der angrenzenden Zonen zu gewährleisten. Australien und Neuseeland wurden Hauptstützpunkte des Commonwealth im südwestlichen Pazifik und in Südostasien. Aufgrund einer Vereinbarung zwischen den Generalstäben Großbritanniens, Australiens, Neuseelands und den britischen Kolonialbehörden Malayas zur Unterstützung des von Großbritannien entfesselten und für diese imperialistische Macht verlustreichen Kolonialkriegs in Malaya wurde 1949 im Rahmen des Commonwealth die politisch-militärische Gruppierung ANZAM gegründet. Eine weitere Funktion der ANZAM war die Sicherung der Verbindungswege zwischen dem Indischen und dem Pazifischen Ozean. Das war insofern von besonderer Bedeutung, weil in Singapur der Stab der lokalen strategischen Reserve des Commonwealth sowie Luft- und Seestreitkräfte Großbritanniens stationiert waren.

Der Anspruch der britischen Dominions Australien und Neuseeland auf eine eigenständige militärpolitische Rolle wurde von der USA-Regierung unterstützt, weil sie dadurch eine gewisse Schwächung der Positionen des britischen Rivalen zu erreichen hoffte.

Die seit Mitte 1950 mit Großbritannien und Frankreich geführten Verhandlungen über die Bildung eines pazifischen Militärblocks endeten aufgrund der ablehnenden französischen und britischen Haltung ergebnislos. Weder die britische noch die französische Regierung waren zu diesem Zeitpunkt bereit, den Vorherrschaftsanspruch der USA anzuerkennen. Am 1. September 1951 schlossen daraufhin die USA mit Australien und Neuseeland den ANZUS-Pakt ab. Die regierenden Kreise der USA waren nicht zuletzt deshalb daran interessiert, den jungen australischen Imperialismus an sich zu binden, weil er bereit war, seine Kräfte gegen die nationalen Befreiungsbewegungen in Südostasien einzusetzen, so in Malaya und vor allem in Indochina, wo die Einheiten der malayischen und der vietnamesischen Befreiungsbewegung die Streitkräfte der Kolonialmächte in langwierige und verlustreiche Kämpfe

---

[19] Um die Siedlerkolonien Australien, Neuseeland, Südafrikanische Union des britischen Empire stärker an der Aufrechterhaltung der Kolonialordnung zu interessieren, wurden ihnen Selbstverwaltungsrechte, d. h. der Dominionstatus, gewährt. Die Dominions anerkannten die britische Krone als formelles Staatsoberhaupt ihrer Länder und hielten am Bündnis mit Großbritannien fest, da sie sich in ökonomischer Abhängigkeit befanden und militärischer Unterstützung gegen äußere und innere Bedrohung bedurften. 1931 wurde den Dominions, deren Zahl sich mit dem Zerfall des britischen Kolonialreichs erweiterte, die volle politische Souveränität gewährt und ihr gleichberechtigter Zusammenschluß mit Großbritannien in einer Ländergemeinschaft, dem British Commonwealth of Nations, vollzogen. Zur Verschleierung der britischen ökonomischen Vorherrschaft wurde nach 1947 auf den Begriff Dominion verzichtet und statt dessen von den Commonwealth-Countries (Mitgliedstaaten des Commonwealth) gesprochen.

verwickelt hatten. Nachdem die USA-Regierung auf eine feindliche Politik gegen die Volksrepublik China umgeschwenkt war und damit ihren Einfluß auf dem chinesischen Festland verloren hatte, erlangte die Sicherung der Landverbindung zum asiatischen Kontinent über Indochina einen erhöhten Stellenwert in den Plänen der US-amerikanischen Militärführung. Die Staaten Indochinas – Laos, Kampuchea und Vietnam –, die Frankreich durch Bildung der «Französischen Union»[20] erneut seiner Kolonialherrschaft zu unterwerfen hoffte, galten als «Verteidigungsflanke gegen den Kommunismus».

Die Erfolge der vietnamesischen Befreiungsarmee gegen die französische Kolonialmacht riefen in den regierenden Kreisen der USA große Besorgnis hervor. Sie begannen deshalb, ihre indirekte Beteiligung am französischen Kolonialkrieg zu verstärken. Neben einer finanziellen Beteiligung, über deren Höhe die Angaben zwischen zwei und vier Milliarden US-Dollar schwanken, entsandten die USA Bombenflugzeuge und Mechaniker nach Indochina.

Präsident Eisenhower erklärte in einer Pressekonferenz am 7. April 1954, «daß der Verlust Indochinas an den Kommunismus nicht vorhersehbare Konsequenzen für die freie Welt haben würde, so daß eine gemeinsame Aktion notwendig wäre, um eine kommunistische Beherrschung Südostasiens zu verhindern ...»[21] Die Eisenhower-Dulles-Regierung orientierte zu diesem Zeitpunkt auf eine gemeinsame militärische Operation mit den am südostasiatischen Festland interessierten Kolonialmächten Frankreich und Großbritannien, wobei die USA, die bereits 75 Prozent der Kosten des französischen Kolonialkriegs trugen, die Führung der «united action» beanspruchten.

Die britischen und französischen Verbündeten der USA verhielten sich jedoch ablehnend zu diesem Plan. Die französische Monopolbourgeoisie versuchte, den Zerfall des französischen Kolonialreichs vorrangig mit militärischen Mitteln zu verhindern und führte deshalb langwierige und grausame Kriege sowohl in Indochina als auch in Nordafrika.[22] Sie orientierte nach dem zweiten Weltkrieg auf das Prinzip der «langwährenden Präsenz» in ihren Kolonien. Die herrschenden französischen Kreise hatten deutlich erkannt, daß die USA mit ihrer Aufforderung zu gemeinsamen antikommunistischen Aktionen zugleich bestrebt waren, Frankreich aus seinen

---

[20] 1945 war die Demokratische Republik Vietnam proklamiert worden; zugleich hatten Laos und Kampuchea ihre Unabhängigkeit erklärt. Die französische Regierung zwang jedoch 1949 Laos und Kampuchea Verträge auf, in denen zwar formal die Unabhängigkeit der beiden Staaten anerkannt wurde, aber nur im Rahmen einer Union mit Frankreich. Gleichzeitig wurde Bao Dai als Chef einer Marionettenregierung in den von Frankreich okkupierten Gebieten Vietnams eingesetzt. Der Versuch Frankreichs, über die «Französische Union» seine Kolonialherrschaft in Indochina zu restaurieren, scheiterte endgültig mit dem Abschluß der Genfer Indochinaabkommen.

[21] Zitiert nach Archiv der Gegenwart, Bonn, 10. April 1954, S. 4465

[22] Die französische Kolonialarmee war in den beiden Hauptregionen der von Frankreich 1945 noch beanspruchten Kolonialbesitzungen stationiert – in Indochina und in Afrika. Mit ihren «Einheiten zur inneren Verteidigung», ihren «Sicherungstruppen» und den auf strategisch wichtigen Stützpunkten stationierten operativen Reserven war sie bis Anfang der sechziger Jahre in langwierige Kolonialkriege verwickelt, ohne damit das französische Kolonialimperium erhalten zu können.

Positionen in Indochina zu verdrängen. Die Bemühungen der USA, die Assoziierung von Vietnam, Laos und Kampuchea mit Frankreich zu hintertreiben, hatten unverkennbar darauf abgezielt. Insbesondere die in Indochina operierenden französischen Militärs wandten sich gegen die Beteiligung von USA-Streitkräften an den Operationen. Sie wollten zwar mit US-amerikanischer Unterstützung ihre Positionen in Indochina aufrechterhalten, aber sie waren nicht bereit, den Führungsanspruch der USA anzuerkennen.

Mit der Beschuldigung, die VR China habe an der Seite der vietnamesischen Streitkräfte in den Indochinakrieg eingegriffen, versuchte die amerikanische Regierung noch während der Genfer Indochinakonferenz (8. Mai bis 21. Juli 1954), Druck auf die französische und britische Regierung auszuüben und diese zu einem gemeinsamen «Gegenschlag der Westmächte» zu bewegen. Die Versuche, mit einer «gemeinsamen Aktion» die Indochinafrage im imperialistischen Interesse zu regeln und zugleich die Positionen Frankreichs entscheidend zu schwächen, waren von maßgeblichen Kreisen innerhalb der Führung der USA noch nicht aufgegeben worden. Nach langwierigen Verhandlungen zwischen Eisenhower und Churchill wurde jedoch von beiden Seiten das Scheitern dieser Pläne bestätigt. Damit erst wurde eine friedliche Regelung der Indochinafrage, wie sie mit den Genfer Verhandlungen angestrebt war, ermöglicht.

Es waren vor allem die herrschenden Kreise in Großbritannien, die mit aller Deutlichkeit sahen, daß nach der verlustreichen und unpopulären Aggression gegen Korea weder die britische Öffentlichkeit noch die Regierungen der asiatischen Commonwealth-Staaten ohne weiteres eine militärische Intervention in Indochina unterstützen würden. Allerdings bestand zwischen Eisenhower und Churchill Übereinstimmung darüber, daß nach Beendigung der Genfer Konferenz die Pläne für eine «kollektive Verteidigung Südostasiens» unverzüglich verwirklicht werden sollten.

Bereits kurz vor Beginn der Genfer Indochinakonferenz hatte der Eintritt der USA in den französischen Kolonialkrieg wieder einmal zur Debatte gestanden, nämlich als sich die Lage der französischen Streitkräfte in Dien Bien Phu katastrophal verschlechterte. Der extrem rechte Flügel der Republikanischen Partei im USA-Kongreß und Außenminister Dulles befürworteten in dieser kritischen Phase sogar das einseitige Eingreifen der US-amerikanischen Luftwaffe und Marine. J. F. Dulles stützte sich dabei auf einen Plan des Befehlshabers der USA-Luftstreitkräfte, der vorsah, drei Atombomben rund um Dien Bien Phu abzuwerfen, ehe Kampfflugzeuge mit herkömmlicher Bewaffnung eingesetzt würden. Die Mehrheit im USA-Kongreß lehnte jedoch eine Politik des Alleingangs ab. Die Erfahrungen der Aggression gegen Korea, in der sich die Verbündeten der USA zurückhaltend engagiert hatten, waren noch nicht vergessen. Vor allem aber war die Öffentlichkeit in den USA nach dem kaum erst beendeten Koreakrieg nicht bereit, ein neues militärisches Abenteuer in Asien zu unterstützen. Schließlich war Eisenhower in der Erwartung, er werde einen Frieden in Korea herbeiführen, zum Präsidenten gewählt worden. Nachdem der Waffenstillstand in Korea gerade erst abgeschlossen worden war (27. Juli 1953), wäre es ihm schwergefallen, die eigene Bevölkerung von der Notwendigkeit eines neuen Krieges zu überzeugen. Unter diesen Bedingungen konnten weder der

Präsident noch der USA-Kongreß den von J. F. Dulles unterstützten Plan des Befehlshabers der USA-Luftwaffe befürworten.

Die amerikanische Regierung machte also ihre Zusage für das direkte Eingreifen in den Krieg von der Vorbedingung abhängig, den in Aussicht genommenen Südostasienpakt unverzüglich abzuschließen. Diese Forderung mußte auf die Ablehnung der anderen imperialistischen Hauptmächte stoßen, da weder die innenpolitischen Bedingungen in Frankreich und Großbritannien noch die internationalen Voraussetzungen während der Verhandlungen in Genf für einen solchen Schritt gegeben waren. Großbritannien hatte besondere Rücksicht auf die positive Haltung der asiatischen Commonwealth-Mitglieder gegenüber der Genfer Indochinakonferenz zu nehmen.

Die britische Regierung vertrat die Auffassung, daß die zum Commonwealth gehörenden Länder, insbesondere Indien, für die Paktpläne unbedingt gewonnen werden müßten. Eine Intervention in Indochina würde aber für diese Länder den Aspekt eines Kolonialkriegs besitzen und sie damit in Opposition zur britischen Politik bringen. Auf der Konferenz unabhängiger asiatischer Staaten in Colombo vom 28. April bis 2. Mai 1954 hatten sich Burma, Ceylon, Indien und Indonesien soeben erst entschieden gegen eine weitere Intervention in Indochina ausgesprochen.

Angesichts der möglichen negativen Auswirkungen, die ein Zusammengehen mit den USA auf das Verhältnis Großbritanniens zu den asiatischen Regierungen haben könnte, lehnte der britische Premierminister W. Churchill kategorisch jegliche Unterstützung der US-amerikanischen Pläne, Kernwaffen einzusetzen, ab.

Hinzu kam die Tatsache, daß die Weiterführung des schmutzigen Krieges gegen die nationale Befreiungsbewegung in Indochina zu diesem Zeitpunkt eine so weltweite Verurteilung erfahren hatte, daß die von Massenbewegungen, besonders in Westeuropa, erhobene Forderung nach Beendigung der Aggression und nach Einigung auf eine politische Lösung in Genf von den westeuropäischen Regierungen nicht mehr negiert werden konnte. Vor allem in Frankreich hatten die Aktionen gegen den schmutzigen Krieg immer größeren Umfang angenommen. Selbst innerhalb der französischen Regierung wandten sich zahlreiche Kräfte gegen eine Fortführung des Krieges, denn sie erkannten die sich langfristig auswirkenden negativen Folgen für die politisch-militärische und ökonomische Entwicklung Frankreichs.

Auf der Grundlage seines Wahlversprechens, den Krieg in Indochina sofort zu beenden oder abzudanken, kam der Radikalsozialist Mendès-France an die Macht. Von seiner Regierung wurde am 21. Juli 1954 in Genf das Abkommen über die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam, Laos und Kampuchea – Annahme einer Abschlußerklärung u. a. Dokumente (die Genfer Indochinaabkommen) – unterzeichnet. Damit wurde dem Frieden auf der Grundlage der Anerkennung der Souveränität, der Einheit und der territorialen Integrität von Vietnam, Laos und Kampuchea der Weg bereitet. Die entschlossene Haltung der Regierungen der sozialistischen Staaten sowie der Druck der Antikriegsbewegung in Westeuropa und die politisch-militärischen Siege der nationalen Befreiungsbewegung in Indochina zwangen die imperialistischen Kräfte, Vereinbarungen zugunsten des Friedens zuzustimmen, die zugleich eine Schwächung ihres Einflusses in dieser Region bedeuteten.

Die USA, deren starres Festhalten an der Durchsetzung der Politik des kalten Krieges in dieser asiatischen Region sie in die Gefahr der Isolierung brachte, sahen sich gezwungen, die Hauptergebnisse der Genfer Indochinakonferenz formal zu akzeptieren. Sie erklärten aber gleichzeitig, daß sie nicht an die Beschlüsse von Genf gebunden seien. Vom Nationalen Sicherheitsrat der Vereinigten Staaten von Amerika wurden die Genfer Abkommen zu Vietnam, Laos und Kampuchea als eine «Niederlage» bezeichnet, die den «offensiven Generalangriff des Kommunismus ergänze, was zum Verlust ganz Südostasiens führen könne»[23]. Die Eisenhower-Dulles-Regierung konzentrierte jetzt alle Anstrengungen darauf, ihren Plan zur Schaffung eines Militärblocks in Südostasien zu verwirklichen, um die Ausdehnung des kalten Krieges auf diese Region Asiens doch noch zu erreichen.

Die sich zur Politik der Neutralität und Nichtpaktgebundenheit bekennenden asiatischen Staaten, wie Indien, Indonesien, Ceylon und Burma, entlarvten den geplanten Militärblock als ein Instrument mit aggressivem Charakter, das von nichtasiatischen Mächten beherrscht würde. Sie erkannten darin eine neue Form des Kolonialismus, der sich als Antikommunismus getarnt hatte, und lehnten die Mitgliedschaft ab. Laos und Kampuchea hatten auf der Genfer Indochinakonferenz ihren Willen verkündet, neutral zu bleiben. Beide Teile Vietnams waren die Verpflichtung eingegangen, keinen Militärbündnissen beizutreten, um die in den Genfer Abkommen vorgesehene Wiedervereinigung nicht zu erschweren.

Den imperialistischen Hauptmächten, allen voran den USA, gelang es, einige Regierungen in Asien trotz deren Erfahrungen aus der Kolonialzeit davon zu überzeugen, daß eine politisch-militärische und ökonomische Zusammenarbeit zwischen «asiatischen und westlichen Nationen» vorteilhaft für sie sei. So wurde die von den USA nach Manila einberufene Konferenz am 8. September 1954 mit der Unterzeichnung von folgenden vier Dokumenten beendet: dem Vertrag über die «kollektive Verteidigung» Südostasiens, einer Vorbehaltsklausel der USA, einem Protokoll zu Kampuchea, Laos und Südvietnam und der sogenannten Pazifikcharta. Die damit gegründete «South-East Asia Treaty Organization» (SEATO) sollte eine Art Verbindungsglied zur NATO darstellen. Signatarstaaten waren die NATO-Mitgliedstaaten USA, Frankreich und Großbritannien, außerdem Australien und Neuseeland, die zusammen mit den USA zum ANZUS-Pakt gehörten, des weiteren Pakistan, mit dem die USA gerade den ersten «Militärhilfevertrag» abgeschlossen hatten. Dazu zählten weiterhin die Philippinen, die – kaum aus US-amerikanischer Kolonialherrschaft entlassen – mit einem «Sicherheitsvertrag» (1951) an die USA gebunden waren, und Thailand als einziger Staat des südostasiatischen Subkontinents. Thailand, das schon 1950 einen «Militärhilfevertrag» mit den USA abgeschlossen hatte, wurde zur Aggressionsbasis gegen die Völker Südostasiens ausgebaut (insgesamt sieben modern ausgerüstete Militärstützpunkte). Seine Hauptstadt Bangkok wurde Sitz der SEATO. Aufgrund ihrer eindeutigen militärischen Überlegenheit übten die USA die Vorherrschaft in diesem Militärblock aus, dessen Politik auf das Weltherrschafts-

---

[23] American Foreign Policy, 1950–1955, Basis Documents, Washington 1955, S. 788.

streben des US-amerikanischen Kapitals festgelegt war. Die Hauptfunktion der SEATO bestand in der Vorbereitung und Unterstützung von Aggressionskriegen sowie in der Förderung einer breiten Diversionstätigkeit gegen den Sozialismus und die nationale Befreiungsbewegung.

Die Vertragszone der SEATO umfaßte die Region Südostasien und den Südwestpazifik, sie schloß also den Bereich des ANZUS-Paktes ein. Hongkong sowie Taiwan blieben ausgeklammert. Die Einbeziehung Taiwans erfolgte durch den 1954 abgeschlossenen zweiseitigen Militärvertrag zwischen den USA und der Regierung Jiang Jieshi.

Das in Manila gesondert unterzeichnete Protokoll dehnte die «Beistandspflicht» der SEATO auch auf Kampuchea, Laos und Südvietnam aus. In der sogenannten Vorbehaltsklausel schränkten die USA ihre «Beistandspflicht» jedoch auf einen «militärischen Angriff seitens einer kommunistischen Macht» ein. Sie wollten damit eine möglicherweise von Pakistan veranlaßte Verwicklung in den latent schwelenden indisch-pakistanischen Konflikt, die ihre Beziehungen zu Indien belasten würde, unbedingt vermeiden. Bereits auf der Konferenz von Manila wiesen die unterschiedlichen Positionen der Signatarstaaten des Südostasienpaktes auf weitgehende Differenzen in den Erwartungen, Motivationen und Interessen der Beteiligten hin. Diese verschärften sich in der Folgezeit so weit, daß der Beitrag der Mitgliedstaaten für die spätere USA-Aggression in Vietnam sehr unterschiedlich werden sollte.

Die militärstrategische Konzeption der USA sah bei Gründung der SEATO allerdings noch nicht vor, eigene Landstreitkräfte auf dem südostasiatischen Festland zu stationieren. Vielmehr sollten die Landstreitkräfte der asiatischen Mitgliedstaaten mit Unterstützung der USA ausgebaut und modernisiert werden. Auch in bezug auf Asien stützten sich die herrschenden Kreise der USA vor allem auf ihr Kernwaffenpotential, um damit gegebenenfalls eine militärische Aggression in kurzer Zeit zu ihren Gunsten entscheiden zu können.

Den imperialistischen Kräften der SEATO gelang es nicht, ein einheitliches militärisches Kommando für den Militärblock zu schaffen. Ebensowenig konnten sie die Aufstellung integrierter Paktstreitkräfte durchsetzen. Der Militärische Planungsstab befaßte sich vorwiegend mit der Ausarbeitung von Plänen für Interventionen der SEATO in südostasiatischen Ländern und mit der Vorbereitung von Manövern. Die Hauptstützen der SEATO und der mit ihr in enger Verbindung stehenden Militärblöcke ANZUS und ANZAM waren die starken Gruppierungen der USA-Streitkräfte im asiatisch-pazifischen Raum sowie die britischen Kontingente in Südostasien und im Fernen Osten. Es handelte sich vor allem um die 5. Luftflotte der USA, die in Japan stationiert war, um die 13. auf den Philippinen; weiterhin um die 8. Feldarmee, die sich in Südkorea befand, und um das IX. Armeekorps auf der Insel Okinawa. Außerdem hatten die USA See- bzw. Luftstreitkräfte auf Taiwan, in Südvietnam, Thailand und Laos stationiert. Die britischen Kontingente waren in Malaya, in Britisch-Nordborneo (Sabah), Sarawak und Brunei, in Singapur und Hongkong disloziert.

Die strategische Planung der SEATO ging von der Prämisse aus, daß Südostasien, ebenso wie Japan, der Süden Koreas und die Insel Taiwan, nur ein Abschnitt der einheitlichen asiatischen Front sei, die unter Führung der USA gegen die damals eng

Die Verteilung der USA-Streitkräfte auf die asiatisch-pazifische Region im Jahr 1968 (in 1000 Mann)

	Landstreitkräfte	Luftstreitkräfte	Seestreitkräfte	Marineinfanterie	insgesamt
Japan	8,3	19,0	8,0	3,2	38,5
Südkorea	*				55,0
Okinawa (Japan)	*				55,0
Taiwan	0,8	11,0	4,2		16,0
Südvietnam	357,5	66,0	33,0	93,0	549,5
Philippinen		25,0	12,0		37,0
Thailand	12,0	45,0	1,0		58,0
Guam (USA)	*				25,0

* genaue Angaben zu den Teilstreitkräften lagen nicht vor

Quelle: Far Eastern Economic Review, Hongkong, H. 4/1968, S. 23 f.

mit der UdSSR befreundete VR China aufgebaut werden sollte. So wurde die SEATO in den ersten Jahren ihrer Existenz vor allem als ein Instrument zur «Abschreckung eines chinesischen Vorstoßes» betrachtet. Doch selbst die führenden USA-Militärs waren sich darüber einig, daß ein Vorstoß der Volksrepublik China der «unwahrscheinlichste Fall» sein würde. Recht konkret dagegen widmeten sie sich jener Aufgabe dieses Militärblocks, die in der «Antisubversionsklausel» fixiert war. Diese Klausel sah die Konsultationspflicht der SEATO-Mitglieder im Falle einer Bedrohung vor, die nicht etwa von außen kommen würde, sondern von «kommunistischer Subversion» im innerstaatlichen Bereich. Diese Funktion des imperialistischen Blocks zielte unmißverständlich auf die Niederhaltung der sich weiter festigenden Kräfte der nationalen Befreiungsbewegung ab. Damit war auch der Rahmen für die ausgedehnte US-amerikanische Unterstützung beim Aufbau der Polizei- und Sicherheitsapparate der asiatischen Paktstaaten geschaffen.

Die SEATO entwickelte sich in der asiatisch-pazifischen Region zum Zentrum subversiver Tätigkeit gegen die sozialistischen und die national befreiten Länder. Sie unterstützte die Aktionen der Separatisten gegen die Zentralregierung Indonesiens Ende der fünfziger Jahre. Im Rahmen der SEATO erfolgte die Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten von Laos. Damit begannen die Militärblöcke in Asien insgesamt eine wichtige Rolle bei der Vorbereitung und Auslösung der größten kollektiven Aggression gegen einen sozialistischen Staat, gegen Vietnam, zu spielen. Gerade die Intervention in Vietnam in den sechziger Jahren verdeutlichte

aber auch das Ausmaß der Widersprüche innerhalb der imperialistischen Militärblöcke und leitete die Spaltung der SEATO ein.

Ausdehnung der «Eindämmungspolitik» auf Südvietnam und Laos

Im Ergebnis der Genfer Indochinakonferenz 1954 war die Unabhängigkeit der asiatischen Kolonialgebiete Frankreichs anerkannt worden. Zugleich war in den Genfer Abkommen die Neutralität und die Nichtbeteiligung der Staaten Indochinas an Militärpakten fixiert worden. Das waren Beschlüsse, die die Ausdehnung der amerikanischen «Eindämmungspolitik» auf diese Region Asiens behinderten. Deshalb führten die USA ihren Aggressionskurs jetzt auf zwei Ebenen fort: Erstens schufen sie mit Unterstützung des SEATO-Paktes einen militärischen «Schutzschirm» und sicherten sich die Präsenz ihrer Streitkräfte bzw. Militärberater in unmittelbarer Nähe der «Eindämmungszone». Zweitens setzten sie alle Mittel für den Aufbau proamerikanischer Regime in Südvietnam und Laos ein, um hier starke Positionen für die imperialistische Politik zu erreichen. Damit traten deutlich zwei wesentliche Elemente der Politik des kalten Krieges gegen den Sozialismus und die nationale Befreiungsbewegung in Erscheinung. Einmal die Orientierung auf das Zustandekommen von Militärblöcken und zum anderen der Aufbau regionaler Stützen der USA-Politik, mit deren Hilfe die Durchsetzung der Beschlüsse von Genf verhindert werden sollte.

Während Washington in Südvietnam in eine wohlvorbereitete Position einrücken konnte, mußte eine solche in Laos[24] erst geschaffen werden. Zunächst versuchten die USA dies mit geheimdienstlichen Mitteln, sahen sie doch in einem von ihnen beeinflußten Wechsel der an der Regierung befindlichen Personen die beste Möglichkeit, ihren Einfluß zu verstärken. Der damit beauftragte Geheimdienst CIA bediente sich einer in dynastischer Rivalität zu der Koalitionsregierung Souvanna Phouma[25] stehenden Gruppierung, die sich dem Kampf gegen den Neutralitätskurs und gegen den Kommunismus verschrieben hatte. Nach der Ausschaltung des Parlaments im August 1958 vollzog die mit Hilfe reaktionärer Militärs an die Macht gekommene Regierung Sananikone eine deutliche Rechtswendung der laotischen Politik. Die Patriotische Front von Laos (Neo Lao Haksat), die auf die Verwirklichung der Genfer Abkommen orientierte, wurde verboten, ihre Führer wurden verhaftet. In der Außenpolitik erfolgte eine offene Bindung an die proamerikanischen Regime in Taibai (Taiwan) und Saigon. Zugleich setzte die schrittweise Verdrängung

---

[24] Die Genfer Abkommen garantierten die Unabhängigkeit und Souveränität von Laos, verboten die Verfolgung der Pathet-Lao-Anhänger und verpflichteten die Regierung, allgemeine Wahlen durchzuführen und demokratische Reformen in Angriff zu nehmen. Jegliche ausländische Einmischung und die Errichtung von Militärstützpunkten wurden untersagt.

[25] 1956 hatte die Regierung Souvanna Phouma mit der im Januar des gleichen Jahres gegründeten Patriotischen Front von Laos (Neo Lao Haksat) eine Einigung über die Bildung einer Koalitionsregierung erzielt, die konsequent auf Durchsetzung des Friedens- und Neutralitätskurses orientierte.

der französischen Militärmission durch «zivile Techniker» der USA ein. Die antikommunistische Regierung in Laos gehörte jetzt zu den Empfängern der enormen «Auslandshilfe», die die Eisenhowerregierung an jene Länder der «Eindämmungszone» vergab, in denen überproportional große Streitkräfte unterhalten werden sollten. Der damalige stellvertretende Leiter der Fernostabteilung im State Department, Parsons, rechtfertigte die nach Laos strömenden Mittel folgendermaßen: «Das ist ein Programm, um Laos auf dieser Seite des Bambusvorhangs zu halten. Die Armee, die wir bezahlen, kämpfte gegen die Kommunisten, und sie ist gegenwärtig das Hauptbollwerk des Landes gegen die kommunistische Subversion.»[26]

Neben einem geheimgehaltenen Betrag an direkter Militär«hilfe» empfing Laos bis zum Ende der Amtszeit Eisenhowers im Durchschnitt jährlich rund 44 Millionen Dollar an sogenannter Auslandshilfe, von denen rund 34 Millionen für die Unterhaltung der überdimensional aufgeblähten laotischen Armee aufgewendet wurden. Während die Vereinigten Stabschefs der USA eine laotische Armee von 12000 Mann für ausreichend erklärt hatten, setzte sich das State Department mit seiner Forderung nach 25000 Mann durch, womit die Beteiligung von Laos an der «Eindämmungs»strategie gesichert werden sollte.

Die regierenden Kreise in Vientiane, insbesondere die führenden Militärs, bereicherten sich in skrupelloser Weise. Begünstigt wurde dies auch dadurch, daß die Geldwirtschaft in den fünfziger Jahren in Laos nur auf einige städtische Zentren beschränkt war. Anstatt die Entwicklungsprobleme des Landes zu lösen, wurde die laotische Wirtschaft mit Geld und Luxusgütern überschwemmt, wurden die Disproportionen in der Entwicklung des Landes vergrößert und die politische Instabilität verstärkt. Als diese Auswirkungen Ende der fünfziger Jahre deutlich wurden, kam ein Ausschuß des USA-Kongresses nach mehrmonatigen Untersuchungen in Laos zu dem Schluß, daß die «Hilfsgelder» in «grundlegend unproduktiver Art» verwendet worden waren, auch dort, wo sie dem Ausbau eines Kommunikationsnetzes dienen sollten.[27]

Nach fünfjähriger amerikanischer «Auslandshilfe» an Laos plädierte der mit dem Abfassen eines Lageberichtes über Laos beauftragte UNO-Beamte Tuomioja für die Beendigung der amerikanischen Hilfe und für die Übernahme der wirtschaftlichen und sozialen Unterstützung des Landes durch die Vereinten Nationen. Eine Forderung, die der amerikanischen Konzeption für Laos nicht entsprach und die die USA deshalb auch nicht akzeptierten.

Die in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre vergebene «Hilfe» der USA für Laos und Südvietnam diente in erster Linie den aggressiven militärischen Zielen des Imperialismus. Sie war außerdem darauf gerichtet, überlebte Feudalverhältnisse zu konservieren sowie dem gesellschaftlichen Leben kapitalistische Formen aufzuzwingen.

---

[26] United States Congress, Senate, United States Aid Program in Vietnam, Report by the Subcommittee on State Department Affairs, 86th Congress 2nd Session, Washington 1960, S. 18.

[27] Siehe United States Congress, House of Representatives, US Aid Operation in Laos, Report of the Committee on Gouvernment Operations, 86th Congress, 1st Session, Washington 1959, S. 14.

Die Machtübernahme in Südvietnam durch Ngo Dinh Diem, dessen politische Vorstellungen und Ziele ihm seit dem Jahr 1953 die Unterstützung einflußreicher Kreise der USA eingebracht hatten, schien die Gewähr dafür zu bieten, daß Südvietnam in Zukunft eine wichtige Rolle für die US-amerikanische Politik der Stärke spielen könnte. Ngo Dinh Diem, ein Katholik, der zur feudalen Oberschicht in Vietnam gehörte und bis 1933 Innenmininister gewesen war, lebte nach 1945 in den USA, wo er mit J. F. Dulles zusammentraf und Kontakte zur CIA aufnahm.

Unmittelbar vor der französischen Niederlage von Dien Bien Phu erhielt Diem alle zivilen und militärischen Machtbefugnisse in Saigon übertragen. Sein Hauptberater wurde Oberst Lansdale, ein CIA-Agent, der sich bei der Niederschlagung der revolutionären Bewegung auf den Philippinen hervorgetan hatte. Die antikommunistische, aber auch antifranzösische Politik Ngo Dinh Diems zeitigte nach den Vorstellungen der führenden US-amerikanischen Kreise zunächst befriedigende Ergebnisse. Zu Ende des Jahres 1955 hatte Diem die Ausschaltung des Frankreich freundlich gesinnten Teiles des Offizierskorps erreicht. Um jegliche Opposition zu beseitigen, begann die südvietnamesische Regierung, in weiten Teilen des Landes Aktionen zur Liquidierung der nationalen Befreiungsfront Viet-minh durchzuführen.

Ungeachtet der Verfolgungen und des Terrors, den das Diemregime organisierte, um alle Patrioten zu vernichten, die sich der antinationalen und spalterischen Politik widersetzten, entfalteten die progressiven Kräfte eine große Aktivität. Mit ihrer Losung «Frieden, Einheit und völlige Unabhängigkeit» kämpften sie zuerst mit politischen Mitteln um die Realisierung des in Genf beschlossenen Weges, der eine friedliche und vom Imperialismus unabhängige Zukunft Gesamtvietnams vorsah. Gegen die Terroraktionen der Saigoner Behörden wurden Selbstschutzorganisationen der progressiven Kräfte gebildet. Als die Notwendigkeit, das Saigoner Regime auch mit Waffengewalt zu bekämpfen, immer deutlicher in Erscheinung trat, formierten sich seit 1959 Partisanengruppen.

Nachdem das Diemregime begonnen hatte, die während des Kolonialkriegs gegen Frankreich von der DRV durchgeführte Landverteilung rückgängig zu machen und die Großgrundbesitzer wieder die Macht an sich rissen, erkannten im Süden des Landes viele vietnamesische Bauern die reaktionäre Rolle Diems. In zunehmendem Maße begannen sie, an der Seite der Viet-minh zu kämpfen. Damit zeichnete sich der Zerfall des Marionettenregimes von innen ab. Dieser Entwicklung versuchten die USA in den sechziger Jahren mit einem gewaltsamen, von der CIA organisierten Machtwechsel in Saigon entgegenzutreten.

Der Niedergang der Macht des Regimes konnte trotz neuer Marionetten in Saigon und ständig steigender «Hilfsmittel» aus den USA nicht aufgehalten werden. Bis Ende des Jahres 1961 erhielt Südvietnam nach offiziellen amerikanischen Angaben etwa 500 Millionen Dollar, jeweils zur Hälfte als militärische und nichtmilitärische Hilfe deklariert. Doch der Hauptbestandteil der «nichtmilitärischen Hilfe», unter der Bezeichnung «defense support» vergeben, wurde auch für den Militärhaushalt Südvietnams eingesetzt. Das im Süden Vietnams regierende käufliche Regime riß den Monopolen der USA Türen und Tore auf. Auch dort, wo diese «Hilfe» nicht für die Armee verwendet wurde, war sie doch für den Bau von Objekten militärischer

Bedeutung bestimmt, die auf diese oder jene Weise von den in Südvietnam aufgebauten US-amerikanischen Militärstützpunkten genutzt wurden.

Ende der fünfziger Jahre gab es in Südvietnam mindestens 22 Luftstützpunkte, die faktisch dem US-amerikanischen Kommando unterstellt waren. Ein beträchtlicher Teil der «Hilfe» war für den Bau von Autobahnen verwendet worden, die für die Betreuung dieser Luftstützpunkte genutzt wurden. Einige von ihnen wurden sogar als einhundert Meter breite Pisten gebaut, wie z. B. die zweiunddreißig Kilometer lange Strecke zwischen dem ehemaligen Saigon und Bien Hoa. In gleicher Weise wurde mit dem Bau von Häfen und Brücken verfahren. Brücken wurden in Südvietnam so gebaut, daß sie vor allem für die logistischen Belange von Militärstützpunkten und die Beförderung von Militärgütern genutzt werden konnten. Der Bau von Brücken für Straßen auf dem an Kampuchea grenzenden Hochplateau wurde besonders intensiv betrieben.

Zur gleichen Zeit versuchten die USA, vor allem mit Hilfe des Saigoner Regimes, Druck auf Kampuchea auszuüben, um die dortige Regierung von ihrem neutralen Kurs in der Außenpolitik abzubringen.

Mit der Erweiterung ihres Einflußbereichs in Südvietnam und in Laos waren die führenden Kreise der USA bestrebt, ihre «Eindämmungspolitik» auf weitere Festlandstaaten in Südostasien auszudehnen. Ihr Ziel war, vorgeschobene Positionen auf dem asiatischen Festland zu erlangen, die als potentielle Bedrohung der sozialistischen Staaten in Asien, insbesondere der Volksrepublik China und der Demokratischen Republik Vietnam, wirken sollten.

Die Errichtung einer sozialistischen Staatsmacht sowohl in China und Korea als auch in Vietnam sowie das Bestreben der meisten jungen Nationalstaaten Asiens, ihre Unabhängigkeit zu festigen und eine nichtpaktgebundene Außenpolitik zu verwirklichen, der Ausbau ihrer politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den sozialistischen Staaten auf der Basis der Gleichberechtigung und der friedlichen Koexistenz waren zu jenen Faktoren geworden, die die internationalen Beziehungen in Asien mehr und mehr prägten.

Der USA-Imperialismus hatte die Niederlage seiner Koreaaggression hinnehmen müssen. Er hatte weder das Fiasko der französischen Kolonialarmee in Indochina verhindern können noch das der britisch-französisch-israelischen Aggressoren bei ihrem Suezabenteuer. Die Kriege und kriegsähnlichen Konflikte in den verschiedenen Regionen Asiens hatten das Kräfteverhältnis nicht in einem einzigen Fall zugunsten der imperialistischen Mächte verändern können. Dennoch ließen die führenden Kreise der USA nicht von ihrer «Politik der Stärke» ab. Sie gaben ihre unrealistischen Pläne, unter Einsatz ihrer Militärmacht das Kräfteverhältnis doch noch zu ihren Gunsten zu verändern, nicht auf. Diese Kreise wollten den Wandel, der sich im militärischen Kräfteverhältnis auf entscheidenden Gebieten vollzogen hatte, nicht anerkennen.

Im Verlaufe der fünfziger Jahre hatte die UdSSR erfolgreich die Entwicklung einer neuen Waffentechnik abgeschlossen, der strategischen Raktenkernwaffe. Damit war das Fundament der von den USA betriebenen «Politik der Stärke» untergraben, die

sich nicht zuletzt auf die nuklearen Offensivkräfte der USA stützte – insbesondere in Gestalt ihres Strategischen Bomberkommandos. Jetzt bestanden günstigere Möglichkeiten, die aggressiven, auf Entfesselung von Kriegen gerichteten Absichten des USA-Imperialismus und seiner Verbündeten auch in den asiatischen Regionen zu durchkreuzen. Die gewachsene Kraft der UdSSR und der mit ihr im Warschauer Vertrag verbündeten Staaten war zu einem wichtigen Faktor geworden, mit dem die jungen Nationalstaaten bei der Abwehr von Anschlägen auf ihre Unabhängigkeit rechnen konnten.

Teil II

Die Asienpolitik der Kennedyadministration und Johnsondoktrin *(1961–1968)*

Einleitung

Militärstrategie der «flexiblen Reaktion»

Schon 1957 hatte Henry A. Kissinger, später USA-Außenminister und Sicherheitsberater des Präsidenten der USA, festgestellt: «Die uns zu Gebote stehenden Möglichkeiten schwerster Vergeltung haben weder den Koreakrieg noch den Verlust des nördlichen Indochina, noch den sowjetisch-ägyptischen Waffenhandel und auch nicht die Suezkrise abgewandt.»[1]

Am 6. Dezember 1959 mußte von einer Kommission des USA-Senats die außerordentlich schwerwiegende Einschätzung getroffen werden, daß sich die militärischen Positionen der USA verschlechtert hatten. Die USA, die nach Auffassung ihrer führenden Kreise unbestreitbar in Sicherheit gewesen waren, seien nun im Falle eines

[1] H. Kissinger, Kernwaffen und auswärtige Politik, München 1959, S. 113.

Krieges verwundbar geworden. Was waren die Ursachen für diese Einschätzung?

Erstens war die hohe Leistungsfähigkeit der sowjetischen Wissenschaft und Technik mit dem erfolgreichen Test einer interkontinentalen ballistischen Mehrstufenrakete im August 1957 und mit dem dann im Oktober desselben Jahres gestarteten ersten künstlichen Erdsatelliten, dem Sputnik, in aller Deutlichkeit in Erscheinung getreten. Mit den interkontinentalen Raketen verfügte die UdSSR auf militärischem Gebiet über einen neuen Waffentyp, die strategische Raketenkernwaffe.[2] Die bislang geltende Unerreichbarkeit des Territoriums der USA durch strategische Waffen (die sogenannte strategische Unverletzlichkeit) bestand nicht mehr. Damit war die Politik der atomaren Erpressung gegenüber der Sowjetunion nicht mehr haltbar.

Zweitens erwies sich, daß der Warschauer Vertrag (im Mai 1955 gegründet) mit der Sowjetunion als Hauptkraft zu einer wirksamen militärischen Barriere gegen imperialistische Aggressionspläne geworden war. Das sozialistische Weltsystem war erstarkt, und das internationale Kräfteverhältnis hatte sich weiter zuungunsten des Imperialismus verändert. Von besonderer Bedeutung war dabei, daß zum einen die Sowjetunion weiterhin konsequent konstruktive Vorschläge zur internationalen Entspannung und Abrüstung unterbreitete und zum anderen die Staaten der Warschauer Verteidigungskoalition eine in gleiche Richtung zielende gemeinsame Politik betrieben.[3] Unter den neuen Bedingungen konnten die USA Verhandlungen zur Verhinderung eines thermonuklearen Krieges nicht länger ausweichen.

Drittens hatte die sich mit dem fortschreitenden Zusammenbruch des Kolonialsystems vertiefende antiimperialistische Bewegung die militärischen Positionen der USA ungünstig beeinflußt. Das Stützpunktnetz der USA (und anderer NATO-Staaten) wurde von der Befreiungsbewegung in den arabischen Anrainerstaaten des Mittelmeeres mehr und mehr in Frage gestellt. In Indochina war der Vormarsch der Kräfte der nationalen Befreiungsbewegung nicht zum Stehen gebracht worden. Die mit der Genfer Indochinakonferenz (1954) zeitweilig erreichte Entspannung wirkte sich weltweit aus und erschwerte die Realisierung der Pläne der USA.

Diese Ende der fünfziger Jahre nicht mehr zu übersehenden qualitativen Veränderungen der internationalen militärstrategischen Lage lösten in den USA eine heftige Kritik an der bisher gültigen Militärstrategie der «massiven Vergeltung» aus.

In seiner ersten Kongreßbotschaft vom 28. März 1961 verkündete USA-Präsident J. F. Kennedy eine neue Militärdoktrin, die sogenannte Strategie der flexiblen Reaktion. Ein differenzierter, abgestufter Einsatz militärischer Gewalt sollte den USA

---

[2] Die grundlegenden Veränderungen im Militärwesen der UdSSR waren bis 1961 im wesentlichen abgeschlossen. Als neue, wichtigste Teilstreitkraft der Sowjetarmee waren die strategischen Raketentruppen gebildet worden, die über mächtige Interkontinentalraketen mit Reichweiten von über 12 000 km verfügten und mit Mehrfachkernsprengköpfen von 50 und mehr Megatonnen TNT ausgerüstet waren.

[3] Unter anderem machte die sowjetische Regierung am 16. März 1958 den Vorschlag über das Verbot der Nutzung des Weltraums zu militärischen Zwecken, über die Abschaffung der ausländischen Militärstützpunkte und über die internationale Zusammenarbeit bei der Erforschung des Weltraums. Am 13. Dezember 1958 legte die UdSSR den Vorschlag über einen Nichtangriffspakt zwischen den NATO-Staaten und den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages vor. Am 18. September 1959 brachte sie auf der XIV. Tagung der UNO-Vollversammlung den Vorschlag über die allgemeine und vollständige Abrüstung ein.

in Verbindung mit nichtmilitärischen Mitteln und Methoden neue Bewegungsräume eröffnen. Militärisch sah diese Strategie unter anderem eine Aufwertung begrenzter und auch nichtnuklearer militärischer Aktionen sowie eine Bereitschaft und die Fähigkeit zur gezielten Eskalation bzw. Deeskalation von Konflikten vor. Mit dieser flexiblen Militärstrategie verringerte sich zwar die Bereitschaft der USA, in jedem militärischen Konflikt Kernwaffen einzusetzen, ihr Hauptbestandteil blieb jedoch die Vorbereitung auf einen Kernwaffenkrieg gegen die sozialistischen Staaten sowie die Androhung eines solchen Krieges. Damit wurde der Ausbau der USA-Kernwaffenstreitkräfte intensiviert – sowohl für die Führung eines allgemeinen als auch eines begrenzten Kernwaffenkriegs. Das US-amerikanische Verteidigungsministerium entwickelte unter McNamara im Jahre 1962 die sogenannte Counter force strategy, die einen überraschenden Kernwaffenschlag der USA auf die strategischen Kernwaffenstreitkräfte der Sowjetunion vorsah. Diese Paralysierung der sowjetischen strategischen Kernwaffenstreitkräfte sollte den Spielraum der USA und ihrer Verbündeten für militärische Operationen an der Peripherie des sozialistischen Weltsystems erweitern, ohne daß ein globaler Kernwaffenkrieg ausgelöst würde, der auch die Existenz des USA-Imperialismus bedrohen könnte.

Der allgemeine Kernwaffenkrieg als Hauptkriegsart wurde durch andere Kriegsarten ergänzt. Im Rahmen ihrer Globalstrategie bereiteten sich die USA nunmehr auf die Führung mehrerer Arten von Aggressionskriegen in verschiedenen Regionen der Welt vor. Verteidigungsminister R. McNamara erklärte im Juni 1962, daß die Existenz der sowjetischen strategischen Raketenwaffen die USA zwinge, nach Kriegsarten zu suchen, die nicht in jedem Fall die Schwelle eines allgemeinen Kernwaffenkriegs überschreiten würden. McNamara plante eine dem voraussehbaren Kräfteverhältnis angemessene Eskalation von mehreren Kriegsarten bis hin zum allgemeinen Kernwaffenkrieg, die sogenannte abgestufte Kriegführung. Er forderte, daß die USA-Streitkräfte in den sechziger Jahren befähigt werden sollten, «zweieinhalb Kriege» zu führen, d. h. je einen größeren, bis zur Anwendung operativ-taktischer Waffen begrenzt zu haltenden Krieg in Asien und in Europa und zugleich eine «kleine» Intervention im Nahen Osten, in Lateinamerika oder in anderen Weltregionen.

Wie die weitere Entwicklung in den sechziger Jahren, insbesondere die USA-Agression in Indochina, zeigen sollte, basierte das «Prinzip der $2^1/_2$ Kriege» auf einer völligen Überschätzung der militärischen Möglichkeiten der Vereinigten Staaten von Amerika. Im Zusammenhang mit den von der flexiblen Militärstrategie vorgesehenen begrenzten Kriegen wurde sowohl auf die rasche Verstärkung der mit herkömmlicher Bewaffnung ausgerüsteten Streitkräfte orientiert als auch auf die gesteigerte strategische, operative und taktische Mobilität der Teilstreitkräfte der USA. In erster Linie wurden die Lufttransportkapazitäten erweitert, um USA-Verbände an «Konfliktherde» verlegen zu können. 1962 wies Präsident Kennedy an, statt der geplanten 50 nunmehr 129 Langstreckentransport-Flugzeuge zu bauen, die nach dem Prinzip «Big Lift» (Großer Fahrstuhl) die Mobilität der USA-Land- und -Luftstreitkräfte bedeutend erhöhen sollten. 1969 verfügte das Militäry Airlift Command (MAC) über 200 Großtransporter des Typs C 124 «Globemaster», 36 C 133 «Cargomaster», 32 C 130 «Hercules» und 200 C 141 «Starlifter». Diese besonders rasche Entwick-

lung der Lufttransportmittel der USA-Streitkräfte erfolgte aufgrund der Erfahrungen der USA-Aggression in Indochina und der israelischen Aggression gegen die arabischen Staaten 1967.

Aus der flexiblen Militärstrategie ergab sich als eine weitere Hauptrichtung der Ausbau von «Sonderstreitkräften» (special forces). Sie waren für indirekte oder verdeckte Aggressionen und konterrevolutionäre Subversion sowohl gegen die sozialistischen Staaten als auch gegen die jungen Nationalstaaten vorgesehen. Diese für derartige Operationen speziell bewaffneten und vorbereiteten Einheiten sollten das militärische Instrumentarium der USA für eine flexible Politik und Militärstrategie ergänzen. Am 24. Mai 1961 hatte das «Wall Street Journal» aus einer Denkschrift des damaligen Chefs für Forschung und Entwicklung der USA-Armee, Generalleutnant Arthur G. Trudeau, den Vorschlag veröffentlicht, Subversion und Konterrevolution als geeignete Mittel indirekter Aggression gegen sozialistische Staaten anzuwenden. Mit derartigen Taktiken sollte «ein schwaches kommunistisches Regime am Rande des sowjetischen Blockes» gestürzt werden.[4] An diesen Vorschlag anknüpfend, setzte die Kennedyadministration 1961 unter Leitung des ehemaligen Generalstabschefs der USA-Streitkräfte, General Taylor, eine Sondergruppe für subversive Fragen ein. Im selben Jahr noch legte Taylor ein komplexes Subversionsprogramm für Vietnam vor, von dem Impulse ausgingen, dort neue Formen des Exports der Konterrevolution anzuwenden.

Entsprechend der Anpassung an die veränderten politisch-militärischen Bedingungen verwandten die führenden Kreise der USA außerdem große Anstrengungen darauf, neue, wirkungsvolle Militärkoalitionen zu bilden. Damit wollten sie einmal der Krise, die sich zunehmend im globalen Militärblocksystem zeigte, entgegenwirken. Zum anderen sollten wichtige Regionen, die bislang nicht in die Militärblöcke einbezogen waren, eingegliedert werden. Schließlich wollten die USA Regionalmächte verstärkt in ihre globalstrategischen Vorhaben einbinden.

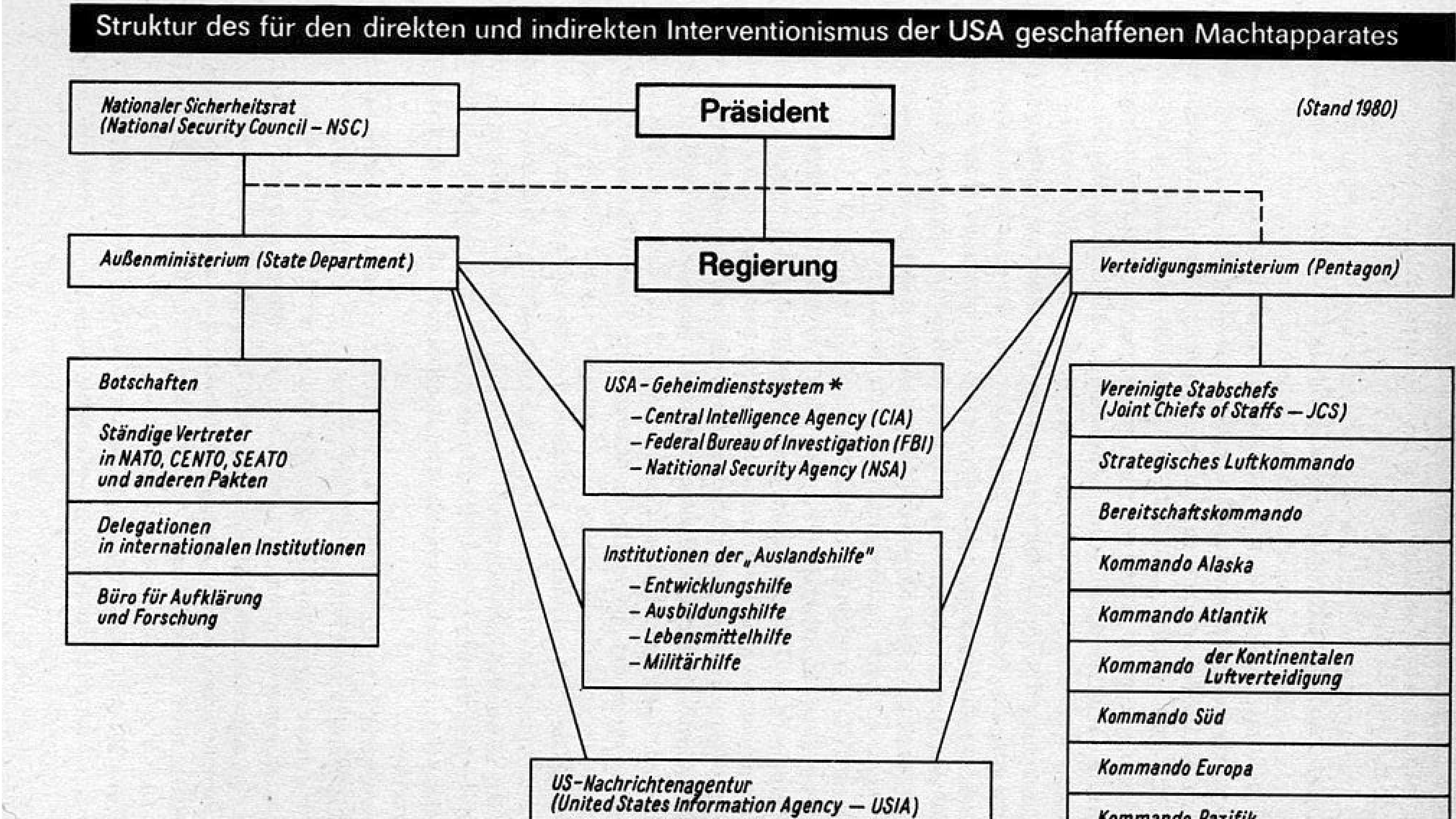
So entwickelte das Pentagon 1962 einen Plan zur Bildung einer Vertragsorganisation für das nordöstliche Asien (North-East Asia Treaty Organization – NEATO), dem Japan, Südkorea, Taiwan und die Philippinen angehören sollten. Hauptaufgabe dieses Militärblocks sollte die Unterstützung der Indochinaaggression der USA sein.

Als sich Ende der sechziger Jahre die Krise der SEATO vertiefte, planten die USA die Bildung einer umfassenden Pazifisch-Asiatischen Vertragsorganisation (Pacific Asia Treaty Organization – PATO). Die bereits bestehenden Pakte ANZUS und ANZAM sollten die militärische Stütze der PATO werden und der Asiatisch-Pazifische Rat ihre politische Basis.[5]

---

[4] Zitiert nach NATO, Strategie und Streitkräfte, Berlin 1980, S. 277.

[5] Der Asiatisch-Pazifische Rat (Asian and Pacific Council - ASPAC) wurde 1966 von Australien, Japan, Malaysia, Neuseeland, den Philippinen, Südkorea, Südvietnam, Taiwan und Thailand zur Festigung ihrer antikommunistischen Regime auf der Basis wirtschaftlicher, politischer und kultureller Zusammenarbeit als eine regionale Organisation gegründet. Obwohl die Mitgliedstaaten die Gründung einer eigenen militärischen Gruppierung ablehnten, wurde die ASPAC von den USA aufgrund ihrer militärgeographischen Lage und wegen der bestehenden Militärverträge als wertvolle Ergänzung zu den Militärblöcken in der Region betrachtet.


Struktur des für den direkten und indirekten Interventionismus der USA geschaffenen Machtapparates
(Stand 1980)
Nationaler Sicherheitsrat (National Security Council – NSC)
Präsident
Außenministerium (State Department)
Regierung
Verteidigungsministerium (Pentagon)
Botschaften
Ständige Vertreter in NATO, CENTO, SEATO und anderen Pakten
Delegationen in internationalen Institutionen
Büro für Aufklärung und Forschung
USA-Geheimdienstsystem *
– Central Intelligence Agency (CIA)
– Federal Bureau of Investigation (FBI)
– Natitional Security Agency (NSA)
Institutionen der „Auslandshilfe"
– Entwicklungshilfe
– Ausbildungshilfe
– Lebensmittelhilfe
– Militärhilfe
US-Nachrichtenagentur (United States Information Agency — USIA)
– Rundfunksender
– Pressestellen
– Computerinformationsnetz über Satelliten
Vereinigte Stabschefs (Joint Chiefs of Staffs — JCS)
Strategisches Luftkommando
Bereitschaftskommando
Kommando Alaska
Kommando Atlantik
Kommando der Kontinentalen Luftverteidigung
Kommando Süd
Kommando Europa
Kommando Pazifik
Geheimdienstagentur des Verteidigungsministeriums
* Dieses Schema enthält nur die wichtigsten Geheimdienst-Informationen

Beide Projekte wurden niemals realisiert, ohne allerdings gänzlich aus den US-amerikanischen Plänen zu verschwinden.

«Kritische Revision» der «Hilfsprogramme»

Im Januar 1961 hielt Eisenhower seine Abschiedsrede als Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika. Er brachte seine tiefe Beunruhigung über die Kosten, die der kalte Krieg den USA verursachte, zum Ausdruck. Zugleich warnte er vor dem zunehmenden Einfluß des militärisch-industriellen Komplexes – der übermäßig engen Verbindung des militärischen Establishment in der Regierung mit der gewaltigen US-amerikanischen Waffenindustrie. Die Befürchtungen des scheidenden Präsidenten waren nicht zuletzt auf die industrielle Stagnation in den USA zurückzuführen. Nach der Krise von 1957/1958 zeichnete sich im kapitalistischen Wirtschaftssystem eine Schwächung der Positionen der USA gegenüber der zunehmenden westeuropäischen und japanischen Konkurrenz ab. Vor dem Hintergrund einer die gesamtwirtschaftliche Lage kennzeichnenden Rezession forderte nun der neugewählte Präsident John F. Kennedy eine «Lastenverteilung» (burden sharing). Diese zielte darauf ab, die Ressourcen ihrer Verbündeten unter den Bedingungen der sechziger Jahre in einer für die USA vorteilhafteren Weise zu koordinieren.

Die USA wollten die erstarkten ökonomischen Potenzen ihrer westeuropäischen Verbündeten sowie die Japans ausnutzen, um ihr in seiner Ausdehnung globales und seinem Instrumentarium nach militarisiertes Auslandsengagement uneingeschränkt fortsetzen zu können. Die Verbündeten sollten veranlaßt werden, einen Teil der Kosten für die globale USA-Militärpolitik zu übernehmen.

Seit Mitte der fünfziger Jahre hatte sich das Defizit der Zahlungsbilanz der USA immer mehr ausgeweitet. Es setzte der Goldabfluß aus den USA ein. Damit verbunden waren aber auch die ersten Anzeichen der Gefährdung des Dollars als Leitwährung. Die USA nahmen im kapitalistischen System nicht mehr wie in den vierziger und Anfang der fünfziger Jahre eine Sonderstellung ein. Damals hatten sie noch alle kapitalistischen Länder sowohl hinsichtlich der Größe des Nationaleinkommens und der industriellen Produktion als auch in bezug auf die Ausmaße der Wirtschaft und des Binnenmarktes sowie hinsichtlich des Standes der Arbeitsproduktivität weit übertroffen.

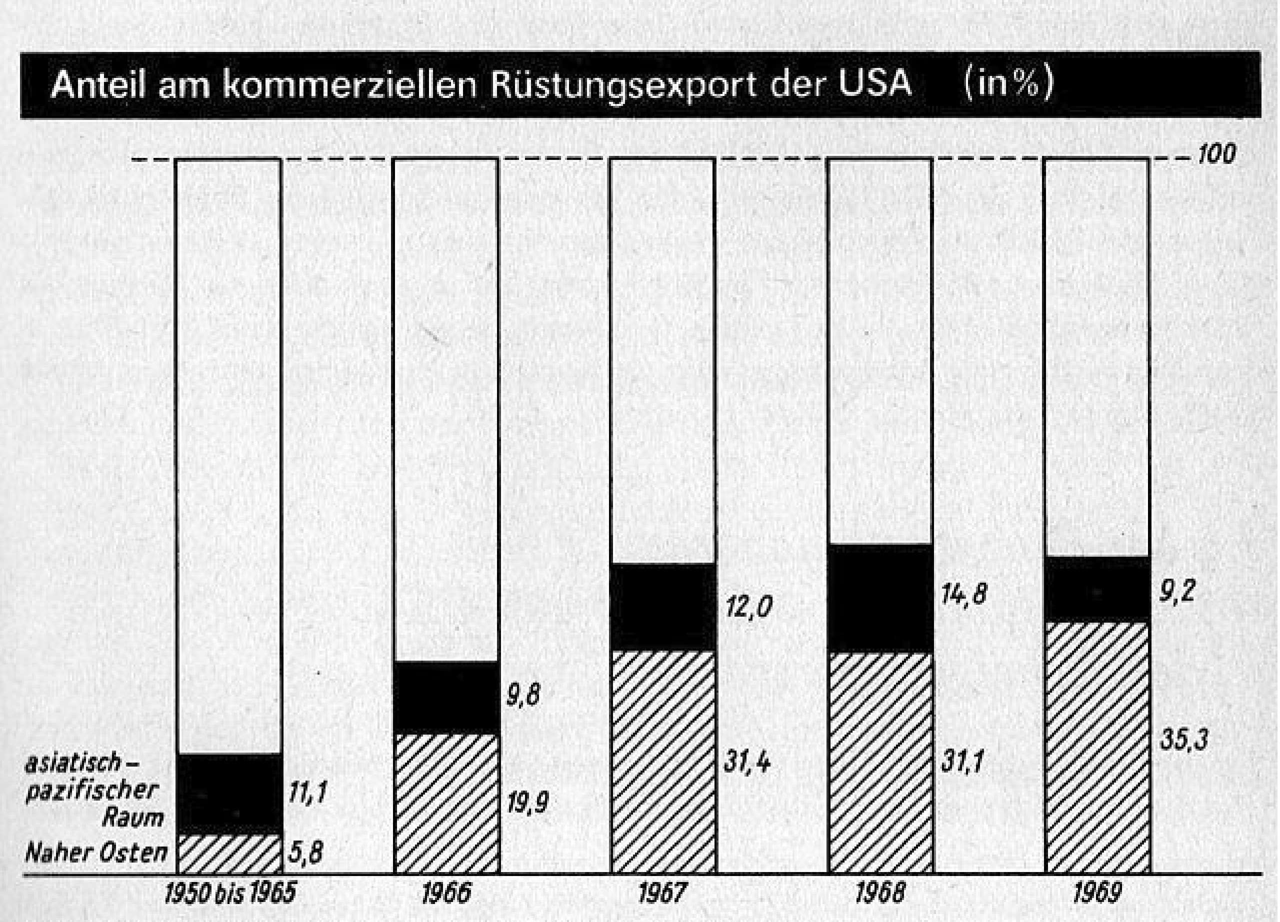
Mit dem Übergang zu den sechziger Jahren trat außerdem die Tatsache, daß es den imperialistischen Hauptmächten nicht gelungen war, den Status quo in den Ländern Asiens zu erhalten, als gravierendes außenpolitisches Moment in Erscheinung. Obwohl sie in immer kürzerem Abstand militärische Gewalt eingesetzt hatten, beispielsweise in Algerien, in Korea, in Vietnam, in der Suezaggression gegen Ägypten und in Libanon, vermochten sie den generellen Aufschwung der nationalen Befreiungsbewegung nicht zu verhindern. Auch die Revolution in Kuba konnte trotz des im April 1961 von der CIA inszenierten Überfalls kubanischer Konterrevolutionäre in der Schweinebucht nicht rückgängig gemacht werden. Der antiimperialistische Kurs der auf Nichtpaktgebundenheit orientierten jungen Nationalstaaten, wie der

Indiens und Ägyptens unter Führung Nehrus bzw. Nassers, beeinflußte in zunehmendem Maße die internationalen Beziehungen.

Die regierenden Kreise der USA wurden weltweit mit einer den US-amerikanischen Interessen zuwiderlaufenden Tendenz in ihren Beziehungen zu den Entwicklungsländern konfrontiert. Ihre Erwartungen, daß nach Beseitigung der alten kolonialen Beziehungen zwischen diesen Ländern und den imperialistischen Rivalen der USA nunmehr mit neokolonialistischen Mitteln eine unbeschränkte Ausdehnung der US-amerikanischen Macht- und Einflußsphären in Asien und im Nahen Osten erfolgen könnte, hatten sich nicht erfüllt.

Ende der fünfziger / Anfang der sechziger Jahre stießen die USA auf eine wachsende Opposition gegen den expansionistischen Charakter ihrer «Hilfe». Diese ging von breiten Kreisen der Öffentlichkeit in den jungen Nationalstaaten aus, die erkannten, welche negativen Folgen diese «Hilfe» für die staatliche Unabhängigkeit ihrer Länder und deren Souveränität hatte. Angesichts der zunehmenden Opposition aus diesen Staaten, aber auch aufgrund des wachsenden Einflusses der sozialistischen Gemeinschaft auf das internationale Geschehen begannen die regierenden Kreise der USA, ihre «Hilfs»programme einer kritischen Einschätzung zu unterziehen.

Aus entsprechenden Untersuchungen zogen sie den Schluß, daß allein mit Militär«hilfe» der sinkende Einfluß der USA in diesen Ländern nicht aufgehalten werden konnte. In den führenden Kreisen der USA verbreitete sich die Erkenntnis, daß ihre Positionsverluste in Entwicklungsländern bei weitem nicht nur auf die solidarische Hilfe und Unterstützung der sozialistischen Staaten für diese Länder zurückzuführen



seien, sondern in erster Linie aus den dortigen innenpolitischen Entwicklungen resultierten. Deshalb stellten sie jetzt grundsätzlicher als in der Anfangsphase des kalten Krieges die Frage nach der Qualität und dem Einfluß der USA-«Hilfe» auf die Veränderungen in diesen Ländern. Ihre Hauptforderung lief darauf hinaus, neue Methoden zu entwickeln, um die aufkeimenden sozialen Konflikte und insbesondere den immer stärker anschwellenden Nationalismus für US-amerikanische Zwecke zu nutzen.

Diese «kritische Revision» der «Hilfsprogramme» führte zu gewissen Korrekturen der USA-Politik auf diesem Gebiet, die besonders in den sechziger Jahren deutlich in Erscheinung traten. Während in den vierziger und fünfziger Jahren vorrangige Kriterien für die Gewährung von «Hilfe» die militärstrategische Bedeutung eines Empfängerlandes und seine politische Rolle in der Systemauseinandersetzung gewesen waren, orientierten die veränderten «Auslandshilfeprogramme» jetzt darauf, gesellschaftliche Umwälzungsprozesse unter USA-Kontrolle zu bringen. Ein Alternativprogramm gegenüber der Wirtschaftshilfe der sozialistischen Staaten wurde mit dem Ziel entwickelt, die volkswirtschaftlichen Prozesse in den jungen Nationalstaaten umfassender beeinflussen zu können.

Die Kennedyregierung unternahm den Versuch, dem sinkenden Einfluß der USA in den Ländern Asiens entgegenzuwirken, indem sie das Schwergewicht von der militärischen auf andere Formen der «Hilfe» verlagerte. Zur besseren Verschleierung des militärischen Aspektes wurde die «Militärhilfe» vom «Auslandshilfeprogramm» getrennt.[6] Die geographische Verteilung der «Hilfe» in den sechziger Jahren zeigte aber, daß dabei die militärpolitischen Interessen der führenden Kreise der USA weiterhin eine vorrangige Rolle spielten. Fast zwei Drittel der gesamten Mittel aus den «Hilfe»programmen entfielen auf den asiatischen Kontinent. Im Nahen Osten waren die Hauptempfänger die CENTO-Staaten sowie Israel. Im asiatisch-pazifischen Raum erhielten die SEATO-Staaten den Hauptanteil sowie jene Regime, die als Stützen der Politik des kalten Krieges gegen den Sozialismus in diesem Raum galten – die in Südkorea, auf Taiwan und in Südvietnam. Japan, der wichtigste Partner des USA-Imperialismus im asiatisch-pazifischen Raum, rangierte nicht unter den «Hilfe»-empfängern. Der japanische Imperialismus begann in den sechziger Jahren, selbst «Hilfe» an südostasiatische Länder zu geben.

Japans Platz im militärstrategischen und globalpolitischen Konzept der USA in den sechziger Jahren

Japans Platz in den Plänen der führenden Kreise der USA wurde in dieser Periode von dem neuen japanisch-amerikanischen «Sicherheitsvertrag» bestimmt. Vor allem

---

[6] Bedeutende «Hilfe» erhielten jetzt auch nichtpaktgebundene Länder wie Indien, Indonesien und Ägypten, damit sich diese der wirtschaftlichen Expansion der USA nicht länger verschließen würden.

erfolgte der Abbau der im «Vertragssystem von San Francisco» noch festgelegten Einschränkungen der Souveränität Japans. Das einseitige Abhängigkeitsverhältnis Japans von den USA wurde in Partnerschaftsbeziehungen auf mehr gleichberechtigter Basis verändert. In dem am 19. Januar 1960 unterzeichneten Vertrag verpflichtete sich nunmehr auch Japan, sein Rüstungspotential zu vergrößern und im Kriegsfall dem Bündnispartner militärischen Beistand zu leisten. Den USA wurde weiterhin das Recht garantiert, Militärbasen (etwa 140 Objekte) in Japan zu unterhalten. Klauseln aus dem «Sicherheitsvertrag» von 1951, die offensichtlich die Souveränität Japans einschränkten, wie das Recht der USA, ihre Truppen zu Polizeiaktionen auf japanischem Territorium einzusetzen, wurden in den Text des neuen Vertrages nicht aufgenommen. Wegen der eineinhalb Jahre andauernden machtvollen Aktionen der demokratischen und Friedenskräfte in Japan gegen die Unterzeichnung des neuen Sicherheitsvertrages mußte die Japanreise von USA-Präsident Eisenhower abgesagt werden. Die Ratifizierung des Vertrages wurde deshalb um Monate hinausgeschoben, konnte aber nicht verhindert werden.

Aufgrund seines reaktionären Wesens, seiner aggressiven und antikommunistischen Stoßrichtung übte der Vertrag einen negativen Einfluß auf die sich seit Mitte der fünfziger Jahre anbahnende Normalisierung der japanisch-sowjetischen Beziehungen aus. Während der sechziger Jahre beeinflußte er das Verhältnis Japans zur Volksrepublik China ebenfalls sehr ungünstig.

Obwohl die führenden Kreise der USA und Japans in der grundsätzlichen Zielstellung des neuen Bündnisses übereinstimmten, zeichneten sich in einer Reihe von Fragen weitgehende Meinungsverschiedenheiten zwischen den vertragschließenden Seiten ab. Entsprechend der gewachsenen ökonomischen Stärke Japans verlangten die führenden japanischen Kreise mehr Gleichberechtigung im Rahmen des Bündnisses mit den USA, orientierten aber weiterhin auf dessen Stärkung. Zugleich wollten sie mehr Außenhandelskonzessionen auf dem US-amerikanischen Markt für das rasch aufstrebende japanische Monopolkapital erlangen und sich größere Bewegungsfreiheit in den internationalen Beziehungen sichern. Außerdem sollte ihr regionaler Führungsanspruch in Südostasien auf eine neue Grundlage gestellt werden.

Der militärische Beitrag Japans sollte dagegen weiterhin eine untergeordnete Rolle spielen. Die Realisierung der wiederholt gestellten US-amerikanischen Forderung nach bedeutender Verstärkung der japanischen Landstreitkräfte wurde mit dem Hinweis auf den die Remilitarisierung Japans einschränkenden Artikel der Verfassung lange hinausgezögert.[7] Die Rüstungsausgaben Japans sollten nicht wesentlich erhöht werden. Die zur Verfügung stehenden Mittel wurden vorrangig im Interesse der weiteren Wirtschaftsexpansion investiert. Die regierenden Kreise Japans hielten an der nach der Niederlage im zweiten Weltkrieg gemachten Erfahrung fest, daß unter dem gegebenen internationalen Kräfteverhältnis die außenpolitischen Interessen Japans mit ökonomischer Expansion effektiver und erfolgreicher durchgesetzt werden könnten als mit einer militärischen Aggression. Der «Plan zur Verdoppelung

[7] Am 21. November 1965 wurde ein neuer japanischer Rüstungsplan veröffentlicht, der die Verstärkung der Streitkräfte auf 180000 Mann vorsah.

des Nationaleinkommens» Japans (Dezember 1960) sah jährlich von 1961 bis 1970 die beachtliche reale Erhöhung des Bruttosozialprodukts um etwa 7,2 Prozent vor.

Die führenden Kreise der USA hatten ihrem japanischen Verbündeten in ihren militärstrategischen und globalpolitischen Plänen eine andere Rolle zugedacht. Am 5. Dezember 1961 betonte Präsident Kennedy, daß die USA die Partnerschaft mit Japan wünschen, um «den Vormarsch des Kommunismus in Asien aufzuhalten». Das rasch wachsende ökonomische Potential Japans sollte effektiver für die globalstrategische Zielsetzung der USA genutzt werden. Vor allem ging es darum, daß auch Japan die USA-Aggression in Indochina mit absicherte.

Im Januar 1965 gab der japanische Ministerpräsident Sato eine Erklärung zur Unterstützung der USA-Aggression ab. Der Beitrag des japanischen Verbündeten erfolgte dann in zwei Richtungen: Einmal übernahmen japanische Werften die Reparatur US-amerikanischer Kriegsschiffe, und die japanischen Monopole lieferten Kriegsmaterial, zum anderen wurde die Wirtschaftshilfe Japans an die proamerikanischen Regime in Südostasien wesentlich verstärkt. Allerdings nutzte das japanische Monopolkapital diese Wirtschaftshilfe zugleich, um die Expansion Japans in diese Region außerordentlich auszuweiten. (Von 1965 bis 1970 verdoppelte sich der japanische Export nach Südostasien.)

Sehr bald mußten die USA die Erfahrung machen, daß sich mit zunehmendem Einsatz des japanischen Wirtschaftspotentials im globalstrategischen Interesse die japanisch-amerikanischen Widersprüche spürbar vertieften. Die USA wurden als Haupthandelspartner der südostasiatischen Länder verdrängt; japanische Monopole überschwemmten mit ihren Erzeugnissen auch den US-amerikanischen Markt. (Von 1965 bis 1970 wuchs das Handelsdefizit der USA mit Japan von 113 Millionen Dollar auf 380 Millionen Dollar.) Das Wechselverhältnis von Partnerschaft und Rivalität begann auf die japanisch-amerikanischen Beziehungen immer stärker zu wirken.

Japan sollte in zwei geplanten regionalen Militärblöcken – in der «North-East Asia Treaty Organization» (NEATO) und der «Pacific Asia Treaty Organization» (PATO) – eine führende Rolle übernehmen. Die USA glaubten, sich über die Allianz mit Japan maßgeblichen Einfluß auf diese Pakte sichern zu können. Außerdem hätte Japan, das unter den kapitalistischen Ländern der Region über eine der kampfstärksten Armeen verfügte, ein starkes Potential in diese Militärblöcke einbringen können. Doch die Japan hier zugedachte Rolle ließ sich in den sechziger Jahren nicht verwirklichen. Die beiden geplanten Blöcke kamen nicht zustande. Ungeachtet der sich herausbildenden unterschiedlichen Positionen in einer Reihe wesentlicher Fragen und trotz der sich insbesondere auf ökonomischem Gebiet verschärfenden Rivalität zwischen dem Monopolkapital der USA und Japans behielt dennoch für beide imperialistische Mächte das im «Sicherheitsvertrag» von 1960 fixierte politisch-militärische Bündnis vorrangige Bedeutung.

US-amerikanisches «Überengagement» in Indochina

«Spezialkrieg» der USA in Indochina

Im Mai 1961 sandte John F. Kennedy, der im Januar sein Präsidentenamt angetreten hatte, Lyndon B. Johnson, damals USA-Vizepräsident, nach Saigon. Dessen Auftrag bestand darin herauszufinden, in welcher Weise das Regime Ngo Dinh Diem unterstützt werden müßte, um mit der immer komplizierter werdenden Situation fertig zu werden. Als Vizepräsident Johnson von seiner Südostasienreise zurückgekehrt war, erklärte er, daß die Zeit dränge und die Regierung eine grundsätzliche Entscheidung zu ihrer Südostasienpolitik treffen müsse, um die Interessen der USA in Asien zu wahren. Anderenfalls sei sie möglicherweise bald gezwungen, ihre westliche «Verteidigungslinie» bis nach San Francisco, an die Westküste des amerikanischen Kontinents zurückzunehmen. «Wenn sich Amerika nicht hinter Diem stellt», meinte Johnson, «dann erklären wir der Welt, daß wir nicht zu unseren Verträgen stehen und nicht zu unseren Freunden halten.»[1]

Die USA-Regierung, die bereits am 13. Mai 1961 ein neues «Hilfs»abkommen mit Saigon abgeschlossen hatte, erhöhte daraufhin die Lieferungen an Kriegsmaterial sowie die Anzahl ihrer Militärberater, die nun bis zur Kompanieebene eingesetzt wurden, bedeutend. Das Saigoner Diktaturregime sah sich aber mit einer zunehmend stärker werdenden patriotischen Bewegung konfrontiert, die es auch mit größerer Unterstützung aus den USA nicht mehr niederzuhalten vermochte.

Den patriotischen Kräften war es bisher nicht gelungen, die USA und das Saigoner Regime zur Einhaltung der Genfer Indochinaabkommen (Juli 1954) zu bewegen. Die bis 1956 vorgesehenen Wahlen in Gesamtvietnam und die anschließende Schaffung eines einheitlichen, demokratischen, unabhängigen Vietnam waren nicht erfolgt. Mit Unterstützung der USA hatte Diem das Land gespalten und seine Diktatur über den Süden errichtet. Er verfolgte jede Opposition mit brutaler Gewalt. Ein wichtiger Schritt auf dem Wege der Konsolidierung der Widerstandskräfte gegen diesen Kurs Diems war die Bildung der Nationalen Front für die Befreiung Südvietnams (NFB) im Dezember 1960. Diese kämpfte für den Sturz des USA-hörigen Spalterregimes in Saigon und hatte die Bildung einer Verwaltung der nationalen, demokratischen Koalition sowie die Wiedervereinigung des Vaterlandes zum Ziel. Gestützt auf die bereits bestehenden Partisanengruppen, wurde im Februar 1961 die Befreiungsarmee der NFB gegründet. Diese hatte in der Landbevölkerung eine sichere Stütze. Schließlich waren im Programm der NFB solche konkreten Kampfziele wie die Bodenreform und die Beseitigung der drückenden Pachtabgaben enthalten, die den Forderungen der Masse der Bauern entsprachen. Ende 1961 war bereits ein Drittel der südvietna-

---

[1] Zitiert nach St. A. Ambrose, Rise to Globalism, Baltimore 1971, S. 303.

mesischen Bevölkerung vom Terror der Saigoner Truppen befreit. Das Diemregime drohte zusammenzubrechen.

Die regierenden Kreise der USA verfolgten diese Entwicklung mit größter Besorgnis. Präsident Kennedy gehörte zu denjenigen, die den nach 1945 in den USA lebenden Diem schon seit Anfang der fünfziger Jahre persönlich gefördert hatten. Er sah das Diemregime als Bestandteil des «antikommunistischen Bollwerks» in dieser Region Asiens an und teilte ebenso wie die Eisenhower-Dulles-Regierung in vollem Umfang die Auffassung, Südvietnam sei eine Schlüsselposition, deren Stabilität die «amerikanischen Sicherheitsinteressen» direkt berühre. Die Aufrechterhaltung der USA-Präsenz in Südvietnam wurde von ihm, wie auch von Johnson, als ein «Testfall für die Verantwortlichkeit und Entschlossenheit der Vereinigten Staaten in Asien betrachtet».[2]

In der für das Saigoner Regime Ende 1961 so kritischen Situation kamen Kennedy die Vorschläge der gerade von dort zurückgekehrten sogenannten Taylor-Rostow-Mission sehr gelegen. General Maxwell D. Taylor erklärte in seinem Bericht unumwunden, daß eine grundlegende Veränderung des Wesens der US-amerikanischen «Hilfe» erforderlich sei, um Diems Position zu stabilisieren. Er wollte nicht nur die militärische Beteiligung der USA erhöhen, sondern empfahl für Südvietnam auch ein komplexes Programm der konterrevolutionären Subversion. Taylor wollte bedeutend mehr Militärberater (17000 bis 20000 Mann) nach Südvietnam schicken, die die Truppen Diems vor allem auf eine spezielle «Antiguerilla-Kriegführung» vorbereiten sollten. Der entscheidende Beitrag im Bürgerkrieg war nach wie vor dem Saigoner Regime zugedacht. USA-Verbände hätten in erster Linie die Aufklärungstätigkeit sowie die Versorgung über eine Luftbrücke zu übernehmen.

Eine erfolgreiche «Antiguerilla-Kriegführung» setzte nach Taylors Vorstellungen aber auch gewisse Veränderungen im politischen Kurs des Diemregimes voraus. Vor allem sollte eine Erweiterung der politischen Basis dieser Familiendiktatur erreicht werden. Außerdem war vorgesehen, den Schwerpunkt der Aktionen des Diemregimes in ländliche Gegenden zu verlegen, dorthin, wo die NFB ihre Stützpunkte hatte, und sich nicht nur auf militärische Operationen zu beschränken. Die Taylor-Rostow-Mission forderte von der Saigoner Regierung, eine Alternative zum Programm der NFB zu entwickeln. Mit einem minimalem Programm für soziale Reformen sollte Diem in gewisser Weise den nationalen Bestrebungen der nichtprivilegierten Schichten begegnen und diese damit dem Einfluß der NFB entziehen. Von der Durchführung solcher Maßnahmen versprach man sich eine Stabilisierung des Saigoner Regimes.

Diese Vorstellungen wurden in den Ende 1961 vorgelegten konterrevolutionären Plänen, dem «Counter Insurgency Plan» und dem «Geographical phased National Plan», konkretisiert. Der Hauptstoß war gegen die Landbevölkerung gerichtet. Eine Serie subversiver Aktionen sollte zuerst in den ländlichen Gebieten durchgeführt werden, um die Anhänger der NFB aufzudecken und die Verbindungen der NFB zur Landbevölkerung zu zerschlagen. Dem sollte eine gezielte politische Beeinflussung der Bevölkerung zugunsten des Diemregimes folgen – kombiniert mit bestimmten

---

[2] American Friends of Vietnam, America's Stake in Vietnam, A Symposium, New York 1956, S. 8–14.

sozialen Maßnahmen, z. B. der Befreiung der Bauern von einem Teil der Schuldenlast, der Sicherung der schulischen und medizinischen Versorgung.

Die Regierung Diems war jedoch weder fähig, die subversiven Aktionen durchzuführen noch die sozialpolitischen Reformen in Angriff zu nehmen. Im Gegenteil, dort, wo es gelang, die Verbindungen der NFB zu den Dorfbewohnern zu zerreißen, ließ Diem unverzüglich die Macht der Großgrundbesitzer restaurieren, die er nach wie vor als seine politische Hauptstütze betrachtete. Oft wurde den Bauern sogar eine mehrjährige Nachzahlung der Pacht auferlegt. Damit scheiterte der Versuch, die politische Basis des Diemregimes auf dem Lande zu erweitern.

Die Taylor-Rostow-Mission hatte Präsident Kennedy aber auch vorgeschlagen, mit einer «abgestuften Bombardierung» der Demokratischen Republik Vietnam zu beginnen. Damit sollte der Norden Vietnams von jeglicher Unterstützung des Südens «abgeschreckt» werden. Kennedy lehnte diesen Vorschlag damals ab.

Kennedys erstes Amtsjahr, 1961, stand unter dem Zeichen der fehlgeschlagenen Invasion auf Kuba und der Zurückweisung des geplanten Anschlages gegen die DDR durch die Sicherung der Friedensgrenze in Europa. Mit aller Schärfe war dabei das mit einer globalen militärischen Konfrontation verbundene Risiko für die USA in Erscheinung getreten. Die Kennedyregierung scheute deshalb noch vor einer offenen militärischen Aggression in Südvietnam zurück. Vielmehr glaubte sie, die Patrioten der südvietnamesischen Befreiungsbewegung mit ihrer verstärkten Beteiligung am sogenannten Spezialkrieg effektiver vernichten zu können. Dieser «Spezialkrieg» sollte unterhalb der Schwelle zum «begrenzten Krieg» (sublimited war) bleiben und auf der Grundlage eines komplexen konterrevolutionären Programms geführt werden. Erfahrungen dafür waren in Laos und in der südvietnamesischen Bergprovinz Darlac gesammelt worden.

Unter Verletzung des Genfer Indochinaabkommens von 1954 waren die USA Ende 1960 zur offenen Intervention in Laos übergegangen. Sie wollten die an der Neutralität von Laos festhaltende rechtmäßige laotische Regierung durch ein proamerikanisches Regime ersetzen. Die dann mit Hilfe der USA an die Macht gekommenen reaktionären Kräfte erwiesen sich jedoch in den sich zuspitzenden politischen und militärischen Auseinandersetzungen als zu schwach. Die auf Wahrung der Neutralität von Laos orientierenden Kräfte, insbesondere auch in der Armee, konnten ihre Positionen festigen. Die Einmischung der USA verursachte in Laos eine Krise, die erst mit den Beschlüssen der internationalen Genfer Laoskonferenz (Mai 1961 bis Juli 1962) beigelegt werden konnte. Danach mußten sich die USA verpflichten, ihre Einheiten abzuziehen und die Neutralität von Laos zu respektieren. Das aber entsprach keineswegs den Plänen der USA-Regierung für Südostasien.

Angesichts dieser ihren Interessen zuwiderlaufenden Entwicklung beauftragte die Regierung die CIA mit dem Aufbau konterrevolutionärer Einheiten im Norden von Laos. Bereits Mitte 1961 stand unweit der Grenze zur DRV eine mit modernen Waffen ausgerüstete irreguläre Armee von 9000 Mann bereit. Die sich vorwiegend aus den dort in besonders rückständigen Verhältnissen lebenden Meo rekrutierenden Einheiten waren für konterrevolutionäre Operationen ausgebildet worden. Zugleich hatte man einige Maßnahmen zur Verbesserung der medizinischen und sozialen Versor-

gung eingeleitet. Mit einer Kombination von militärischen und sozialen Maßnahmen wollten die USA die Herausbildung einer stabilen Opposition zur rechtmäßigen Regierung in Vientiane fördern. Unterstützt werden sollten die Operationen der Meo in Laos durch die in Thailand ebenfalls von der CIA formierten irregulären Einheiten, in denen sich die dort verbliebenen Reste der Guomindang zusammengeschlossen hatten. Diese konterrevolutionären Verbände waren für die USA ein wichtiges Instrument, mit dem sie nach der Genfer Konferenz in die politische Entwicklung von Laos eingreifen konnten. Und die in der Nähe der vietnamesischen Grenze dislozierten Meo-Einheiten stellten eine Bedrohung der DRV dar; damit unterstützten sie den «Spezialkrieg» in Südvietnam.

Seit November 1961 hatte die CIA damit begonnen, aus Angehörigen der Bergstämme Südvietnams, in der Provinz Darlac, über 30000 Mann in sogenannten Selbstschutzgruppen zu formieren. Im Sinne kombinierter konterrevolutionärer Maßnahmen wurde auch in dieser Bergprovinz zusammen mit der Aufstellung irregulärer Einheiten ein minimales soziales Reformprogramm durchgeführt, um eine politische Alternative zu den sozialen Zielen des Programms der NFB zu schaffen.

Nachdem die ersten Versuche gescheitert waren, das Diemregime zu wirkungsvollen konterrevolutionären Maßnahmen zu veranlassen, schaltete sich der Nationale Sicherheitsrat der USA mit dem «Strategischen Konzept für Vietnam» ein. Auf der Grundlage dieses Konzepts veröffentlichte die Regierung in Saigon im August 1962 einen «gesamtnationalen Plan» zur Zwangsumsiedlung der Landbevölkerung in sogenannte strategische Dörfer. Am Hauptziel, der NFB unverzüglich und endgültig die Unterstützung der Landbevölkerung zu entziehen, hatte sich nichts geändert. Die Zwangsumsiedlung war zuerst für die Landbevölkerung im Gebiet um Saigon und im Mekongdelta vorgesehen. Geplant war die Schaffung von über 11000 «strategischen Dörfern», d. h. Siedlungen, die mit Stacheldrahtverhauen und Minensperren umgeben waren, so daß jegliche Verbindung der Bevölkerung zur NFB unterbunden werden konnte. In den weiteren Phasen des Planes war auch wieder eine Kombination von subversiven, Polizei- und sozialen Maßnahmen beabsichtigt.

Den Gedanken, soziale und politische Reformen in Südvietnam zur Stabilisierung des Diemregimes einzuleiten, hatten die führenden Kreise der USA nicht aufgegeben. Sie hofften noch immer, sich mit einem minimalen Reformprogramm die breite Unterstützung der Bevölkerung für ihre konterrevolutionären Pläne sichern zu können. Kennedy erklärte, es sei nicht ausreichend, das Saigoner Regime an der Macht zu halten, vielmehr müsse «Amerika dem vietnamesischen Volk etwas anbieten, wofür es zu leben lohne»[3]. Gemeint war damit die gewaltsame Zerstörung der vorhandenen Gesellschaftsstrukturen und die Einführung kapitalistischer Produktions- und Machtverhältnisse. Mit ein paar sozialen Maßnahmen glaubte man, die Dorfbewohner für das volksfeindliche Diemregime gewinnen zu können. Danach sollten die Einwohner in den «Zivilschutz», d. h. in paramilitärische, konterrevolutionäre Einheiten eingegliedert werden. Die weitere Liquidierung der NFB sollte in erster Linie Aufgabe dieser Einheiten und der örtlichen Polizeikräfte sein, während die regulären Verbände

[3] Zitiert nach D. G. Wilke, Eindämmung und Neutralisierung, Freiburg i. Br. 1969, S. 77.

Diems erst in letzter Instanz eingreifen sollten, damit sie ihre Kräfte für entscheidende Operationen aufsparten.

Es war vorgesehen, daß bei der Verwirklichung dieses komplexen Programms auch die im Süden Vietnams operierenden britischen und US-amerikanischen Geheimdienste entscheidend mitwirkten. Die bei der Umsetzung aller bisherigen Pläne erwiesene Schwäche des Saigoner Regimes veranlaßte die USA-Regierung, die CIA und die bereits eng mit ihr zusammenarbeitenden «Auslandshilfe»-Organisationen maßgeblich in die Zwangsumsiedlung und den Aufbau konterrevolutionärer Sondereinheiten einzuschalten.

Aus Kennedys «Hilfs»programm wurden der CIA umfangreiche Mittel für den Aufbau konterrevolutionärer Spezialverbände bereitgestellt, die dem Kommando von Diems Bruder Ngo Dinh Nhu unterstellt wurden. Dreiviertel des Bestandes dieser Spezialverbände (etwa 6000 Mann) wurden zur Durchführung subversiver Aktionen, zum Aufspüren und Verhören der Anhänger der NFB auf dem Lande eingesetzt. Diese Verbände stellten den Kern der konterrevolutionären, paramilitärischen Einheiten dar, die in den Provinzen zur Vernichtung der NFB aufgestellt wurden. Den Rest dieser «Sonderstreitkräfte» (ungefähr 2000 Mann) bildete die Geheimpolizei in Saigon.

Eine neue Erscheinung in diesem «Spezialkrieg» der USA war die Ausdehnung der US-amerikanischen Präsenz über das gesamte vom Diemregime kontrollierte Gebiet Südvietnams. So wuchs nicht nur die Anzahl der sogenannten Hauptquartiere US-amerikanischer Geheimdienstorganisationen und Militärstäbe in Saigon, es erfolgte zugleich ein sprunghafter Anstieg der Zahl ihrer Nebenstellen in allen größeren Städten. Auf der Grundlage des mit dem Saigoner Regime unterzeichneten «Abkommens zur Rehabilitierung der Provinzen» hatten die USA-Militärberater, die Mitarbeiter der CIA und der «Auslandshilfe»-Organisationen nun auch die Möglichkeit, unmittelbar in die Entscheidungen der südvietnamesischen Provinzverwaltungen einzugreifen sowie die Kontrolle über die Durchführung der Zwangsumsiedlung auszuüben.

Im Oktober 1961 war die Anlage von 3000 «strategischen Dörfern» abgeschlossen, im April 1963 waren es 5900, und bis Juli 1963 war ihre Zahl auf 7200 gestiegen. Bis Ende 1962 waren über 4,25 Millionen Menschen in die Zwangsumsiedlung einbezogen, diese Zahl stieg bis Oktober 1963 auf 8,7 Millionen.

Das Saigoner Regime rühmte sich, daß mit diesen konterrevolutionären Aktionen «alle Maßnahmen des Feindes der Nation blockiert und die Grundlagen seiner Organisation erschüttert wurden»[4].

Im Februar 1962 errichteten die USA eine besondere Kommandozentrale in Saigon, das «Military Assistance Command». Sie hatte nicht nur die Aufgabe, die Einsätze der USA-Berater in der Saigoner Armee, sondern auch die selbständigen Aktionen von US-amerikanischen Einheiten zu leiten. Mit dieser Maßnahme sowie mit den im Rahmen des militärischen «Hilfeabkommens» vom Mai 1961 enorm ge-

---

[4] Zitiert nach D. S. Blaufarb, The Counterinsurgency Era: U. S. Doctrine an Performance, New York 1977, S. 120.

stiegenen Lieferungen an Kriegsmaterial erhöhte sich die Kampfkraft der Saigoner Truppen. Gewisse Erfolge konnte die Saigoner Armee auch mit der Taktik des «Spezialkriegs» erzielen. Dieser beruhte unter anderem darauf, starke Infanterieeinheiten des Saigoner Regimes, unterstützt von Hubschraubern, überraschend gegen die befreiten Gebiete einzusetzen und dort eine Einheit der Volksbefreiungskräfte nach der anderen aufzureiben. Die zeitweiligen militärischen Erfolge und die massenhafte Zwangsumsiedlung veranlaßten die imperialistischen Kräfte Ende 1962 zu einer sehr optimistischen Einschätzung der Wirksamkeit ihres kombinierten konterrevolutionären Programms. Auch als erste Warnungen laut wurden, daß die Durchführung der Maßnahmen verschiedenen Orts auf beachtliche Schwierigkeiten stießen und sogar zum Stehen gebracht wurden, blieb der Optimismus in den offiziellen Erklärungen der Regierenden in Saigon und Washington noch erhalten.

Anfang des Jahres 1963 zeigte sich dann, daß dieser Optimismus jeder Grundlage entbehrte. Die mit brutaler Gewalt in die «strategischen Dörfer» gezwungenen Bauern leisteten immer erbitterteren Widerstand. Unterstützt von den Partisanen, erhoben sie sich in zahlreichen Dörfern gegen ihre «Beschützer», die Saigoner Söldner. Ende 1963 hatten sie diese Zwangssiedlungen zu 70 Prozent zerstört. Mit dem Sieg der Befreiungsarmee der NFB in der Schlacht bei Ap Bac am 2. Januar 1963, in der diese dem materiell-technisch überlegenen Gegner entschlossen standhielt, wurde sehr deutlich, daß an eine alsbaldige Liquidierung der NFB nicht zu denken war. Jetzt zeigte sich auch, daß die im «Spezialkrieg» angewandte Taktik der Zersplitterung und des Nacheinanderschlagens der Volkskräfte an der äußerst beweglichen, initiativreichen Kampfführung der Volksbefreiungstruppen gescheitert war. Ende 1963 kontrollierte die NFB zwei Drittel der ländlichen Gebiete.

Die Hauptschuld am Scheitern des «Spezialkriegs» wurde dem Saigoner Regime zugeschrieben. Weder die militärische noch die politische Führung des Diemregimes seien imstande gewesen, das konterrevolutionäre Programm in seiner Kombination von Gewalt und sozialen Reformen durchzusetzen. In einem Bericht an den Hauptstab der US-amerikanischen Mission in Saigon hieß es: «... wir befinden uns in einer Situation, in der die verfügbaren Streitkräfte in den Provinzen überfordert sind ..., die (Saigoner) Regierung war unfähig, irgendeine der Hauptregionen abzusichern»[5].

Als eine weitere Ursache des Versagens des konterrevolutionären Programms der USA wurde angeführt, daß die Koordinierung der amerikanischen Militär- und Geheimdienstapparate in Saigon nicht gelungen war.

Die imperialistischen Kräfte gestanden sich in keiner Weise ein, daß der Fehlschlag ihres konterrevolutionären Konzepts ebenso gesetzmäßig war wie das Erstarken der NFB als einer machtvollen Organisation, die konsequent auf Entfaltung des revolutionären Kampfes orientierte. Sie wollten nicht zugeben, daß die NFB gegenüber einem materiell-technisch weit überlegenen Gegner auch deshalb erfolgreich blieb, weil ihr

---

[5] R. K. G. Thompson, Defeating Communist Insurgency, New York 1966, S. 141 ff.
Thompson war Leiter der britischen Militärmission in Saigon; aufgrund seiner «Erfahrungen» bei der Niederschlagung der progressiven Kräfte in Malaya war er maßgeblich in die Ausarbeitung des konterrevolutionären Konzepts gegen Vietnam einbezogen worden.

Programm immer wieder die breite Unterstützung der vietnamesischen Bevölkerung fand. In enger Verbindung von militärischen und politischen Aktionen begann die NFB, ihre Aktivitäten auch in den großen Städten zu entfalten, besonders in Saigon und Huê, der alten Kaiserstadt. In der zweiten Hälfte des Jahres 1963 war eine deutliche Verstärkung der Kampfkraft der Befreiungsstreitkräfte im Süden zu erkennen, und es mehrten sich die Zerfallserscheinungen auf seiten der Saigoner Truppen.

Nach einer Inspektionsreise in Vietnam verkündete USA-Verteidigungsminister McNamara indessen noch im September 1963, der Krieg könne bis 1965 gewonnen werden, und der Abzug der USA-Truppen würde im Verlaufe der nächsten beiden Jahre beginnen.

Die regierenden Kreise in Washington waren indessen zu der Auffassung gelangt, daß eine Wende der politischen und militärischen Situation im Süden Vietnams herbeigeführt werden könnte, wenn Diem und seine unmittelbaren Anhänger, die sich als unbrauchbar erwiesen hatten, nun endlich beseitigt würden. Mit Wissen der US-amerikanischen Regierung ließen putschende Saigoner Generale Diem und seinen Bruder Ngo Dinh Nhu, unter dessen Kommando die Spezialverbände standen, am 1. November 1963 ermorden. Zur Rechtfertigung dieses Vorgehens wurde verbreitet, Diem habe den Krieg gegen die Kommunisten «zu weich geführt», und seine Orientierung auf den Katholizismus habe die Buddhistenunruhen provoziert.

Der Machtwechsel in Saigon führte jedoch in keiner Weise zur Stabilisierung des Regimes. Alle Versuche der USA, eine Erweiterung seiner politischen Basis zu erreichen und durch ein sogenanntes Versöhnungsprogramm die Wirksamkeit der NFB einzudämmen, schlugen ebenso fehl wie die Bemühungen, die Kampfkraft der Saigoner Söldnerarmee zu erhöhen. Im Gegenteil, die antiimperialistische Kampffront verbreiterte sich, die Buddhisten- und Studentenunruhen in den Städten gingen weiter. Vielerorts lösten sich konterrevolutionäre Spezialverbände auf; massenhafte Desertionen aus der Saigoner Armee und rapide steigende Verluste an Menschen und Material kennzeichneten die Lage in den südvietnamesischen Streitkräften Ende des Jahres 1963. Lyndon B. Johnson, der gerade das Amt des am 22. November 1963 in Dallas (Texas) ermordeten Präsidenten Kennedy übernommen hatte, sah sich mit einer Krise in der US-amerikanischen Vietnampolitik konfrontiert, die mit den bislang angewandten Mitteln nicht zu bewältigen war.

Am 18. Dezember 1963 flog McNamara wieder nach Saigon, diesmal begleitet vom damaligen CIA-Chef John McCone. Im Ergebnis ihrer erneuten Erkundungen ließen sie den Truppenabzugsplan unverzüglich fallen und erklärten, daß der Krieg verloren sei, wenn nicht sofort umfassende Veränderungen in der Vietnampolitik vorgenommen würden. John McCone hatte dafür einen Plan anzubieten, den die Vereinigten Stabschefs der USA im Januar 1964 billigten. Dieser Plan (34 A) sah eine Serie subversiver Aktionen gegen die Demokratische Republik Vietnam (DRV) vor, die von Beobachtungsflügen über Nordvietnam und Sprengung von Brücken bis zur Beschießung von DRV-Küstenanlagen reichten. Der erfolglose Versuch einer Rechtfertigung des Überfalls auf die DRV wurde mit der Lüge von der «Bedrohung aus dem Norden» begründet. In diese Bedrohungslegende hatte der USA-Imperialismus die Unterstützung der DRV für die südvietnamesischen Befreiungs-

kräfte umgemünzt. Verschwiegen wurde dabei ganz bewußt, daß die DRV unter Führung der Partei der Werktätigen erst dann begonnen hatte, den gerechten Befreiungskampf im Süden zu unterstützen, nachdem die USA und ihre Saigoner Marionetten die in den Genfer Indochinaabkommen von 1954 verankerte Wiedervereinigung durch freie Wahlen verhindert hatten.

Im Norden, in der DRV, war die nationale, demokratische Volksrevolution zur sozialistischen Revolution weitergeführt worden. Das bedeutete eine entscheidende Stärkung der revolutionären Bewegung für die Befreiung des Südens. Die führenden amerikanischen Kreise wollten mit allen Mitteln die auf den Sozialismus gerichtete Bewegung in diesem Raum aufhalten, denn der erfolgreiche Aufbau des Sozialismus in der DRV strahlte immer stärker auf die Völker dieser Region aus. An dieser Entwicklung scheiterte schließlich der Plan des USA-Imperialismus, mit Rückendeckung durch die SEATO einen stabilen antikommunistischen Block von Thailand über Laos, Kampuchea und Südvietnam bis zu den Philippinen zu schaffen, der einen solchen Druck auf die DRV ausüben sollte, daß diese an jeder Entfaltung gehindert würde.

Das südvietnamesische Marionettenregime war trotz der USA-Unterstützung nicht in der Lage, mit den patriotischen Kräften fertig zu werden. Kampuchea hatte sich nicht von seiner Neutralitätspolitik abbringen lassen. Ebensowenig hatten sich die von den USA gestützten Kräfte in Laos gegen die die Neutralität wahrenden Patrioten durchsetzen können.

Übergang zum «lokal begrenzten Krieg»

Der Tatsache, daß die DRV das größte Hindernis für die Durchsetzung der antikommunistischen und antisozialistischen Strategie der USA in dieser Region darstellte, waren sich die führenden Kreise der USA durchaus bewußt, als sie sich 1964 für die offene Aggression gegen Vietnam entschlossen. Ihr Bombenkrieg gegen die DRV hatte das Ziel, «einen Vorposten des Sozialismus in Asien zu vernichten, den Völkern Südostasiens den Weg zu Freiheit und Fortschritt zu versperren ...»[6]

Die von Präsident Johnson 1965 proklamierte und nach ihm benannte Doktrin sanktionierte nicht nur die von der Kennedyadministration vorgegebene Linie der konterrevolutionären Subversion, die zu einer gesellschaftspolitischen Erosion der sozialistischen Staaten führen sollte, sondern sie orientierte auch auf militärische Intervention gegen die jungen Nationalstaaten und die nationale Befreiungsbewegung in aller Welt. Sie diente zugleich zur «Rechtfertigung» der eskalierenden Aggression in Indochina.

Zu ihrer propagandistischen Vorbereitung in den USA und in der internationalen Öffentlichkeit verbreitete die US-amerikanische Presse nun in großem Umfang die Lüge von der «Bedrohung aus dem Norden». Die Verleumdung der Hilfe, die der nationale Befreiungskampf im Süden aus dem nördlichen Hinterland, der DRV,

---

[6] Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, Moskau 1969, S. 15.

erhielt, sollte davon ablenken, daß die USA und ihr Saigoner Verbündeter in Verletzung der Genfer Indochinaabkommen (1954) die Aggression gegen das vietnamesische Volk vorbereiteten.

Ein entsprechender Anlaß war jedoch nötig, um den USA-Kongreß davon zu überzeugen, dem Präsidenten unverzüglich alle Vollmachten für die nach seinem Gutdünken zu fällende Entscheidung, einen «begrenzten Krieg» auszulösen, zu gewähren. Schließlich sollte es ja nach einem «Vergeltungsschlag» zur Sicherung US-amerikanischer Interessen aussehen. Der Nationale Sicherheitsrat der USA gab in dem Memorandum 288 vom 17. März 1964 die grundsätzliche Orientierung dafür: «Die Politik der USA ist es, sich sofort darauf vorzubereiten, daß binnen zweiundsiebzig Stunden ... Vergeltungsaktionen gegen Nordvietnam beginnen können und binnen dreißig Tagen das Programm des ‹abgestuften offenen militärischen Druckes› gegen Nordvietnam eingeleitet werden kann.»[7]

Zwischen dem 31. Juli und dem 4. August 1964 drangen die USA-Zerstörer «Maddox» und «Turner Joy» in die Bucht Bac Bo (Tonking) ein, nachdem zwischen südvietnamesischen Patrouillenbooten und dem Küstenschutz der DRV Zwischenfälle provoziert worden waren. Die von der DRV-Marine ergriffenen Maßnahmen zum Schutz ihrer Hoheitsgewässer wurden in einer gesteuerten massiven Propagandakampagne als DRV-Angriff auf zwei USA-Zerstörer «in internationalen Gewässern» verfälscht («Tonking-Zwischenfall»). Am 5. August berief Präsident Johnson überraschend eine Konferenz ins Weiße Haus ein und erklärte, daß die Streitkräfte der USA nunmehr zur «Gegenaktion» übergegangen seien: Die von langer Hand vorbereiteten, als «Vergeltungsschläge» firmierten Luftbombardements der DRV hatten begonnen. Sie leiteten die fast zehn Jahre andauernden grausamen Terrorangriffe gegen die Demokratische Republik Vietnam und den Beschuß ihrer Küstengebiete ein. Der USA-Imperialismus glaubte, mit einem «begrenzten Krieg» die sozialistische Gesellschaftsordnung der DRV untergraben zu können, um dieses Land an der Peripherie des sozialistischen Weltsystems aus diesem herauszubrechen. Zugleich wollte er erreichen, daß die DRV ihre Hilfeleistungen für die Patrioten im Süden einstellte.

Der Aggressionskrieg gegen die DRV wurde nachträglich vom USA-Kongreß gebilligt. Der Kongreß unterstützte die vom Präsidenten in seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber ergriffenen, angeblich notwendigen Maßnahmen, um auf den vorgeblichen Tonking-Zwischenfall «massiv zu antworten» (Tonking-Resolution vom 16. August 1964). Präsident Johnson wurden all jene Vollmachten gewährt, die er zur Führung eines lokal begrenzten Krieges benötigte.

Nachdem die Regierung Johnson im Ergebnis der Präsidentschaftswahlen 1965 eine wesentlich festere Position errungen hatte, waren die innenpolitischen Voraussetzungen geschaffen worden, unter denen der USA-Präsident den begrenzten Krieg an allen drei Fronten eskalieren konnte:

– An der Front im Norden erfolgte der massierte Einsatz der Luftwaffe und der

---

[7] Zitiert nach G. Engmann, Die USA-Aggression gegen Vietnam, Berlin 1983, S. 22.

Marine gegen strategisch wichtige Ziele und gegen die Zivilbevölkerung der DRV. Am 13. Februar befahl Johnson die Operation «Rolling Thunder» (rollender Donner): Vom Februar 1965 bis zu der am 1. November 1968 im Hinblick auf die bevorstehenden Waffenstillstandsverhandlungen sowie aus wahltaktischen Gründen erfolgten zeitweiligen Einstellung der Bombardierungen flog die USA-Luftwaffe rund 107700 Angriffe auf die DRV. Mit insgesamt 258876 Tonnen wurden mehr Bomben und Raketen eingesetzt als im gesamten zweiten Weltkrieg!

- An der Front im Süden gingen die USA zur unverhüllten, massiven militärischen Aggression über, nachdem der «Spezialkrieg» gegen die patriotischen Kräfte gescheitert war. Als das Saigoner Regime mehr und mehr versagte, übernahmen die mit modernsten Mitteln ausgerüsteten USA-Streitkräfte die Kampfhandlungen überwiegend selbst. Die Kriegshandlungen an den zahlreichen Frontabschnitten im Süden sollten unter den Bedingungen eines Übergewichts der USA an Kräften und Mitteln geführt werden.
- Der Krieg an der dritten Front war auf die Ausschaltung der Versorgungslinien und der Verbindungswege zwischen dem Norden und dem Süden gerichtet; so auch gegen den berühmt gewordenen Ho-Chi-Minh-Pfad, der über die befreiten Gebiete in Laos und Kampuchea führte. Damit weitete sich die USA-Aggression auch auf diese Länder Südostasiens aus.

Seit April 1964 hatten die USA erneut versucht, die internationalen Genfer Vereinbarungen von 1962, die den Status von Laos als unabhängigen, friedlichen und neutralen Staat garantierten, zu unterlaufen. Sie unterstützten den Versuch extrem rechter Elemente in Laos, mit einem Militärputsch die Regierung der Nationalen Einheit in Vientiane zu stürzen. Ungeachtet des internationalen Protestes, insbesondere der UdSSR, über die unrechtmäßige Tätigkeit der Gegner der Genfer Beschlüsse, wurden unter Mitwirkung US-amerikanischer Agenten die patriotischen Neutralisten aus der laotischen Regierung entfernt. Daraufhin verweigerten alle patriotischen Kräfte von Laos der neuen Regierung, die sich als eine Koalition rechter, proamerikanischer Politiker erwies, ihre Anerkennung. Mit der Einmischung der USA wurde die friedliche Regelung der innerpolitischen Probleme vereitelt und Laos erneut in einen Bürgerkrieg gestürzt.

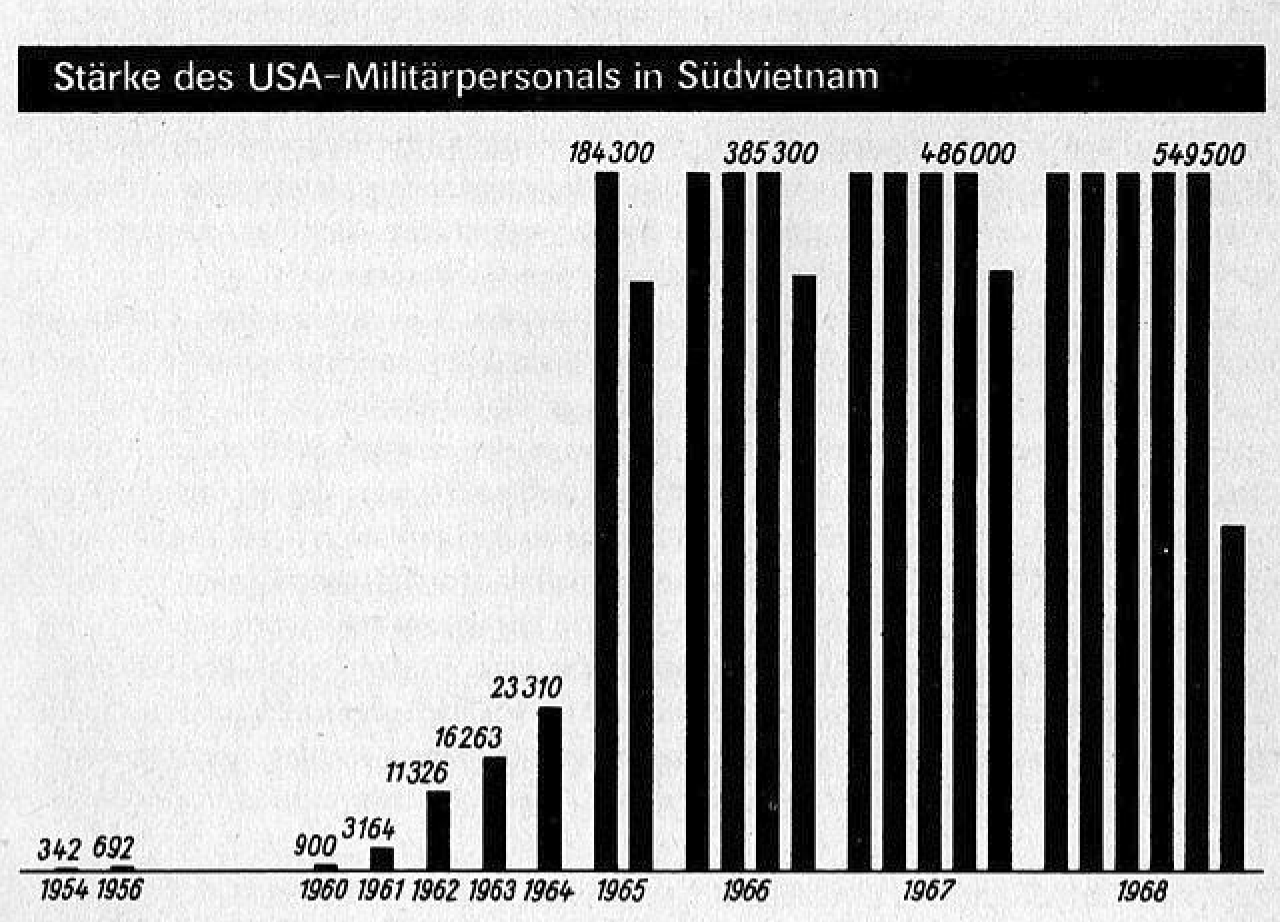
Am 21. Mai 1964 gingen die USA zur direkten militärischen Intervention in Laos über. Ab Oktober setzten massierte Bombenangriffe auf die von patriotischen Kräften beherrschten Gebiete in Laos ein, die die USA gegenüber der Öffentlichkeit als Angriffe auf «Infiltrationswege» zwischen Nord- und Südvietnam zu tarnen versuchten. Mit der Bombardierung der befreiten Gebiete in Laos wollten die USA Druck auf die DRV-Regierung ausüben. Gleichzeitig behinderten sie in jeder Weise die politische Regelung des laotischen Problems bei den von August bis November 1965 in Paris geführten Verhandlungen über eine Feuereinstellung, die Wiedereinsetzung der Regierung der Nationalen Einheit und die Einberufung einer neuen Laoskonferenz. Der «lokal begrenzte Krieg» sollte gegen alle sich den amerikanischen Interessen in Südostasien widersetzenden Kräfte ausgeweitet werden. Dabei koordinierten die USA-Militärs die militärischen Operationen auf den Kriegsschauplätzen in Laos und Vietnam. Ende 1965 griffen die Aggressoren im Süden Viet-

nams und in Laos zu solchen Methoden der Kriegführung, die sich in erster Linie gegen die Zivilbevölkerung richteten.

Eine weltweite Protestkampagne nötigte die Johnsonregierung im November 1965 zu der Erklärung, daß in Laos und in Kampuchea «Beobachtungen» der dort verlaufenden «Infiltrationswege» vorgenommen würden. Als Begleitschutz von «Aufklärungsflugzeugen» seien Kampfflugzeuge eingesetzt worden, denen man gestattet habe, Widerstandsnester der Patriotischen Front von Laos zu bombardieren. Aber auch solche Erklärungen konnten die Tatsache nicht mehr verschleiern, daß es sich in Laos ebenso wie in Vietnam um eine bewaffnete Intervention der USA-Streitkräfte handelte.

Während seiner Pazifikreise im September 1966 präzisierte Präsident Johnson seine anläßlich der USA-Intervention in der Dominikanischen Republik 1965 proklamierte Doktrin. Unverhüllt nannte er als Schwerpunkt der US-amerikanischen Intervention den «östlichen Rand Asiens» (deshalb auch als Asiendoktrin bekannt geworden).

Der massierte Einsatz US-amerikanischer Truppen aller Teilstreitkräfte und Waffengattungen leitete den Übergang zum «begrenzten Krieg» ein. Mit der «Amerikanisierung» des Krieges stieg allein im Zeitraum von Ende 1964 bis Ende 1965 die Zahl der in Südvietnam stationierten USA-Armee-Einheiten von rund 23 000 auf 185 000 Mann. Ende 1967 befanden sich dort fast eine halbe Million. Das Netz der USA-Stützpunkte im Land, die als Basen für Operationen gegen die Befreiungskämpfer dienen sollten, wurde wesentlich erweitert. Zahlreiche dieser Basen



sollten zu «uneinnehmbaren Festungen» ausgebaut werden. Um den an der Küste gelegenen Luftwaffen- und Marinestützpunkt Da Nang war eine sechzehn Kilometer tief gestaffelte Verteidigungslinie gezogen worden, die mit Spezialradargeräten ausgerüstet war. Von der Seeseite her gaben die in der Da-Nang-Bucht stationierten Einheiten der 7. USA-Flotte dem Stützpunkt Schutz. Da Nang galt als «uneinnehmbar». Ein hervorragend vorbereiteter überraschender Angriff der Volksbefreiungskräfte im Februar 1965 zerstörte diesen Mythos.

Die Flächenbombardierungen verursachten in Südvietnam die größten Verluste unter der Zivilbevölkerung; gegen die im dichten Dschungel versteckten, sehr beweglichen Einheiten der Befreiungsstreitkräfte hatten sie allerdings nicht die von den USA erhoffte Wirkung. Das war einer der Gründe für den Übergang zur chemischen Kriegführung: 1964 wurde eine halbe Million Hektar Land mit wachstumverhindernden Herbiziden verseucht. 1966 waren es bereits fast eine dreiviertel Million Hektar. Vor allem entlang der strategischen Straßen an den Grenzen zu Laos und Kampuchea wurden diese «toten» Zonen geschaffen.

Während der in den Winterhalbjahren 1965/1966 und 1966/1967 durchgeführten großräumigen Operationen besaß das USA-Oberkommando im wesentlichen noch die strategische Initiative. Der Militärführung der USA kam die mächtig erhöhte Zahl ihrer Kampftruppen zugute, ebenso wie der massierte Einsatz der Luftstreitkräfte während der Trockenzeit in beiden Winterhalbjahren. Außerdem stießen die Bombereinsätze gegen die DRV und die befreiten Gebiete in Laos noch nicht auf eine erfahrene Luftabwehr wie später, Ende der sechziger Jahre.

Die NFB und die Volksbefreiungsstreitkräfte im Süden Vietnams, die bislang hauptsächlich dem einheimischen Regime gegenübergestanden hatten, mußten sich auf die direkte militärische Konfrontation mit dem USA-Imperialismus einstellen. Ihr Kampf wurde jetzt schwieriger, weil die US-amerikanische Führung ihre gesamten politischen, militärischen, ökonomischen und diplomatischen Machtmittel einsetzte. Aber es wurde auch «der Charakter des Kampfes deutlicher sichtbar, die nationale antiimperialistische Komponente trat stärker in den Vordergrund»[8].

Man feierte in Vietnam gerade das buddhistische Neujahrsfest Tet, als in der Nacht zum 29. Januar 1968 alles vom Gegner bis dahin Erreichte zunichte gemacht wurde. Die Volksbefreiungsstreitkräfte traten zur Generaloffensive an. Die militärischen Operationen waren mit Volkserhebungen in den meisten Städten koordiniert. Das Ziel der dreißig Tage währenden Generaloffensive war, die Vereinigung der befreiten Gebiete zu erreichen und den Gegner in den größeren Städten fühlbar zu schwächen. Die Schläge erfolgten gleichzeitig in allen strategischen Zonen, im Hochland, in der Ebene und in den Städten. Dank der quantitativ und qualitativ gewachsenen Stärke der Volksbefreiungsstreitkräfte wurden erfolgreiche Angriffe gegen feindliche Führungspunkte, gegen Flugplätze und Nachschubzentren geführt. Wichtige gegnerische Verbindungslinien konnten unterbrochen werden. Zehntausende wurden aus den Saigoner Gefängnissen befreit. Die Volksbefreiungskräfte erlangten

[8] W. Lulei, Die nationale Einheitsfrontorganisation in Vietnam, Berlin 1970, S. 202.

die Kontrolle über fast alle bisher vom Gegner noch beherrschten ländlichen Gebiete. Im Verlaufe der Tet-Offensive erlitten die USA-Luft- und -Landstreitkräfte die bis dahin schwersten Verluste.

Im Norden Vietnams war, vor allem dank der sowjetischen Unterstützung, ein modernes Luftverteidigungssystem aufgebaut worden, dessen Wirksamkeit im Verlaufe des Jahres 1968 mit der immer besseren Beherrschung der Waffensysteme bedeutend anstieg. Bis zum 1. November 1968 konnten über der DRV 3243 gegnerische Flugzeuge und Hubschrauber abgeschossen werden. Die US-amerikanische Luftwaffe verlor einige tausend Piloten. Trotz waffentechnischer und zahlenmäßiger Überlegenheit war der Aggressor in die Defensive gedrängt worden. Er war gezwungen, seine Kräfte umzugruppieren. Die mit den militärischen Erfolgen im Norden und mit der Tet-Offensive im Süden eingetretene Wende im Krieg veranlaßte die führenden Kreise in den USA, sich die Frage zu stellen, ob der Vietnamkrieg «vielleicht nicht zu gewinnen» sei.

Haltung der SEATO-Mitglieder zur Indochinaaggression

Die USA-Führung betrachtete die Streitkräfte der SEATO-Mitgliedstaaten, die sich in Südostasien befanden, als ihre unmittelbare Reserve für die Interventionen in diesem Raum. Thailand und Pakistan verfügten über zahlenmäßig starke mobile Landstreitkräfte und eine entwickelte Luftwaffe sowie über mit Panzern und Artillerie ausgerüstete Polizeitruppen. Australien und Neuseeland hatten kleinere, aber gut ausgestattete und sehr mobile Streitkräfte, die schnell in Einsatzgebiete Südostasiens verlegt werden konnten. Die Hauptstützen des Militärblocks aber waren die starke Gruppierung der USA-Streitkräfte im asiatisch-pazifischen Raum sowie die britischen Kontingente in Südostasien und im Fernen Osten.

Vor allem bildete die 7. USA-Flotte mit 190 Kriegsschiffen, zu denen auch drei Flugzeugträger zählten, und 750 Kampfflugzeugen den wichtigsten militärischen Rückhalt der SEATO. Ein weitverzweigtes Netz von Militärbasen, Führungspunkten und Nachrichtenzentralen sollte die militärischen Handlungen absichern. Zahlreiche Manöver der SEATO – von 1956 bis 1970 fanden über vierzig statt – dienten dazu, das Zusammenwirken der verschiedenen Luft-, See- und Landverbände zu erproben. Gleichzeitig waren diese SEATO-Manöver aber auch Demonstrationen militärischer Stärke, insbesondere im Hinblick auf die sich eskalierende USA-Aggression in Indochina.

1960 sollten Einheiten der SEATO-Mitgliedstaaten jene USA-Sonderstreitkräfte unterstützen, die in Laos einen Bürgerkrieg provoziert hatten. An den Aktionen gegen die patriotischen Kräfte in Laos beteiligten sich daraufhin philippinische und Saigoner Truppen. Thailändische Einheiten blockierten die Grenzen zu Laos. Im Mai 1962 verlegten die USA, Großbritannien, Australien und Neuseeland im Ein-

vernehmen mit dem SEATO-Hauptquartier Streitkräfte in den nördlichen Teil Thailands, unmittelbar an die Grenze zu Laos.

Frankreich, obwohl Mitgliedstaat, billigte das Vorgehen des Militärblocks jedoch nicht und lehnte die Beteiligung französischer Truppen ab. Die herrschenden französischen Kreise hofften immer noch auf eine gewisse Restaurierung ihrer Positionen in Indochina. Die französische Regierung protestierte offen gegen die SEATO-Aktionen und unterstützte die auf Wahrung der Neutralität von Laos gerichteten Bemühungen. Die Differenzen mit Frankreich, insbesondere aber der entschlossene Protest der sozialistischen Länder und der Weltöffentlichkeit, brachten damals bereits den Versuch der offenen Intervention der SEATO in Laos zum Scheitern. Der von der SEATO angemaßten «Schutzherrschaft» über Laos wurde mit dem die Krise in Laos vorläufig beendenden internationalen Genfer Abkommen (Juli 1962) der Boden entzogen. Zwei Jahre später protestierte auch die Regierung von Kampuchea gegen das dem Land von der SEATO aufgezwungene Protektorat. Der politisch-militärische Druck des Militärblocks auf Indochina hatte nicht die vom USA-Imperialismus angestrebte Wirkung erzielt.

Als 1964 der massierte Einsatz amerikanischer Streitkräfte in Vietnam geplant wurde, rief Präsident Johnson die SEATO-Verbündeten dazu auf, ihre Truppen ebenfalls nach Südvietnam in Marsch zu setzen. Nach ihrer verlustreichen Niederlage im Koreakrieg und den damit zusammenhängenden innenpolitischen Auswirkungen zögerten die führenden Kreise der USA, einen Landkrieg in Asien mit eigenen Truppen zu führen. Auch Johnson war bestrebt, den geplanten Krieg in erster Linie von den mit Waffen und Technik der USA ausgerüsteten Soldaten seiner asiatischen Verbündeten führen zu lassen. Doch diese Erwartungen schlugen fehl. An der Auseinandersetzung um die Einmischung in den Bürgerkrieg in Vietnam auf dem Ministerratstreffen der SEATO-Staaten im Jahre 1964 wurde die tiefe Krise des Militärblocks sichtbar.

Die grundsätzlichsten, nicht beizulegenden Differenzen bestanden mit Frankreich. Die französische Regierung ging seit Amtsantritt General de Gaulles in ihrer Asienpolitik davon aus, daß in Asien kein Problem ohne oder gegen China gelöst werden könne und orientierte auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Pekinger Regierung. Damit nahm Paris eine grundverschiedene Position zur US-amerikanischen Eindämmungsstrategie gegenüber der Volksrepublik China ein.

Nachdem die französische Regierung bereits in der Laoskrise erklärt hatte, daß sie die Beteiligung an einer Aktion der SEATO zugunsten der laotischen Reaktion ablehne, und die Wahrung der Neutralität von Laos unterstützte, war die Ablehnung, französische Streitkräfte nach Vietnam zu entsenden, die konsequente Fortsetzung der neuen französischen Indochinapolitik. Frankreich strebte die Neutralisierung seines gesamten ehemaligen indochinesischen Kolonialreiches an, weil es damit günstige Bedingungen schaffen wollte, um seine an die USA verlorenen Positionen zumindest teilweise wiederzugewinnen.[9]

Mit diesem Ziel wurden die französischen Beziehungen zu Kampuchea 1964 durch

---

[9] Zur französischen Indochinapolitik nach 1945 siehe D. G. Wilke, Eindämmung und Neutralisierung, S. 96.

ein Abkommen über Wirtschafts- und Militärhilfe vertieft. 1963 war der Handelsvertrag Frankreichs mit der Demokratischen Republik Vietnam erneuert und eine Politik gezielter kleiner Schritte zur Normalisierung der französischen Beziehungen mit der DRV eingeleitet worden. Bezüglich der Entwicklung im Süden Vietnams hatte General de Gaulle sogar eindeutig gegen die USA Stellung bezogen, indem er die Beendigung der amerikanischen Intervention in den vietnamesischen Bürgerkrieg forderte und sich für die Wiederherstellung der Einheit Vietnams aussprach. Nachdem die französische Regierung die Politik der USA gegenüber Indochina abgelehnt hatte, stellte sie ihre Mitarbeit in den militärischen Organen des Militärblocks ein. Seit 1965 war Frankreich nur noch durch einen Beobachter im SEATO-Rat vertreten.

Maßgeblichen Einfluß auf den Zerfallsprozeß in der SEATO hatte auch die Weigerung Pakistans, sich an der Intervention in Indochina zu beteiligen. Die USA betrachteten Pakistan als ihren wichtigsten Verbündeten an der Südflanke zur Sowjetunion und zur VR China, aber auch als Bindeglied zwischen der SEATO und der CENTO. Bei der Unterzeichnung des SEATO-Paktes hatten sie jedoch erklärt, daß sie nicht bereit waren, ihre Paktverpflichtungen auf den Konflikt Pakistans mit Indien auszudehnen. Aus dieser Einschränkung waren der pakistanischen Führung bei der Verwirklichung ihrer Ziele erhebliche außenpolitische Probleme erwachsen.

In beiden militärischen Konflikten im Jahre 1965 (Kämpfe im Raum der Salzwüste von Kutsch, militärische Auseinandersetzungen um Kaschmir) erhielt die pakistanische Regierung von ihren SEATO-Verbündeten nicht die erwartete Unterstützung. Der Beitritt zur SEATO hatte sich damit für sie als Fehlschlag erwiesen. Die Mitgliedschaft in zwei imperialistischen Militärblöcken und die Konflikte mit Indien hatten wesentlich zur Isolierung Pakistans von den jungen Nationalstaaten beigetragen, die zur Bewegung der Nichtpaktgebundenen gehörten und dort die Führungsrolle Indiens akzeptierten. Außerdem war Pakistan an einer Annäherung an die VR China interessiert, dies um so mehr, seitdem der Grenzkonflikt zwischen China und Indien die pakistanische Regierung in ihrer antiindischen Haltung bestärkt hatte. Die Normalisierung der Beziehungen zur Volksrepublik China, die als Ausgleich zu den indisch-pakistanischen Differenzen wirken sollte, wurde von den USA behindert. Aus diesen Motiven heraus nahm Pakistan in der Vietnamfrage gegen die USA Stellung. Nachdem die pakistanische Regierung 1965 die USA-Aggression verurteilt hatte, entsandte auch sie nur noch einen Beobachter in den SEATO-Rat.

Großbritannien, der engste Verbündete der Vereinigten Staaten von Amerika, unterstützte zwar den Interventionsplan, verweigerte aber die Entsendung von Truppen. Die britische Regierung leistete jedoch sogenannte nichtmilitärische Hilfe für das Saigoner Regime.

Die Krise in der SEATO zwang die USA, sich in erster Linie auf Thailand, die Philippinen, Neuseeland und Australien zu stützen. An den Ratstagungen der SEATO, auf denen die Koordinierung der Vietnamaggression beraten wurde, nahmen Vertreter Südvietnams und Südkoreas teil. Die regierenden Kreise der USA sahen sich gezwungen, als Ersatzlösung ein «verbündetes» Expeditionskorps gegen Vietnam auf «individueller Basis» aufstellen zu lassen, dem Streitkräfte aus Australien, Neusee-

land, Thailand und Südkorea angehörten.[10] Der Anteil der von diesen Ländern entsandten Einheiten, es waren vorwiegend Landstreitkräfte, betrug etwas mehr als fünfzehn Prozent des USA-Kontingents. Südkorea stand mit der Entsendung von 22 Einheiten 1964 an der Spitze, gefolgt von Thailand (sechs Einheiten) und Australien (drei Einheiten). Die Teilnahme nichtamerikanischer Truppen an den Kampfhandlungen verstärkte sich zwar bis 1968, aber sie blieb, verglichen mit dem Einsatz der USA-Streitkräfte, unbedeutend.

Thailand und die Philippinen spielten im Verlaufe des Aggressionskrieges eine gewichtige Rolle als Aufmarschbasis. Insbesondere Thailand wurde mehr und mehr zu einem militärstrategischen «Brückenkopf» für die gegen Indochina eingesetzten USA-Streitkräfte. Das «verbündete» Expeditionskorps stand unter Führung der USA. Für das Zusammenwirken der «verbündeten» Steitkräfte hatten die an der Aggression Beteiligten auf der Konferenz von Honolulu im April 1965 eine Konzeption erarbeitet, derzufolge alle Einheiten «gleichberechtigt» mit den US-amerikanischen und südvietnamesischen Truppen an den Kampfhandlungen teilnehmen sollten.

Die Pläne der USA, einen Koalitionskrieg mit festem Rückhalt in der SEATO und vor allem mit Beteiligung der anderen imperialistischen Hauptmächte zustande zu bringen, waren jedoch nicht aufgegangen.

Auseinandersetzung um die Fortsetzung der Aggression

In ihrer Ausgabe vom 4. Juni 1967 warf die in den USA erscheinende «Sunday Times» die Frage auf, ob der Vietnamkrieg von den USA überhaupt noch gewonnen werden könne. Sie brachte damit die Meinung der sich in den Vereinigten Staaten von Amerika und sogar innerhalb der führenden US-amerikanischen Kreise formierenden Opposition gegen die weitere Eskalation der Indochinaaggression zum Ausdruck.

Die in der ganzen Welt immer breiter werdende Bewegung gegen den Vietnamkrieg erfaßte mehr und mehr auch die Bevölkerung in den USA. Die Meinungsumfrage des Gallup-Instituts ergab im Mai 1966, daß 47 Prozent der Befragten den Vietnamkurs der USA-Regierung unterstützten, während 35 Prozent dagegen waren. Im September desselben Jahres sprachen sich nur noch 43 Prozent dafür, aber auch 43 Prozent dagegen aus; 17 Prozent lehnten eine Meinungsbildung ab. Die Gegner des Vietnamkriegs traten mit der Losung auf: «Bringt unsere Jungs heim!» Mit der rapide steigenden Zahl der in Vietnam getöteten oder schwer verletzten US-amerikanischen Soldaten wurde in der Öffentlichkeit immer unüberhörbarer die Frage gestellt, warum die Johnsonregierung diesen verlustreichen Krieg in einem Tausende von Kilometern vom amerikanischen Kontinent entfernten asiatischen Land führe.

Die Opposition innerhalb der US-amerikanischen Führung diskutierte nicht um die

---

[10] Zur Struktur und Kampfkraft der SEATO siehe Imperialistische Militärblockpolitik, Berlin 1980, S. 268, 272–275.

Beendigung der Aggression. Ihr ging es vielmehr um die dabei angewandten Mittel und insofern um die Verringerung des Risikos der USA in diesem Krieg. Auch jene, die in der USA-Führung gegen die Eskalation des Krieges in Vietnam auftraten, orientierten mit dem Einsatz militärischer Mittel auf das gleiche Ziel, auf die «Eindämmung des Kommunismus» in Südostasien.[11] Diese US-amerikanischen Kreise wollten insbesondere der Tatsache Rechnung tragen, daß es trotz aller Anstrengungen den USA nicht gelungen war, ihr Monopol an Kernwaffen und effektiven Trägermitteln sowie die strategische Unverletzlichkeit des Landes aufrechtzuerhalten. Sie sahen, daß dadurch die Möglichkeiten der USA zur Gewaltanwendung in den internationalen Beziehungen weiter eingeschränkt worden waren und daß für die USA – falls sie einen Kernwaffenkrieg beginnen würden – die Gefahr entstanden war, sich selbst als lebensfähige Nation zu vernichten. Hieraus leitete sich ihre Ablehnung der Eskalation des Krieges in Indochina her.

Zu Beginn der offenen militärischen Aggression in Vietnam hatte die Johnsonregierung die uneingeschränkte Unterstützung der Mehrheit im Kongreß erhalten. Zu diesem Zeitpunkt orientierten die führenden Kräfte der USA noch weitgehend einheitlich auf einen Kurs der Stärke gegen die Kräfte des Sozialismus und der nationalen Befreiungsbewegung in Vietnam, auf die Politik der «Eindämmung des chinesischen Kommunismus». Das Kräfteverhältnis zwischen Kongreß und Regierung ermöglichte es damals Präsident Johnson, militärische Maßnahmen einzuleiten, ohne Gegenreaktionen des Kongresses befürchten zu müssen.

Aus dem für die USA erfolgreichen Verlauf ihrer militärischen Intervention in der Dominikanischen Republik (begonnen am 28. April 1965) hatte Präsident Johnson den künftigen Erfolg einer zeitlich und lokal begrenzten ähnlichen Intervention abgeleitet. Während seiner Amtszeit gelang es ihm jedoch nicht, den Krieg in Vietnam zeitlich und räumlich einzugrenzen. Das lieferte der Opposition innerhalb des USA-Kongresses die Ansatzpunkte.

Die im USA-Kongreß von beiden Parteien, Republikanern und Demokraten, repräsentierte Opposition sprach sich gegen eine weitere militärische Eskalation, insbesondere auf das Gebiet der DRV, aus. Sie vertrat die Auffassung, daß der Vietnamkrieg ein Bürgerkrieg sei, und ein solcher Krieg könne ohne die aktive Unterstützung der dort lebenden Bevölkerung militärisch niemals gewonnen werden. Sie warnte die Johnsonregierung, daß sie Gefahr laufe, auf eine große Konfrontation mit der Volksrepublik China hinzusteuern, was in keiner Weise den Interessen der USA in Asien entsprechen würde.

Senator Fulbright, der als Vorsitzender des Komitees für außenpolitische Beziehungen im Senat einen maßgeblichen Einfluß hatte, trat als Sprecher dieser Opposition auf. Er forderte von der Regierung eine Überprüfung der USA-Vietnampolitik. Am 6. März 1966 setzte er sich im USA-Fernsehen gegen die Verminung des DRV-Hafens Haiphong ein. In der zweiten Februarwoche 1966 hatte das von ihm

---

[11] Zu den Auseinandersetzungen um die Indochinapolitik innerhalb der USA-Führung siehe J. K. Baral, The Pentagon and the Making of US Foreign Policy, A. Case Study of Vietnam, 1960–1968, New Delhi 1978, S. 274 ff.

präsidierte Komitee für außenpolitische Beziehungen mit den öffentlichen Anhörungen zur Vietnampolitik begonnen, in denen scharfe Kritik an der Eskalationspolitik Johnsons geübt wurde. In den Anhörungen wurde die Regierung auch aufgefordert, ihre Chinapolitik neu zu durchdenken. Es wurde die Meinung vertreten, daß sich in der Politik der sowjetischen und der chinesischen Führung gegensätzliche Auffassungen herausgebildet hätten, die nicht nur neue Ansatzpunkte für die Haltung der USA gegenüber der VR China, sondern auch für die US-amerikanische Asienstrategie eröffnen würden. Als Voraussetzung für die Weiterführung des Vietnamkriegs wurde die «Reorganisation des südvietnamesischen Potentials» gefordert, d. h., es sollten unverzüglich Maßnahmen eingeleitet werden, um die Stabilisierung des Staats- und Militärapparats in Südvietnam zu erreichen und das «Überengagement» der USA abzubauen. Von diesen Kräften innerhalb des USA-Kongresses wurde die Bildung einer breiteren Koalitionsregierung in Saigon, auch mit einer begrenzten Beteiligung von Kräften der NFB, ins Auge gefaßt.

Kritik an der Vietnampolitik der Johnsonregierung verursachten auch die mit der Aggression zusammenhängenden ökonomischen Probleme der USA. Dazu gehörten die verhängnisvollen Auswirkungen der hohen Kapitalintensität der Rüstungsproduktion auf die US-amerikanische Wirtschaft und die enorme Vergrößerung des Rüstungshaushalts sowie das wachsende Zahlungsdefizit und das Schrumpfen der Goldreserven der USA. Die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten von Amerika im Gegensatz zu früheren Kriegen die Kostenlast der Vietnamaggression überwiegend allein tragen mußten, führte zur Schwächung ihrer Positionen innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Das alles bewirkte in den Kreisen, die nicht vom Vietnamkrieg profitierten, eine wachsende Mißbilligung des Kurses der Johnsonregierung.

Die Auseinandersetzungen innerhalb der regierenden US-amerikanischen Kreise erreichten 1967 im Zusammenhang mit den Anhörungen über den «Luftkrieg gegen Nordvietnam» ihren Höhepunkt. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung zwischen den Fraktionen der «Falken» und der «Tauben» stand USA-Verteidigungsminister McNamara, der, wie er später selbst zugab, die Herbeiführung des «Tonking-Zwischenfalls» gebilligt hatte, um einen Anlaß zur Auslösung des «lokal begrenzten Krieges» zu haben.

1967 bezog McNamara eine von realistischeren Überlegungen bestimmte Position. Er zweifelte jetzt daran, daß dieser Krieg allein mit militärischen Mitteln zu gewinnen war. Er lehnte die Forderung der Vereinigten Stabschefs nach Erhöhung der militärischen Lieferungen an Saigon ab, weil er sich davon keine effektivere Kriegführung versprach. Er wollte keine weiteren USA-Truppeneinheiten nach Vietnam entsenden, da dies die innenpolitisch folgenschwere Einberufung von Reservisten nach sich gezogen hätte. McNamara hatte erkannt, daß die Vietnampolitik das Vertrauen in den außenpolitischen Kurs der Johnsonregierung erschüttert hatte. Er begann vorsichtig auf einen zeitweiligen Stopp der Bombardierung der DRV zu orientieren. Seine Versuche, eine Deeskalation einzuleiten, zielten darauf ab, die für die USA günstigen Positionen in den seiner Auffassung nach unweigerlich kommenden Verhandlungen zu schaffen.

Gegen diesen Positionswechsel eines führenden Repräsentanten, der ebenso maß-

geblich an der Ausarbeitung der gültigen Militärdoktrin der USA beteiligt gewesen war wie an ihrer Umsetzung in der Indochinaaggression, bildete sich, mit Präsident Johnson an der Spitze, die geschlossene Front der «Falken», die den Krieg in Vietnam militärisch gewinnen wollte.

Am 28. November 1967 erfuhr die überraschte Öffentlichkeit, daß McNamara, der seit 1961 das Amt des USA-Verteidigungsministers innehatte, diesen Posten verlassen habe, um Präsident der Weltbank zu werden. McNamara, der wie kein anderer in den sechziger Jahren Einfluß auf die Gestaltung der USA-Militärstrategie ausgeübt hatte und von dem es hieß, er habe wie ein Monarch im Pentagon geherrscht, war an der Eskalation des Vietnamkriegs gescheitert.

Internationale Solidarität mit Vietnam

In der ganzen Welt war eine mächtige Solidaritätsbewegung unter der Losung «Hände weg von Vietnam!» entstanden. Die sozialistischen Staaten, die jungen Nationalstaaten, die kommunistischen und Arbeiterparteien sowie alle progressiven Kräfte wurden davon erfaßt. Auch die DDR tat das Ihrige zur Unterstützung des kämpfenden vietnamesischen Volkes; allein bis Februar 1972 lieferte sie Solidaritätsgüter im Werte von 1,5 Milliarden Mark.

In den USA selbst bildete sich eine Antikriegsbewegung heraus, deren mächtige Aktionen die Johnsonregierung in eine zunehmende Isolierung trieben. Gegen den Krieg traten Studenten, Intellektuelle und andere Schichten der Bevölkerung auf. Die Jugend weigerte sich in zahlreichen Fällen, Einberufungsbefehlen Folge zu leisten, und Desertionen aus den USA-Streitkräften nahmen zu.

Die Sowjetunion hatte seit Beginn der USA-Intervention eine solidarische Haltung zum Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes eingenommen. Sie war und blieb ihm eine allseitig zuverlässige Stütze, auch im bewaffneten Kampf. Etwa 70 Prozent der für die Verteidigung Vietnams notwendigen Mittel kamen aus der UdSSR. Die sowjetische Regierung entsandte eine große Gruppe sowjetischer Militärspezialisten in die DRV und bildete Angehörige der DRV-Luftwaffe in der Sowjetunion aus. Zugleich unterstützte sie die politischen und diplomatischen Aktivitäten der Regierung der DRV, der Nationalen Front für die Befreiung Südvietnams und der im Juni 1969 gegründeten Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam.

Die sowjetische Regierung erläuterte in bilateralen Gesprächen und in den Debatten der Vereinten Nationen ihre auf eine politische Lösung des Vietnamproblems gerichteten wichtigsten Programmpunkte:

- Einstellung der Luftangriffe auf die DRV;
- Abzug der USA-Truppen aus Vietnam;
- Bildung einer provisorischen Koalitionsregierung in Südvietnam.

Der Kampf des vietnamesischen Volkes gegen die US-amerikanische Intervention und die Unterstützung dieses Kampfes nahm breiten Raum in der Diskussion des XXIII. Parteitages der KPdSU (März 1966) ein.

Von den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages wurden wiederholt gemein-

same Stellungnahmen gegen die US-amerikanische Aggression abgegeben. Im Juni 1966 nahm der Politische Beratende Ausschuß des Warschauer Vertrages eine besondere Erklärung über Hilfeleistung für das Volk Vietnams an. Im März 1968 erörterte er in Sofia diese Frage erneut. Es wurde die «Deklaration über die Bedrohung des Weltfriedens durch die Ausweitung der amerikanischen Aggression in Vietnam» angenommen.

Die Regierung der USA sah sich 1968 mit einem mächtigen, immer stärker werdenden Widerstand des vietnamesischen Volkes konfrontiert, der die allseitige Unterstützung der sozialistischen Staaten und der progressiven antiimperialistischen Kräfte vieler anderer Länder fand. Sie erkannte, daß sie sich in einem langwierigen und risikovollen Krieg befand, dessen Gewinnbarkeit mit militärischen Mitteln immer zweifelhafter wurde. Die Kriegskosten waren auf mindestens 2,5 Milliarden Dollar monatlich gestiegen. Die globalstrategischen Ziele der USA in den anderen Regionen der Welt, vor allem aber in Europa, verboten eine weitere Verlegung von Truppen nach Vietnam. Eine Eskalation des Krieges erschien nun auch Präsident Johnson aussichtslos. Am 31. März 1968 sah er sich gezwungen, den Befehl über die teilweise Einstellung der Luftangriffe auf die DRV zu erteilen, zugleich ließ er die Bereitschaft zu Verhandlungen erkennen.

Vor diesem Hintergrund begannen am 13. Mai 1968 in Paris die Gespräche über eine politische Lösung zwischen Delegationen der Vereinigten Staaten von Amerika und der Demokratischen Republik Vietnam, an denen auch Vertreter der NFB und des Saigoner Marionettenregimes teilnahmen. In den vierseitigen Verhandlungen sollten Wege zu einer friedlichen Regelung des Vietnamproblems gesucht werden. Aufgrund der in Paris erzielten Verhandlungsergebnisse mußten die USA am 1. November 1968 die Luftangriffe auf die DRV völlig einstellen.

Politisch waren die Pariser Gespräche Ausdruck des offenkundigen Scheiterns der USA-Aggression in Indochina. Die Verhandlungen in Paris wurden jedoch von den USA und ihrem Saigoner Verbündeten verschleppt, die Kampfhandlungen gingen weiter in der Hoffnung, in dieser zweiten Periode des Krieges doch noch solche militärischen Resultate zu erzielen, die in für sie günstigere politische Ergebnisse umgemünzt werden konnten. Obwohl die Niederlage der USA und der mit ihnen verbündeten reaktionären Kräfte in Vietnam, Laos und Kampuchea zu diesem Zeitpunkt schon klar erkennbar war, zog sich der Abschluß der Verhandlungen bis zum Jahre 1973 hin.

«Konfliktregulierung» im Nahen Osten

Mit der britisch-französisch-israelischen Aggression (1956) gegen Ägypten und der Invasion britisch-amerikanischer Truppen in Libanon (1958) hatte der Imperialismus unverhüllt demonstriert, daß er seine Politik der Intervention im arabischen Osten

fortzusetzen gedachte. Der Versuch, den Fortschritt in den arabischen Ländern mit militärischen Mitteln aufzuhalten, hatte jedoch eine weitere Schwächung der imperialistischen Positionen bewirkt. Es war nun klarer zu erkennen, wer der Feind und wer der Freund der arabischen Sache war. Die antiimperialistischen Kräfte der verschiedenen arabischen Länder waren stärker geworden. Im Ergebnis des breiter werdenden antiimperialistischen Kampfes vollzog sich auch eine Annäherung an die Sowjetunion, bahnten sich freundschaftliche Beziehungen verschiedener arabischer Staaten zum sozialistischen Lager an.

In Irak war mit der Beseitigung der Monarchie 1958 durch eine antiimperialistisch-demokratische Revolution eine der wichtigsten Stützen des Imperialismus im Nahen Osten gefallen. Die Befürchtungen der USA-Führung, daß sich die antiimperialistischen Kräfte im arabischen Raum nicht nur festigen, sondern auch vereinigen könnten, nahmen zu. Nach Meinungen der regierenden Kreise der USA drohte von seiten der Regierung Nasser die größte Gefahr, denn ihre Politik hatte eine große Ausstrahlungskraft auf die antiimperialistischen Kräfte. Von Ägypten wurde die Tendenz zum Zusammenschluß der arabischen Welt bewußt gefördert. Am 21. Februar 1958 erfolgte die Bildung einer ägyptisch-syrischen Union (Vereinigte Arabische Republik). Da die direkte militärische Intervention bisher eine den imperialistischen Interessen zuwiderlaufende Entwicklung im arabischen Raum ausgelöst hatte, griffen die USA nun zu anderen, flexibleren Mitteln der Politik der Einmischung.

Im Gegensatz zur Eisenhower-Dulles-Regierung der fünfziger Jahre, die die neutrale, auf Nichtpaktgebundenheit orientierende Haltung der meisten arabischen Regierungen als «unmoralisch» bezeichnet hatte, akzeptierte Kennedy jetzt unter gewissen Bedingungen die Neutralität der arabischen Staaten. Er bot ihnen statt des «military engagement» der Eisenhowerdoktrin sein «peaceful engagement» an.

Kennedy akzeptierte die Neutralitätspolitik der arabischen Staaten, um das Ansehen der USA zu stärken und ihrer politisch-ökonomischen Einflußnahme den Weg zu ebnen.

Die flexible USA-Strategie der sechziger Jahre war darauf gerichtet, den Nationalismus in der Nahostregion für imperialistische Zwecke zu nutzen. Anstelle der offenen und direkten militärischen Einmischung, wie sie von der Eisenhower-Dulles-Administration gegenüber den unabhängigen arabischen Staaten praktiziert worden war, entwickelte die Kennedyregierung ein «Hilfs»programm als Alternative zur solidarischen Hilfe der sozialistischen Staaten für Ägypten (die UdSSR übernahm 1958 den Bau der 1. Stufe des Assuanstaudamms und 1960 den der 2. Stufe; die DDR unterzeichnete 1959 Wirtschaftsabkommen), für Irak (die UdSSR schloß 1959 Abkommen über ökonomische Zusammenarbeit) und Syrien. Die in verschiedenen Formen angebotene «Hilfe» der USA zielte darauf ab, die volkswirtschaftlichen Prozesse der unabhängig gewordenen arabischen Staaten stärker unter ihre Kontrolle zu bringen. Die gegenüber früher bedeutend erhöhte «Hilfe» wurde auch in Form von Lebensmitteln und anderen Gütern zur Hebung des Lebensstandards gezielt als außenpolitische Maßnahme eingesetzt, um z. B. Länder wie Ägypten, die diese Lieferungen dringend benötigten, in neokolonialistische Abhängigkeitsverhältnisse zu den USA zu bringen. Diese auch als «soziale Strategie» bezeichnete neokolonialistische Einflußnahme

sollte die Entwicklung kapitalistischer Verhältnisse vorantreiben und damit den USA-Monopolen den Weg zu neuen Expansionen ebnen. Wie Israels Stellvertreterkrieg 1967 zeigen sollte, schloß die «soziale Strategie» keineswegs die militärische Intervention aus. Angesichts des in den sechziger Jahren enorm zunehmenden militärischen Engagements in Südostasien war die Hauptaktivität der führenden US-amerikanischen Kreise darauf gerichtet, die vorhandenen zwischenarabischen Widersprüche zu schüren und den israelisch-arabischen Konflikt so weit anzuheizen, daß sie daraus Gewinn für sich ziehen konnten. Der direkte Einsatz von USA-Streitkräften sollte dabei möglichst vermieden werden.

Das Interesse der herrschenden Kreise der USA an der Nahostregion war nicht mehr nur von deren geopolitischer Bedeutung bestimmt. Sie behaupteten, daß sich hier eine «sowjetisch-amerikanische Rivalität» herausbilden würde. Die «Verdrängung der Sowjetunion» wurde gegen Ende der sechziger Jahre mehr und mehr zur Hauptzielstellung der US-amerikanischen Nahostpolitik. In diesem Zusammenhang wurde die Notwendigkeit betont, mit flexibleren Mitteln, wozu die «Hilfs»programme gerechnet wurden, die Präsenz der USA im Nahen Osten zu festigen, um den sich zunehmend vertiefenden Beziehungen der UdSSR zu den progressiven arabischen Regierungen entgegenzuwirken. Die führenden Kreise der USA waren bemüht, die sich vollziehenden progressiven Veränderungen in den arabischen Staaten zu hemmen und eine Trendwende herbeizuführen, die sich negativ auf die sowjetisch-arabischen Beziehungen auswirken sollte. Es ging ihnen darum, solche innenpolitischen Veränderungen in Gang zu setzen, die zur Untergrabung des Ansehens der UdSSR in der Region führen würden. Eine Bedrohung der arabischen Staaten durch Israel wurde als wirksames Mittel betrachtet, mit dem auch die sowjetisch-arabischen Beziehungen einer starken Belastung ausgesetzt werden konnten. Während die systematische Stärkung Israels und seine Befähigung zur Führung eines Stellvertreterkrieges vorangetrieben wurden, konnten die USA vorläufig im Hintergrund bleiben. Die USA-Regierung sicherte allerdings für den Fall eines begrenzten Krieges Israels gegen seine arabischen Nachbarn die militärische Überlegenheit ihres «Stellvertreters».

Die Beschränkung auf die Kontrolle und Manipulierung von Konflikten erweiterte die Möglichkeiten der USA-Regierung, sich in die inneren Angelegenheiten der Nahostländer einzumischen. Eine direkte militärische Intervention hielten sich die führenden US-amerikanischen Kreise zwar weiterhin offen, vorrangig konzentrierten sie sich aber darauf, ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu den am jeweiligen Konflikt beteiligten Parteien zu nutzen, um Einfluß auf deren Entscheidungen zu nehmen und deren wachsende Abhängigkeit von militärischen Lieferungen aus den USA zu erhöhen.

Schürung und Kontrolle zwischenarabischer Widersprüche

Nachdem John F. Kennedy im Januar 1961 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika geworden war, sandte er an Ägyptens Präsident Nasser mehrere ausführliche,

in freundschaftlichem Ton gehaltene Botschaften, in denen er seine Bereitschaft für eine Verbesserung der ägyptisch-amerikanischen Beziehungen betonte. Die Erfahrungen der fünfziger Jahre hatten erwiesen, daß die Einbeziehung Ägyptens in die US-amerikanischen Pläne Voraussetzung für ihre erfolgreiche Realisierung war.

Die in den Beziehungen zu Ägypten eingeleitete Wende wurde im Februar 1962 durch die Lieferung von Lebensmitteln in Höhe von 32,2 Millionen Dollar unterstrichen. Kennedy nahm damit die seit der Eisenhowerära gesperrten Lieferungen aus den Getreideüberschüssen der USA an Ägypten wieder auf. Er legte fest, daß die Gewinne aus diesen «Schenkungen» als zusätzliche Kredite in Ägypten verblieben.[1] Diese von Ägypten dringend benötigten Weizenlieferungen wurden in den folgenden Jahren je nach Erfordernis des politischen Spiels weiter gewährt oder suspendiert. Gleichzeitig veranlaßte die Kennedyregierung die BRD zu verstärkten Kreditangeboten an Ägypten.

Während sich die US-amerikanische Regierung um die Verbesserung ihrer Beziehungen zu Nasser bemühte, förderte sie zugleich Saudi-Arabiens Rivalität mit Ägypten.

In seinem Buch die «Philosophie der Revolution» hatte Nasser das Erdöl als eine der «drei wichtigsten Säulen» arabischer Einheit bezeichnet. Saudi-Arabien, der reichste nahöstliche Erdölproduzent, war aber nicht bereit, seine Erdöleinkünfte für die arabische Einheit einzusetzen und mit Ägypten zu teilen. Der US-amerikanische Einfluß in Saudi-Arabien nahm in den sechziger Jahren bedeutend zu, nachdem Sheikh Zaki Yamam, der an der New-Yorker sowie an der Harvarduniversität in Cambridge studiert hatte, 1962 Erdölminister und zugleich Direktor der dort ansässigen amerikanischen Erdölgesellschaft ARAMCO geworden war. Die Verbindungen des USA-Außenministeriums zur königlichen Familie hatten sich wesentlich verbessert, nachdem Feisal seinen Bruder Saud auf dem Thron abgelöst hatte. König Feisal war äußerst konservativ. Er bezog zwar eine sehr ablehnende Haltung gegenüber Israel, war aber bereit, mit den USA gegen den «Umstürzler» Nasser zusammenzuarbeiten. Er betrachtete die USA-Regierung als antikommunistischen Verbündeten, zu dem er besondere Beziehungen aufrechterhielt, um die «radikalen» Strömungen im Nahen Osten einzudämmen. Zu diesem Zweck mischte sich Saudi-Arabien, unterstützt von der CIA, in die ägyptisch-syrischen Meinungsverschiedenheiten ein, die sich 1961 so zuspitzten, daß die Vereinigte Arabische Republik auseinanderbrach. Ohne Zweifel hatten hauptsächlich objektive Ursachen, aber auch subjektive Fehler der ägyptischen Führung den Fehlschlag dieses ersten Versuchs einer Vereinigung zweier fortschrittlicher arabischer Staaten bedingt. Die Einmischung Saudi-Arabiens in Form einer Spritze von 7 Millionen Pfund Sterling gab indessen der Spaltung einen nicht unwesentlichen Anstoß.

Die regierenden Kreise der USA wollten die Position Nassers schwächen und seinen Einfluß in der arabischen Welt reduzieren. In Abstimmung mit den USA ergänzte der BRD-Imperialismus diese Absicht im wirtschaftlichen Bereich. Als Syrien wieder selbständig geworden war, beeilten sich BRD-Monopole, den Bau des

---

[1] Siehe Archiv der Gegenwart, Bonn 1962, S. 9338 E.

Euphratstaudamms in die Hände zu bekommen. Gleichzeitig befaßte sich die BRD mit Großobjekten in Ägypten. In beiden Fällen handelte die besonders eng mit den USA verbündete BRD weder «aus eigenem Antrieb» noch «aus rein kommerziellen Interessen», vielmehr ging es darum, «das Gesamtgewicht des Westens» zu stärken.[2]

Im September 1962 erreichten die Ausläufer der nationaldemokratischen revolutionären Strömung, die die arabische Welt bewegte, auch eine der mittelalterlichen Enklaven der arabischen Halbinsel, das Königreich Jemen. Der Imam von Jemen wurde gestürzt. Oberst Abdullah al-Salla rief in Jemen die Republik aus und wurde ihr erster Präsident. Diese Entwicklung löste bei dem konservativen Regime in Saudi-Arabien größte Besorgnis aus. Der saudi-arabische König gewährte dem entthronten und geflohenen jemenitischen Herrscher Schutz und mobilisierte der jungen Republik feindliche Stämme zum bewaffneten Kampf. Die JAR erhielt von Präsident Nasser die erbetene militärische Unterstützung.

Die Regierung der USA stellte sich in den ausbrechenden Kampfhandlungen voll auf die Seite Saudi-Arabiens. Sie lieferte bereitwillig militärische Ausrüstungen, zumal sich abzuzeichnen begann, daß die Saudis gewillt waren, ihre Erdöleinnahmen zunehmend in Rüstungskäufen anzulegen. Das saudi-arabische Herrscherhaus, das bestrebt war, das Land aus den sozialpolitischen Veränderungen der Region herauszuhalten, befürchtete, daß die sich in den benachbarten arabischen Ländern vollziehenden progressiven Veränderungen auf Saudi-Arabien übergreifen könnten. Zudem wirkte sich auch die von US-amerikanischer Seite verbreitete und systematisch gesteigerte Behauptung aus, Saudi-Arabien würde nicht nur von Jemen, sondern vor allem von Ägypten bedroht. So schloß das Regime in Riad erste umfangreiche Geschäfte mit britisch-amerikanischen Waffenhändlern ab.

Präsident Nasser protestierte gegen die mit den USA abgestimmten saudi-arabischen Operationen gegen Jemen. Er schrieb an John F. Kennedy, daß er bereit sei, den unverzüglichen Rückzug der ägyptischen Truppen aus Jemen anzuordnen, wenn Saudi-Arabien seine Unterstützung für die Royalisten, die Anhänger des gestürzten Imams, einstellen würde. Kennedy antwortete, er sei damit einverstanden, daß der Rückzug der ägyptischen Truppen von der Beendigung der saudi-arabischen Einmischung in Jemen abhängig gemacht würde.[3] Gleichzeitig aber verstärkten die USA über Saudi-Arabien ihre Unterstützung für die jemenitischen Royalisten. Sie entsandten eine Gruppe in den USA angeworbener Söldner nach Jemen.

Das Ziel der US-amerikanischen Regierung war keineswegs die rasche Beendigung des Krieges in Jemen. Die Regierung Nasser sollte mehr und mehr in diesen Krieg verwickelt werden. Der Krieg in Jemen kostete Ägypten nicht nur Tausende von Menschenleben, sondern griff auch die Mittel an, die die Regierung Nasser so notwendig für die Realisierung ihrer ökonomischen Ziele und für die militärische Sicherheit Ägyptens brauchte. Vor allem schwächte dieser Krieg die Kräfte Ägyptens, das sich ja auf die Abwehr der expansionistischen Politik Israels konzentrieren mußte.

---

[2] H. Bechthold, Keine wesentliche Koordination in Kairo. In: Außenpolitik, Bonn, 3/1965, S. 149 – 152.

[3] Zu dem Briefwechsel Kennedy – Nasser siehe M. Primakov, Anatomy of the Middle East Conflict, Moscow 1979, S. 213.

Das US-amerikanische «Krisenmanagement» wirkte auch darauf hin, daß Ägyptens Beteiligung am Krieg gegen die Royalisten in Jemen auf keinen Fall zum Sieg der republikanischen Regierung führen durfte. Eine solche Entwicklung, die schließlich revolutionierend auf andere Teile der Arabischen Halbinsel einwirken konnte, sollte unbedingt vermieden werden.

Stets erfolgte die US-amerikanische «Kontrolle» der zwischenarabischen Konflikte zum Schutz der eigenen Interessen der Vereinigten Staaten. Sie setzten alle Mittel ein, um die Konsolidierung der auf antiimperialistischen Positionen stehenden Regime im arabischen Raum zu verhindern.

Manipulierung des israelisch-arabischen Konflikts

Im März 1961 kam es in New York zu einer bedeutungsvollen Begegnung zwischen BRD-Kanzler Adenauer und dem israelischen Premierminister Ben Gurion. Auf Druck Präsident Kennedys verpflichtete sich Adenauer im Zuge dieser Unterredung, über das seit 1952 bestehende «Wiedergutmachungsabkommen» hinauszugehen und moderne Waffen aus den Beständen der Bundeswehr im Werte von 320 Millionen DM direkt an Israel zu liefern. Die Mittel aus dem weiterlaufenden «Wiedergutmachungsabkommen» wurden von der israelischen Regierung dazu verwendet, moderne Militärtechnik und Waffen in Großbritannien, Frankreich und Italien zu erwerben, um in der Region ein militärisches Kräfteverhältnis zugunsten Israels herzustellen.[4] Die Lieferung der französischen «Mirage» sicherte die israelische Luftüberlegenheit; aus der BRD kamen moderne US-amerikanische Panzer. 1961 wurde zwischen Israel und Iran ein geheimes Militärabkommen geschlossen, das langfristig die Erdölversorgung für die israelische Industrie und Armee sicherstellte.

Die militärische Stärkung Israels war die wichtigste Voraussetzung für die von den USA geplante Manipulierung des israelisch-arabischen Konflikts. Anfang der sechziger Jahre, als die US-amerikanische Regierung noch auf eine Annäherung an Ägypten orientierte, mußte das neue Waffengeschäft mit Israel jedoch so arrangiert werden, daß die USA offiziell nicht in Erscheinung traten. Deshalb wurden auch die Verhandlungen über die Lieferung von Kampfflugzeugen des Typs «Skyhawk» an Israel streng geheimgehalten. Israel wurde in kürzester Frist mit den damals modernsten Waffensystemen versorgt und die israelische Armee befähigt, diese zu gebrauchen.

Offiziell erklärte die US-amerikanische Regierung, daß sie sowohl an Israel als auch an solche arabische Staaten wie Jordanien und Saudi-Arabien in gewissem Umfang Waffen liefere, um in der Nahostregion das «Gleichgewicht» zu erhalten. Tatsächlich festigte sie die militärische Überlegenheit Israels. Wenn die USA von «Gleichgewicht» sprachen, so meinten sie damit, Israel in die Lage zu versetzen, einer gemein-

---

[4] Im Zeitraum von 1949 bis 1967 zahlte die BRD-Regierung 2 Milliarden US-Dollar als «Wiedergutmachung» und nichtrückzahlbare Kredite an die israelische Regierung. Insgesamt flossen in diesem Zeitraum 7,7 Milliarden US-Dollar nichtrückzahlbarer Kapitalimporte aus imperialistischen Ländern nach Israel. Siehe T. Gozansky, Ökonomische Unabhängigkeit – wie? Zusammenfassung der Wirtschaftsentwicklung Israels 1948–1968, Tel Aviv 1970 (hebräisch), S. 12/13.

samen Front arabischer Staaten begegnen zu können. Das setzte die Schaffung einer gesicherten Überlegenheit Israels über die militärischen Potenzen von zwei bis drei arabischen Staaten voraus, die möglicherweise eine Koalition bilden konnten.

Als Präsident Johnson die Regierungsgeschäfte übernahm, kühlten sich die ägyptisch-amerikanischen Beziehungen merklich ab. Die Wirtschafts«hilfe» in Form von Weizenlieferungen an Ägypten wurde völlig eingestellt. Am 18. März 1965 ließ Johnson an Nasser eine Note übermitteln, in der offen mitgeteilt wurde, daß die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika moderne Flugzeuge an Israel geliefert habe, angeblich als Ausgleich zu den ägyptischen Bomberbeständen. Weiterhin ließ Johnson erklären, daß die USA Israel auch künftig mit allen erforderlichen Waffenarten versorgen würden. Die Johnsonregierung, die zu diesem Zeitpunkt zur offenen Aggression gegen die Demokratische Republik Vietnam und zum massierten Einsatz amerikanischer Kampftruppen gegen die Volksbefreiungskräfte im Süden Vietnams übergegangen war, trat nunmehr ganz unverhüllt als Israels Hauptlieferant für Waffen in Erscheinung.

Alle Entscheidungen der US-amerikanischen Regierung zielten darauf ab, unbedingt zu verhindern, daß sich Ägyptens Position als führende Kraft in der arabischen Welt weiter festigte. In der ersten Hälfte des Jahres 1967, als sich die Lage an den israelisch-arabischen Grenzen immer mehr verschärfte, erklärte Israels Premierminister Lewi Eshkol, die amerikanische Regierung habe ihn wissen lassen, daß die im Mittelmeer kreuzende 6.USA-Flotte «Israels Vorgehen absichern» werde.[5] Zugleich wurde Druck auf Nasser ausgeübt, um ihn in dem sich zuspitzenden Konflikt zu solchen Zugeständnissen zu zwingen, die seinem Prestige schaden würden.

Die Nahostpolitik der Johnsonregierung rief sogar bei den mit den USA liierten konservativen arabischen Regimen Besorgnis hervor. Während seines ersten offiziellen Besuchs in Washington warnte König Feisal von Saudi-Arabien Johnson vor einem weiteren Engagement in Israel.

Das Zusammenspiel zwischen der US-amerikanischen und der israelischen Führung war indessen so weit entwickelt, daß Israel die «Initiative» zur Auslösung eines begrenzten Krieges in der Region übernehmen konnte. Das Fehlen einer einheitlichen Konzeption auf arabischer Seite war ein begünstigender Faktor für die israelisch-amerikanischen Pläne. Dabei war die USA-Regierung darauf bedacht, die Entwicklung einer solchen Situation zu vermeiden, in der sie gezwungen gewesen wäre, die eigenen Streitkräfte an der Seite Israels einzusetzen. Vielmehr orientierte die Johnsonregierung aufgrund der seit Jahren betriebenen militärischen Vorbereitung Israels und der besonders engen Abstimmung mit der israelischen Führung auf einen «Stellvertreterkrieg». Sie ging davon aus, daß ein erfolgreicher «Stellvertreterkrieg» Israels auch für sie selbst ein Erfolg wäre, «... und jede Israel zugefügte Niederlage ein Gewinn für die Gegenseite sein würde, nicht nur für Ägypten, sondern auch für die Sowjetunion ..., deshalb entstand eine fast vollständige Übereinstimmung der Interessen zwischen den USA und Israel ...»[6].

---

[5] US News & World Report, Washington 17. April 1967, S. 76.

[6] D. Kimche/D. Bawly, The Sandstorm, London 1968, S. 278.

Dieser Krieg im Nahen Osten sollte gleichzeitig die Position der USA im internationalen Kräfteverhältnis verbessern. Die amerikanische Führung rechnete vor allem damit, daß ein Angriff auf Ägypten auch die mit diesem fortschrittlichen arabischen Land freundschaftlich verbundene sowjetische Regierung treffen würde. Die herrschenden Kreise der USA spekulierten darauf, daß nach einem militärischen Sieg Israels weitreichende politische Gewinne verbucht werden könnten. In erster Linie ging es ihnen um die «Verdrängung» der Sowjetunion aus der Nahostregion, d. h. um die Störung oder Unterbindung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Regierung der UdSSR und den progressiven arabischen Regierungen. Weiterhin hofften sie, daß ein israelischer Vorstoß in der Nahostregion solche politisch-militärischen Konsequenzen in den internationalen Beziehungen hervorrufen würde, daß sich die UdSSR zu Zugeständnissen in anderen Weltregionen, so in Vietnam, veranlaßt sehen würde.

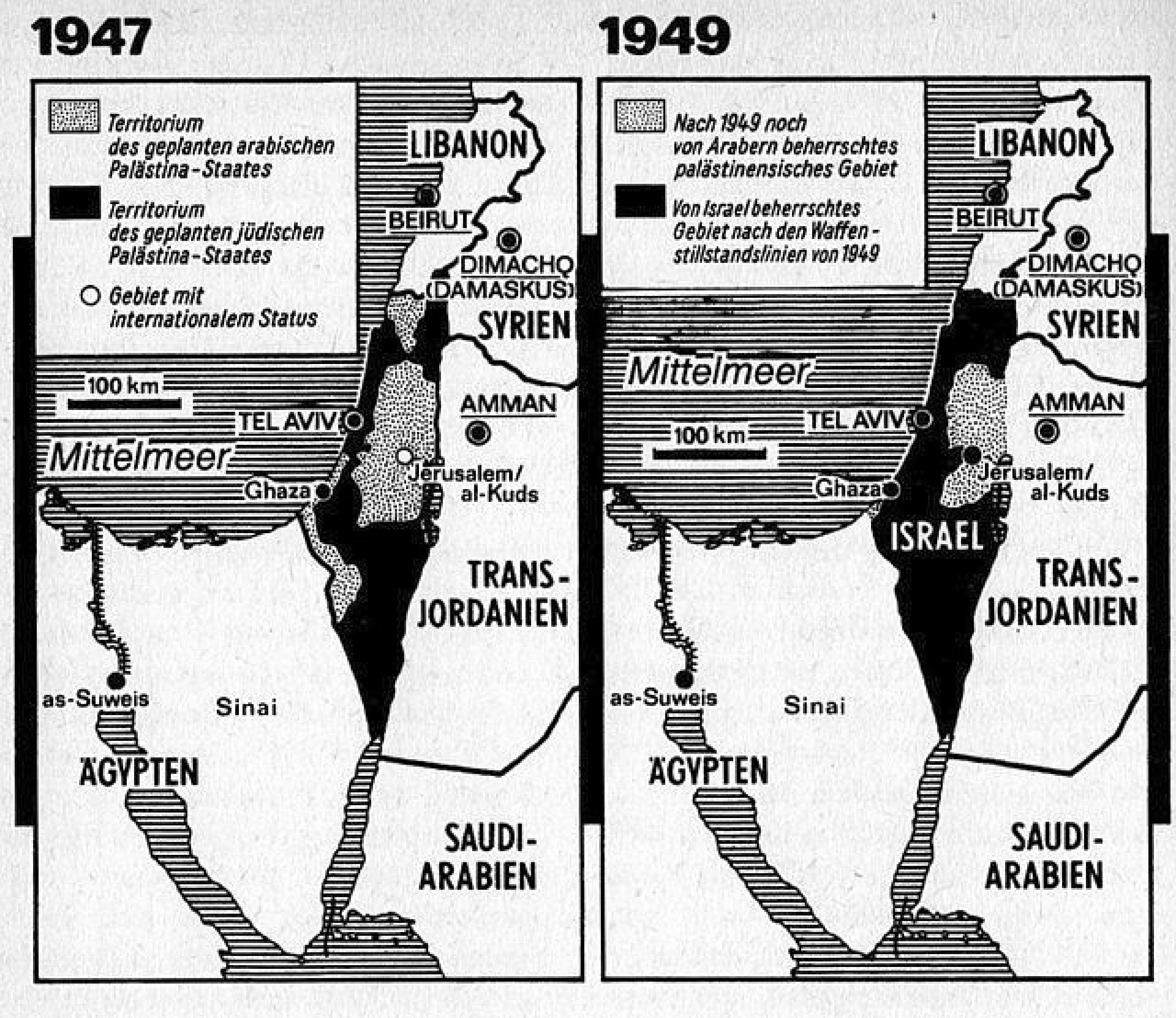
Die Manipulierung der sich 1967 zuspitzenden Krise wurde von den führenden US-amerikanischen Kreisen auch im Interesse Israels betrieben. Dies wurde besonders deutlich, als Präsident Nasser am 22. Mai 1967 die Straße von Tiran für israelische Schiffe und solche, die strategisches Material nach Israel beförderten, schließen ließ. Zur Begründung dieser Entscheidung führte die ägyptische Regierung an, daß Israel fortgesetzt die Rechte der Araber im allgemeinen und die des arabischen Volkes von Palästina im besonderen verletze und mit Krieg drohe. Präsident Nasser hatte in all den Jahren nach der israelisch-britisch-französischen Aggression vielfältige Initiativen unternommen, um einen bewaffneten Zusammenstoß mit Israel zu verhindern. Angesichts unaufhörlicher israelischer Provokationen hatten sich Ende 1966/Anfang 1967 Ägypten und andere arabische Staaten allerdings gezwungen gesehen, militärische Beistandsabkommen zu schließen.[7] Doch auch in der zugespitzten Situation jener Maitage des Jahres 1967 zeigte sich Ägypten bereit, auf die Kompromißvorschläge des Generalsekretärs der Vereinigten Nationen einzugehen, um einen Krieg mit Israel zu vermeiden.

Der USA-Präsident dagegen versicherte der israelischen Regierung unverzüglich, daß er alle Pläne zur Aufhebung der Blockade unterstützen werde, auch wenn diese die Anwendung militärischer Gewalt einschließen sollten. Die Taktik der Johnsonregierung zielte darauf ab, Nasser hart unter Druck zu setzen, ihn zu einem politisch-diplomatischen Rückzug in der Frage der Blockade der Wasserstraße zu zwingen und damit seinem Ansehen in der Region entscheidend zu schaden. Da sie auf keinen Fall allein vorschnellen wollte, versuchte die US-amerikanische Regierung, ein Zusammengehen mit Großbritannien und Frankreich zustande zu bringen, die jeweils einen Flottenverband zum Durchbruch der Blockade entsenden sollten.

USA-Admiral Martin, der 1958 die Landung der Marineinfanteristen in Libanon befehligt hatte, erhielt den geheimen Auftrag, 50 Kriegsschiffe, 200 Jet-Bomber und Kampfflugzeuge sowie 25000 Soldaten unter höchster Alarmstufe im östlichen Mit-

---

[7] Seit November 1966 bestand ein ägyptisch-syrischer Beistandsvertrag für den Fall einer israelischen Aggression, am 30. März 1967 schloß Jordanien einen Verteidigungsvertrag mit Ägypten, dem sich am 4. Juni auch Irak anschloß.



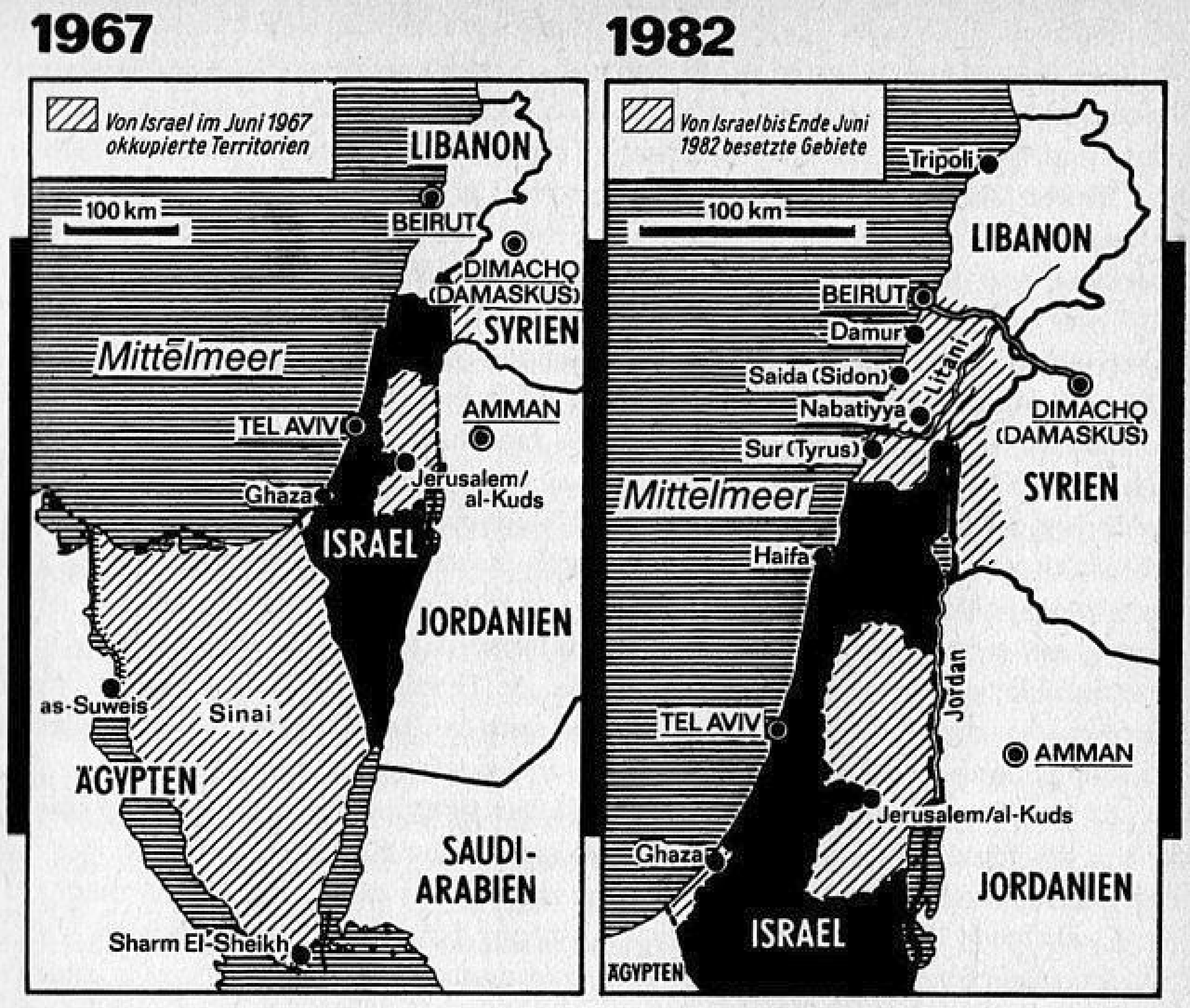
Im UNO-Beschluß von 1947 vorgesehene Grenzen

Nahost nach dem ersten israelisch-arabischen Krieg

telmeer zu konzentrieren. Während einer Beratung mit dem israelischen Außenminister Eban informierte der USA-Verteidigungsminister McNamara am 26. Mai 1967 darüber, daß drei verschiedene amerikanische Geheimdienstgruppen zu den gleichen Schlußfolgerungen gekommen seien: Erstens beabsichtige Ägypten nicht, die Feindseligkeiten zu eröffnen, und zweitens wäre Israels Militärkapazität im Falle eines Konflikts Ägpyten eindeutig überlegen. Diese Informationen dienten direkt dazu, die israelische Führung zu ermutigen, und trugen zweifellos mit dazu bei, daß sie sich am 4. Juni 1967 zu militärischen Aktionen entschloß.[8]

Der Überraschungsangriff, der sogenannte Präventivschlag, der am 5. Juni 1967 gegen die ägyptische, wenige Stunden später auch gegen die syrische und jordanische Luftwaffe geführt wurde, brachte bereits die Kriegsentscheidung. Am 10. Juni war die gesamte Sinaihalbinsel in israelischer Hand, und die israelischen Truppen hatten

[8] Zum Verlauf der israelischen Aggression im Juni 1967 und zur Einstellung der Kampfhandlungen siehe M. Robbe, Scheideweg in Nahost, Berlin 1982, S. 233 ff.



Nahost nach der israelischen Aggression 1967

Nahost zur Zeit der israelischen Aggression gegen Libanon

den Suezkanal erreicht. In wenigen Tagen hatten die Israelis auch das jordanische Gebiet westlich des Jordan besetzt. Am 9. und 10. Juni eroberten sie die syrischen Golanhöhen und standen 60 Kilometer vor Damaskus.

Die Staaten des Warschauer Vertrages erklärten sich mit dem gerechten Kampf der arabischen Völker solidarisch und forderten von Israel die unverzügliche Einstellung der Kriegshandlungen sowie den Rückzug der israelischen Truppen aus den eroberten arabischen Gebieten. Ein sowjetischer Flottenverband war in das östliche Mittelmeer ausgelaufen und blockierte die Operationen der 6. USA-Flotte. Die Sowjetunion hatte mit Beginn der Aggression im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gefordert, Israels Handlungsweise zu verurteilen und sofort Maßnahmen einzuleiten, die der Wiederherstellung des Friedens dienten (am 6. Juni 1967 verlangte der UNO-Sicherheitsrat einstimmig die sofortige Feuereinstellung im Nahen Osten).

Ungeachtet der offiziellen Erklärung des US-amerikanischen Außenministeriums, die USA würden während des militärischen Konflikts «neutral» bleiben, tat der Delegierte der USA bei den Vereinten Nationen alles, um einerseits die Annahme der

Resolutionen, die Israels Aggression verurteilten, zu verhindern und andererseits den Waffenstillstand hinauszuzögern, wodurch die israelische Armee ihre strategischen Positionen wesentlich verbessern konnte. Von den Golanhöhen aus bedrohte sie die Hauptstadt Syriens, Damaskus. Israelische Truppen standen am Westufer des Jordan und hielten Jerusalem besetzt. Sie hatten mit der Eroberung der Sinaihalbinsel wichtige militärstrategische Positionen zur Beherrschung der Seewege, die durch den Suezkanal und das Rote Meer führten, erobert. Der Waffenstillstand vom 10. Juni 1967 war nicht (wie nach der Suezaggression von 1956) mit der Forderung nach unverzüglichem Rückzug verbunden. Er bedeutete nur eine Feuereinstellung.

Die israelische Aggression 1967 führte zur Präzisierung einiger Hauptelemente der flexiblen Militärstrategie. Sowohl die USA als auch die anderen NATO-Hauptmächte waren bemüht, aus den militärischen Operationen der israelischen Land- und Luftstreitkräfte Schlußfolgerungen zu ziehen und ihre Anwendbarkeit auf den potentiellen europäischen Kriegsschauplatz zu prüfen. Von Israel war die Blitzkriegführung zur Eroberung politischer Faustpfänder ebenso erprobt worden wie die genaue Aufklärung auf strategischer, operativer und taktischer Ebene, die Mobilmachung und gedeckte Heranführung der Reserven sowie die Erzeugung geistiger Aggressionsbereitschaft nicht nur der Streitkräfte, sondern auch der Bevölkerung. Aufgrund dieser Erfahrungen wurde die Theorie des begrenzten Krieges weiter ausgebaut.

Nach Beendigung der relativ kurzen Phase der militärischen Konfrontation orientierten die führenden amerikanischen und israelischen Kreise darauf, eine «weder Krieg noch Frieden»-Situation aufrechtzuerhalten. Dies erreichten sie vor allem mit der Fortsetzung und Erweiterung der Aufrüstung Israels. Johnson entschied 1968, 50 Überschall-Kampfflugzeuge vom Typ «Phantom» an Israel zu liefern. In zunehmendem Maße erhielt Israel in den Jahren nach dem «Sechstagekrieg» sogar modernste Raketen und elektronische Ausrüstungen, die gerade erst in den USA-Streitkräften eingeführt worden waren.

Zugleich aber waren die politisch-diplomatischen Maßnahmen der USA darauf gerichtet, alle Versuche zu torpedieren, mit denen die Voraussetzungen für die Verwirklichung der im November 1967 angenommenen UNO-Sicherheitsrats-Resolution Nummer 242 geschaffen werden sollten. In dieser Resolution wurde eindeutig die Unzulässigkeit von Gebietserwerb durch Krieg festgestellt und der Rückzug der israelischen Truppen aus den während des Krieges besetzten Gebieten gefordert. Außerdem wurde in ihr die Gewährleistung von Souveränität, territorialer Integrität und politischer Unabhängigkeit für jeden Staat in der Region verlangt.

Die Resolution 242 war zu diesem Zeitpunkt die einzig mögliche reale Basis für eine politische Lösung. Ägypten und Jordanien erkannten die Festlegungen der Resolution voll und ganz an. Israel lehnte sie völlig ab. Die israelische Führung, der stillschweigenden Billigung seitens der USA gewiß, nannte folgende Vorbedingungen für die politische Regelung: Fortsetzung der Okkupation der Golanhöhen, des Ghazastreifens, bestimmter Teile der Sinaihalbinsel und die Annexion von Jerusalem. Das aber bedeutete eine weitere Verschärfung des arabisch-israelischen Konflikts mit allen ihm innewohnenden Gefahren einer neuen militärischen Auseinandersetzung.

Reorganisation der CENTO und ihre Krise

Endgültige Verdrängung des britischen durch den USA-Imperialismus

Die Politik der CENTO war auch in den sechziger Jahren von ihrer antikommunistischen und antisowjetischen Hauptstoßrichtung gekennzeichnet. Das wesentliche Anliegen des Militärblocks, die Vorbereitung eines Krieges gegen die sozialistischen Länder und der Kampf gegen die nationale Befreiungsbewegung, blieb unverändert. Er war eine Kraft, die dem gesellschaftlichen Fortschritt in der Region entgegenwirkte. Da sich CENTO und NATO sowohl territorial als auch hinsichtlich der Mitgliedstaaten überlappten, gehörte es zu den spezifischen Aufgaben des nahöstlichen Paktes, die Interessen des aggressiven NATO-Bündnisses in der Region des Nahen und Mittleren Ostens wahrzunehmen. Allerdings wurden die Möglichkeiten des Militärblocks, in der Region wirksam zu werden, erheblich eingeschränkt. Die entschlossene Haltung der UdSSR zwang die aggressiven Kräfte der CENTO, auf das Eingreifen in militärische Konflikte im Nahen und Mittleren Osten zu verzichten.

Auf der Basis der Nichtpaktgebundenheit und der Freundschaft zu den sozialistischen Ländern bildeten einige arabische Staaten ihre eigenständige Rolle in den internationalen Beziehungen mehr und mehr heraus. Das traf besonders für Ägypten unter Führung Nassers zu, aber auch für Syrien und Irak. Auch dieser Prozeß engte den Spielraum der CENTO ein.

In den sechziger Jahren trat zudem deutlich das Wirken zentrifugaler Tendenzen innerhalb der CENTO in Erscheinung. Die Ursachen lagen in den sich verschärfenden Widersprüchen zwischen den Mitgliedstaaten und dem sich fortlaufend verändernden Kräfteverhältnis auch in diesem Militärblock. Während der britische Einfluß in der CENTO zurückging, erweiterte sich der der USA.

1961 traten die Vereinigten Staaten von Amerika dem Wissenschaftsausschuß des Militärblocks bei und übernahmen die Leitung des Militärkomitees, dem sie seit 1957 angehörten. Dennoch vermieden die USA weiterhin die Vollmitgliedschaft in diesem Militärblock. Auf der Grundlage zahlreicher bilateraler Verträge verfügten sie bereits über ein weitgespanntes Netz von Luft- und Seestützpunkten in der Türkei, in Iran und Pakistan. Sie konnten auf diese Weise unauffälliger und über verschiedenartige Kanäle den Militärblock beeinflussen und Großbritannien aus seiner führenden Rolle allmählich völlig verdrängen.

Die regierenden Kreise Großbritanniens betrachteten die traditionell sehr enge Verbindung mit den USA als wichtigste Voraussetzung, um ihre außenpolitischen Ziele durchsetzen zu können. Trotz auftretender Widersprüche im britisch-amerikanischen Verhältnis hatte die Einordnung der britischen Politik in die USA-Globalstrategie Vorrang. Von besonderer Bedeutung war für Großbritannien die Erhaltung

seiner verbliebenen Machtpositionen in den ehemals zum britischen Kolonialreich zählenden Gebieten und Einflußzonen.

Der Abzug der britischen Truppen aus einer solchen Schlüsselstellung wie der Suezkanalzone (Ende 1956) hatte den Einfluß Großbritanniens bereits geschwächt. Nach der mißglückten britisch-amerikanischen Intervention in Libanon und Jordanien und dem Sturz der irakischen Monarchie 1958 hatte Großbritannien seine militärischen Positionen auch in diesen arabischen Ländern aufgeben müssen. Die britischen Streitkräfte hielten sich in den sechziger Jahren nur noch im Süden der Arabischen Halbinsel. Gerade dieser in unmittelbarer Nachbarschaft zu den Hauptzentren der Erdölgewinnung gelegene Teil der Nahostregion war für Großbritannien von außerordentlicher Bedeutung, da die britische Industrie und Armee vorwiegend von der Versorgung mit Nahosterdöl abhängig waren. Es war der britischen Regierung gelungen, ihre koloniale Herrschaft in Südjemen zeitweilig sogar zu festigen, nachdem sie 1962 den Zusammenschluß mehrerer Emirate in der sogenannten Südarabischen Föderation erreicht hatte. In diesem halbsouveränen Staatengebilde hatte sie sich die außenpolitische Vertretung und die volle militärische Handlungsfreiheit gesichert. In Aden befand sich das Oberkommando der britischen Nahoststreitkräfte.

Noch in dem 1965 herausgegebenen britischen «Verteidigungsweißbuch» wurde betont, daß Großbritannien entschlossen sei, seinen «führenden Platz in der NATO und seine Handlungsfähigkeit in der Region östlich von Suez» beizubehalten.[1] Aber bereits im nächsten, 1966 erschienenen «Verteidigungsweißbuch» mußte der ökonomischen und finanziellen Schwäche des britischen Imperialismus Rechnung getragen werden. Darin wurde unter anderem bekanntgegeben, daß Großbritannien nur noch eine begrenzte militärische Präsenz im Raum des Arabisch-Persischen Golfs werde aufrechterhalten können – und dies, obwohl die Region wegen des Erdöls von besonderem strategischem Interesse war.

In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre wurde immer deutlicher, daß Großbritannien nicht mehr in der Lage war, die von ihm beanspruchten Machtpositionen in der Welt zu halten. Die sechziger Jahre waren durch den endgültigen Zerfall der britischen Kolonialherrschaft gekennzeichnet. Vor allem in Afrika, aber auch in den Regionen des Indik und des Arabisch-Persischen Golfs erkämpfte die Befreiungsbewegung in zahlreichen britischen Kolonien die politische Unabhängigkeit ihrer Länder. Beispielsweise wurde 1967 die Volksrepublik Südjemen gegründet (seit 1970: Volksdemokratische Republik Jemen). Aden, der wichtigste britische Stützpunkt zur Kontrolle der Seewege zwischen dem Roten Meer und dem Indischen Ozean, wurde Hauptstadt der jungen Volksrepublik. Der britischen Diplomatie gelang es lediglich, die regierenden Kreise von Bahrein, Katar und sieben weiteren arabischen Emiraten 1968 zur Unterzeichnung eines Kommuniqués über die Gründung einer Föderation zu bewegen. Die Streitkräfte der Föderation wurden unter dem Kommando britischer Offiziere aufgebaut.[2]

Außerdem zeigte sich, daß der Bestand des Commonwealth of Nations als Instru-

---

[1] Zitiert nach Asopa/Sheel, Military Alliance and Regional Cooperation in West Asia, New Delhi 1971, S. 6/7.

ment des britischen Neokolonialismus gefährdet war. So wichtige Mitgliedstaaten wie Indien hatten den Dominionstatus schon 1950 abgelegt, andere kündigten ihn in den sechziger bzw. siebziger Jahren auf. Das Commonwealth of Nations geriet in eine tiefe Krise. Auch deshalb wurden die Mittel immer geringer, über die Großbritannien verfügen konnte, um die Rolle eines Weltgendarmen Nr. 2 spielen zu können.

Diese veränderten Bedingungen zwangen die britische Führung, sich darauf zu konzentrieren, das Land als eine «mittlere europäische Regionalmacht» zu stabilisieren. Aus diesem Grunde wurde Ende der sechziger Jahre auch der Beitritt Großbritanniens in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) eingeleitet (1972 Unterzeichnung des Beitrittsvertrages).

Doch schon mit dem Kurs auf die EWG-Mitgliedschaft Großbritanniens wurde sichtbar, daß das britische Zollpräferenzsystem im Commonwealth of Nations seine Wirkung verlieren würde. Die einseitige wirtschaftliche Bindung der Mitgliedstaaten an Großbritannien wäre dann nicht mehr zu sichern. Damit aber war der Bestand des Commonwealth of Nations in Frage gestellt.

Das verstärkte Engagement Großbritanniens in Westeuropa bezog sich ebenso auf den militärischen Bereich. Eine Verbesserung der britischen Positionen im Hegemonialkampf mit seinen westeuropäischen Partnern bedingte auch die Verstärkung der militärischen Präsenz in Westeuropa. Und dies zog eine Verringerung der britischen Truppen in anderen Regionen zwangsläufig nach sich.

Von 1965 bis 1968 verringerte Großbritannien seine Truppen im Mittelmeerraum und im Nahen Osten um 5000 Mann, im Bereich des Indik und des Pazifik um 21000 Mann. Die britische Konzeption lief darauf hinaus, allmählich aus den Regionen «östlich von Suez» große Teile der dort stationierten britischen Streitkräfte abzuziehen. Künftig sollten die für Großbritannien so wichtigen Transportwege über die Meere mit dem Ausbau einer Kette von Inselstützpunkten im Indik gesichert werden.

Am 16. Januar 1968 gab die britische Regierung bekannt, daß dieser Rückzugsplan weitgehend abgeschlossen sei. Das bezog sich auch auf die Reduzierung der in Zypern befindlichen britischen Einheiten, die als «strategische Unterstützung» des CENTO-Blocks gedacht waren. Zugleich hatte Großbritannien den USA Zugang zu den britischen Stützpunkten im Indik und im Arabisch-Persischen Golf verschafft; damit hatte Großbritannien die Vorherrschaft der USA in dieser Region akzeptiert.

Wachsende militärische Rolle der CENTO

Unter maßgeblichem Einfluß der USA-Militärs arbeiteten die führenden Gremien dieses Militärblocks eine neue Militärstrategie aus. Diese lehnte sich eng an die seit 1962 gültige aggressive «Schwert-Schild»-Konzeption des NATO-Blocks an. Die

---

[2] Im Dezember 1971 wurden dann anstelle der mit 9 Kleinstaaten geplanten Föderation aus 7 Scheichtümern am Golf die Vereinigten Arabischen Emirate gebildet (ohne Bahrein und Katar). Mit einem Vertrag sicherte sich Großbritannien das Recht, jederzeit britische Truppen in die Region des Arabisch-Persischen Golfs zurückzubringen.

asiatischen Paktmitglieder sollten als «Schild» die Südflanke der NATO stärken, um die Entfaltung der USA-Einheiten am nahöstlichen Frontabschnitt und den Aufmarsch einer Stoßgruppierung gegen die südlichen Gebiete der UdSSR zu sichern. Im Kriegsfall hätten die 6. USA-Flotte und die britische Mittelmeerflotte sowie die in der Türkei und auf Zypern stationierten und mit Kernwaffen ausgerüsteten Luftstreitkräfte beider imperialistischer Staaten die Rolle des «Schwertes» zu übernehmen. Die Beteiligung der USA und Großbritanniens sollte dabei in erster Linie durch den Einsatz von Raketenkernwaffenkräften und Luftlandetruppen erfolgen. Im Zusammenhang mit dieser Militärstrategie wurde der Erhöhung der Gefechtsbereitschaft und Kampffähigkeit der Streitkräfte der Türkei, Irans und Pakistans besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Hauptlieferant der modernen Waffen waren wiederum die USA, Hauptempfänger zuerst die Türkei, dann Ende der sechziger Jahre Iran.

1969 verfügte die Türkei mit insgesamt 483000 Soldaten nach den USA zahlenmäßig über die zweitstärksten Streitkräfte der NATO. Sie stellte damit mehr als die Hälfte der gesamten Streitkräfte der asiatischen CENTO-Mitglieder, die 1966 insgesamt 908300 Mann betrugen. Seit Mitte der sechziger Jahre wurde die iranische Armee verstärkt mit modernsten Waffen beliefert. Das Schahregime begann zum bedeutendsten Kunden der US-amerikanischen Rüstungsmonopole zu werden. Raketeneinheiten bestanden nunmehr nicht nur in der türkischen, sondern auch in der iranischen Armee und Flotte. Im Juli 1966 stimmte Washington dem Verkauf des neuesten Jagdbombers «Phantom» an das Schahregime zu.

Die Modernisierung der CENTO-Streitkräfte schloß insbesondere die Erhöhung der Anzahl von Luftwaffenstaffeln und Kampfschiffen ein. So wuchs im Laufe der sechziger Jahre die Anzahl der Luftwaffenstaffeln von 55 auf 60 und die der Kampfschiffe von 99 auf 145.[3]

Kontinuierlich stattfindende gemeinsame Übungen und Manöver der asiatischen Mitgliedstaaten, der USA und Großbritanniens sollten das Zusammenwirken der Paktstreitkräfte entwickeln. Bezeichnend für den aggressiven Charakter dieser Manöver des CENTO-Blocks war, daß sie in der Nähe der Grenzen zur UdSSR bzw. der Erdölgebiete durchgeführt wurden. 1964 fand eine Luftbrückenübung amerikanisch-iranischer Streitkräfte statt, in deren Verlauf 6800 USA-Soldaten aus den Vereinigten Staaten und aus der BRD auf dem Luftweg nach Iran an die Grenzen zur UdSSR und zu Irak verlegt wurden. Entlang der Achse Ankara – Teheran – Karatschi wurden unmittelbar an der sowjetischen Grenze Übungen der Truppen der Luftverteidigung veranstaltet. Seelandeoperationen sowie Übungen zur Abwehr von Landungstruppen wurden jedes Jahr unter Beteiligung von 40 bis 50 Kampfschiffen im nördlichen Teil des Arabischen Meeres sowie im Golf von Oman und im Arabisch-Persischen Golf durchgeführt. Diese Manöver und andere Maßnahmen des CENTO-Blocks zielten unter anderem darauf ab, politischen und militärischen Druck auf die nationale Befreiungsbewegung in der Region auszuüben. Wiederholt wurden an den Grenzen des sich progressiv entwickelnden Irak Konfliktsituationen provoziert. Ge-

---

[3] Zahlenangaben nach The Military Balance, 1966–1967, London 1966, S. 22–28, und ebenda 1970–1971, London 1970, S. 32 und 39.

gen die nationalen Befreiungskräfte, die in Dhofar, der westlichen Provinz von Oman, kämpften, entsandten CENTO-Mitglieder (Pakistan und auch Iran) irreguläre Einheiten, die am bewaffneten Kampf teilnahmen.

Die subversiven Aktivitäten des Blocks nahmen bedeutend an Umfang zu. Das «Antisubversionskomitee» des Paktes, in dem die USA bereits seit 1956 Mitglied waren und dem die Chefs der Polizeiorgane und Vertreter der Geheimdienste aller Paktmitglieder angehörten, koordinierte das Vorgehen gegen die antiimperialistische, demokratische und nationale Befreiungsbewegung sowohl in den Blockstaaten selbst als auch in den benachbarten Ländern, wobei es seine Tätigkeit mit den entsprechenden Organen der NATO abstimmte.

Wesentliche Bedeutung für die Erhöhung der militärischen Rolle der Türkei, Irans und Pakistans hatten die Beschlüsse des Ständigen Rates der CENTO über den Ausbau der Infrastruktur dieser Länder. Diese Beschlüsse sahen die Fertigstellung strategischer Transportwege, so einer Autobahn und einer Eisenbahnlinie zwischen der Türkei und Iran, vor, des weiteren die Modernisierung militärisch wichtiger Häfen in der Türkei und den Aufbau einer Richtfunkstrecke zwischen Ankara, Teheran und Karatschi. Im März 1964 stellten die USA zusätzliche Kredite für den Ausbau des Eisenbahnnetzes in der Türkei (10,5 Mio. Dollar) und in Iran (7,84 Mio. Dollar) sowie Mittel für die Rekonstruktion veralteter Flugplatzanlagen zur Verfügung.[4]

Die USA hatten seit März 1959 einen Wirtschaftskoordinator für CENTO-Angelegenheiten ernannt, der die Arbeit des Wirtschaftskomitees der CENTO aktivieren sollte und dem zugleich das «technische Hilfsprogramm» unterstellt war. Im Rahmen dieses «Hilfsprogramms» nahmen US-amerikanische Experten maßgeblichen Einfluß auf die Realisierung der einzelnen Projekte in den asiatischen Paktstaaten. Zwar konnten sich die CENTO-Mitgliedstaaten nicht über die Schaffung integrierter Streitkräfte und eines entsprechenden militärischen Kommandos, ähnlich dem der NATO, einigen, aber mit der Schaffung einer Organisation für regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit (Regional Cooperation for Development) im Juli 1964 erreichte der ökonomische Integrationsprozeß eine neue Stufe.

Krisenerscheinungen in der CENTO

Obwohl er seine militärische Stärke erhöhte, konnte der CENTO-Block nicht die Rolle spielen, die ihm in den US-amerikanischen Plänen zugedacht war. Das hatte verschiedene Ursachen. Eine davon ergab sich aus der politischen Instabilität der nahöstlichen und südasiatischen Paktmitglieder. Der Sturz der irakischen Monarchie am 14. Juli 1958 und der darauf folgende Austritt Iraks aus dem Militärblock hatte dem Pakt den ersten schweren Schlag versetzt.

Anfang Oktober 1958 fand in der Islamischen Republik Pakistan (damals noch aus Ost- und Westpakistan bestehend) ein Staatsstreich statt, mit dem die Verfassung

---

[4] Zum Ausbau der Infrastruktur der CENTO-Staaten siehe Asopa/Sheel, Military Alliance and Regional Cooperation in West Asia, S. 115.

außer Kraft gesetzt und das Parlament aufgelöst wurde. Bereits Ende Oktober 1958 errichtete General Ayub Khan, Oberkommandierender der pakistanischen Armee, eine Militärdiktatur. Zwar blieb Pakistans Mitgliedschaft in der CENTO und ebenso in der SEATO davon unberührt, aber die führenden Kreise der USA waren beunruhigt, signalisierte doch der Putsch die Aktivität oppositioneller Kräfte, die mit den bestehenden Verhältnissen und regierenden Kräften nicht einverstanden waren. Diese Befürchtungen wurden schließlich 1968/1969 bestätigt, als eine breite demokratische Volksbewegung in Ost- und Westpakistan die Grundlagen des autoritären Regimes erschütterten.

Im Mai 1960 fand der dritte Staatsstreich in einem CENTO-Land statt. In der Türkei stürzten Offiziere die Regierung Bayar/Menderes, die seit 1950 im Amt war. Mit ihr hatten die USA eine enge militärisch-ökonomische Zusammenarbeit aufgebaut, und sie hatte über die türkische Mitgliedschaft in NATO und CENTO entschieden. Die Veränderungen auf der politischen Bühne der Türkei schockierten die führenden Kreise der USA ganz besonders. Die bereits 1958 vorgenommene Entwertung der türkischen Lira sowie zwei mißlungene Putschversuche des Kommandanten der Offziersschule von Ankara, Talat Aydemir (Februar 1962 und Mai 1962), und die wachsende Opposition gegen die hohen Rüstungsausgaben stellten die politisch-ökonomische Labilität des türkischen Regimes unter Beweis. Darüber konnte auch die Zusicherung der neuen türkischen Regierung nicht hinwegtäuschen, daß die Türkei keinerlei Veränderungen an ihren Bündnisverpflichtungen in der NATO und der CENTO vornehmen werde.

Die USA aber hatten geglaubt, daß ihre enormen Finanzspritzen der Regierung Bayar/Menderes Stabilität sichern würden. Jetzt wurde der Regierung der Vorwurf gemacht, daß sie mit ihren Geldern ein korruptes Regime an der Macht gehalten hätte.

Unter den führenden türkischen Kreisen verstärkten sich indessen die Auseinandersetzungen um die Weiterentwicklung des Bündnisses mit den USA. Ein wesentlicher Anlaß dazu war der für die türkische Regierung überraschende Abbau der in der Nähe der türkisch-sowjetischen Grenze stationierten USA-Mittelstreckenraketen («Jupiter»). Im Rahmen der NATO-Beschlüsse von 1957 waren diese dort mit Unterstützung der türkischen Regierung aufgestellt worden. Die antisowjetisch und antikommunistisch ausgerichteten führenden Kreise in der Türkei betrachteten die Stationierung dieser Mittelstreckenraketen als einen Sicherheitsfaktor für den türkischen Staat.

Als jedoch in der UdSSR eine mit Interkontinentalraketen ausgerüstete neue Teilstreitkraft, die Strategischen Raketentruppen, geschaffen wurde, sah sich die USA-Führung gezwungen, ihre militärstrategische Konzeption zu ändern. Die in der Türkei aufgestellten Raketen vom Typ «Jupiter» besaßen für die «Unverletzlichkeit» des US-amerikanischen Territoriums keinerlei Bedeutung. Deshalb akzeptierte Kennedy die Forderung nach Rückführung der «Jupiter»-Raketen, die die UdSSR im Zusammenhang mit der sogenannten Karibischen Krise stellte, welche von den USA mit ihrer Seeblockade Kubas und ihren Interventionsdrohungen gegen Kuba ausgelöst worden war. Die türkische Regierung war darüber von den USA jedoch nicht informiert worden. Sie reagierte darauf sehr kritisch, denn diese Entscheidung hatte Kennedy

ausschließlich unter dem Aspekt der US-amerikanischen Sicherheitsinteressen gefällt. Dieses Vorgehen der USA-Regierung ließ in der Türkei nachhaltige Zweifel über die Verläßlichkeit ihres Hauptverbündeten aufkommen. Die USA sagten zwar zu, dem «Sicherheitsbedürfnis» der Türkei mit einer erweiterten Modernisierung der türkischen Luftstreitkräfte nachkommen zu wollen, dennoch beeinflußte der Abzug der «Jupiter»-Raketen die außenpolitische Orientierung der führenden türkischen Kreise. Sie wollten die türkische Außenpolitik nicht mehr nur an die USA, die NATO und die CENTO-Mitgliedstaaten binden, sondern ließen nun die Absicht erkennen, ihre Beziehungen zur Sowjetunion, zu den arabischen Staaten und den nichtpaktgebundenen Ländern zu verbessern.

Die Hauptursache für die in den sechziger Jahren in Erscheinung tretende Krise des CENTO-Paktes lag darin, daß die nahöstlichen und südasiatischen Paktmitglieder nicht mehr bereit waren, die antisowjetische Politik der imperialistischen Hauptmächte uneingeschränkt zu unterstützen. Sowohl in den führenden Kreisen der Türkei und Irans als auch Pakistans rief die prononciert antisowjetische Stoßrichtung der imperialistischen Politik wachsendes Unbehagen hervor, da sie erkennen mußten, daß ihre eigene Sicherheit von dieser Politik bedroht wurde.

Die in den sechziger Jahren immer deutlicher werdenden ökonomischen und sozialen Errungenschaften der sozialistischen Staatengemeinschaft wie auch ihre wachsende Verteidigungskraft ermöglichten neue Schritte zur Friedenssicherung. Die sozialistischen Länder schenkten in ihrer außenpolitischen Tätigkeit der Entwicklung der ökonomischen und politischen Zusammenarbeit mit den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens große Aufmerksamkeit. Zugleich wurde deutlich, daß der Imperialismus weder mit seiner Militärblockpolitik noch durch andere militärische Maßnahmen die historische und weltpolitische Initiative zurückerlangen konnte.

Unter den Bedingungen des veränderten internationalen Kräfteverhältnisses waren die asiatischen CENTO-Staaten daran interessiert, nicht mehr nur einseitige Bindungen an die imperialistischen Staaten aufrechtzuerhalten, sondern auch die Beziehungen zur UdSSR zu verbessern. Die Sowjetunion hatte den Beziehungen zu ihren südlichen Nachbarn stets große Bedeutung beigemessen. Die junge Sowjetrepublik hatte noch zu Lenins Lebzeiten die ungleichen Verträge des Zarenregimes mit Iran und der Türkei aufgehoben und auf die Festigung des gegenseitigen Vertrauens und die Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen orientiert. Konsequent und geduldig hatte die sowjetische Regierung seit dem Ende des zweiten Weltkriegs ihren südlichen Nachbarn immer wieder die auf friedlicher Koexistenz beruhende sowjetische Außenpolitik erläutert und die Machenschaften der imperialistischen Kräfte entlarvt. Allmählich verstanden die besonneneren Kräfte in den regierenden Kreisen Pakistans, Irans und der Türkei, daß die Bemühungen der UdSSR darauf gerichtet waren, eine Zusammenarbeit im gegenseitigen Interesse zu festigen. Sie erkannten, daß es gerade die Sowjetunion war, die dagegen wirkte, daß Streitigkeiten zwischen den Staaten des Nahen Ostens und Südasien von den imperialistischen Kräften in eigennützigem Interesse ausgenutzt wurden.

Die asiatischen CENTO-Mitglieder waren dem Pakt nicht zuletzt deshalb beigetreten, weil sie gehofft hatten, damit Unterstützung bei der Lösung ihrer regionalen

Probleme zu finden. Sowohl die Türkei und Iran als auch Pakistan hatten von ihrer Mitgliedschaft in der CENTO erwartet, daß diese ihren spezifischen Interessen in der Region zum Vorteil gereichen würde. Die regierenden Kreise in der Türkei wollten die Zypernfrage zu ihrem Vorteil lösen, Iran beanspruchte die Vorherrschaft am Arabisch-Persischen Golf, und Pakistan erhob auf Kaschmir Anspruch. Die imperialistischen Paktmitglieder Großbritannien und USA hatten aber die CENTO unmittelbar an den Grenzen zur Sowjetunion vorrangig als Instrument gegen den Sozialismus und die nationale Befreiungsbewegung geschaffen. Die asiatischen Paktmitglieder mußten die Erfahrung machen, daß der CENTO-Pakt in keiner Weise ihre spezifischen regionalen Forderungen berücksichtigte.

Dies wurde den herrschenden Kreisen in Pakistan bewußt, als ihr Anspruch auf Kaschmir im August 1965 zu einem militärischen Konflikt mit Indien führte und sie vergeblich auf die Unterstützung der imperialistischen Mächte hofften, die mit ihnen in zwei Militärblöcken verbündet waren. Die USA und Großbritannien erklärten, daß sie sich nicht in den Konflikt einmischen würden, und suspendierten sofort alle Waffenlieferungen an die kriegführenden Seiten.

Ausgehend von der festen Überzeugung, daß friedliche und gutnachbarliche Beziehungen den ureigensten nationalen Interessen der Völker Indiens und Pakistans entsprechen, unternahm die sowjetische Regierung große Anstrengungen, um die Wiederherstellung des Friedens in Südasien zu fördern. Am 17. September 1965 bot die UdSSR dem Ministerpräsidenten Indiens und dem Präsidenten Pakistans an, ein Treffen führender Vertreter beider Staaten in der Sowjetunion zu organisieren. Die Zusammenkunft in Taschkent im Januar 1966, an der auch A. N. Kossygin, Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR, teilnahm, führte zu befriedigenden Ergebnissen, wodurch das internationale Vertrauen in die friedliebende Außenpolitik des Sowjetstaates maßgeblich gefestigt wurde. Damit wurde deutlich, daß Pakistan seine Politik gegenüber der UdSSR in gewisser Hinsicht überprüfte und von der einseitigen Orientierung auf die USA abrückte. Von 1965 bis 1970 weilten die pakistanischen Präsidenten dreimal in der Sowjetunion. Die Erweiterung der gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit trug dazu bei, daß die pakistanische Regierung die US-amerikanischen Stützpunkte auf ihrem Territorium kündigte.[5]

Iran brachte seine Ansprüche auf Bahrein und andere Inseln im Arabisch-Persischen Golf Anfang der sechziger Jahre auf die Tagesordnung der CENTO-Ratstagungen. Weder die asiatischen Mitglieder des Paktes noch die USA und Großbritannien zeigten Verständnis für die iranische Forderung, die Vormachtstellung im Golf zu übernehmen, wenn sich Großbritannien, wie angekündigt, aus der Region zurückziehen würde. Diese Ablehnung veranlaßte auch Iran, seine einseitigen Bindungen zu überdenken und sich auf die im sowjetisch-iranischen Vertrag vom Februar 1921 fixierten Grundlagen der politisch-ökonomischen Beziehungen zur UdSSR zurückzubesinnen. Besondere Bedeutung hatte in diesem Zusammenhang die Erklärung der iranischen Regierung, sie werde «keinem ausländischen Staat das

---

[5] Zu den sowjetisch-pakistanischen Beziehungen siehe Geschichte der sowjetischen Außenpolitik 1945–1976, Berlin 1978, S. 512 ff.

Recht einräumen, Raketenrampen irgendwelcher Art auf dem Territorium Irans zu besitzen»[6]. Während des Besuchs des Schahs in Moskau im Juni 1965 wurde die Versicherung abgegeben, Iran werde sich nicht zum Werkzeug einer Aggression gegen die Sowjetunion machen lassen. Die regierenden Kreise Irans hatten erkannt, daß «... die Existenz eines mächtigen Nachbarn, mit dem Iran gute Beziehungen unterhält, Iran weiterhin die Möglichkeit garantiert, einen unabhängigen außenpolitischen Kurs zu betreiben»[7].

Das besondere Interesse der regierenden türkischen Kreise galt Zypern. Nachdem die Proklamation der Unabhängigkeit Zyperns im August 1960 erfolgt war, setzte auf der Insel der Kampf um die Durchsetzung der vollen Unabhängigkeit ein. Mit den Zypernverträgen (1959) waren Griechenland, die Türkei und Großbritannien zu «Garanten» der Unabhängigkeit Zyperns erklärt worden. In diesen Verträgen hatten sich die britische, die türkische und die griechische Regierung auch das Interventionsrecht vorbehalten. Diese Festlegungen schränkten die souveränen Rechte der zyprischen Regierung ein. Hemmend auf die Verwirklichung der vollen Unabhängigkeit wirkten zudem die in der Verfassung verankerten Modalitäten, die sowohl dem griechisch-zyprischen als auch dem türkisch-zyprischen Bevölkerungsteil besondere Rechte sicherten.

Eine vom Präsidenten der Republik Zypern, Erzbischof Makarios III., vorgeschlagene Verfassungsrevision diente chauvinistischen Elementen als Vorwand für die Auslösung blutiger Auseinandersetzungen (21. Dezember 1963). Die griechische Regierung unterstützte unter dem griechisch-zyprischen Bevölkerungsteil (80 Prozent) das Bestreben nach Anschluß an Griechenland. Die türkische Regierung forderte getrennte Siedlungsgebiete für die türkischen Zyprer sowie die Bildung von zwei getrennten Kantonalregierungen und gab ihren Forderungen Nachdruck, indem sie Einheiten ihrer Luft- und Seestreitkräfte auf eine Intervention auf Zypern vorzubereiten begann (Dezember 1963). Gleichzeitig appellierte sie an die USA, sich an der geplanten Intervention zu beteiligen. Die US-amerikanische Regierung wollte jedoch einen militärischen Konflikt zwischen zwei NATO-Mitgliedern unbedingt vermeiden und verhielt sich abwartend. Sie gab dem Beschluß des Sicherheitsrates (4. März 1964) über die Entsendung einer UNO-Friedenstruppe (UNFICYP) ihre Zustimmung und hoffte, so den Konflikt unter Kontrolle zu bekommen. Trotzdem gingen die bewaffneten Zusammenstöße zwischen der griechischen und der türkischen Bevölkerungsgruppe weiter und forderten unzählige Opfer.

Die Lage verschärfte sich im Februar 1964 erneut außerordentlich. Die NATO-Staaten mischten sich unter dem Vorwand der «Befriedung» in Zypern ein. Sie versuchten, die Republik von ihrer neutralen Außenpolitik abzubringen und unter die militärische und politische Kontrolle des NATO-Blocks zu zwingen.

Mit der noch immer drohenden türkischen Invasion auf Zypern wuchs aber auch wieder die Gefahr eines militärischen Konflikts zwischen den beiden NATO-Staaten

---

[6] Keesings Archiv der Gegenwart, Bonn 1962, 17. September, S. 782.

[7] Geschichte der sowjetischen Außenpolitik 1945–1976. S. 517.

Griechenland und Türkei. In dieser Situation wandte sich USA-Präsident Johnson an den türkischen Ministerpräsidenten Inönü (5. Juni 1964) und erklärte unumwunden, daß die Türkei nicht mit der militärischen Hilfe der NATO rechnen dürfe, außerdem würden die USA den Einsatz der an die Türkei gelieferten US-amerikanischen Waffen in Zypern nicht zulassen.[8]

Die türkische Einmischung in Zypern spitzte den Konflikt zwischen Griechenland und der Türkei weiter zu, so daß die USA-Regierung eine Schwächung der Südflanke des NATO-Blocks befürchtete. Sie war nicht bereit, eine weitere Verschärfung in den Beziehungen der NATO-Blockmitglieder zuzulassen, zumal sie gerade die Eskalation ihres Krieges in Südostasien vorbereitete.

Ende Juli 1964 lancierten die USA einen Plan (den sogenannten Achesonplan) an die Öffentlichkeit, mit dem sie die Forderung nach Anschluß Zyperns an Griechenland unterstützten. Als Gegenleistung sollte die Türkei eine kleine griechische Insel, Kastellorizon, erhalten sowie das Recht, einen Militärstützpunkt der NATO im nordöstlichen Teil Zyperns zu nutzen. Die schwer enttäuschte türkische Regierung, die mit der Unterstützung ihres Hauptverbündeten gerechnet hatte, reagierte daraufhin mit massiven Bombenangriffen gegen die Insel (7. August 1964). Ihre schon mit dem Abzug der Mittelstreckenraketen ausgelösten Zweifel an der Bündnisverläßlichkeit der USA verstärkten sich, obwohl die USA intensive diplomatische Aktivitäten zur Abschwächung der entstandenen türkisch-amerikanischen und türkisch-griechischen Widersprüche entfaltete.

Als sich die Kampfhandlungen auf Zypern weiter ausdehnten, veröffentlichte die sowjetische Regierung als Antwort auf den Appell des zyprischen Präsidenten, Erzbischof Makarios, in dem dieser um militärische Hilfe für den Schutz der Souveränität und Unabhängigkeit der Republik Zypern gebeten hatte, eine Erklärung (16. August 1964). Sowohl die Haltung der UdSSR als auch die der nichtpaktgebundenen Staaten und Griechenlands zum Zypernkonflikt unterstützten die Position von Erzbischof Makarios und trugen dazu bei, daß die gegen die Unabhängigkeit Zyperns gerichteten Pläne der imperialistischen Kräfte vereitelt werden konnten.

Die Zypernerfahrung veranlaßte die führenden Kreise der Türkei, eine Überprüfung ihrer außenpolitischen Beziehungen vorzunehmen. Die aufgrund der Einbindung in NATO und CENTO entstandene Isolierung der Türkei von ihren unmittelbaren Nachbarn, den arabischen Staaten und der UdSSR, entsprach letztlich nicht den Sicherheitsinteressen des Landes. In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre wandte die türkische Regierung der Verbesserung der Beziehungen zu den sozialistischen Staaten besondere Aufmerksamkeit zu. Bilaterale Besuche auf höchster Ebene zwischen der UdSSR und der Türkei dienten der Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen. 1967 wurde ein sowjetisch-türkisches Abkommen über die Zusammenarbeit bei der Realisierung von Industrieprojekten unterzeichnet.

Auch die aktive Unterstützung der führenden CENTO-Staaten für Israel stieß auf den Widerstand der asiatischen Blockmitglieder. Die herrschenden Kreise der

---

[8] Siehe G. S. Harris, Troubled Alliance, Turkish-American problems in historical perspective, 1945–1971, Washington 1972, S. 114.

Türkei, Irans und Pakistans erklärten sich unter dem Druck der Bevölkerung ihrer Länder im Sommer 1967 gegen die Aggressionspolitik Israels und die Okkupation arabischer Territorien. In der politischen Praxis jedoch förderten sie weiterhin den Kampf gegen die nationale Befreiungsbewegung im Nahen und Mittleren Osten und sorgten für ein Kräfteverhältnis, das es Israel gestattete, seine aggressive Politik zu betreiben.

Zur Festigung der antisowjetischen Politik in diesem Militärblock nahmen die USA Ende der sechziger Jahre Kurs darauf, seinen Aktionsbereich zu erweitern und seine Mitgliederzahl zu erhöhen. Im CENTO-Pakt kam es wiederholt zu Diskussionen über das Problem der «Sicherheit im Raum des Persischen Golfs». Diese hingen mit dem Versuch der führenden Kreise der USA zusammen, Saudi-Arabien und weitere Golfstaaten unter den Einfluß der CENTO zu bringen. Eine noch weitreichendere Variante, den Aktionsbereich der CENTO auszudehnen, war der 1966 entwickelte Plan eines «Islamischen Paktes». All diese Versuche blieben jedoch angesichts der vielfältigen Differenzen im außenpolitischen und wirtschaftlichen Bereich zwischen den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens und den islamischen Ländern überhaupt erfolglos. Die Formierung der Länder des Nahen und Mittleren Ostens als eine zwar heterogene, aber politisch selbständige Kraft in den internationalen Beziehungen war in den sechziger Jahren weiter fortgeschritten. Der USA-Imperialismus war gezwungen, diese Entwicklung in seinen weiteren Plänen zu berücksichtigen, denn es erhob sich die Frage, ob sich die Länder dieser Region weiterhin uneingeschränkt im Kampf gegen den Sozialismus mißbrauchen ließen.

In den zurückliegenden Jahren war wiederholt bewiesen worden, daß das weitere Anwachsen der ökonomischen und militärischen Macht des Sozialismus mit der Schürung gefährlicher internationaler Situationen nicht verhindert werden konnte. Die aktive Friedenspolitik der sozialistischen Staaten bestimmte Ende der sechziger Jahre immer mehr das internationale Geschehen. Die Verflechtung politischer, ideologischer und ökonomischer Methoden im Kampf gegen die revolutionäre Weltbewegung hatte sich ebenso wie die konterrevolutionäre Subversion als untaugliches Mittel der USA-Globalstrategie erwiesen. Unter dem Zwang, sich diesen Bedingungen anpassen zu müssen, begannen die USA nach neuen Konzeptionen für ihre unverändert antisozialistische Politik zu suchen. Während diese hinsichtlich der Systemauseinandersetzung mit den sozialistischen Staaten mehr und mehr auf eine Respektierung von Prinzipien der friedlichen Koexistenz hinausliefen, zeigten sich in der Politik der US-amerikanischen Regierung gegenüber den Entwicklungsländern keine neuen Ansätze.

Teil III

USA-Asienpolitik in der Periode des einsetzenden Entspannungsprozesses *(1969 bis 1976)*

Einleitung

Der sich verschärfende Widerspruch zwischen dem wachsenden militärischen Potential des USA-Imperialismus und den sich verringernden politischen Anwendungsmöglichkeiten der Militärmacht setzte Johnsons politischer Karriere im Frühjahr 1968 ein plötzliches Ende. Am 31. März sah er sich gezwungen, im Fernsehen die teilweise Einstellung des Bombenkriegs gegen die Demokratische Republik Vietnam bekanntzugeben. Zugleich stieg Johnson aus dem gerade angelaufenen Wahlkampf um das Präsidentenamt aus. Eine Meinungsumfrage hatte gezeigt, daß er aufgrund des Versagens seiner Politik in Vietnam einer Wahlniederlage entgegengehen würde. Die Republikaner nominierten daraufhin Richard Nixon. Der begann seinen Wahlkampf mit der Versicherung, «er habe einen Plan, den Vietnamkrieg ehrenhaft zu beenden, aber er könne ihn noch nicht enthüllen»[1].

[1] St. E. Ambrose, Rise to Globalism, Baltimore 1971, S. 336.

Nixon gewann schließlich die Wahlen mit einer knappen Mehrheit. Sein außenpolitisches Programm war von der Suche nach einem Ausweg aus der für die USA ungünstigen internationalen Kräftekonstellation geprägt Nixon erklärte, daß nach einer Ära der Konfrontation mit der UdSSR jetzt eine Ära der Verhandlungen beginnen solle. In den zwischenimperialistischen Beziehungen strebte er eine breitere Zusammenarbeit an. Der neue Präsident entwickelte die These von der «Partnerschaft», die dazu dienen sollte, die vielfältigen Aktivitäten des USA-Imperialismus und seiner Verbündeten besser abzustimmen. Dadurch sollte der politische Handlungsspielraum der USA und ihrer Verbündeten ausgeweitet und es sollten Erfolge in der internationalen Klassenauseinandersetzung mit dem realen Sozialismus erzielt werden.

Diese Idee der «Partnerschaft» blieb ein Grundbestandteil der in verschiedenen Erklärungen und Botschaften an den USA-Kongreß ausgeformten außenpolitischen Doktrin, die nach dem damaligen Präsidenten Nixondoktrin genannt wurde.[2] Militärisch orientierte die neue Doktrin auf eine Position der Stärke. Militärische Stärke sollte die Grundlage für Verhandlungen mit den sozialistischen Staaten bleiben, um durch Druck und Erpressung weitgehende Ergebnisse zur Sicherung der Positionen des Imperialismus im allgemeinen und zur Realisierung expansiver globalstrategischer Ziele der USA im besonderen zu erreichen.

Die Umsetzung der Nixondoktrin im militärischen Bereich vollzog der damalige USA-Verteidigungsminister M. Laird mit der Entwicklung der Militärstrategie der «realistischen Abschreckung». Sie bedeutete eine Modifikation der bis dahin gültigen militärstrategischen Grundsätze der «flexiblen Reaktion», stand aber nicht im Gegensatz zu dieser.[3]

Zu den hauptsächlichsten Veränderungen gehörten:

- Erstens der Verzicht auf die Führung von «zweieinhalb Kriegen». Jetzt sollten die USA-Streitkräfte über die Fähigkeit verfügen, «eineinhalb Kriege» zu führen, d. h. eine größere militärische Operation vor allem in Europa und gleichzeitig eine Intervention in Lateinamerika oder Afrika. In dieser neuen Orientierung, die als Interventionsrichtung weder den Fernen noch den Nahen Osten nannte, widerspiegelten sich die Erfahrungen der Niederlagen in Indochina ebenso wie das sich abzeichnende Fiasko der USA-Nahostpolitik. Sie reflektierte aber auch die veränderte Haltung der USA zu den damals führenden Kräften der Volksrepublik China, die von der politischen und der militärischen Führung der USA als ein möglicher Verbündeter in Betracht gezogen wurden.
- Zweitens orientierte die «realistische Abschreckung» auf das Prinzip der «strategischen Ausgewogenheit». Damit gab die USA-Führung gezwungenermaßen zu, daß sie keine Überlegenheit im Bereich der strategischen Kernwaffenstreitkräfte

---

[2] Da Nixon seine neue außenpolitische Konzeption besonders ausführlich auf Guam während einer Südostasienreise (25. Juli bis 2. August 1969) erläuterte, ist sie auch als Guam- oder Asiendoktrin in die Geschichte der US-amerikanischen Strategiedebatte eingegangen.

[3] Zur Militärstrategie der «realistischen Abschreckung» siehe NATO-Strategie und Steitkräfte, Berlin 1980, S. 340 ff.

mehr besaß. Das in ihren Augen ungünstige militärstrategische Kräfteverhältnis der Parität war in erster Linie durch den Aufbau schlagkräftiger strategischer Kernwaffenstreitkräfte der UdSSR entstanden. Fortan war das Bestreben der USA darauf gerichtet, vor allem auf diesem Gebiet eine qualitative Überlegenheit zu erlangen, die eine wirksame Nutzung ihres strategischen Kernwaffenpotentials als Mittel einer Politik der Drohungen und Erpressungen gegenüber der UdSSR ermöglichen sollte. H. Kissinger erklärte, daß die USA infolge des Schrumpfens ihrer einstmals «unbestrittenen strategischen Übermacht dazu verurteilt wären, die Systemauseinandersetzung auf unabsehbare Zeit und unter beständigem Zwang flexibler Koordination der zur Verfügung stehenden Mittel zu bestreiten ...»[4].

- Drittens forderte die veränderte Militärstrategie eine «totale Streitkräfteplanung». Mit diesem Prinzip steuerten die USA ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen starken strategischen Kernwaffenstreitkräften und taktisch-nuklearen sowie mit herkömmlicher Bewaffnung ausgerüsteten Streitkräften an, um ihre Militärmacht in internationalen Konflikten einsetzen zu können.
- Viertens wurde der erhöhten Mobilität der USA-Streitkräfte, ihrer «strategischen Beweglichkeit», Vorrang gegeben.
- Schließlich sollten der neuen Militärstrategie zufolge die Verbündeten der USA in begrenzten Konflikten wirksamer werden («Prinzip des Regionalismus»). Damit wurde ein stärkerer Einsatz von sogenannten Stellvertretern gefordert, wie dies schon mit der Aggression Israels 1967 praktiziert worden war. In diesem Zusammenhang verlangten die USA, daß ihre Verbündeten noch größere Eigenanstrengungen auf militärischem Gebiet entwickeln müßten. Das aber bedeutete für diese erhöhte Ausgaben für Rüstungszwecke und für die Entwicklungsländer in Anbetracht ihres zurückgebliebenen, schwachen wirtschaftlichen Entwicklungsstandes eine enorme Belastung. Für die USA-Rüstungsmonopole dagegen eröffnete diese Forderung der Militärstrategie der «realistischen Abschreckung» neue Profitmöglichkeiten.

Die «realistische Abschreckung» verzichtete weder auf die Erweiterung des ausgedehnten Stützpunktnetzes der USA noch auf die Absicherung des führenden US-amerikanischen Einflusses in den Militärblöcken. Insgesamt ging es den USA darum, ihren globalstrategischen Zielen mit entsprechender militärischer Macht in allen Regionen der Welt Nachdrück zu verleihen.

Veränderungen der Existenzbedingungen des USA-Imperialismus

Ursachen für die an der Wende zu den siebziger Jahren immer deutlicher in Erscheinung tretenden tiefgreifenden Veränderungen der Existenzbedingungen des USA-

---

[4] H. Kissinger, Das Gleichgewicht der Supermächte. In: Christ und Welt, Stuttgart, 30. Juni 1972.

Imperialismus waren nicht nur seine Niederlagen und Schwierigkeiten in der Außen- und Militärpolitik. Es hatten sich vielmehr in den sechziger Jahren jene Prozesse voll entfaltet, die das Wesen der dritten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus kennzeichnen. Das quantitative und qualitative Wachstum des Wirtschaftspotentials der sozialistischen Gemeinschaft nahm kontinuierlich zu, während sich in der kapitalistischen Welt die tiefste zyklische Krise der Nachkriegszeit anbahnte. Der relative Anteil der entwickelten kapitalistischen Staaten an der Weltwirtschaftsproduktion sank auf etwa 50 Prozent, während die RGW-Länder ungefähr ein Drittel erreichten. Eine effektivere internationale Arbeitsteilung in Wirtschaft, Wissenschaft und Technik war ohne die sozialistischen Länder objektiv nicht mehr möglich.

Gestützt auf ihr gewachsenes ökonomisches Potential, hatten die sozialistischen Staaten in dem vergangenen Jahrzehnt ihre militärische Macht in dem für ihre Verteidigung notwendigen Maße entwickelt. Die Erringung der Parität zwischen den strategischen Kernwaffenstreitkräften der UdSSR und denen der USA war ein Ereignis von historischer Tragweite. Sie trug entscheidend zur Erhöhung der Wirksamkeit der umfassenden außenpolitischen Friedensoffensive der sozialistischen Staatengemeinschaft bei.

Bedeutende Verschiebungen traten zu Beginn der siebziger Jahre im Kräfteverhältnis zwischen den kapitalistischen Staaten und Staatengruppierungen zutage. Es bildete sich eine immer schärfer werdende Rivalität zwischen den imperialistischen Hauptzentren – den USA, Westeuropa und Japan – heraus. Dies machte die Relativierung der zuvor eindeutig überlegenen Positionen der USA in der kapitalistischen Welt besonders sichtbar. Es zeigten sich aber auch Möglichkeiten, die zwischenimperialistischen Rivalitäten zugunsten eines zeitweiligen Zusammenwirkens gegen die Hauptkräfte des revolutionären Weltprozesses zu nutzen. Davon ausgehend, gelangten die regierenden Kreise der USA zu der Überzeugung, daß sie auf eine breitere Zusammenarbeit in der kapitalistischen Welt orientieren müßten, um eine imperialistische «Interessengemeinschaft» zu bilden, über die sie ihren Einfluß erhöhen und verlorene Positionen zurückgewinnen könnten. Diese in den siebziger Jahren dominierende Tendenz war zugleich Ausdruck der politischen Defensivposition des USA-Imperialismus in der Welt.

Sein Anteil an der Industrieproduktion des Weltkapitalismus war von 56 Prozent im Jahr 1948 auf 44 Prozent im Jahr 1969 zurückgegangen. Der Anteil der USA an den Exporten der kapitalistischen Welt sank von 25 Prozent im Jahr 1948 auf 13 Prozent im Jahr 1969. Als eine der Folgen ihrer Vietnamaggression, bei der die USA die Kostenlast überwiegend allein tragen mußten, vervielfachte sich das Zahlungsdefizit der USA, die Goldreserven schrumpften, und erstmalig seit 1933 mußte eine Abwertung des Dollars vorgenommen werden. Die hohe Kapitalintensität der Rüstungsproduktion wirkte sich immer verhängnisvoller auf die gesamte Wirtschaft der USA aus. Die Kosten der Militärtechnik vergrößerten sich nicht nur durch die komplizierter werdende Technologie, sie stiegen auch im Zusammenhang mit dem allgemeinen Preisanstieg; das wiederum hatte eine enorme Vergrößerung des Rüstungshaushalts zu Folge.

Die Veränderungen der Existenzbedingungen des USA-Imperialismus veranlaßten

die kapitalexportierenden Monopole, aber auch jene, deren Produkte im wesentlichen auf den Auslandsmärkten abgesetzt wurden, Kritik am außenpolitischen Kurs der Regierung zu üben und die langfristige politische Sicherung ihrer Interessen im Ausland zu fordern. In der Auseinandersetzung ging es in erster Linie um das riesige Militärbudget sowie um die Rüstungsexporte als außenpolitisches Instrument. Das Militärbudget der USA, das 1968/1969 – auf dem Höhepunkt des Vietnamkriegs – 77,3 Milliarden Dollar betragen hatte, zeigte im Ergebnis dieser Auseinandersetzungen eine leicht sinkende Tendenz und bewegte sich bis 1974 bei knapp 70 Milliarden Dollar. Der Anteil der Rüstungsindustrie am Gesamtprofit verringerte sich zugunsten der kapitalexportierenden Monopole.

Gravierend für die imperialistischen Existenzbedingungen war auch der Kampf der Entwicklungsländer um eine Veränderung der internationalen kapitalistischen Wirtschaftsbeziehungen. Die sich Mitte der siebziger Jahre verschärfende Wirtschaftskrise machte deutlich, daß die USA in einem hohen Maße vom Handel mit den Entwicklungsländern abhängig sind. Im Jahre 1975 importierten die USA aus diesen Ländern nicht nur rund 35 Prozent ihres gesamten Erdölbedarfs, sondern auch 45 Prozent des von ihrer Industrie benötigten Kobalts, 50 Prozent des Mangans, 56 Prozent des Aluminiums und 82 Prozent des Zinns. Doch lediglich ein Viertel des amerikanischen Exports ging in die Entwicklungsländer.

Der Kampf der Entwicklungsländer um ökonomische Unabhängigkeit hatte mit dem Übergang von vereinzelten Aktionen lokalen Charakters zu gemeinsamen Aktionen globalen Ausmaßes eine neue Qualität erreicht. Jetzt ging es diesen Ländern nicht mehr darum, einzelne Zugeständnisse auszuhandeln: Sie forderten die Umgestaltung des gesamten Systems der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Sie lehnten sich gegen ihre nicht gleichberechtigte Position im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung auf und wurden darin von den sozialistischen Ländern unterstützt. Der Kampf um eine neue, um eine demokratische Weltwirtschaftsordnung trat damit als ein Konflikt in Erscheinung, der vor allem das System der internationalen Beziehungen der USA beeinflußte und die Möglichkeiten der US-amerikanischen Monopole einschränkte, sich die Reichtümer der ehemaligen kolonialen Peripherie auch nach dem Zusammenbruch des Kolonialsystems anzueignen.

Die führenden Kreise der USA mißbilligten zwar das Programm für eine internationale Wirtschaftsordnung, sie konnten aber nicht ignorieren, daß sich die Forderungen der national befreiten Staaten auf reale politische und wirtschaftliche Grundlagen stützten. Mit Besorgnis mußten sie erkennen, daß die Entwicklungsländer ihre Forderungen vor allem und am nachdrücklichsten an die USA richteten. Dieses Ringen um eine demokratische Umgestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils führte im Verlaufe der siebziger Jahre nicht nur zum Anwachsen des antiimperialistischen Kampfes, sondern auch dazu, daß dieser teilweise ausgeprägt antiamerikanische Formen annahm.

Konfrontation und Verhandlung

Richard Nixon übernahm das Präsidentenamt im Januar 1969 unter besonderen Bedingungen. An der Wende der sechziger zu den siebziger Jahren waren qualitativ neue, günstigere Bedingungen für die Durchsetzung der friedlichen Koexistenz als Prinzip der internationalen Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung entstanden. Außer solch entscheidenden objektiven Faktoren wie den veränderten Existenzbedingungen des Imperialismus wirkten auch subjektive Momente darauf ein, daß der politische Entspannungsprozeß eingeleitet werden konnte. Dazu gehörte nicht zuletzt der komplizierte Prozeß des Umdenkens innerhalb der herrschenden Kreise der USA. Es wurden Grundgedanken einer differenzierten außenpolitischen Konzeption entwickelt, die zur partiellen Teilnahme an dem von den sozialistischen Staaten initiierten Prozeß der politischen Entspannung führen sollten. Die langfristige, auf Zurückdrängung des Sozialismus orientierte Zielstellung wurde zwar auch künftig nicht aufgegeben, aber die USA setzten zeitweise auf veränderte Methoden des Kampfes. Sogenannte Partnerschaft, militärische Stärke und Verhandlungen von einer Position der Stärke aus waren die drei Maximen der Nixondoktrin, mit denen der außenpolitische Handlungsspielraum der USA und ihrer Verbündeten im Kampf gegen den realen Sozialismus und die anderen revolutionären Hauptströme vergrößert werden sollte.

Die USA-Führung war mit unmittelbaren Einschränkungen ihres Handlungsspielraums konfrontiert. Ursachen dafür waren die innen- und außenpolitischen Folgen der absehbaren militärischen Niederlage in Vietnam und die weltweite Wirkung der großen Friedensinitiative der Sowjetunion, insbesondere des vom XXIV. Parteitag der KPdSU (30. März bis 9. April 1971) angenommenen Friedensprogramms.

Dieses Programm enthielt konkrete und realistische Vorschläge zur Lösung jener Probleme, die der Festigung des Friedens und der Entwicklung friedlicher Zusammenarbeit zwischen den Staaten im Wege standen. Es ging darum, eine grundlegende Wende zur Entspannung und zum Frieden in Europa zu erreichen. Es ging um die Liquidierung der Kriegsherde in Südostasien und im Nahen Osten, die Beseitigung der ausländischen Militärstützpunkte, die Reduzierung der Militärausgaben und die Einstellung des Wettrüstens. Mit der Initiative, ein System kollektiver Sicherheit in Asien zu errichten, war die Sowjetunion bestrebt, den Prozeß der internationalen Entspannung auch auf diese Region auszudehnen.

In seiner Rede vor dem 15. Kongreß der Gewerkschaften der UdSSR erklärte L. I. Breshnew: «Die kollektive Sicherheit in Asien muß sich unseres Erachtens auf solche Fundamente gründen wie den Verzicht auf Gewaltanwendung in den Beziehungen zwischen den Staaten, die Achtung der Souveränität und die Unantastbarkeit der Grenzen, die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, die breite Entwicklung wirtschaftlicher und sonstiger Zusammenarbeit auf der Grundlage voller Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils.»[5] Da die Lösung dieser Auf-

---

[5] L. I. Breshnew, Auf dem Wege Lenins, Bd. 3, Berlin 1973, S. 534.

gaben aufgrund des zugunsten des Sozialismus veränderten Kräfteverhältnisses real war, waren auch die führenden US-amerikanischen Kreise in dieser Periode gezwungen, die sowjetische Friedensinitiative zu berücksichtigen.

Die realistischere Bewertung des internationalen Kräfteverhältnisses durch die Regierungen Nixon und Ford drückte sich in der partiellen Teilnahme an dem von den sozialistischen Staaten initiierten Prozeß der politischen Entspannung aus. In dieser Periode kam es zum Abschluß des Vierseitigen Abkommens über Westberlin (1971), zur Konkretisierung des sowjetisch-amerikanischen Vertragswerkes und zur Einberufung der Helsinkier Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, an deren dritter Phase (30. Juli bis 1. August 1975) USA-Präsident Ford teilnahm.

Mit dem sowjetisch-amerikanischen Vertragswerk[6] wurde die politische und vertragsrechtliche Basis für eine gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern entsprechend den Prinzipien der friedlichen Koexistenz gelegt. Die USA einigten sich zum ersten Male mit der UdSSR über konkrete Schritte zur Zügelung und Einschränkung des Wettrüstens in seinen wichtigsten Richtungen. Diese Festlegungen verringerten die Gefahr, daß die Auseinandersetzung zwischen den beiden Gesellschaftssystemen die Form eines neuen Weltkriegs mit unermeßlich schweren Folgen für die gesamte Menschheit annehmen könnte.

Die US-amerikanische Führung war indes bestrebt, auch unter den Bedingungen des politischen Entspannungsprozesses in ihren Beziehungen zur UdSSR soviel wie möglich an Mitteln und Methoden aus der Zeit des kalten Krieges einzusetzen. Das Militärblocksystem sollte weiter gestärkt und den USA-Streitkräften eine erhöhte globale Mobilität für militärische Interventionen verliehen werden. Unter dem Einfluß des unvermindert mächtigen Militär-Industrie-Komplexes weitete die Nixonadministration die USA-Aggression in Indochina aus, gab der USA-Kongreß seine Zustimmung zu den Programmen für die Raketenabwehrsysteme (ABM) und für die Mehrfachsprengköpfe (MiRV).

Die Allianz der Entspannungsgegner manifestierte bereits mit diesen Entscheidungen ihre noch bestehende Macht.

---

[6] Am 26. Mai 1972 erfolgte der Abschluß von Vereinbarungen über die Begrenzung strategischer Waffen (SALT I) zwischen den USA und der UdSSR: Der Vertrag über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme sowie das Zeitweilige Abkommen über einige Maßnahmen auf dem Gebiet der Begrenzung der strategischen Offensivwaffen wurden unterzeichnet. Sie enthalten konkrete Verpflichtungen beider Seiten entsprechend dem Prinzip der gleichen Sicherheit. Am 30. September 1971 war zwischen beiden Ländern bereits ein Abkommen über Maßnahmen zur Verringerung der Gefahr des Ausbruchs eines Kernwaffenkriegs abgeschlossen worden.

«Asiatisierung» der USA-Aggression in Indochina

In einer Fernsehansprache nahm Präsident Nixon am 4. November 1969 zur Lage in Vietnam Stellung. Seine Ausführungen konzentrierten sich dabei auf die Frage: Wie kann Amerika den Krieg doch noch gewinnen? Gemeinsam mit seinem neuen Sicherheitsberater, Henry A. Kissinger, hatte er folgenden Plan entwickelt: Im Gegensatz zu den Auffassungen der Vereinigten Stabschefs der USA über einen möglichen militärischen Sieg in Vietnam gehe es vielmehr darum, einen «ehrenhaften Frieden» zu erlangen. Dieser aber könne nur durch eine Kombination von «Härte und Diplomatie» erreicht werden. Die Pariser Verhandlungen zur Beendigung dieses Krieges sollten weitergeführt werden. Zugleich wollte man mit verstärkten Kriegshandlungen die patriotischen Kräfte in Indochina in eine solche Verhandlungsposition bringen, daß ihnen von seiten der USA die Bedingungen diktiert werden konnten.

Unter dem Druck der Antikriegsbewegung im eigenen Land versprach Nixon die schrittweise Rückführung der USA-Streitkräfte aus Indochina. Er machte die Realisierung dieses Versprechens jedoch davon abhängig, daß der geplante Rückzug US-amerikanischer Truppen weder den «ehrenvollen Frieden» noch die Glaubwürdigkeit der Stärke und Bündnistreue der USA gefährden dürfe. Es waren vor allem die im Militär-Industrie-Komplex konzentrierten Kreise, jene also, die immer noch hohen Profit aus dem Krieg zogen, welche die Nixonregierung veranlaßten, den Krieg so lange zu führen, bis sich die USA ohne größere Positionsverluste zurückziehen konnten.

Als eine für die USA günstigere Variante der Kriegführung propagierte die Nixonregierung folglich, daß der Krieg in Indochina jetzt vorwiegend von den Streitkräften der asiatischen Verbündeten geführt werden sollte. Die USA wollten die Bereitstellung von militärischem Material sichern und die Operationen der Luftwaffe weitgehend selbst durchführen. Mit der «Asiatisierung» des Krieges sollte die immer stärker anschwellende Unzufriedenheit des US-amerikanischen Volkes mit der Regierungspolitik abgefangen werden. Der Grundgedanke dieses Konzepts war: «Laßt Asiaten gegen Asiaten kämpfen.»[1] Damit sollte die «Hautfarbe der Gefallenen» geändert und – so spekulierte man – die Kritik der amerikanischen Öffentlichkeit an der USA-Regierung gedämpft werden. Tatsächlich steuerte die Nixonregierung auf eine weitere Eskalation des Krieges in Indochina zu. Hauptkriegsschauplatz blieb Vietnam, aber die USA intervenierten jetzt auch in Laos und Kampuchea und versuchten mit verstärkten Aktivitäten an diesen Fronten, den Kriegsverlauf doch noch in ihrem Interesse zu entscheiden.

---

[1] Zu Nixons Konzeption der «Asiatisierung» des Indochinakriegs siehe Europa-Archiv, Bonn, Folge 7/1970, S. D 152.

Ausweitung der USA-Aggression auf Laos und Kampuchea

Ende der sechziger Jahre wurden etwa zwei Drittel des laotischen Territoriums von den Pathet-Lao-Streitkräften kontrolliert. In Nordostlaos hatte die Volksmacht bereits feste Positionen errichtet. Deshalb gingen die USA jetzt in Laos zur offenen Aggression über. Sie veranlaßten die von der CIA aufgebaute Meo-Armee zu militärischen Operationen gegen die befreiten Gebiete. Reguläre thailändische Einheiten wurden zusammen mit über 30000 angeworbenen Söldnern zum Einsatz gebracht. In Thailand lag der Stab der 7. USA-Luftflotte und der Gruppe zur Unterstützung von Luftoperationen der USA in Südostasien. Die Operationen der Landstreitkräfte in Laos wurden durch den rollenden Einsatz von Luftstreitkräften unterstützt, die von den in Thailand angelegten sieben großen US-amerikanischen Luftwaffenbasen ihre Einsätze aus unmittelbarer Nähe fliegen konnten. Mit dieser massiven Luftunterstützung gelang es nach heftigen Kämpfen, der Volksmacht strategisch wichtige Gebiete, so in der Ebene der Tonkrüge, zu entreißen.

Im Frühjahr 1970 eröffneten die Pathet-Lao-Streitkräfte eine Gegenoffensive. Vietnamesische Erfahrungen nutzend, hatten sie sich schnell auf den Luftkrieg eingestellt. Es gelang ihnen trotz zunehmender US-amerikanischer Luftangriffe, die Ebene der Tonkrüge zurückzuerobern. Eine erneute Offensive der Rechtskräfte im Herbst 1970 schlug trotz systematischen Bombenterrors der USA-Luftstreitkräfte fehl.

Ein Jahr später starteten die USA zusammen mit den südvietnamesischen Streitkräften und in Absprache mit der thailändischen Armeeführung einen massiven Angriff gegen die durch Laos führenden Versorgungswege der südvietnamesischen Patrioten (Operation Dewey Canon II). 30000 Mann, Elitetruppen der Saigoner Armee, wurden im Raum Khe Sanh zusammengezogen. Zu ihrer Unterstützung waren US-amerikanische Infanterie- und Luftlandeeinheiten und zur Sicherung der Luftüberlegenheit 1500 Kampfflugzeuge und 500 Hubschrauber der USA bereitgestellt worden. Ihr Ziel war es, so weit auf laotischem Territorium vorzustoßen, daß die Vereinigung mit den Streitkräften der laotischen Reaktion erfolgen konnte. Auf diese Weise sollten die patriotischen Kräfte in Indochina voneinander isoliert, ihre militärischen Hauptkräfte gebunden und Schritt für Schritt vernichtet werden. Die Invasion begann am 8. Februar 1971 zunächst erfolgreich. Im Verlaufe des Monats März stießen die Aggressoren jedoch auf so heftigen Widerstand, daß sie gezwungen waren, sich wieder hinter die Grenze zurückzuziehen. Das Ziel der USA, ihren Einfluß in Laos wieder zu erhöhen, war nicht erreicht worden. Ende Mai 1971 mußte festgestellt werden, daß die Volksstreitkräfte erneut zwei Drittel des Territoriums von Laos kontrollierten.

Ungeachtet des Scheiterns der laotischen Variante, die Kriegführung zu «asiatisieren», erhöhten die USA ihre Militär«hilfe» für das reaktionäre Regime in Vientiane von 284 Millionen Dollar im Jahr 1971 auf 350 Millionen Dollar 1972. Damit wurden weitere, meist erfolglose militärische Aktionen in Gang gebracht. Die Nixonregierung

war nicht bereit, auf die Vorschläge der Patriotischen Front von Laos (Neo Lao Haksat) und der patriotischen Neutralisten einzugehen und über die Herstellung des Friedens zu verhandeln.

Den patriotischen Kräften gelang es jedoch, den Bürgerkrieg in Laos im Februar 1973 mit der Unterzeichnung des Abkommens über die Wiederherstellung des Friedens und die Verwirklichung der nationalen Eintracht in Laos (Vientianer Abkommen) zu beenden. Die darauf folgende Feuereinstellung zwang auch die USA, auf die Fortführung der Bombenangriffe gegen Laos zu verzichten. Die CIA stellte ihre Aktivitäten in Laos jedoch nicht ein und war noch im Mai 1975 maßgeblich an der Vorbereitung eines konterrevolutionären Staatsstreichs beteiligt. Erst mit der Gründung der Volksdemokratischen Republik Laos im Dezember 1975 wurde der US-amerikanischen Wühltätigkeit der Boden entzogen.

Die «Asiatisierung» der USA-Aggression in Indochina richtete sich auch gegen das neutrale Kampuchea. Seit Mitte der sechziger Jahre hatten die Provokationen der US-amerikanischen, südvietnamesischen und thailändischen Streitkräfte gegen Kampuchea zugenommen. Die CIA hatte seit den fünfziger Jahen den Aufbau der reaktionären Organisation Khmer Serai im thailändischen Grenzgebiet zu Kampuchea vorangetrieben. Ende der sechziger Jahre intensivierte sie ihre Aktionen in Kampuchea. Im Komplott mit ultranationalistischen Kräften lösten CIA-Agenten Pogrome gegen die in Kampuchea lebende vietnamesische Minderheit aus. Und mit Hilfe der CIA führte General Lon Nol am 18. März 1970 einen Staatsstreich durch. Das neue Regime setzte den an der Neutralitätspolitik Kampucheas festhaltenden Regierungschef Prinz Norodom Sihanouk ab, ersuchte die USA um militärische Hilfe und stellte sofort enge Beziehungen zu den proamerikanischen Regimen in Saigon und Bangkok her. Das Lon-Nol-Regime begann einen blutigen Ausrottungsfeldzug gegen die in Kampuchea lebende vietnamesische Minderheit. Der Bürgerkrieg breitete sich nunmehr auch in Kampuchea aus. Im Kampf gegen das reaktionäre Lon-Nol-Regime formierte sich im März 1970 die Nationale Einheitsfront Kampucheas. In dieser Situation entschloß sich die Nixonregierung zur bewaffneten Intervention.

Zusammen mit südvietnamesischen Streitkräften begannen USA-Einheiten in der Nacht vom 30. April zum 1. Mai 1970 die Operation «Total Victory 43». Sie zielte darauf ab, eine «durchgehende Landfront» zu schaffen, um die patriotischen Kräfte Indochinas voneinander zu trennen. Die Hauptlast der Kämpfe sollte von den südvietnamesichen Streitkräften und denen des Lon-Nol-Regimes getragen werden. Nur in der ersten Phase der Intervention war eine Beteiligung von Einheiten der USA-Landstreitkräfte vorgesehen. Danach sollte nur noch die USA-Luftwaffe die Operation mit massierten Angriffen unterstützen. Alle in Südostasien stationierten Bombenflugzeuge vom Typ B-52 wurden dafür herangezogen. Kriegsschiffe der USA und Einheiten der Saigoner Kriegsflotte blockierten die Küste Kampucheas. Die Aggressoren besetzten relativ große Teile des Territoriums von Kampuchea und behaupteten die operativ-taktische Initiative bis Ende Mai 1970. Im Juni gelang es den kampucheanischen Patrioten, unterstützt von Einheiten der südvietnamesischen Befreiungsstreitkräfte, eine Wende herbeizuführen und wichtige Positionen zurückzuerobern. In den Jahren bis zur Befreiung der Hauptstadt Phnom Penh (April 1975) beherrsch-

ten die Patrioten etwa 70 bis 80 Prozent des Territoriums von Kampuchea; große zusammenhängende befreite Gebiete im Norden und Nordosten sowie kleinere in sich gefestigte Basen im Süden standen unter ihrer Kontrolle.

Die USA, die auch in Kampuchea ihre Landstreitkräfte nach dem Prinzip der «Asiatisierung» zurückgezogen hatten, ließen die Saigoner Streitkräfte und die Lon-Nol-Armee die weiteren Kämpfe führen. Die immer wieder unternommenen Versuche, den auf das Gebiet um Phnom Penh begrenzten Herrschaftsbereich des Lon-Nol-Regimes doch noch auszudehnen, erfolgten mit massiver Luftunterstützung durch USA-Fliegerkräfte. Die USA gaben außerdem zunehmend höhere Militär«hilfe» zur Erweiterung der Lon-Nol-Armee. 1973/74 erreichte diese «Hilfe» 370 Millionen Dollar.

In der ganzen Welt, auch in den USA, häuften sich indes die Proteste gegen die Ausweitung der Aggression auf das neutrale Kampuchea. Auf eine breite internationale Solidaritätsbewegung gestützt, konnten die Befreiungsstreitkräfte den Ring um die Hauptstadt Phnom Penh immer enger ziehen, so daß sich die militärischen und zivilen USA-Missionen schließlich gezwungen sahen, das Land zu verlassen. Das zusammenbrechende Lon-Nol-Regime konnte ihnen keine ausreichende Stütze mehr sein.

Die Ausweitung der Aggression auf Laos und Kampuchea und ihre «Asiatisierung» hatten weder die militärischen noch die politischen Positionen des USA-Imperialismus in dieser Region stärken können.

«Befriedung» Vietnams

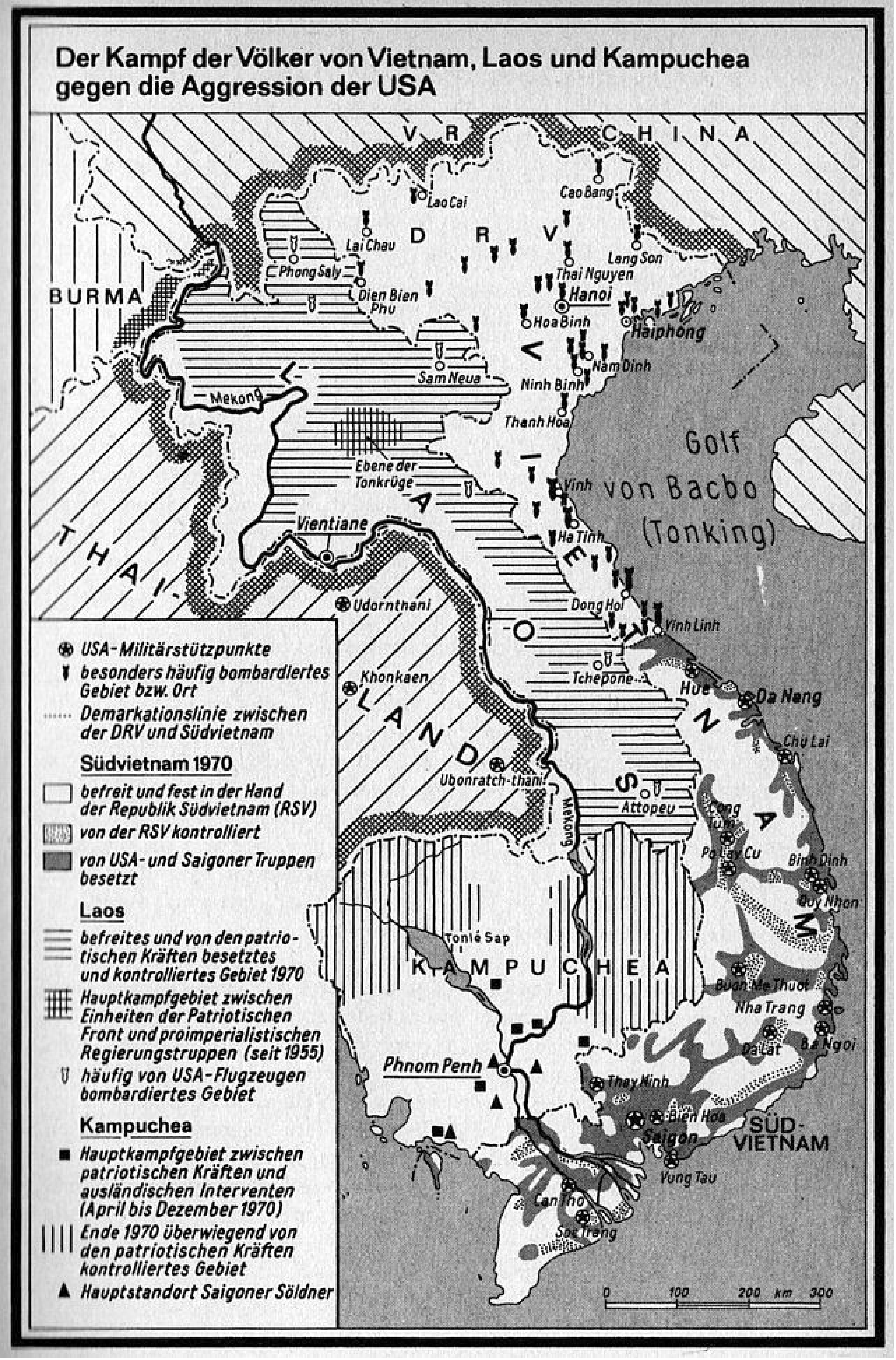
Nach seinem Amtsantritt präzisierte Nixon seine während des Wahlkampfes angekündigten Vorstellungen darüber, wie die USA aus dem Vietnamdilemma herausfinden könnten. Er mußte dabei vor allem der Tatsache Rechnung tragen, daß viele USA-Bürger das Vertrauen in die Vietnampolitik ihrer Regierung verloren hatten. Mehr als 50 Prozent von ihnen sprachen sich 1969 für einen Abzug der US-amerikanischen Truppen bis spätestens Ende 1970 aus. Selbst im Kongreß mehrten sich die Stimmen, die auf eine Reduzierung der Streitkräftepräsenz drängten. Präsident Nixons «neuer» Vietnamplan zielte daher in erster Linie darauf ab, ein weiteres Ansteigen der äußerst unpopulären Verluste der eigenen Streitkräfte zu verhindern. Er wollte die «Asiatisierung» des Krieges in Südvietnam durch eine Ausweitung des Potentials des Saigoner Verbündeten erreichen.[2] Gleichzeitig sollte die «stabilisierende Präsenz» von USA-Streitkräften diesen Verbündeten «zu zusätzlichen Anstrengungen» ermutigen.[3] Das bedeutete die Verdopplung des Mannschaftsbestandes der Saigoner Armee und eine Erhöhung der USA-Militärhilfe.

USA-Berater und -Führungsgruppen sollten die Reorganisation der Saigoner

---

[2] Siehe R. Nixon, Die amerikanische Außenpolitik für die siebziger Jahre – Die Gestaltung eines dauerhaften Friedens. In: Europa-Archiv, Bonn, Folge 11/1973, S. D 306 ff.

[3] Siehe ebenda.


Der Kampf der Völker von Vietnam, Laos und Kampuchea gegen die Aggression der USA
VR CHINA
DRV
BURMA
THAILAND
LAOS
VIETNAM
KAMPUCHEA
SÜD-VIETNAM
Golf von Bacbo (Tonking)
Lao Cai
Cao Bang
Lai Chau
Lang Son
Phong Saly
Thai Nguyen
Dien Bien Phu
Hanoi
Hoa Binh
Haiphong
Nam Dinh
Sam Neua
Ninh Binh
Thanh Hoa
Mekong
Ebene der Tonkrüge
Vinh
Ha Tinh
Vientiane
Udornthani
Dong Hoi
Vinh Linh
Tchepone
Khonkaen
Hue
Da Nang
Chu Lai
Ubonratch-thani
Attopeu
Kong Tum
Po Lay Cu
Binh Dinh
Quy Nhon
Tonle Sap
Buon Me Thuot
Nha Trang
Da Lat
Ba Ngoi
Phnom Penh
Thay Ninh
Bien Hoa
Saigon
Vung Tau
Can Tho
Soc Trang
USA-Militärstützpunkte
besonders häufig bombardiertes Gebiet bzw. Ort
Demarkationslinie zwischen der DRV und Südvietnam
Südvietnam 1970
befreit und fest in der Hand der Republik Südvietnam (RSV)
von der RSV kontrolliert
von USA- und Saigoner Truppen besetzt
Laos
befreites und von den patriotischen Kräften besetztes und kontrolliertes Gebiet 1970
Hauptkampfgebiet zwischen Einheiten der Patriotischen Front und proimperialistischen Regierungstruppen (seit 1955)
häufig von USA-Flugzeugen bombardiertes Gebiet
Kampuchea
Hauptkampfgebiet zwischen patriotischen Kräften und ausländischen Interventen (April bis Dezember 1970)
Ende 1970 überwiegend von den patriotischen Kräften kontrolliertes Gebiet
Hauptstandort Saigoner Söldner
0 100 200 km 300

Armee leiten und ihre Neuausrüstung mit modernen Waffen kontrollieren. Damit war beabsichtigt, Voraussetzungen zu schaffen, um vor allem Landstreitkräfte der USA schrittweise abziehen zu können. Mit umfassender Unterstützung durch USA-Luft- und -Seestreitkräfte sollten dann vorwiegend die Verbände des Saigoner Regimes die Kampfhandlungen führen. USA-Einheiten sollten sich an Kampfhandlungen nur beteiligen, wenn eine Überlegenheit an Kräften und Mitteln absolut gesichert war. Mit der Verwirklichung dieser Maßnahmen begannen die Verluste der USA im zweiten Halbjahr 1969 zurückzugehen, während die Verluste der Saigoner Armee beträchtlich stiegen.

Im Zuge der «Vietnamisierung» wurden die Saigoner Luftstreitkräfte auf 900 Kampfflugzeuge und 400 Hubschrauber aufgestockt. Bis 1972 lieferten die USA 2100 Panzer und Geschütze sowie 45000 Militärfahrzeuge, 910000 leichte Waffen und 940 Kriegsschiffe.[4] Mehr als 12000 Offiziere des südvietnamesischen Regimes absolvierten ein Fortbildungstraining in den USA. Die Armee war auf 1,1 Millionen Mann angewachsen. Die Streitkräfte Saigons sollten nach China zur zweitstärksten Militärmacht in Asien ausgebaut werden. Zugleich wurden die USA-Streitkräfte in Südvietnam, vor allem die Landstreitkräfte, reduziert. Während bei Nixons Amtsantritt noch über eine halbe Million US-amerikanischer Soldaten in Vietnam eingesetzt waren, wurde diese Zahl bis 1972 auf 78000 gesenkt. Damit glaubte Präsident Nixon die Unterstützung der US-amerikanischen Bevölkerung, aber auch die des Kongresses für seine Vietnampolitik gewinnen zu können.

Im Ergebnis der erfolgreichen Frühjahrsoffensive der patriotischen Kräfte war bereits Anfang 1969 die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam ausgerufen worden. Die infolge der gegnerischen Laosoperationen zeitweilig gestörten Verbindungslinien zum Norden konnten 1971 wieder stabilisiert werden. Die patriotischen Kräfte verstärkten ihre Kampfkraft und bereiteten sich gründlich auf eine neue strategische Offensive vor. Sie wurde in der Nacht zum 30. März 1972 überraschend von drei Gruppierungen der Nationalen Befreiungsstreitkräfte eingeleitet. Eine Gruppe operierte im Raum der alten Kaiserstadt Hué, die zweite im Zentralen Hochland – in der Provinz Dac To –, und die dritte entwickelte ihre Angriffe in Richtung Saigon. Sie stieß dabei bis in die Vororte von Saigon vor. Unterstützt wurden die Angriffe von regionalen Milizeinheiten und Partisanen.

Für das in Saigon seit 1967 installierte Thieuregime wurde die Lage äußerst kritisch. Der erneute Einsatz US-amerikanischer Landstreitkräfte war ausgeschlossen, denn das hätte den «politischen Selbstmord» Nixons bedeutet. Der Krisenstab des USA-Präsidenten entschloß sich deshalb dazu, unverzüglich weitere Flugzeugträger an die vietnamesische Küste zu beordern. Lediglich dem massierten Einsatz von USA-Luft- und -Seestreitkräften verdankte das Thieuregime noch einmal seine Rettung. Zum selben Zeitpunkt intensivierte die USA-Regierung ihre Aggressionshandlungen gegen die DRV. Nachdem seit der offiziellen Einstellung des Bombenterrors im November 1968 bis Ende 1970 gegen die DRV 60 größere Luftangriffe geflogen und die Luftbombardements 1971 noch gesteigert worden waren, lief im April 1972 die

---

[4] Siehe United States Information Service (USIS), Berlin (West), 3. Januar 1972.

Operation «Linebacker» an. In demagogischer Weise versuchte Nixon, diese Aggression gegen ein sozialistisches Land vor dem US-amerikanischen Volk und der Weltöffentlichkeit zu rechtfertigen. Er behauptete, sie würde dem «Schutz» der noch verbliebenen US-amerikanischen Truppen, der «Sicherung des Abzugsprogramms» und der «erfolgreichen Fortsetzung» des «Vietnamisierungsprogramms» dienen.[5] In Wirklichkeit hofften die regierenden Kreise der USA, durch eine gewaltige Luftoffensive den Ausgang des längst verlorenen Krieges noch wenden zu können. Tausende Einsätze wurden gegen Wohngebiete, Produktionsstätten, Schulen und Krankenhäuser geflogen. Hauptziele der Bombenangriffe waren die lebensnotwendigen Wasserregulierungs- und Deichanlagen, um damit die Lebensgrundlagen der Bevölkerung der DRV zu vernichten.

Am 8. Mai 1972 ordnete Präsident Nixon die Verminung der Zugänge zu den Häfen der DRV an, vor allem deshalb, weil der Nachschub mit lebenswichtigen Solidaritätsgütern gestoppt werden sollte. Weiter verkündete er, daß auch die Seewege innerhalb der Territorialgewässer blockiert und alle Schienen- und andere wichtige Landverbindungen unterbrochen werden sollten.[6] Kriegsschiffe der USA nahmen die Beschießung der Küsten der DRV wieder auf.

Die USA-Luftstreitkräfte waren den Luftverteidigungskräften der DRV sowohl quantitativ als auch qualitativ mehrfach überlegen. Dennoch errang die schlagkräftige Luftabwehr der DRV zunehmend größere Erfolge. So erlitten die Aggressoren auch zwischen dem 18. und 30. Dezember 1972 (während der Operation «Linebacker II») erhebliche Totalverluste, darunter 15 strategische Bomber vom Typ B-52. Das war für die strategischen Bombenfliegerkräfte der USA ein schwerer Schlag. Die USA richteten zwar große Zerstörungen in der DRV an, doch ihr Ziel, die Untergrabung der sozialistischen Gesellschaftsordnung, erreichten sie nicht. Weder gelang es ihnen, das Verkehrsnetz lahmzulegen oder die Bevölkerung zu demoralisieren noch die Einstellung der solidarischen Hilfe für die Patrioten im Süden zu erzwingen.

Trotz der barbarischen Bombardements der USA-Fliegerkräfte gegen die DRV und gegen die befreiten Gebiete im Süden des Landes, trotz zahlenmäßiger Überlegenheit der Landstreitkräfte des Saigoner Regimes blieben die Nationalen Befreiungsstreitkräfte der Provisorischen Regierung der Republik Südvietnam weiterhin in der Offensive. Aber noch immer versuchte die USA-Regierung, sich einer politischen Lösung der Vietnamfrage zu entziehen. Die südvietnamesische Marionettenarmee wurde angewiesen, unter höchstem Materialeinsatz überall zur Offensive gegen die patriotischen Kräfte anzutreten. Der militärische Sieg sollte durch die Ausrottung der südvietnamesischen Bevölkerung erzwungen werden. Bombenfliegerkräfte der USA und des Saigoner Regimes flogen bis zu dreißig Tageseinsätze, bei denen Spreng- und Kugelbomben, Napalm und Phosphor sowie Giftgas unterschiedslos gegen die

---

[5] R. Nixon, A Report on the Military Situation in Viet-Nam and the Role of the United States. In: The Department of State Bulletin, Washington, May 15, 1972, S. 684/685.

[6] Siehe R. Nixon, Rundfunk- und Fernsehansprache des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika am 8. Mai 1972 über neue militärische Maßnahmen in Südostasien, In: Europa-Archiv, Bonn, Folge 20/1972, S. D 487/488.

Streitkräfte der Provisorischen Regierung wie auch gegen die Bevölkerung eingesetzt wurden. Jedoch der militärische Sieg konnte auch damit nicht mehr errungen werden. Die Saigoner Armee war politisch, moralisch und militärisch stark angeschlagen. Soldaten und auch Offiziere meuterten. Sie waren nicht mehr bereit, für das von Washington ausgehaltene Regime ihr Leben zu opfern.

Die Nixonregierung stand vor der Alternative, die unterbrochenen Pariser Verhandlungen sofort wieder aufzunehmen oder eine nochmalige Eskalation zu riskieren, was unter den gegebenen militärischen Bedingungen die Reamerikanisierung des Krieges in Vietnam bedeutet hätte. Die internationale Lage und die innenpolitischen Bedingungen zwangen die USA-Regierung an den Verhandlungstisch. Am 27. Januar 1973 erfolgte in Paris die Unterzeichnung des Abkommens über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam. Der Imperialismus mußte nach dem unrühmlichen Ende des Koreakrieges hier in Vietnam seine zweite große Niederlage hinnehmen. Dieser Krieg war die brutalste und verlustreichste imperialistische Aggression seit dem Ende des zweiten Weltkriegs gewesen. Dennoch wollten sich die aggressivsten Kräfte der US-amerikanischen Führung noch immer nicht endgültig geschlagen geben.

«Vietnamisierungs»-Programm wird fortgesetzt

Mit der Unterzeichnung des Pariser Abkommens war nun auch die juristische und völkerrechtliche Besiegelung der Niederlage der USA und ihrer Verbündeten vollzogen worden. Die USA mußten fortan die Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territoriale Integrität Vietnams, wie es bereits im Genfer Abkommen von 1954 festgelegt worden war, respektieren. Darüber hinaus mußten sie jetzt, im Jahre 1973, die Herausbildung einer starken patriotischen Front im Süden mit ihrer 1969 geschaffenen Provisorischen Regierung, die den Großteil Südvietnams kontrollierte, akzeptieren. Die Vereinbarung sah das Verbleiben der Streitkräfte beider Seiten dort vor, wo sie sich zur Zeit des Beginns des Waffenstillstands befunden hatten. Damit wurden im Pariser Abkommen die befreiten Zonen als von der Nationalen Front für die Befreiung Südvietnams kontrollierte Gebiete anerkannt. Die USA hatten sich im Abkommen verpflichtet, ihre Truppen, einschließlich der Militärberater und des technischen Militärpersonals sowie der Waffen und des vorhandenen Kriegsmaterials, innerhalb von 60 Tagen abzuziehen. Ebenso war die Auflösung aller Militärstützpunkte der USA und ihrer SEATO-Verbündeten festgelegt worden. Das Abkommen sah auch die Einstellung aller militärischen Aktivitäten der USA gegen die DRV vor. Jegliche ausländische Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Laos, Kampuchea und Vietnam sollte auf der Grundlage der Genfer Abkommen von 1954 und 1962 unterbleiben. Diese Festlegung betraf auch die Wiedervereinigung Vietnams, die auf dem Verhandlungswege friedlich herbeigeführt werden sollte. Das Abkommen war so abgefaßt, daß mit seiner konsequenten Verwirklichung dem Krieg in Vietnam wirklich ein Ende gesetzt worden wäre.

Ihr militärisches Engagement in Vietnam gaben die USA aber auch nach dem

Abzug ihrer Kampftruppen Ende März 1973 noch nicht auf. Im Gegenteil: Es begann eine neue Stufe der «Vietnamisierung» des Krieges. Dem Thieuregime in Saigon wurden die USA-Stützpunkte im Süden sowie alle dort zurückgelassenen Waffen und Ausrüstungen, darunter Kampfflugzeuge, Kriegsschiffe, Panzer und Artillerie, übergeben. 24000, in zivile Berater umfunktionierte Militärs blieben zur Unterstützung der Saigoner Armee zurück. Der US-amerikanischen Botschaft in Saigon wurde jetzt ein umfassender militärischer Kommandoapparat zugeordnet. Selbst in der amerikanischen Presse wurde diese Einrichtung als «gefechtsbereites Zentrum» und als das «Ost-Pentagon» bezeichnet, da sie sich überhaupt nicht von der Kommandozentrale aus der Zeit vor dem Waffenstillstand unterscheide.[7] Die USA leisteten weiterhin eine als «Ersatz militärischen Materials» bezeichnete Militär«hilfe» großen Umfangs. Allein zwischen Januar 1973 und Juli 1974 wurden nach Südvietnam 694 Kampfflugzeuge, 1100 Panzer, 800 Kanonen aller Kaliber und 204 Kriegsschiffe geliefert.

In der später im USA-Kongreß geführten Auseinandersetzung um das amerikanische «Überengagement» in Indochina wurde enthüllt, daß die USA-Regierung auch nach der Unterzeichnung des Pariser Abkommens über ein Budget von 8 Milliarden Dollar für die Fortsetzung des Krieges verfügte.

Mit der Rückendeckung durch die USA nahm das Thieuregime den bewaffneten Kampf gegen die befreiten Gebiete im Süden in vollem Umfang wieder auf. Außerdem widersetzte sich Saigon hartnäckig der im Pariser Abkommen vorgesehenen nationalen Versöhnung und der Durchführung freier Wahlen. Auf die Unterstützung der US-amerikanischen Regierung bauend, gab General Thieu unverfroren Erklärungen ab, daß er keineswegs gewillt sei, die Festlegungen des Pariser Abkommens zu respektieren.

Gleichzeitig verstärkte die Bevölkerung in den vom Saigoner Regime noch kontrollierten Gebieten ihren Kampf gegen die volksfeindliche Politik der Thieuadministration. Sie forderte die Erfüllung des Pariser Abkommens. Die Antwort waren noch brutalere Unterdrückungsmaßnahmen. Hartnäckig weigerte sich Thieu, die 200000 politischen Gefangenen – wie vereinbart – freizugeben.

Die korrupte Terrorherrschaft Thieus beschleunigte das Heranreifen einer politischen und militärischen Situation, die den Sturz dieses Regimes unvermeidlich machte. Im Ergebnis der Analyse der Lage rief die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam, nachdem auch ihr neuer 6-Punkte-Friedensplan vom März 1974 keine Erwiderung gefunden hatte, am 8. Oktober 1974 zu revolutionären Aktionen auf, um das Thieuregime endgültig zu beseitigen.

Nach äußerst gründlicher Vorbereitung begannen die Befreiungsstreitkräfte, unterstützt von Volksaufständen, im März 1975 an drei Fronten eine zeitlich gestaffelte Offensive. Vom Norden her stieß sie entlang der Küstenstraße Nummer eins unaufhaltsam nach Saigon vor. Auch die vom Zentralen Hochland aus operierende Stoßgruppierung erreichte die Zugänge Saigons sehr schnell. Nachdem eine dritte Gruppierung das Mekongdelta befreit hatte, war die Hauptbastion Thieus und seiner

---

[7] Siehe US News & World Report, Washington, 4. Februar 1974.

US-amerikanischen Gönner, die Stadt Saigon, vom Landesinneren völlig abgeschnitten. Fluchtartig verließen Ende April mehrere tausend USA-Berater sowie Thieuanhänger mit Transporthubschraubern Saigon, um sich auf die vor der südvietnamesischen Küste zusammengezogenen USA-Kriegsschiffe zu retten.

Am 30. April 1975 konnte Saigon befreit werden. Damit ging die Macht in ganz Südvietnam an die Provisorische Revolutionäre Regierung über. Saigon erhielt den Namen Ho-Chi-Minh-Stadt. In der zweiten Novemberhälfte fand hier die Konsultativkonferenz zur Wiedervereinigung Vietnams statt, auf der Wahlen für eine Gesamtvietnamesische Nationalversammlung beschlossen wurden. Nach diesen Wahlen (25. April 1976) trat die Nationalversammlung Ende Juni 1976 zusammen und proklamierte am 2. Juli die Sozialistische Republik Vietnam.

Im Ergebnis der geschickten Anwendung sowohl militärischer als auch politischer und diplomatischer Kampfformen hatten die Patrioten Vietnams in einem langjährigen heldenhaften Kampf einen großen Sieg über die stärkste imperialistische Macht und deren Verbündete errungen. Dieser Sieg legte zugleich Zeugnis ab von der tatkräftigen, kämpferischen Solidarität der sozialistischen Länder. Die Beseitigung des Kriegsherds in Indochina war ein wichtiger Faktor für die internationale Entspannung.

Militärische und ökonomische Kooperationspläne der USA in der Region des Pazifiks

Es war kein Zufall, daß in den siebziger Jahren zwei Präsidenten der USA ihre außenpolitischen Doktrinen von der pazifischen Region aus proklamierten. Nachdem Richard Nixon in seiner Ansprache auf Guam die über Asien hinaus weisenden Grundthesen seiner Doktrin formuliert hatte, gab sein Nachfolger, Gerald Ford, seine programmatischen Erklärungen in Honolulu auf Hawaii ab.

Die pazifische Region gewann für die Wirtschaftsinteressen des USA-Imperialismus immer mehr an Bedeutung. Zugleich trat hier das US-amerikanische «Überengagement» am krassesten in Erscheinung. Hier waren die machtpolitischen Verluste infolge der USA-Aggression in Indochina unübersehbar. Der Sieg des vietnamesischen Volkes war eine direkte Niederlage des USA-Imperialismus. Wie nie zuvor in der Geschichte der USA hatten sich Millionen US-amerikanischer Bürger aktiv an der Antikriegsbewegung beteiligt.

Auch innerhalb der führenden Kreise der USA erhob sich immer heftiger Kritik an der Politik der Nixonregierung. Allerdings waren sich diese Kritiker in der Frage einig, daß die USA ihren dominierenden Einfluß in der riesigen, nicht nur strategisch bedeutenden, sondern auch ressourcen- und bevölkerungsreichen Region des Pazifik mit allen Mitteln erhalten müßten. Die Nixondoktrin hob die «historischen

Bindungen» der USA an diese Region besonders hervor. Davon ausgehend, erklärten die USA ihre Entschlossenheit, auch weiterhin eine maßgebliche Rolle als «Mitglied der pazifischen Gemeinschaft» spielen zu wollen. Dabei ließ die Nixonregierung erkennen, daß sie vorerst zu indirekten Formen der Vorherrschaft in dieser Region überzugehen beabsichtigte, um das sogenannte Überengagement der USA zu verringern.

Die am 7. Dezember 1975 von Präsident Ford als Programm praktischer Aktionen veröffentlichte sogenannte Pazifikdoktrin übernahm die Grundsätze der Nixondoktrin weitgehend. So blieb die «amerikanische Stärke» Voraussetzung jeder «stabilen Machtbalance» im Pazifik. «Amerika», behauptete Ford, «eine Nation des pazifischen Beckens, hat lebenswichtige Interessen in Asien und die Verantwortlichkeit, eine führende Rolle bei der Minderung von Spannungen ... zu spielen. Die Stabilität der Welt und unsere eigene Sicherheit hängen von unseren asiatischen Verpflichtungen ab ...»[1]

Einen Eckpfeiler der Pazifikdoktrin stellte die «Partnerschaft» mit Japan dar. Die Idee der «Partnerschaft» wollte man nun auch auf Australien und Neuseeland ausdehnen. Außerdem wurden das Interesse an festen Beziehungen zu den ASEAN-Staaten Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur und Thailand sowie die übernommenen «Verpflichtungen» gegenüber Südkorea unterstrichen. Ford betonte, daß auch in Zukunft eine starke militärische Präsenz der USA im asiatisch-pazifischen Raum vorgesehen sei, die schrittweise auf den Indischen Ozean ausgeweitet werden sollte. Ein weiterer Hauptpunkt in der Pazifikdoktrin forderte die «Normalisierung» der Beziehungen mit der Volksrepublik China auf der Basis des Shanghaier Kommuniqués von 1972.

Nachdem die «Eindämmungsstrategie» mehr als zwanzig Jahre die Chinapolitik der USA bestimmt hatte, war bereits mit dem Besuch Präsident Nixons 1972 in der Volksrepublik China eine neue Bewertung der Rolle der Volksrepublik erfolgt. In führenden Kreisen der USA hatte sich die Ansicht durchgesetzt, daß die auf dem IX. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas dargelegten Positionen als Beginn einer Annäherung an die USA verstanden werden konnten. Das von Nixon während seines Chinaaufenthalts unterzeichnete Kommuniqué von Shanghai wurde als Grundlage für neue chinesisch-amerikanische Beziehungen betrachtet. Die Volksrepublik China wurde nicht mehr als ein Feind der USA betrachtet, welcher politisch und wirtschaftlich isoliert und militärisch eingekreist werden mußte. Unter den veränderten Bedingungen ließen die USA auch die in den fünfziger und sechziger Jahren beständig wiederholten Behauptungen von einem angeblich drohenden gleichzeitigen Angriff der UdSSR in Europa und Chinas in Asien fallen. Vielmehr rechnete die USA-Führung jetzt langfristig mit der Möglichkeit einer Abstimmung ihrer aggressiven, gegen die Sowjetunion gerichteten Militär- und Außenpolitik mit den Interessen der chinesischen Führung. Die herrschenden Kreise der USA spekulierten darauf, den außenpolitischen Kurs der damaligen Pekinger Führung für ihre Ziele nutzen zu

[1] Remarks of the President at the East-West Center of the University of Hawai, 7. Dezember 1975, Office of the White House Press Secretary, Honolulu/Hawaii, S. 1.

können. Er sollte als ein zusätzliches politisches und militärisches Druckmittel gegen die UdSSR wirksam gemacht werden.

Politisch-militärischer «Regionalismus» im pazifischen Raum

Der Widerspruch zwischen dem riesigen militärischen Potential des USA-Imperialismus und den sich verringernden Möglichkeiten, es als Mittel der Politik einsetzen zu können, war mit der US-amerikanischen Niederlage in Indochina besonders kraß in Erscheinung getreten. Dies veranlaßte die USA-Führung, nach neuen Mitteln und Methoden zur schnellen Stabilisierung ihrer militärischen Positionen auch in der Pazifikregion zu suchen. Sie ging davon aus, daß ihr «Überengagement» insbesondere in dieser Region verringert und ihren Verbündeten eine selbständigere militärische Rolle übertragen werden müsse. Nach dem Prinzip des «Regionalismus» sollten geeignete Verbündete befähigt werden, in begrenzten Konflikten selbst stärker wirksam zu werden als bisher. In Anbetracht der veränderten Bedingungen orientierten die USA darauf, ein direktes Eingreifen in regionale Konflikte zu vermeiden, ohne allerdings die Intervention in eigener Regie völlig auszuschließen. Gleichzeitig bekräftigten sie die Garantie ihres «nuklearen Schildes» und erhoben weiterhin Anspruch auf Aufrechterhaltung ihres führenden Einflusses in den Militärblöcken sowie auf Erhaltung des Stützpunktnetzes der USA-Streitkräfte.

Japan erlangte aufgrund seiner geostrategischen Lage als vorgeschobene Basis gegen die UdSSR und wegen seines bedeutenden ökonomischen Potentials als eines der drei imperialistischen Zentren für die militärstrategischen Pläne der USA jetzt noch größere Bedeutung.[2] Unter den Bündnispartnern der USA in der Region kam Japan eine Schlüsselstellung zu. Nach wie vor rechneten die USA damit, Japan zu einer beschleunigten Aufrüstung auf dem Gebiet der herkömmlichen Waffensysteme veranlassen zu können. Außerdem war die Wirtschafts«hilfe» Japans für schwächere Verbündete der USA, die aber künftig größere «militärische Eigenleistungen» erbringen sollten, noch wichtiger geworden. Verstärkte japanische «Hilfe» an ökonomisch schwach entwickelte Verbündete der beiden imperialistischen Mächte sollte die geforderten höheren Rüstungsausgaben ausgleichen und einer unerwünschten innenpolitischen Destabilisierung entgegenwirken.

Die regierenden Kreise Japans betrachteten das Bündnis mit den USA auch in

---

[2] Das besonders rasche Wirtschaftswachstum Japans war einerseits durch die vorrangige Entwicklung der Schwerindustrie und hochmechanisierter exportgünstiger Industriezweige sowie die Schaffung neuer Industriebereiche auf der Grundlage modernster Forschungsergebnisse bedingt. Andererseits lagen die japanischen Reallöhne bis Mitte der siebziger Jahre weit unter dem Niveau der westeuropäischen. Diese u. a. Faktoren bewirkten, daß die Akkumulationsrate in der japanischen Wirtschaft im Zeitraum von 1955 bis 1970 etwa 34,5 Prozent des Nationaleinkommens betrug (in den USA 16,8 Prozent). Siehe W. Wallraf, Zur historischen Entwicklung des japanischen Imperialismus. In: Aktuelle Beiträge der Staats- und Rechtswissenschaft, Heft 246, Potsdam-Babelsberg 1981, S. 45 f.

den siebziger Jahren als Grundlage ihrer Außenpolitik. Insbesondere galt ihnen der am 22. Juni 1970 verlängerte japanisch-amerikanische «Sicherheitsvertrag» als Garantie dafür, daß sich die USA an der militärischen Absicherung der Expansionsinteressen des japanischen Imperialismus beteiligten und dabei die nukleare Komponente gewährleisteten. Das japanische Monopolkapital war zugleich an der weiteren Aufrechterhaltung der militärischen Präsenz auch der mit herkömmlichen Waffen ausgerüsteten USA-Streitkräfte in der asiatisch-pazifischen Region interessiert, da es vorläufig weder gewillt noch in der Lage war, die militärische Absicherung der imperialistischen Interessen in der Region allein zu übernehmen. Außerdem begannen die regierenden Kreise Japans jetzt nachdrücklicher ihren Anspruch auf größeres Mitspracherecht zu erheben. Die Herausbildung Japans zum imperialistischen Macht- und Rivalitätszentrum hatte die japanische Regierung bereits zu verstärkten außenpolitischen und diplomatischen Aktivitäten veranlaßt. Nur so meinte sie, den in den siebziger Jahren zunehmenden globalen Expansionsdrang der japanischen Monopole über Südostasien hinaus absichern zu können. Andere Weltregionen sollten für Japan erschlossen werden.[3]

Die für die Nachkriegsperiode charakteristische einseitige Konzentration auf die wirtschaftliche Entwicklung Japans wurde als beendet betrachtet. Die führenden japanischen Kreise wollten nunmehr eine solche Erhöhung ihres politischen Einflusses auf die Weltpolitik erreichen, der den starken ökonomischen Machtpositionen Japans entsprach. Dabei nutzten sie auch den internationalen Entspannungsprozeß, um die für Japan vorteilhafte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern auszubauen und zugleich ihren außenpolitischen Spielraum in dieser Richtung zu erweitern.[4]

Sosehr die USA und Japan in den allgemeinen Zielstellungen ihrer Politik übereinstimmten, so deutlich traten widersprüchliche Auffassungen bei ihrer Realisierung in Erscheinung. Von den regierenden Kräften der USA wurde der militärische Faktor als dominierend angesehen, während für Japan die ungehinderte Versorgung des Landes mit Roh- und Brennstoffen, die Erschließung gesicherter Absatzmärkte sowie relativ störungsfreie Beziehungen zu allen Staaten Priorität behielten.

Die in der Nixondoktrin aufgestellte Forderung nach einer für die USA günstigeren Verteilung der «Lasten» bei der Realisierung der globalen und regionalen Strategie richtete sich vor allem an Japan. Diese Forderung zielte ganz konkret darauf ab, daß

---

[3] Insbesondere erweiterten sich die Wirtschaftsbeziehungen Japans zu den erdölproduzierenden Ländern in der Region des Nahen und Mittleren Ostens, denn dort deckte Japan mehr als zwei Drittel seines Importbedarfs an Erdöl. Das mit Irak 1974 geschlossene Abkommen sah u. a. Öllieferungen als Gegenleistung für 1 Milliarde Dollar japanische Kredite vor. Der japanische Export nach Westeuropa weitete sich so rasch aus, daß die EG-Kommission bereits im November 1976 Gegenmaßnahmen androhte.

[4] Mit der UdSSR unterzeichnete Japan ein Handels- und Zahlungsabkommen für den Zeitraum 1971 bis 1975 (22. September 1971) und ein Rahmenabkommen über die Erkundung und Förderung von Erdöl im Festlandssockel von Sachalin. Zwischen der DDR und Japan (15. Mai 1973 Aufnahme diplomatischer Beziehungen) wurden im Februar 1975 ein Wirtschafts- und Handelsabkommen und im November desselben Jahres eine Vereinbarung über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Elektronik und Elektrotechnik abgeschlossen.

der japanische Imperialismus seine Aufwendungen für militärische Zwecke erhöhen und eine seinen ökonomischen Möglichkeiten entsprechende Militärmacht errichten sollte. Zugleich versicherten die USA, daß Japan, nachdem es sich zur zweitstärksten kapitalistischen Wirtschaftsmacht in der Region des Pazifik entwickelt hatte, ein größerer politisch-militärischer Spielraum eingeräumt werden würde.

Die Nixonregierung erklärte sich bereit, über die Rückgabe des seit 1945 von den USA besetzten Archipels Riukiu samt der Hauptinsel Okinawa zu verhandeln. Sie wollte jedes Hindernis für die weitere Entwicklung des militärpolitischen Bündnisses mit Japan beseitigen. In dem im Mai 1972 in Kraft getretenen Abkommen über die Rückgabe des Archipels behielten sich indessen die USA das Recht vor, weiterhin 77 Militärbasen auf Okinawa zu unterhalten. Im Januar 1974 wurden davon 19 an Japan zurückgegeben.[5]

Die Nixonregierung kritisierte den im Oktober 1970 vorgelegten Entwurf des vierten Verteidigungsplans Japans. Für die Jahre 1972 bis 1976 waren Gesamtausgaben in Höhe von umgerechnet 14 Milliarden Dollar und die Erhöhung der Mannschaftsstärke der japanischen Streitkräfte um 26000 Mann vorgesehen. Die japanischen Rüstungsausgaben machten immer noch weniger als ein Prozent des Anfang der siebziger Jahre jährlich um 10 Prozent steigenden Bruttosozialprodukts Japans aus.[6] Während die Militärausgaben das US-amerikanische Budget schon zunehmend belasteten, hatten die führenden Kreise Japans die entsprechenden Mittel als Regierungskredite zur Erhöhung der Investitionstätigkeit verwendet.

Die US-amerikanische Seite stellte jetzt ihre Forderung nach «Entlastung» der militärischen Aufwendungen der USA und einer bedeutenden Erhöhung der Rüstungsausgaben Japans mit mehr Nachdruck. Die USA-Regierung war nicht mehr bereit, hinzunehmen, daß in den USA etwa 6 Prozent des Bruttosozialprodukts für Rüstungszwecke ausgegeben wurden, während Japan nur 0,9 Prozent seines Bruttosozialprodukts für Rüstungszwecke verwandte. Von der japanischen Regierung wurde verlangt, größere Anstrengungen darauf zu verwenden, sich eine eigene militärtechnische Basis zu schaffen, die sowohl eine Erweiterung der bislang relativ begrenzten japanischen Streitkräfte als auch die Entwicklung neuer Waffensysteme ermöglichen würde. Diesen Forderungen kam die japanische Regierung mit dem im Oktober 1971 veröffentlichten vierten Fünfjahrplan für den Ausbau der japanischen Streitkräfte entgegen, der für 1972 bis 1976 eine Verdoppelung gegenüber dem Zeitraum von 1967 bis 1971 vorsah.

Im Oktober 1970 war erstmals ein «Verteidigungsweißbuch» herausgegeben worden, in dem unter anderem darauf hingewiesen wurde, daß die Ausrüstung mit kleinen taktischen Kernwaffen der Verfassung Japans nicht widersprechen würde. Im März 1973 griff dann der damalige Ministerpräsident Tanaka diesen Gedanken wieder auf,

---

[5] Ein am 11. Mai 1977 von der japanischen Regierungspartei (Liberaldemokratische Partei) verabschiedetes Gesetz sicherte den USA für weitere fünf Jahre Stützpunkte auf Okinawa.

[6] Am 1. Mai 1970 hatte die japanische Regierung einen neuen Wirtschaftsentwicklungsplan für die Jahre 1970 bis 1975 veröffentlicht, der eine jährliche Steigerung des Bruttosozialprodukts um durchschnittlich 10,6 Prozent vorsah.

wobei er zugleich vor dem japanischen Parlament lavierte. Einerseits erklärte er, daß die Verfassung dem Land durchaus nicht grundsätzlich verbiete, Kernwaffen zu besitzen, wenn diese rein defensiven Charakter tragen würden. Andererseits versicherte er, daß die japanische Regierung weiterhin an den drei antinuklearen Grundsätzen festhalten werde, nämlich weder Kernwaffen zu produzieren noch zu besitzen, noch diese nach Japan einzuführen.

In dem Maße, wie Teile der herrschenden Kreise in Japan darangingen, solche Artikel der japanischen Verfassung, die der Militarisierung des Landes im Wege standen, auszuhöhlen, verschärften sich die politischen Gegensätze im Innern des Landes. Dem Bestreben nach stärkerer nationalistischer und militaristischer Entwicklung Japans stellten sich die demokratischen Kräfte und die Friedensbewegung entgegen. So kam es zu Protestaktionen gegen die Verlängerung des «Sicherheitsvertrages». Noch heftigere Proteste erfolgten, als im Oktober 1974 bekannt wurde, daß USA-Kriegsschiffe mit ihren Kernwaffen in japanische Häfen einlaufen sollten.

Die Liberaldemokratische Partei Japans (LDP) konnte sich in den siebziger Jahren nicht mehr auf eine so gefestigte parlamentarische Mehrheit stützen wie in früheren Jahren.[7] Sie stieß nun bei Ausübung der Regierungsmacht in jeder Hinsicht auf eine stärkere Opposition im Parlament als in der vorangegangenen Periode. Dabei wurde immer öfter auch die Frage aufgeworfen, ob Japan das Bündnis mit den USA in der von der US-amerikanischen Regierung geforderten Richtung weiter ausbauen oder sich auf einen mehr unabhängigen Kurs orientieren sollte. Jedoch konnten in den siebziger Jahren die oppositionellen Kräfte weder die dominierende Rolle der LDP beseitigen noch ihren auf Festigung des militärisch-politischen Bündnisses mit den USA gerichteten außenpolitischen Kurs verhindern. Vielmehr setzte eine neue Phase der militärischen Beziehungen USA–Japan ein, die durch folgende Maßnahmen gekennzeichnet war:

- Im März 1971 fand das erste gemeinsame Manöver USA – Japan im Pazifik statt.
- Im November 1972 stellte die japanische Regierung der 7. USA-Flotte den Kriegshafen Yokosuka als Auslandsbasis zur Verfügung.
- Japans Seestreitkräfte wurden durch ein 1975 unterzeichnetes Abkommen über eine gemeinsame Operationsplanung eng an die 7. USA-Flotte gebunden.
- Die Bildung einer gemeinsamen japanisch-amerikanischen Kommission für Verteidigungsplanung (Juli 1976) ermöglichte schließlich nicht nur die Koordinierung von Maßnahmen, sondern auch die Schaffung gemeinsamer Führungsorgane.

In dem 1976 herausgegebenen «Verteidigungsweißbuch» ging die japanische Militärführung so weit zu fordern, daß Japans Streitkräfte befähigt werden müßten, die Seekontrolle über das Gebiet vom Japanischen Meer bis Südostasien zu übernehmen.

---

[7] Die Liberaldemokratische Partei Japans (LDP) ist eine auf den Grundpositionen der Verteidigung der kapitalistischen Gesellschaft und des Antikommunismus stehende, sich aus mehreren Fraktionen zusammensetzende konservative Partei. Ihre Führung ist eng mit den Spitzen der japanischen Monopolbourgeoisie sowie der einflußreichsten Schicht der Ministerialbürokratie verflochten. Sie blieb 28 Jahre (1955 bis 1983) Regierungspartei. Hauptgegner der LDP sind die in der japanischen Arbeiterklasse verwurzelten Parteien der Kommunisten und der Sozialdemokraten.

Es gab nicht nur im japanischen Parlament Stimmen, die vor der Wiederaufrüstung Japans warnten, sondern auch im USA-Kongreß. Sie erinnerten an den überraschenden Überfall des japanischen Militarismus auf Pearl Harbor im zweiten Weltkrieg. Sie verwiesen auf die nicht völlig auszuschließende Möglichkeit, daß sich der wiedererstandene japanische Militarismus – trotz aller veränderten Verhältnisse zwischen Sozialismus und Kapitalismus – nicht zuerst gegen den Sozialismus wenden würde, sondern aufgrund zunehmender Spannungen zwischen beiden Mächten vor allem Positionen der USA bedrohen könnte. Aber jene, die in Japan den «letzten sicheren Bündnispartner» für die USA sahen, überhörten diese Warnungen.

Die Forderung nach Erhöhung der militärischen Eigenleistungen richtete die US-amerikanische Regierung nicht nur an Japan, sondern ebenso an ihre anderen Verbündeten. Unter dem Eindruck der Niederlage, die der USA-Imperialismus in Indochina hinnehmen mußte, akzeptierten diese nicht vorbehaltlos die Forderung der USA.

Innerhalb der SEATO verschärfte sich die seit Mitte der sechziger Jahre schwelende Krise.[8] Die Regierungen Thailands und der Philippinen, die als SEATO-Mitgliedstaaten den USA die meisten Stützpunkte für die Indochinaaggression überlassen hatten, erkannten jetzt, in welche gefährlichen militärischen Abenteuer sie der Militärblock hineingezogen hatte und welches Risiko die einseitige Bindung an die USA für sie bedeutete.

In Thailand wuchs der Widerstand der demokratischen Kräfte gegen die reaktionäre Regierungspolitik. Häufiger Regierungswechsel in der ersten Hälfte der siebziger Jahre brachte keine Stabilisierung der reaktionären Machtverhältnisse. Unter dem massiven Druck der demokratischen Öffentlichkeit begann die thailändische Regierung 1974 neue politische Akzente zu setzen. Diese kamen im schrittweisen Abzug der US-amerikanischen Truppen und in der Schließung von Militärbasen zum Ausdruck (bis Juli 1976) sowie in der Befürwortung des Planes zur Umwandlung Südostasiens in eine «Zone der Neutralität, des Friedens und der Freiheit» und in der allmählichen Verbesserung der thailändischen Beziehungen zu sozialistischen Staaten.

Die philippinische Regierung, die ihre Truppenkontingente 1969 aus Vietnam abgezogen hatte, begann seit 1972 schrittweise Beziehungen zu den sozialistischen Staaten aufzubauen. Im Frühjahr 1975 verlangte sie eine Revision der zahlreichen Militärverträge mit den USA. Auch die Philippinen unterstützten den Plan zur Umwandlung Südostasiens in eine «Zone der Neutralität, des Friedens und der Freiheit» und nahmen im Juli 1976 diplomatische Beziehungen zur Sozialistischen Republik Vietnam auf.

Der Zerfall der SEATO nahm seinen Fortgang mit der formellen Austrittserklärung, die die pakistanische Regierung 1972 aussprach, nachdem sie in ihrem Konflikt mit der Unabhängigkeitsbewegung des bengalischen Volkes, der 1971 mit der Gründung des selbständigen Staates Bangladesh auf dem Gebiet Ostpakistans endete,

---

[8] Die pakistanische wie auch die französische Regierung hatten aufgrund ihrer ablehnenden Haltung zur Vietnamaggression der USA ihre Mitarbeit in der SEATO bereits seit 1965 eingeschränkt.

von seiten der SEATO keine militärische Unterstützung erhalten hatte. Auf der 18. Tagung der SEATO im September 1973 wurde dann unter dem Druck der Philippinen, Thailands, Australiens und Neuseelands die Einschränkung der militärischen Aktivitäten des Paktes beschlossen. Die fortschreitende Krise des SEATO-Blocks, der sich immer mehr als ein uneffektives Bündnis erwies, führte schließlich 1975 zu dem Beschluß, diesen Militärblock im Verlaufe von zwei Jahren aufzulösen.[9]

Trotz dieser Rückschläge gaben die USA ihre Pläne zur Reaktivierung ihres militärischen Einflusses nicht auf. Vielmehr waren sie bestrebt, außer zu ihrem Hauptverbündeten Japan die politisch-militärischen Beziehungen zur australischen und neuseeländischen Regierung zu festigen, ihren Verbündeten im ANZUS-Pakt. Die günstige geostrategische Lage Australiens als Operationsbasis, zwischen dem Indischen und dem Pazifischen Ozean und Südostasien gelegen, bestimmten seine Bedeutung in den Plänen der USA. Hinzu kam die Interessenübereinstimmung der US-amerikanischen und australischen Monopolbourgeoisie an der Systemerhaltung in der Region. Abgesehen von den Jahren 1972 bis 1975, befand sich die Regierung Australiens seit 1949 in den Händen einer großbürgerlich-konservativen Koalition, die die Errichtung eines staatsmonopolistischen Herrschaftssystems förderte und die ökonomisch-politische und militärische einseitige Bindung an den USA-Imperialismus vertiefte.[10] Die regierenden australischen Kreise hatten mit ihrer aktiven Beteiligung an der Vietnamaggression und an der Schaffung antikommunistischer Militärblöcke ihre Verläßlichkeit als Verbündeter der USA bewiesen. Australien konnte als «Stellvertreter» der USA im Südwestpazifik und in Südostasien fungieren. Ein Faktor, den die US-amerikanische Seite angesichts der weltweiten Verurteilung der USA-Politik nach der Niederlage in Indochina zu schätzen wußte.

Australien sollte zu einer Militärmacht entwickelt werden, die im Kampf gegen die nationale Befreiungsbewegung eine maßgebliche militärische Rolle in der Region spielen konnte. Seit 1976 gewährte die australische Regierung den USA weitreichende Rechte für den Ausbau der US-amerikanischen Militärstützpunkte North West Cape, Nurrungar und Pine Cape. Sie erweiterte die Nutzungsrechte für USA-Streitkräfte auf australischen Flugplätzen und in Häfen. Zugleich ging Australien zu verstärkten Waffenkäufen in den USA über. Die Lüge von der angeblich gewachsenen militärischen Bedrohung Australiens mußte als Begründung für den Ausbau der australischen See- und Luftstreitkräfte, die Errichtung eines weitgefächerten Kommunikationsnetzes und den Ausbau eines U-Boot-Warnsystems herhalten.

Nach der faktischen Einstellung der militärischen Aktivitäten der SEATO sollte ab 1975 der ANZUS-Pakt im südwestlichen Teil des Pazifiks dessen Funktion übernehmen. Gemeinsam mit den Blockmitgliedern Australien und Neuseeland begannen die USA Manöver großen Stils zu organisieren. Sie sollten das Zusammenwirken der

---

[9] Am 30. Juni 1977 wurde die formelle Auflösung der SEATO vollzogen.

[10] 1972 brachte der Wahltag die Labour Party an die Regierung, die Reformen staatsmonopolistischen Charakters in der Wirtschafts- und Sozialpolitik einleitete und bemüht war, Australien aus der einseitigen Bindung an imperialistische Militärpakte zu lösen. 1975 wurde diese Regierung durch ein Komplott reaktionärer Kräfte gestürzt.

See- und Luftstreitkräfte der Paktmitglieder üben und gleichzeitig die Bedeutung des ANZUS-Paktes als Bindeglied zwischen Pazifik und Indischem Ozean demonstrieren.

Das Scheitern der US-amerikanischen Vietnamaggression hatte wesentliche Auswirkungen für das Stützpunktsystem der USA in der Region des Pazifik: Sowohl was die Anzahl als auch die Standortverteilung betraf, mußten die Vereinigten Stabschefs der USA entscheidende Veränderungen vornehmen. Da den US-amerikanischen Streitkräften nach dem Abzug vom südostasiatischen Subkontinent nur noch Südkorea als Festlandsbasis verblieben war, verlagerte sich die Hauptorientierung des Pentagon von Landbasen auf Inselstützpunkte. Im Pazifik entstanden ganze Stützpunktketten. Da sich die Anzahl der USA-Militärstützpunkte in der Region insgesamt aber verringerte, erfolgte gleichzeitig die Verstärkung der ständigen USA-Flotte im Pazifik, die zu einer «schwimmenden Base» wurde. Das engere Zusammenwirken von Stützpunkten und Seestreitkräften sollte die auf dem Festland gescheiterte interventionistische Außenpolitik der USA reaktivieren. Das Stützpunktnetz wurde zwar weitmaschiger, aber seine Rolle für die Auslösung militärischer Provokationen und lokaler Kriege veränderte sich in keiner Weise. Nach der militärischen Konzeption der «globalen strategischen Mobilität» wurde insbesondere mit dem verstärkten Einsatz der Seestreitkräfte das Ziel verfolgt, die gegen die sozialistischen Staaten und die nationale Befreiungsbewegung gerichtete militärische Präsenz der USA weltweit aufrechtzuerhalten.

Förderung regionaler Kooperation

Das Versagen ihrer Marionettenregierungen in Indochina hatte den regierenden Kreisen der USA gezeigt, daß sich in der Region des Pazifiks große, nicht mehr umkehrbare Veränderungen vollzogen hatten. Zu gleicher Zeit trat immer deutlicher in Erscheinung, daß diese Region von wachsender politischer und ökonomischer Bedeutung für das kapitalistische System wurde.

Die Anliegerstaaten des Pazifiks und die im Pazifik gelegenen Inselstaaten umfassen mehr als 42 Millionen Quadratkilometer und über 40 Prozent der gesamten Bevölkerung der Erde. Mit der wissenschaftlich-technischen Revolution, den Strukturveränderungen in der kapitalistischen Wirtschaft und der weiteren Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung kamen Prozesse in Gang, die fördernd auf die Entwicklung der regionalen Wirtschaftskooperation in diesem Raum wirkten.

Vor dem zweiten Weltkrieg hatten sich die meisten asiatisch-pazifischen Länder in kolonialer Abhängigkeit befunden. Den Außenhandel betrieben damals die Monopole der britischen, französischen und niederländischen Kolonialmächte. In den fünfziger Jahren begann eine neue Stufe des regionalen Handelsaustausches. Dies betraf in erster Linie die entwickelten Industrieländer, also die USA, Japan, Kanada, Australien und Neuseeland. Verglichen mit ihrem Gesamtexport, wuchs der Anteil dieser Länder am regionalen Austausch von 29,8 Prozent im Jahr 1954 auf 45,7 Prozent im

Jahr 1971.[11] Vor allem Australien und Neuseeland, die ihre traditionellen Bindungen an Großbritannien abbauten, orientierten sich in den siebziger Jahren auf die Entwicklung ihrer Wirtschaftsbeziehungen in der Region. Aber auch die Entwicklungsländer der Region, insbesondere die ASEAN-Staatengruppe[12], wurden in wachsendem Maße in den Handelsaustausch einbezogen.

Neben der Fortsetzung ihrer militärischen und politischen Einmischung in die Angelegenheiten junger Nationalstaaten entwickelte die US-amerikanische Regierung nun flexiblere Formen vor allem der ökonomischen Einflußnahme. In seiner zweiten Amtszeit (1973 bis 1974) propagierte Nixon das Konzept des politischen und ökonomischen «Einbindens» der Entwicklungsländer in das kapitalistische Wirtschaftssystem. Dieses «Einbinden» bedeutete die Herstellung von Abhängigkeitsverhältnissen zum Imperialismus, die solche innen- und außenpolitischen Entwicklungen dieser Länder verhindern sollten, welche den USA unerwünscht waren. Dabei spielten die sich vertiefenden Außenhandelsbeziehungen, die stabiler werdende Investitionstätigkeit und der engere technologische Austausch der USA mit der Pazifikregion eine wichtige Rolle. Mit einem Anteil von 20 Prozent an allen in der Region getätigten Exporten nahmen die USA eine führende Position ein. Gerade weil ihre Niederlage in Indochina die USA zeitweilig zu einer gewissen Zurückhaltung im militärischen und politischen Bereich veranlaßte, verstärkten sie ihre Expansion auf wirtschaftlichem Gebiet – insbesondere in der Region des Pazifik. Auch hinsichtlich des privaten Kapitalexports in diese Region hielten die USA Anfang der siebziger Jahre mit 3,1 Milliarden Dollar den ersten Platz, während das japanische Kapital nur in Höhe von 0,8 Milliarden Dollar investieren konnte.[13]

Die stark entwickelten gegenseitigen Abhängigkeiten in den bilateralen Beziehungen USA–Japan, die sowohl von Partnerschaft als auch von Rivalität geprägt waren, beeinflußten zudem die sich herausbildenden regionalen Wirtschaftsbeziehungen, was sich gerade in der Pazifikregion als destabilisierender Faktor erwies.

Nach den Vorstellungen der japanischen Monopolbourgeoisie sollte sich die wirtschaftliche Zusammenarbeit in der Region zu einer neuen «Kooperativen Ordnung» entwickeln und damit eine Struktur annehmen, in der das Wirtschaftspotential Japans eine maßgebliche Rolle spielen würde. Da diesen Vorstellungen die Tendenz nach Errichtung einer japanischen Machtsphäre zugrunde lag, verhielten sich die USA dazu sehr zurückhaltend.[14] Die japanischen Monopole faßten auf dem australischen Markt

---

[11] Siehe V. Jakubowski, Emergence of the Pacific Economic Complex and some Aspects of the Economic Relations between Soviet Union and the Pacific Countries. In: Technologie Transfer in Pacific Economic Development, Center Paper No. 25, Tokio, The Japan Economic Research Center, Januar 1975, S. 21.

[12] Am 8. August 1967 war in Bangkok die Vereinigung südostasiatischer Nationen (ASEAN) gegründet worden. Zu ihr gehören: Indonesien, Malaysia, die Philippinen, Singapur und Thailand sowie seit 1984 Brunei.

[13] Siehe V. Jakubowski, Emergence of the Pacific Economic Complex ..., S. 24.

[14] Als auf Japans Drängen Anfang der achtziger Jahre Australien und auch die ASEAN-Staaten Interesse für das Projekt einer als «Pazifische Gemeinschaft» bezeichneten Form der regionalen Zusammenarbeit bekundeten, begann sich auch die USA-Regierung damit zu befassen, um nicht davon ausgeschlossen zu werden.

sehr schnell Fuß. Es ging dabei um die Entwicklung langfristiger, stabiler ökonomischer Bindungen zwischen Japan und Australien. Bis Mitte der siebziger Jahre erhöhte sich der Anteil Japans am Export Australiens von 4 auf 29 Prozent, während Japans Anteil am australischen Import auf das 16fache stieg. So wurde Australien nach den USA zu Japans wichtigstem Handelspartner.[15]

Die Entwicklungsländer Südostasiens wurden stärker in das System der Wirtschaftsbeziehungen einbezogen, verblieben aber trotz eines gewissen wirtschaftlichen Aufschwungs in einer unverändert abhängigen Position von den entwickelten Industrieländern. Aufgrund ihrer Rohstoffressourcen und auch ihrer relativ qualifizierten, aber billigen Arbeitskräfte waren sie von großem Interesse für die Monopole. Die transnationalen Monopole wollten nicht zuletzt auch wegen des Kostenaufwands zur Verhütung der Umweltverschmutzung Produktionsverlagerungen in diese Entwicklungsländer vornehmen.

Die industriell noch nicht entwickelten asiatisch-pazifischen Länder versuchten, dieser Expansion mit abgestimmten Maßnahmen entgegenzutreten. Ein wichtiger Schritt, um die eigene wirtschaftliche Entwicklung abzusichern, war beispielsweise die Entstehung der ASEAN im August 1967. Als Ziele ihres subregionalen Zusammenschlusses nannten die fünf ASEAN-Länder:
– Beschleunigung des Wirtschaftswachstums und des sozialen Fortschritts,
– Hebung des kulturellen Niveaus,
– Förderung des Friedens und der Stabilität in Südostasien.

Ungeachtet aller Unterschiede zwischen den Mitgliedsländern war ihnen gemeinsam, daß sie den kapitalistischen Entwicklungsweg gingen und an ihrer Spitze politische Führungskräfte standen, die die Interessen der dominierenden bürgerlichen Gruppen vertraten. Die Bourgeoisie der ASEAN-Länder zog aus dem Fiasko der US-amerikanischen Indochinaaggression die Schlußfolgerung, daß sie alle Möglichkeiten ausschöpfen müsse, um die eigenen nationalen Interessen stärker in den Vordergrund zu rücken.

Von den USA wurden die Bestrebungen der ASEAN-Länder, eine subregionale Zusammenarbeit zu entwickeln, sehr gefördert. Diese Länder sind für die USA eine wichtige Bezugsquelle mineralischer, metallurgischer und landwirtschaftlicher Rohstoffe von teilweise strategischer Bedeutung. Die dort bestehende große Nachfrage nach Industrieerzeugnissen bot zudem für die USA-Monopole lukrative Absatzchancen. Außerdem wurden diese Staaten aufgrund ihrer außerordentlichen wirtschaftlichen Prosperität und ihrer geringen Verschuldung als besonders kreditwürdig unter den Entwicklungsländern angesehen. Vor allem aber war und ist es für die USA von großer Bedeutung, daß die ASEAN-Länder dauerhaft in das kapitalistische Wirtschaftssystem eingebunden bleiben und damit für die militärstrategischen Pläne der Vereinigten Staaten von Amerika verfügbar sind.

---

[15] Australien lieferte an Japan Rohstoffe und Lebensmittel, in gewissem Umfang auch Ausrüstungen für die japanische Industrie. Vom Gesamtexport australischen Eisenerzes nahm Japan im Jahre 1971 87 Prozent ab, bei Kohle waren es 83, bei Salz sogar 95 und bei Wolle 42 Prozent. Siehe V. Jakubowski, Emergence of the Pacific Economic Complex ..., S. 22.

Im Zusammenhang mit der militärischen Niederlage der USA in Indochina erhöhte sich der Zustrom japanischen Kapitals in die ASEAN-Länder. Ende der siebziger Jahre nahm Japan mit 33 Prozent aller Auslandsinvestitionen in diesen Staaten den ersten Platz ein, gefolgt von den USA mit 23 Prozent.[16]

Als ein Risiko für die Realisierung ihrer Pläne betrachteten die USA das permanent labile Verhältnis der Klassenkräfte in einigen ASEAN-Staaten. Der Ausbau einer regionalen Kooperation sollte auch im systemerhaltenden Interesse erfolgen. Auf diese Weise wollten die USA jene sozialökonomischen Prozesse, die sich auf die Entfaltung des Kapitalismus richteten, gezielt fördern und gleichzeitig die Formierung einer zuverlässigen Unternehmerelite, die eng mit dem kapitalistischen System verbunden ist, beschleunigen. Der wirksamste Beitrag der USA sollte darin bestehen, «asiatische Initiativen in einem asiatischen Rahmen zu unterstützen»[17].

«Partnerschaft» des USA-Imperialismus mit den nahöstlichen Staaten

Anfang der siebziger Jahre hatte sich eine neue Situation im Kampf der jungen antiimperialistischen Staaten Asiens herausgebildet, der in vielen Ländern «in einen Kampf gegen die Ausbeuterverhältnisse – sowohl die feudalen als auch die kapitalistischen – hinüberzuwachsen begann»[1]. Für die Politik der USA gegenüber dem Nahen und Mittleren Osten hatte dies in zweifacher Hinsicht weitreichende Folgen:

Erstens konnten die USA die geostrategische Lage der Länder dieser Region nicht mehr uneingeschränkt im Kampf gegen den Sozialismus mißbrauchen.

Zweitens waren der Zugang zu den Rohstoffen (besonders zum Erdöl) sowie zu den Märkten dieser Region und damit die Profitmaximierung der USA-Monopole nicht mehr zu den bisher gültigen Bedingungen gesichert. Das wurde deutlich in der zunehmenden Herausbildung einer politisch selbständigen, wenn auch heterogen zusammengesetzten Kraft in den erdölfördernden arabischen Ländern.

Nixon und sein Kreis glaubten jedoch noch immer, die Nahostländer in traditioneller Weise (wozu wirtschaftliche und militärische «Hilfe», politischer Druck, aber auch Krieg gehörten) dem Willen der USA unterordnen zu können. An ihrer einseitigen Orientierung auf Israel und ihrer Sabotierung einer Friedensregelung in Nahost zeigte sich, daß die führenden Kreise der USA noch nicht bereit waren, auf die

---

[16] Siehe H. Fessen/G. Freitag/B. Roseno, Die Wirtschaft der ASEAN-Staaten. In: Wissenschaftliche Schriftenreihe der Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 1983, S. 99.

[17] R. Nixon, Die amerikanische Außenpolitik für die siebziger Jahre – Die Gestaltung eines dauerhaften Friedens. In: Europa-Archiv, Bonn, Folge 11/1973, S. D 288.

[1] Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXIV. Parteitag, Berichterstatter: L. I. Breshnew, Berlin 1971, S. 25.

neuen Prozesse mit flexiblen Formen der Beeinflussung zu reagieren. Erst die Ereignisse des Jahres 1973 bewirkten einen Prozeß des Umdenkens in der US-amerikanischen Führung.

Am 6. Oktober 1973 begann der vierte Nahostkrieg. Die herrschenden Kreise der USA hatten seine Vorbereitung durch die massive Aufrüstung der israelischen Streitkräfte mit allen Mitteln unterstützt. Ebenso waren sie der Expansionspolitik Israels und dem israelischen Anspruch auf «verteidigungsfähige» Grenzen nicht entgegengetreten. Der mit Duldung der USA nicht erfolgte Rückzug Israels aus den 1967 okkupierten Gebieten, die Besatzerwillkür dort sowie die zunehmenden Provokationen Israels gegenüber seinen arabischen Nachbarn verschärften die israelisch-arabischen Spannungen. Die arabischen Staaten hatten nie einen Zweifel daran gelassen, daß sie von ihrem Recht auf Befreiung der besetzten Gebiete Gebrauch machen würden, wenn es nicht gelänge, die israelische Okkupation auf friedlichem Wege zu beenden. Angesichts der unverändert starren Haltung Israels und der USA unternahmen Ägypten und Syrien, deren 1967 nahezu zerschlagenen Streitkräfte wieder aufgebaut worden waren, eine gemeinsame militärische Aktion.

Auch während dieses Krieges standen die USA vorbehaltlos an der Seite Israels. Zur Absicherung der militärischen Handlungen Israels wurde die 6. USA-Flotte im östlichen Mittelmeer konzentriert und verstärkt. Präsident Nixon ordnete Alarmstufe drei für alle USA-Streitkräfte an. Für den Transport von Waffen und Munition nach Israel wurde eine Luftbrücke eingerichtet, mit der die Hauptverluste des Aggressors noch während der Kampfhandlungen ersetzt werden konnten.

Sowohl der Verlauf der Kampfhandlungen insgesamt, in dem der Nimbus der israelischen Überlegenheit zerstört wurde, als im besonderen die Niederlage der mit modernsten USA-Flugzeugen ausgerüsteten israelischen Luftwaffe lösten in den USA Bestürzung aus. Die von Israel eingesetzten «Phantom»-Flugzeuge gehörten zur Ausstattung der US Air Force, der US Navy und auch der NATO-Streitkräfte.

Nachdem die arabische Offensive aber ins Stocken gekommen war und die israelischen Streitkräfte an verschiedenen Frontabschnitten die Kampfhandlungen zu ihren Gunsten hatten entscheiden können, beschlossen die arabischen Mitglieder der OPEC[2] am 17. Oktober 1973 eine bedeutsame politische Maßnahme: Sie verhängten ein Ölembargo über die USA und legten zugleich für alle proisraelisch eingestellten kapitalistischen Staaten die Einschränkung der Erdölexporte um 5 Prozent fest. Außerdem wurden die Erdölpreise erhöht, bis Anfang 1974 auf mehr als das Vierfache. Diese politischen Maßnahmen sollten so lange Gültigkeit haben, bis sich Israel auf die vor der Juniaggression 1967 geltenden Grenzen zurückgezogen haben würde. Japan und die neun EWG-Staaten reagierten darauf, indem sie die UNO-Sicherheitsresolutionen, in denen Israel aufgefordert wurde, die Okkupation der seit 1967 besetz-

---

[2] Die Organization of Petroleum Exporting Countries (OPEC) war 1960 von 5 Staaten geschaffen worden. Der OPEC traten seit 1961 weitere Länder bei, so daß ihr 1975 13 erdölfördernde Staaten aus Lateinamerika, Afrika und vor allem aus dem Nahen Osten angehörten. 9 erdölproduzierende arabische Länder bildeten 1968 die OAPEC, der bis 1979 auch Ägypten angehörte. Aufgrund des ägyptischen Separatfriedens mit Israel wurde es ausgeschlossen.

ten arabischen Gebiete zu beenden, unterstützten. In den USA löste das Vorgehen der arabischen Erdölländer heftige Kontroversen zwischen der die Israelpolitik unterstützenden zionistischen Lobby und denjenigen Kräften aus, die dafür eintraten, in der USA-Nahostpolitik von der einseitigen Bindung an Israel loszukommen und die Zusammenarbeit mit der arabischen Seite zu stärken, um nicht noch weitere Positionen in der Region zu verlieren.

Die Auswirkungen, die vom Einsatz des Erdöls als politische Waffe ausgingen, der Verlauf der Kampfhandlungen, in erster Linie jedoch der Einfluß der aktiven sowjetischen Friedenspolitik – das waren die wesentlichen Faktoren, die die USA-Regierung bewogen, sich zusammen mit der UdSSR für die Beendigung des Krieges einzusetzen. Am 22. Oktober 1973 legten die UdSSR und die USA gemeinsam den Entwurf eines Friedensappells im UNO-Sicherheitsrat vor. Aufgrund der Appelle des Sicherheitsrates der UNO (Resolution 338 und 339) kam es am 25. Oktober 1973 zur Einstellung der Kampfhandlungen. Auf der dann nach Genf einberufenen Konferenz (Dezember 1973) traten die gegensätzlichen Positionen der USA und der UdSSR sowie der israelischen und der arabischen Seite in aller Schärfe in Erscheinung. Dennoch hätte diese Nahostkonferenz zum Auftakt für eine politische Regelung des Konflikts werden können, wenn die USA und Israel nicht jegliche Verständigung blokkiert hätten.

Zur gleichen Zeit begann die USA-Führung eine Modifizierung ihrer Nahostpolitik einzuleiten, indem sie nach Wegen suchte, um den deutlich erkennbaren einzelnen und kollektiven Aktivitäten der arabischen Staaten gegen die Vorherrschaftspolitik der USA begegnen zu können. Sie ging zu einer komplexeren Sicht der Entwicklung in diesem Raum über und wollte damit die einseitige Orientierung auf Israel abbauen, ohne jedoch das amerikanisch-israelische Bündnis irgendwie in Frage zu stellen.

Die Nixonadministration entwickelte die «Zwei-Säulen-Theorie», derzufolge sich die USA außer auf Israel jetzt auch noch auf die Zusammenarbeit mit anderen verläßlichen US-amerikanischen Verbündeten in der Region, so insbesondere mit Iran und Saudi-Arabien, stützen wollten. USA-Außenminister Kissinger arbeitete ein Konzept aus, demzufolge etappenweise eine Reihe einzelner Friedensabkommen zwischen Israel und den arabischen Staaten abgeschlossen werden sollten. Das daraus entstehende «System des Friedens» sollte den Interessen der USA und auch Israels völlig entsprechen. Mit der Entfaltung einer breiten diplomatischen Aktivität (Pendeldiplomatie) versuchten die führenden US-amerikanischen Kreise weiterhin, den Nahostkonflikt in eine dem USA-Imperialismus genehme Richtung zu lenken.

«Ein Krieg im Nahen Osten ist mit der ernst zu nehmenden Gefahr eines weltweiten wirtschaftlichen Niedergangs verbunden», warnte Henry Kissinger.[3] Er verlangte, daß zur Herstellung stabiler Beziehungen zwischen den USA und der Nahostregion außer dem «negativen Druckmittel der Abschreckung auch positive Mittel des Interessen-

---

[3] H. Kissinger, Rede vor dem World Affairs Council von St. Luis. In: Europa-Archiv, Bonn, Folge 13, 1975, S. D 335.

ausgleichs» angewendet werden müßten.[4] Die komplizierte und widersprüchliche soziale, wirtschaftliche und politische Entwicklung dieses Gebietes führte zur Anhäufung innerer Konfliktstofffe, die eine latente Instabilität für das kapitalistische System erzeugten und nach Auffassung der führenden US-amerikanischen Kreise eine Gefährdung der «lebenswichtigen» Interessen der USA in der Region darstellen könnten.

Sicherung der Erdölinteressen der USA

Die langfristige Sicherung ihrer Kontrolle über die Erdölressourcen des Nahen und Mittleren Ostens war auch in den siebziger Jahren für die regierenden Kreise der USA von hoher Bedeutung geblieben. Im Nahen und Mittleren Osten lagen damals die größten bekannten Erölreserven. Die US-amerikanischen Erdölmonopole wollten sich unter den Bedingungen des ständig steigenden Energiebedarfs der kapitalistischen Wirtschaft die im Nahen Osten noch bestehenden günstigen Voraussetzungen für ihre Profitmaximierung keineswegs schmälern lassen.

Die Anfang der siebziger Jahre eingetretene Energiekrise des Kapitalismus war mit einer Verknappung des angebotenen Erdöls verbunden. Die Ölpreise stiegen sprunghaft an. Das Defizit in der Handels- und Zahlungsbilanz der erdölimportierenden kapitalistischen Länder wuchs. Die Energiekrise schwächte aber auch den monopolistischen Mechanismus zur Ausbeutung der erdölexportierenden Länder und erleichterte damit die Herstellung der nationalen Souveränität der OPEC-Länder über ihren größten Naturreichtum.

Die OPEC war 1960 von einer Gruppe erdölgewinnender Entwicklungsländer zur Wahrung ihrer legitimen Interessen gegenüber der ausbeuterischen Politik des internationalen Erdölkartells gegründet worden. Sieben der größten Erdölmonopole hatten bereits 1928 ein Kartell gebildet, das seitdem den gesamten kapitalistischen Erdölmarkt beherrschte und durch Ausplünderung der Ölproduzenten und -verbraucher Superprofite erzielte. Den mächtigen US-amerikanischen Erdölgesellschaften des Kartells war es gelungen, stets enge Verbindungen zu den regierenden Kreisen der USA zu halten und damit auch deren außenpolitische Entscheidungen in ihrem Interesse zu beeinflussen. Das internationale Kartell wollte lange Zeit die OPEC überhaupt nicht anerkennen. Die OPEC führte einen hartnäckigen Kampf gegen dieses Kartell, das sich ungeachtet der verschiedenenorts erzwungenen Nationalisierung der Erdölquellen die Kontrolle über den kapitalistischen Ölmarkt erhalten hatte. Das Erdölkartell bestimmte weiterhin die Preise für den Verkauf des Rohöls und der Endprodukte, und es teilte auch die Absatzmärkte unter sich auf. Außerdem entschied es nach eigenem Gutdünken über den Umfang der Förderung und die Richtung der Lieferungen.

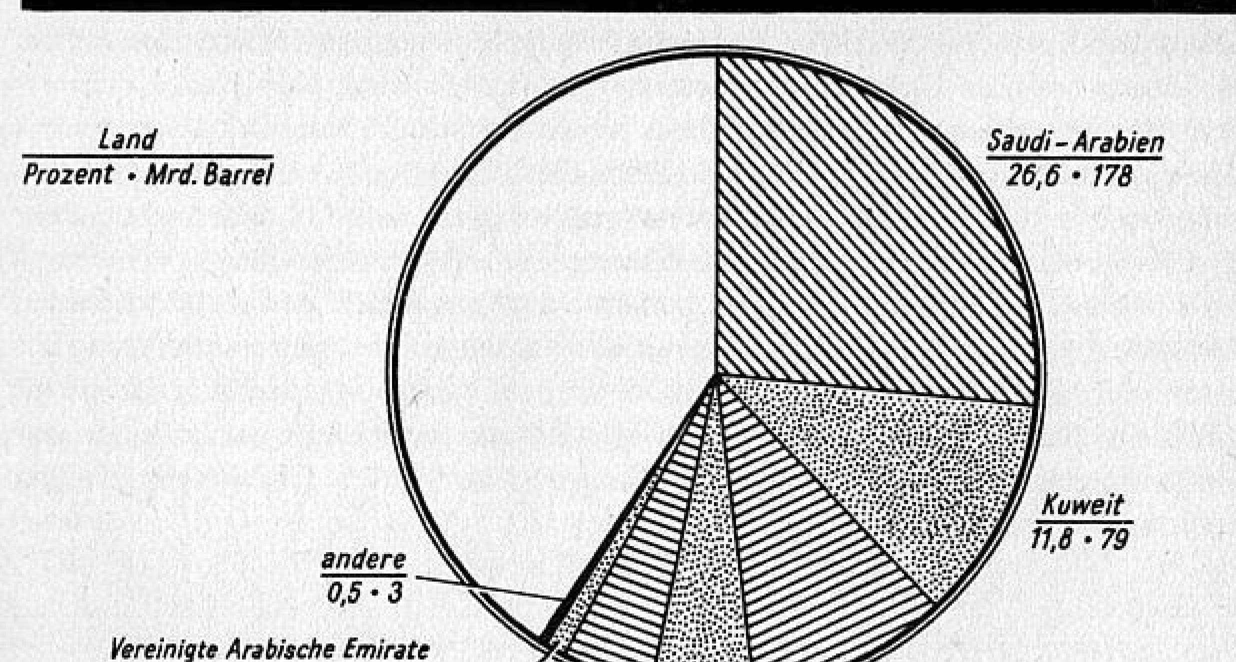
Als dieser neokolonialistische Ausbeutungsmechanismus im Zusammenhang mit der Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus und ihrer Verflechtung mit

---

[4] Ebenda.

zyklischen Krisen geschwächt wurde, gelang es den OPEC-Ländern, dem Kartell eine Reihe von Privilegien abzuringen. In den siebziger Jahren kontrollierte die OPEC schließlich beinahe uneingeschränkt sowohl die Ölgewinnung als auch die Erdölausfuhr in ihren Mitgliedstaaten und setzte die Preise für Rohöl nach ihrem Ermessen fest. Die Verarbeitung des Rohöls zu Erdölprodukten blieb allerdings überwiegend in den Händen der internationalen Monopole. Die OPEC-Mitgliedstaaten lieferten in dieser Periode 90 bis 95 Prozent des auf dem kapitalistischen Markt gehandelten Erdöls. Zwischen 1974 und 1979 verdoppelten sich die Gesamteinkünfte der OPEC. Das waren «goldene Jahre» für die erdölproduzierenden Nahoststaaten. Sie entwickelten sich rasch zu einem wichtigen und relativ selbständigen Faktor auf dem Ölmarkt.

Nicht nur 80 Prozent des japanischen und westeuropäischen Ölbedarfs wurden aus der Nahostregion gedeckt, auch die US-amerikanische Industrie benötigte in steigendem Umfang die nahöstlichen Öllieferungen, denn die in den USA vorgesehenen Maßnahmen zur Erschließung eigener Energieressourcen waren bislang wegen der dafür veranschlagten hohen Kosten nicht realisiert worden. Der Förderpreis für das nahöstliche Erdöl betrug, vor allem aufgrund der niedrigen Löhne, nur ein Zehntel der entsprechenden Kosten in den USA. Alle Maßnahmen der erdölproduzierenden Länder, die Belieferung des Weltmarkts mit Öl in ihrem eigenen nationalen Interesse zu regulieren, standen von Anfang an im Widerspruch zu den Interessen der US-amerikanischen Ölmonopole und den Plänen der führenden Kreise der USA.



Die Einnahmen aus der Erdölproduktion erreichten in den Förderländern Milliardenhöhen. Diese «Petrodollars» flossen zum großen Teil aber nach den USA ab, was den führenden US-amerikanischen Kreisen neue Möglichkeiten eröffnete, die Regierungen der Förderländer auf indirekte Weise zu zwingen, USA-Interessen zu berücksichtigen.

Als die erdölfördernden arabischen Länder weiterhin Preise und Erdölförderquoten als Waffe nutzten, um ihre berechtigten politischen und ökonomischen Forderungen gegen den Imperialismus durchzusetzen, begann die Regierung der USA mit der Anwendung militärischer Gewalt zu drohen. Ende 1974 wurde der vom Pentagon erarbeitete Geheimplan «Dharan option four» zur Besetzung nahöstlicher Ölfelder in der USA-Presse veröffentlicht. Nach diesem Plan sollten in vier Wellen USA-Luftlandeeinheiten und -Marineinfanterieverbände die wichtigsten Punkte der Ölfelder Saudi-Arabiens, Kuweits und der Vereinigten Arabischen Emirate besetzen. Für die Intervention auf der Arabischen Halbinsel war der Einsatz von insgesamt 40000 Mann USA-Truppen vorgesehen.

Indessen stärkte diese Interventionsdrohung die Positionen der USA in Nahost keineswegs. Im Gegenteil, die USA wurden mit einer gegen ihre Interessen gerichteten Front der Nahoststaaten, zu denen auch Saudi-Arabien gehörte, konfrontiert.

Zur Durchsetzung ihrer globalen machtpolitischen Ziele war der ungehinderte Zugang der USA zu Erdöl und Erdgas sowohl wirtschaftlich als auch militärisch von enormer Bedeutung. Deshalb waren die führenden US-amerikanischen Kreise weder gewillt, den Verlust der Kontrolle über Produktion und Preise hinzunehmen, noch bereit, zu akzeptieren, daß die erdölproduzierenden arabischen Länder Förderpläne und Preise in erster Linie nach den Erfordernissen ihrer eigenen nationalen Entwicklung gestalteten und sich in diesen Fragen den Interessen des Imperialismus nicht mehr ohne weiteres unterordneten. Um dieser Tendenz entgegenzuwirken, leiteten die regierenden Kreise in den USA einen Komplex von Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet ein, mit dem Einsparungen des Energie-, Erdgas- und Kohleverbrauchs erreicht werden sollten. Im Ergebnis dieser neuen wirtschaftlichen Orientierung entstand auf dem kapitalistischen Markt ein Erdölüberschuß. Die Nachfrage ließ nach, die Preise sanken, wodurch die Positionen der erdölproduzierenden Länder geschwächt wurden. Das internationale Erdölkartell konnte seine Vormachtstellung im Öltransport und seine Kontrolle über die Absatzmärkte dazu ausnutzen, den erdölfördernden Ländern erneut Bedingungen zu diktieren, die den imperialistischen Interessen weit besser entsprachen. Unterstützung erhielt das Kartell dabei von jenen Nahostländern, in denen sich die USA langfristig eine Einflußnahme auf Richtung und Tempo der wirtschaftlichen und militärischen Entwicklung gesichert hatten. Das waren vor allem Saudi-Arabien und Iran.

Rüstungsinteressen der USA im Nahen Osten

Die Region des Nahen und Mittleren Ostens war in den siebziger Jahren durch ein schnell zunehmendes militärisches Eigengewicht gekennzeichnet. Hier entwickelte

sich eine qualitativ außerordentlich modernes militärisches Potential, und es entstand eine große Waffenkonzentration im Bereich der Entwicklungsländer. Das ergab sich vor allem aus den mit den USA abgeschlossenen «Hilfs»abkommen zum Ausbau der CENTO-Streitkräfte, aber auch aus den enorm zunehmenden kommerziellen Waffenlieferungen, insbesondere an die Erdölförderländer.

Die in der ersten Hälfte der siebziger Jahre sprunghaft gestiegenen Erdöleinnahmen stimulierten das Bestreben einiger Nahoststaaten nach Ausbau ihrer politischen und militärischen Positionen. Diese Entwicklung kam der generellen Konzeption der USA-Regierung entgegen, die militärischen Eigenleistungen der US-amerikanischen Verbündeten im Interesse der Realisierung ihrer antisozialistischen Globalstrategie zu fördern. Hinzu kam, daß sich die Aufrüstung der erdölproduzierenden Nahoststaaten als lukratives Waffengeschäft für die Rüstungsmonopole der USA gestalten ließ. Der Verkauf von militärischem Material ließ sich hier mit der Sicherung des Zuflusses von Erdöl und dem Rückfluß der «Petrodollars» in das kapitalistische Wirtschaftssystem koppeln. Die Region des Nahen und Mittleren Ostens wurde deshalb sehr schnell zum Hauptexportmarkt der US-amerikanischen Rüstungsmonopole.

Die langfristige und institutionalisierte Kooperation der USA mit einigen Staaten dieser Region erlangte eine neue Bedeutung. Für diese nahöstlichen Staaten war die Stärkung ihrer militärischen Positionen Bestandteil ihres Anspruchs auf mehr Mitspracherecht in der Region. Die USA-Führung ihrerseits war aber bestrebt, einen solchen Mechanismus der Zusammenarbeit zu entwickeln, der die militärische Eigenleistung des nahöstlichen Partners stimulierte und dabei auch die sozialökonomische Entwicklung in kapitalistischer Richtung so weit förderte, daß sich stabile Machtverhältnisse herausbildeten. Dabei sollte ein Potential geschaffen werden, das für die militärstrategischen Ziele der USA einsetzbar sein würde.

Unter dem Vorwand, die Sicherheit der USA müsse gewährleistet bleiben, wurden 95 Prozent der Rüstungsexporte vom Pentagon direkt abgewickelt. Seit 1961 bestand beim USA-Verteidigungsministerium eine sogenannte Verkaufsorganisation, die die Aktivitäten der US-amerikanischen Rüstungskonzerne im Ausland lenken und kontrollieren sollte. Mit dem Erstarken des Militär-Industrie-Komplexes und dem zunehmenden Waffenexport in die Länder Asiens und des Nahen Ostens war diese «Kontrollfunktion» in die einer Vermittlung von Waffengeschäften umgewandelt worden. Untersuchungen des USA-Kongresses ergaben, daß die im Rahmen der «Auslandshilfsprogramme» in die asiatischen und nahöstlichen Länder entsandten US-amerikanischen Militärberater vor allem die Geschäfte der Rüstungsmonopole mit der Regierung des jeweiligen Landes vermittelten. Zur Finanzierung dieser Geschäfte erhielt das USA-Verteidigungsministerium sogar Bankkredite zu besonders günstigen Bedingungen.

Die Rüstungsgeschäfte spielten in den bilateralen Beziehungen der USA mit den Ländern der Nahostregion im Laufe der siebziger Jahre eine immer größere Rolle. Es wurde eine bilaterale Kooperation auf Regierungsebene angestrebt. Aufgrund staatlicher Regulierungsmechanismen, die die meisten nahöstlichen Regierungen entwickelt hatten, erschien diese Form der Zusammenarbeit den USA am günstigsten. Die Zusammenarbeit auf Regierungsebene gewährleistete die ökonomische wie die

USA-Abkommen über Lieferungen militärischen Materials in den Jahren 1970 bis 1976 (in 1000 $)

	Haushaltsjahr						
	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976
Iran	113,081	397,563	522,128	2138,143	4280,652	2570,296	1301,287
Israel	44,416	413,518	409,871	196,102	2468,340	863,061	919,478
Jordanien	28,826	16,282	18,863	6,096	61,538	80,923	434,145
Ägypten	–	–	–	–	–	–	67,271
Bahrein	–	–	–	–	–	18,000	–
Kuweit	–	–	*	53,000	29,001	377,812	130,617
Libanon	1,177	187,000	194,000	5,210	9,747	295,000	315,000
Pakistan	4,423	22,490	5,000	18,652	11,203	37,368	38,620
Saudi-Arabien	44,854	14,980	459,347	1993,537	1906,499	1549,944	2502,454
Türkei	2,590	1,441	5,099	212,740	19,056	78,461	–
JAR	–	–	–	–	2,634	372,000	138,479

* weniger als 500 Dollar

Quelle: Defence Security Assistance Agency, Washington September 1976

militärische Absicherung der Aktivitäten der US-amerikanischen Monopole am besten. Auch die konservativen Feudalregime auf der Arabischen Halbinsel bevorzugten von der Regierung gelenkte Transaktionen, weil sie befürchteten, daß sich infolge unkontrollierten Einströmens von privatem Kapital Veränderungen in der sozialökonomischen Basis ihrer rückständigen feudalen Gesellschaft vollziehen könnten, die dann nicht mehr mit ihren Machtinteressen in Einklang stehen würden. Bereits 1974 erreichte die Regierung der USA mit fünf nahöstlichen Ländern, die alle Waffen aus den USA erhielten, die Bildung sogenannter gemeinsamer Wirtschaftskommissionen.[5]

An der Spitze der Waffenkäufer standen die erdölfördernden Staaten. Die Vereinigten Arabischen Emirate hatten im Jahre 1974 mit Käufen in Höhe von 4,4 Milliarden Dollar einen Anteil von 54,4 Prozent am gesamten Waffenexport der USA. 1975 betrug ihr Anteil mit 4,3 Milliarden Dollar immer noch 46 Prozent. Im Haushaltsjahr 1976 stand die Regierung Saudi-Arabiens mit über 2,5 Milliarden Dollar an erster Stelle der Käufer militärischen Materials aus den USA, gefolgt von Iran mit rund 1,3 Milliarden Dollar.[6]

---

[5] Gemeinsame Wirtschaftskommissionen wurden von der USA-Regierung mit Saudi-Arabien, Iran, Jordanien, Ägypten und Israel geschaffen.

[6] Zahlenangaben nach R. Faramasysen, Inter-Imperialist Rivaly in the Arms Build-Up. In: International Affairs, Moskau 1976, H. 7, S. 63/64.

Auch Israel war weiterhin ein Hauptabnehmer. Die von ihm im Ausland getätigten Waffenkäufe waren von 574 Millionen Dollar im Jahre 1972 auf 1,6 Milliarden Dollar 1975 angestiegen.[7] Obwohl der Waffenstrom in die arabischen Länder weiter zunahm, blieb die technologische und militärtechnische Überlegenheit Israels stets gesichert.

Die US-amerikanischen Militärlieferungen in den Nahen und Mittleren Osten verdoppelten sich zwischen 1972 und 1975 nahezu.

Infolge der Niederlage der USA in Indochina waren bei der US-amerikanischen Rüstungsindustrie die Aufträge des Pentagon für die USA-Streitkräfte zurückgegangen. Bereits mit der Nixondoktrin war aber die Forderung nach Erhöhung der militärischen Eigenleistungen der US-amerikanischen Verbündeten erhoben worden. Ihre Verwirklichung führte sehr bald dazu, der Rüstungsproduktion in den USA einen neuen Auftrieb zu geben. Die rasch zunehmenden Aufträge aus dem Nahen Osten glichen den zeitweiligen Rückgang der Nachfrage vollständig aus. Innerhalb der führenden USA-Kreise gab es Stimmen, die vor den Folgen einer weiteren Eskalation des Nahostkonflikts warnten, denn nunmehr errichteten die USA gefährliche Waffenarsenale nicht nur auf israelischer, sondern auch auf arabischer Seite. Ihnen hielt das Weiße Haus entgegen, daß mit den Waffen die Freundschaft der erdölproduzierenden Staaten erkauft werden müsse.

Einige der erdölreichen Nahostländer, insbesondere Iran und Saudi-Arabien, wurden als Finanziers und Lieferanten in das Rüstungsgeschäft der Region einbezogen. Saudi-Arabien finanzierte ein von Jordanien in den USA bestelltes Luftabwehrsystem, zu dem auch Raketen vom Typ «Hawk» gehörten, mit 540 Millionen Dollar. Gemeinsam mit Iran trat Saudi-Arabien als Vermittler der Lieferungen militärischen Materials an Pakistan auf. Die USA waren an der Verschleierung des Rüstungsgeschäfts mit Pakistan besonders interessiert, denn sie wollten ihre Beziehungen zu Indien nicht belasten.

Im Jahre 1975 legten die Senatoren H. H. Humphrey und E. Kennedy dem USA-Kongreß den Entwurf eines Gesetzes zur Kontrolle der Waffenexporte vor. Unter dem Druck der Rüstungsmonopole, die dadurch eine Schmälerung ihres Profits befürchteten, erhob Präsident Ford Einspruch gegen den Gesetzesentwurf. Dieses sogenannte Humphreygesetz mußte daraufhin so verändert werden, daß der Waffenhandel keine ernsthaften Einschränkungen erlitt. Mit dem neuen Gesetz wurde zwar erreicht, daß der USA-Kongreß fortan über die Waffenexporte in Kenntnis gesetzt werden mußte, Umfang und Richtung des Waffenstroms blieben aber davon unbeeinflußt. Auch die Klausel, die den Waffenexport aus den USA in jene Länder verbot, die die Menschenrechte mißachteten, beeinträchtigte die Rüstungsgeschäfte der USA in keiner Weise. So wurden Iran, ungeachtet der offiziell bekannten Willkürakte, die vom Unterdrückungsapparat des Schahregimes begangen wurden, «außerordentliche Umstände» zugebilligt: Der Waffenstrom floß ungehindert weiter in dieses Land, in dem man die Menschenrechte so grausam mißachtete. Eine der Hauptvoraussetzungen für die außergewöhnliche Dimensionen annehmende militärische Zusammen-

---

[7] Siehe A. Sampson, The Arms Bazaar, London 1977, S. 313.

arbeit der USA mit Iran in den siebziger Jahren bestand in der langjährigen Mitgliedschaft Irans in einem imperialistischen Militärblock, in der CENTO.

Besondere US-amerikanische Beziehungen zu Saudi-Arabien

Die militärische Zusammenarbeit der USA und Saudi-Arabiens hatte seit der Unterzeichnung von vier Militärverträgen in den Jahren 1962 bis 1965 bereits beachtliche Dimensionen erreicht. In den siebziger Jahren nun schuf die US-amerikanische Regierung mit der Bildung einer saudi-arabisch-amerikanischen Regierungskommission für militärisch-ökonomische Zusammenarbeit auf Außenministerebene eine Einrichtung, über die die militärische und ökonomische Entwicklung Saudi-Arabiens langfristig eng mit den Interessen der USA verknüpft wurde. Auf der Grundlage einer sogenannten neuen, ihrem Wesen nach jedoch von imperialistischen Profitinteressen bestimmten «Partnerschaft» sollten sich «beide Seiten rasch auf eine engere Kooperation und gegenseitige Abhängigkeit zubewegen», um eine Umverteilung der Erdölprofite bei weitgehender Berücksichtigung der Interessen der USA-Monopole zu erleichtern. Die USA behaupteten, auf diese Weise eine «neue Qualität» in den Beziehungen zu Saudi-Arabien schaffen zu wollen, die dadurch gekennzeichnet sei, daß «die jahrzehntelange Freundschaft nunmehr zur aktiven Partnerschaft heranreife»[8]. Obwohl auch Saudi-Arabien an der Preiserhöhung für Erdöl innerhalb der OPEC beteiligt war, hatte es nach Auffassung der regierenden Kreise der USA stets als «mäßigende Kraft» gewirkt. Davon ausgehend, erklärten diese die Ausweitung der militärischen Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien zum «integralen Bestandteil ihrer umfassenden Beziehungen», wobei besonders hervorgehoben wurde, welche Vorteile daraus für die US-amerikanischen Energie-, Finanz- und Handelsoperationen gezogen werden könnten.[9]

Die jährlichen Militärausgaben Saudi-Arabiens stiegen im Zeitraum von 1970 bis 1974 auf das Siebenfache, d. h. von 213 Millionen auf 1515 Millionen Dollar. Die regierenden Kreise in Saudi-Arabien forderten das damals modernste Luftabwehrsystem, ausgerüstet mit 16 Abschußrampen für Raketen vom Typ «Hawk», aus den USA an. Sie wollten außerdem 2500 Luft-Boden-Raketen und 1000 lasergelenkte Bomber kaufen. Der USA-Senat protestierte unter dem Druck der israelischen Lobby.

Das USA-Außenministerium argumentierte dagegen folgendermaßen:

Saudi-Arabien stelle für das gesamte kapitalistische Wirtschaftssystem aufgrund seiner Energiequellen und Finanzmöglichkeiten eine wichtige Kraft dar.

Auch wenn in einer Reihe von Fragen keine Übereinstimmung zwischen den USA

---

[8] Erklärung von R. Nixon während seines Besuchs in Saudi-Arabien am 15. Juni 1974. In: Archiv der Gegenwart, Bonn, 26. Juni 1974.

[9] Siehe Department Discusses US – Saudi Arabic Defense Relationship. In: The Department of State Bulletin, Washington, 22. März 1976, S. 378.

und Saudi-Arabien bestehe, so habe doch Saudi-Arabien sowohl politisch als auch finanziell einen wichtigen Beitrag geleistet, um einer weiteren Polarisierung der Kräfte im Nahen Osten entgegenzuwirken, und das wäre unbedingt im Interesse der Vereinigten Staaten von Amerika. Vor allem sei es der saudi-arabischen Regierung gelungen, einige Führungskräfte im Nahen Osten zu einer gemäßigteren Haltung gegenüber den USA zu veranlassen.

Auf internationalen Treffen, z. B. auf den Konferenzen der nichtpaktgebundenen Staaten, unterstütze Saudi-Arabien die USA in wesentlichen Fragen.[10]

Somit wurden die Waffengeschäfte mit Saudi-Arabien als eine «Erhöhung der Stabilität» im Nahen Osten dargestellt und als «Sicherung der US-amerikanischen Interessen» ausgegeben.

Ein Heer von Ingenieuren, Technikern und anderen Hilfskräften wurde vom USA-Verteidigungsministerium nach Saudi-Arabien entsandt. Das Ingenieurkorps der USA-Streitkräfte schickte sogenannte Feldgruppen für technische Hilfe. Die Hauptkräfte dieser Feldgruppen wurden an strategisch wichtigen Abschnitten der saudi-arabischen Grenzen für den Ausbau militärischer Einrichtungen eingesetzt, und zwar

in Jiddah am Roten Meer und al Jubail am Arabisch-Persischen Golf zur Modernisierung der Hafenanlagen,

in Kamis Muschait (fertiggestellt 1971) unweit der Grenze zur Jemenitischen Arabischen Republik,

in Tabuk (fertiggestellt 1973) unmittelbar an der saudi-arabisch-jordanischen Grenze und

bei Hafar al Batin, wo als «Vorposten» gegenüber Irak der Bau der neuen Militärstadt King Khalid mit 8,5 Milliarden Dollar Aufwand bis Mitte der achtziger Jahre geplant war.

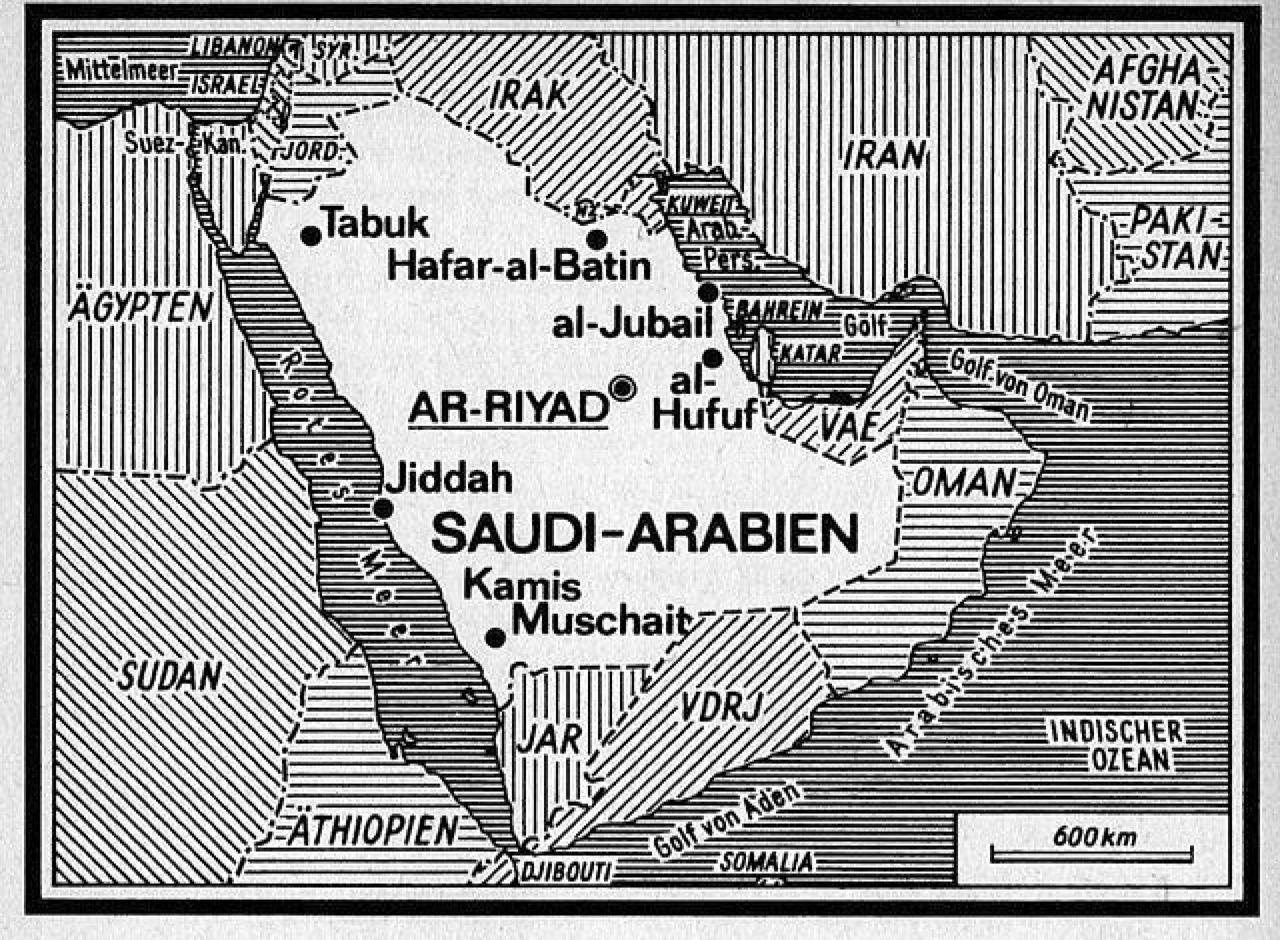
Außerdem sollte für den Polizei- und Unterdrückungsapparat Saudi-Arabiens mit dem Bau zweier neuer Militärstädte, al Gasim im nördlichen Teil Saudi-Arabiens und al Hasa nahe der Golfküste, begonnen werden.

Aufgrund ihrer strategisch günstigen Lage an den Küsten Saudi-Arabiens und an den Grenzen zu den arabischen Nachbarstaaten, aber auch wegen ihrer Ausrüstung mit modernen US-amerikanischen Geräten und Waffen konnten die saudi-arabischen Militärbasen als Stütz- und Sammelpunkte für den Fall der Konzentration größerer, auch von außerhalb kommender militärischer Einheiten in der Region genutzt werden. Insgesamt wollte das Ingenieurkorps der USA-Streitkräfte bis zum Jahre 1980 rund 15000 Mann nach Saudi-Arabien entsenden. Sie sollten das sich auf 142 Milliarden Dollar belaufende Projekt der Umwandlung des Wüstenkönigreichs in einen mit modernen Mitteln hochgerüsteten Staat realisieren.

Obwohl die US-amerikanischen Regierungskreise langjährig und gezielt ihre Beziehungen zu den Führungskräften Saudi-Arabiens aufbauten, mußten sie auch mit Faktoren rechnen, die ihren Interessen entgegenwirkten. Insbesondere im Zusam-

---

[10] Siehe Statement by A. L. Atherton, Assistant Secretary for Near Eastern and South Asian Affairs. In: The Department of State Bulletin, Washington, 18. Oktober 1976, S. 475/476.



Ausbau von See- und Landbasen der saudiarabischen Streitkräfte durch das Ingenieurkorps der USA-Armee

menhang mit der Palästinafrage und der aggressiven Politik Israels gegenüber den arabischen Staaten traten zeitweilig schroffe politische Gegensätze zwischen Washington und Riad auf.

Versuch zur Reaktivierung der CENTO

Zu Beginn der siebziger Jahre vertieften sich die Krisenerscheinungen in der CENTO. Hauptursache waren die Gegensätze zwischen der von nationalen Interessen diktierten Regionalpolitik der asiatischen Paktmitglieder und der globalen machtpolitischen Zielstellung ihrer imperialistischen Blockpartner. Aufgrund des Widerstands der islamischen Bevölkerung gegen die Politik Israels hatten sich die CENTO-Mitglieder Türkei, Iran und Pakistan schon 1967 veranlaßt gesehen, eine gemeinsame Erklärung gegen gewaltsame Eroberungen im Nahen Osten abzugeben und sich für den Abzug der israelischen Streitkräfte aus den okkupierten arabischen Gebieten ausgesprochen. Wenn auch diese Erklärung weitgehend formalen Charakter hatte, so reflektierte sie doch die tiefreichenden Meinungsverschiedenheiten zwischen den asiatischen und den imperialistischen Paktmitgliedern in bezug auf den israelisch-arabischen Konflikt.

Die Tatsache, daß die pakistanische Regierung 1971 in ihrem Krieg gegen die Unabhängigkeitsbewegung in Ostpakistan, in dessen Verlauf Bangladesh als selbständiger Staat entstand, nicht die erwartete Unterstützung von den USA erhielt, trug zur weiteren Verschärfung der mit den USA ohnehin schon bestehenden Differenzen innerhalb des Blocks bei.

Im vierten Nahostkrieg (1973) lehnten die arabischen Blockmitglieder – allerdings aus unterschiedlichen Gründen – die Beteiligung an Aktionen ab, die sich gegen die Interessen der arabischen Staaten richteten. Die Türkei, für die sich die Zusammenarbeit mit den erdölreichen arabischen Ländern äußerst vorteilhaft zu entwickeln begann, untersagte den USA die Benutzung ihrer Basen während der Zeit dieses Krieges. Die USA mußten für die Versorgung der israelischen Streitkräfte eine transatlantische Luftbrücke aufbauen. Die CENTO erwies sich wiederum als nicht handlungsfähig im Sinne der USA-Pläne.

Mit der Landung türkischer Streitkräfte auf Zypern im Juli 1974 und der Besetzung des Nordostteils der Inselrepublik wurde die Teilung des Landes eingeleitet. Die türkische Intervention auf Zypern bewirkte eine Verschärfung der Beziehungen zwischen den NATO-Staaten Türkei und Griechenland. Unter diesen für den NATO-Block ungünstigen Umständen versuchten die USA, einen Kompromiß zwischen den beiden NATO-Staaten in der Zypernfrage zu vermitteln. Zugleich setzten sie die Türkei mit einem Waffenembargo unter Druck, um sie von der Fortsetzung ihrer antigriechischen Intervention auf Zypern abzuhalten. Die türkische Regierung, die im eigenen Lande mit wachsenden oppositionellen Strömungen gegen das Vorgehen der USA, aber auch gegen die Mitgliedschaft der Türkei in der NATO konfrontiert war, sah sich gezwungen, die Revision der Militärabkommen mit den USA zu fordern und die Basen der USA-Streitkräfte unter türkische Kontrolle zu stellen.[11] Diese Maßnahmen verschärften die Beziehungen der Türkei zu den USA und trugen wesentlich zur Vergrößerung der Probleme in der CENTO bei. Der Zypernkonflikt hatte weder einen den Erwartungen der regierenden türkischen Kreise entsprechenden Verlauf genommen, noch konnte die türkische Regierung künftig mit tatkräftiger Unterstützung ihrer Ansprüche von seiten der USA rechnen.

Um die CENTO aus ihrer teilweise in Auflösungserscheinungen übergehenden Krise herauszuführen und sie militärisch zu aktivieren, versuchten die USA, unterstützt von Großbritannien, die CENTO enger an die NATO zu binden. Diesem Ziel dienten auch zahlreiche Beratungen militärischer Beauftragter beider Blöcke sowie die Entsendung von Beobachtern der CENTO zu Manövern der NATO. Der Festigung der Zusammenarbeit zwischen NATO und CENTO wirkten jedoch der weiterhin ungelöste Zypernkonflikt und die damit verbundenen Krisenerscheinungen an der NATO-Südflanke entgegen.[12]

---

[11] Am 26. März 1976 unterzeichneten die Türkei und die USA ein neues Stützpunktabkommen, in dem Washington die «nationale Souveränität» der Türkei über die militärischen Einrichtungen der USA akzeptierte, aber das Recht auf Stationierung von 6 000 Mann behielt.

[12] Im Ergebnis der am 20. Juli 1974 begonnenen militärischen Intervention der Türkei gelangten 40 Prozent des Territoriums von Zypern unter die Machtbefugnisse der 1967 gebildeten zyprisch-türkischen «Provi-

Die imperialistischen Mächte waren zu dieser Zeit aber auch bestrebt, das Aktionsfeld der CENTO auf den nördlichen Teil des Indischen Ozeans auszudehnen. Damit erhöhte sich die Rolle Irans in der CENTO schon allein aufgrund seiner geographischen Lage. Aber auch in Anbetracht der verstärkt auftretenden desintegrierenden Tendenzen in der CENTO, insbesondere seitens der Türkei und Pakistans, wollten die USA verstärkt die ökonomischen und militärischen Potenzen Irans zur Reaktivierung des CENTO-Blocks nutzen. Dies vor allem, weil sie sich in weitgehender politischer Übereinstimmung mit dem Schahregime wußten. Solche wichtigen Faktoren, wie die im Vergleich zu anderen Ländern der Region weit entwickelten kapitalistischen Produktionsverhältnisse in Iran, die günstigen Möglichkeiten für ausländische Investitionen, die hohe Abhängigkeit Irans von der US-amerikanischen Waffentechnik, der große Einfluß der USA-Militärberater auf die regulären iranischen Streitkräfte und auf den gegen die innere Opposition gerichteten Unterdrückungsapparat, wurden von den USA als entscheidende Voraussetzungen für eine Aufwertung der Rolle Irans im CENTO-Pakt betrachtet.

Mit der Anhäufung großer Mengen militärischen Materials hauptsächlich in Iran sollte im Nahen Osten – wie dies in Europa bereits geschehen war – die Möglichkeit geschaffen werden, schnell größere Kontingente von Interventionstruppen zu entfalten und auszurüsten. Außerdem sollte die enorme Aufrüstung Irans die Schwächung des CENTO-Blocks kompensieren, die durch den Rückzug britischer Truppen aus der Region des Indischen Ozeans und aus dem östlichen Mittelmeerraum eingetreten war.

Die Streitkräfte wurden zum stärksten Machtfaktor in Iran. Die USA hatten mit Hilfe ihrer seit dem zweiten Weltkrieg dort arbeitenden Militärmissionen eine weitreichende Kontrolle über die iranische Armee und Polizei errichtet. Die Beziehungen Irans zum militärisch-industriellen Komplex in den USA waren in dem Maße immer enger geworden, wie es die enormen Gewinne aus der Erdölförderung dem Schah ermöglichten, sich eine militärische Grundlage für Machtambitionen zu schaffen. Unter dem Schahregime stieg Irans Militärbudget in den siebziger Jahren annähernd auf das Sechsfache. (Die USA lieferten für ungefähr 20 Milliarden Dollar Rüstungsmaterial.) Und für die Jahre 1976 bis 1980 wurde ein weiteres Abkommen über 10 Milliarden Dollar Rüstungsmaterial abgeschlossen. Für den gleichen Zeitraum sicherte Iran den Export von Erdöl im Werte von 14 Milliarden Dollar in die USA zu.

Der Ausbau Irans zu einer modernen Militärmacht ging immer schneller voran. Als der Konzern General Dynamics neue Kampfflugzeuge vom Typ F-16 an die NATO-Mächte lieferte, gestattete das Pentagon sofort auch dem Schah, einen Ver-

---

sorischen Administration». Die griechische Regierung unterstützte dagegen die Forderung von Präsident Makarios, die Unabhängigkeit und territoriale Integrität des Inselstaates sowie die Lebensinteressen beider Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten und sämtliche ausländischen Truppen vom Territorium der Republik Zypern abzuziehen. Die UdSSR setzte sich für die Einberufung einer internationalen Konferenz zur Lösung des Zypernkonflikts ein (Wiener Zyperngespräche). Die Proklamierung des «Autonomen türkisch-zyprischen Staats» (1975) und der massive politische Druck der inneren und äußeren Reaktion verhinderten jedoch eine für beide Bevölkerungsteile auf Zypern befriedigende Lösung des Konflikts.

trag über 160 F-16-Maschinen im Werte von 3,4 Milliarden Dollar und über Raketen für 600 Millionen Dollar abzuschließen.

Iran, nunmehr auf den siebenten Platz unter den Militärmächten der Welt aufgerückt, hatte sich nach Meinung der US-amerikanischen Führung zu einem «regionalen Kraftzentrum» entwickelt, dessen Potenzen nunmehr effektiver genutzt werden konnten.

Einem von Großbritannien und den USA unterzeichneten Geheimabkommen zufolge sollte Iran die Aufgabe eines «Stabilisators» am Arabisch-Persischen Golf zugeteilt werden. Das stand in voller Übereinstimmung mit den Hegemonialansprüchen des Schahs. Auf Initiative Irans befaßte sich der CENTO-Rat mit der Ausdehnung des Aktionsbereichs des Militärblocks am Arabisch-Persischen Golf. Im Nordosten Irans, in der Nähe der Grenzen zur UdSSR und zu Irak, führte die CENTO 1977 das größte Manöver ihrer Landstreitkräfte durch, das die unverändert aggressive Zielstellung dieses Militärblocks bestätigte. Außerdem bestand der Schah darauf, daß Iran in der CENTO die Hauptverantwortung für die Bekämpfung der «subversiven Bedrohung innerhalb der Region» zu übernehmen habe.[13]

Gleichzeitig mit den wachsenden Machtansprüchen des Schahregimes entwickelten sich in Iran aber auch Faktoren, die zu einer Verschärfung der Widersprüche zwischen breiten Teilen der Bevölkerung und der herrschenden proimperialistischen Oligarchie führten. Die sprunghafte kapitalistische Entwicklung in Iran, verbunden mit verstärkter Ausbeutung der Massen, hatte für die Mehrheit der Bevölkerung keine sozialen Verbesserungen gebracht. Die von der reaktionären Innen- und Außenpolitik des Schahregimes hervorgerufenen politischen und sozialen Spannungen führten Ende 1978 zu offenen Unruhen und bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen, die Anfang 1979 den Sturz des Schahregimes bewirkten. Die USA waren auf den plötzlichen Umsturz in Iran nicht vorbereitet. Zum entscheidenden Zeitpunkt hatten sie weder innerhalb noch außerhalb Irans so viele eigene militärische Kräfte zur Verfügung, daß sie eine blitzartige Intervention erfolgreich hätten durchführen können. Die Regierung der USA war auch nicht in der Lage, die Entwicklung in Iran mit politischen Mitteln zu lenken. Versuche, bei Ausschaltung der Schahfamilie proamerikanisch orientierte Kräfte an der Spitze der iranischen Regierung zu halten, mißlangen. Mit dem Verlust Irans als Hauptverbündeten in der Region waren alle Pläne der USA, die CENTO zu stabilisieren und zu aktivieren, völlig gescheitert.

Die antimonarchistische und antiimperialistische Volksrevolution in Iran brachte eine Regierung an die Macht, die die laufenden Verträge über Rüstungskäufe in den USA stornierte, die fast alle US-amerikanischen Militärberater (ungefähr 45000 Mann) des Landes verwies und auf eine nichtpaktgebundene Außenpolitik orientierte.

Am 11. März 1979 erklärte die neue iranische Regierung den Austritt Irans aus dem CENTO-Pakt, da dieser nicht den Interessen des Landes dienen würde. Am 12. März gab auch die pakistanische Regierung eine Erklärung über das Ausscheiden

---

[13] Siehe R. K. Ramazani, Iran's Search for Regional Cooperation. In: The Middle East Journal, Washington, Heft 2/1976, S. 174.

Pakistans aus diesem Militärblock bekannt. Die vollständige Auflösung der CENTO erfolgte mit dem Beschluß der Türkei (16. März 1979), aus dem Pakt auszutreten.

Aus dem System der Militärblöcke zur Einkreisung der sozialistischen Staaten Europas und Asiens waren in den siebziger Jahren zwei wichtige Eckpfeiler herausgebrochen – die SEATO und die CENTO.

In der Periode des sich entwickelnden Entspannungsprozesses war die Politik der USA gegenüber den Ländern Asiens von dem Versuch gekennzeichnet, zur Fortsetzung ihrer militärischen und politischen Einmischung flexiblere Formen der Einflußnahme zu praktizieren. Die wachsende Bedeutung der sozialistischen Länder in den internationalen Beziehungen, ihr konsequenter Kampf um politische Lösungen von Konflikten sowie ihre nachdrückliche Forderung nach gleichberechtigter Teilnahme der Entwicklungsländer an den internationalen Beziehungen waren die wesentlichen Faktoren dafür, daß in den USA die anpassungsbereiten Kräfte mit ihren kooperativen Methoden die Auseinandersetzung mit den Anhängern der überlebten «Politik der Stärke» zunächst für sich entscheiden konnten. Diese Anpassung der regierenden Kreise der USA an die veränderten internationalen Bedingungen blieb indes sehr widersprüchlich. In dem Maße, wie der antiimperialistische Kampf weltweit eine qualitative Wandlung erreichte und eine Reihe Entwicklungsländer Asiens sich sozialistisch zu orientieren begann, traten – parallel zur Verstärkung konfrontativer Züge in der Politik gegenüber den sozialistischen Staaten – auch in der Asienpolitik der USA interventionistische Elemente wieder stärker in den Vordergrund.

Teil IV

Einbeziehung des Fernen und des Nahen Ostens in den US-amerikanischen Konfrontationskurs der achtziger Jahre
(1977 bis 1985)

Einleitung

Es war eine ungewöhnliche Pressekonferenz, die in der ersten Aprilwoche 1982 in Washington stattfand. Vier Politiker, die jahrelang zum engeren Führungskreis verschiedener US-amerikanischer Präsidenten gehört hatten, traten vor die Presse und forderten die Reaganadministration auf, darauf zu verzichten, als erste Kernwaffen in einem Krieg, sei es in Europa, im Fernen Osten oder in einer anderen Weltregion, einzusetzen. Ihre Kritik wandte sich gegen die gezielt von der USA-Regierung abgegebenen Verlautbarungen über die Erstauslösung von Kernwaffenschlägen, mit denen die Welt an den Rand eines mit nuklearen Mitteln geführten Krieges gedrängt werden sollte.

Die vier in den fünfziger und sechziger Jahren maßgeblich an der Ausarbeitung der antisowjetischen und antisozialistischen Politik beteiligten Repräsentanten der USA-Führung traten gegen bestimmte Teile der offiziellen Regierungspolitik auf. Vor den Pressevertretern saßen Robert McNamara, USA-Verteidigungsminister von

1961 bis 1968, George McBundy, Sicherheitsberater der Kennedy- und der Johnsonregierung, George Smith, Hauptverantwortlicher der US-amerikanischen Regierungen während der SALT-I-Verhandlungen, sowie George Kennan, früherer Botschafter der USA in Moskau.

Kennans Auffassungen hatten Ende der vierziger Jahre einen entscheidenden Einfluß auf die Herausbildung der Politik des kalten Krieges gehabt. McNamara, der Sprecher der Gruppe, erklärte, daß die Doktrin des nuklearen Erstschlages in Anbetracht des annähernden militärischen Gleichgewichts zwischen den USA und der UdSSR überholt sei. Unter den heutigen Bedingungen könnte kein Kernwaffeneinsatz auf eine Region der Welt begrenzt bleiben. Er würde sich sofort zu einem globalen Kernwaffenkrieg ausweiten, der «Verderben für alle und Sieg für niemanden bringen würde»[1]. Ohne auf die Anwendung militärischer Gewalt als Mittel der Außenpolitik zu verzichten, trat die Vierergruppe dennoch für ein bilaterales Einfrieren der Kernwaffen ein.

Ihr Auftreten verdeutlichte die unterschwellig in der Großbourgeoisie der USA andauernde Auseinandersetzung zwischen den Kreisen, die in einer partiellen Anpassung an das zugunsten des Sozialismus veränderte Kräfteverhältnis in der Welt den größeren Vorteil für die Vereinigten Staaten von Amerika sahen, und den Anhängern der «Politik der Stärke». Der Appell der Vierergruppe fand bei den Führungskräften wenig Gehör. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich bereits der Einfluß jener Kreise auf die Entscheidungen der USA-Regierung voll geltend gemacht, die alles daransetzten, um den relativen Machtrückgang der Vereinigten Staaten von Amerika mit militärischen Mitteln aufzuhalten und ihre Vormachtstellung zurückzuerobern.

Bereits in der zweiten Hälfte der Amtszeit Präsident Carters begannen die in Verbindung mit dem Entspannungsprozeß gehegten Hoffnungen der USA-Führungsspitze auf eine «Aufweichung» der sozialistischen Staatengemeinschaft, auf eine Aufteilung der Welt in Einflußsphären zwischen den USA und der UdSSR und auf Erhaltung des Status quo in den national befreiten Ländern zu schwinden. Nachdem sich erwiesen hatte, daß trotz vornehmlich kooperativer Methoden und trotz Carters Nahrungsmittel«hilfe»- und Menschenrechtskonzeption die Hinwendung einer Reihe von Entwicklungsländern zum Sozialismus nicht verhindert werden konnte, wurde das Verhalten der USA-Regierung zu den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas wieder stärker von interventionistischen Elementen bestimmt. Gleichzeitig nahm die USA-Politik gegenüber der UdSSR und den anderen sozialistischen Staaten wesentlich aggressivere Züge an. Die USA verzichteten nach und nach auf die partielle Teilnahme an dem von den sozialistischen Staaten initiierten Prozeß der politischen Entspannung. Damals schon begann die USA-Regierung von den Verträgen und Vereinbarungen, den Akten der gegenseitigen Verständigung, die zwischen den USA und der UdSSR auf verschiedenen Gebieten, insbesondere mit dem Zeitweiligen Abkommen über die Begrenzung strategischer Offensivwaffen (SALT I) 1972, erzielt worden waren, abzurücken.

Der außenpolitische Kurs der Reaganadministration verstärkte die aggressiven

---

[1] Time, New York, 19. April 1982, S. 30.

Züge der USA-Globalstrategie noch weiter. Auf der Grundlage eines extremen Antikommunismus wollte die Reaganregierung alle inneren und äußeren Potenzen auf politischem, ökonomischem, militärischem und ideologischem Gebiet mobilisieren, um in den achtziger Jahren «eine Trendwende zugunsten des Imperialismus in der Entwicklung des internationalen Kräfteverhältnisses herbeizuführen und den USA wieder eine Position globaler Dominanz zu sichern»[2].

In seiner Antrittsrede als Präsident der USA im Januar 1981 war Reagan von folgenden Voraussetzungen für die Realisierung seines abenteuerlichen Kurses ausgegangen:

- Herstellung einer breiten Übereinstimmung in der herrschenden Klasse der USA in bezug auf Ziele, Mittel und Methoden ihrer Außenpolitik;
- Gewinnung der öffentlichen Meinung in den USA durch zugespitzten Antikommunismus und Chauvinismus;
- Stabilisierung der US-amerikanischen Wirtschaft als Basis für eine expansive Außenpolitik;
- beschleunigte Erweiterung des militärischen Potentials als des wichtigsten Machtinstruments der expansiven Außenpolitik.[3]

Die Anpassung an die Prinzipien der friedlichen Koexistenz und der Entspannung war in den siebziger Jahren von realistischen Ansätzen her erfolgt. Da aber innerhalb der herrschenden Kreise der USA zu diesen Grundfragen der internationalen Beziehungen keine Übereinstimmung erzielt worden war, entwickelte sich daraus auch keine kontinuierliche politische Linie. Der Einfluß der militaristischen, extrem antikommunistischen und chauvinistischen Kreise der Monopolbourgeoisie der USA war nur zeitweilig zurückgedrängt worden. Mit dem Übergang zu den achtziger Jahren konnte er sich wieder voll durchsetzen.

Im Mittelpunkt der militärischen und politischen Strategie der achtziger Jahre stand die Forderung nach Erringung militärstrategischer Überlegenheit und nach Schaffung einer effektiven nuklearen Erstschlagskapazität. Die Reaganadministration zielt damit offenkundig auf die Überwindung des bestehenden annähernden militärstrategischen Gleichgewichts zwischen der UdSSR und den USA sowie zwischen dem Warschauer Vertrag und der NATO ab. Die zentrale Rolle spielt dabei die geplante qualitative Veränderung des nuklearen Potentials der USA. Mit überlegenen nuklearstrategischen Waffen soll eine solche Erstschlagskapazität geschaffen werden, die die Sowjetunion mit einem Überraschungsangriff von hohem Vernichtungsgrad zu bedrohen vermag. Die mögliche Wirkung des Gegenschlages soll so weit herabgemindert werden, daß die USA mit einem Zweitschlag noch imstande wären, den Krieg zu ihren Gunsten zu entscheiden. In skrupelloser Weise – hohe eigene Verluste einkalkulierend – trachtet die Reaganregierung danach, die Fähigkeit zur Führung von Nuklearkriegen und zur totalen Vernichtung des Gegners zu erlangen, um ihre außenpolitischen Ziele durchzusetzen.

---

[2] Reagan-Politik: Herausforderung der Menschheit, Berlin 1984, S. 60.

[3] Siehe R. Reagan, Ein Neubeginn für Amerika, Ansprache des neuen Präsidenten zu seinem Amtsantritt. In: Amerika-Dienst, Bonn, 21. Januar 1981.

System der konterrevolutionären Subversion

Hauptträger: *Geheimdienstsystem der USA*
Institutionen der psychologischen Kriegführung

Politische, militärische, Wirtschaftsspionage

Militärische Subversion	*Ökonomische Subversion*	*Ideologische Diversion und psychologische Kriegführung*
Geheimoperationen im Frieden und während militärischer Aggressionen	*Wirtschaftsblockade*	*Beeinflussung der Nachrichten produzierenden und verbreitenden Institutionen*
Vorbereitung, Steuerung und Absicherung konterrevolutionärer Putsche	*Handelsembargo*	*Ideologische Zersetzung mittels grenzüberschreitender Massenmedien*
Aufbau von Untergrundorganisationen	*Erzeugung und Mißbrauch von Abhängigkeitsverhältnissen*	*Aufbau von Untergrundorganisationen für ideologische Diversion*
Militärische Spionage	*Kreditsperren*	*Ideologische Vorbereitung von Putschvarianten*
Militärische Provokationen	*Sonderzölle*	*Grenzprovokationen*
Kommandounternehmen	*Wirtschaftssabotage*	*Menschenhandel*
Militärische Hilfe für „Stellvertreter"-Aggressionen		
Terrorismus		

«Horizontale» Eskalationsstrategie

Ende 1978 begannen die führenden Kreise der USA in der Presse vom «Krisenbogen der Instabilität» zu sprechen. Gemeint war damit das große Gebiet, das sich entlang den Küsten des Indischen Ozeans erstreckt – von Bangladesh über Iran, den Arabisch-Persischen Golf bis zum Horn von Afrika und von dort bis zum südlichen Afrika. Hier vollzogen sich revolutionäre Veränderungen, die nicht in Übereinstimmung mit den Interessen der USA standen. Nach Auffassung führender Kreise der USA waren in einem Gebiet, das sie aus strategischen Gründen zu einer ihrer «Sicherheitszonen» erklärt hatten, politisch-militärische Konflikte entstanden, die sie nicht unter Kontrolle hatten.

Um Konflikte, die in verschiedenen, für die USA «strategisch» wichtigen Regionen auftraten, wieder in ihren Griff zu bekommen, forderte die USA-Regierung den Ausbau einer Militärmacht, die in der Lage sei, gleichzeitig in mehreren geographisch unterschiedlichen Gebieten, d. h. global, zu intervenieren («horizontale» Eskalation). Als Schwerpunktgebiete dieser Strategie wurden Europa («erste strategische Zone»), der asiatisch-pazifische Raum («zweite strategische Zone») und die Region des Arabisch-Persischen Golfs sowie Südwestasien («dritte strategische Zone») betrachtet. In diesen drei «strategischen Zonen» strebten die USA an, in den achtziger Jahren ständig über die Fähigkeit zur Initiative in militärischen Konflikten zu verfügen und außerdem in der Lage zu sein, dem Gegner die Kampfbedingungen zu diktieren. Verteidigungsminister Weinberger forderte die USA-Streitkräfte auf, sich «auf Kriege jeder Art und Größenordnung in jeder Region vorzubereiten»[4].

Mit der Strategie der «horizontalen» Eskalation gingen die USA von dem in den siebziger Jahren gültigen Konzept der «eineinhalb Kriege» wieder ab. Nunmehr sollte das militärische Potential der USA so stark ausgebaut werden, daß die Führung von mehreren, länger anhaltenden Kriegen in unterschiedlichen Regionen zur selben Zeit möglich sein würde. Zugleich wurde damit versucht, die UdSSR in verschiedenen Gebieten der Welt in militärische Konflikte hineinzuziehen.

Im Rahmen der «horizontalen» Eskalationsstrategie wurde das USA-Interventionspotential nicht nur quantitativ, sondern vor allem auch qualitativ ausgebaut. Das bedeutete sowohl den beschleunigten Ausbau der schnellen Verlegekapazitäten der Eingreifverbände als auch die Anlage von Munitionsdepots und neuen Militäreinrichtungen in Konfliktregionen bzw. in ihrer Nähe. Außerdem wurde ein Kommando der «Schnellen Eingreifverbände» gebildet (1. Oktober 1981), das direkt den Vereinigten Stabschefs der Teilstreitkräfte unterstellt wurde.

Die USA verstärkten zudem ihr Streben nach Erlangung maritimer Überlegenheit. Für die achtziger Jahre wurde der Aufbau einer 600 Kampfschiffe umfassenden Flotte geplant. Außerdem nahm die Bedeutung von USA-Militärstützpunkten noch mehr zu. Die USA verfügten in der ersten Hälfte der achtziger Jahre bereits über

---

[4] The New York Times, 6. Mai 1981.

1 500 Militärstützpunkte in 32 Staaten. Mehr als eine halbe Million Militärangehörige waren im Ausland stationiert. Die «horizontale» Eskalationsstrategie zielt auf eine Mehrfrontenbedrohung der sozialistischen Staaten ab. Diese Bedrohung richtet sich vor allem gegen ihre ökonomischen Verbindungslinien, ihre maritimen Positionen und gegen ihre politischen, wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen zu befreundeten Ländern im Nahen und im Fernen Osten. In den achtziger Jahren dehnten die führenden US-amerikanischen Kreise ihre angemaßten Sicherheitsinteressen über den militärischen Bereich hinaus auf die «Sicherung» des Zugangs zu den Weltmärkten, zu Rohstoffquellen und Kapitalanlagesphären aus. Damit betrachteten sie auch die Länder des Nahen und Mittleren Ostens sowie die asiatisch-pazifische Region als ein Hauptfeld der Systemauseinandersetzung. Die strategischen Konzeptionen der USA gingen davon aus, daß gerade in diesen beiden Regionen Asiens mit zunehmenden US-amerikanisch-sowjetischen Interessenkollisionen gerechnet werden müsse[5]. Im Zusammenwirken mit der NATO orientierten die USA erstens auf Europa als die Hauptfront, zweitens gleichzeitig darauf, gemeinsam mit Japan, Südkorea und anderen möglichen Verbündeten die Konfrontation zur UdSSR im Fernen Osten zu verstärken und drittens vom Mittleren Osten aus – wiederum mit Unterstützung der NATO-Streitkräfte – die Bedrohung der mittelasiatischen Sowjetrepubliken zu erhöhen, um auf diese Weise eine Zersplitterung der Verteidigungskräfte der sozialistischen Staaten zu erreichen.

Durch die ständige allseitige Stärkung der sozialistischen Gemeinschaft und dank ihrer Entschlossenheit, den Sozialismus zu verteidigen, wurden die militärischen Möglichkeiten des USA-Imperialismus aber eingeschränkt. Das bestehende annähernde militärstrategische Gleichgewicht zwischen der UdSSR und den USA konnte aufrechterhalten werden. Dennoch vergrößert das permanente Streben der Reaganadministration nach Gewaltanwendung und Schaffung eines immer gefährlicheren militärischen Instrumentariums das Risiko eines weltweiten Kernwaffenkriegs in bisher nicht gekanntem Maße.

Erweiterung der militärischen Kooperation im asiatisch-pazifischen Raum

Im asiatisch-pazifischen Raum hatten sich im Verlaufe der siebziger Jahre weitreichende Veränderungen des regionalen Kräfteverhältnisses zugunsten der Kräfte des Sozialismus und des antiimperialistischen nationalen Befreiungskampfes voll-

---

[5] Siehe A New Direction in US Foreign Policy. In: The Department of State Bulletin, Washington, Juni 1981, S. 5, 7 und 15.

USA-Streitkräfte im Westpazifikraum

	Landstreitkräfte	Seestreitkräfte	Marine-infanterie	Luftstreitkräfte	Kräfte insgesamt
Südkorea	29 900	300	200	8 100	38 500
Japan	2 500	7 000	22 600	14 300	46 400
Philippinen	-	5 400	800	8 100	14 300
Guam (USA)	← 5 100 →			3 700	8 800
Hawaii-Inseln (USA)	17 800	11 200	10 200	6 100	45 300
7. USA-Flotte (ohne U-Boote)	-	(55 Schiffe)	28 100	(165 Flugzeuge)	28 100
					181 400

Quelle: Neue Zeit, Moskau, Heft 15, 1982, S. 25

zogen. 1975 war der engste Verbündete der USA in Indochina, das Saigoner Regime, endgültig zusammengebrochen. Nach der Befreiung Südvietnams war die Vereinigung beider Landesteile erfolgt, und der Süden beschritt ebenfalls den Weg des sozialistischen Aufbaus. Unter Führung der Laotischen Revolutionären Volkspartei wurden in Laos nach Einstellung der USA-Intervention sozialistische Umgestaltungen eingeleitet. 1979 konnte die revolutionäre Volksmacht in Kampuchea errichtet werden. Damit hatten sich drei Staaten Südostasiens aus dem imperialistischen Herrschaftssystem herausgelöst und begannen, erfolgreich den Weg zum Sozialismus zu beschreiten. Die Vereinigten Staaten von Amerika indes hatten wichtige Verbündete und ein System militärischer Stützpunkte auf dem südostasiatischen Festland verloren.

Diese Veränderungen riefen den heftigen Widerstand des USA-Imperialismus hervor, denn alle politischen und sozialen Umwälzungen auf dem asiatischen Kontinent haben nachhaltigen Einfluß auf die gesamte internationale Entwicklung. Außerdem bestehen nach Auffassung der USA-Führung gerade in Asien günstige politische, ökonomische und militärische Voraussetzungen, um gezielte Angriffe gegen den Weltsozialismus zu führen.

Am 25. April 1984 hielt Reagan, der sich auf dem Weg in die Volksrepublik China befand, auf Guam eine Ansprache, in der er grundsätzliche Ausführungen dazu machte, wie die Erhaltung und die Ausweitung der USA-Positionen in dieser Region gesichert werden sollten.[1] In erster Linie ging es ihm darum, die Sowjet-

[1] Siehe R. Reagan, Ansprache in Guam vom 25. April 1984. In: Bulletin from Washington, 26. April 1984.

union bei der Lösung asiatischer Probleme auszuschalten. Erbitterter Widerstand wurde deshalb auch den sowjetischen Vorschlägen zur Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Asien geleistet. Zweitens ging es in Reagans Rede darum, die sozialistische Entwicklung in Indochina einzudämmen und möglichst umzukehren sowie die antiimperialistische Entwicklung in anderen asiatischen Ländern zu verhindern. Weiterhin forderte der Präsident, die Beziehungen zu den Verbündeten und befreundeten Staaten auszubauen, insbesondere zu Japan und Südkorea, aber auch zu Australien, Neuseeland und den ASEAN-Staaten. Im Vordergrund standen dabei die Wiederbelebung der regionalen Militärblöcke und die Schaffung einer «Pazifikgemeinschaft» auf der Grundlage der bereits bestehenden bilateralen Militärverträge der USA mit diesen Staaten.

Mit dem Projekt der «Pazifikgemeinschaft» knüpften die USA an Pläne Japans an, das eine solche Gruppierung unter seiner Führung, aber zur wirtschaftlichen Formierung der asiatisch-pazifischen Region zustande bringen wollte. Im Unterschied zu den japanischen Plänen orientierten die USA jetzt auf die militärisch-politische Integration jener Staaten, deren Regierungen für diese «Pazifikgemeinschaft» gewonnen werden sollten. Außerdem setzten die USA ihre Erwartungen darauf, daß sich in der «Pazifischen Gemeinschaft» für Washington günstigere Möglichkeiten bieten würden, mit militärpolitischen und technologischen Hebeln auf das Verhalten Tokios einzuwirken und damit die offensive Wirtschaftspolitik Japans zu bremsen. So betrachtete man den geplanten Zusammenschluß als eine Art Regulator, mit dessen Hilfe die Entwicklungsprozesse in der Region im US-amerikanischen Interesse gelenkt werden sollten.

Nach der Niederlage im Vietnamkrieg hatte die militärische Zusammenarbeit mit den ASEAN-Staaten für die USA größere Bedeutung erlangt. An erster Stelle standen die traditionellen Verbündeten der USA, Thailand und die Philippinen. Auf den Philippinen wurde Subic Bay ausgebaut, die größte Nachschubbasis für die auch mit Cruise Missiles ausgerüstete 7. Flotte der USA. Dort befindet sich auch Clark Airfield, der größte Stützpunkt für die USA-Luftstreitkräfte außerhalb der Vereinigten Staaten von Amerika. Thailand wurde eine der wichtigsten Operationsbasen im Kampf gegen den allmählich erstarkenden Sozialismus auf dem südostasiatischen Subkontinent. Die thailändische Regierung erhielt umfangreiche Militär«hilfe». Sie stellte an Kampuchea grenzende Landesteile für Diversionsakte zur Verfügung und gestattete USA-Streitkräften wieder die Nutzung der Militärbasen in Thailand.

Die US-amerikanischen Beziehungen zu den anderen ASEAN-Staaten wurden auf der Grundlage zum Teil langjährig bestehender Verträge und Vereinbarungen militärischen Charakters ebenfalls verstärkt. Die Teilnahme Außenminister Haigs an den jährlich stattfindenden Treffen der Außenminister der ASEAN-Staaten – obwohl die USA kein Mitgliedstaat sind – und die Durchführung gemeinsamer Manöver von USA-Luft- und -Seestreitkräften mit denen der ASEAN-Staaten waren Teile eines umfassenden Plans.[2] Es ging den USA darum, ihre Kontrolle über die Außen- und

---

[2] Siehe J. H. Holdridge, Japan and the United States – A Durable Relationship. In: The Department of State Bulletin, Washington, 14. Dezember 1981, S. 40.

Innenpolitik sowie die Wirtschaft der ASEAN-Länder zu verstärken und sie allmählich in das unter USA-Führung stehende System militärischer Pakte hineinzudrängen.

In ihren militärstrategischen Überlegungen werteten die USA die ASEAN-Staaten vor allem als ein geographisches Zentrum, das für sie bei dem Versuch, ihre militärischen Aktivitäten und Strukturen im Nordwestpazifik (Japan, Südkorea), im Südpazifik (Australien, Neuseeland, Ozeanien) und im Indischen Ozean miteinander zu verflechten, eine wichtige Rolle spielen sollte. Für die erste Hälfte der achtziger Jahre war jedoch noch nicht geplant, der ASEAN eine «direkte militärische Dimension geben zu wollen»[3]. Die Vertiefung der militärischen Zusammenarbeit der USA mit den ASEAN-Staaten zielte offensichtlich darauf ab, das militärische Eigenpotential dieser Länder für eine Bedrohung des Sozialismus in Südostasien einzusetzen.

Die führenden Kreise der USA konnten aber nicht unberücksichtigt lassen, daß labile Kräftekonstellationen im Innern einiger ASEAN-Länder (Philippinen, Thailand) diese in gewissem Maße zu Unsicherheitsfaktoren für ihre strategischen Pläne machten. Die USA sahen sich deshalb vorerst veranlaßt, ihre Bemühungen auf die Festigung proamerikanischer Gruppierungen in diesen Ländern zu richten.

Die von Zurückhaltung geprägte Reaktion einiger ASEAN-Staaten (Indonesien, Malaysia) gegenüber den Projekten der USA zeigte auch, daß sich die dortigen Führungskräfte über ihre gefährdeten Positionen klar waren, die sie als ökonomisch schwächste Länder in einer engeren militärischen Zusammenarbeit mit den USA einnehmen würden. Gleichzeitig verstärkte sich in den ASEAN-Staaten die Ansicht, die gegen die sozialistischen Staaten gerichtete USA-Konfrontationspolitik könne die gesamte Region in einen verheerenden Krieg stürzen und ihre Existenz gefährden.

Die Reaganadministration hält die Militärblock- und Stützpunktpolitik nach wie vor für ein geeignetes Mittel, weltpolitisch in die Offensive zu gelangen. Als eine wesentliche Voraussetzung dafür wurde die Reaktivierung der noch bestehenden multilateralen militärischen Bindungen betrachtet. Obwohl die SEATO formell am 30. Juni 1977 aufgelöst worden war, blieb ihre politische Grundlage, der Vertrag von Manila (1954), weiterhin in Kraft. Dieser Vertrag verbindet Thailand und die Philippinen noch immer mit den USA, so daß die USA über dieses Bündnis Einfluß auf die ASEAN ausüben können. Außerdem sind die USA, Australien und Neuseeland die Mitgliedstaaten des ANZUS-Paktes. Aufgrund der gleichzeitigen Mitgliedschaft Australiens und Neuseelands im 1971 geschaffenen ANZUK-Pakt (ihm gehören außerdem Großbritannien, Malaysia und Singapur an) sind die USA indirekt mit diesem Pakt verbunden. Für den Nordwestpazifik gibt es in den USA Pläne, die bestehenden bilateralen «Sicherheitsverträge» mit Südkorea und mit Japan auszubauen und zu einem Militärpakt umzuformen, einem sogenannten Dreierpakt. Insgesamt betrachten die USA die noch vorhandenen, vertraglich fixierten militärischen Beziehungen in der Region als eine «günstige Ausgangsposition», um in den achtziger Jahren das militärische Aggressionspotential im Pazifik aufzustocken.

---

[3] Siehe USA-Politik gegenüber Entwicklungsländern in Süd- und Südostasien seit Beginn der 80er Jahre. In: Aktuelle Beiträge der Staats- und Rechtswissenschaft, Potsdam-Babelsberg 1984, Heft 300, S. 44.

Neue Aktionsbereiche für Südkorea

Im Herbst 1983 besuchte Reagan den Süden der Halbinsel Korea und erklärte diesen Teil Koreas zu einer «lebenswichtigen Zone», die für die Interessen der USA in der ostasiatischen Region «grundlegende Bedeutung» habe. Diese besteht in erster Linie darin, daß in Südkorea noch immer über 40000 gut ausgerüstete Soldaten der USA stationiert sind, denen hier außer den Seehäfen und Flugplätzen ungefähr 40 eigene Militärbasen zur Verfügung stehen. Südkorea ist das einzige Gebiet auf dem asiatischen Festland, auf dem die USA ihre militärische Präsenz bis in die achtziger Jahre erhalten und ausbauen konnten. Es ist der Brückenkopf der USA auf dem asiatischen Kontinent. Die qualitative Kampffähigkeit der dortigen USA-Streitkräfte wird ständig angehoben, insbesondere was ihre Ausrüstung mit Kernwaffen betrifft. (Die Gesamtzahl der nuklearen Gefechtsladungen lag 1984 bereits bei rund eintausend.) Zudem plant das Pentagon, in Südkorea Neutronenwaffen und Cruise Missiles zu stationieren bzw. die vor der Küste der Halbinsel kreuzenden Einheiten der 7. USA-Flotte damit auszurüsten.

Außerdem geht es den USA aber auch darum, die Eigenleistungen ihres Verbündeten zu erhöhen. Bereits Ende der siebziger Jahre hatte die Carterregierung beschlossen, die Belieferung Südkoreas mit Rüstungsmaterial vorrangig zu behandeln und den weiteren Ausbau der südkoreanischen Rüstungsindustrie massiv zu unterstützen. (Zwischen 1980 und 1984 betrug die Militärhilfe über 800 Millionen Dollar.)

Gewisse Vorbehalte gegenüber den grausamen Unterdrückungsmaßnahmen, die das Söuler Regime gegen jegliche Opposition betreibt, sowie die von Carter eine Zeitlang im Zusammenhang mit seinen «Menschenrechts»erwägungen verfügten Drosselungen der «Hilfe» sind inzwischen längst abgebaut worden.

Grundlagen der militärischen Zusammenarbeit der USA und Südkoreas waren das Gegenseitige Verteidigungs- und Hilfsabkommen vom Januar 1950 und der Gegenseitige Verteidigungsvertrag vom November 1954. Bis Mitte der siebziger Jahre waren neun weitere Abkommen militärischen Charakters zwischen beiden Regierungen geschlossen worden. Südkorea, zu dessen Streitkräften nach dem Ende des zweiten Weltkriegs nur 1430 Offiziere und 49087 Soldaten gehört hatten, hält seit Mitte der siebziger Jahre eine Armee von 625000 Mann unter Waffen (außerdem stehen 3 Millionen Reservisten zur Verfügung). Diese Streitkräfte sind mit moderner schwerer Bewaffnung, einschließlich Raketenwaffen und Panzern sowie Panzer- und Luftabwehrmitteln, ausgerüstet. Die Seestreitkräfte verfügen über verschiedenste Schiffsklassen, auch über Zerstörer. Zur Bewaffnung gehören ebenfalls Raketen. Die Luftwaffe Südkoreas verfügt über modernste US-amerikanische Kampfflugzeuge, darunter Jagdbomber, die Kernwaffen tragen können.

Als wichtigste Voraussetzung zur Sicherstellung der Kampffähigkeit der südkoreanischen Truppen war relativ schnell eine eigene Rüstungsproduktion aufgebaut worden. Das Programm zur Vervollkommnung der Streitkräfte wurde mit finanzieller Unterstützung der USA verwirklicht; allein 1976/1977 kamen dafür 1300 Millionen Dollar aus den USA. Das Militärbudget betrug etwa 35 Prozent des Gesamthaushalts Südkoreas. 1978 rückte Südkorea unter die sieben ersten kapitalistischen Staaten auf,

die fähig waren, hochmoderne Waffen, wie Luft–Luft- und Boden–Boden-Raketen, sowie Radarsysteme zu produzieren.[4] Die Rüstungsindustrie Südkoreas ist seit Ende der siebziger Jahre in der Lage, mittlere und schwere Waffen nach USA-Lizenzen in Serie herzustellen; sie ging dazu über, diese in andere Länder der Region (beispielsweise in ASEAN-Staaten) zu exportieren. Damit sind neue Möglichkeiten für die Praktizierung einer regionalen «Partnerschaft» Südkoreas in der imperialistischen Strategie erschlossen worden. Die neue Stufe der militärisch-ökonomischen Entwicklung Südkoreas bedeutet, daß das Regime zur selbständigen Führung eines lokal begrenzten militärischen Konflikts im Schutze des dort stationierten US-amerikanischen Militärpotentials fähig ist.

Seit 1976 führen die USA und Südkorea gemeinsame Manöver unter der Bezeichnung «Team Spirit» durch. An diesen militärischen Übungen sind alle drei Teilstreitkräfte (Land-, Luft- und Seestreitkräfte) des südkoreanischen Regimes beteiligt sowie die im Süden der Halbinsel stationierten Einheiten der Marine, der Luft- und Landstreitkräfte der USA. Im Laufe der Jahre haben diese Demonstrationen militärischer Macht an Umfang zugenommen. So wurden zu dem Manöver «Team Spirit 1982» zusätzlich US-amerikanische Truppenkontingente von der japanischen Insel Okinawa sowie von anderen Inselstützpunkten im Pazifik herangeführt; insgesamt waren daran 157000 Mann beteiligt. Im Rahmen dieser Manöver wurde der Einsatz modernster Waffensysteme (beispielsweise der F-16-Kampfflugzeuge) einschließlich neuentwickelter Massenvernichtungswaffen erprobt.

Auch Japans «Selbstverteidigungskräfte» werden seit Ende der siebziger Jahre zu den Manövern hinzugezogen. Die japanische Militärführung behauptete im «Verteidigungsweißbuch» von 1978 sogar, Japan habe eine «Schutzfunktion», die es veranlasse, die Vorgänge auf der Halbinsel Korea nicht nur aufmerksam zu beobachten, sondern auch eine gewisse «Garantie der Sicherheit» für das südkoreanische Regime zu übernehmen. Allerdings betonten die regierenden Kreise Japans während der Manöver, daß im Falle eines tatsächlichen Konflikts auf der Halbinsel der Einsatz japanischer Streitkräfte an der Seite US-amerikanischer und südkoreanischer Einheiten vorläufig noch ausgeschlossen sei.

Im Herbst 1978 formierten die USA und Südkorea ein «Vereinigtes Streitkräftekommando», an dessen Spitze ein US-amerikanischer General stand. Gleichzeitig mit dem militärischen Ausbau Südkoreas wurden zwischen den USA und dem Regime in Söul jährliche Konsultationen auf Regierungsebene vereinbart. Die USA wollten einen weiteren Militärpakt zustande bringen, zu dem Südkorea und Japan gehören sollten. Die bereits bestehenden bilateralen «Sicherheitsverträge» mit diesen beiden Staaten sollten ergänzt und miteinander verknüpft werden. Der Gedanke eines solchen Dreierpaktes wurde von der südkoreanischen Regierung unterstützt.

In Japan gab es ebenfalls bestimmte Kräfte, die am Zustandekommen einer engeren dreiseitigen Zusammenarbeit interessiert waren – auch im militärischen Bereich. So hatte die japanische Regierung den USA 1975 die Zusicherung gegeben, daß die in Japan vorhandenen Militärstützpunkte im Falle eines Konflikts auf der koreanischen

---

[4] Siehe Korea Annual, Söul 1978, S. 91.

Halbinsel von USA-Streitkräften genutzt werden können. Vor allem aber hatte sich Japan zu größerer wirtschaftlicher «Hilfe» für das Regime in Söul verpflichtet. Die jährlich stattfindenden Ministerkonferenzen zwischen Vertretern der Regierung in Tokio und des Regimes in Söul unterstützten den Ausbau der ökonomischen Beziehungen zwischen Japan und Südkorea.

Die japanische Regierung legte schließlich den Schwerpunkt auf den Ausbau der ökonomischen Beziehungen zu Südkorea und lehnte vorerst den Plan eines Dreierpaktes ab. Dies erfolgte auch deshalb, weil Japan jede Belastung der chinesisch-japanischen Beziehungen vermeiden wollte.

«Größere Verantwortung» für Japan

Der US-amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberger stellte für die achtziger Jahre erneut die Forderung, daß Japan «die Selbstverteidigung der japanischen Inseln und die Verteidigung des Luftraums und der Seewege bis auf eine Entfernung von 100 Meilen vor der japanischen Küste» übernehmen solle.[5] Die Reaganadministration wollte Japan fest in ihre Asienpolitik und damit in ihren globalen Konfrontationskurs einbeziehen. Die Japan angetragene «größere Verantwortung» im asiatisch-pazifischen Raum zielte darauf ab, daß Japan das gesamte Japanische Meer, durch das sowjetische Schiffe von Wladiwostok in den Pazifischen Ozean gelangen, unter seine Kontrolle nehmen sollte.

Seit dem Jahre 1978 bestand eine japanisch-amerikanische Vereinbarung darüber, daß japanische Streitkräfte die Kontrolle der Seestraßen von Japan bis zu den Inseln Guam und Taiwan ausüben. Ein gemeinsamer Plan zur Zusammenarbeit bei Seekriegsoperationen war ausgearbeitet worden, ebenso ein Programm zur Koordinierung militärischer Operationen in zwölf verschiedenen Bereichen zu Land, zur See und in der Luft. Und am 27. November 1978 beschloß die gemeinsame «Kommission für Verteidigungsplanung» das Dokument «Grundprinzipien der Zusammenarbeit in der Verteidigung zwischen Japan und den USA». Darin wurden die Aufgaben der US-amerikanischen und japanischen Streitkräfte für «außerordentliche Umstände» festgelegt sowie die Aufgabenverteilung hinsichtlich der militärischen Aufklärung und der ökonomischen Sicherstellung der Streitkräfte vereinbart. Diese Richtlinien markierten den Beginn einer neuen Phase in den militärischen Beziehungen beider imperialistischen Mächte. Deutlicher Ausdruck dafür sind unter anderem die seitdem jährlich abgehaltenen gemeinsamen Manöver der Luft- und Seestreitkräfte unter Einsatz modernster Waffentechnik.

Japan betrachtete das Bündnis mit den USA als «Eckpfeiler» seiner Außenpolitik, ohne sich jedoch in allen Fragen voll in die Konfrontationspolitik einzufügen. Die japanische Regierung stimmte bis Anfang der achtziger Jahre der US-amerikanischen Legende von einer sowjetischen Bedrohung nicht vorbehaltlos zu. Dafür gab es nicht

---

[5] Zit. nach G. Benjamin, Japan in the World of the 1980s. In: Current History, Philadelphia, Nr. 4/1982, S. 170.

Daten zu den militärischen Kapazitäten der USA und Japans

(Stand 1977)	*USA*	*Japan*
Strategische Kernwaffen		*(bei noch bestehender verfassungsmäßiger Beschränkung der Wiederaufrüstung Japans)*
Land- und U-Bootgestützte Raketen	*1710*	—
Strategische Bomber	*594*	—
Gefechtsköpfe für strategische Trägermittel	*11330*	—
Operativ-takt. Kernwaffen *(geschätzt)*		
für Boden-Boden-Raketen	*200*	—
für Strike-Kampfflugzeuge	*1500*	—
für Geschütze	*1000*	—
Präsente Streitkräfte/Waffensysteme		
Personalbestand insgesamt	*2088000*	*238000*
Kampfflugzeuge	*4965*	*491*
größere Überwasser-Kampfschiffe	*175*	*45*
Flugzeugträger	*13*	—
U-Boote (Kernwaffenträger)	*41*	—
U-Boote (konventionell bewaffnet)	*37*	*15*
Rüstungsausgaben *(in Mrd. Dollar)*	*113*	*6,1*

Quelle: Military Balance 1977–1978, London 1978

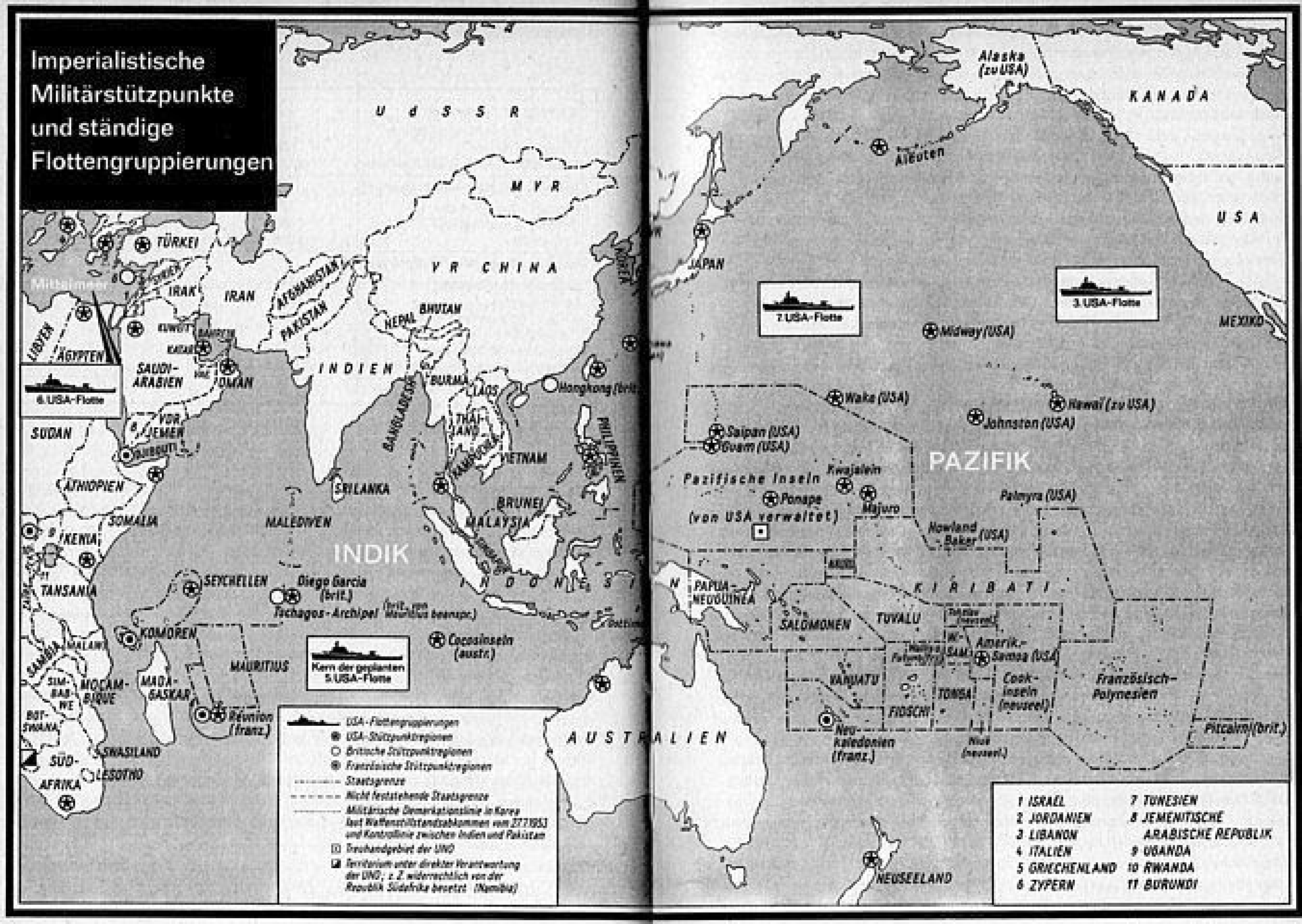
zuletzt ökonomische Gründe. Ebendeshalb nahm Japan in einigen, die Nahostregion betreffenden Fragen, z. B. gegenüber der PLO, eine andere Position als die USA ein. Letzteres ist vor allem durch Japans große Abhängigkeit von der Versorgung mit Erdöl aus dem Nahen Osten bedingt.

Im Juli 1980 wurden mit dem «Bericht über umfassende nationale Sicherheit» erstmals wesentliche strategische Aufgaben japanischer Außen- und Militärpolitik formuliert. Der Bericht ging von den Veränderungen der internationalen Lage aus, die für die japanische Führung am Verlust der allseitigen Dominanz der USA, an der Stärkung der ökonomischen Positionen Japans und auch Westeuropas sowie am annähernden militärstrategischen Gleichgewicht zwischen den USA und der UdSSR sichtbar wurden. Daraus leitete der Bericht die Schlußfolgerung ab, «daß sich Japans Sicherheit von einem begrenzten zu einem umfassenden Problem von höchster politischer Brisanz entwickelt» habe.[6] Die sogenannte umfassende nationale Sicherheit wurde als «Schutz der kapitalistischen Gesellschaft Japans vor unterschiedlichen Formen äußerer politischer, wirtschaftlicher, militärischer u. a. ‹Bedrohung› verstanden»[7].

Eine aktive Außenpolitik, kombiniert mit weltweit orientierter Expansion des japanischen Monopolkapitals, und die Stärkung des Militärpotentials sollten die

[6] Zit. nach S. Y. Schirrow, Japan – VR China. Zur Entwicklung der japanischen Chinapolitik unter besonderer Berücksichtigung der Jahre 1972 bis 1982, (Dissertation) Berlin 1983, S. 11.

[7] Ebenda, S. 11.


Imperialistische Militärstützpunkte und ständige Flottengruppierungen
UdSSR
MVR
VR CHINA
TÜRKEI
SYRIEN
IRAK
IRAN
AFGHANISTAN
PAKISTAN
NEPAL
BHUTAN
INDIEN
BANGLADESCH
BURMA
LAOS
THAILAND
KAMPUTSCHEA
VIETNAM
Hongkong (brit.)
PHILIPPINEN
KOREA
JAPAN
Mittelmeer
LIBYEN
ÄGYPTEN
KUWEIT
BAHREIN
KATAR
VAE
SAUDI-ARABIEN
OMAN
6. USA-Flotte
SUDAN
VDR JEMEN
DJIBOUTI
ÄTHIOPIEN
SOMALIA
KENIA
TANSANIA
MALAWI
SAMBIA
SIMBABWE
MOCAMBIQUE
BOTSWANA
SWASILAND
LESOTHO
SÜDAFRIKA
MADAGASKAR
KOMOREN
SEYCHELLEN
MAURITIUS
Réunion (franz.)
SRI LANKA
MALEDIVEN
INDIK
Diego Garcia (brit.)
Tschagos-Archipel (brit., von Mauritius beanspr.)
Kern der geplanten 5. USA-Flotte
Cocosinseln (austr.)
BRUNEI
MALAYSIA
SINGAPUR
INDONESIEN
AUSTRALIEN
NEUSEELAND
Alaska (zu USA)
KANADA
USA
MEXIKO
Aleuten
7. USA-Flotte
3. USA-Flotte
Midway (USA)
Wake (USA)
Hawaii (zu USA)
Johnston (USA)
Saipan (USA)
Guam (USA)
PAZIFIK
Pazifische Inseln (von USA verwaltet)
Kwajalein
Ponape
Majuro
Palmyra (USA)
Howland - Baker (USA)
NAURU
KIRIBATI
PAPUA-NEUGUINEA
SALOMONEN
TUVALU
Tokelau (neuseel.)
W-SAM
Amerik.-Samoa (USA)
VANUATU
FIDSCHI
TONGA
Cook-Inseln (neuseel.)
Französisch-Polynesien
Niue (neuseel.)
Neukaledonien (franz.)
Pitcairn (brit.)
USA-Flottengruppierungen
USA-Stützpunktregionen
Britische Stützpunktregionen
Französische Stützpunktregionen
Staatsgrenze
Nicht feststehende Staatsgrenze
Militärische Demarkationslinie in Korea laut Waffenstillstandsabkommen vom 27.7.1953 und Kontrollinie zwischen Indien und Pakistan
Treuhandgebiet der UNO
Territorium unter direkter Verantwortung der UNO; z. Z. widerrechtlich von der Republik Südafrika besetzt (Namibia)
1 ISRAEL
2 JORDANIEN
3 LIBANON
4 ITALIEN
5 GRIECHENLAND
6 ZYPERN
7 TUNESIEN
8 JEMENITISCHE ARABISCHE REPUBLIK
9 UGANDA
10 RWANDA
11 BURUNDI

«Sicherheit» Japans garantieren. Mit dem Konzept der «umfassenden nationalen Sicherheit» orientierte Japan darauf, seine wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit langfristig und allseitig zu gewährleisten, um seine Stellung als eigenständiges imperialistisches Machtzentrum zu festigen und weiter auszubauen. Japan wollte eine eigene Einflußzone im asiatisch-pazifischen Raum errichten und als führende Regionalmacht in zunehmendem Maße weltpolitisch wirksam werden.

Die sogenannte umfassende nationale Sicherheit Japans wurde mit vier Forderungen verbunden:
- Aufbau gleichberechtigter, partnerschaftlicher Beziehungen zu den USA;
- Stärkung des japanischen Verteidigungspotentials;
- Vertiefung der Beziehungen zur Volksrepublik China und Ausbalancierung des Verhältnisses zur UdSSR;
- Herstellung einer «Energie- und Nahrungsmittelsicherheit».

Aufgrund seiner exponierten geostrategischen Lage, seiner militärischen Verwundbarkeit und seiner großen außenwirtschaftlichen Abhängigkeit blieb Japan bis zu einem bestimmten Grad am Abbau internationaler Spannungen interessiert. Die japanische Regierung vertrat die Auffassung, daß die Sicherung stabiler Weltwirtschaftsbeziehungen für die Existenz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung Japans von lebenswichtiger Bedeutung sei.

Trotz der bestehenden Abhängigkeiten Japans von den USA erschwerte diese japanische Konzeption, daß sich Japan der US-amerikanischen Führung völlig unterordnete – zumal die regierenden japanischen Kreise die Funktionsfähigkeit ihrer Wirtschaft auch unter den Bedingungen des Konfrontationskurses der USA gesichert wissen wollten.

In der ersten Hälfte der achtziger Jahre erfolgte dann aber eine Aufwertung des militärischen Faktors in Japan und damit gleichzeitig eine stärkere Einordnung Japans in den konfrontativen Kurs der Reaganadministration. Es setzte sich jene Gruppierung innerhalb der regierenden japanischen Kreise stärker durch, die im Interesse der Entwicklung Japans zur internationalen Großmacht für die Konfrontationspolitik Reagans stimmte. Sie forderte mehr Aufrüstung und die Etablierung Japans als Regionalmacht. Sie versuchte, die japanische Regierung dazu zu veranlassen, die japanische Nachkriegsverfassung, die das Wiedererstehen des japanischen Militarismus verhindern sollte, zu verletzen. Sie behauptete, daß die Beschränkung auf nur defensive Waffen es Japan unmöglich mache, Operationen äußerer Kräfte effektiv abzuwehren. Für die «Verteidigung» Japans forderte sie Waffensysteme, die den möglichen Gegner von «vornherein zur Zurückhaltung» zwingen sollten.

Um eine Zuspitzung der Auseinandersetzung zu diesen, für die japanische Öffentlichkeit äußerst brisanten Fragen zu verhindern, ließ die Regierung wiederholt erklären, daß Japan dennoch sein international gegebenes Versprechen halten werde und Kernwaffen weder produzieren noch erwerben wolle. Zugleich legte man aber auch die Verfassung dahingehend aus, daß sie den Besitz von taktischen Kernwaffen für die japanischen Streitkräfte prinzipiell nicht ausschließe. Damit rückte erneut die Behauptung in den Vordergrund, daß die «verfassungsmäßig erlaubte Grenze» für Waffen, die zur «Selbstverteidigung» Japans benötigt würden, nicht «starr festliege»,

sondern von der «internationalen Lage, vom Stand der Militärtechnik und anderen Faktoren bestimmt würde»[8]. Das Ergebnis der heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der regierenden japanischen Kreise war eine widersprüchliche Koppelung von Elementen der Entspannungspolitik mit Elementen der USA-Konfrontationspolitik im außenpolitischen Kurs Japans.

Unter dem Druck des an der Rüstungsproduktion interessierten japanischen Monopolkapitals wurde das Rüstungsbudget 1981 um 7,6 Prozent und 1982 um 7,75 Prozent erhöht. Für 1983 war eine 7,34prozentige Steigerung vorgesehen. Das bedeutete den größten absoluten Zuwachs an Militärausgaben in Japan seit dem zweiten Weltkrieg. Der im Juli 1982 beschlossene «Fünfjahrplan zur Verteidigung» war zugleich das größte Rüstungsprogramm der japanischen Nachkriegsgeschichte. Hinsichtlich des Umfangs seiner Rüstungsausgaben rangierte Japan nunmehr an achter Stelle in der Welt. Als Ziel des Programms wurde erklärt, Japan solle in die Lage versetzt werden, «Aggressionen kleineren Umfangs» entgegentreten zu können.

Die Aufwertung der politisch-militärischen Funktion Japans in der pazifischen Region war nicht allein mit einer Vergrößerung der Waffenimporte, sondern auch mit der Steigerung der Produktion von Rüstungsmaterial verbunden. Die an der Rüstungsproduktion interessierten japanischen Monopole übten Druck auf die Regierung aus, nicht nur das Rüstungsbudget generell zu erhöhen, sondern auch größere Möglichkeiten für die Produktion japanischer Rüstungsgüter zu schaffen. Sie verlangten von der japanischen Regierung, für die Erweiterung ihrer Absatzmärkte zu sorgen. Zugleich behaupteten sie, mit einer Erhöhung der Rüstungsproduktion die technologische Entwicklung in Japan beschleunigen zu können. Diese Kreise hatten erkannt, daß Japan in der Lage sein würde, in relativ kurzer Zeit moderne Waffensysteme zu entwickeln, so daß sie damit selbst in das lukrative Waffengeschäft einsteigen könnten.

Parallel dazu richteten die USA ihre Bemühungen darauf, Japan noch stärker in militärische Aktivitäten einzubeziehen, die über den Geltungsbereich des japanisch-amerikanischen Vertrages über Zusammenarbeit und Sicherheit hinausreichten. Deshalb bestanden sie immer wieder darauf, den Ende der siebziger Jahre geschaffenen Koordinierungsmechanismus für gemeinsame Operationen wirksamer zu nutzen. Doch die japanische Regierung stand diesem Drängen skeptisch gegenüber. Obwohl sie noch Anfang 1981 ihre Bereitschaft bekräftigt hatte, die Seewege im Nordpazifik, also die Durchfahrtstraßen für die sowjetischen Schiffe, zu kontrollieren, war die Sowjetunion in dem im August 1981 veröffentlichten japanischen «Verteidigungsweißbuch» nicht eindeutig als Hauptfeind des japanischen Volkes benannt worden. Aufgrund unterschiedlicher ökonomischer und sicherheitspolitischer Positionen, die Japan und die USA einnehmen, bleibt die japanische Regierung an der Weiterführung der für Japan vorteilhaften bilateralen Kooperation mit den sozialistischen Staaten, insbesondere mit der UdSSR, interessiert.

---

[8] Zit. nach J. K. Emerson, Concepts of Asia: From Tokio and Washington. In: Asia Pacific Community, Heft 2/1978, S. 32.

Trotz der bestehenden japanisch-amerikanischen Widersprüche darf aber nicht übersehen werden, daß in beiden Staaten die gemeinsamen Klasseninteressen der Herrschenden hinsichtlich der Systemabsicherung, der «Eindämmung» des Sozialismus und des Kampfes gegen alle fortschrittlichen Kräfte in der Region des Pazifik von übergreifender Bedeutung sind. In diesen Zusammenhang muß man auch die gemeinsamen Manöver der Streitkräfte der USA und Japans einordnen, an denen beispielsweise mit Kernwaffen ausgerüstete B-52-Bomber und der Flugzeugträger «Midway» teilgenommen haben. Mit solchen Maßnahmen wird Japan von den USA in die Vorbereitung auf einen thermonuklearen Krieg einbezogen. Damit orientiert die Reaganadministration darauf, Voraussetzungen zu schaffen, um den Fernen Osten in einen riesigen Startplatz für Kernwaffen zu verwandeln.

Innerhalb der herrschenden Kreise Japans wirken Kräfte, die bestrebt sind, sich am Konfrontationskurs der USA zu beteiligen und ihn zu nutzen, um ihre eigenen machtpolitischen Interessen durchzusetzen. Sie drängen auf die Umwandlung des japanisch-amerikanischen «Sicherheitsvertrages» in ein Bündnis, das Japan «größere Verantwortung» in der Region einräumen soll.

Taiwans Rolle im Konzept der militärischen Kooperation der USA

In einer seiner ersten Pressekonferenzen zum Chinaproblem nannte Präsident Jimmy Carter am 12. Mai 1977 die Taiwanfrage als Haupthindernis auf dem Wege der Normalisierung der Beziehungen der USA zur Volksrepublik China. Carter stand – wie schon seine Vorgänger Nixon und Ford – vor der Frage, die zwei Ziele der USA-Chinapolitik – Normalisierung mit der VR China und Aufrechterhaltung der besonderen US-amerikanischen Beziehungen zu dem Regime auf Taiwan – miteinander zu vereinbaren. Die Regierung Carter sah sich innenpolitisch dem doppelten Druck militärstrategischer und wirtschaftspolitischer Ansprüche ausgesetzt. Einerseits wollten die USA-Monopole von der neuen Stufe des Industrialisierungsprozesses in der Volksrepublik China profitieren und China an ihren antisowjetischen Konfrontationskurs binden, andererseits wollten sie die militärstrategischen und wirtschaftlichen Vorteile des Bündnisses mit Taiwan keineswegs aufgeben.

Die außenwirtschaftliche Verflechtung Taiwans mit den USA war außerordentlich eng. Bis zum Jahre 1965 hatte das Regime in Taibei kontinuierlich «Wirtschaftshilfe» von den Vereinigten Staaten von Amerika erhalten. In nicht geringem Maße verdankte Taiwan dieser «Hilfe» sein rasches Wirtschaftswachstum. Mitte der siebziger Jahre rangierte Taiwan unter den Ländern, aus denen der Hauptteil US-amerikanischer Importe kam, auf dem siebenten Platz. 1977 nahm der US-amerikanische Markt 40 Prozent des gesamten Taiwanexports auf. Es handelte sich dabei in erster Linie um Textilien und elektrische Geräte, die wegen ihrer hohen Qualität und ihrer niedrigen Preise in den USA besonders gefragt waren. Taiwans erst in den sechziger Jahren aufgebaute moderne, auf Export orientierte Leichtindustrie, vor allem aber die niedri-

gen Löhne auch der qualifizierten Arbeiter, ermöglichten es, in großem Umfang den Export von Billigprodukten durchzuführen.

Taiwan gehörte aber auch zu den bevorzugten Ländern für US-amerikanische Kapitalinvestitionen in der pazifischen Region. Das Regime in Taibei hatte es rechtzeitig verstanden, ein «günstiges Investitionsklima» zu schaffen, d. h. solche gesetzlichen Bedingungen, die den Investoren außerordentlich hohe Geschäftsvolumen und damit Superprofite sicherten. Allein die Kredite der USA-Export-Import-Bank für Taiwan beliefen sich Anfang der siebziger Jahre auf mehr als eine Milliarde Dollar.[9] 1977, ein Jahr bevor die offizielle Einschränkung der US-amerikanischen Beziehungen zu Taiwan erfolgte, kreditierte die genannte Bank US-amerikanischen Firmen sogar 2,5 Milliarden Dollar zur Abwicklung ihrer Geschäfte auf der chinesischen Insel.[10]

Nach Japan und Südkorea verfügte Taiwan in den siebziger Jahren über die drittgrößte Militärmacht unter den kapitalistischen Staaten des westpazifischen Raumes. Vom Zeitpunkt des Rückzugs des Guomindangregimes auf die Insel Taiwan (1949) bis zum 30. September 1978 lieferten die USA Waffen und militärische Ausrüstungen im Werte von insgesamt 1568 Millionen Dollar dorthin. Doch gerade in Vorbereitung auf die sich verändernden taiwanisch-amerikanischen Beziehungen nahmen die Waffenlieferungen besonders zu: Allein vom Oktober 1977 bis zum 30. September 1978 verkaufte Washington Rüstungsmaterial im Werte von 347 Millionen Dollar an Taibei. Und in den drei Monaten Oktober bis Dezember 1978 wurden dann sogar für 151 Millionen Dollar Waffen an Taibei geliefert. Mit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zur Volksrepublik China am 1. Januar 1979 stellten die USA für ein Jahr ihre Waffenlieferungen an Taiwan ein. Allerdings hatte Taiwan den Ausbau einer eigenen Rüstungsindustrie seit Mitte der sechziger Jahre beschleunigt. Gegenwärtig ist es in der Lage, nicht nur Handfeuerwaffen selbst zu produzieren, sondern auch Artilleriegeschütze, Kampfpanzer, Zellen von Düsenflugzeugen, Schiffsmotore und taktische Raketen.

Taiwan liegt in einer strategisch außerordentlich wichtigen Zone. Von hier aus ist es möglich, die Seeverbindungen nach Japan und Korea weitestgehend zu kontrollieren. Die regierenden US-amerikanischen Kreise betrachten Japan, Taiwan und die Philippinen als «Gegenküste» der USA. Sie unter ihrem Einfluß zu haben ist für sie eine wichtige Voraussetzung, ihren Anspruch auf Seeherrschaft im Pazifik, überhaupt auf ihre Vorherrschaft in dieser Region, verwirklichen zu können. Daraus vor allem leitet sich ihr Interesse an engen Beziehungen auch mit Taiwan her. Zwar kann das Taiwaner Regime selbst nur sehr beschränkt Seemacht ausüben, aber von der Insel aus ist der Zugang zum Pazifik offen. Diesem strategischen Vorteil trug Taiwan mit der Modernisierung der Häfen und dem Ausbau des Eisenbahnnetzes Rechnung, und er wurde auch in die Pläne des USA-Pazifikoberkommandos und seiner auf der Insel stationierten Verbände einbezogen.

Das Regime auf der Insel Taiwan beharrte auf seinem Anspruch, der einzig legitime Vertreter Chinas zu sein. Ebenso wie die führenden Kreise der Volksrepublik

---

[9] Siehe Two China States (Hrsg. R. H. Ryers), Stanford (USA) 1978, S. 27.

[10] Siehe ebenda.

China lehnte es alle US-amerikanischen Konzeptionen ab, die darauf orientierten, sowohl die Volksrepublik als auch Taiwan diplomatisch anzuerkennen. Mit dieser «Zwei-China-Theorie» hatten die regierenden Kreise der USA gehofft, eine Lösung gefunden zu haben, die es erlauben könnte, die Beziehungen der USA zur Volksrepublik China schrittweise zu normalisieren, ohne gleichzeitig das Bündnis mit Taiwan aufgeben zu müssen. Aber diese Hoffnungen waren verfehlt.

Die Carterregierung schließlich orientierte auf die Erarbeitung einer Kompromißformel mit der Regierung in Peking, die es den USA ermöglichen sollte, sich in der Taiwanfrage auf lange Sicht Spielraum zu verschaffen. Der sogenannten Taiwanformel zufolge wollte die USA-Regierung die diplomatischen Beziehungen zu dem Regime auf Taiwan abbrechen, aber gleichzeitig ein «inoffizielles» Verbindungsbüro dort errichten. Dieses Büro sollte kulturelle, Handels- und «andere» Beziehungen der USA zu Taiwan wahrnehmen. Ebenso müßte Taiwan seine Botschaft in Washington schließen.

Mit dieser formalen Reduzierung der US-amerikanischen Beziehungen zu dem langjährigen chinesischen Verbündeten der USA auf Taiwan manövrierten die USA gegenüber der Volksrepublik China. Die Schließung der Botschaften in Washington und in Taibei sowie die gegenseitige volle diplomatische Anerkennung USA–VR China, die gleichzeitig erfolgten (Januar 1979), sollten der Forderung der Volksrepublik, als einzig rechtmäßige Regierung Chinas anerkannt zu werden, entsprechen.

Zwar wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1979 der «Gegenseitige Verteidigungsvertrag» mit Taiwan aus dem Jahre 1954 aufgekündigt, jedoch behielten sich die USA den «selektiven Verkauf defensiver Verteidigungssysteme» an Taiwan vor. Taiwan wurde also keineswegs aus der Sphäre der US-amerikanischen Machtinteressen entlassen, auch nicht, als die USA-Verbände nach Erlöschen des «Gegenseitigen Verteidigungsvertrages» die Insel verlassen mußten. Der mit dem Regime auf Taiwan abgeschlossene neue «Relations Act 1979» enthielt weiterhin «Sicherheitsgarantien» der USA. Der Nachschub für die Streitkräfte Taiwans, insbesondere für die kleine, aber schlagkräftige Flotte sowie die Luftstreitkräfte, wurde über das am 16. April 1979 eröffnete «American Institute in Taiwan» abgewickelt, das anstelle der früheren USA-Botschaft in Taibei fungierte.

Die in den fünfziger Jahren vordergründig gegen das «Erstarken des chinesischen Kommunismus» gerichtete Regionalfunktion Taiwans wurde nun auf die Kontrolle der Seeverbindungen umgelenkt. Die Befahrbarkeit der Straße von Taiwan sollte fortan der Kontrolle des Regimes in Taibei unterstellt werden. Damit übernahm dieses die Verantwortung für die unmittelbar Japan und Südkorea betreffenden militärpolitischen Interessen.

Der in den USA heftig aufwallenden Kritik an der sogenannten Taiwanformel trat Carter unverblümt mit der Erklärung entgegen, daß hierdurch weder einem künftigen Präsidenten noch dem Kongreß der USA die Möglichkeit genommen sei, die 7. USA-Flotte erneut in die Straße von Taiwan zu entsenden, um Taiwan im Falle einer «Bedrohung durch Peking» zu schützen.[11] Diese unverhüllte Drohung, sich weiterhin in

---

[11] Siehe International Herald Tribune, New York/Paris, 12. Dezember 1979.

die innerchinesischen Angelegenheiten einzumischen, hinderte Präsident Carter aber nicht daran – ebenso wie dies Richard Nixon in dem von ihm unterzeichneten Kommuniqué von Shanghai (1972) getan hatte –, demagogisch zu erklären, «daß die Taiwanfrage von den Chinesen selbst friedlich gelöst werde»[12].

Die Haltung der USA-Regierung zu China war zwiegesichtiger als je zuvor. Völkerrechtlich konnte die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zur Volksrepublik China bei gleichzeitiger Auflösung der Botschaften der USA in Taibei und Taiwans in den USA als Anerkennung Taiwans als eine chinesische Provinz verstanden werden. Diese formalrechtliche Konzession gegenüber der Volksrepublik China wurde aber durch die gleichzeitigen neuen Verpflichtungen der USA gegenüber Taiwan wieder aufgehoben.

Mit dem Amtsantritt Präsident Reagans wurde die doppelgleisige Orientierung der US-amerikanischen Chinapolitik – sowohl auf den Ausbau eines Zweckbündnisses mit der Führung der Volksrepublik China als auch der inoffiziellen Beziehungen zu Taiwan – fortgesetzt.

In Anbetracht des Einflusses, den die Taiwanlobby in den USA auf den Verlauf der Präsidentschaftswahlen hatte, sprach sich Reagan zeitweilig für die stärkere Aufwertung der bilateralen Beziehungen USA–Taiwan aus. Diese Erklärungen sollten gleichzeitig als Druckmittel auf das Verhalten der chinesischen Führung wirken und sie veranlassen, ihr Vorgehen im asiatischen Raum mit den Vereinigten Staaten von Amerika und deren Verbündeten zu koordinieren sowie auf antisowjetischen Positionen zu beharren. Bereits während seines Besuchs in Peking im August 1979 hatte Vizepräsident Mondale die Führung der Volksrepublik China aufgefordert, ihre Positionen für eine politische Zusammenarbeit in globalen und regionalen Fragen konkret abzustecken. Mondale hatte dabei betont, daß die USA mit der VR China «parallele strategische und bilaterale Interessen» teilen würden.[13]

Das Herangehen der Reaganadministration an die Taiwanfrage erwies sich alsbald als Quelle permanenter Spannungen zwischen der VR China und den USA. Die Reaganadministration betrachtete Taiwan als sichere Bastion des Antikommunismus. Taiwan spielte gegenüber der Volksrepublik China stärker als zuvor die Rolle eines Faustpfandes. Aufgrund ihrer geographischen Lage erlangte die Insel jetzt in den US-amerikanischen Plänen, den Fernen Osten zur zweiten militärstrategischen Aufmarschbasis zu machen, wieder eine größere Bedeutung. Anfang der achtziger Jahre war die Politik der Reaganadministration gegenüber Taiwan zudem von der Konzeption der «zwei China» bzw. «ein China, ein Taiwan» bestimmt. An einer Wiedervereinigung Taiwans mit der Volksrepublik China zeigten die USA überhaupt kein Interesse. Am 3. Januar 1980 gab das USA-Außenministerium die Beendigung des einjährigen Moratoriums für Waffenlieferungen an Taiwan bekannt. Die USA schickten eine erste Sendung «selektiver Devensivwaffen» im Werte von 280 Millionen Dollar nach Taiwan.

---

[12] Erklärung der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika vom 16. Dezember 1978. In: Europa-Archiv, Bonn 1979, Folge 3, S. D 76–77.

[13] International Herald Tribune, New York/Paris, 28. August 1979.

Gerade die Haltung Reagans in der Taiwanfrage war eine der Ursachen dafür, daß die von US-amerikanischer Seite seit Sommer 1981 auch der Volksrepublik China offerierten Möglichkeiten der Erweiterung einer militärischen Zusammenarbeit nur zögernd realisiert wurden und im Bereich der politischen Beziehungen zwischen den USA und der VR China eine Stagnation eintrat. Schon im Januar 1980 hatte USA-Verteidigungsminister Harold Brown während seines Chinaaufenthalts auf eine Erweiterung der militärischen Zusammenarbeit USA–VR China gedrängt und die Lieferung moderner Militärtechnik zugesichert. Auf der Grundlage eines Beschlusses des Nationalen Sicherheitsrates der USA wurde die VR China 1981 von der Liste jener Länder gestrichen, für die Exportrestriktionen hinsichtlich militärisch verwendbarer technischer Spitzenerzeugnisse bestanden. Indem sie den extensiven Ausbau der chinesisch-amerikanischen Zusammenarbeit im militärischen Bereich als realisierbare Möglichkeit darstellten, wollten die führenden Kreise der USA eine «Parallelität der strategischen Interessen der USA und der VR China» konstruieren. Aus US-amerikanischer Sicht zielte diese «Übereinstimmung» in erster Linie darauf ab, China als militärischen Drohfaktor gegen die UdSSR zu nutzen. Die höchsten Repräsentanten Chinas haben aber wiederholt erklärt, daß die Volksrepublik China keine strategische Partnerschaft mit den USA eingehen werde.

In dem am 17. August 1982 unterzeichneten chinesisch-amerikanischen Kommuniqué versuchte die Reaganadministration, die Spannungen bezüglich der Taiwanfrage abzubauen. Die USA bekundeten ihre Absicht – nicht aber die Verpflichtung –, die Waffenlieferungen an Taiwan schrittweise zu reduzieren, obwohl sie diese mit dem «Relations Act» von 1979 rechtfertigten. Gleichzeitig wurde erklärt, daß künftig nicht mehr die USA die «Sicherheitsinteressen» Taiwans garantieren würden, sondern Japan, das Funktionen der Seekontrolle im Pazifik übernommen habe. Mit dieser Maßnahme wollten die USA der Regierung in Peking gegenüber in der Rolle eines an Taiwan «Uninteressierten» auftreten, wodurch die Spannungen im chinesisch-amerikanischen Verhältnis abgebaut werden sollten. Die enorm steigenden Waffenlieferungen an Taiwan bewiesen aber das Gegenteil: 1983 und 1984 erreichten sie jährlich annähernd 800 Millionen Dollar. Das war weit mehr als in den Jahren vor dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu dem Regime in Taibei. Die Reaganadministration wollte aufgrund ihres Kurses der Totalkonfrontation gegenüber der Sowjetunion nicht davon abgehen, die militärischen Beziehungen zu ihrem langjährigen antikommunistischen Verbündeten Taiwan auszubauen.

Der trotz aller Spannungen in der Taiwanfrage im April 1984 realisierte Besuch Präsident Reagans in der Volksrepublik China zeigte, daß die VR China bei Wahrung einer gegensätzlichen Grundposition in dieser Frage zum Taktieren bereit war. Die Taiwanfrage wurde von beiden Seiten als eine Art Regulator für das Ausmaß ihrer Beziehungen genutzt.

Der auf universellem Antikommunismus basierende außenpolitische Kurs Präsident Reagans hat aber eine gewisse Distanzierung der VR China in ihrem Verhältnis zu den USA bewirkt, zumal die chinesische Führung erkannt hat, daß Reagans Doktrin des «Kreuzzuges gegen den Kommunismus» auch gegen den sozialistischen Aufbau in der Volksrepublik China gerichtet ist.

Ansätze zur Entspannung im Verhältnis VR China – UdSSR sind in den achtziger Jahren deutlicher in Erscheinung getreten. Dafür ist auch die vom Potsdamer Abkommen ausgehende Position der sozialistischen Staaten, die konsequent die Integration Taiwans in den Staatsverband der Volksrepublik China fordert, von Bedeutung. Am 24. März 1982 erklärte der damalige Generalsekretär des ZK der KPdSU, L. I. Breshnew, in Taschkent: «Wir haben nie die sogenannte Konzeption der zwei China unterstützt und unterstützen sie in keiner Form. Die Souveränität der VR China über die Insel Taiwan haben wir voll anerkannt und erkennen sie immer noch an.»[14] Die Bekräftigung der sowjetischen Positionen bezüglich der Insel Taiwan ergänzt die Bereitschaft der UdSSR, Grundfragen der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China zu regeln und vertrauensbildende Maßnahmen zu erörtern, um eine Normalisierung der chinesisch-sowjetischen Beziehungen zu erreichen. Das wäre ein wichtiger Beitrag zur Entspannung der Lage in diesem konfliktreichen Gebiet Asiens sowie dafür, auch in der asiatisch-pazifischen Region wirkungsvoller der Konfrontations- und Hochrüstungspolitik der Reaganadministration zu begegnen.

«Dritte strategische Zone»

In seiner Botschaft an den Kongreß «Zur Lage der Nation» Anfang des Jahres 1980 erklärte Präsident Carter, daß jeder Versuch «irgendeiner auswärtigen Macht, die Kontrolle über die Region des Persischen Golfes zu erlangen, ... als Angriff auf die lebenswichtigen Interessen der Vereinigten Staaten betrachtet» wird und daß die USA solch «einen Angriff ... unter Einsatz aller notwendigen Mittel, einschließlich militärischer Macht, zurückweisen» werden.[1] Mit dieser Erklärung maßte sich die USA-Regierung das Recht der Einmischung in die Angelegenheiten der Völker und Staaten dieser Region an, wenn deren innere Entwicklung und Außenpolitik nicht mit den Interessen des USA-Imperialismus übereinstimmen.

Das, was die USA unter «Stabilität» der Region verstanden, war nach Ansicht ihrer führenden Kräfte – trotz politischer, ökonomischer und militärischer «Hilfe» aus den USA – nicht mehr gesichert. Nach dem Sturz des reaktionären Schahregimes verlief die von deutlich antiamerikanischen Akzenten gekennzeichnete innere Entwicklung Irans gegen die Interessen der USA. Ungeachtet der massiven, von den USA unterstützten konterrevolutionären Angriffe entwickelte sich in dem an Iran grenzenden Afghanistan mit Beistand der UdSSR die antiimperialistisch orientierte Demokratische Republik Afghanistan. Auf der an der Südwestseite des Arabisch-Persischen

---

[14] Neues Deutschland, Berlin, 25. März 1982.

[1] Rede Präsident Carters vor dem USA-Kongreß. In: Europa-Archiv, Bonn, Folge 5/1980, S. D 101. Daran anknüpfend wurde die Carterdoktrin entwickelt.

Golfs gelegenen Arabischen Halbinsel leiteten fortschrittliche Kräfte in der Volksdemokratischen Republik Jemen den Übergang zum sozialistischen Weg ein.

Gleichzeitig vollzogen sich im gesamten Raum des Indischen Ozeans vielfältige und komplizierte politisch-soziale Prozesse, die den Absichten der USA nach Beherrschung der Welt entgegenwirkten. Am Roten Meer und an der afrikanischen Indikküste beschlossen Moçambique und Äthiopien[2], den Weg für eine sozialistische Entwicklung vorzubereiten. Nach Erringung der staatlichen Selbständigkeit strebten die Inselstaaten des Indischen Ozeans danach, ihre politische Unabhängigkeit zu festigen, und stellten Beziehungen zu den sozialistischen Staaten her.

Indien war als eine Großmacht mit politischen, ökonomischen und militärischen Potenzen und als ein Führer in der Bewegung der Nichtpaktgebundenen mit großem Einfluß unter den Entwicklungsländern ein wichtiger Faktor in den internationalen Beziehungen geworden. Obwohl die USA wiederholt versucht hatten, die freundschaftlichen Beziehungen Indiens zur Sowjetunion zu verhindern, konnten diese weiter ausgebaut werden.[3]

Durch den Indischen Ozean, den Arabisch-Persischen Golf und das Rote Meer führen bedeutende internationale See- und Schiffahrtswege für den Waren- und Rohstofftransport in die USA, nach Westeuropa und Japan sowie umgekehrt. Unter Bezugnahme auf diese Tatsache erklärte der Vorsitzende des Streitkräfteausschusses im USA-Senat in aller Offenheit: «Wenn unsere vitalen nationalen Interessen bedroht sind, werden wir bereit sein müssen, mit militärischer Stärke darauf zu reagieren. Einige sind ziemlich offensichtlich. Die Ölvorkommen im Nahen Osten und die Seewege, die sie mit den Vereinigten Staaten, Westeuropa und Japan verbinden, zählen alle zu unseren vitalen Interessen. Darüber hinaus können wir unsere Blicke auf strategisch wichtige Metalle, Minerale usw. lenken.»[4]

Das Bestreben des USA-Imperialismus, uneingeschränkt über die geostrategischen, ökonomischen, militärischen und politischen Potenzen in der Region des Indik und des Arabisch-Persischen Golfs zu verfügen, stand Anfang der achtziger Jahre vor neuen Hindernissen. In Verkennung der Tatsache, daß der Kampf der nationalen Befreiungsbewegung sowie die Umgestaltungsprozesse in den national befreiten Staaten aus dem überkommenen kolonialen Erbe und aus den ökonomischen und sozialen Verhältnissen dieser Länder resultieren, betrachteten die führenden Kreise der USA die Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten sowie in den Anrainer-, Hinterland- und Inselstaaten des Indischen Ozeans ausschließlich unter dem Blickwinkel ihres Konfrontationskurses gegen die UdSSR und die anderen sozialistischen Staaten. Die im Zusammenhang damit von ihnen konstruierte Behauptung von einer «sowje-

---

[2] Am 20. November 1978 unterzeichneten Leonid Breshnew und Mengistu Haile Mariam den Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und dem Sozialistischen Äthiopien, der sich auf politische, wirtschaftliche und militärische Bereiche erstreckt.

[3] Bereits 1971 war der Vertrag über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen Indien und der Sowjetunion geschlossen worden.

[4] US News & World Report, New York, 16. April 1981, S. 32.

tischen Bedrohung» gibt ihren militärischen und politischen Aktivitäten in diesen Regionen eine besondere Gefährlichkeit.

Auf politischer Ebene blockierten die USA in der ersten Hälfte der achtziger Jahre vor allem die Bemühungen des Ad-hoc-Komitees der UNO, eine Konferenz zur Umwandlung des Indischen Ozeans in eine Friedenszone zustande zu bringen, wie dies von den Anrainer- und Hinterlandstaaten seit 1979 besonders dringlich gefordert wird.[5]

Die Militarisierung des Indischen Ozeans und seiner Nebenmeere sowie des Nahen und Mittleren Ostens nahm neue Formen an:

- Erstens erfolgte eine bedeutende quantitative und qualitative Erweiterung der militärischen Präsenz der USA, einschließlich der Ausrüstung von Flotteneinheiten mit Marschflugkörpern;
- zweitens wurde der Aufbau spezieller Interventionsstreitkräfte, der sogenannten Schnellen Eingreiftruppe, beschleunigt;
- drittens ging es um den Ausbau eines solchen Stützpunktnetzes, das die Einbeziehung der Region in die Nuklearstrategie der USA ermöglicht;
- viertens sollten die Verbündeten des USA-Imperialismus in der NATO, aber auch im ANZUS-Pakt wesentlich stärker in die Maßnahmen zur Absicherung des imperialistischen Einflusses in der Region eingegliedert werden;
- schließlich wurde der enorme Waffentransfer zur Aufrüstung bestimmter, mit den USA verbündeter Staaten der Region fortgeführt.

Neben politischem Druck, ökonomischer Erpressung und ideologischer Diversion gewannen zu Beginn der achtziger Jahre der militärische und der militärpolitische Faktor in diesem Raum eine wesentlich höhere Bedeutung in der Strategie des USA-Imperialismus. Am 1. Januar 1983 wurde als sechstes USA-Oberkommando mit einem eigenen Operationsbereich das sogenannte Zentralkommando der US-amerikanischen Streitkräfte (CENTCOM) gebildet. Sein angemaßter Zuständigkeitsbereich erstreckt sich auf Teile des Indischen Ozeans, insbesondere auf den Arabisch-Persischen Golf und das Rote Meer, sowie auf 19 der Anrainer- und Hinterlandstaaten des Indik und damit auf Süd- und Südwestasien sowie Teile Nordafrikas (Horn von Afrika). Das Hauptquartier wurde auf einem der neu geschaffenen Inselstützpunkte im Indik, auf Diego Garcia, errichtet. Damit kam eine Etappe der Militarisierung des Indik zum Abschluß, die zu Beginn der siebziger Jahre, als die Niederlage der USA in Indochina unausweichlich näherrückte, eingeleitet worden war.

Die große Region des Indik einschließlich der Anrainer- und Hinterlandstaaten und seiner Nebenmeere wurde in der politisch-militärischen Strategie der USA zwecks Einkreisung der Sowjetunion und für den Kampf gegen die revolutionären Kräfte in diesem Gebiet zur «dritten strategischen Zone» erklärt. Auf diese Weise sollen die «erste strategische Zone», die Europa und den Mittelmeerraum mit den nah-

---

[5] Die Vorarbeiten zur Realisierung des Projekts waren dem am 15. Dezember 1972 auf Beschluß der UNO-Vollversammlung gegründeten Ad-hoc- (Sonder-) Komitee der UNO zur Umwandlung des Indischen Ozeans in eine Friedenszone übertragen worden. Sri Lanka übernahm den Vorsitz im Ad-hoc-Komitee. Die Zahl der Mitgliedstaaten stieg von 15 (1972) auf 47 (1982) an. Die DDR – Mitglied seit 1980 – stellt einen der vier Vizevorsitzenden.

Kommando- und Befehlsbereiche der USA-Streitkräfte

Verteidigungsminister

(Stand 1985)

Vereinigte Stabschefs[1] (JCS)

Kommando Alaska[2] (ALCOM) Stab: Elmendorf Befehlsbereich: Alaska (ohne Alëuten und Inseln im Beringmeer)	Kommando Atlantik[2] (LANTCOM) Stab: Norfolk/Virginia Befehlsbereich: Nord- und Südatlantik, Karibik	Kommando der Kontinentalen Luftverteidigung[3] (CONAD) Stab: Ent/Colorado Befehlsbereich: alle Truppen der Luft- und Weltraumverteidigung der USA
Kommando Pazifik[2] (PACOM) Stab: Camp Smith/Hawaii Befehlsbereich: Pazifik, Beringmeer, Teile des Indik, Japan, Südkorea, Süd- und Südostasien	Kommando Europa[2] (EUCOM) Stab: Stuttgart Befehlsbereich: Westeuropa einschließlich Großbritannien, Mittelmeer einschließlich Ostküstenstaaten	Zentralkommando[2] (CENTCOM) Stab: McDill/Florida[4] Befehlsbereich: Nordostafrika, Naher und Mittlerer Osten Südwestasien, Teile des Indik
Kommando Süd[2] (SOUTHCOM) Stab: Quarry Heights/ Panamakanalzone Befehlsbereich: Süd- und Mittelamerika	Kommando der Bereitschaftstruppen[2] (REDCOM) Stab: McDill/Florida Befehlsbereich: alle Truppen allgemeiner Bestimmung in den USA, die keinen anderen Vereinigten Kommandos unterstehen[5]	Strategisches Luftkommando[6] (SAC) Stab: Omaha/Nebraska Befehlsbereich: Strategische Raketentruppen und Fernfliegerkräfte

1 Wichtigste militärische Berater des USA-Präsidenten und militärisches Führungsorgan, zusammengesetzt aus: Vorsitzendem der Vereinigten Stabschefs, Stabschef der Landstreitkräfte, Chef der Seekriegsleitung, Stabschef der Luftstreitkräfte und Kommandant der Marineinfanterie

2 Bei den regionalen Kommandos handelt es sich um sogenannte Unified Commands, denen Truppen aus mehreren Teilstreitkräften zugeordnet sind

3 Diesem Kommando untersteht auch das gemeinsam mit kanadischen Streitkräften unterhaltene Luftverteidigungssystem NORAD

4 Ein kleines Vorauskommando ist auf einem Kriegsschiff im Indischen Ozean stationiert

5 Diese Truppen werden in erster Linie als strategische Reserve für die anderen Kommandos bereitgehalten

6 Über das Strategische Luftkommando mit seinen Verbindungsorganen zu den Unterwasserraketenträgern der Seestreitkräfte sowie über die gesamte Marineinfanterie kann der USA-Präsident direkt verfügen

östlichen Anrainerstaaten umfaßt, und die «zweite strategische Zone», womit die Region des Pazifik einschließlich Nordost- und Südostasiens gemeint ist, miteinander verklammert werden. Die USA-Kriegsplaner gehen in ihren globalstrategischen Erwägungen also von einer engen Verflechtung des Mittelmeerraums mit Nordafrika, dem Nahen und Mittleren Osten, Ost- und Südasien sowie den Inselgruppen im Indischen Ozean aus. Im Mittelpunkt ihrer Planung stehen sowohl die Vorbereitung auf eine weltweite nukleare Kriegführung als auch auf Kriege unter Einsatz herkömmlicher Waffensysteme. Bei lokalen Konflikten kalkulieren sie «Stellvertreterkriege» ein, aber auch den direkten Einsatz von Verbänden der USA-Streitkräfte.

Reorganisation des Stützpunktnetzes

Der US-amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberger erklärte den Indik zu einem Gebiet, wo Termini wie «Parität» und «Gleichheit» für die USA unannehmbar seien, sondern vielmehr die militärische Überlegenheit auf See beansprucht werde.[6] Weinberger erhob diese Forderung, nachdem der USA-Imperialismus im Ergebnis der Erfolge der nationalen Befreiungsbewegung in Indochina, in Äthiopien und Moçambique wichtige Festlandbasen verloren hatte. Die koloniale Abhängigkeit der Inselgruppen im Indischen Ozean war im Laufe der sechziger und siebziger Jahre im wesentlichen beseitigt worden. Mit der Verlagerung der Präsenz der US-amerikanischen Streitkräfte vom Festland auf Inseln wurde der Ausbau der Stützpunkte im Indischen Ozean zu einem Kernstück der Politik der USA gegenüber diesem Gebiet. Die pazifische Stützpunktkette sollte fortan durch einen «strategischen Bogen» im Indik ergänzt werden. Die «Inselstrategie» bezog die südlichen Teile dieses Ozeans weit intensiver als in den vorangegangenen Jahrzehnten ein. Der USA-Imperialismus versuchte, mit einer Kombination von Kontinental- und Inselstützpunkten die gesamte Region des Indik unter Kontrolle zu nehmen. Daher plante er, das Stützpunktsystem der ihm noch verbliebenen Festlandbasen in Australien und Südafrika mit dem Ausbau von Militärstützpunkten im Indik – unter denen Diego Garcia und die australischen Cocosinseln die zentrale Stellung einnehmen – wieder zu vervollständigen. Gegründet auf die Konzeption der «vorgeschobenen Stationierung», sollte eine neue Etappe der Militarisierung der Region des Indischen Ozeans und seiner angrenzenden Meere eingeleitet werden.

Der Indische Ozean war bis Mitte der sechziger Jahre eine periphere Interessenzone der USA geblieben. Wesentliche Ursachen dafür waren zum einen die Orientierung auf die Einrichtung vorgeschobener Festlandbasen längs den Grenzen der UdSSR und zum anderen die zu dieser Zeit noch bestehende britische Militärpräsenz in dieser Region.

Der Verlauf des zweiten Weltkriegs hatte in den vierziger Jahren bereits zur Einschränkung der militärischen Rolle Großbritanniens in diesem Gebiet geführt. Nach diesem Krieg zerfiel das britische Kolonialreich im Raum des Indischen Ozeans rela-

---

[6] Siehe horizont, Berlin, Nr. 6/1984, S. 16.

tiv rasch – gekennzeichnet vor allem durch die Erringung der staatlichen Unabhängigkeit Indiens, Pakistans, Ceylons (seit 1972: Sri Lanka) und Burmas. Dennoch konnte Großbritannien bis in die sechziger Jahre hinein seine Positionen im Arabisch-Persischen Golf, im Süden der Arabischen Halbinsel – insbesondere in Aden –, in Malaysia, Singapur, Brunei und Australien halten. Die fortschreitende ökonomische Schwäche Großbritanniens zwang die britische Regierung jedoch schon 1964, die militärischen Ausgaben zu kürzen. Großbritannien sah sich danach nicht mehr in der Lage, seine bisherige militärische Rolle im Indischen Ozean aufrechtzuerhalten. In Erklärungen zur britischen Verteidigungspolitik wurde festgestellt, daß Großbritannien nur noch in Kooperation mit seinen Verbündeten zu militärischen Operationen außerhalb Europas fähig sei. Gleichzeitig forderte die britische Führung, daß die Verteidigungslasten «östlich von Suez» von denen mitgetragen werden müßten, die besondere Interessen in dieser Region hätten.[7]

Parallel zum Rückzug der britischen Streitkräfte aus den Basen in Singapur und Malaysia plante die britische Regierung – angeblich zum «Schutz der britischen Investitionen und Handelsinteressen in der Region» – den «Aufbau einer bescheidenen militärischen Präsenz im Indischen Ozean»[8]. Unter dem Vorwand, die die Seestraßen des Indischen Ozeans benutzenden sowjetischen Schiffe würden die Stabilität in dieser Region bedrohen, begann die britische Regierung den Ausbau einer Stützpunktkette. In diese Kette wurden die Inseln Gan (zu den Malediven gehörend), Masirah (im Arabischen Meer gelegen) und Bahrein (im Arabisch-Persischen Golf) sowie die Inselgruppen der Seychellen und von Mauritius einbezogen. Eine neue britische Kolonie mit der Bezeichnung «British Indian Ocean Territory» (BIOT) wurde 1965 im südwestlichen Teil des Indischen Ozeans aus der von Mauritius abgetrennten Insel Diego Garcia und den Seychelleninseln Aldabra, Farquhar und Desroches gebildet.

Die Ankündigung des britischen Rückzugs hatte das Vereinigte Oberkommando der USA veranlaßt, den Aktionsradius der im Pazifik stationierten 7. USA-Flotte ab 1964 auf den Indik auszudehnen. Mit dem am 30. Dezember 1966 zwischen London und Washington geschlossenen Abkommen machte Großbritannien die im BIOT zusammengeschlossenen Inselgruppen den US-amerikanischen Streitkräften zugänglich. Die USA begannen unmittelbar danach den Ausbau einer Sendestation auf der Insel Diego Garcia.

Bis in die siebziger Jahre bestanden innerhalb der regierenden Kreise der USA jedoch unterschiedliche Auffassungen über Tempo und Ausmaß des Stützpunkteausbaus im Indischen Ozean. Das USA-Außenministerium und einflußreiche Kräfte im Senat wollten den Ausbau sowohl der Insel Diego Garcia als auch der zu Australien gehörenden Cocosinseln in bestimmten Grenzen zu halten. Die USA befanden sich noch inmitten ihres Vietnamdebakels. Und die in den USA Ende der sechziger Jahre einsetzende scharfe außen- und innenpolitische Krise veranlaßte eine Reihe führender Repräsentanten, langfristig nach einer Normalisierung der sowjetisch-ameri-

---

[7] Siehe Statement on United Kingdom Defence Policy 1968, Command Paper 2901, London, Februar 1966, S. 7.

[8] V. K. Bhasin, Super Power Rivalry in the Indian Ocean, New Delhi 1981, S. 46.

kanischen Beziehungen auf einer realistischen Basis zu suchen. Diese Kreise befürchteten, daß die rasche Verwirklichung der militärischen Pläne der USA im Indischen Ozean eine sowjetische Reaktion hervorrufen könnte, die in Anbetracht der Hinwendung der Nixonregierung zur Entspannungspolitik nicht erwünscht war. Unter ihrem Einfluß verzögerte der USA-Kongreß die Bewilligung der für den Ausbau der neuen Basen im Indischen Ozean geforderten Summen.

Aber schon nach dem arabisch-israelischen Krieg im Oktober 1973 gewannen jene Kräfte an Boden, die für die Bereitstellung dieser umfangreichen interventionistischen Mittel eintraten. Die Nachschubversorgung Israels über den «Air-Lift» US-amerikanischer Streitkräfte von westeuropäischen Basen aus war bei den NATO-Verbündeten auf Widerstand gestoßen, denn diese wollten es nicht zu einem offenen Bruch mit den erdölproduzierenden arabischen Staaten kommen lassen. Modern ausgerüstete Stützpunkte im Indischen Ozean wurden jetzt als unerläßliche Voraussetzung für die militärische Versorgung der US-amerikanischen Verbündeten in der gesamten Region propagiert. Außerdem, so verlautete aus Washington, sollte die Funktion dieser Basen darin bestehen, die Versorgung Japans und Westeuropas mit Erdöl aus dem Nahen und Mittleren Osten abzusichern.

Auf die wirkliche Zielstellung aber, die mit dem Ausbau von Stützpunkten im Indik anvisiert wurde und die bereits zur «neuartigen Eindämmungs»konzeption der achtziger Jahre überleitete, wies Admiral Elmo R. Zumwalt hin: «Im Zeitalter der Raketen und der Kernwaffensprengköpfe dient der Indik, der drittgrößte Ozean der Welt, als ein riesiges Becken für raketentragende Unterseeschiffe. Er befindet sich ebenso nahe an vielen russischen militärischen und industriellen Zentren wie das Mittelmeer ... Darüber hinaus liegen auf der anderen Seite des Himalaya, in der Reichweite der Schiffsraketen, die weiten Gebiete des sowjetischen Sibiriens.»[9] In der Auffassung Admiral Zumwalts spiegelte sich bereits der entspannungsfeindliche, militant antisowjetische Kurs der rechtskonservativen Kreise in der USA-Monopolbourgeoisie wieder, der darauf orientierte, das repressiv-konfrontative Instrumentarium an der Südflanke der UdSSR auszubauen und ihre militärischen Positionen zu bedrohen. Darauf zielten auch der unter der Carterregierung erfolgte Ausbau des gesamten bestehenden Stützpunktsystems und die Schaffung neuer Militärbasen ab. «Vertraglich vereinbarte Nutzungsrechte» sicherten den USA den unbeschränkten Zugang zu etwa 30 militärischen Einrichtungen auf ausländischen Territorien, so in Australien, Kenia, Somalia, Oman, Saudi-Arabien und in Ägypten. Über indirekte Nutzungsrechte verfügten sie in Pakistan und in Sri Lanka. Die dem Subkontinent vorgelagerte Inselrepublik sollte als Transitbasis für die Verlegung der «Schnellen Eingreiftruppe» in ein Konfliktgebiet genutzt werden. Die USA konnten jedoch diese Möglichkeiten aufgrund der von Sri Lanka beharrlich betriebenen Außenpolitik der friedlichen Koexistenz nicht in vollem Umfang verwirklichen. Das «Gastrecht», das Pakistan USA-Kriegsschiffen gewährte, wurde von diesen zur Kontrolle der Ein- und Ausgänge des Arabisch-Persischen Golfs und des Roten Meeres ausgiebig genutzt. Allerdings vermied die pakistanische Regierung, Verträge mit den USA über die Mitbenutzung

[9] E. R. Zumwalt (jr.), Critical Importance to U. S. In: Weeckly Round Table, New Delhi, Nr. 114/1974, S. 28.

von Militärstützpunkten abzuschließen; zumindest ließ sie darüber nichts bekannt werden, um ihren Verbleib in der Bewegung der Nichtpaktgebundenen nicht zu gefährden.

Zur zentralen Drehscheibe der militärischen Infrastruktur der USA im Indischen Ozean wurde der Stützpunkt Diego Garcia. Mit dem britisch-amerikanischen Abkommen von 1966 und weiteren Zusatzverträgen hatten die USA für 50 Jahre das «Nutzungsrecht» auf der Insel erhalten. Die besondere strategische Schlüsselstellung des Korallenatolls ergab sich vor allem aus seiner geographischen Lage. Im Zentrum des Indik gelegen, befindet sich diese Insel fast gleichweit entfernt von der Südspitze Indiens, der Ostküste Afrikas und der Westküste Australiens. Von hier aus können USA-Kriegsschiffe in weniger als zwei Tagen die Küstengewässer fast jedes Anliegerstaates des Indik erreichen.

Der logistische Ausbau dieser nur 29 km^2 großen Insel war mit 3,3 Milliarden Dollar geplant. Der Lagunenhafen des Korallenatolls wurde für die Aufnahme kernwaffentragender U-Schiffe sowie eines Flugzeugträgers und der Mehrzahl seiner Begleitschiffe eingerichtet. Die Start- und Landebahnen wurden so angelegt, daß sie auch von Flugzeugen der strategischen USA-Atombomberflotte, von Großraumtransportern und Luftbetankungsflugzeugen genutzt werden können. Seit 1979 operiert eine Staffel Seeaufklärungs- und U-Jagd-Flugzeuge vom Typ P-3 «Orion» von Diego Garcia aus zu weitreichenden Spionageflügen. Seit 1981 sind 7 Depotschiffe mit Waffen und Ausrüstungen für 12 000 USA-Marineinfanteristen dort disloziert. Geplant ist auch, Neutronenwaffen auf der Insel zu lagern. Diese Basis ist zugleich Befehlszentrum, Marine- und Luftstützpunkt, Depot- und Reparaturstation sowie elektronische Umschlagzentrale. Die auf Diego Garcia stationierte Satellitenleitstation stellt die Verbindung zwischen dem 1981 speziell zur Überwachung des Indik gestarteten Kontrollsatellitensystem «Skynet» und den Nachrichtenzentralen auf den zum «British Indian Ocean Territory» gehörenden Inseln[10] sowie auf Bahrein (Arabisch-Persischer Golf), den Cocosinseln und in Singapur her.

Diego Garcia wird nicht nur als ein «Heimathafen» für die US-amerikanischen Luft- und Seestreitkräfte betrachtet. Der Stützpunkt soll auch als Sprungbrett für Aktionen mobiler Eingreifkräfte im Becken des Indischen Ozeans, vor allem in der Region des Arabisch-Persischen Golfs, dienen. Darüber hinaus soll er zusammen mit den anderen Basen dazu beitragen, die Interventionsfähigkeit der USA gegenüber den Anrainer- und Hinterlandstaaten des Indik zu erhöhen.

Das operative Ziel der «Inselstrategie» besteht also darin, den USA-Luft- und -Seestreitkräften eine starke und permanente Präsenz im Indik zu ermöglichen. Zugleich ist die «Inselstrategie» als Ersatz für die zerfallenden Militärblöcke SEATO und CENTO konzipiert worden. Die Inselstützpunkte wurden deshalb von vornherein auf eine enge Zusammenarbeit mit den noch bestehenden Militärblöcken ANZUS und ANZUK ausgerichtet. Sie sollen aber auch als «Gerippe» für geplante neue Blöcke

---

[10] Mit der Erringung der staatlichen Unabhängigkeit der Seychellen am 29. Juni 1976 mußte Großbritannien die 1965 abgetrennten Inseln Aldabra, Desroches und Farquhar zurückgeben. Sie gehören seitdem nicht mehr zum Britischen Territorium im Indischen Ozean (BIOT).

dienen.[11] So hat sich der USA-Imperialismus nach dem Verlust von Festlandbasen mit der Inselstützpunktkette in der Region des Indik eine neue Ausgangsbasis für die Auslösung militärischer Provokationen und gefährlicher Spannungen in den internationalen Beziehungen geschaffen.

USA-Kriegsflotte und -«Eingreiftruppe» im Indik

Während des Unabhängigkeitskampfes von Bangladesh hatten die USA im Dezember 1971 das erste Mal einen bedeutenderen Flottenverband mit dem Angriffsflugzeugträger «Enterprise» an der Spitze in den Indischen Ozean entsandt.[12] Der USA-Flottenverband bezog damals in unmittelbarer Nähe der indischen Küste Position, um Indien zur Aufgabe seiner solidarischen Haltung mit dem Kampf des bengalischen Volkes für nationale Unabhängigkeit zu zwingen. Von diesem Zeitpunkt an wurde die Präsenz von USA-Kriegsschiffen im Indischen Ozean zu einer regelmäßigen Erscheinung. Zumeist angeführt von Flugzeugträgern wie «Midway», «Constellation» oder «Hancock», erschienen wiederholt operative Verbände aus dem Bestand der USA-Pazifikflotte im Indik. Zu ihnen gehörten stets auch Kernwaffenträger. Allein im Zeitraum von 1971 bis 1978 kreuzten 18 solcher US-amerikanischer Flottenkampfgruppen in den Gewässern des Indik. Oft war dies mit den alljährlichen Manövern des ANZUS- und des CENTO-Paktes verbunden, und jedesmal bedeutete es eine «Kraftdemonstration» gegenüber den Anliegerstaaten. Ende der siebziger Jahre häuften sich die «zeitweiligen Besuche» US-amerikanischer Flottenverbände im Indik. Immer unverhüllter wurde das Ziel sichtbar: Die USA wollen in diesem Ozean eine eigenständige, die 5. USA-Flotte, schaffen. Sie soll als Bindeglied zwischen der im Mittelmeer operierenden 6. USA-Flotte und der im Pazifik stationierten 7. Flotte dienen und die permanente Bedrohung der UdSSR vom Süden her ermöglichen. Diese noch im Aufbau befindliche Flotte soll das Kernstück der militärischen Macht der USA im Indischen Ozean werden. Mit der Aufstellung der 5. USA-Flotte würde ein beachtlicher Teil des US-amerikanischen Kernwaffenpotentials im Indik disloziert.

1979 bestand die kriegsstarke Seestreitkräftegruppierung der USA im Indik bereits aus über 30 Schiffen; dazu gehörten zwei Flugzeugträgerkampfgruppen, die unter anderem über 1 800 Mann Marinelandungskräfte verfügten.

Die USA wollen in den achtziger Jahren im Indik endgültig festen Fuß fassen und dort nicht nur Stützpunkte einnehmen, sondern den gesamten Raum militärisch und politisch beherrschen. Mit diesem Ziel wurde Anfang 1983 das neue Oberkommando CENTCOM gebildet, und es wurde der Ausbau einer starken ständigen Flottenpräsenz der USA im Indischen Ozean beschleunigt. Gleichzeitig trieb man die Formierung mobiler Interventionsstreitkräfte voran, die nach dem Konzept der «globalen strategischen Mobilität» in sogenannten Krisenregionen schnell einsetzbar sein sollen.

---

[11] Dazu siehe Imperialistische Militärblockpolitik, Berlin 1980, S. 318.

[12] Zuvor waren an der Küste des damaligen britischen Protektorats Bahrein drei, aus kleineren Kriegsschiffen bestehende US-amerikanische Verbände stationiert worden.

In den regierenden US-amerikanischen Kreisen dominierte die Ansicht, daß die 5. USA-Flotte die beweglichste aller USA-Flotten werden müsse, die am schnellsten auf weit von den Grenzen der USA entfernt entstehende Krisen reagieren könne. Im Konfliktfall sollen die Operationen der US-amerikanischen Flotte im Indik durch hochmobile Luftstreitkräfte- und Luftlandedivisionen, die innerhalb weniger Tage aus dem Mittelmeer- und Pazifikbereich herangeführt werden können, unterstützt werden.

Bereits im August 1977 hatte Präsident Carter in der geheimen Direktive Nr. 18 den Aufbau der sogenannten Schnellen Eingreiftruppe (Rapid Deployment Force – RDF) angeordnet. Zur offenen Propagierung des Aufbaus der RDF kam es um die Jahreswende 1979/1980 im Zusammenhang mit den politischen Veränderungen in Iran und der militärischen Hilfe der UdSSR für Afghanistan gegen den von den USA abgesicherten Ansturm der Konterrevolution. Die Rechtskräfte in den USA initiierten eine außerordentlich starke nationalistisch-chauvinistische Propagandawelle. Schwerpunkt ihrer Propaganda war die Reaktivierung der interventionistischen Politik überhaupt, insbesondere aber der gegenüber Südwestasien.

Das schloß die forcierte Aufstellung dieser «Schnellen Eingreiftruppe» ein. Entsprechend den Dimensionen und dem Ort ihres Einsatzes sollte sie aus den jeweils dafür vorgesehenen Verbänden der USA-Land-, -Luft- und -Seestreitkräfte sowie des Marinekorps der USA zu einer Vierkomponentenstreitmacht unter einheitlichem Kommando zusammengestellt werden. Es war eine Stärke von 200 000 Mann regulärer Truppen und 100 000 Mann Reserve geplant, die seit Bildung des CENTCOM auf 230 000 Mann plus 100 000 Mann Reserve aufgestockt wurde. Bereitgestellt wurden vier Divisionen, zwei Brigaden und Sondereinheiten der Landstreitkräfte; zwei Geschwader strategische Bombenflugzeuge, 350 taktische Kampfflugzeuge, Frühwarn- und Leitgeschwader sowie Transportfliegerkräfte; drei Flugzeugträgerkampfgruppen, eine Gruppe Überwasserkampfschiffe, drei amphibische Bereitschaftsgruppen, Lager- und Transportschiffe sowie Seeaufklärungsstaffeln; drei Brigaden, ein Seefliegergeschwader und Versorgungseinheiten der Marineinfanterie.

Eingeleitet wurde eine umfangreiche Erweiterung der See- und vor allem der Lufttransportkapazitäten der USA-Streitkräfte. Dazu war der Bau von 22 Depotschiffen vorgesehen, deren Ladekapazität es erlauben sollte, schwere Waffen und Ausrüstungen sowie Versorgungsgüter für die RDF an Bord zu nehmen, mit denen ihr Nachschub für 30 Tage zu sichern wäre. Auf allen Weltmeeren wollte die USA-Militärführung diese Depotschiffe stationieren. Die Anzahl neuer und modernisierter Transportflugzeuge (C X, C-141 und C-5A) sollte schnell erhöht werden. Alle diese Maßnahmen zielten darauf ab, für die «Schnelle Eingreiftruppe» über eine Luftbrücke rund 270 000 Tonnen militärische Ausrüstungen in nicht mehr als 26 Tagen in die Region des Arabisch-Persischen Golfs transportieren zu können. Für die achtziger Jahre wurde damit ein bedeutend höherer Grad der Mobilität der USA-Streitkräfte angestrebt, der ihre rasche Verlegung in verschiedene Krisengebiete sichern sollte.

Die RDF wurde dem CENTCOM unterstellt, in dessen angemaßtem Befehlsbereich das Gebiet des Arabisch-Persischen Golfes liegt. Die Golfregion sollte zum Haupteinsatzgebiet dieser «Schnellen Eingreiftruppe» werden. Als flankierende Maß-

nahmen dafür sicherten sich die USA an geostrategisch wichtigen Punkten eine permanente militärische Präsenz – beispielsweise auf der Halbinsel Sinai, wo sie im Ergebnis von Camp David mit einer sogenannten Schutztruppe «Kontroll»funktionen ausüben, d. h. die Durchfahrt von Elat zum Roten Meer, also den Golf von Akaba und die Straße von Tirana, direkt überwachen. Und mit einem seit 1982 in Beirut stationierten militärischen Kontingent verfügen die USA über die Möglichkeit, den internationalen Flughafen zu kontrollieren und gegebenenfalls zu besetzen, um den RDF-Einheiten ein Einfalltor in den Nahen Osten zu öffnen.

Auf der Basis bilateraler Verträge begannen die USA in verschiedenen Staaten der Region – so in Ägypten, Somalia, Kenia und Oman – mit dem Ausbau weiterer militärischer Einrichtungen, die auch für den Einsatz der «Schnellen Eingreiftruppe» genutzt werden können. Zusammen mit den Streitkräften Ägyptens, Sudans, Somalias und Omans wurden 1981 und 1982 Manöver abgehalten, bei denen verschiedene Varianten von RDF-Einsätzen erprobt wurden. Dazu gehörten sowohl Luft- und Seelandeoperationen als auch «Antiputschübungen».

Die regierenden Kreise der USA «begründeten» ihren neointerventionistischen Kurs damit, daß in der Region des Indischen Ozeans und im Arabisch-Persischen Golf «lebenswichtige Interessen» der USA verteidigt werden müßten. Sie behaupteten, daß die «strategische Lage des Gebietes und seine Bedeutung für die Aufrechterhaltung eines globalen strategischen Gleichgewichts» besondere militärische Maßnahmen erfordern würden. De facto ging es ihnen um den Zugang zu den Rohstoff- und Energiequellen der reichen erdölfördernden Golfstaaten sowie zu deren Binnenmärkten, und zwar zu den gleichen Bedingungen wie in den fünfziger und sechziger Jahren. Diese Position der USA-Regierung war nicht neu. Der Vorwand, «lebenswichtige Interessen» verteidigen zu müssen, hatte bereits früheren USA-Regierungen dazu gedient, sich in die Angelegenheiten der Region einzumischen. Die Carter- und auch die Reaganadministration behaupteten aber jetzt, daß West- und Südwestasien die Regionen seien, in denen ein militärischer Zusammenstoß zwischen den USA und der UdSSR weit wahrscheinlicher wäre als in Europa.[13] Tatsächlich jedoch ging es den imperialistischen Kräften darum, militärische Stärkepositionen aufzubauen, die sie als Mittel der Erpressung in der globalen Systemauseinandersetzung einsetzen können. Außerdem, und das war stets ein entscheidender Faktor in der militärischen Strategie der USA, wollten sie damit die Bedrohung an der Südflanke der UdSSR verstärken und deren Sicherheitsbedingungen verschlechtern.

Ausweitung des NATO-Aktionsbereichs

Nachdem am 22. September 1980 der iranisch-irakische Krieg ausgebrochen war, versuchte die US-amerikanische Regierung unter dem Vorwand, die seestrategisch wichtige Straße von Hormus schützen zu müssen, die Bildung gemeinsamer Seekriegsver-

---

[13] Siehe I. Kritol, Does NATO Exist? In: K. A. Myers (Ed), NATO – The Next Thirty Years, London – Colorado 1980, S. 365.

bände verschiedener NATO-Staaten zu erreichen. Diese sogenannte maritime Allianz sollte im Golfgebiet wirksam werden. Gleichzeitig wurde damit wiederum die Forderung nach einer Ausweitung des NATO-Aktionsraums verbunden, um solche Gebiete wie den Mittleren Osten, den westlichen Indischen Ozean und das südliche Afrika in ihn einzubeziehen. Die westeuropäischen Verbündeten der USA verhielten sich gegenüber diesen US-amerikanischen Forderungen erneut ablehnend.

Die Staaten des Warschauer Vertrages forderten von der NATO wiederholt, auf jede Erweiterung des Aktionsbereichs dieses Militärblocks im Interesse der Sicherung des Weltfriedens zu verzichten. Dabei versicherten sie, daß sie nicht beabsichtigen, den Aktionsbereich des Warschauer Vertrages in irgendeiner Form zu erweitern.

Seit dem Nahostkrieg 1973 war die Forderung nach direkter Einbeziehung der Region West- und Südwestasien in den Aktionsbereich der NATO von der US-amerikanischen Regierung immer wieder erhoben worden. Damit hatten die regierenden Kreise der USA in dieser Frage eine Position bezogen, die sich von der in den fünfziger und sechziger Jahren eingenommenen wesentlich unterschied. Damals waren sie an der Beibehaltung der geographischen Begrenzung des NATO-Aktionsbereichs interessiert gewesen, damit die Vereinigten Staaten von Amerika nicht in die kolonialen Rückzugsgefechte ihrer britischen und französischen NATO-Verbündeten verwickelt werden konnten.

Im Jahr 1973 aber hatte sich die Lage insofern verändert, als eine Niederlage der israelischen Streitkräfte in den Bereich des Möglichen rückte, die westeuropäischen NATO-Mächte sich jedoch weigerten, gemeinsam mit den USA Israel im Krieg gegen die arabischen Staaten zu unterstützen. Die USA waren gezwungen, ihre Versorgungsluftbrücke nach Israel über den Atlantik zu führen, nachdem die westeuropäischen Mächte die Nutzung ihrer militärischen Einrichtungen dafür nicht gestattet hatten. Sich vertiefende Widersprüche zwischen den NATO-Staaten und die Abschwächung der Führungsrolle der USA traten in aller Deutlichkeit in Erscheinung. Insbesondere unter dem Eindruck des von arabischen Staaten 1973 angedrohten und dann auch realisierten Embargos für Erdöllieferungen hatten damals die westeuropäischen NATO-Mächte ökonomischen und politischen Mitteln den Vorrang vor den militärischen gegeben. Im Frühjahr 1978 erreichten die USA mit den Festlegungen des NATO-Gipfels dann aber doch, daß an einer Koordinierung der Flottenaktivitäten (Overall Maritime Conception) zu arbeiten begonnen wurde.

Als sich mit den revolutionären Umwälzungen in Iran regionale Machtverhältnisse zuungunsten der imperialistischen Kräfte veränderten, verstärkten die USA ihre Bemühungen, ihre Verbündeten zu direkter Beteiligung an militärischen Aktivitäten außerhalb des NATO-Vertragsgebietes zu verpflichten. Anläßlich der Konferenz zum 30. Jahrestag der Gründung der NATO (September 1979) entwickelte die US-amerikanische Delegation Vorstellungen von einem unter einheitlichem Kommando stehenden Militärkontingent für den Nahen und Mittleren Osten. Es ging den USA also um die Aufstellung von integrierten Eingreifverbänden der NATO für außereuropäische Regionen. Sie waren jedoch damals nicht in der Lage, ihre Forderungen durchzusetzen.

In der Erwartung, bei den anderen NATO-Mitgliedern schrittweise eine größere

Bereitschaft für die Beteiligung an den kriegerischen Abenteuern der USA auszulösen, griff die Reaganregierung auf das Konzept der «Arbeitsteilung» zurück. Diese sollte zu einer «gerechteren Aufteilung der Verteidigungspflichten in den Gebieten führen, die von entscheidender Bedeutung für den Westen sind, und zu einer gerechteren Akzeptierung der Risiken, die solchen Verpflichtungen innewohnen»[14]. In diesem Sinne forderten die USA die Erweiterung der militärischen Präsenz der NATO-Mächte Großbritannien und Frankreich, und sie ermöglichten erstmals der BRD eine solche Präsenz in der Region des Indischen Ozeans. Vorerst vermieden sie allerdings, auf die Annahme kollektiver Beschlüsse und die Schaffung gemeinsamer Leitungsmechanismen zu drängen.

Die führenden Kreise Großbritanniens, das während der britischen Kolonialherrschaft über Süd- und Südostasien lange Zeit die Vormachtstellung im Indischen Ozean behauptet hatte, wollten ihre Aktivitäten ausweiten, um alte Positionen zurückzugewinnen. Sie beabsichtigten, zusammen mit Australien und Singapur eine stabile Grundlage für einen Seestreitkräfteverband im Indik zu schaffen. Großbritannien verlegte mit Raketenkernwaffen bestückte U-Schiffe in dieses Weltmeer. Im Arabisch-Persischen Golf befand sich außerdem ständig eine aus vier Fregatten gebildete britische Seestreitkräftegruppierung. Zugleich erweiterte die britische Regierung ihre Militär«hilfe» für Oman, Saudi-Arabien und Pakistan. Größere britische Flottenverbände wurden nunmehr zeitweilig zu mehrwöchigen, gemeinsam mit den USA-Seestreitkräften durchgeführten Manövern in den Indik entsandt. Beispielsweise nahmen an den dreiwöchigen Manövern Ende 1980 26 britische Kriegsschiffe, 180 Flugzeuge und etwa 18000 britische Soldaten teil.

Auch Frankreich, das in diesem Gebiet Streitkräfte in einer Stärke von rund 10000 Mann unterhält und im Indischen Ozean ständig mit Flottenkräften präsent ist, wurde von den USA als wichtiger militärischer Machtfaktor in der Region betrachtet. Anfang der achtziger Jahre schwankte die Zahl der im Indik operierenden französischen Kriegsschiffe zwischen 15 und 25, darunter Lenkwaffenzerstörer und Angriffs-U-Boote. In bestimmten Zeitabständen patrouillierten französische Mehrzweckflugzeuge über dem Indischen Ozean. Diese Träger taktischer Kernwaffen stiegen von den Flugzeugträgern «Fock» und «Clemenceau» auf. Auch mit Raketenkernwaffen ausgerüstete U-Schiffe der französischen Flotte fanden sich in den achtziger Jahren immer öfter im Indik ein.

Kriegsschiffe der BRD begannen Anfang der achtziger Jahre ebenfalls, periodisch Fahrten in den Indischen Ozean durchzuführen. Im April 1980 erschienen erstmalig zwei Zerstörer und zwei Hilfsschiffe.

Auf den Frühjahrstagungen der NATO-Gremien im Jahre 1981 wurde auf Betreiben der USA ein Übereinkommen darüber erzielt, daß die Mitgliedsländer der NATO-Militärorganisation Interventionen einzelner Paktstaaten im Bereich der Entwicklungsländer zu «erleichtern» haben. Und die Herbsttagungen der NATO 1982 brachten den USA noch weiterreichende Zugeständnisse ihrer Verbündeten ein. Hinsichtlich der Auslösung militärischer Abenteuer in Regionen außerhalb Europas

[14] Amerika-Dienst, Bonn 10. Februar 1982.

wurde festgestellt, daß «solche Mitgliedstaaten wie die Vereinigten Staaten, die über Mittel verfügen, Maßnahmen außerhalb des Vertragsgebietes zu ergreifen, dies ... tun sollten»[15].

Aus den Festlegungen war erkennbar, daß die NATO-Mitgliedstaaten bereit waren, Operationen außerhalb des Paktgebietes zur «Förderung lebenswichtiger Interessen von Bündnispartnern» zu koordinieren. Die von den USA angestrebte umfassende, direkte Einbeziehung der NATO in militärische Aktionen außerhalb des Vertragsgebietes wurde jedoch zunächst nicht erreicht. Die USA mußten ihre Forderung nach Ausweitung des NATO-Aktionsbereichs zurückstellen, ohne sie indes aufgegeben zu haben. Ihre NATO-Verbündeten waren zwar ebenfalls für ein kollektives Vorgehen zur Absicherung des imperialistischen Systems – aber mit verteilten Rollen. In erster Linie – so meinten sie – sollte der Einsatz der militärischen Macht der USA erfolgen, wenn regionale Machtverhältnisse zuungunsten des Imperialismus umzuschlagen drohten. Die anderen NATO-Staaten wollten vorwiegend politisch-ökonomische Methoden zur Sicherung imperialistischer Einflußsphären anwenden.[16]

Mit den Festlegungen dieser NATO-Tagungen war es den USA gelungen, die sukzessive Einbindung ihrer westeuropäischen Verbündeten in die Einsatzplanung der «Schnellen Eingreiftruppe» voranzutreiben. Eine enge Kooperation zwischen USA-Eliteeinheiten der 101. Luftkavalleriedivision, die zur RDF gehört, und Truppen anderer NATO-Staaten (Großbritannien, Frankreich, Italien) war bereits während des fünften Nahostkriegs erfolgt. Diese Kräfte hatten 1982 vorgeblich als «Friedensstifter» Stellungen in und um Beirut bezogen, de facto aber Israel und die libanesischen rechtsgerichteten Kräfte unterstützt.

Im Ergebnis der genannten NATO-Tagungen nun bekamen die USA die Möglichkeit, die schwere Technik für sechs Divisionen und entsprechende Fliegerkräfte komplett vorauszustationieren. Zudem wurde in westeuropäischen NATO-Ländern die Aufstellung zusätzlicher Reserveeinheiten geplant. Beachtung verdient in diesem Zusammenhang auch das «Unterstützungs- und Verstärkungsabkommen» (Wartime Host Nation Support) vom 15. April 1982, mit dem die BRD den USA das Recht einräumt, ihre in der BRD stationierten Land- und Luftstreitkräfte im Falle von Krisen oder Krieg auf mehr als das Doppelte zu verstärken.

All diese Maßnahmen unterstützen die USA-Pläne für einen Aggressionskrieg gegen die Staaten des Warschauer Vertrages ebenso wie für Interventionen in außereuropäischen Räumen. Denn damit wurden unter anderem Voraussetzungen geschaffen, um – ohne die NATO-Front in Westeuropa zu schwächen – USA-Verbände als RDF-Kräfte beispielsweise aus der BRD blitzschnell in die Region des Arabisch-Persischen Golfs entsenden zu können. Im Falle eines solchen Einsatzes sollen zusätzlich zu bildende und leicht mobilisierbare Reservebrigaden der Bundeswehr die an der «europäischen Front» entstandene Lücke schließen. Mit dem Abkommen vom

---

[15] Kommuniqué der Ministertagung des Verteidigungs-Planungs-Ausschusses. In: Bulletin. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn (1982) 124, S. 1120.

[16] Siehe: W. Schwarz, Die NATO und der Nahe und Mittlere Osten. In: asien, afrika, lateinamerika. Berlin 12 (1984), S. 77.

15. April 1982 erfolgte die faktische Einbindung der BRD in die Planung der RDF-Einsätze durch die USA.

Die genannten Festlegungen der NATO können aber auch folgenschwere Auswirkungen für die Lage im gesamten Nahen und Mittleren Osten sowie in der Region des Indik haben. Die im Indischen Ozean insgesamt konzentrierte Schlagkraft der See- und Luftstreitkräfte der NATO übertraf schon Anfang der achtziger Jahre wesentlich das entsprechende Streitkräftepotential aller Staaten der Region des Indik, insbesondere hinsichtlich der Nuklearkapazität. Die besondere Gefährlichkeit dieser Konzentration von Militärmacht besteht aber darin, daß unter den Bedingungen des Konfrontationskurses die Regierung Reagan in der Lage ist, ihre NATO-Verbündeten zu direkter Beteiligung zu zwingen, indem sie einen «arbeitsteiligen» Konfliktmechanismus mit zunächst einseitig von den USA eingeleiteten Maßnahmen in Gang setzt. Der ehemalige Außenminister Alexander Haig erklärte dazu unumwunden: «Künstliche Grenzen des Operationsfeldes – selbstauferlegt in einer simpleren Ära – sind zunehmend irrelevant.»[17]

Die Gefahr der Auslösung und der Eskalation eines regionalen Konflikts seitens der USA hat zugenommen, weil die führenden US-amerikanischen Kreise nicht zulassen wollen, daß die Völker auch im Bereich des Indik ihren Entwicklungsweg selbst bestimmen. Sie diffamieren und bekämpfen jede progressive Entwicklung innerhalb der Länder dieser Region als «Werk ausländischer Kräfte» – wie das Beispiel Afghanistan beweist. Zudem versucht die Reaganadministration verstärkt, ihren Interventionismus mit der Lüge von einem angeblichen Expansionismus der Sowjetunion zu verschleiern.

Der Auf- und Ausbau der direkten militärischen Präsenz der USA – verwirklicht durch ihre Seestreitkräfte, ein System von Stützpunkten und die «Schnelle Eingreiftruppe» – war in der ersten Hälfte der achtziger Jahre die gefährlichste Komponente der USA-Militärpolitik in diesem Teil Asiens. Die Dimension der damit heraufbeschworenen Gefahren wird deutlich, wenn man berücksichtigt, daß die militärischen Kraftdemonstrationen vor allem mit nuklearen Waffensystemen erfolgten und von Aktionen der NATO-Verbündeten ergänzt wurden.

Der neuen Etappe der Militarisierung der Indikregion und – damit verbunden – den wachsenden Gefahren für die Völker des Nahen und Mittleren Ostens sowie Südasiens trat die Führung der UdSSR wiederholt mit Vorschlägen für die Erhaltung des Friedens und der Sicherheit entgegen. Die UdSSR schlug den USA, aber auch allen anderen interessierten Staaten vor, sich über folgende gegenseitige Verpflichtungen zu einigen:

Keine ausländischen Militärstützpunkte in der Golfregion zu errichten und die Stationierung von Kern- und Massenvernichtungswaffen dort nicht zuzulassen;

auf Androhung von Gewalt gegen Länder der Region und auf die Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten zu verzichten;

den von Staaten der Region gewählten Status der Nichtpaktgebundenheit zu akzep-

---

[17] Die Welt, Hamburg, 12. Januar 1981, S. 1.

tieren und sie nicht in Militärgruppierungen unter Beteiligung kernwaffenbesitzender Mächte einzubeziehen;

das Recht der Staaten, über ihre Naturreichtümer zu verfügen, zu respektieren;

die Handels- und Seeverbindungen der Golfstaaten mit anderen Ländern der Welt nicht zu behindern.[18]

Der Vorschlag der UdSSR geht davon aus, daß es in der Region des Arabisch-Persischen Golfs und des Indischen Ozeans lebenswichtige Interessen nur der an den dortigen Küsten liegenden Staaten geben kann, nicht aber irgendwelcher anderer Staaten, die nach einem Vorwand suchen, um ihre aggressive Politik zu rechtfertigen.

USA-Pläne für «Zusammenarbeit und Sicherheit» mit den Nahoststaaten in den achtziger Jahren

Der heutige Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR und damalige Außenminister, Andrej Gromyko, der sich seit den ersten UNO-Debatten um die Gründung eines jüdischen und eines palästinensischen Staates im Jahre 1947 mit dem Nahostkonflikt beschäftigt hat, erklärte am 25. Juni 1979: «Der grundsätzliche Standpunkt der Sowjetunion in den Nahost-Angelegenheiten war und bleibt derselbe, wie er vor vielen Jahren formuliert worden ist: Alle Gebiete, die Israel den Arabern geraubt hat, müssen zurückgegeben werden; das arabische Volk von Palästina muß die Möglichkeit erhalten, einen eigenen, wenn auch kleinen, selbständigen, unabhängigen Staat zu schaffen ... Alle Länder dieses Raumes, darunter auch Israel – und hier kann es bei keinem auch nur den geringsten Zweifel geben – müssen die Möglichkeit haben, im Nahen Osten als unabhängige, souveräne Staaten zu existieren und sich zu entwickeln.»[1]

Andrej Gromyko verwies damit erneut auf die immer wieder von der sowjetischen Partei- und Staatsführung genannten drei Voraussetzungen, unter denen die Lösung des Nahostkonflikts nur möglich ist: Erstens muß das von Israel okkupierte arabische Territorium geräumt werden; zweitens ist es unumgänglich, die Rechte des arabischen Volkes von Palästina zu respektieren, was bedeutet, auch ihren Anspruch auf Schaffung eines palästinensischen Staates anzuerkennen; drittens ist es erforderlich, allen Staaten der Region ihre unabhängige Existenz und Entwicklung zu garantieren – auch

---

[18] Siehe: L. Breshnews Rede vor dem indischen Parlament: Sicherer Frieden in allen Teilen der Welt bleibt oberstes Ziel der UdSSR. In: Neues Deutschland, Berlin, 11. Dezember 1980, S. 3.

[1] UdSSR-Außenminister A. Gromyko vor der internationalen Presse. In: Neues Deutschland, Berlin, 26. Juni 1979.

Israel. Der Weg zu dieser Lösung und damit zur Herstellung eines gerechten und dauerhaften Friedens kann nur ein politischer sein.

Im Herangehen der führenden US-amerikanischen Kreise an die Entwicklung im Nahen Osten zeichneten sich dagegen gefährliche Tendenzen ab. Zugleich mit dem Versuch, die militärische Überlegenheit der NATO über die Staaten des Warschauer Vertrages zu erringen, geht es dem USA-Imperialismus darum, militärische Stärkepositionen im Nahen und Mittleren Osten als Mittel der Erpressung in der globalen Systemauseinandersetzung verfügbar zu haben. Er will die UdSSR vor allem mit seiner Nuklearstrategie bedrohen, um sie in den internationalen Beziehungen zu einem «Wohlverhalten» gegenüber den Plänen des USA-Imperialismus zu zwingen.

Die regierenden Kreise der USA meinten, in Verkennung des realen Kräfteverhältnisses in der Welt, daß sie in der Lage sein würden, eine Verschlechterung der Sicherheitsbedingungen der UdSSR herbeizuführen, um sie so zu Zugeständnissen in der Systemauseinandersetzung erpressen zu können. Demzufolge erhielt die direkte militärische Präsenz der USA im Nahen und Mittleren Osten Priorität, wie der forcierte Aufbau und der geplante Einsatz der «Schnellen Eingreiftruppe» an geostrategisch wichtigen Punkten der Region zeigten. Die RDF sollte proimperialistische Regime in der Region im Kampf gegen revolutionäre Volksbewegungen unterstützen. Ihr war die Aufgabe zugedacht, die Erdölfelder in der Region zu «schützen», denn sie verfügt über die Fähigkeit, sich schnell in lokale Kriege einzumischen, deren Auslösung nach Auffassung des Pentagon im Nahen und Mittleren Osten schneller als in anderen Regionen erfolgen könnte.

Aus dem Zerfall der CENTO und dem Sturz des Schahregimes in Iran zogen die regierenden Kreise der USA die Schlußfolgerung, sich im Nahen und Mittleren Osten nicht mehr – wie in der Amtszeit Nixons – nur auf ein oder zwei Säulen zu stützen, sondern ein umfassendes System von Bündnispartnern und Stützpunkten aufzubauen, einen «strategischen Konsens» mit allen antikommunistisch und antisowjetisch orientierten Kräften in der Region herzustellen. Die Erhaltung und Absicherung der Position Israels als Hauptverbündeten der USA in diesem Raum standen dabei im Vordergrund. Insbesondere Ägypten und Saudi-Arabien sollten in dieses System einbezogen werden, aber auch Jordanien, Oman, Pakistan und die Türkei. Das Haupthindernis für die Realisierung dieses Planes war der ungelöste israelisch-arabische Konflikt. Eine Lösung des Nahostkonflikts im Sinne des USA-Imperialismus sollte die Möglichkeiten der regierenden Kreise der USA, auf die Prozesse in der Region einzuwirken, wesentlich vergrößern. Eine solche Lösung würde einerseits die progressiven Kräfte schwächen und zersplittern sowie andererseits die Stabilität der reaktionären Regierungen im Nahen und Mittleren Osten festigen und deren außenpolitischen Handlungsspielraum erweitern.

Präsident Carter leitete 1978 mit den sogenannten Camp-David-Verhandlungen eine neue Phase auf der Suche nach einer für die USA günstigen Lösung des Nahostkonflikts ein.

Verhandlungen in Camp David

Anfang der siebziger Jahre, als die USA durch den Verlust ihrer bisherigen ökonomischen, militärischen und politischen Sonderstellung in der Welt in eine heftige innen- und außenpolitische Krise geraten waren, hatte die Anpassungsstrategie der Nixon-Kissinger-Regierung in den USA als der gangbare Weg gegolten, um aus der Krisensituation herauszukommen. Diese Orientierung bewog die regierenden Kreise der USA, der Genfer Nahostfriedenskonferenz unter Mitwirkung der UdSSR zuzustimmen. Auf der im Dezember 1973 vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einberufenen Konferenz waren zwar die gegensätzlichen Positionen in aller Schärfe in Erscheinung getreten, dennoch hätte sie der Auftakt zu einer politischen Regelung des über ein Vierteljahrhundert währenden israelisch-arabischen Konflikts sein können. Doch die USA-Regierung war zum damaligen Zeitpunkt auch bestrebt, mit der von Kissinger eingeführten «Politik der kleinen Schritte» ägyptisch-israelische Separatvereinbarungen einzuleiten, um eine komplexe Nahostfriedensregelung zu unterlaufen.[2]

Es ging Kissinger darum, einen Interessenausgleich zwischen Israel und Ägypten, aber auch anderen dazu bereiten arabischen Staaten zu erreichen und die UdSSR von der Lösung der strittigen Fragen auszuschalten.

Ein echter Erfolg war Kissingers Bemühungen jedoch versagt geblieben. Es war ihm nicht gelungen, die Palästinafrage aus der Lösung des Nahostkonflikts auszuklammern. Vielmehr hatte die UNO-Vollversammlung im November 1974 die Resolution über die Anerkennung des Rechtes auf Selbstbestimmung für das arabische Volk von Palästina angenommen. Damit unterstützte dieses internationale Gremium die von der UdSSR beharrlich erhobene Forderung nach einer Beteiligung von Repräsentanten der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) an den Verhandlungen der Genfer Konferenz.

Nicht zuletzt in Anbetracht der Vorteile, die der Entspannungsprozeß und die damit verbundene Normalisierung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen für die Abschwächung der außen- und innenpolitischen Krise der USA in den siebziger Jahren mit sich gebracht hatten, erklärte sich der neue USA-Präsident Carter bereit, die Genfer Nahostfriedenskonferenz gemeinsam mit der UdSSR fortzusetzen. In einer am 1. Oktober 1977 veröffentlichten sowjetisch-amerikanischen Erklärung wurde dazu festgestellt, «daß im Rahmen einer umfassenden Regelung der Nahostprobleme alle konkreten Fragen gelöst werden müssen, darunter auch derartige Schlüsselfragen wie der Abzug der israelischen Truppen von den während des Konflikts 1967 okkupierten Territorien, die Palästinafrage, einschließlich der Garantierung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes, die Beendigung des Kriegszustandes und die Herstellung normaler friedlicher Beziehungen auf der Basis der gegenseitigen Aner-

---

[2] Am 18. Januar 1974 und am 1. September 1975 wurden die ägyptisch-israelischen Abkommen über die «Streitkräfteentflechtung» unterzeichnet. Dieses Vorgehen von Sadat, der seit Nassers Tod am 28. September 1970 das Amt des ägyptischen Präsidenten ausübte, wurde von den anderen arabischen Staaten mißbilligt. Unter Führung Syriens formierte sich eine Ablehnungsfront.

kennung der Prinzipien der Souveränität, der territorialen Integrität und politischen Unabhängigkeit.»

Zu diesem Zeitpunkt wäre es noch möglich gewesen, die bereits getroffenen separaten Abkommen zwischen Ägypten und Israel in die Genfer Verhandlungen einzubeziehen. Entscheidend für den Erfolg der Nahostfriedenskonferenz wäre gewesen, hinsichtlich der Beteiligung (d. h. der Einbeziehung der PLO) wie auch der «Behandlung der Probleme, den Gesichtspunkt der Komplexität konsequent zur Geltung zu bringen»[3].

Aber die Entspannungsgegner in den USA, besonders unterstützt von den Zionisten, verstärkten ihren Druck auf die Carterregierung enorm und forderten sie auf, der «unabdingbaren Verpflichtung» der USA zur Erhaltung des Status quo in der Welt nachzukommen. Mit einem israelisch-amerikanischen «Arbeitspapier» zogen sich die USA am 5. Oktober 1977 von Positionen zurück, die sie noch am 1. Oktober gemeinsam mit der UdSSR eingenommen hatten. Sie schlossen jetzt die gleichberechtigte Teilnahme der Palästinenser an den in Genf zu führenden Verhandlungen ebenso aus wie die Behandlung ihrer legitimen Rechte auf Schaffung eines arabisch-palästinensischen Staates. Die Carterregierung entwickelte nun im Rahmen ihrer vorgeblichen «Friedensinitiative» besondere Anstrengungen, um trotz aller bestehenden Gegensätze zwischen Ägypten und Israel separate ägyptisch-israelische Vereinbarungen auf höchster Ebene vorzubereiten. Im Ergebnis dieser Bemühungen erfolgte schließlich der Besuch Sadats in Jerusalem im November 1977.

Voraussetzungen dafür, daß Ägypten aus der Front der arabischen Staaten herausgelöst werden konnte, waren damit geschaffen worden, daß Ägypten immer mehr von dem zu Lebzeiten Nassers verfolgten antiimperialistischen Kurs abwich. Am 14. Mai 1973 hatte Präsident Sadat die «Liberalisierung nach innen und außen» zur Grundlage der ägyptischen Wirtschaftspolitik erklärt. Das bedeutete die «Öffnung» des Landes gegenüber den USA. Gleichlaufend mit der Hinwendung zu den Vereinigten Staaten von Amerika vollzog sich der Abbau der einst engen, freundschaftlichen Beziehungen Ägyptens zur Sowjetunion.[4] Diese Politik Sadats brachte Ägypten in eine tiefe Isolierung. Nicht nur die Kräfte des Fortschritts im arabischen Raum, auch die konservativen arabischen Regime sahen sich zur Distanzierung von Kairo veranlaßt.

Mit dem Gipfeltreffen zwischen Carter, Sadat und Begin im September 1978 in Camp David, dem Erholungssitz des US-amerikanischen Präsidenten, schalteten sich die USA unmittelbar in den Verhandlungsprozeß ein. Am 26. März 1979 erfolgte dann in Washington die Unterzeichnung des separaten israelisch-ägyptischen «Friedensvertrages», unter den auch Präsident Carter seine Unterschrift setzte. Dieser Vertrag beendete den Kriegszustand zwischen Ägypten und Israel. Der Anhang I zum Vertrag legte den Rückzug Israels von der Sinaihalbinsel fest und regelte die Stationierung von Streitkräften der UNO und Ägyptens in diesem Gebiet. Im Anhang III wurde die Aufnahme politischer und wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Israel

---

[3] M. Robbe, Scheidewege in Nahost, Berlin 1982, S. 400.

[4] Am 15. März 1976 kündigte Ägypten einseitig den Freundschaftsvertrag mit der UdSSR.

und Ägypten vereinbart. In einem Brief an Carter erklärten die israelische und die ägyptische Seite, daß zu einem späteren Zeitpunkt Verhandlungen über die Gewährung der «vollen Autonomie» für das Westjordanland aufgenommen werden sollten.

Unter dem Eindruck der Ereignisse in Iran und Afghanistan,[5] die sich den Interessen des USA-Imperialismus zuwiderlaufend entwickelten, war diese sogenannte Dreiervereinbarung überstürzt abgeschlossen worden. Sie war der Versuch, die sozial explosive Situation zu entladen, die sich Ende der siebziger Jahre in der gesamten Nahostregion herausgebildet hatte, von der Ägypten ebenso erfaßt worden war wie eine Reihe anderer arabischer Staaten und die Israels wirtschaftlich-politische Krise verschärft hatte. Mit ihrer Beteiligung am Zustandekommen des israelisch-ägyptischen Abkommens war die Carterregierung eindeutig von der gemeinsam mit der Sowjetunion noch am 1. Oktober 1977 abgegebenen Erklärung zur Nahostfriedensregelung abgerückt. Die Ausschaltung der UdSSR aus dem Verhandlungsprozeß und die Umgehung des Genfer Mechanismus erschienen den führenden Kreisen der USA wesentlich vorteilhafter für die Durchsetzung ihrer Nahostinteressen.

Die Lösung des Palästinaproblems, die Kernfrage des Nahostkonflikts, wurde mit dem Separatvertrag unter dem Vorwand, die Möglichkeiten einer «Selbstverwaltung» zu prüfen, auf unbestimmte Zeit vertagt, womit der Festigung der israelischen Okkupationspolitik im Westjordanland und im Ghazastreifen neuer Spielraum verschafft wurde.

Im Ergebnis des in Camp David eingeleiteten Prozesses konnten die USA weitere militärische Realitäten schaffen. Einheiten einer zur RDF gehörenden Luftlandedivision wurden auf Sinai stationiert – angeblich, um die israelisch-ägyptische Grenze zu «kontrollieren». Damit waren Kräfte der «Schnellen Eingreiftruppe» im Nahen Osten bereits präsent. Die USA erhielten im Ergebnis der Vertragsunterzeichnung Zugang zu Militärstützpunkten in Ägypten; es handelte sich um Nutzungsrechte auf Militärflugplätzen in der Umgebung von Kairo sowie den Ausbau eines Luft- und Marinestützpunktes in Ras Banas am Roten Meer (geplanter Kostenaufwand 106,4 Millionen Dollar). Das waren weitere Schritte auf dem Weg zur Militarisierung der Regionen des Indik und des Nahen Ostens. Es waren neue Basen geschaffen worden, um die militärische Präsenz der USA in diesen Regionen besser zu stützen. Anfang des Jahres 1980 trafen USA-Fliegerkräfte in Ägypten ein. Und vom Luftstreitkräftestützpunkt Quena starteten US-amerikanische Einheiten im April 1980 die geheime militärische Operation «Oilbath» gegen Iran zur «Geiselbefreiung».[6]

---

[5] Im April 1978 war in Afghanistan das Daudregime beseitigt worden. Mit dieser Aprilrevolution begannen sich antifeudale, antiimperialistische und demokratische Veränderungen im Lande zu vollziehen. Und am 5. Dezember 1978 wurde der afghanisch-sowjetische Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit abgeschlossen. In Iran verstärkte sich seit 1978 zunehmend eine anti-amerikanische Bewegung. Anfang 1979 führte die anti-monarchistische und antiimperialistische Volksrevolution zum Sturz des Schahs.

[6] Die USA-Botschaft in Teheran war im November 1979 von iranischen Studenten besetzt worden, weil dort eine Basis für subversive, geheimdienstliche Aktionen gegen die iranische Revolution entstanden war. Die Carterregierung veranlaßte am 24. April 1980 ein Kommandounternehmen zur Entführung der im USA-Botschaftsgebäude Festgehaltenen und zur Verschleierung ihrer Tätigkeit. Die Operation mißlang. Nach Verlusten von Menschen und Kampftechnik mußten sich die USA-Soldaten unverrichteterdinge schleunigst zurückziehen.

Das israelisch-ägyptische «Friedensabkommen» wurde von Präsident Carter aber auch genutzt, um Israel genügend Spielraum für die Fortsetzung seiner Annexionspolitik zu lassen. Der Abschluß des israelisch-ägyptischen Separatabkommens begünstigte in erster Linie die Interessen Israels in der Region. Faktisch wurden damit Israels Forderungen nach Ersetzung multilateraler Gesamtverhandlungen durch bilaterale Verhandlungen mit den einzelnen arabischen Partnern akzeptiert. Mit seiner Unterschrift unter den Vertrag gab der ägyptische Präsident Sadat eine einseitige Verzichtserklärung auf grundlegende Interessen der arabischen Befreiungsbewegung ab.

«Strategischer Konsens»

Mit dem Amtsantritt Präsident Reagans rückten extremer Antikommunismus und Antisowjetismus wieder offen ins Zentrum der Diplomatie und Außenpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika. Die neue Administration entfachte eine massive, alle Bereiche umfassende antisowjetische Kampagne, um die öffentliche Meinung in den USA auf ihre totale Konfrontationspolitik einzuschwören. Deren Hauptziel – die militärische Überlegenheit über die Sowjetunion zu erreichen – wurde durch die Forderung ergänzt, daß die Streitkräfte der USA, ebenso wie die ihrer Verbündeten, zur Führung aller Arten von Kriegen in mehreren, von den USA sich angemaßten Einflußsphären befähigt werden müßten. USA-General D. Jones sprach in aller Deutlichkeit aus, daß «die westliche Hemisphäre (gemeint sind die USA – A. B.) und die drei Gebiete außerhalb von ihr, die für die Interessen der USA am wichtigsten sind – Westeuropa, Nordostasien und Südwestasien –, ein System unlösbar verbundener strategischer Zonen» bilden.[7]

Um den militanten Antikommunismus und Antisowjetismus zu beleben, verleumdete Reagans neuer Außenminister, Alexander Haig, die Sowjetunion auf seiner ersten Pressekonferenz am 28. Januar 1981 als «Leitzentrum des internationalen Terrorismus». Die USA-Führung beschwor die Gefahr einer »sowjetischen Bedrohung» der nahöstlichen Erdölfelder herauf und forderte zugleich, daß dieser, lediglich ihrer Phantasie entsprungenen Gefahr durch Schaffung eines «Abwehrblocks» entgegengetreten werden müsse. Die Reaganregierung führte damit den bereits von der vorherigen Administration entwickelten Gedanken, den Nahen und Mittleren Osten in eine sogenannte Struktur der Zusammenarbeit und Sicherheit einzubinden, weiter. Mit der regierungsoffiziellen Orientierung auf ein vertraglich fixiertes strategisches Einvernehmen («strategischer Konsens») zwischen Führungskräften des Nahen und Mittleren Ostens und den USA wollte die US-amerikanische Führung militärstrategisch wichtige Länder dieses Raumes und regionale Gruppierungen auf ihren antisowjetisch determinierten Konfrontationskurs festlegen.[8]

---

[7] Zit. nach A. Charisius/E. Heimann, Zur Militärpolitik der USA am Anfang der 80er Jahre. In: Militärwesen, Berlin, Heft 9/1982, S. 71.

[8] Siehe P. D. Constable, U. S. Policy Toward the Middle East and Persian Gulf Region. In: The Department of State Bulletin, Washington, Juni 1981, S. 43–45.

Nach dem ägyptisch-israelischen Separatabkommen hatten die USA mehrere «Verständigungsmemoranden» mit Israel unterzeichnet, die von weitreichender Bedeutung waren. Darin wurden Israel Sicherheitsgarantien und Zusagen über direkte wirtschaftliche und militärische Unterstützung gegeben. Nachdem Israels Versorgung mit iranischem Erdöl seit dem Sturz des Schahregimes nicht mehr gesichert war, hatte sich die USA-Regierung bereit erklärt, Israel für einen Zeitraum von 15 Jahren in einem der jeweiligen Situation entsprechenden Umfang Erdöl zum Kauf anzubieten.

Eine dieser «Verständigungen» war das Memorandum über gegenseitiges Einvernehmen auf dem Gebiet der strategischen Zusammenarbeit zwischen den USA und Israel vom 30. November 1981. Es war die erste Vereinbarung in der Region, die nicht nur gemeinsame militärische Operationen einschließlich See- und Luftmanöver im östlichen Mittelmeer sowie der Errichtung von Nachschubbasen für die «Schnelle Eingreiftruppe» in Israel vorsah, sondern als Ziel der militärstrategischen Zusammenarbeit unverhüllt auch die Konfrontation mit der UdSSR nannte.

Zur Zone des geplanten strategischen «Einvernehmens» rechnete die Reaganregierung weiterhin die Türkei, Pakistan, Ägypten und Saudi-Arabien sowie die arabischen Staaten am Arabisch-Persischen Golf. Unter diesem Aspekt vereinbarte der USA-Verteidigungsminister mit der türkischen Regierung, aber auch mit Saudi-Arabien und Oman die Bildung gemeinsamer Militärkomitees, ohne allerdings die gleiche weitreichende Festlegung hinsichtlich der antisowjetischen Zielstellung zu erreichen.

Als NATO-Partner und zugleich immer noch wichtigstes Verbindungsglied zum Nahen und Mittleren Osten erhielt die Türkei – nach Auflösung des CENTO-Blocks – im US-amerikanischen Konzept des «strategischen Konsens» eine beachtliche Aufwertung. Zusammen mit Pakistan wurde sie als «Eckstein» der geplanten Zone des strategischen «Einvernehmens» betrachtet. Bereits die Carterregierung hatte begonnen, die wirtschaftlichen und militärischen «Hilfs»programme für die Türkei stark auszuweiten, um eine Stabilisierung des labilen Verbündeten an der Südostflanke der NATO zu erreichen. Im Herbst 1982 dann schlossen die USA mit der türkischen Regierung ein neues Abkommen über den Ausbau und die Nutzung von Militärflugplätzen in der Türkei ab.

Seit dem Sommer 1981 begann Pakistan für die US-amerikanischen Pläne zunehmend wichtiger zu werden. Hatte es früher als Mitglied der CENTO und der SEATO sowie als Gegengewicht zum nichtpaktgebundenen Indien eine Rolle in der Außenpolitik der USA gespielt, so wurde jetzt – im Zusammenhang mit dem nichterklärten Krieg, den Banden von Pakistan aus gegen das revolutionäre Afghanistan führten – den pakistanischen Streitkräften als antisowjetischer militärischer Faktor in der Region besondere Beachtung geschenkt. Der Hauptstrom der Waffen für die in Afghanistan operierenden Konterrevolutionäre ging über pakistanisches Gebiet. Präsident Reagan sprach dem pakistanischen Regierungschef Zia ul Haq während seines Besuchs in Washington (Dezember 1982) seine Anerkennung für die Unterstützung der afghanischen Konterrevolution aus. Allerdings bringt diese Unterstützung für die regierenden Kreise Pakistans eine Reihe von Problemen mit sich. 2,9 Millionen Menschen, die aufgrund der konterrevolutionären Attacken Afghanistan verlassen haben, müssen

von Pakistan versorgt werden. Und eine weitere Eskalation des Konflikts mit Afghanistan würde die innenpolitische Labilität des Regimes in Islamabad verstärken.

Im Juni 1981 schlossen die USA unter Ausnutzung der komplizierten wirtschaftlichen und finanziellen Lage des Landes und aufgrund gewisser Interessenübereinstimmungen mit der pakistanischen Regierung eine Vereinbarung über militärisch-wirtschaftlichen «Beistand» ab. Dafür waren für einen Zeitraum von nur fünf Jahren 3 Milliarden Dollar vorgesehen.[9] Die pakistanische Regierung genehmigte als Gegenleistung den Bau zweier USA-Basen (Omara und Pasui), die für die Absicherung der militärischen Präsenz der USA in diesem Raum von großer Bedeutung sind, denn sie ergänzen das Stützpunktsystem in der Region des Indischen Ozeans und tragen so zur Kontrolle über die Ein- und Ausgänge des Arabisch-Persischen Golfs und des Roten Meeres bei.

In der ersten Hälfte der achtziger Jahre vergrößerten die USA ihre militärische «Hilfe» für Pakistan erheblich. Die Rüstungsmonopole der USA lieferten moderne Kampfflugzeuge, darunter 40 F-16-Maschinen, Hubschrauber, Panzer, aber auch chemische und bakteriologische Waffen an das «befreundete» Land. Sechs pakistanische Divisionen wurden komplett mit USA-Waffen ausgerüstet. 500000 Mann hatte die pakistanische Armee ständig unter Waffen, eine weitere halbe Million war in Reserve. Allein im Haushaltjahr 1981/1982 gab die pakistanische Regierung fast 40 Prozent des gesamten Budgets für die Rüstung aus. Die Pläne der regierenden Kreise der USA zielten darauf ab, Pakistan zur Vertretung der «Sicherheitsinteressen der USA» in der Region zu befähigen. Außerdem sollte das pakistanische Hoheitsgebiet genutzt werden, um Leitzentralen für die USA-Spionagetätigkeit in der Region auf- und auszubauen und damit die in Iran verlorengegangenen Positionen zu ersetzen. Die Errichtung eines USA-Luftüberwachungssystems an der Grenze zu Afghanistan und elektronischer Leitstationen in Sargodha, Gwadar, Peschawar, Karatschi und Islamabad ließ dies erkennen.

Mit der intensiven Aufrüstung Pakistans und der Konzentration pakistanischer Streitkräfte an der Grenze zu Indien wurde Druck auf diesen Nachbarn Pakistans ausgeübt. Diese zusätzliche Wirkung US-amerikanischer «Hilfe» paßte der USA-Führung genau ins Konzept.

Die USA aktivierten nicht nur ihre bilateralen Beziehungen zu den mit ihnen «befreundeten» Staaten der Region, sie waren auch bemüht, ein System regionaler Zusammenarbeit aufzubauen. So erwarteten die USA von dem im September 1981

---

[9] In Vorbereitung dieses Abkommens veranlaßte die Reaganregierung im Mai 1981 die Verabschiedung einer Resolution der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten, mit der die bisherigen Restriktionen bezüglich der «Hilfe» der USA für Pakistan aufgehoben wurden. Diese waren wegen der pakistanischen Bestrebungen, Nuklearwaffen zu entwickeln, erfolgt. Der neuen Resolution zufolge ist die US-amerikanische Regierung im Falle eines pakistanischen Kernwaffentests nicht mehr verpflichtet, den Beistand der USA automatisch einzustellen. Offiziell nicht bestätigten Verlautbarungen der USA-Presse zufolge sind jedoch die USA nicht gewillt, die Entwicklung von Kernwaffen in Pakistan zu fördern, sondern versuchen vielmehr, dort nukleare Mittelstreckenraketen (Pershing) zu stationieren. Siehe USA-Politik gegenüber Entwicklungsländern in Süd- und Südostasien seit Beginn der achtziger Jahre. In: Aktuelle Beiträge der Staats- und Rechtswissenschaft, Potsdam-Babelsberg 1984, Heft 309, S. 33.

zwischen den Militärdiktaturen der Türkei und Pakistans unterzeichneten Vertrag nicht nur eine Erweiterung der technischen Zusammenarbeit und die gemeinsame Entwicklung der Rüstungsindustrie beider Länder. Mit regionalen Kooperationsabkommen dieser Art sollte auch der Weg geebnet werden, noch enger mit den USA zusammenzuarbeiten. Für die achtziger Jahre wurde eine solche regionale Gruppierung insbesondere zur Realisierung des enorm ansteigenden Waffentransfers der USA in die Region des Nahen und Mittleren Ostens angestrebt. Pakistan und die Türkei sollten sich 1982 unmittelbar an der Abwicklung eines 1,5-Milliarden-Dollar-Rüstungsgeschäfts der USA mit Ägypten beteiligen. Geplant war auch, den Umfang der Waffenlieferungen an Ägypten in den kommenden Jahren weiter zu steigern.

Um die trotz aller bereits erfolgten Rüstungsmaßnahmen ihrer Ansicht nach noch immer bestehende relative militärische Schwäche Saudi-Arabiens zu kompensieren, begann die saudi-arabische Regierung, ihre militärischen Beziehungen zu Pakistan zu erweitern. Das saudi-arabische Königshaus vertraute den Pakistanern, da diese nicht in die zwischenarabischen Auseinandersetzungen und auch nicht in den Konflikt mit Israel verwickelt waren. Außerdem verfügte Pakistan über langjährige Erfahrungen in der militärischen Zusammenarbeit mit den USA. Am nördlichen Küstenteil des Arabisch-Persischen Golfs und in der Ostprovinz Saudi-Arabiens, dort, wo sich die bedeutendsten Erdöllagerstätten der nichtsozialistischen Länder befinden, sind seit Anfang der achtziger Jahre pakistanische Luftwaffeneinheiten und Truppenverbände (20000 Mann) stationiert, für deren Unterhalt Saudi-Arabien bis zu einer Milliarde Dollar jährlich ausgibt.[10]

Für den USA-Imperialismus nimmt Saudi-Arabien aufgrund seiner geostrategischen Lage im Zentrum der Golfregion, wegen seiner ökonomischen und politischen Potenzen schon seit langem eine Schlüsselstellung im Raum des Nahen und Mittleren Ostens ein. Auch die Reaganadministration legt auf die militärische Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien großen Wert. Die verstärkte Lieferung hochmoderner Waffensysteme an Saudi-Arabien soll den USA strategisch vorteilhafte Positionen, insbesondere zur regionalen Abstützung der «Schnellen Eingreiftruppe», sichern. Das damit geschaffene größere Abhängigkeitsverhältnis Saudi-Arabiens würde den USA gleichzeitig eine Kontrolle über das politische Vorgehen der saudi-arabischen Regierung ermöglichen, deren Schritte – was den israelisch-arabischen Konflikt betraf – nicht immer in voller Übereinstimmung mit den Interessen der USA standen. Lieferung und Wartung der modernen Waffensysteme betrachten die USA als einen sicheren Weg, um ihre seit den siebziger Jahren eingeleitete militärische Präsenz in Saudi-Arabien wesentlich verstärken zu können.

Dennoch gelang es den USA nicht, Saudi-Arabien als zuverlässigen Verbündeten in ihren Konfrontationskurs einzuordnen. Die ausgeprägten panarabischen und islamischen Tendenzen des saudi-arabischen Herrscherhauses, seine Position im Nahostkonflikt, die sich von der der USA unterscheidet, und sein Bestreben, die einseitigen wirtschaftlichen Bindungen an die USA abzubauen, verursachten eine Reihe von Pro-

---

[10] Siehe A. Wasiljew, Der Persische Golf im Epizentrum des Sturmes, Moskau 1983, S. 89 f.

blemen in den Beziehungen beider Staaten, die verhinderten, Saudi-Arabien voll und ganz für den antisowjetischen Kurs der USA nutzbar zu machen.

Die Ermordung Sadats am 6. Oktober 1981 behinderte in noch stärkerem Maße die Realisierung der US-amerikanischen Pläne. Mit dem Regierungswechsel in Kairo erhob sich für die USA die Frage, ob sie ihre Camp-David-Politik fortzusetzen und ihren Einfluß in Ägypten weiterhin zu festigen vermochten. «Sadats Tod», so schrieb die «New York Times» am 8. Oktober 1981, «erinnert an die Erschütterung, die die USA-Administration im Augenblick des Sturzes des Schahregimes durchgemacht hat.» Die USA reagierten auf die Ereignisse mit einer Interventionsdrohung. An den Küsten Ägyptens und Libanons, im östlichen Teil des Mittelmeers, wurden starke USA-Seestreitkräfte zusammengezogen, die Kampfflugzeuge und Landungstruppen an Bord hatten. Das Pentagon versetzte die «Schnelle Eingreiftruppe», darunter auch die Verbände, die sich auf dem Territorium der USA befanden, in Alarmbereitschaft.

Während des im November 1981 in Ägypten abgehaltenen Manövers «Bright Star» demonstrierte die USA-Militärführung die Mobilität der «Schnellen Eingreiftruppe». Fallschirmjäger, Luftlandeeinheiten, Angehörige der Special Forces, Spezialisten der rückwärtigen Dienste, schweres Gerät, Kampfflugzeuge und strategische Bomber wurden aus den USA herangeführt und gingen sofort zu militärischen Handlungen in der Region über. An diese Machtdemonstration anknüpfend, forderte die Reaganadministration die Bewilligung von weiteren 2,05 Milliarden Dollar Kredite aus dem Fond für sogenannte Sicherheitshilfe. Das bedeutete, daß Ägypten ein Viertel des gesamten «Hilfs»fonds im Haushaltjahr 1982/1983 erhalten sollte und mit Israel, das 2,2 Milliarden Dollar bewilligt bekam, fast auf die gleiche Stufe gestellt wurde. Mit dieser Entscheidung wollte die Reaganregierung ihre Bereitschaft bekunden, den sicherheitspolitischen Interessen Ägyptens stärker Rechnung zu tragen, denn sie erwartete, das Kairo bereit wäre, als erste arabische Regierung dem antisowjetischen Kurs des «strategischen Konsens» zuzustimmen.

Scheitern der Nahostpolitik in Reagans erster Amtsperiode

Am 6. Juni 1982 fielen die Truppen Israels in Libanon ein. Der fünfte Nahostkrieg hatte begonnen. Er führte zur Zerstörung Beiruts und zu den Massakern in den palästinensischen Lagern. Aufgrund der «strategischen Partnerschaft» mit den USA hatte es die israelische Führung gewagt, diesen extrem aggressiven und offen expansionistischen Kurs gegenüber den arabischen Staaten einzuschlagen. Sowohl Washington als auch Tel Aviv rechneten damit, in Libanon folgende Ziele zu erreichen:

- Erstens sollten die bewaffneten Einheiten der palästinensischen Widerstandsbewegung zerschlagen und die Rolle der PLO als legitimer Vertreter des arabischen Volkes von Palästina geschwächt werden;
- zweitens sollte Syrien gezwungen werden, seine Truppen aus Libanon, wo sie auf

Beschluß der Liga der Arabischen Staaten stationiert worden waren, abzuziehen;
- drittens sollte die Nationalpatriotische Front Libanons vernichtet und ein den imperialistisch-zionistischen Kräften willfähriges Regime errichtet werden, das zu einem kapitulantenhaften Abkommen, ähnlich dem von Camp David, mit dem Aggressor Israel bereit sein würde.

Obwohl die Aggression gegen Libanon der PLO und der libanesischen national-progressiven Bewegung sowie auch allen anderen antiimperialistischen Kräften im arabischen Raum schweren Schaden zufügte, zeigte sich, daß dem US-amerikanischen Konfrontationskurs Grenzen gesetzt sind. Die PLO war als politisch-militärisch wirkender Faktor nicht vernichtet worden. Einer Lösung des Palästinaproblems im Sinne von Camp David waren die USA überhaupt nicht näher gekommen. Ebensowenig hatten die damit zusammenhängenden Konflikte in den Beziehungen der USA zu Ägypten, Jordanien, Saudi-Arabien und den Golfstaaten beseitigt werden können.

Die auf eine Demonstration militärischer Überlegenheit in der Region angelegte Aggression führte zu einer internationalen Isolierung des USA-Hauptverbündeten Israel, und zwar in einem Ausmaß wie nie zuvor. Dies war zugleich eine außerordentliche Belastung für die US-amerikanische Nahostpolitik.

Bestimmte Teile der strategischen Zielsetzung der USA konnten allerdings erreicht werden. Die militärische Präsenz der USA wurde zumindest zeitweilig auf Libanon ausgedehnt. Mit der Beteiligung US-amerikanischer, französischer und italienischer Truppen an multinationalen Streitkräften, die vorgeblich als «Friedensstifter» in Libanon einrückten,[11] konnte praktisch ein Schritt in Richtung der von den USA angestrebten Erhöhung des militärischen Engagements ihrer NATO-Verbündeten in der Nahostregion getan werden.

Noch niemals zuvor waren die USA so aktiv und so unmittelbar in einem bewaffneten Konflikt in diesem Raum in Erscheinung getreten. Das demonstrierte vor aller Welt, daß Israel seinen Krieg gegen Libanon und den Völkermord an den Palästinensern nicht hätte durchführen können, wenn es nicht die «strategische Allianz» mit den USA gegeben hätte. Auch das Mißfallen, das die Reaganregierung angesichts des grausamen Blutbads an den Palästinensern äußerte, konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß die «strategische Allianz» USA–Israel sogar dann noch weiterfunktionierte, als die israelische Willkür überall – auch in den USA selbst – verurteilt wurde. Gewisse taktische Differenzen zwischen den führenden Kreisen der USA und Israels wurden von der US-amerikanischen Presse aufgebauscht. Zeitweilig wurden in den Massenmedien der USA israelisch-amerikanische Widersprüche aber auch konstruiert, um die Bindung der konservativen arabischen Staaten an die USA nicht noch mehr zu gefährden.

Mit der sogenannten neuen Nahostinitiative Präsident Reagans vom 1. September 1982, die weiterhin auf der Camp-David-Linie fußte, legte die US-amerikanische Regierung einen Plan vor, der darauf abzielte, die USA-Politik in der Region den neuen Gegebenheiten anzupassen. Unverändert wurde allerdings weiterhin versucht,

---

[11] Die beteiligten Staaten sahen sich Anfang 1984 allerdings gezwungen, den übergroßen Teil dieser Streitkräfte aus Libanon abzuziehen.

die Anstrengungen der UdSSR und ihrer Verbündeten zur umfassenden Regelung des Nahostproblems zu torpedieren und die Araber von der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern zu isolieren sowie Zwietracht unter den arabischen Staaten zu schüren.

In diesem US-amerikanischen Plan wurde auch daran festgehalten, die Schaffung eines palästinensischen Staates seitens der USA nicht zu unterstützen. Er enthielt lediglich eine vage Erklärung darüber, daß eine Art «Selbstverwaltung» der Palästinenser in Verbindung mit Jordanien im Gebiet westlich des Jordan und im Ghazastreifen eine mögliche Lösung sein könne. Das Recht auf Schaffung eines arabisch-palästinensischen Staates wurde in Reagans «Nahostinitiative» also auf eine «Verwaltungsautonomie» reduziert.[12]

Dem langfristig angelegten Komplott Reagans zur Spaltung der arabischen Welt und zur Vertiefung der Widersprüche in der Region stellte die vom 6. bis 9. September 1982 in Fès tagende arabische Gipfelkonferenz erstmals ein gesamtarabisches Programm zur umfassenden Regelung des Nahostkonflikts entgegen, das in allen entscheidenden Fragen dem Reaganplan widersprach. In ihm waren die wesentlichen, auch von der UdSSR und den anderen sozialistischen Staaten seit langem vertretenen Prinzipien für eine gerechte und dauerhafte Nahostregelung enthalten.

Anfang 1983 legte die Reaganregierung der jordanischen Regierung ein 7-Punkte-Memorandum vor, mit dem König Hussein gedrängt wurde, im Namen der Palästinenser Verhandlungen mit Israel aufzunehmen. Trotz der engen Beziehungen, die schon lange zur US-amerikanischen Regierung bestanden, lehnte der jordanische König jedoch Separatverhandlungen ab. Danach konzentrierte die Reaganregierung ihre Anstrengungen auf Libanon. Mit gemeinsamem Druck gelang es Washington und Tel Aviv, der libanesischen Regierung im Mai 1983 ein «Friedensabkommen» mit Israel aufzuzwingen. Tatsächlich bedeutete dieses Abkommen die Zerstückelung Libanons sowie die Fortdauer der militärischen Präsenz Israels in diesem arabischen Land.

Nachdem sich gezeigt hatte, daß die Pläne der US-amerikanischen Diplomatie auf den heftigen Widerstand der meisten arabischen Regierungen gestoßen waren, schwanden in der USA-Führung auch die Hoffnungen, die US-amerikanischen Ziele im Nahen und Mittleren Osten mit «geringsten Anstrengungen» und «minimalsten Kosten» realisieren zu können. Die Reaganadministration legte nun die Maske des «Friedensstifters» und «ehrlichen Vermittlers» ab und orientierte offen auf eine Stärkung der israelischen Kriegsmaschinerie sowie den direkten Einsatz US-amerikanischer Streitkräfte. Das neue, im November 1983 abgeschlossene Abkommen über strategische Zusammenarbeit mit Israel ermöglichte den USA, die militärischen Aktionen beider Länder ständig zu koordinieren und in größerem Umfang US-amerikanische Waffen auf israelischem Territorium zu deponieren.

Am 28. Februar 1984 befahl Präsident Reagan den vor der libanesischen Küste zusammengezogenen USA-Seestreitkräften, Artilleriefeuer auf das Festland zu richten. Gleichzeitig begannen USA-Flugzeuge Bomben über Libanon abzuwerfen. Das

---

[12] Siehe The Times, London, 3. September 1982.

Pentagon hatte eine mächtige Seekriegsflotte, darunter drei Flugzeugträger mit insgesamt rund 300 Kampfflugzeugen, und mehreren tausend Marineinfanteristen an Bord vor der libanesischen Küste konzentriert. Die Reaganregierung bedrohte damit nicht nur Libanon, sondern ebenfalls Syrien. Auch die führenden syrischen Kreise sollten dazu gezwungen werden, die israelisch-amerikanischen Bedingungen zu akzeptieren.

Es zeigte sich jedoch, daß die Versuche der US-amerikanischen Regierung, auf diplomatischem Wege und unter Einsatz ihrer Militärmacht den Nahen und Mittleren Osten in ihren Konfrontationskurs hineinzuzwängen, wesentlich zur Verschärfung der Widersprüche zwischen dem USA-Imperialismus und den Völkern und Staaten dieser Region beitrugen. Ausdruck dafür waren die Differenzen in den sicherheitspolitischen Auffassungen zwischen der Reaganregierung und arabischen Führungskräften.

Selbst solche von den USA als befreundet angesehene Führungskräfte in der Region, wie die Regierungen Jordaniens, Saudi-Arabiens und der Golfstaaten, akzeptierten den Vorwand einer angeblichen sowjetischen Bedrohung nicht. Für sie ging die Hauptgefahr für den Frieden von Israel aus. Ihre Zweifel an der Wirksamkeit der den USA zur Verfügung stehenden Machtmittel und an der Verläßlichkeit der US-amerikanischen Regierung hatten sich erheblich verstärkt, nachdem sich die USA als unfähig erwiesen hatten, dem Sturz des Schahregimes entgegenzuwirken, und es ihnen nicht gelungen war, Konzessionen von der israelischen Regierung zu erzwingen. Diese betrafen in erster Linie die Okkupations- und Siedlungspolitik Israels in den besetzten arabischen Gebieten. Außerdem befürchteten die konservativen Kräfte, daß durch das Weiterbestehen von Konfliktstoffen in der Region die innere Stabilität ihrer Regime verstärkt in Frage gestellt werden könnte. Insbesondere beunruhigte sie in diesem Zusammenhang, daß die USA-Regierung das Palästinaproblem bislang umging.

Unter diesen Aspekten erschien den konservativen arabischen Kräften die Fortführung einer Politik der Interessenparallelität mit den Vereinigten Staaten von Amerika in den achtziger Jahren als eine Belastung. Als sicherheitspolitische Alternativen betrachteten diese Kräfte einerseits das Vermeiden einer offenen militärischen Präsenz außerregionaler Mächte im Nahen und Mittleren Osten, andererseits die Vertiefung regionaler (auch militärischer) Zusammenarbeit, die Weiterentwicklung der islamischen Einheit sowie die aktivere Beteiligung an der Bewegung der nichtpaktgebundenen Staaten.

Die Position der arabischen Staaten befand sich in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Sicherheitsrates und der Vollversammlung der Vereinten Nationen. Diese hatten die Aggression Israels gegen Libanon vom ersten Tag an verurteilt. In der Vollversammlung der UNO waren die Resolutionen zur Unterstützung der Rechte des palästinensisch-arabischen Volkes mit überwältigender Mehrheit unterstützt worden. Nur Israel und die USA hatten sie abgelehnt.

In Israel selbst rief die Libanonaggression eine noch nie dagewesene Antikriegsbewegung hervor. Der «Blitzkrieg», der in maximal 72 Stunden entschieden werden sollte, hatte sich in einen «Abnutzungskrieg» verwandelt. Dieser Krieg kostete Israel 3 Milliarden Dollar und das Leben von 600 Soldaten. Im Verhältnis zur Anzahl der

Bevölkerung waren die israelischen Verluste damit höher als die der USA im Vietnamkrieg. Die israelischen Aggressoren waren in Libanon auf einen ständig anwachsenden bewaffneten Widerstand gestoßen.

Mit der Fortführung des Krieges trat in Israel die Wirtschaftskrise immer krasser in Erscheinung. Die Auslandsverschuldung erreichte im Jahr 1982 die Summe von 26 Milliarden Dollar (1979 waren es noch 19,4 Milliarden Dollar gewesen). Infolge der zunehmenden Militärausgaben schnellte die Inflationsrate 1983 auf 190,7 Prozent empor (1982 betrug sie 131,5 Prozent). Die regierenden Kreise Israels versuchten die Krise abzuschwächen, indem sie einen massiven Angriff auf den Lebensstandard der werktätigen Bevölkerung einleiteten. Die Reallöhne der Arbeiter sanken um 25 Prozent.[13]

In dieser Situation begannen mehr und mehr Menschen in Israel zu begreifen, daß die Ursache für die tiefe Krise die gewaltige Summe war, die für die Realisierung der Kriegspläne und für die Durchführung der Okkupations- und Kolonisationspolitik in den eroberten arabischen Gebieten ausgegeben wurde. Eine Welle des Unwillens gegen die Regierungspolitik brandete in Israel auf. Hunderttausende, auch aus zionistischen Kreisen kommend, schlossen sich den immer heftiger werdenden Antikriegsdemonstrationen an.

Entgegen allen Erwartungen der USA-Führung festigte sich der libanesische Widerstand gegen die israelisch-amerikanischen Pläne. Es gelang den regierenden israelischen Kreisen weder die Bestimmungen des im Mai 1983 Libanon aufgezwungenen «Friedensabkommens» durchzusetzen noch – mit Hilfe der libanesischen Rechtsfraktion – die antiimperialistischen, nationalpatriotischen Kräfte in Libanon zu zerschlagen. Die nationalprogressiven Kräfte Libanons, unter ihnen die Libanesische Kommunistische Partei und die Sozialistische Fortschrittspartei, begannen eine immer wichtigere Rolle im politischen Leben des Landes zu spielen.

Die Sache der Palästinenser erhielt in der ganzen Welt immer größere Unterstützung – ungeachtet der von seiten des Imperialismus, des Zionismus und der arabischen Reaktion unternommenen Anstrengungen, die Reihen der PLO zu spalten.

1984/1985 versuchten die USA, Separatverhandlungen zwischen Israel und einer «gemeinsamen jordanisch-palästinensischen Delegation» zustande zu bringen. Diese Delegation sollte eine Abordnung Jordaniens und solcher Palästinenser sein, die nicht, wie die PLO-Führung, auf der Forderung nach einem eigenen arabisch-palästinensischen Staat bestanden. Auf diese Weise sollte der Weg frei gemacht werden, um das längst international anerkannte Recht des arabischen Volkes von Palästina auf Errichtung eines selbständigen Staates unter Führung der von ihm gewählten legitimen Vertreterin, der PLO, zu liquidieren.

Syrien, auf dessen Kapitulation die US-amerikanische und die zionistische Politik ebenfalls abzielten, widersetzte sich konsequent allen Versuchen, es mit Druck und Drohung zur Anerkennung der israelischen Bedingungen über einen Rückzug «fremder Streitkräfte» aus Libanon zu zwingen. Die regierenden Kräfte Israels

---

[13] Siehe T. Tubby, The Struggle Against Aggression and Expansionism. In: International Affairs, Moskau 1984, H. 6, S. 30 ff.

mußten ihre Absicht aufgeben, den israelischen Rückzug aus Libanon mit der Schwächung der militärischen Position Syriens zu koppeln. Im Januar 1985 legte die Regierung des neuen israelischen Ministerpräsidenten, Shimon Peres, einen 3-Etappen-Plan vor, der auf den einseitigen Rückzug Israels aus Libanon bis zum Herbst 1985 orientierte.[14] Die israelische Militärführung befürchtete damals, daß die 12000 noch im Süden Libanons verbliebenen israelischen Soldaten in einen verlustreichen Partisanenkrieg verwickelt werden könnten. Mit diesem Plan wollte die Regierung Peres auch die wachsende Opposition in Israel gegen die volksfeindliche Expansions- und Okkupationspolitik beschwichtigen, ohne ihre Positionen in Libanon aufzugeben.

Das Libanonabenteuer und die dabei demonstrierte «strategische Allianz» der USA mit Israel hatten nicht dazu beigetragen, das Prestige der USA im Nahen Osten zu erhöhen. Nach anfänglichen Teilerfolgen mußte die konfrontativ betriebene Nahostpolitik der USA am Ende von Reagans erster Amtsperiode als gescheitert betrachtet werden. Trotz angestrengtester Bemühungen der USA hatte sich außer Ägypten kein anderes arabisches Land den Camp-David-Verhandlungen angeschlossen, und auch der «Nahostinitiative» Reagans war kein Erfolg beschieden. Selbst führende Kreise der USA mußten eingestehen, daß die direkte, bewaffnete Einmischung der USA in Libanon den US-amerikanischen Positionen nicht nur in diesem Land, sondern überhaupt im Nahen und Mittleren Osten geschadet hatte. Der Hauptteil der vor der libanesischen Küste und in Beirut konzentrierten USA-Militärverbände mußte im Frühjahr 1984 abgezogen werden. Das bedeutete aber keineswegs den Verzicht auf eine Weiterführung des Konfrontationskurses. Führende Repräsentanten der USA-Regierung erklärten, daß die USA entschlossen seien, mit einer Kombination von «Friedensdiplomatie», ökonomischem Druck und Anwendung bewaffneter Gewalt eine ihren und den Interessen Israels entsprechende Lösung des Nahostkonflikts herbeizuführen.

Die Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten hat jedoch seit über einem Vierteljahrhundert bewiesen, daß der große Komplex der Probleme nicht mit Methoden des Interventionismus gelöst werden kann. Nur durch die gemeinsamen Anstrengungen aller beteiligten Seiten ist es möglich, eine politisch akzeptable Lösung auf einer realistischen Grundlage zu finden.

Die am 30. Juli 1984 in der sowjetischen Presse veröffentlichten Vorschläge der UdSSR sind ein weiterer wichtiger Schritt in Richtung auf Herstellung eines gerechten und stabilen Friedens in der Region des Nahen und Mittleren Ostens. Die Sowjetunion geht – wie bisher – davon aus, daß die Eroberung von Gebieten durch Anwendung von Gewalt und durch Aggression prinzipiell nicht zulässig ist. Deshalb besteht sie unverändert auf ihrer Forderung, daß Israel die 1967 okkupierten Gebiete zurückgeben muß. Das betrifft die Golanhöhen, das Gebiet am Westufer des Jordan, den Ghazastreifen und die besetzten libanesischen Gebiete. Beendigung der Okkupation – das bedeutet auch die Beseitigung der israelischen Niederlassungen auf arabischen Territorien. Die sowjetischen Vorschläge betonen die Notwendigkeit, dem arabisch-palä-

---

[14] Siehe Beginning of an End Game. In: Newsweek, New York, 28. Januar 1985, S. 26.

stinensischen Volk, als dessen legitimer Repräsentant die PLO international anerkannt ist, das Recht auf Schaffung eines eigenen Staates zu garantieren. Zugleich wird in den sowjetischen Vorschlägen die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, mit Zustimmung der Palästinenser das Westjordangebiet und den Ghazastreifen für eine gewisse Übergangsperiode unter die Kontrolle der Vereinten Nationen zu stellen. Ebenso wird der Gedanke einer späteren Konföderation zwischen einem arabisch-palästinensischen und dem jordanischen Staat in Erwägung gezogen. Dabei würde es sich eindeutig um den Zusammenschluß zweier unabhängiger Staaten handeln.

Der Frieden in der Region kann nur gesichert werden, wenn die unabhängige Existenz aller Staaten, d. h. auch die Israels, im Nahen und Mittleren Osten garantiert wird. Internationale Garantien können wesentlich zu dieser friedlichen Regelung beitragen.

Die sowjetische Initiative vom Juli 1984 ist insofern von besonderer Bedeutung, als sie über Grundsatzerklärungen für künftige Abkommen hinausgeht. Anknüpfend an die Erfahrungen der Genfer Nahostkonferenz von 1973, weist sie vor allem auf die möglichen Methoden und die einzelnen Schritte hin, mit denen auf einer neuen internationalen Konferenz die Konflikte im Nahen und Mittleren Osten gelöst werden können. Der gesamte Komplex der sowjetischen Vorschläge ist in allen arabischen Ländern auf großes Verständnis gestoßen.

Das Zustandekommen einer internationalen Konferenz, die jegliche Separatlösungen ausschließt, ist nach wie vor der einzig gangbare Weg, um zu einer Lösung aller durch den Nahostkonflikt hervorgerufenen Probleme zu gelangen.

Schlußbemerkungen

Zu Absichten und Realitäten der USA-Asienpolitik Mitte der achtziger Jahre

Die Politik der Konfrontation, die Hochrüstung und das Streben nach militärischer Überlegenheit, von denen der Kurs der USA-Administration auch in der zweiten Amtsperiode Präsident Reagans geprägt ist, beschwören weltweit – also auch für Asien – die Gefahr eines nuklearen Krieges herauf, setzen die Existenz der menschlichen Zivilisation aufs Spiel.

Obwohl sich nach dem Treffen zwischen Gorbatschow und Reagan in Genf eine Verbesserung in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen andeutete und erneut realistische Tendenzen in den Haltungen und Handlungen der Führung einiger NATO-Länder sichtbar wurden, ist die Reaganadministration bislang nicht bereit, das Wettrüsten einzustellen und auf die konkreten, die Interessen beider Seiten berücksichtigenden sowjetischen Rüstungsstopp- und Abrüstungsvorschläge einzugehen.[1]

Militaristische Kräfte in den USA widersetzen sich mit allen Mitteln der Verwirklichung des in Genf gemeinsam abgegebenen Bekenntnisses, daß sowohl die USA als auch die UdSSR nicht nach Erlangung militärischer Überlegenheit streben werden. Wenige Tage nach der vom XXVII. Parteitag der KPdSU ausgehenden Aufforderung, «eine wahrhaft gleiche Sicherheit nicht durch maximal hohe, sondern durch eine maximal niedrige strategische Balance» zu gewährleisten[2], bekräftigte Reagan in einer Fernsehrede sein Festhalten an einer Politik der Stärke, die vor allem in der Fortführung des sogenannten SDI-Programms[3] sowie einer breitgefächerten Aufrüstung

---

[1] Zustandekommen und Verlauf des Gipfeltreffens zwischen der UdSSR und den USA im November 1985 in Genf war vor allem ein Erfolg sozialistischer Friedenspolitik. Damit ergaben sich günstigere Bedingungen, das Wettrüsten im Weltraum zu verhindern und auf der Erde zu beenden. Und das einzigartige Programm zur Rettung der Menschheit vor einem atomaren Inferno, das Michail Gorbatschow am 15. Januar 1986 unterbreitete, sowie der Vorschlag des XXVII. Parteitags der KPdSU für ein allumfassendes System der internationalen Sicherheit stimmen völlig überein mit der gemeinsamen sowjetisch-amerikanischen Erklärung vom 21. November 1985. Sie finden bei den Völkern überall in der Welt große Zustimmung und Unterstützung.

[2] Politischer Bericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXVII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Berichterstatter: M. S. Gorbatschow, Moskau 1986, S. 108.

[3] Vor der amerikanischen und internationalen Öffentlichkeit versuchte die Reaganadministration dieses Programm mit der Behauptung zu begründen, es ginge um einen «Schutzschirm gegen Kernwaffeneinwirkung»

und der Modernisierung der Waffenarsenale der USA bestehe. Dafür wird in der USA-Rüstungsindustrie die Hochtechnologie forciert vorangetrieben. Die USA sind bemüht, zu diesem Zweck auch die Potenzen ihrer Verbündeten zu nutzen. In den entsprechenden Plänen spielen nicht nur die NATO-Staaten, sondern auch der japanische Imperialismus, der asiatische Hauptverbündete der USA, eine besondere Rolle. Die japanische Regierung zeigt seit einiger Zeit Interesse an derartigen Hochtechnologieprojekten. Ministerpräsident Nakasone brachte wiederholt Japans «Verständnis» für Reagans «Initiative im Bereich der strategischen Verteidigung» (SDI) zum Ausdruck.

Verschiedene Voraussetzungen für eine US-amerikanisch-japanische Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet sind bereits geschaffen worden. So arbeitet schon seit November 1984 der «Gemeinschaftliche Ausschuß für Militärtechnologie». Über diese Einrichtung erlangen die USA Zugang zu den technischen und technologischen Neuentwicklungen Japans, gleichzeitig sollen damit aber auch die Lasten des Wettrüstens zu einem Teil auf Japan abgewälzt werden. Die japanischen Konzerne ihrerseits wollen mit Hilfe dieser Zusammenarbeit wissenschaftlich-technische Informationen von den USA entlehnen und vor allem bei der Erforschung des Weltraums schneller aufholen. Seit der Unterzeichnung des Abkommens über Militärtechnologietransfer zwischen Japan und den USA (November 1983) hat die Standardisierung und Vereinheitlichung der Bewaffnung beider Länder bedeutend zugenommen. Zugleich ist damit der Entwicklung der japanischen Rüstungsindustrie ein neuer Anstoß gegeben und der Weg zu einer Beteiligung Japans an den von anderen NATO-Ländern entwickelten neuen Waffensystemen erschlossen worden. Mit all dem wurde auch das Vorhaben der USA, das Militärbündnis mit Japan auf ein höheres Niveau zu bringen und es dem NATO-Block anzugleichen, weitergeführt.

Für die Region des Pazifiks hatten die USA 1985 insbesondere die Forderung der «kollektiven Verteidigung» gestellt. Das zu Beginn des Jahres 1985 unterzeichnete «Protokoll über gemeinsame Kampfeinsätze der japanischen und der amerikanischen Truppen» im Falle «außerordentlicher Umstände», d. h. im Falle eines militärischen Konflikts, war bereits eine in diese Richtung zielende Maßnahme. Im Interesse der Erhöhung der «kollektiven Verteidigung» erweiterte Japan die Nutzungsmöglichkeiten japanischer Gewässer und Territorien für Flugzeuge und Schiffe der USA-Pazifikstreitkräfte. Da es sich dabei um Gebiete in unmittelbarer Nachbarschaft zur UdSSR handelt, wird die aggressive Stoßrichtung dieser «kollektiven Verteidigung» nur zu deutlich. Im April 1985 billigte die japanische Regierung die Verlegung von F-16-Jagdbombern auf den USA-Stützpunkt Misawa im Norden der Insel Honshu.

---

für die Bevölkerung der USA. Des weiteren gab sie vor, nukleare Offensiv- durch «nichtnukleare Defensivwaffen» ablösen zu wollen. Tatsächlich ergänzt das SDI-Programm einen ganzen Komplex teilweise schon seit Jahren laufender strategischer Offensivrüstungen; dazu gehören sowohl mehrstufige Raketen wie auch großdimensionale Systeme und weltraumgestützte Waffen, die eindeutig auf Erlangung einer nuklearen Alleinschlagskapazität gerichtet sind.
Siehe auch Lutz Kleinwächter/Wilfried Schreiber, USA-Weltraumrüstung – Hauptgefahr für den Frieden, Berlin 1986.

Die Aufstellung der vorgesehenen zwei Staffeln mit insgesamt 53 Kernwaffenträgern des Typs F-16 soll Mitte 1987 abgeschlossen sein.

In Südkorea, wo bereits 150 USA-Kampfflugzeuge dieses Typs stationiert sind, will das Regime seinen Beitrag zur «kollektiven Verteidigung» in der Region erhöhen. Dafür bestellte es in den USA modernes Rüstungsmaterial in Höhe von 8 Milliarden Dollar, darunter auch F-16-Jagdbomber für die eigenen Streitkräfte. Die Lieferung soll bis 1989 abgeschlossen sein.

Die USA-Administration arbeitet weiter auf einen multilateralen militärpolitischen Zusammenschluß, auf die sogenannte Dreierallianz – USA, Japan und Südkorea – hin. Die Absicht, die militärischen Beziehungen zwischen den Streitkräften dieser drei Staaten zu aktivieren und zu koordinieren, wurde bei den während der alljährlich stattfindenden Manöver «Team Spirit» gemeinsam geprobten Nuklearangriffen und Offensivoperationen besonders deutlich.

Der Gedanke, eine «Pazifische Gemeinschaft» zu bilden, nahm in den US-amerikanisch-japanischen Gipfelgesprächen 1985 wiederum beachtlichen Raum ein. Dennoch verhielt sich Tokio zurückhaltend. Ein wesentlicher Grund für diese Haltung besteht darin, daß die führenden japanischen Kreise nicht damit einverstanden sind, die «Pazifische Gemeinschaft» als einen weiteren von Washington kontrollierten Militärpakt zu schaffen. Sie streben mit diesem Projekt eine überwiegend von Japan beeinflußte Wirtschaftssphäre an.

Die japanische Regierung konnte auch nicht übersehen, daß eine zunehmende Einbindung in die Konfrontationspolitik Reagans Gefahren für Japans Existenz in sich birgt. Realistisch denkende Kräfte in der japanischen Führung wiesen auf die Stärke des sowjetischen Verteidigungspotentials hin sowie darauf, daß im Atomzeitalter die Anbahnung wirklich gutnachbarlicher, allseitiger Beziehungen auch zur UdSSR ein immer dringlicheres Bedürfnis für Japan geworden ist. Nach dem Besuch des sowjetischen Außenministers in Tokio Anfang des Jahres 1986 wurde erkennbar, daß diese japanischen Kreise beabsichtigen, die langfristige diplomatische und ökonomische Strategie Japans neu zu überdenken. Sie gehen davon aus, daß Japan ein größeres Gewicht in der internationalen Arena nur auf der Grundlage fester Beziehungen zu allen Großmächten, darunter auch zur UdSSR, erlangen kann. Von sowjetischer Seite wurde wiederholt erklärt, mit Japan einen Vertrag über gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit schließen zu wollen. Damit könnte ein bedeutender Schritt zur Festigung des gegenseitigen Vertrauens erfolgen, und es könnten günstige Bedingungen für die Fortsetzung der Verhandlungen über einen Friedensvertrag geschaffen werden. Die UdSSR erklärte sich bereit, sofort die Verpflichtung abzugeben, keine Kernwaffen gegen Japan zum Einsatz zu bringen, wenn das Kaiserreich sein Versprechen bekräftigen würde, den Status der kernwaffenfreien Zone strikt und konsequent einzuhalten, d. h. Kernwaffen weder zu produzieren noch zu erwerben und sie auf seinen Hoheitsgewässern, seinen Territorien und in seinem Luftraum nicht zu dulden.

Mitte der achtziger Jahre trat immer deutlicher in Erscheinung, daß sich die Ausnutzung der VR China für die USA-Globalstrategie, so wie es von den verschiedenen US-amerikanischen Administrationen seit Anfang der siebziger Jahre geplant worden

war, als nicht möglich erwies. Daher erfolgte «eine allmähliche Neubestimmung des Beziehungsverhältnisses zur VR China durch die herrschenden Kreise der USA»[4]. Die USA blieben zwar weiterhin an der VR China interessiert, aber im Zentrum der USA-Asienpolitik stand jetzt wieder Japan. Die Nutzung der militärischen und vor allem technologischen Potenzen des japanischen Imperialismus war von größerer Bedeutung für die Realisierung des Reagankurses geworden.

In Südostasien hatten sich zwei Staatengruppierungen, die zu unterschiedlichen sozialen und politischen Systemen gehören, herausgebildet – die sozialistischen Staaten Indochinas und die kapitalistischen ASEAN-Staaten. Die USA hatten den ASEAN-Staaten massive wirtschaftliche und militärische Unterstützung gegeben, damit diese zu zuverlässigen Verbündeten und zu einem Gegengewicht zu den Kräften des Friedens und des Sozialismus in der Region würden.[5] Mit Besorgnis verfolgten die USA deshalb das labile innenpolitische Klassenkräfteverhältnis, das in einigen ASEAN-Ländern, so in Thailand und auf den Philippinen[6], in Erscheinung trat. Führende Kräfte im USA-Kongreß unterstützten offen während der vorgezogenen Präsidentschaftswahlen auf den Philippinen (Februar 1986) die sich um Frau Corazon Aquino gruppierende bürgerliche Opposition. Sie sahen in der schnellen Ablösung des diskreditierten Regimes von Ferdinand Marcos, dem langjährigen «Freund» der USA-Regierung, die einzige Garantie für eine Stabilisierung der Lage. Die USA wollten unbedingt verhindern, daß auf den Philippinen eine Entwicklung einsetzte, die dort zum Zusammenbruch der politisch-militärischen Positionen der USA führen könnte.

Mit Mißbilligung registrierte die Reaganadministration, daß innerhalb der ASEAN eigene Initiativen entwickelt wurden – so von Indonesien und Malaysia –, die darauf gerichtet waren, die Spannungen auf dem südostasiatischen Subkontinent beizulegen. Es geht den USA ja nicht darum, die Spannungen zu entschärfen. Im Gegenteil, sie

---

[4] Claus Montag/Hans-Martin Geyer, USA-Konfrontationspolitik im asiatisch-pazifischen Raum, Berlin 1986, S. 45.

[5] Allein für das Haushaltsjahr 1985 bewilligte der USA-Kongreß für die Philippinen 180 Millionen Dollar Militär«hilfe», für Thailand 100 Millionen Dollar, für Indonesien etwa 43 Millionen Dollar und für Malaysia 11 Millionen Dollar.

[6] Das auf eine kapitalistische Entwicklung orientierende Reformprogramm (September 1972) von Präsident Marcos hatte auf Grund seiner klassenmäßigen Begrenztheit und Inkonsequenz sowie der administrativen Methoden seiner Verwirklichung immer wieder Anlaß zu Konflikten mit den breitgefächerten Kräften der Opposition gegeben. Der unaufgeklärte Mord (1983) an dem schärfsten großbürgerlichen Rivalen von Präsident Marcos, Benigno Aquino, hatte die Auseinandersetzungen äußerst zugespitzt. Während des Wahlablaufes und -ausgangs 1986 spielten die USA mit ihren geheimen Beauftragten, die auf eine Ablösung des Präsidenten und seines Familienclans hinarbeiteten, eine aktive Rolle. Mit dem Übergang eines Teils der philippinischen Streitkräfte und ihrer in den USA ausgebildeten Generale in das Lager der Witwe Aquinos fiel die Entscheidung zugunsten von Frau Corazon Aquino als neuem Regierungschef. Gleichzeitig beeilte sich USA-Außenminister Shultz, dem entmachteten Präsidenten Asyl zuzusichern.
In der Außenpolitik hatten die Philippinen seit Mitte der siebziger Jahre eine größere Unabhängigkeit in der Wahrnehmung der nationalen Interessen angestrebt (1979 Revision des Status der USA-Basen) und die Beziehungen zu sozialistischen Ländern entwickelt. Dennoch erfolgte kein grundsätzlicher Abbau der besonderen Beziehungen zu den USA. Auch die Regierung Aquino erklärte, daß alle mit den USA abgeschlossenen Verträge ihre Gültigkeit behalten.

beabsichtigen, die zwischen den beiden genannten Staatengruppierungen entstandenen Konflikte weiter zu schüren. Die USA brauchen eine solche Situation in Südostasien, um ihre wieder zunehmende militärische Präsenz als etwas Normales und Notwendiges in der Region hinzustellen.

In diesem Zusammenhang münzten sie auch die den reaktionären Kräften nicht genehme Entwicklung in der Volksrepublik Kampuchea zur «Kampucheafrage» um. Anknüpfend an die in den ASEAN-Staaten bestehenden antikommunistischen Tendenzen und die erzeugte Angst vor der «Ausbreitung des Sozialismus» in der Region, hatten die USA es verstanden, die von ihnen geschaffene «Kampucheafrage» mit Losungen von einer angeblich wachsenden militärischen Präsenz der Sowjetunion und der «Aggressivität Vietnams» zu verbinden und eine gefährliche Konfliktsituation zu schaffen. Die ASEAN-Staaten lehnten die legitime Regierung der Volksrepublik Kampuchea ab und mischten sich mit der Forderung nach Schaffung einer «neutralen, von Vietnam unabhängigen Regierung» wiederholt in die inneren Angelegenheiten Kampucheas ein.[7]

Obwohl die Reaganadministration Erklärungen darüber abgab, daß sie die Rückkehr des unmenschlichen Pol-Pot-Regimes nicht zulassen würde, gewährte sie den Resten der Pol-Pot-Bande alle mögliche Unterstützung. Damit diese und andere Khmer-Reaktionäre von Thailand aus gegen die Volksrepublik Kampuchea operieren können, stellten die USA allein für das Haushaltsjahr 1985/86 fünf Millionen Dollar Militär«hilfe» bereit.

In ihrem gerechten Kampf fand die VR Kampuchea solidarische Unterstützung seitens der VDR Laos und der SR Vietnam. Es gelang den Verteidigern Kampucheas im Verlaufe des Jahres 1985, alle von der Reaktion zeitweilig in Kampuchea errichteten militärischen Stützpunkte zu beseitigen. Die Staaten Indochinas traten gleichzeitig mit verschiedenen politischen Initiativen (u. a. mit dem Fünf-Punkte-Programm vom Januar 1985) zur Entschärfung des Konfliktherdes auf. Dies bewirkte, daß trotz heftigen Widerstands reaktionärer Kräfte in der Öffentlichkeit und in politischen Kreisen der ASEAN-Länder die Bereitschaft zunahm, einen konstruktiven Dialog über die «Kampucheafrage» mit den Staaten Indochinas zu beginnen. Auf der 11. Außenministertagung der VR Kampuchea, der VDR Laos und der SR Vietnam (August 1985) konnte festgestellt werden, daß Anzeichen für eine Verständigung vorliegen, wenn auch noch keine Einigung über den Teilnehmerkreis an den Verhandlungen erzielt werden konnte. Die VR Kampuchea erklärte sich bereit, mit den Khmer-Gruppierungen der «Koalitionsregierung» Verhandlungen über eine nationale Versöhnung unter der Voraussetzung aufzunehmen, daß die Pol-Pot-Clique von diesen Verhandlungen ausgeschlossen wird. Gegen diesen Vorschlag trat die

---

[7] Eine besondere Rolle soll dabei die mit Unterstützung äußerer Kräfte gebildete sogenannte Koalitionsregierung des Demokratischen Kampuchea spielen, die über keinerlei Territorium verfügt. Ihr gehören außer den Emigrantengruppen Norodon Sihanouks und Son Sanns auch die Reste des 1979 beseitigten, auf Völkermord ausgehenden Pol-Pot-Regimes an. Diese «Koalitionsregierung» besetzt in der UNO widerrechtlich den dem einzig legitimen Repräsentanten des kampucheanischen Volkes, der Regierung der VR Kampuchea, zustehenden Platz.

Reaganadministration sofort auf. Sie will jede direkte Beteiligung der VR Kampuchea an den Verhandlungen verhindern, weil damit auch der Weg zur weltweiten Anerkennung der legitimen Regierung der Volksrepublik vorbereitet wird. Außerdem ist die USA-Regierung dagegen, die Pol-Pot-Clique aus den Verhandlungen auszuschließen, solange diese den US-amerikanischen Interessen in der Region in irgendeiner Form nützlich sein kann.

Nach Europa und dem Fernen Osten hatte das Pentagon den Raum vom Indik bis zum Mittelmeer zum «drittwichtigsten Gefechtsfeld» eines möglichen nächsten Weltkriegs bestimmt, denn hier würden die Interessen der USA mit denen der UdSSR «zusammenstoßen». In diesem, von den USA zur «Konfliktzone» erklärten Raum, fanden in den achtziger Jahren folgende Kriege statt: der nichterklärte Krieg gegen Afghanistan, der iranisch-irakische Krieg (Golfkrieg) und die Israelaggression gegen Libanon. Mit zahlreichen und vielschichtigen ungelösten Problemen, zu denen vor allem die Palästinafrage gehört, hatten die USA recht viel Zündstoff in dieser Region aufrechterhalten können. Die Reaganadministration setzt hier auf die Schürung sogenannter Konflikte niedrigen Grades (low-intensity conflicts). Antikommunistische Elemente werden mit allen Mitteln unterstützt, um eine «neue Generation nationaler Befreiungskämpfe» auszulösen, die zum Sturz progressiver Regierungen in jungen Nationalstaaten führen sollen.[8]

Afghanistan war bereits zum Versuchsfeld dieser Variante der USA-Politik geworden. Der dem Lande aufgezwungene nichterklärte Krieg fügte der jungen Republik schweren Schaden zu. Sie mußte immer mehr Mittel für ihre Verteidigung einsetzen, statt diese für dringend notwendige sozialökonomische Verbesserungen verwenden zu können. Der damalige Generalsekretär des ZK der Demokratischen Volkspartei Afghanistan, Babrak Kamal, äußerte sich während des XXVII. Parteitags der KPdSU zur besonderen Rolle der USA in diesem Krieg. Fast 1,5 Milliarden Dollar haben die USA den afghanischen Konterrevolutionären in den letzten Jahren zur Verfügung gestellt; von US-amerikanischen Verbündeten (Japan, BRD, Saudi-Arabien) und von reaktionären internationalen Organisationen kamen alljährlich bis zu 1 Milliarde Dollar weitere «Hilfe» hinzu. Jedes Jahr werden (auch von USA-Spezialisten) 40000 bis 50000 Konterrevolutionäre für subversive Aktionen gegen Afghanistan in Ausbildungszentren in Pakistan und in anderen benachbarten Ländern gedrillt.

Babrak Kamal betonte, daß die Regierung der DR Afghanistan versucht, mit Hilfe der UNO Verhandlungen einzuleiten, um eine friedliche Lösung auf politischem Wege herbeizuführen. Eine solche Regelung erfordert natürlich die vollständige Beendigung und die garantierte Nichtwiederaufnahme der bewaffneten und anderen Einmischung von außen in die inneren Angelegenheiten der DR Afghanistan. Bis-

---

[8] Anfang 1986 wurde bekannt, daß innerhalb des Regierungsapparates der USA eine geheime Arbeitsgruppe (interagency committee 208) neu gegründet worden war, deren Aufgabe darin besteht, die subversiven Operationen zur Steuerung lokaler Konflikte zu koordinieren. Budget, Ziele und Zeitplan jeder Operation stimmt diese Arbeitsgruppe mit der CIA ab.

lang sind diese Bemühungen gescheitert, weil Pakistan die Aufnahme direkter Verhandlungen in Genf ablehnte.

An der Schürung des iranisch-irakischen Krieges sind die USA ebenfalls interessiert.[9] Die Fortsetzung des Golfkriegs erleichtert der Reaganadministration die Einmischung in andere Konflikte auf dem asiatischen Kontinent. Je größer die Spannungen zwischen Iran und Irak sind, desto leichter fällt es den USA, Vorwände für die Erweiterung ihrer militärischen und subversiven Aktivitäten in der Region zu finden. Unter Hinweis auf die Gefährlichkeit einer unkontrollierten Eskalation dieses Krieges haben die USA ein dichtes Spionagenetz in der Region aufgebaut, und unter diesem Vorwand manövrieren Einheiten der 7. und 6. USA-Flotte nach wie vor im Golfraum.

Der seit September 1980 andauernde Golfkrieg hat zu einer tiefen Spaltung der moslemischen Welt geführt; zugleich wurden durch ihn die Meinungsverschiedenheiten zwischen den arabischen Staaten verschärft. Diese Spaltungsprozesse kamen den USA für ihre Pläne in der Region außerordentlich gelegen. Die Spaltung der Reihen der arabischen Staaten erschwerte es diesen, bereits errungene Positionen in der Auseinandersetzung mit Israels Machtpolitik entschlossen zu verteidigen. Sie verhinderte, daß sich alle arabischen Kräfte für eine Beilegung der Konflikte in Libanon und für eine gerechte Lösung der Palästinafrage einsetzten.

Im Verlaufe des Jahres 1985 wurde die Palästinafrage immer mehr zum Hauptangriffsziel der kombinierten politisch-diplomatischen und militärischen Aktivitäten Israels und der USA. Die Reaganregierung strebte eine Begegnung mit einer jordanisch-palästinensischen Delegation an, und die israelische Regierung drängte auf Verhandlungen mit Jordaniern und Palästinensern (ohne PLO-Vertreter). Zugleich führten die USA das Manöver «Bright Star» im August 1985 im Nahen Osten in beispiellosen Dimensionen als eine massive Drohung durch und starteten zusammen mit Israel terroristische Operationen gegen die PLO.[10] Die vielen im Jahre 1985 abgegebenen Erklärungen und die zahlreichen Reisen hoher Repräsentanten der USA in den Nahen Osten dienten in erster Linie dazu, die Absicht zu verschleiern, einen Kapitulantenkurs bei der Lösung des Palästinaproblems durchzusetzen. Es soll eine Ersatzlösung gefunden werden, mit der die Errichtung eines palästinensischen

---

[9] Anlaß für den Ausbruch des iranisch-irakischen Krieges im September 1980 war der Gebietsstreit um den Verlauf der Grenze zwischen beiden Staaten im Delta des Flusses Shatt al Arab. Als verschärfende Umstände wirkten im weiteren Verlauf die in historischer Vorzeit wurzelnden Feindschaften zwischen Arabern und Persern und zwischen Sunniten und Schiiten, zwei Glaubensrichtungen des Islam.

[10] Im letzten Quartal des Jahres 1985 schalteten sich die USA und Israel mit Methoden des Staatsterrorismus in die sich im Mittelmeerraum zuspitzende Krise ein. Als vorgeblichen Vergeltungsschlag für die Ermordung dreier israelischer Touristen auf Zypern, deren Ursache ungeklärt blieb, verübte die israelische Luftwaffe einen Anschlag auf das PLO-Hauptquartier in Tunis, bei dem über 70 Menschen ums Leben kamen. Unter Verstoß gegen die elementarsten Völkerrechtsnormen führte das Pentagon eine «militärische Operation der Computerära» durch: USA-Kampfflugzeuge fingen eine ägyptische Maschine über dem Mittelmeer ab und zwangen sie, auf einem NATO-Stützpunkt auf Sizilien zu landen, um in dem Flugzeug reisende PLO-Politiker zu verhaften. Letzteres scheiterte allerdings am Widerstand der italienischen Regierung. Bemäntelt wurde diese Aktion als ein «Vergeltungsschlag» für die Ermordung eines Amerikaners bei der Entführung des italienischen Passagierschiffes «Achille Lauro» durch vier Palästinenser.

Staates ausgeschlossen werden kann. Zur Realisierung dieses Planes brauchen die USA palästinensische Politiker, die unter Umgehung der PLO bereit sind, auf eine solche Lösung einzuschwenken.

Nachdem König Hussein von Jordanien und Yasser Arafat im Februar 1985 das Abkommen über den «Rahmen gemeinsamer Handlungen» in Amman unterzeichnet hatten, erfolgte die Bildung einer gemeinsamen jordanisch-palästinensischen Delegation, mit der die Reaganregierung in ihrem Sinne zu arbeiten hoffte und weitere Separatabkommen vorbereiten wollte. Patriotische arabische Kreise setzten den Versuchen, einen Kapitulantenkurs in der Nahostregelung durchzusetzen, Widerstand entgegen. Auf der Konferenz von Casablanca (August 1985) zeigte sich, daß die im Kampf um die Lösung des Palästinaproblems bereits errungenen Positionen – wie sie u. a. im «Fèz-Plan» fixiert worden waren – nicht einfach beiseite geschoben werden können.[11] Eine Revision der gesamtarabischen Haltung gegenüber dem legitimen Recht des palästinensischen Volkes auf Schaffung eines eigenen und unabhängigen Staates konnte auf der Konferenz nicht erreicht werden.

Das Ausbleiben einer allen Seiten gerecht werdenden stabilen Lösung der Palästinafrage und die noch immer nicht beendeten Kriege in der Region des Nahen und Mittleren Ostens sind nicht nur eine ständige Gefahr für die Sicherheit der Völker in diesem Raum, sondern auch für den Weltfrieden. Deshalb wurde auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU die dringliche Forderung erhoben, «die kollektive Suche zur Entblockierung der Konfliktsituation im Nahen und Mittleren Osten ... zu aktivieren»[12]

Zur Beseitigung der Konflikte und Krisen in der von vielfältigen Widersprüchen gekennzeichneten großen asiatischen Region muß die Suche nach konstruktiven Lösungen vorangetrieben werden. Die UdSSR und andere sozialistische Staaten ergriffen in den letzten Jahren viele Initiativen, die Wege für mehr Stabilität und Sicherheit in Asien wiesen. Dazu gehörten unter anderem

- der Vorschlag, über konkrete vertrauensbildende Maßnahmen im Fernen Osten zu verhandeln;
- der Friedensplan für den Golfraum;
- der Appell an alle Staaten, deren Schiffe den Indischen Ozean befahren, sich noch vor Einberufung einer internationalen Konferenz über eine Friedenszone in diesem Raum aller Schritte zu enthalten, die die dortige Situation noch mehr komplizieren könnten;
- und schließlich der 1985 unterbreitete Vorschlag, daß jedes ständige Mitglied des

[11] Die auf Initiative des Königs von Marokko einberufene Konferenz der Staats- und Regierungschefs arabischer Länder in Casablanca wurde von Syrien, der VDR Jemen, Algerien, Libanon und Libyen boykottiert. Nach Abschluß der Konferenz konnte König Hassan nicht umhin zu erklären, daß sich die Konferenz zwar nicht gegen die Bemühungen Jordaniens und Yasser Arafats gewandt habe, einen «Friedensprozeß» einzuleiten, aber darauf hinwies, daß die auf dem 12. Gipfel in Fèz 1982 erarbeiteten Grundlinien dabei zu berücksichtigen seien.

[12] Politischer Bericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXVII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Berichterstatter: M. S. Gorbatschow, Moskau 1986, S. 115.

UNO-Sicherheitsrates die Verpflichtung übernehmen soll, in seinen Beziehungen zu den Ländern Asiens strikt die Prinzipien der Nichteinmischung, der Nichtanwendung von Gewalt oder Gewaltandrohung zu befolgen und diese Staaten in keine Militärblöcke einzubeziehen.

Auch wenn die Reaganregierung das Wettrüsten weiterführt und lokale Konflikte schürt, ist der USA-Imperialismus längst nicht allmächtig. Ein starkes Gegengewicht entstand mit dem Aufschwung der gegen den Krieg gerichteten Massenbewegungen insbesondere in Europa. Das Potential von Frieden, Vernunft und gutem Willen hat sich erweitert, wovon auch Initiativen in Asien zeugen, die gegen die Realisierung der USA-Pläne gerichtet sind. Diese Tendenzen müssen in der asiatischen Region noch wirksamer werden. In Asien, so forderte der Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, «muß man mit der Koordinierung und dann auch mit der Vereinigung von Anstrengungen beginnen, um die akutesten Probleme politisch zu bereinigen und auf dieser Grundlage parallel dazu der militärischen Konfrontation in verschiedenen Teilen Asiens wenigstens die Spitze zu nehmen und die dortige Situation zu stabilisieren»[13].

---

[13] Ebenda, S. 115.

Verzeichnis der Abbildungen

Karten sind mit [K], Schemata mit [S] gekennzeichnet. Die übrigen Seitenverweise beziehen sich auf Tabellen.

Sachwortregister

Geographisches Register